

Acta Borussica

Neue Folge



Acta Borussica

Neue Folge

1. Reihe

Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38

herausgegeben von der

Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

(vormals Preußische Akademie der Wissenschaften)

unter der Leitung von

Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer

2001

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

**Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums
1817–1934/38**

Band 1

19. März 1817 bis 30. Dezember 1829

bearbeitet

von

Christina Rathgeber

2001

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

Kommission „Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38“

Jürgen Kocka (Vorsitzender) · Wolfram Fischer · Wolfgang Neugebauer (Projektleiter)
Hagen Schulze · Werner Vogel · Peter-Christian Witt · Klaus Zernack

Lektorat und Layout: Edelgard Schaffranke

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme.
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der
Deutschen Bibliothek erhältlich.

Dieser Band wurde durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und
Forschungsförderung im Akademienprogramm mit Mitteln des Bundes (Bundesministerium für
Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie) und des Landes Berlin (Senatsverwaltung für
Wissenschaft, Forschung und Kultur) gefördert.

∞ ISO 9706

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 2001

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem, alterungsbeständigem Papier

Herstellung: Strauss Offsetdruck, Mörlenbach

ISBN 3–487–10998–0

Inhalt

Vorwort	I
Zur Form der Edition	VII
Einleitung	1
Abkürzungsverzeichnis	27
Regesten Nr. 1/1817 bis 441/1829	33
Sachregister	280
Personenregister	355
Ortsregister	403
Die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums	417
Verzeichnis der zitierten Archivalien	419
Verzeichnis der mehrfach zitierten Literatur	437

Vorwort

von Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften legt hiermit Band 1 von insgesamt zwölf Regesten-Bänden vor, mit denen die archivalisch überlieferten Beratungs- und Ergebnisprotokolle des Preußischen Staatsministeriums von 1817 bis 1934/38 erstmals wissenschaftlich erschlossen werden; vier Bände der Reihe konnten zuvor bereits der Öffentlichkeit übergeben werden. Damit macht sie einen bislang lediglich punktuell ausgewerteten Quellenbestand in Form einer Regesten-Edition zugänglich, die als Hilfs- und Findmittel besonderer Art Grundlagen für weitere Forschung bietet. Es ist zu erwarten, daß die damit möglich werdende genaue Auswertung der Protokolle des Staatsministeriums — dieses für die preußische Politik lange zentralen Gremiums — die Kenntnis der neueren preußischen und preußisch-deutschen Geschichte sowie die Einsicht in zentrale Probleme des 19. und 20. Jahrhunderts erheblich verbessern wird.

Der vorliegende Band, bearbeitet von Christina Rathgeber, behandelt den Zeitraum vom 19. März 1817 bis zum 30. Dezember 1829.

Parallel zur Publikation der Regesten-Bände werden die im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem — zumeist handschriftlich — überlieferten Protokolle vom Verlag Olms-Weidmann auf Mikrofiche in den Handel gebracht. Im Kopf der Regesten wird jeweils auf das betreffende Mikrofiche verwiesen, so daß Benutzer, die über die hier vorgelegten Inhaltsangaben hinaus Informationen benötigen, einen unmittelbaren Zugriff auf die Fundstelle haben.

Die Regesten enthalten zusammengefaßt die Verhandlungsgegenstände der Beratungsprotokolle, nach einzelnen Tagesordnungspunkten gegliedert. Im Kopf der Regesten sind der Sitzungstermin, der Teilnehmerkreis und die Überlieferungsform der Quellen verzeichnet. Wichtige, im Regestentext zitierte Dokumente werden in den möglichst knapp gehaltenen Anmerkungen nachgewiesen. Dadurch wird eine Vernetzung der Protokolle mit den Sachakten des Staatsministeriums und darüber hinaus auch mit denen der jeweiligen Fachministerien erreicht sowie auf andere Archivbestände verwiesen. So bieten die hier edierten Protokoll-Regesten Zugang zu zahlreichen Quellenbeständen und ggf. zur Spezialliteratur. Detaillierte Sach-, Personen- und Ortsregister erschließen nicht nur die hier abgedruckten Regesten, sondern die gesamten Protokolltexte.

Nach Abschluß dieser chronologisch gegliederten Stammedition ist geplant, sachthematische Bände zu exemplarischen Themen zu erarbeiten. Dabei sollen die Quellen aus dem Bestand des Staatsministeriums durch Akten der anderen Ministerien sowie durch weitere Quellen ergänzt sowie unter systematischen Fragestellungen gesammelt und eine erste Analyse vorgenommen werden. Unter anderem ist vorgesehen, Bände zu den Themen „Das Preußische Staatsministerium – die moderne Bürokratie – die Verwaltungspraxis im 19. und 20. Jahrhundert“, „Zensurpolitik und Öffentlichkeit in Preußen seit 1819“ sowie „Selbstverwaltung im 19./20. Jahrhundert“ vorzulegen.

Das Staatsministerium war das oberste beratende und beschließende Kollegialorgan des preußischen Staates und in seiner Funktion einem Kabinett der parlamentarischen Demokratie vergleichbar. In ihm waren alle Fachressorts vertreten.

Die Entstehung des Staatsministeriums reicht in die Reformjahre 1808/10 zurück.¹ Im Jahr 1817 erhielt es als Gesamtministerium eine formalisierte Struktur, wonach es zu einem kollegial organisierten Zentralgremium auszubilden war. Dieses konnte jedoch erst nach 1822 wirksam funktionieren, war doch bis dahin dem Staatsministerium mit dem Staatskanzler Hardenberg eine einflußreiche Persönlichkeit übergeordnet.

Als Verhandlungsformen waren sowohl die mündliche als auch die schriftliche Beratung in Gestalt der Sitzung oder des Umlaufverfahrens üblich. Beide Formen hatten in der Regel in Immediatberichten festgehaltene Vorschläge oder Beschlüsse zum Ergebnis, die an den Monarchen zur Sanktionierung weitergereicht wurden, und zuvor über das Zivilkabinett gelangten. Dieses „Büro“ des Monarchen, das durch die direkte Verbindung zum Herrscher einflußreich sein konnte, hatte dessen Entscheidungen an die entsprechenden Staatsorgane zur weiteren Bearbeitung zu übermitteln. Die Beschlüsse des nach dem Kollegialprinzip arbeitenden Staatsministeriums erhielten für die einzelnen Minister erst mit der königlichen Anordnung (Kabinettsordre) ihre Verbindlichkeit. Eine spezifische, auch in Protokollen festgehaltene und in der Edition chronologisch eingearbeitete Beratungsart waren die Conseils/Kronräte, die vom Monarchen einberufen und unter seiner Leitung abgehalten wurden.

¹ *Literatur in Auswahl: Otto Hintze, Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert, zuerst 1908, wieder in ders., Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen zur Staats-, Rechts- und Sozialgeschichte Preußens, 2. Aufl. hrsg. von Gerhard Oestreich, Göttingen 1967, S. 530–619, bes. S. 551 ff. u. 557 ff. – Ernst Klein, Funktion und Bedeutung des preußischen Staatsministeriums, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 9/10 (1961), S. 195–261, bes. S. 198 ff. – Werner Frauendienst, Das preußische Staatsministerium in vorkonstitutioneller Zeit, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 116 (1960), S. 104–177. – Fritz Rietdorf, Das Preußische Staatsministerium im Wandel der Preußischen Verfassungsgeschichte, jur. Diss. Göttingen 1939. – Ludwig von Rönne, Das Staats-Recht der Preußischen Monarchie, 2. Bd., 1. Abt., 2. Aufl. Leipzig 1864, S. 58–67. Ernst Müller/Ernst Posner, Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin-Dahlem, I. Hauptabteilung (= Mitteilungen der Preußischen Archivverwaltung, Heft 24), Leipzig 1934, S. 96. – Hans Branig/Winfried Bliß/Werner Petermann (Bearb.), Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem, Teil 2, Köln/Berlin 1967, S. 41–48.*

Struktur und Funktion des Staatsministeriums unterlagen den wechselnden Zeitumständen. Seit 1848 gab es für den Vorsitzenden das Amt des Ministerpräsidenten, der *primus inter pares* war. Davon unberührt blieb die den Ministern seit der Reformzeit weitgehend eingeräumte Verfügungsgewalt über ihr Ressort, doch kam es in praxi bekanntlich auf die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten an. Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs begann eine, mit wenigen kurzen Unterbrechungen, bis 1918 währende Personalunion von Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten. Während das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten im Auswärtigen Amt des Reiches aufging, fungierte das preußische Kriegsministerium seit 1871 praktisch als Reichsministerium; 1919 ging es in das neu gegründete Reichswehr-Ministerium über.

Der Ort des Staatsministeriums im Verfassungssystem blieb lange Zeit unverändert. Zwar traten seit 1848/50 neben König und Staatsministerium als neue politisch wirkende Kraft die beiden Häuser des Landtages, ab 1867/71 der Reichstag hinzu. Bis 1918 aber blieb das Staatsministerium *de jure* allein dem Monarchen gegenüber verantwortlich, wengleich *de facto* die Parlamente zunehmend Bedeutung erlangten. Die Konflikte in diesem veränderten politischen Kräfteverhältnis spiegeln sich vielfach in den Protokollen wider. Mit dem Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie übernahm das Staatsministerium wesentliche Funktionen des Staatsoberhauptes und wurde zum obersten Exekutivorgan. Der vom Landtag gewählte Ministerpräsident hatte die Richtlinien-Kompetenz inne und war dem Parlament gegenüber verantwortlich. Die Staatsminister, ernannt vom Ministerpräsidenten, leiteten ihr Amt selbständig und in Eigenverantwortung gegenüber dem Landtag. Unverändert blieb die übliche Form der kollegialen Beschlußfassung im Staatsministerium, allerdings ohne Mehrstimmrecht des Ministerpräsidenten bei Stimmgleichheit.

Das Ende des preußischen Staatsministeriums fiel zusammen mit dem Ende des preußischen Staates in den Jahren des ersten (1932) und zweiten (1933) „Preußenschlages“ sowie der Gleichschaltung der Länder durch die nationalsozialistische Reichsregierung.

In der gesamten Zeit seines Wirkens widmete sich das Staatsministerium durchgängig vor allem der Innenpolitik und der Verwaltung, in den einzelnen historischen Epochen jeweils mit unterschiedlichen Schwerpunkten. So beschäftigte sich das Staatsministerium in den ersten Jahrzehnten häufig mit Problemen der verwaltungsmäßigen und rechtlichen Integration der neuen Provinzen in die Monarchie, der Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, der Rechtsvereinheitlichung und Modernisierung (Gesetzrevision), mit den Kompetenzverschiebungen zwischen Justiz und Verwaltung und dem „Gemeinwohl“, dem Ausbau der Infrastruktur sowie der Politik gegen-

über den Provinzialständen. Nach 1840 war die Reform der Stände- und Verfassungsfrage ein signifikantes Thema, zu dem das Staatsministerium gemeinsam mit der Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten den Monarchen zu beraten hatte. Die Edition kann hierzu zahlreiche, bislang unbekannte Protokolle erstmals vorstellen.

Seit 1848/50 rückten das Verhältnis zu den Repräsentativorganen des preußischen Konstitutionalismus sowie die preußische Politik im nationalen Einigungsprozeß neu auf die Tagesordnung des Staatsministeriums; die harten Auseinandersetzungen dazu in der Zeit nach 1858 spiegeln sich in der Quelle allseitig wider. Das betrifft zum einen den Ausbau der Verfassung von 1850 sowie zum anderen die Vorgeschichte und Entstehung des Heeres- und Verfassungskonflikts, zu der neue und vertiefende Aspekte präsentiert werden. Im Unterschied zu anderen Zeitabschnitten — mit Ausnahme des Ersten Weltkrieges — sind die Protokolle aus der ersten Hälfte der sechziger Jahre auch zur Militär- und Außenpolitik inhaltsreich.

Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs etablierte sich als durchgängiges zentrales Wirkungsfeld für das Staatsministerium die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Preußen und Reich. Thematisch stark in den Beratungen vertreten waren nun die Finanz- und Steuerpolitik, die Haltung gegenüber der Sozialdemokratie und generell die Stellungnahmen zu den Anträgen und Beschlüssen des preußischen und des Reichsparlaments. Die Protokolle des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts lassen im Zeichen des sich entwickelnden Interventionsstaates sowohl den Bedeutungsgewinn von Parlamenten, Parteien und gesellschaftlichen Kräften erkennen als auch das Streben der Regierung, mit Gesetzen und bürokratischer Reglementierung die Gesellschaft unter der Kontrolle des Obrigkeitsstaates zu halten. Beratungsthemen der 1880er und 1890er Jahre, wie die antipolnische Gesetzgebung, der Abbau des Kulturkampfes oder Probleme der Landwirtschaft wurden nach der Jahrhundertwende abgelöst von der Zollpolitik und Fragen der Reform des Dreiklassenwahlrechts, wobei die antipolnische Gesetzgebung mit der Ansiedlungspolitik in den östlichen Provinzen ihre Fortsetzung fand. Im Ersten Weltkrieg dominierte die Organisation der Kriegsernährungswirtschaft als Teil einer zunehmend staatlich gelenkten, doch im Ergebnis scheiternden Ökonomie.

Die Neuordnung der politischen Verhältnisse seit 1918 brachte für die Arbeit des Staatsministeriums neue Inhalte, wie die Grundlegung einer demokratischen Verfassung sowie die Koalitionspolitik in Preußen. Grundthema blieb auch in der Weimarer Republik das Verhältnis Preußens zum Reich, das von den Konflikten um die bisherige preußische Vormachtstellung bestimmt war. Weiterhin spiegeln die Beratungsprotokolle dieser Jahre häufig die Bemühungen um eine Verwaltungsreform sowie die Konflikte um die Demokratisierung der Verwaltungsspitze und der Bürokratie wider. Die Personal- und Beamtenpolitik zählte allerdings nicht zu den neuen

Tätigkeitsfeldern; sie gehörte vielmehr zu den wichtigen Themen, denen sich das Staatsministerium während seiner gesamten Existenz nahezu kontinuierlich widmete.

Diese beständigen wie auch wechselnden, kurzzeitigen Themen aus dem über 130 Jahre dauernden Wirken des preußischen Staatsministeriums werden in den zwölf Bänden mit Regesten zu etwa 5200 Sitzungsprotokollen systematisch dokumentiert.

Das Editionsprojekt erschließt somit eine Stammquelle zur preußisch-deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Damit wird zugleich ein Defizit geschichtswissenschaftlicher Arbeit beseitigt, das seit längerem in der Forschung beklagt worden, aber den politischen Rahmenbedingungen geschuldet war. Denn der kriegsbedingten Auslagerung des Archivmaterials vom Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem hatte sich eine mehr als vierzig Jahre währende Trennung angeschlossen — die wichtigsten preußischen Archivbestände ziviler Regierungs- und Verwaltungsstellen wurden seit 1949 in Merseburg verwahrt. Langfristig angelegte, serielle Editionen zur Geschichte des preußischen Staates waren unter diesen Bedingungen nicht realisierbar. Die nach 1990 möglich gewordene Vereinigung der erhalten gebliebenen, reichen Archivbestände im Geheimen Staatsarchiv schuf die unabdingbaren Voraussetzungen, um diese Lücke in der edierten Quellenbasis zur neueren preußischen Geschichte ausfüllen zu können. In den Jahren 1989/90 von Historikern aus der DDR angestellte Überlegungen, diesen Quellenbestand zu edieren, sind unter starker Beteiligung von Kollegen aus der Bundesrepublik, vor allem aus der Historischen Kommission zu Berlin, zu dem Editionsprojekt konzipiert worden. Dieses ist nach wechselnder Trägerschaft im Jahre 1994 von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften übernommen worden. Die Akademie schließt mit diesem Werk an eine Tradition der früheren Preußischen Akademie der Wissenschaften an, besonders an die Editionen zur inneren Geschichte Preußens im (17. und) 18. Jahrhundert, die unter Leitung Gustav Schmollers als ACTA BORUSSICA erarbeitet wurden.² Deshalb trägt das Werk den Titel „ACTA BORUSSICA. Neue Folge“.³

² Neugebauer, Wolfgang, *Zum schwierigen Verhältnis von Geschichts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften am Beispiel der ACTA BORUSSICA*, in: *Die Königlich-Preußische Akademie der Wissenschaften im Kaiserreich*, hrsg. von Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther, Berlin 1999, S. 235–275.

³ Vgl. dazu des näheren die jährlichen Berichte, in: *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (vormals Preußische Akademie der Wissenschaften), Jahrbuch, Jg. 1994 ff., Berlin 1995 ff.* – auch zum Diskussionsstand zu möglichen sachthematischen Bänden im Rahmen des Gesamtprojektes. – Vgl. ferner das „Probeheft“: *Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38*, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Jürgen Kocka, Wolfgang Neugebauer, Reinhold Zilch; bearbeitet von Bärbel Holtz, Rainer Paetau, Christina Rathgeber, Gerhard Schulze, Hartwin Spenkuch, Reinhold Zilch; Hildesheim, Zürich, New York 1996.

Das Editionsprojekt wäre ohne die kooperative Haltung des Geheimen Staatsarchivs Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem nicht zu realisieren gewesen. Den dort tätigen Mitarbeitern ist für ihre begleitende Unterstützung des Projekts ausdrücklich zu danken.

Zur Form der Edition

In Anlehnung an das Verfahren der ACTA BORUSSICA gilt für die Regesten das **Prinzip**: Quellentext in recte, *Formulierungen des Bearbeiters in kursiv*. Das formale Verfahren der Texterstellung orientiert sich an den Grundsätzen von Johannes Schultze¹, die Kennzeichnung der Überlieferungsformen von Quellenstücken im Regest-Kopf oder ggf. in den Anmerkungen folgt der Terminologie von Heinrich Otto Meisner².

Der Regest-Kopf

Die **Numerierung** der Stücke erfolgt chronologisch unter Einbeziehung auch von Protokollen, die nicht in der überlieferten Hauptreihe (GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bde. 1–183) der Protokolle im Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium“ des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz enthalten sind und an anderen Stellen lagern; nachträgliche Funde sind ggf. mit a–Nummern eingefügt. In die Zählung und Chronologie mit aufgenommen sind ebenfalls die sog. Conseil- bzw. (ab 1888) Kronratssitzungen³, d. h. Beratungen des Staatsministeriums unter Vorsitz des Monarchen.

Sofern eine Staatsministerialsitzung durch eine Überlieferung außerhalb der Hauptreihe nachweisbar war, wurde versucht, den Sitzungsinhalt zu rekonstruieren und daraus ggf. ein Regest zu erstellen, auch wenn dies in Einzelfällen lückenhaft bleiben mußte.

Der **Tagungsort** ist nur genannt, wenn die Sitzung nachweisbar nicht in den jeweiligen Diensträumen des Staatsministeriums stattfand.

Die Angabe zum **Fundort** des Protokolls aus der Hauptreihe verzeichnet lediglich Band- und Blattzahl, auf die vollständige Archivsignatur wird verzichtet. Bei neu aufgefundenen Protokollen ist hingegen der archivalische Fundort vollständig angegeben. Danach folgt jeweils die Microfiche-Nummer (MF).

Parallelüberlieferungen (Abschriften) von Protokollen werden nachgewiesen, soweit sie den Bearbeitern zur Kenntnis gelangten. Eine systematische Suche in allen relevanten Beständen nach Doubletten konnte aus arbeitsökonomischen Gründen nicht stattfinden. Protokollauszüge, die sich in großer Zahl in den Sachakten Preußens und des Reiches finden, werden generell nicht erfaßt, es sei denn, sie ersetzen ein fehlendes Protokoll oder erleichtern die Rekonstruktion eines schlecht lesbaren Protokollteiles.

Unter „**Anwesend**“ erscheinen die Namen der Minister ohne Titel und entsprechend dem Muster der Protokolle nach dem Anciennitäts-Prinzip.

Weitere Teilnehmer sind ohne Dienstbezeichnung aufgeführt, diese ist im Personenregister nachgewiesen. Hingegen werden Adelstitel und bei gleichen Namen zur Unterscheidung die Initialen der Vornamen ergänzt. Vertreten sie Minister oder nehmen in kommissarischer Funktion teil, so wird dies in eckigen Klammern vermerkt.

Werden im Protokoll Minister oder weitere Teilnehmer nicht explizit genannt, sind deren Namen in eckige Klammern gesetzt.

Die Sigel [V] und [U] stehen für den Vorsitz in der Beratung bzw. die Unterschrift unter dem Protokoll. Angaben wie [zu 1–3] beziehen sich auf die Teilnahme zu den einzelnen Tagesordnungspunkten.

Der Regest-Text

Die Formulierungen folgen möglichst der Quellsprache unter Einhaltung des genannten Prinzips der Typenwahl zwischen **recte** und **kursiv**. Die Schreibweise wurde vorsichtig modernisiert. Die **Interpunktion** stammt weitgehend von den Bearbeitern, wobei Punkte, Semikolons und Kommas verwendet wurden, um

¹ Schultze, Johannes, *Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte*, Jg. 98 (1962), S. 1–11, wieder abgedruckt bei Walther Heinemeyer (Hrsg.), *Richtlinien für die Edition landesgeschichtlicher Quellen (Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine)*, Marburg/Köln 1978, S. 25–36.

² Meisner, Heinrich Otto, *Archivalienkunde vom 16. Jahrhundert bis 1918*, Göttingen 1969.

³ GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2c Nr. 3 Bde. 1–VI. Die Microfiches für die Conseil-/Kronrats-Protokolle tragen den Zusatz KR und sind in Abgrenzung von den Sitzungsprotokollen des Staatsministeriums römisch numeriert, so auch in den Registern.

bei Aneinanderreihung von Quellenbegriffen auf häufige, die Lesbarkeit erschwerende [...] verzichten zu können.

Die **Zählung der Tagesordnungspunkte** (TOP) erfolgt gemäß der Reihung in der Quelle. Für die Zeit des Vormärzes leitet sich die Numerierung der TOP aus den Protokollteilen ab. Außerhalb der Tagesordnung behandelte TOP werden in runde Klammern gesetzt. Bei „Serien-Themen“ kann eine Zusammenfassung erfolgen, z. B. **3.–5. Drei Pensionssachen**.

Oftmals steht am Beginn des Regest-Textes ein einführendes Stichwort, das sowohl zur schnellen inhaltlichen Orientierung über den TOP als auch zur Rückkopplung an die Begrifflichkeit des Sachregisters dienen soll.

Beschlüsse des Staatsministeriums sind mit einem [B] gekennzeichnet, ggf. direkt an dem entsprechenden Textteil des Tagesordnungspunktes. Damit werden der Verlauf der Diskussion erkennbar sowie der Bezug zum eigentlichen Beschluß deutlich. Dabei ist es unerheblich, ob im Protokoll ausdrücklich von einem Beschluß die Rede ist oder andere Formulierungen bei der Feststellung eines Beratungsergebnisses verwandt wurden.

Bei **Ernennungen, Titelverleihungen** sowie **Ordens-, Disziplinar- und Pensionssachen** werden im Regest in der Regel nur diese Sammelbegriffe genannt, nicht die Namen der Personen. Diese sind aber, sofern im Protokoll erwähnt, in das Personenregister aufgenommen worden.

Die Anmerkungen

Der Anmerkungsapparat legt den Schwerpunkt auf den Nachweis der Sachakten zu dem Beratungsgegenstand primär durch Akten des Geheimen Staatsarchivs. Gleichzeitig wird für im Regest-Text explizit erwähnte **Dokumente** ein archivalischer **Nachweis** bzw. **Druck** aufgeführt. Da der Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium“ durch Kriegsverluste spürbare Lücken aufweist, ist auf andere Bestände zurückgegriffen worden.

Es war nicht das Ziel, in den Anmerkungen einen repräsentativen oder umfänglichen Nachweis der **Literatur** zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten zu bieten. Wenn dennoch Literatur angegeben wird, dann deshalb, weil sie jene Sitzung des Staatsministeriums ausdrücklich mitbehandelt oder wichtige Sachhinweise gibt.

Die Register

Alle Register erschließen nicht nur die Regesten, sondern auch den vollständigen Protokolltext einschließlich Anlagen. Hingegen werden die Anmerkungen, Aktenvermerke auf Protokollen sowie mitverfilmte andere Schriftstücke nicht in die Register aufgenommen.

Im Register werden gemäß dem Editionsprinzip Akten-Angaben recte und *Regest-Angaben kursiv* angegeben. Die **Zahlenkombination** beinhaltet die Nachweise für die Regest-Nummer (kursiv gesetzt) sowie Aktenband-Nummer und die Blattzahl der Quelle (beide recte gesetzt), z. B. *144/20* 88–93v (v für verso = Rückseite). Fettgesetzte Band-Zahlen weisen auf den Wechsel des Aktenbandes hin.

Eindeutige Schreibfehler im Protokoll, auch bei ausländischen Namen und Bezeichnungen, wurden stillschweigend korrigiert.

Das Sachregister

Das **feingliedrige Sachregister** erschließt vollständig die Protokolle einschließlich Anlagen sowie die Regesten. Es enthält also auch Stichworte aus Protokollteilen, die in den Regesten nicht berücksichtigt werden konnten.

Die **Hauptbegriffe** sind möglichst quellennah und auf einer mittleren Abstraktionsstufe formuliert. Zu zentralen Themen wurden systematisierende Hauptbegriffe gewählt, z. B. Ablösungen, Forstwesen, gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse, Standesherrn, Strafrecht.

In der **Ordnung** der Hauptbegriffe erscheinen Firmen, Korporationen, Parteien, Zeitungen usw. unter ihrem ausgeschriebenen Eigennamen.

Zentralbehörden und Institutionen Preußens und des Reiches werden nicht unter „Preußen“ bzw. „Reich“ geführt, sondern stehen im Register unter den offiziellen Namen, also Kriegsministerium, Ministerium des Innern, Ministerium für Handel und Gewerbe, Reichsamt des Innern, Reichsjustizamt usw.

Sachverhalte, die eine inhaltliche sowie eine regionale oder institutionelle Nachweisung sinnvoll erscheinen ließen, sind doppelt verzeichnet und sowohl unter dem systematisierenden Hauptbegriff als auch unter dem strukturierenden Begriff (Provinzen, Städte, Parteien, Parlamente usw.) auffindbar.

Sämtliche **Ernennungen, Titelverleihungen, Ordens-, Disziplinar- und Pensionssachen** sind diesen standardisierten Hauptbegriffen zugeordnet. In der zweiten Ebene stehen dann die einzelnen Kategorien, in der dritten ggf. die Verwaltungseinheiten. Eine Doppelverzeichnung bei den jeweiligen, zumeist regionalen Behörden erfolgt in diesen Fällen nicht. Allein Ernennungen von Ministern werden unter den Stichworten der jeweiligen Ministerien und beim Hauptbegriff „Staatsministerium“ selbst aufgeführt.

Das Personenregister

Das **kommentierende Personenregister** enthält die wichtigsten Lebensdaten und die Berufsentwicklung mit Haupt- und bedeutenden Nebenfunktionen bei Ministern, (Unter-)Staatssekretären, wichtigen höheren Beamten sowie allen anderen in den Protokollen erwähnten Personen, wobei gerade bei den letzteren Lücken bleiben mußten.

Die Namen der Minister, (Unter-)Staatssekretäre im Staatsministerium und Protokollführer aus den Anwesenheitslisten und den Unterschriftsleisten werden als in den Protokollen inbegriffen angesehen und nur mit der jeweiligen Regest-Nummer und der Bandzahl, nicht aber mit Blattzahlen nachgewiesen. Das trifft auch für den Monarchen im Conseil/Kronrat zu, ebenso bei den weiteren Teilnehmern, die nur gesondert mit Blattzahlen an Stellen nachgewiesen sind, wo sie referieren oder mit anderen Äußerungen hervortreten. Damit sollte vermieden werden, daß sich das Personenregister besonders bei den Ministern zu einem ausufernden Sprecherregister auswächst.

Das Ortsregister

Es wurde ein **reines Ortsregister** angefertigt. Andere geographische Begriffe (wie z.B. Provinzen und Staaten), überwiegend mit Verwaltungseinheiten oder anderen Sachbezügen verbunden, sind in das Sachregister eingegangen. Gebäude, Straßen, Plätze oder sonstige Lokalitäten, die als Ereignisstätten in Protokollen genannt werden, sind dem jeweiligen Ort zugeordnet. Das Ortsregister folgt den zeitgenössischen Bezeichnungen und Zuordnungen.

Spezifische Erläuterungen zu diesem Band siehe am Ende der Einleitung.

Einleitung

Dieser Band eröffnet die Edition der überlieferten Protokolle des preußischen Staatsministeriums; das Vorhaben erschließt über 5200 Niederschriften aus rund 120 Jahren und reicht bis zur letzten Sitzung am 10. Mai 1938.

Im vorliegenden Regesten-Band werden 460 Sitzungsprotokolle zusammengefaßt; die erste Niederschrift von der Beratung des preußischen Staatsministeriums datiert vom 19. März 1817; die letzte Beratung fand am 30. Dezember 1829 statt.¹

Im Zeitraum von über einem Jahrhundert vollzogen sich sowohl Entwicklungen als auch Veränderungen im Staatsministerium, im Jahre 1817 mußte es sich aber überhaupt erst konsolidieren.

1. Das Staatsministerium zwischen 1810/17 und 1829

Zum genauen **Gründungsdatum des Staatsministeriums** existieren unterschiedliche Meinungen.² Erste Hinweise auf ein zentrales Ministerium zeigen sich bereits im Publikandum³ zur veränderten Verfassung der obersten Staatsbehörden vom 16. Dezember 1808. Mitglieder dieses Gremiums sollten der Innen-, Finanz-, Außen-, Kriegs- sowie der Justizminister sein. Damit kann das Ministerium Dohna-Altenstein (1808–1810) als das erste aus Fachministerien bestehende Staatsministerium verstanden werden.⁴ Weitere wichtige Schritte in der Gestaltung der obersten Staatsbehörden wurden mit der Verordnung⁵ vom 27. Oktober 1810 sowie mit der Kabinettsordre⁶ zur Organisation der inneren Verwaltung vom 3. Juni 1814 getan. In dieser Kabinettsordre wurden u.a. Friedrich von Schuckmann zum Minister des Innern (einschließlich der Kultus- und Unterrichtsverwaltung), Wilhelm von Wittgenstein zum Polizei- und Hermann von Boyen zum Kriegsminister ernannt. Obwohl hier auch von einer baldigen „Aktivität“ des Staatsrats⁷ die Rede ist, sollte dieser nur eine beratende Rolle innehaben und „keine Art der Verwaltung“ führen. Diese Aufgabe wurde der wöchentlichen Versammlung der Minister vorbehalten. Etwas später (18. und 30. Juni 1817) überreichten erst Theodor von Schön und schließlich sieben der zehn

¹ Die hier vorgestellten Protokolle zum größten Teil in: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bde. 1–17. Alle hieraus entnommenen Zitate werden in dieser Einleitung nur mit Band- und Blattzahl nachgewiesen. Die Genese des Staatsministeriums soll in einem sachthematischen Band ausführlich dargestellt werden.

² Zur Gründung, Organisation und Entwicklung des Staatsministeriums vgl. folgende grundlegende Aufsätze: Hintze, Otto, Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert, in: Ders., Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3: Regierung und Verwaltung, 2. Aufl., Göttingen 1967 (zuerst 1908), S. 530–619; Frauendienst, Werner, Das preussische Staatsministerium in vorkonstitutioneller Zeit, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1960, H. 1, S. 104–177; Klein, Ernst, Funktion und Bedeutung des Preussischen Staatsministeriums, in: JbGMOD, 9/10 (1961), S. 195–260. Vgl. ferner Fann, Willerd R., The Rise of the Prussian Ministry, 1806–1827, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg, Göttingen 1974, S. 119–129.

³ GS 1806–10, S. 1361.

⁴ Vgl. Hintze, Staatsministerium, S. 551.

⁵ GS 1810–13, S. 1.

⁶ GS, S. 40.

⁷ Der Staatsrat ist am 20.3.1817 gegründet worden. Vgl. GS, S. 67, auch für das Folgende. Zur Geschichte des Staatsrats zwischen 1808 und 1817 vgl. Schneider, Hans, Der preussische Staatsrat 1817–1918. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Rechtsgeschichte Preussens, München/Berlin 1952, S. 6–51.

Oberpräsidenten dem Staatskanzler Karl August von Hardenberg Denkschriften⁸, die massive Kritik an Schuckmann und Hans von Bülow wegen ihrer angeblichen Anhänglichkeit an die Zeit vor 1806 übten, deren Rücktritt verlangten und „mehr Intelligenz und Einheit“ in der Verwaltung durch die Bildung eines „neuen Ministeriums“ forderten. Am 3. November 1817 wurde dann die Kabinettsordre⁹ zur Geschäftsführung bei den Oberbehörden in Berlin, die den Wirkungskreis des Staatsministeriums schriftlich (Abschnitt VIII) festlegte, erlassen. Hiermit wurden wichtige Änderungen in der Gestaltung der Ministerien durchgeführt. So sollte auch die Herausbildung des Staatsministeriums als ein Teil der Verwaltungsreform betrachtet werden, die sich schon seit einigen Jahren entfaltete, aber selbst mit dieser Kabinettsordre ihren Schlußpunkt noch nicht erreicht hatte.

Als faktisches Gründungsdatum des Staatsministeriums scheint der 31. März 1810 die meiste Plausibilität zu besitzen.¹⁰ Dies schon aus dem Grund, weil es für die Zeit zwischen dem 9. April und dem 5. Juni 1810 neun Protokolle gibt, die explizit von einer „Konferenz des hohen königl. Staats-Ministerii“ berichten.¹¹ Anwesend bei diesen Konferenzen im Jahre 1810 waren August von der Goltz, Karl vom Stein zu Altenstein, Alexander von Dohna-Schlobitten, Karl Friedrich Beyme und Gerhard von Scharnhorst, die auch meistens die Protokolle unterschrieben haben.¹² Protokollant war der Kriegsrat Kunowski.¹³

Die recht kurz gehaltenen Protokolle dieser Konferenzen von 1810 hatten u.a. als Beratungsgegenstände: die Behördenreform; die Geschäftsordnung für zukünftige Konferenzen des Staatsministeriums; die Wiederbesetzung erledigter Ämter; die neue Organisation der Berliner Bürgergarde; den Antrag der Stadtverordneten in Königsberg auf Bestätigung des Stadtrats Horn als Oberbürgermeister; die Ausstattung des interimistischen Lokals der staatsministeriellen Konferenzen; die möglichen Ersparnisse bei der Armee; die Mitrechnung des Damnums von Pfandbriefen auf Fideikommißgüter zu den Kriegsschäden; das Gesuch der westpreußischen Regierung um Anstellung eines fiskalischen Stellvertreters; die Dotation der Universität Berlin; die Jagdbefugnis der Festungskommandanten im Umfang der Festungswerke; die Verlängerung des

⁸ Die Denkschrift der Oberpräsidenten in: Rep. 74, H II Gen. Nr. 14. Die Denkschrift Schöns (als Konzept) gedr. in: Aus den Papieren des Ministers und Burggrafen von Marienburg Theodor von Schön, Berlin 1876, Bd. 4, S. 369–394. Vgl. auch Treitschke, Heinrich v., Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, Berlin 1879–1894, Neue Ausgabe Leipzig 1927, Bd. 2, S. 199 f. sowie Hintze, Staatsministerium, S. 558–559.

⁹ Art. VIII in der KO v. 3.11.1817, GS, S. 291.

¹⁰ Vgl. KO v. 31.3.1810 in: Scheel, Heinrich/Schmidt, Doris (Hrsg.), Von Stein zu Hardenberg. Dokumente aus dem Interimsministerium Altenstein/Dohna, Berlin 1986, S. 629–631. Auch Frauendienst, Staatsministerium, S. 138 plädiert für den 31.3.1810 als Gründungsdatum, weil an diesem Tag Ministerialkonferenzen angeordnet wurden, die dann auch stattfanden. Hintze, Staatsministerium, S. 555 sowie Klein, Staatsministerium, S. 198–199 sehen die Gründung in der KO zur Einrichtung der Ministerien am 3.6.1814. Klein läßt die Frauendienst-These bedingt gelten. Da diese Konferenzen im Jahre 1810 nur über eine Zeitspanne von sechs Wochen abgehalten wurden und dann eine längere Unterbrechung folgte, stimmt er doch Hintzes' These zu. Die KO v. 3.11.1817 wurde als konstituierend für das „Gesamt-Ministerium“ verstanden. Vgl. das Memorandum v. 26.8.1819 in: Wilhelm von Humboldts Gesammelte Schriften, hrsg. v. Bruno Gebhardt, Bd. 12/2, Berlin 1904, S. 326.

¹¹ In der VO v. 27.10.1810 wird angemerkt, daß die Minister einmal wöchentlich beim König Vortrag halten sollen. Vgl. GS 1810–13, S. 6 sowie Hintze, Staatsministerium, S. 551. Vgl. die Protokolle in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 35 Bd. 1, Bl. 36–41v; ebd., Nr. 37 Bd. 1, Bl. 5–22. Die Sitzungen des Jahres 1810 (auch die Aufzeichnungen zu drei Sitzungen 1814) befinden sich auf MF-Suppl. 1. Die Bemühungen zur Ermittlung des Geschäftslokals für die obersten Staatsbehörden in Berlin weisen auch auf Sitzungen von 1810 hin. Vgl. Rep. 74, H III Nr. 1, n.f. Die Sitzung v. 9.4.1810 gedr. in: Scheel/Schmidt, Von Stein zu Hardenberg, Berlin 1986, S. 645–647. Dort auch weiteres wertvolles Material.

¹² Scharnhorst war bei den Sitzungen am 21.5. sowie 4. u. 5.6. und von Goltz am 4. u. 5.6.1810 nicht anwesend. Bei der letzten „außerordentlichen Konferenz“ am 5. Juni nahmen auch die Staatsräte Niebuhr, Graf zu Dohna-Wundlaken, Schulz und Koehler sowie der Kammergerichtsrat v. Altenstein teil. Am 21. Mai wurde das Protokoll nur von Goltz und Altenstein, am 4. Juni von Altenstein, Dohna-Schlobitten und Beyme und am 5. Juni nur von Altenstein vollzogen.

¹³ Nach dem Handbuch über den Königl. Preussischen Hof und Staat („Hof- und Staatshandbuch“) war Kunowski 1797–1802 Kriegsrat und exped. Sekretär in der Staatskanzlei (für Südpreußen), 1803–ca. 1806 Geheimer exped. Sekretär beim Justizdepartement, ca. 1818 dsgl. im Justizministerium.

Indult-Ediktes; das ostpreußische landschaftliche Kreditwesen; die Ausmalung der Zimmer für die Ministerial-Versammlungen im königlichem Schloß und das nötige Mobiliar sowie die künftige Einrichtung des Potsdamer Militärwaisenhauses. In den Akten des Innenministeriums gibt es auch drei kurze Aufzeichnungen zu Ministerialkonferenzen am 14./15. und 21. Juli sowie am 15. September 1814,¹⁴ die als Beratungsgegenstände u.a. die Verabschiedung von Zivildienern, die Erstellung von Berichten seitens der noch bestehenden Militärgouvernements und die Zulässigkeit der Juden in der Stadt Graudenz aufweisen.

Obwohl sich eine geregelte Protokollführung für die Zeit zwischen dem 5. Juni 1814 und dem 19. März 1817 nicht nachweisen läßt, fanden in dieser Zeit Sitzungen statt. In einem Schreiben an Hardenberg vom 21. Januar 1816 erwähnte der Adjutant des Kronprinzen, Oberst Wilhelm von Schack, daß der Kronprinz zum ersten Mal an diesem Tag einer „Ministerial-Session“ beiwohnen würde.¹⁵

Bei der ersten Gelegenheit, seine Fähigkeiten als organisatorische Zentrale zu beweisen, versagte das Staatsministerium. Im Sommer und Herbst 1817 verursachten nämlich Getreidemangel und Teuerung eine **Hungersnot** in den westlichen Provinzen.¹⁶ Schon Clausewitz bemerkte, daß, obwohl die Regierung sich als teilnehmend und unterstützend zeigte, „das Ministerium in Berlin“ sich „so unerhört leichtsinnig und verkehrt“ benommen habe, daß alle guten Beschlüsse nichts nutzten, ja die Rheinländer der Hungersnot überlassen wurden.¹⁷ Dies war nicht gerade ein Vertrauen erweckender Anfang für das Staatsministerium, obwohl hier Staatskanzler Hardenberg und der Handelsminister Bülow die Verantwortlichen gewesen zu sein scheinen. Zusätzliche Brisanz entstand dadurch, daß sich die hilflosen Bemühungen der Verwaltung, diese Lage zu meistern, vor dem Hintergrund der Erwartung einer Verfassung abspielten.¹⁸

In den zwanziger Jahren spielten Rechtsfragen eine immer größere Rolle. Wie der Justizminister Friedrich Leopold von Kirchseis schon 1823 bemerkte, lag dies nicht nur an der anderen Gesetzgebung der neu erworbenen Gebiete, der „Stockung des Handels“ und der „ungünstigen Lage“ der Bauern, sondern vor allem an den Problemen, die sich aus der „größeren Freiheit des Gewerbes“ bzw. den veränderten Verhältnissen im „Grundeigentum“ ergaben. Auch die zunehmenden „gerichtlichen Geschäfte“ bedeuteten vergrößerten Arbeitsaufwand für die Justizbeamten.¹⁹ Spätestens bei der Frage der Rechtsangleichung in den neuen Provinzen wurde jedoch deutlich, daß

¹⁴ Vgl. Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 23–24; ebd., Nr. 3, n.f.

¹⁵ Vgl. Rep. 74, H III Nr. 7, n.f. Nicht uninteressant ist die Tatsache, daß Anlaß dieses Schreibens Schacks Frage war, ob seine Gegenwart bei der Session verlangt sein würde, da bei den Sitzungen des Generaldirektoriums der Kronprinz von seinem Adjutanten begleitet worden war. Vgl. auch die Hinweise auf Sitzungen im Jahre 1816 in den Schreiben Hardenbergs an den Kronprinzen, in: BPH, Rep. 50, E 3 Nr. 1.

Auch nach 1819 gibt es gelegentlich Hinweise, daß Sitzungen stattfanden, aber hierzu kein Protokoll aufgenommen wurde. Am 14. März 1821 wird z. B. eine Beratung vom 7. März 1821 erwähnt – aber ein Protokoll dieser Beratung liegt in den Protokollbänden nicht vor. Dort findet sich nur das „Conclusum“ von Schuckmann, das er zu dieser Beratung verfaßte.

¹⁶ Vgl. Sitzungen am 7., 14. und 21.5., 4., 11. und 25.6. sowie 7. und 12.11.1817. Vgl. auch Schöns Schreiben an Hardenberg v. 20.7.1817, in: Aus den Papieren Schöns, Bd. 4, S. 411–414 sowie Stollenwerk, A., Der Regierungsbezirk Koblenz während der großen Hungersnot 1816/17, in: Jahrbuch für die Geschichte und Kunst des Mittelrheins, 22/23 (1970/71), S. 109–149; Wischermann, Clemens, Hungerkrise im vormärzlichen Westfalen, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Wuppertal 1983, Bd. 1, S. 126–147; Bass, Hans-Heinrich, Hungerkrisen in Preußen während der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts, St. Katharinen 1991.

¹⁷ Clausewitz, Carl v., Politische Schriften und Briefe, hrsg. von Hans Rothfels, München 1922, S. 190–191. Vgl. auch Gothein, Eberhard, Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Köln vom Untergang der Reichsfreiheit bis zur Errichtung des deutschen Reiches, Köln 1916, S. 169 f.

¹⁸ Vgl. Koselleck, Reinhart, Preußen zwischen Reform und Revolution, Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, Stuttgart 1967 (3. Aufl. 1989), S. 299.

¹⁹ Vgl. Kirchseisens Immediatbericht v. 21.7.1823 über den Zustand der Justizverwaltung, in: Rep. 89, Nr. 16841, Bl. 75v–77. Zur zunehmenden Tätigkeit der Justizbeamten in dieser Zeit vgl. Hodenberg, Christina v., Die Partei der Unparteiischen. Der Liberalismus der preußischen Richterschaft 1815–1848/49, Göttingen 1996.

Kirchheisen die Ansprüche des Justizministeriums auf eine bestimmende Rolle in der Entwicklung des Rechtswesens nicht wahren konnte und auch nach dem Tod Hardenbergs am 26. November 1822 hat sich diese Situation nicht geändert.²⁰

Kirchheisens Nachfolger Heinrich von Danckelman, der am 29. April 1825 sein Amt antrat, bemühte sich einen höheren Grad an Selbständigkeit für das Justizministerium zu erreichen, u.a. indem er sich dem Eingreifen des Staatsministeriums in das Ressort des Justizministers widersetzte. Laut einem Schreiben Schuckmanns vom 1. März 1826 hatte Danckelman in der „gestrigen Sitzung“ behauptet, daß dem Staatsministerium in Justizsachen keine Beratung und den Mitgliedern keine Stimme zustehe. Wegen der „hohen allgemeinen Wichtigkeit“ dieser Behauptung hielt Schuckmann sich für verpflichtet, sie bekannt zu machen.²¹ Dem Justizminister wurde jedoch eine Unabhängigkeit von den Beschlüssen des Staatsministeriums abgesprochen.

In den Jahren zwischen 1825 und 1829 war der Justizminister überhaupt häufig anderer Meinung als die Mehrheit im Staatsministerium, wurde aber meistens überstimmt. Immer wieder beschwor Danckelman die souveräne Kompetenz des Justizministers; noch in der Sitzung am 16. Dezember 1829 empörte er sich, daß es nach einem von ihm entschiedenen Fall überhaupt zur Beschlußnahme des Staatsministeriums kam. Es sollte nicht überraschen, daß er in seiner Eigenschaft als Justizminister immer wieder für die Zulässigkeit des Rechtsweges plädierte und die Partei der Gerichte – auch gegen die fiskalischen Ansprüche des Staates – ergriff. Letzendlich konnte er sich aber nicht durchsetzen. Hierin spiegelt sich auch eine folgenschwere Entwicklung im Preußen des 19. Jahrhunderts wider: Die **Dominanz der Verwaltung gegenüber der Judikative**, die bekanntlich ihren Gipfelpunkt mit dem „Polizeigesetz“ von 1842 erreichte, wonach die Verwaltung (jedenfalls im weiteren Polizeibereich) kaum noch einer Kontrolle durch die Justiz unterlag.

Des öfteren kam es in den Sitzungen zu Meinungsdivergenzen zwischen Danckelman und dem Innenminister Schuckmann, wobei ersterer versuchte, die Kompetenzen der Gerichte und der Judikative überhaupt gegen die Ansprüche des Innenministers, der sich als Verteidiger des „Gemeinwohls“ gerierte, durchzusetzen. Hierbei ging es z.B. um das Verfahren bei Polizeistrafen, die gesetzliche Übertragung der Vollstreckungsbefugnisse an die Gerichte, Gerichtskosten bei den Hypothekenbehörden oder die Befugnisse der Justizverwaltung schlechthin. In der Sitzung am 6. Mai 1829 zur Polizeistrafgewalt war Schuckmann geradezu empört über Danckelmans Absicht, in die Strafprozeßordnung eine Einrichtung der französischen Gerichtsverfassung aufzunehmen, die die Polizeistrafgewalt an die Gerichte überwies.²² Zudem führte der Beratungsgegenstand ‚Patrimonialgerichtsbarkeit‘ häufig zu Differenzen. Auch in der schwierigen Frage der Rechtsangleichung in den neu erworbenen Gebieten kam es zu Meinungsdivergenzen. In der Sitzung am 5. Oktober 1825 (TOP 2) sprach sich der Justizminister gegen die Wiederherstellung einzelner Bestimmungen des früheren Provinzialrechts aus, und in der Sitzung am 11. Februar 1829 (TOP 2) war er anderer Meinung als Schuckmann über die Einbeziehung der Stände in die Justizorganisation Neuvorpommerns. Er wollte ein geplantes Verzeichnis der Provinzialrechte dem Staatsrat vorlegen, aber das Staatsministerium folgte Schuckmanns Vorschlag, dieses Verzeichnis sofort den

²⁰ Eine Aufführung der Gesetze zur Rechtspflege, die ohne Kirchheisens Beteiligung erlassen wurden, in: Stölzel, Adolf, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung dargestellt im Wirken seiner Landesfürsten und obersten Justizbeamten, Berlin 1888 (neu hrsg. von Jürgen Regge, Vaduz 1989), Bd. 2, S. 455–456 und 464.

²¹ Vgl. Schuckmanns Schreiben v. 1.3.1826 an Danckelman, Motz und Altenstein, in: Rep. 84a, Nr. 4384, Bl. 64–66v. Danckelmans’ Zweifel an der Befugnis des Staatsministeriums, Beschlüsse zu fassen, die für alle Minister bindend sein sollten sowie sein Anspruch, als Justizminister eine „Sonderstellung“ einzunehmen, werden näher erörtert in: Frauendienst, Staatsministerium, S. 167–168.

Über Danckelman ist leider viel zu wenig bekannt. Er wurde weder in der ADB noch in der NDB mit einem biographischen Artikel bedacht.

²² Vgl. das Schreiben des Justizministers an Schuckmann v. 21.8.1828 in: Rep. 90a, X VI 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 10–10v. Danckelman wies auf die Notwendigkeit dieser Trennung hin, „da die Polizeioffizianten so geneigt sind, ihre Grenzen zu überschreiten“. In einem Schreiben v. 2.9.1828 informierte Schuckmann das Staatsministerium über Danckelmans Absicht. Vgl. ebd., Bl. 9–9v.

Ständen mitzuteilen, damit ihnen die Möglichkeit zur Ergänzung noch fehlender Gesetze gegeben werde.

Obwohl Danckelman gelegentlich einen kleinen Sieg erreichen konnte,²³ erkennt man in den Beratungen des Staatsministeriums während der zwanziger Jahre die klare Tendenz zur Zurückdrängung der Ansprüche des Justizministeriums und Hervorhebung der Kompetenzen der Verwaltung. Deren Kompetenzen wurden aber längst nicht mehr nur vom Innenministerium verteidigt und vermehrt, sondern auch vom Staatsministerium selbst. Im Laufe dieser Jahre hat sich das Staatsministerium immer mehr zur entscheidenden Instanz bei Rechtskonflikten entwickelt.²⁴ Deutlich wurde dies in der Sitzung am 22. April 1828, wo Danckelmans Antrag auf Aufhebung einer Verordnung,²⁵ die die Gerichte verpflichtete, bei streitig gewordener Auslegung eines Staatsvertrages die Äußerung des Außenministers einzuholen, auf Ablehnung stieß. Stattdessen wurde beschlossen, daß der Außenminister in solchen Fällen, wo die Auslegung eines Staatsvertrages ein fortwirkendes Rechtsverhältnis bildet, darüber zuvor mit dem gesamten Staatsministerium beraten sollte.²⁶

Daß sich das Staatsministerium in diesem Jahrzehnt immer deutlicher als das Gremium verstand, das über die Rechtmäßigkeit eines erhobenen Anspruchs entscheiden sollte, wurde auch in der Sitzung am 4. November 1829 (TOP 2) deutlich, wo die Berechtigung von Beamten mit Klagen gegen den Staat vor Gericht zu treten, bestritten wurde. Als Danckelman darüber Bedenken äußerte, daß es gesetzlich nicht zulässig sei, einen Beamten den Rechtsweg wegen ihm vermeintlich entzogener Dienstestkünfte zu verwehren, versuchte die Mehrheit, Danckelmans „Besorgnisse“²⁷ dadurch zu beseitigen, daß das Staatsministerium selbst bei solchen Fällen die Entscheidung treffen werde. Solche Fälle beschäftigten die Ministerrunde dann bis 1918.

Ohne Zweifel war aber die Kabinettsordre vom 30. Juni 1828, womit dem Staatsministerium die Regelung der **Kompetenzkonflikte** zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden aufgetragen wurde, der wichtigste Schritt. Hiermit fand auch eine weitere Aushöhlung der Kompetenzen des Justizministeriums statt.²⁸ Im Laufe des Jahrzehnts wurde der Zuständigkeitsbereich der Gerichte zunehmend schmaler, während die Kompetenzen der Verwaltungsbehörden sich erweiterten, schon deswegen, weil Forderungen nach Kriegsentschädigungen (die auch häufig vom Staatsministerium beraten wurden) sowie gutsherrlich-bäuerliche Streitigkeiten nicht gerichtlich ausgefochten werden konnten. Das Konfliktpotential zwischen Judikative und Administration war also groß und es kam auch immer wieder zu Auseinandersetzungen. In der Sitzung am 15. Dezember 1824 (TOP 6), wo es um die Kompetenz der rheinischen Gerichte bei Streitigkeiten über Domänenverkäufe in den Rheinprovinzen ging, schlossen sich „außer Altenstein“ alle Minister (allerdings wurde dieser Protokollteil nur von Wilhelm von Klewiz vollzogen) dem Antrag des Finanzministeriums an, daß bei solchen Streitigkeiten jede gerichtliche Instanz sich der staatlichen Behörde zu unterwerfen habe. Kein Jahr später (am 5. Oktober 1825, TOP 1), als es um die Kompetenz des Justizministers ging, nicht zufällig handelte es sich um eine Forderung nach Kriegsentschädigung auf dem Rechtsweg und Danckelman weigerte sich, die gerichtliche Klage zurückzuweisen, wurde zum ersten Mal

²³ Vgl. z.B. die Sitzung am 29.4.1829, TOP 1. Hier konnte Danckelman durchsetzen, daß die Verfälschung von Kassenanweisungen gesetzlich bestraft wurde.

²⁴ Nach Hintze war das Staatsministerium für die Entscheidung der Zulässigkeit des Rechtswegs schon vor 1828 zuständig. Vgl. Ders., Staatsministerium, S. 566.

²⁵ VO v. 25.1.1823, GS, S. 19.

²⁶ Vgl. KO v. 30.6.1828, GS, S. 86 über das Verfahren bei Kompetenzkonflikten zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden, wonach Fälle, bei denen kein Konsens zwischen dem Justizminister und dem Minister der betreffenden Verwaltung zu erreichen war, im Staatsministerium erörtert und geprüft werden sollten. Die Auffassungen Danckelmans und Schuckmanns und die Entstehung dieser KO überhaupt werden ausführlich dargestellt, in: Loening, Edgar, Gerichte und Verwaltungsbehörden in Brandenburg-Preußen, Halle 1914, S. 214–218. Vgl. auch: Frauendienst, Staatsministerium, S. 168 und Fu, Arne, Kompetenzkonflikte im preußischen Recht des 19. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1998, S. 99–100.

²⁷ Bd. 17, Bl. 222v.

²⁸ Vgl. Loening, Gerichte und Verwaltungsbehörden, S. 150–153.

von der Notwendigkeit eines Gesetzes sowie einer Behörde, die sich den Kompetenzkonflikten zwischen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden widmen sollte, gesprochen. Einschließlich der Sitzung am 18. Oktober 1826 war die Frage der Kompetenzkonflikte noch sechs weitere Male Beratungsgegenstand (28. Dezember 1825, 22. Februar, 9. August und 18. Oktober 1826, 2. Mai 1828), bis es dann zur oben erwähnten Kabinettsordre kam.

Man sollte annehmen, daß das zentrale Verwaltungsorgan eines modernen Staates mit den **Finanzen** dieses Staates und deren Verteilung bestens vertraut sein müßte. Beim Staatsministerium war das zunächst kaum der Fall, obwohl in der Kabinettsordre vom 3. November 1817 zu den Aufgaben dieses Organs auch die Beratung der „Etats der General- und Provinzial-Hauptkassen“ gezählt wurde.²⁹ In diesem Jahr war Preußen nahezu bankrott, und die schlechte wirtschaftliche Lage hat sich selbst in den folgenden Jahren nicht wesentlich verbessert. Die große Frage im Finanzbereich lautete somit, wie die Defizite überbrückt werden könnten.³⁰ Dies war auch politisch höchst notwendig, da in der Verordnung vom 17. Januar 1820 über das Staatsschuldenwesen eine Neuaufnahme von Schulden an die Zustimmung einer neu einzuberufenden Nationalrepräsentation gebunden wurde.³¹

Obwohl die Ordnung der Finanzen für das Staatsministerium von primärer Bedeutung war, konnte es zur Linderung dieser Not nicht viel unternehmen; es hatte keinen vollen Überblick über die Staatsfinanzen.³² Bülow (Finanzminister zwischen 1813 und dem 3. November 1817) bemerkte 1823, daß, auch wenn das Staatsministerium es sich sehr gewünscht hätte, „der Zentralpunkt der Finanzverwaltung des Staates“ zu sein, „gleichwohl eine solche Einrichtung [...] niemals stattgefunden“ hat. „Vielmehr sind dem [...] Staatsministerium die Mittel zu den extraordinären Bedürfnissen größtenteils immer verborgen geblieben, ja es sind ihm, selbst zu den ordinären Bedürfnissen, Fonds angewiesen, die es bisher nicht kannte. [...] Der Herr Staatskanzler hat sich die höhere Direktion des Finanzwesens vorbehalten.“³³ Gegen Hardenbergs Absicht beriet das Staatsministerium zwar die neuen Steuergesetze,³⁴ trug aber zu deren Inhalt und Gestaltung nichts Wesentliches bei. Bekannt ist Hardenberg als der große Reform liberaler Prägung, jedoch sah er in den Nachkriegsjahren seine große Aufgabe in der Sanierung der Finanzen. Diese Aufgabe wollte er nicht aus der Hand geben und durch die Errichtung des Schatzministeriums und der General-Kontrolle 1817 hat er sie sogar noch stärker an sich gebunden. Bei seinen Beratungen zum Staatshaushalt zwischen 1820 und 1825 folgte das Staatsministerium zwar dem obersten Gebot der Sparsamkeit, übte aber so gut wie keinen Einfluß auf die Bildung dieser Haushalte, d.h. auf die Einnahmen und Ausgaben des preußischen Staates, aus. In diesen Jahren folgte man den Vorschlägen der Kommission zur Untersuchung des Staatshaushalts. Schon im Jahre 1824 äußerte der König seinen Ärger über das Unvermögen des Staatsministeriums, das Defizit zu decken.³⁵ Nach 1825 hat es die Haushalte gar nicht weiter beraten.

Das Verhältnis des Staatsministeriums zur General-Kontrolle war von Unstimmigkeiten geprägt. Der Versuch dieser Behörde, auf die verschiedenen Ministerien einzuwirken, sowie deren Befugnisse überhaupt, führten wiederholt zu Reibereien. Diese setzten schon am 7. November 1817 ein,

²⁹ Vgl. auch Sitzung am 4.6.1817, TOP 3, wo Schuckmann seine „Ansicht und Bedenken“ über den Gang der Finanzangelegenheiten bekannt gab.

³⁰ Von der Londoner Anleihe bei den Rothschilds durch den Präsidenten der Seehandlung, Christian Rother, wurde das Staatsministerium nicht informiert. Beschwerden über das selbständige Vorgehen der Hauptverwaltung der Staatsschulden (Rother war seit 1815 Präsident) gab es in den Sitzungen am 2.1., TOP 1 und am 30.12.1822.

³¹ Die VO v. 17.1.1817, GS, S. 9. Vgl. Obenaus, Herbert, Finanzkrise und Verfassungsbewegung, in: Preußische Reformen 1807–1820, hrsg. v. Barbara Vogel, Königstein 1980 (zuerst 1974), S. 244–265.

³² Vgl. die Beschwerden in den Sitzungen am 22., 24. u. 29.12.1819; 13.6.1821, TOP 4; 19.9.1821, TOP 3.

³³ Vgl. Rep. 90, Nr. 1377, Bl. 40–41. Bülows Bemerkungen wurden veranlaßt durch die Beratung des Staatshaushalts 1823 in der Sitzung am 2.1.1823.

³⁴ Vgl. Klein, Ernst, Von der Reform zur Restauration. Finanzpolitik und Reformgesetzgebung des preußischen Staatskanzlers Karl August von Hardenberg, Berlin 1965, S. 96 und die Sitzungen am 24., 25. u. 26.1.1820.

³⁵ Vgl. sein Schreiben an das Staatsministerium in: Rep. 89, Nr. 24875, n.f.

als Bülow und Schuckmann bezüglich der Stellung der Minister gegenüber der General-Kontrolle, namentlich deren Direktor, ihre Beschwerden äußerten. Am 18. März 1818 beschwerten sich sogar alle Minister bei Hardenberg und 1819 beklagte sich der Finanzminister Klewiz erneut über die Vorgehensweise der General-Kontrolle.³⁶ Der Versuch, diese Kritik mit einer Anordnung³⁷ zu näherer Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium zu beheben, war erfolglos. Es gehörte zu Friedrich von Motz' Programm bei Übernahme des Finanzministeriums, daß der Finanzminister Mitglied der General-Kontrolle werden würde. Diese Behörde wurde dann am 29. Mai 1826 aufgehoben, ein Ziel, das Motz sich gesetzt hatte.³⁸

Immer gegenwärtig war der **Konflikt des Staatsministeriums mit dem Staatskanzler Hardenberg**. In der Gestaltung des Staatsministeriums sowie in seinen Aktivitäten in den frühen Jahren spielte der Staatskanzler, oberster Chef der Verwaltung und auch Vorsitzender des Staatsministeriums, die prägende Rolle.³⁹ Das Staatsministerium schickte Berichte an ihn und er entschied, ob diese dem König weitergereicht werden sollten. Hardenberg veranlaßte das Staatsministerium, sich mit einem Sachverhalt zu befassen. Nach seinem Tod ging die Anregung zur Beratung eines Gegenstandes vielfach von einer Kabinettsordre aus.

Als die Protokollführung zwischen dem 12. November 1817 und dem 8. September 1819 ausgesetzt wurde, hielt der Staatskanzler weiterhin ein wachsames Auge auf die Aktivitäten des Staatsministeriums und verlangte Verzeichnisse der Vorträge. In einem Schreiben an Altenstein am 1. März 1819 beschwerte Hardenberg sich über den langsamen Geschäftsbetrieb beim Staatsministerium und verlangte monatliche Nachweisungen „von den bei demselben eingekommenen Sachen und von den darauf genommenen Beschlüssen“.⁴⁰

Die Spannungen zwischen dem Staatskanzler und dem Staatsministerium spitzten sich im Jahre 1819 zu und endeten schließlich mit einer „Minister-Krise“. Eine Kabinettsordre vom 11. Januar 1819⁴¹ an das Staatsministerium (eigenhändig konzipiert von Hardenberg) verlangte u. a. ein strenges Vorgehen gegen den „verderblichen Zeitgeist“ (sichtbar in demagogischen Umtrieben, in den Universitäten, dem Turnwesen, in der Presse) und verlangte von den Ministern Äußerungen hierzu. Die angespannte Lage, aufgeheizt in Preußen durch die Ermordung Kotzebues am 23. März, verschärfte sich. In seinem Tagebuch machte Hardenberg am 19. August die Bemerkung: „Ministerial-Wechsel nötig“⁴². In einem Memorandum vom 26. August,⁴³ als Antwort zur Kabinettsordre vom 11. Januar 1819 gedacht, das aus der Feder Wilhelm von Humboldts (seit dem 11. Januar 1819 Minister für ständische Angelegenheiten) stammte, übte das Staatsministerium starke Kritik an der Politik des Staatskanzlers und forderte die Einschränkung seiner Macht. Ziel

³⁶ Vgl. Rep. 126, I A Nr. 4, n.f. In seinem Schreiben an Ladenberg v. 19.3.1818 beschrieb der Staatskanzler diese Beschwerden als auch in „in vielen Punkten begründet“; vgl. auch Klein, Reform zur Restauration, S. 289.

³⁷ Zur näheren Verbindung der General-Kontrolle mit dem Staatsministerium, vgl. KO v. 17.1.1820, GS, S. 24.

³⁸ Zu den Ansichten von Motz über die Stellung des künftigen Finanzministers zur General-Kontrolle vgl. Petersdorff, Herman von, Friedrich von Motz, 2 Bde., Berlin 1913, Bd. 1, S. 230 und 242. Zu den Bemühungen Motz' um Aufhebung dieser Behörde vgl. ebd., Bd. 2, S. 5–11.

³⁹ Die dominierende Stellung Hardenbergs wurde schon in der VO v. 27.10.1810 festgelegt, vgl. GS 1810–13, S. 3.

⁴⁰ Das Schreiben an Altenstein in: Rep. 74, H IV Nr. 1 Bd. 4, Bl. 182. Vgl. auch sein Schreiben v. 16.12.1817 in: Ebd., Bl. 72 sowie die Verzeichnisse v. Januar–Februar 1818, in: Ebd., Bl. 76–89b und ein Verzeichnis (o. D., vermutlich März 1818) der im Staatsministerium vorliegenden Sachen in: Ebd., Bl. 90–91c. Dort auch ähnliche Verzeichnisse für den Zeitraum 1.–10.1.1819, Bl. 177–180. Vgl. auch das „Verzeichnis, der nach dem Journal des königlichen Staatsministerii noch unerledigten Sachen aus dem Jahre 1818“ in: Ebd., Bl. 175 f.

⁴¹ Rep. 90, Tit. VIII Nr. 31, Bl. 1–8v. Dort auch die Stellungnahmen verschiedener Minister. Vgl. auch Stamm-Kuhlmann, Thomas (Hrsg.), Karl August von Hardenberg 1750–1822. Tagebücher und autobiographische Aufzeichnungen, München 2000, S. 870 sowie Klein, Reform zur Restauration, S. 231–234. Abschriften von Staatsministerial-Verhandlungen in Beziehung auf diese Kabinettsordre in: Rep. 89, Nr. 3650.

⁴² Stamm-Kuhlmann (Hrsg.), Hardenberg, Tagebücher, S. 874.

⁴³ Vgl. das Memorandum v. 26.8.1819 in: Rep. 90, Tit. VIII Nr. 31, Bl. 78–95. Gedr. in: Humboldts Gesammelte Schriften, Bd. 12/2, S. 322–342. Das Memorandum trug die Unterschrift sämtlicher Minister mit Ausnahme Klewiz' und Bernstorffs'. Bülow und Wittgenstein hatten an dieser Sitzung nicht teilgenommen.

sollte eine „gemeinsame Verantwortlichkeit“ sein, wovon aber zur Zeit „kaum eine Spur“ zu erkennen sei. Hintze resümierte: „Es war ein Versuch [...], den Staatskanzler zu stürzen oder ihn in die Stellung eines bloßen Ministerpräsidenten herabzuzwingen.“⁴⁴ Am 18. Oktober wurden die Karlsbader Beschlüsse in Preußen veröffentlicht. Die Kritik an Preußens Übernahme dieser Beschlüsse⁴⁵ führte zur Entlassung Humboldts und Bymes Ende Dezember 1819. Wegen seines Konfliktes mit dem König hinsichtlich der Landwehr wurde auch Boyen zu diesem Zeitpunkt von seinem Amt entbunden.⁴⁶ Ab 1820 hatte Hardenberg also keine direkten „Widersacher“ mehr im Staatsministerium.

Auch wenn das Memorandum vom 26. August 1819 mit einer ziemlich ungnädigen Kabinettsordre am 21. Oktober 1819⁴⁷ beantwortet wurde, war die gesamte Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen Staatskanzler und Staatsministerium dennoch nicht unvorteilhaft für das Letztere. Die Wiederaufnahme der Protokollführung am 8. September 1819 war ein deutlicher Beweis dafür, daß das Staatsministerium dem Staatskanzler gegenüber eine gewisse Unabhängigkeit erreicht hatte. Im Memorandum vom 26. August 1819 war nach einer Protokollführung ähnlich wie beim Staatsrat verlangt worden, um den König „fortgehend in Kenntnis und Übersicht der Geschäfte und der Art ihre Behandlung zu halten.“ Dem König sollte nach jeder Sitzung ein „Duplikat“ zugeschickt werden.⁴⁸ Eine Kabinettsordre vom 7. Oktober hatte genehmigt, daß Protokolle an den König und – angeblich zwecks Ersparung von Schreibearbeit – nicht an den Staatskanzler geschickt werden sollten. Die abschließende Kabinettsordre vom 21. Oktober 1819 befahl dem Staatsministerium, künftige Berichte „direkt“ an Friedrich Wilhelm III. zu senden und bemerkte, daß der König eine „schnelle Einsendung der Protokolle“⁴⁹ erwarte. Man kann annehmen, daß die Niederschrift von Protokollen Hardenberg gar nicht recht war. Als es keine Protokolle gab, konnte er die Zügel noch straffer halten. Da der Staatskanzler wegen seiner Schwerhörigkeit seit September 1818 von der Teilnahme an den staatsministeriellen Verhandlungen entbunden war,⁵⁰ wurde er jetzt durch die beschriebene Art der Protokoll-Versendung praktisch umgangen.

Um diese Zeit begann auch Hardenberg's „Stern merklich zu sinken“.⁵¹ Hierzu trug bei, daß spätestens seit Mai 1820 auch der Kronprinz zu seinem Widersacher geworden war.⁵² Hardenberg mußte im September 1822 zudem hinnehmen, daß der Erzkonservative Karl von Voß zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums ernannt wurde.⁵³ Die „wachsende Bedeutung des Staatsministeriums insgesamt und die zunehmende Selbständigkeit und Widerspenstigkeit der einzelnen Minister“ waren „weniger Ursache als Folge“ von Hardenbergs langsamen Niedergang, urteilt Ernst Klein.⁵⁴

⁴⁴ Hintze, Staatsministerium, S. 564.

⁴⁵ Vgl. Sitzungen am 5. u. 27.10. sowie 3.11.1819.

⁴⁶ Zur Entlassung Humboldts, Bymes und Boyens vgl. Rep. 89, Nr. 3651. In der Literatur ist diese Auseinandersetzung („Ministerkrise 1819“) schon mehrfach dargestellt worden, vgl. u. a. Treitschke, Deutsche Geschichte, Bd. 2, S. 596 bis 609; Gebhardt, Bruno, Wilhelm von Humboldt als Staatsmann, 2 Bde., Stuttgart 1899, Bd. 2, S. 229–291 und Kaehler, Siegfried A., Wilhelm v. Humboldt und der Staat. Ein Beitrag zur Geschichte deutscher Lebensgestaltung um 1800, München u. Berlin 1927, S. 421–432; Meinecke, Friedrich, Leben des Generalfeldmarschalls von Boyen, 2 Bde., Stuttgart 1896–1899, Bd. 2, S. 299–392.

⁴⁷ Rep. 90, Tit. VIII Nr. 31, Bl. 96–97.

⁴⁸ Vgl. das Memorandum in: Humboldts Gesammelte Schriften, Bd. 12/2, S. 332. Der Gedanke an eine Wiederaufnahme der Protokollführung lag allerdings schon seit einiger Zeit in der Luft. Vgl. den Beschluß v. 28.2.1819, daß auch zur Beschleunigung des Geschäftsganges bei jeder Sitzung ein Protokoll geführt werden sollte, in: BPH, Rep. 50, E 3 Nr. 1, Bl. 58v. Weder Hintze noch Klein oder Frauendienst erwähnen diese Forderung nach Protokollführung.

⁴⁹ Rep. 90, Tit. VIII Nr. 31, Bl. 96v.

⁵⁰ Vgl. KO v. 16.9.1818 in: Rep. 74, H IV Nr. 1 Bd. 4, Bl. 101b–101c.

⁵¹ Klein, Reform zur Restauration, S. 294; vgl. auch Branig, Hans, Die oberste Staatsverwaltung in Preußen zur Zeit des Todes von Hardenberg, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, 13/14 (1965), S. 188–192.

⁵² Seine ablehnende Meinung zu Hardenberg äußerte der Kronprinz z. B. in einem Brief an Wittgenstein v. 12.1.1822, zitiert bei Branig, Oberste Staatsverwaltung, S. 187. Vgl. auch Ders., Fürst Wittgenstein. Ein preußischer Staatsmann der Restaurationszeit, Köln/Wien 1981, S. 140 sowie Bailleu, Paul, Kronprinz Friedrich Wilhelm im Ständekampf 1820, in: Historische Zeitschrift, 87 (1901), S. 68.

⁵³ Vgl. KO v. 18.9.1822, GS, S. 214.

⁵⁴ Klein, Reform zur Restauration, S. 295.

Bis zu seinem Tode spielte dieser aber noch eine wichtige Rolle im Staatsministerium, selbst wenn nach der Wiederaufnahme der Protokollführung seine Dominanz abgenommen hat.

Nach Hardenbergs Tod wurde das Büro des Staatskanzlers nicht sofort aufgelöst, sondern in das Büro des Staatsministeriums integriert. Im Jahre 1824 standen die Behörden, die unmittelbar zum Staatskanzler-Büro gehört hatten, im „Hof- und Staatshandbuch“ unter dem Rubrum „Staatsministerium“. Ebenso wurde das Personal des Staatskanzler-Büros teilweise übernommen, v. a. Friedrich August von Staegemann, der in den folgenden Jahren bei den staatsministeriellen Sitzungen oft Protokoll führte und ab 1823 als „vortragender Rat im Staatsministerium“ angestellt war.

Wichtig für die Konsolidierung des Staatsministeriums in diesen Jahren war die Tatsache, daß nach dem Austritt Humboldts, Beymes und Boyens Ende 1819 die **Ministerialveränderungen** sich auf den Antritt Danckelmans als Justiz- und Motz' als Finanzminister im Jahre 1825 beschränkten. Das Ministerium für ständische Angelegenheiten, das Humboldt geleitet hatte, bestand in dieser Form nach 1819 ohnehin nicht weiter; ebenso wurde das Ministerium für die Revision der Gesetzgebung nach Beymes Rücktritt aufgelöst; erst 1831 ist Karl von Kamptz kommissarisch mit der Fortführung der Gesetzesrevision beauftragt worden. Bald nach Hardenbergs Tod wurde das Schatzministerium aufgelöst und mit dem Finanzministerium vereinigt.⁵⁵ In der Zusammensetzung des Staatsministeriums in den Jahren zwischen 1817 und 1829 läßt sich eine personelle Kontinuität konstatieren, die für die Entwicklung dieses Verwaltungsorgans zu einem zentralen Gremium von großer Wichtigkeit war.

Den **Vorsitz** bei den Sitzungen führte ursprünglich Hardenberg, nach seiner Dispensation von den Sitzungen hatte Altenstein den Vorsitz inne. Nach dem Tod des Staatskanzlers war kurzzeitig Voß Präsident des Staatsministeriums,⁵⁶ starb aber schon am 30. Januar 1823. In den Monaten danach wurde sogar daran gedacht, Humboldt an diese Stelle zu setzen.⁵⁷ Der endgültige Beschluß lautete aber, diese Stelle unbesetzt zu lassen. Den Vortrag beim König sollte Karl Friedrich von Lottum halten.⁵⁸ Der Vorsitz sollte künftig vom dienstältesten Minister geführt werden – eigentlich Kircheisen –, jedoch führte Altenstein weiterhin den Vorsitz bei den Sitzungen.⁵⁹ Als vortragender Minister hatte Lottum zwar einen besonderen Zugang zum König, genoß aber deswegen im Staatsministerium keinen Vorrang. Im Gegenteil, nach dem Ableben Hardenbergs bzw. Voß' entwickelte sich das Staatsministerium zunehmend zu einem kollegialen Organ.

Obwohl Altenstein den Vorsitz führte, fehlte er häufig, und es ist nicht zu übersehen, daß er bei den Sitzungen des Staatsministeriums nicht die dominante Figur war. Diese Rolle spielte eher Innenminister Schuckmann, der auch so gut wie nie fehlte. Seit 1783 im Justiz- und Verwaltungsdienst tätig, brachte Schuckmann vermutlich auch ein ganz anderes Interesse für viele der Beratungsgegenstände auf als Altenstein. Durch die Schmälerung seines Ministeriums am 3. November 1817 verärgert,⁶⁰ wurde er, zumal nach der Angliederung des Polizeiministeriums an sein Ministerium im Januar 1819, allmählich eine mächtige und einflußreiche Figur.

Die Gegenstände, die im Staatsministerium beraten wurden, sind häufig dem **Staatsrat**, d. h. dessen

⁵⁵ Vgl. KO v. 16.5.1823, GS, S. 109.

⁵⁶ Vgl. KO v. 2.12.1822, die Voß zum Präsidenten des Staatsministeriums und das Staatsrats ernannte, in: Rep. 90, Nr. 396. Voß nahm kein Vierteljahr (16.10.1822–2.1.1823) an den Sitzungen teil.

⁵⁷ Vgl. Branig, Oberste Staatsverwaltung, S. 195–198. V. a. der Chef des Militärkabinetts und einflußreiche Ratgeber Friedrich Wilhelms III., Job v. Witzleben, plädierte für Humboldt. Vgl. seine Denkschrift v. 3.3.1823 in: Dorow, Wilhelm, Aufzeichnungen, Aktenstücke und Briefe, Teil 2, Leipzig 1845, S. 218 f.

⁵⁸ Vgl. Hintze, Staatsministerium, S. 569.

⁵⁹ Zum Vorsitz vgl. KO v. 30.4.1823 in: Rep. 90, Nr. 393, n. f.; auch in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 24, n. f.. Vgl. auch Klein, Staatsministerium, S. 209 sowie Meisner, Heinrich Otto, Zur neueren Geschichte des preußischen Kabinetts in: FBPG, Bd. 36 (1924), S. 47–51. Für Altensteins Vorsitz spricht auch, daß er jedem Minister eine Ankündigung der nächsten Sitzung und Beratungsgegenstände schickte. Minister haben auch Beratungsgegenstände mit Referenten bei ihm angemeldet. Vgl. Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3 Bde. 1–14 (1818–25). Vgl. auch Klein, Reform zur Restauration, S. 280.

⁶⁰ Vgl. seinen Brief an Hardenberg v. 4.11.1817, in: Rep. 92, NL Hardenberg H 15a, Bl. 64.

entsprechender Abteilung, zur weiteren Bearbeitung überwiesen worden. Hierzu diente oft auch der gedruckte Bericht des Staatsministeriums. Carl Herzog von Mecklenburg-Strelitz, Präsident des Staatsrats zwischen 1825 und 1837, bemühte sich, dem Staatsrat mehr Einfluß zu verschaffen; beispielsweise versuchte er 1827 dahin zu wirken, daß der Staatsrat die geeignete Instanz für die Entscheidung von Kompetenzkonflikten sei.⁶¹ Vor allem aber war der Herzog der Meinung, daß der Präsident des Staatsrats auch Mitglied des Staatsministeriums sein sollte. Nach einem zähen Kampf wurde mit Kabinettsordre vom 9. Dezember 1827 dem Staatsministerium mitgeteilt, „daß in allen Fällen, wo der Präsident des Staatsrats nicht einer der verwaltenden Minister ist, derselbe als solcher die Befugnis haben soll, den Versammlungen des Staatsministeriums nach seiner Wahl beizuwohnen, ohne Mitglied desselben zu sein“.⁶²

Seit dem 19. April 1819 hatte **Kronprinz Friedrich Wilhelm** eine Stimme im Staatsministerium.⁶³ Den Sitzungen hatte er schon früher beigewohnt. Altenstein teilte ihm die vorgesehenen Beratungsgegenstände mit. Die Verzeichnisse hierzu befinden sich im Nachlaß Friedrich Wilhelms IV.⁶⁴ Die Teilnahme des Kronprinzen war sicherlich nicht unbedeutend für die Entwicklung seiner politischen Kenntnisse. Andererseits hatte er, wie aus seinem Schreiben an Wittgenstein Anfang 1822 und 1823⁶⁵ hervorgeht, keine hohe Meinung vom Staatsministerium und über die meisten Staatsminister. Gelegentlich äußerte er aber in einer Sitzung seine Ansicht, und er ließ auch dem König einige Separatvoten zukommen.

Zwischen dem Staatsministerium und dem **König** gab es kein besonders enges Verhältnis. An den König wurde eine Protokollabschrift geschickt sowie häufig ein Immediatbericht, der den Beratungsgegenstand erläuterte und den Beschluß mitteilte. Sehr oft gingen auch aus den Beratungen des Staatsministeriums Rechtsvorschriften hervor. Der König nahm aber in dieser Zeit nie an einer Sitzung teil und bekanntlich wurden seine Entscheidungen auch von verschiedenen Ratgebern beeinflusst. Die geringe Bedeutung des Staatsministeriums im Bewußtsein des Königs geht aus einer (freilich überspitzten) Bemerkung des Generalintendanten des königlichen Theaters, Wilhelm Graf v. Redern (1802–1883) hervor: „Lottum ward nun der eigentliche vortragende Minister, da die übrigen Vorstände der Verwaltungen nur bei ganz außergewöhnlichen Gelegenheiten vom Könige empfangen wurden und ihre schriftlichen Anträge und Berichte durch den Grafen Lottum zum Vortrag gelangten, in dessen Bureau auch die betreffenden Kabinettsordres verfaßt wurden. [...] Die übrigen Minister wie Schuckmann, Altenstein, Kircheisen, Danckelman sah der König oft Jahre lang nicht. Der Herzog von Cumberland, der in Berlin viele Jahre, bis zur Zeit, wo er König von Hannover ward, als Nachbar des Grafen Redern an der Ecke der Linden- und Wilhelmstraße wohnte, sagte einst: ‘Ich glaube, der König weiß gar nicht, wie der Altenstein aussieht’“.⁶⁶

In den zwölf Jahren zwischen 1817 und 1829 mußte das Staatsministerium einen Machtkonflikt mit Hardenberg führen sowie seine eigenen Aufgaben und Befugnisse definieren und ausbauen. Vor allem mußte es sich immer wieder mit den unterschiedlichsten Interessen eines zersplitterten

⁶¹ Vgl. seinen Bericht v. 19.1.1827 in: Rep. 89, Nr. 16865, Bl. 24–24v.

⁶² Am 31. August 1825 ist dem Staatsministerium befohlen worden, den Herzog „zu den Beratungen solcher Gegenstände, welche für den Staatsrat vorbereitet sind, einzuladen“; vgl. Schneider, Staatsrat, S. 64. Zu den Versuchen des Herzogs, mehr Einfluß für den Staatsrat zu gewinnen und zu seinen Konflikten mit dem Staatsministerium vgl. ebd., S. 64–79. Die KO an das Staatsministerium v. 9.12.1827 in: Rep. 80, I Gen. Nr. 4. Zur Beteiligung des Staatsrats an der Gesetzrevision vgl. das Material in: Rep. 89, Nr. 16917.

⁶³ Vgl. KO v. 19.4.1819 in: Rep. 90, Nr. 1949, Bl. 13; auch in: Rep. 74, H III Nr. 8, n.f.; BPH, Rep. 50, E 3 Nr. 1, Bl. 61.

⁶⁴ Vgl. BPH, Rep. 50, E 3 Nr. 3–7.

⁶⁵ Im Schreiben v. 12.1.1822 bemerkte der Kronprinz, „das Ministerium ist für alle großen und wichtigen Staatsan gelegenheiten wirklich zur ausführenden Behörde der Hirngespinnste von den Räten aus der Staatskanzlei herabgesunken...“. Er denke auch daran, den König darum zu bitten, ihn von aller Teilnahme und Verantwortlichkeit beim Ministerium zu entbinden. Im Schreiben v. 31.1.1823 fällt er vernichtende Urteile über die meisten Minister, außer Lottum, Bernstorff und Wittgenstein selbst. Er sprach z.B. von der „Nullität dieser Herren“. Zitiert bei Branig, Oberste Staatsverwaltung, S. 187 und 194.

⁶⁶ BPH, Rep. 192, NL W. Graf v. Redern Nr. 1, Bl. 84–85. Diesen Hinweis verdanke ich meinem Kollegen H.Spenkuch.

Staates auseinandersetzen, was auch in den Beratungsgegenständen der staatsministeriellen Sitzungen dieser Jahre deutlich zum Vorschein kommt.

2. *Von der territorialen Disparität zur staatlichen Konsolidierung: Inhaltliche Beratungsschwerpunkte des Staatsministeriums von 1817 bis 1829*

Das Jahr 1817 stand unter keinem guten Stern: Preußen war von den Erschütterungen des revolutionären Zeitalters und den es zum Teil begleitenden Reformen (1807–1815) noch tief geprägt. Eine konservative Reaktion gegen die politischen und ökonomischen Reformen hatte eingesetzt; einer der führenden Köpfe dieser Reformen, der Staatskanzler Hardenberg, inzwischen siebenundsechzig Jahre alt, bekam diese Reaktion öfters zu spüren. Gleichzeitig gab es aber auch Erwartungen auf eine von König Friedrich Wilhelm III. versprochene Verfassung.⁶⁷ Teile der Monarchie waren von Hungersnot und Getreideteuerung betroffen. Bis Ende der 1820er Jahre wurde jedoch eine Stabilisierung erreicht und Ansätze zum Modernisierungsprozeß erkennbar, der sich in den 1830er Jahren zu entfalten begann.

Von großer Bedeutung bei dieser Entfaltung war die Bildung eines preußischen Zollvereins im Jahre 1818, der eine wichtige Vorstufe zum späteren deutschen Zollverein (1834) darstellte. In diesen Friedensjahren wuchs auch die Bevölkerungszahl von knapp über 11 Millionen (1819) auf fast 13 Millionen (1829). Die relativ lange Friedensperiode nach 1815 war keineswegs typisch für Preußen. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts sollte dieser Staat öfters unter außenpolitischem Druck stehen. Von einem „Primat der Außenpolitik“ konnte demgemäß in den Jahren zwischen 1815 und 1848 keine Rede sein.⁶⁸ In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war diese außenpolitische Ruhe für die innere Konsolidierung dieses Staats immens wichtig.

Die Vorgehensweise des Staatsministeriums in diesen Jahren ist von Behutsamkeit gekennzeichnet. Regierungsweise und gesellschaftlich-politische Entwicklungen folgten im Preußen der Vormärz-Zeit oft unterschiedlichen Rhythmen.⁶⁹ Häufig wurde die Notwendigkeit einer Maßnahme erkannt, aber zuweilen wurde sie (fast) gar nicht umgesetzt.

Viele der Beratungsthemen des Staatsministeriums in dieser Zeit, wie der Versuch einer Rechtsangleichung in den neuerworbenen Gebieten durch die Einführung der preußischen Gesetzgebung, die Beratung neuer Steuer- und Münzverfassungen, die Forderungen nach Kriegsentschädigungen, die Eingliederung der Standesherrn, später auch die Bearbeitung der Anträge der Provinzialstände sowie die Verwaltungsreformen bekunden das Bemühen um Integration und Vereinheitlichung. Dieses Bemühen wurde aber von Anfang an auf dreifache Weise eingeschränkt: Erstens war bei der Gestaltung Preußens nach 1815 die „landschaftliche Dezentralisation“⁷⁰ von bestimmender Bedeutung gewesen. Gerade dieser Regionalismus, aus historisch gewachsenen Unterschieden herrührend, von meist konservativen Kräften getragen und am deutlichsten sichtbar im klar umgrenzten

⁶⁷ Friedrich Wilhelm III. hatte dieses Verfassungsversprechen 1815 schon zum zweiten Mal geäußert. Vgl. Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.), *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Stuttgart 1957, Bd. 1, S. 56–57 (VO über die zu bildende Repräsentation des Volkes v. 22.5.1815). Vgl. dort S. 41–43 auch den ersten Hinweis (Auszug aus dem Finanzedikt v. 27.10.1810). Zudem versprach die deutsche Bundesakte v. 8.6.1815 in Artikel 13, daß „eine landständische Verfassung“ in den deutschen Einzelstaaten „stattfinden“ würde. Vgl. ebd., S. 78.

⁶⁸ Der „Primat der Außenpolitik“ für die deutsche Geschichte zwischen 1780 und 1848 wurde jüngst von Brendan Simms postuliert. Vgl. Ders., *The Struggle for Mastery in Germany, 1779–1850*, New York 1998, S. 195.

⁶⁹ Die Kluft zwischen Gesetzen, die zwar erlassen, aber nicht durchgesetzt wurden, kennzeichnete schon den frühneuzeitlichen Staat; vgl. zuletzt Schlumbohm, Jürgen, *Gesetze, die nicht durchgesetzt werden – ein Strukturmerkmal des frühneuzeitlichen Staates?*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 23 (1997), S. 647–663.

⁷⁰ Heffter, Heinrich, *Die Deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1950, S. 121; zur Integration durch Dezentralisierung vgl. auch Nipperdey, Thomas, *Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat*, München 1983 (6. Aufl. 1993), S. 332. Zum Regionalismus Preußens in dieser Zeit sowie zur langsamen Entfaltung des Einheitsstaates überhaupt vgl. Ellwein, Thomas, *Der Staat als Zufall und Notwendigkeit*, Opladen 1993, Bd. 1, S. 26–38.

Tätigkeitsbereich der provinziellen Ständevertretungen ab 1823, wurde öfters auch vom Staatsministerium geschützt. Sicherlich bemühte sich das Staatsministerium um Integration und Vereinheitlichung, es war sich aber auch der Gefahren und Grenzen eines solchen Prozesses stets bewußt. Im Jahre 1817 gab es „keinen preußischen Staat im späteren und modernen Sinne“⁷¹, und zu diesem Zeitpunkt war das Staatsministerium auch noch nicht eine „moderne“ Verwaltungsbehörde. Zweitens war im damaligen politischen System der Monarch ein ständig präsenter „Machtfaktor“.⁷² Oft von einflußreichen Ratgebern gelenkt, spielte er in der Entwicklung des Staates eine wichtige Rolle. Drittens übten gesellschaftliche Kräfte, v. a. die meist adelige und konservative Elite, die ab 1823 auch in den Provinziallandtagen vertreten war, einen erheblichen politischen Einfluß aus. In dem eher fragmentierten Verwaltungsapparat gab es keine dominierende Partei oder Linie, vielmehr gab es verschiedene Möglichkeiten, an diesen Staat heranzutreten.⁷³ Das Staatsministerium war das zentrale, aber kaum das zentralisierende Verwaltungsorgan eines großen, gar zersplitterten Staates und konnte sich nur innerhalb eines eingegrenzten Bereichs bewegen. Das Preußen der Restaurationszeit hat vergleichsweise wenig die Aufmerksamkeit der Historiker gefunden.⁷⁴ Die 1820er Jahre sind geradezu als ein Stiefkind der geschichtswissenschaftlichen Forschung anzusehen. Vor gut fünfzehn Jahren bemängelte Herbert Obenaus die „fehlende Verwaltungsgeschichte der Restauration“⁷⁵; bis heute ist diese Lücke nicht geschlossen worden. Auch der vorliegende Band vermag diese Lücke nicht zu schließen, versucht aber den Rahmen einer solchen Geschichte zu zeichnen. Deren wesentliche Züge werden am deutlichsten, wenn man die Gegenstände betrachtet, womit sich das Staatsministerium in diesen Jahren immer wieder beschäftigte.

Wo lag Preußen 1817? Die **Integration** der neu erworbenen Gebiete – der Rheinprovinzen, Westfalens, Vorpommerns, der ehemals königlich-sächsischen Landesteile – war die naheliegende Aufgabe dieser Zeit. Gerade hier war es von großer Wichtigkeit, daß die preußische Verwaltung schnell und kompetent handelte. In den frühen zwanziger Jahren widmeten sich über ein Dutzend Sitzungen Fragen der Infrastruktur, v. a. des Straßenbaus. Allerdings ist mit der Auflösung des Handelsministeriums 1825 eine schwindende Aufmerksamkeit gegenüber dem Brücken- und Straßenbau zu konstatieren. Weitaus komplizierter als die Aufgaben, die sich aus einer noch aufzubauenden Infrastruktur ergaben, war aber die Tatsache, daß in den „neuen und wiedereroberten“ Gebieten sowie in den altpreußischen Landesteilen Rechte, Gesetze und Bräuche bestanden, die mit den Vorstellungen der Verwaltungszentrale nicht immer vereinbar waren. Beim Bestreben nach einer Integration ist aber auch das Bemühen um die Schonung provinzieller Besonderheiten immer

⁷¹ Ellwein, *Der Staat als Zufall und Notwendigkeit*, S. 26.

⁷² Vgl. hierzu Wehler, Hans-Ulrich, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2: 1815–1845/49, München 1987, S. 299 f.

⁷³ Brose, Erich Dorn, *The Politics of Technological Change in Prussia. Out of the Shadow of Antiquity, 1809–1848*, Princeton 1993, S. 257.

Ein Beispiel für die Fragmentierung des Verwaltungsapparats dieser Jahre bildet die Gründung der vielen Immediatkommissionen und Kommissionen, die zur Erörterung diverser Fragen gebildet wurden; es gab solche zur Verfassung, zu den Finanzen, zur Verwaltung und zur Gewerbeordnung. Zur wichtigen Rolle dieser Kommissionen vgl. Koselleck, *Preußen*, S. 231.

⁷⁴ Die zwei großen Ausnahmen sind die Standardwerke von Koselleck, *Preußen zwischen Reform und Restauration* sowie Obenaus, Herbert, *Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848*, Düsseldorf 1984. Neuere Literatur zu den Hauptfiguren dieser Zeit fehlt fast vollkommen. Vgl. jedoch Baack, Lawrence J., *Christian Bernstorff and Prussia. Diplomacy and Reform Conservatism, 1818–1832*, New Jersey 1980; Renger, Christian, *Die Gründung und Einrichtung der Universität Bonn und die Berufungspolitik des Kultusministers Altenstein*, Bonn 1982; Stamm-Kuhlmann, Thomas, *König in Preußens großer Zeit. Friedrich Wilhelm III. Der Melancholiker auf dem Thron*, Berlin 1992; Radtke, Wolfgang, *Armut in Berlin. Die sozialpolitischen Ansätze Christian von Rothers und der Königlichen Seehandlung im vormärzlichen Preußen*, Berlin 1993. Einzelne Problembereiche jetzt auch in: Ullmann, Hans-Peter/Zimmermann, Clemens (Hrsg.), *Restaurationsystem und Reformpolitik. Süddeutschland und Preußen im Vergleich*, München 1996.

⁷⁵ Obenaus, *Parlamentarismus*, S. 233.

wieder sichtbar.⁷⁶ Nach der Einrichtung der Provinziallandtage 1823 wurde die „Provinzialisierung der Interessen“⁷⁷ zu einem bewußten, konstitutiven Element dieses Staates und mehr als das Staatsministerium waren die Provinzialstände um die Beachtung provinzieller Ansprüche bemüht. Das Staatsministerium mußte indessen auf provinzielle Eigentümlichkeiten besondere Rücksicht nehmen. Diese stellten schon bei der Durchführung verhältnismäßig einfacher Maßnahmen ein Hindernis dar: Beispielsweise konnte, obwohl Schlesien schon seit über fünfzig Jahren zu Preußen gehörte, in dieser Provinz noch 1819 ein neuer Chausseegeld-Tarif nicht erhoben werden, da hier eine andere Verfahrensweise vorherrschte; ebenfalls 1819 sollte die projektierte Verordnung zu Extraposten nicht auf die Rheinprovinzen angewendet werden und die Einführung eines allgemeinen Wegereglements war durch unterschiedliche Provinzialgesetze erschwert.⁷⁸ Auch in Bereichen von großer Tragweite ging die Integration nur langsam voran, wie z.B. bei der Vereinheitlichung des Steuerwesens, der Abschaffung der vergleichsweise restriktiven Gewerbeordnung in Sachsen, den jahrelang strittigen Entschädigungsansprüchen wegen der Säkularisation in Schlesien oder der Einführung eines Gesetzes zu Jagdgerechtigkeiten auf dem linken Rheinufer deutlich wurde.⁷⁹ Zentral für die Integration der neuen Landesteile war vor allem die **Rechtsangleichung**. Hier wurde aber auch schnell klar, daß die postulierte Notwendigkeit eines einheitlichen Rechtssystems in einem modernen Staat noch nicht bedeutet, daß die Realisierung schnell und problemlos erfolgen kann. Schon bevor das Thema der Rechtsangleichung in den Rheinprovinzen in den zwanziger Jahren zum Beratungsgegenstand des Staatsministeriums wurde, machte Hardenberg deutlich, daß er die Ansicht des Justizministers Kircheisen zu der Notwendigkeit einer eher zügigen Vorgehensweise bei der Justizorganisation in den neuen Landesteilen nicht teilte. Mit der Einrichtung des Ministeriums der Gesetzrevision im Jahre 1817, das auch für die Rechtsangleichung in den neuen und wiedereroberten Provinzen zuständig sein sollte, wurde Kircheisen die Kompetenz in dieser Frage entzogen und dem ehemaligen Justizminister (1808–1810) Beyme übertragen,⁸⁰ der bei der Frage der Rechtsangleichung weitaus langsamer vorgehen wollte. Die unterschiedlichen Auffassungen Kircheisens und Beymes über die Art des Verfahrens bei der Einführung der preußischen Gesetzgebung wurde auch in der Beratung am 15. September 1819 zum Hypothekenwesen in den ehemals sächsischen Gebieten deutlich. Beyme meinte, daß man sich hier bemühen müßte, das Bestehende zu bewahren; Kircheisen hingegen glaubte, daß hierdurch die Hypothekenregulierung noch „weit schwieriger und weitläufiger“ sein würde.⁸¹ Das Staatsministerium teilte Beymes Meinung. Auch die Einführung der preußischen Gesetzgebung in Neuvorpommern war ein Bera-

⁷⁶ Hierbei scheint Sachsen eine Ausnahme gebildet zu haben. Vgl. Dietrich, Richard, Die Eingliederung der ehemals sächsischen Gebiete in den preußischen Staat nach 1815, in: Baumgart, Peter (Hrsg.), Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat, Köln/Wien 1984, S. 296. Vgl. dort auch die weiteren Aufsätze; zusammenfassend Hauser, Oswald, Grundsätze preußischer Integrationspolitik in: Ebd., S. 476. Vgl. auch Hartung, Fritz, Der preußische Staat und seine westlichen Provinzen, in: Ders., Staatsbildende Kräfte der Neuzeit. Gesammelte Aufsätze, Berlin 1961 (zuerst 1953/54), S. 414–430.

⁷⁷ Koselleck, Preußen, S. 343.

⁷⁸ Vgl. Sitzungen am 8.9.1819, TOP 3; 29.9.1819, TOP 2 und 6.10.1819, TOP 2.

⁷⁹ Zur Vereinheitlichung des Steuerwesens vgl. z. B. die Sitzungen zur Aufhebung der Quatembersteuer im Herzogtum Sachsen am 3.10.1821, TOP 1 und zur Aufhebung des Krugverlagsrechts auf dem platten Lande am 9.8.1820, TOP 5. Mit den Eigenarten regionaler Steuern haben sich zuerst das Staatsministerium und dann die Provinziallandtage immer wieder beschäftigt; zur Gewerbeordnung in Sachsen vgl. Sitzung am 19.1.1820, TOP 1; zu Entschädigungsansprüchen, die aus der Säkularisation in Schlesien stammten, vgl. Sitzungen am 29.12.1819, TOP 4; 16.1.1822, TOP 2; 20.2.1822, TOP 3; 15.3.1824, TOP 7; zu den Jagdgerechtigkeiten vgl. Sitzungen am 31.10.1821; 9.1.1822, TOP 1 und 10.5.1826, TOP 2.

⁸⁰ Beyme sollte auch an der Arbeit der 1818 von Hardenberg gebildeten Kommission zur Oberaufsicht über die Justiz der Rheinprovinzen teilnehmen. Den Vorsitz in der Justizabteilung des Staatsrats hatte dieser ebenfalls inne, während Kircheisen ihr gar nicht angehörte. Beyme sollte zudem die Verantwortung für die Justizorganisation in Neuvorpommern tragen. Vgl. Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 441–448.

⁸¹ Bd. 2, Bl. 11, 12v.

tungsgegenstand. Die für den 1. Januar 1828 vorgesehene Einführung wurde vom Oberpräsidenten Johann August Sack schon dringend erwartet,⁸² jedoch scheiterte dieses Vorhaben auch hier.

In der von Beyme veranlaßten Sitzung am 23. Juni 1818 zum Entwurf des Ressortreglements für die Justiz- und Verwaltungsbehörden in den Rheinprovinzen⁸³ wurde zwar betont, daß diese Anweisungen für die rheinischen Regierungen und Gerichte nur bis zur definitiven Einrichtung der rheinischen Justizverwaltung gültig wären, jedoch verfolgte Beyme die Sache nicht weiter. Nach dem Ausscheiden Beymes aus diesem Ministerium am 31. Dezember 1819 sprach eine Kabinettsordre vom 6. Januar 1820 dem Justizminister Kirchheim eine stärkere Mitwirkung in den neuen Landesteilen zu,⁸⁴ jedoch wurde zu seinen Lebzeiten – er starb am 18. März 1825 – dieses Thema vom Staatsministerium überhaupt nicht mehr beraten.

Ogleich eine Kabinettsordre vom 9. Dezember 1824 befahl, daß die preußische Gesetzgebung, vor allem die Kriminalordnung von 1805, ohne weiteres Abwarten des Abschlusses der Gesetzrevision in den Rheinprovinzen eingeführt werden sollte,⁸⁵ erwies sich diese Aufgabe als besonders schwierig. In der Sitzung am 5. März 1828 beschloß das Staatsministerium zwar, daß die Einführung der preußischen Gesetzgebung in den Rheinprovinzen erst nach der (baldigen) Beendigung der Gesetzrevision stattfinden sollte, jedoch wurde schon in der Sitzung am 11. März 1828 betont, daß nach der Entscheidung des Königs, diese Einführung von der Gesetzrevision nicht abhängig zu machen, nun wenigstens ein Teil des Allgemeinen Landrechts mit entsprechenden Modifikationen einzuführen sei. Die rheinischen Stände, die sich zu diesen Änderungen äußern sollten, wollten die Einführung des Allgemeinen Landrechts erst nach dessen abgeschlossener Revision geschehen lassen und sich nicht mit einem „Provisorium“ zufrieden geben. Bis Ende 1829 konnte hier kein Kompromiß gefunden werden. Wie in Neuvorpommern bedeutete die Gegenwehr der Provinzialstände gegen die Rechtsangleichung eine starke Verlangsamung. Das Rheinland – mit Ausnahme der preußisch-rechtlichen Kreise Rees, Duisburg und Essen – sollte seine Sonderstellung bis 1879 bzw. 1900 behalten und nach dem Tod des Justizministers Danckelman am 29. Dezember 1830 wurde auch im Justizministerium eine besondere Abteilung für die rheinischen Angelegenheiten eingerichtet.

Die geplante oder laufende **Gesetzrevision** spielte nicht nur bei der Frage der Rechtsangleichung in den Rheinprovinzen und Neuvorpommern eine wichtige Rolle. In den hier vorgestellten Sitzungen wird öfter ein Beratungsgegenstand an die bevorstehende Gesetzrevision verwiesen. Bemühungen in Richtung einer Revision der Gesetze gab es schon seit 1808.⁸⁶ Trotz seines Amtsverlustes am 31. Dezember 1819 war Beyme bis zum 11. Juli 1825 weiterhin beauftragt, die Gesetzgebung zu

⁸² Vgl. Sacks Schreiben an Staegemann v. 25.11.1821 in: Rühl, Franz (Hrsg.), Briefe und Aktenstücke zur Geschichte Preussens unter Friedrich Wilhelm III., vorzugsweise aus dem Nachlaß von F.A. von Stägemann, 3 Bde., Leipzig 1902, Bd. 3, S. 87.

Zu Neuvorpommern vgl. u. a. Reißland, Manfred, Grundzüge der Ständepolitik in dem Gebiet von Vorpommern und Rügen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Diss., Greifswald 1962; Ders., Stände und Staat in Vorpommern und Rügen nach 1815, in: Zobel, H.-J. (Hrsg.), Pommern. Geschichte, Kultur, Wissenschaft, Greifswald 1991, S. 162–167. Überhaupt beschäftigte sich das Staatsministerium des öfteren mit Gegenständen aus Neuvorpommern. Dieses Gebiet ist aber für das 19. Jahrhundert historiographisch fast vollkommen in Vergessenheit geraten.

⁸³ Vgl. die Anweisungen für die Regierungen und Gerichte in den Rheinprovinzen v. 20.7.1818 in: Kamptz, Karl v. (Hrsg.), Annalen der preußischen inneren Staatsverwaltung 1817–1839, ND Bad Feilnbach 1985, Bd. 2 (1818), S. 619.

⁸⁴ Vgl. Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 459.

⁸⁵ Zur Einführung der preußischen Gesetzgebung in den Rheinprovinzen vgl. u. a. Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 491–495, Landsberg, Ernst, Das rheinische Recht und die rheinische Gerichtsverfassung in: Hansen, J. (Hrsg.), Die Rheinprovinz 1815–1915, 2 Bde., Bonn 1917, Bd. 1, S. 151–164; Ders., Die Gutachten der Rheinischen Immediat-Justiz-Kommission und der Kampf um die rheinische Rechts- und Gerichtsverfassung 1814–1819, Bonn 1914; Conrad, Hermann, Preußen und das französische Recht in den Rheinlanden, in: J. Wolffram und A. Klein (Hrsg.), Recht und Rechtspflege in den Rheinlanden, Köln 1969, S. 78–89; Schubert, Werner, Französisches Recht in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Zivilrecht. Gerichtsverfassungsrecht und Zivilprozeßrecht, Köln 1977.

⁸⁶ Vgl. den Überblick über die Gesetzrevision in: Quellen zur preußischen Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts, hrsg. v. Werner Schubert und Jürgen Regge. Gesetzrevision (1825–1848), 1. Abt., Bd. 1 hrsg. v. J. Regge, Vaduz 1981, S. XVI–XXI.

revidieren; jedoch hat er dies offenbar nicht ernsthaft in Angriff genommen. Die Revision ging auch schleppend voran.⁸⁷ Mit Kabinettsordre vom 11. Juli 1825 wurde Danckelman die Revision der Gesetzgebung übertragen. In einem Schreiben an das Staatsministerium vom 25. Februar 1828 äußerte er die Meinung, daß es hier auch darum gehe, die bestehenden Gesetzbücher „dem praktischen Bedürfnis gemäß zu ergänzen oder abzuändern“. Die Beratungen zu den einzelnen zu revidierenden Gesetzen sollten dann erst in den dreißiger und vierziger Jahren erfolgen.⁸⁸

Immerhin bildete aber ein wichtiger Teil der Gesetzrevision – die **Revision der Strafgesetzgebung** – den Gegenstand der staatsministeriellen Sitzungen zwischen dem 11. März und dem 13. Juni 1828.⁸⁹ Diese Sitzungen bieten heute eine unerwartete Einsicht in zeitgenössische Meinungen, u. a. zu dem Wert der Todesstrafe, der Kriminalität bei Jugendlichen, der Verantwortlichkeit des Individuums und des Staats für Verbrechen und Gegenmaßnahmen sowie zu Rang und Bedeutung des Adels. Die Beratungen lassen auch gut erkennen, wie sehr das Erfordernis einer Sache anerkannt werden kann, bevor sie zur historischen Tatsache wird. Anfang 1828 war die einstimmige Meinung im Staatsministerium, daß das Rad als Todesstrafe gar nicht mehr anzuwenden sei; es sollte aber noch viele Jahre dauern (1851), bis diese Art der Hinrichtung aufgehoben wurde.⁹⁰ Die weitere Anwendung wurde sicherlich durch das Verlangen des „Volkes“ nach dem Schauspiel, das mit der Tötung durch das Rad geboten wurde, unterstützt und das Staatsministerium beugte sich faktisch dieser Volksmeinung.

Die bekannte Bemerkung Niebuhrs 1815, „daß die Freiheit ungleich mehr auf der Verwaltung als auf der Verfassung beruhe“,⁹¹ spiegelte auch eine verbreitete zeitgenössische Auffassung von der Wichtigkeit einer gut funktionierenden Administration wider. Nach 1817 entfaltete und vertiefte sich das Ausmaß der Verwaltungsaufgaben,⁹² und in den provinziellen Behörden sowie in der zentralen Verwaltung wurde die **Organisation der Verwaltungsbehörden** festgelegt. Hiermit fand sicherlich ein zentraler Bestandteil der Bemühung um Integration Ausdruck, aber es sollte nicht vergessen werden, daß in einem armen Land wie Preußen eine solche Reform auch immer auf Kostenersparnisse zielte.

Die Reform der Verwaltungen auf provinzieller Ebene war ein Themenfeld, mit dem sich das Staatsministerium häufig beschäftigte. In den Sitzungen am 8. und 10. Mai 1820, 14. März 1821 und 16. Oktober 1822 wurde die Auflösung einiger Regierungen⁹³ sowie die Geschäftsorganisation der Provinzialbehörden beraten und zwischen dem 12. Februar und dem 19. März 1825 fanden Sitzungen mit den Oberpräsidenten statt, in denen die neuen Instruktionen für diese und die Provinzialverwaltungsbehörden gemeinsam erörtert wurden.⁹⁴ Schon in einer frühen Sitzung am

⁸⁷ Vgl. Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 458. Schon im Februar 1821 hatte Kircheisen an Hardenberg ein Schreiben gerichtet, das die Beschleunigung dieser Revision dringend empfahl, vgl. Stölzel, ebd., S. 466. Vgl. auch Kamptz, Karl, Aktenmäßige Darstellung der Preußischen Gesetzrevision, in: Annalen der Preußischen Staatsverwaltung, Bd. 32 (1839), Anhang, sowie Überblick über die Gesetzrevision, S. XIX–XX.

⁸⁸ Vgl. Rep. 90a, X IV Nr. 1 Bd. 1, Bl. 14.

⁸⁹ Material hierzu in: Goldammer, Theodor, Die Materialien zum Straf-Gesetzbuch für die Preußischen Staaten, Berlin 1851 sowie Schubert/Regge (Hrsg.), Gesetzrevision (1825–1848), Bde. 1–2. Zur Revision der Strafgesetzgebung als einer ergiebigen sozialgeschichtlichen Quelle vgl. auch Blasius, Dirk, Bürgerliche Gesellschaft und Kriminalität. Zur Sozialgeschichte Preußens im Vormärz, Göttingen 1976, S. 97; Ders., Recht und Gerechtigkeit im Umbruch von Verfassungs- und Gesellschaftsordnung. Zur Situation der Strafrechtspflege in Preußen im 19. Jahrhundert, in: Der Staat (1982), S. 365–390.

⁹⁰ Vgl. Evans, Richard J., Rituals of Retribution. Capital Punishment in Germany 1600–1987, Oxford 1996, S. 298.

⁹¹ Die Bemerkung bezog sich allerdings auf die Stein'sche Städteordnung von 1808. Vgl. Vincke, Ludwig, Darstellung der inneren Verwaltung Großbritanniens, hrsg. von B.G. Niebuhr, Berlin 1815, Vorrede. Zitiert bei Koselleck, Preußen, S. 217, dort auch (v. a. S. 217–283) eine ausführliche Untersuchung des Selbstverständnisses der Beamten und der Verwaltungsreformen in dieser Zeit. Zum Beamtenstand vgl. auch Gillis, John R., The Prussian Bureaucracy in Crisis 1840–1860, Origins of an Administrative Ethos, Stanford 1971, S. 3–85.

⁹² Treitschke war der Meinung, daß in der neueren Geschichte eine Verwaltung niemals so schwierige Aufgaben zu lösen hatte wie Preußen nach der Gebietserweiterung von 1815; vgl. Treitschke, Deutsche Geschichte, Bd. 2, S. 81.

⁹³ Staegemann hatte die Organisation der Regierungen überhaupt kritisiert; vgl. seine Schreiben an Benzenberg v. 15.1.1820 und 3.12.1822 in: Rühl, Briefe und Aktenstücke, S. 18 und 116–117.

⁹⁴ Auf die Vorstellungen der Oberpräsidenten wird unten näher eingegangen.

5. Januar 1820 (TOP 4) zeigte sich, daß man bemüht war, die Befugnisse der Oberpräsidenten zu beschränken. Sack hatte gegen die Verfügung des Finanzministeriums an die Regierung zu Köslin, jederzeit über den Erlaß indirekter laufender Abgaben unterrichtet zu werden, Beschwerde eingereicht. Er war der Meinung, daß diese Verfügung im Widerspruch zur Oberpräsidialinstruktion⁹⁵ stehe, die den Oberpräsidenten in bestimmten Fällen die Befugnis zum Erlaß indirekter Steuern einräumte. Die erlassene Verfügung wurde vom Staatsministerium aber aufrecht erhalten. Ebenso beschwerte sich der Oberpräsident Westpreußens, Schön, über das Vorgehen des Finanzministeriums bei den von den Regierungen abgeschlossenen Veräußerungsverträgen über Domänen. Er verlangte, daß ihm das Bestätigungsrecht bei diesen Kaufverträgen vom Finanzministerium attestiert werden solle. In der Sitzung am 21. Mai 1823 (TOP 3) beschloß das Staatsministerium, daß grundsätzliche Meinungsdivergenzen zwischen einem Ministerium und einem Oberpräsidenten kein Beratungsgegenstand seien. In der Sache sollte Schön „die ihm von den Ministerien gegebenen Anweisungen ausführen“,⁹⁶ da nicht der Oberpräsident die Verantwortung trage. Fast zwei Jahre nach Erlaß der neuen Instruktion, nämlich in der Sitzung am 19. September 1827, wurde noch darauf hingewiesen, daß der Oberpräsident (in diesem Fall war Schön gemeint) kein „Widersacher“⁹⁷ der Provinzial-Steuerdirektoren (diese wurden von der Zentralverwaltung ernannt) sei, sondern sie zu unterstützen habe.

Die Frage nach der Gestaltung der Oberpräsidialinstanz sowie der Provinzialverwaltungsbehörden hatte schon seit längerem Anlaß zu Überlegungen gegeben. Als die Instruktion für die Oberpräsidenten am 23. Oktober 1817 erlassen wurde, rief sie umgehend Beschwerden der Oberpräsidenten hervor, v. a. wegen deren vermeintlich geringen Kompetenzen. Auch die gleichzeitig erlassene Regierungsinstruktion war eine Zielscheibe der Kritik, u. a. wegen der Kostspieligkeit der Verwaltung, der vielen Instanzen und der großen Kollegien.⁹⁸ Schon im Juni 1818 forderte Hardenberg alle Ober- und Regierungspräsidenten auf, sich zu diesen Instruktionen und zu den Möglichkeiten der Reform der Verwaltung überhaupt zu äußern. Im Sommer 1821 bildete er eine Kommission, die unter Prüfung der eingereichten Beschwerden und Gutachten die bestehenden Verwaltungsformen untersuchen und Vorschläge zu einer zweckmäßigeren, minder kostspieligen und einfacheren Geschäftsorganisation in der öffentlichen Verwaltung machen sollte.⁹⁹ Dies gipfelte dann in den Beratungen im Februar und März 1825 zu den vom Staatsministerium entworfenen neuen Dienstinstruktionen.¹⁰⁰ Bei den diesbezüglichen Sitzungen am 12., 15. und 19. Februar und am 19. März 1825 wurden schon lang bestehende konträre Ansichten über die Stellung der Oberpräsidenten sowie zur Organisation des Staates überhaupt geäußert. Dabei bildeten für die eine Partei (Johann Friedrich Theodor von Baumann, Magnus Friedrich von Bassewitz und Moritz von Schönberg) die Oberpräsidenten keine Zwischeninstanz zwischen den Regierungen und den Ministerien, sondern hatten bloß das Recht zu einer Kenntnisnahme, die sie in den Stand setzten sollte, über den Zustand des Oberpräsidialbezirks vollständig unterrichtet zu sein. Die andere Partei¹⁰¹ (Schön, Motz, der gemäßigte Ludwig von Vincke und Karl von Ingersleben) setzte sich für eine größere Unabhängig-

⁹⁵ Vgl. § 5 Nr. 11 und 12 in der Instruktion für die Oberpräsidenten v. 23.10.1817, GS, S. 233.

⁹⁶ Bd. 7, Bl. 206.

⁹⁷ Bd. 14, Bl. 42.

⁹⁸ Vgl. Hartung, Fritz, Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung, in: Ders., Staatsbildende Kräfte (zuerst 1942–1948), S. 292–294.

⁹⁹ Vgl. Rep. 74, H II Gen. Nr. 21, Bl. 53–54 u. Rep. 74, H II Gen. zu Nr. 21; vgl. auch Hartung in: Ebd., S. 294–297 sowie Schütz, Rüdiger, Preussen und die Rheinlande, Wiesbaden 1979, S. 63–83.

¹⁰⁰ Die abschließende Sitzung hierzu fand am 14. und 15. April 1825 statt. Vgl. die Instruktion für die Oberpräsidenten und die KO zur Abänderung in der bisherigen Organisation der Provinzial-Verwaltungsbehörden v. 31.12.1825, GS 1826, S. 1 und 5. Vgl. hierzu auch Hartung, Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung, S. 284–304 u. Koselleck, Preußen, S. 233–236.

¹⁰¹ Vgl. Bahne, Siegfried, Die Freiherrn Ludwig und Georg Vincke im Vormärz, Dortmund 1975, S. 18–19. Vinckes Denkschrift v. 13.11.1821, in der er für die Wiedereinführung der ehemaligen Provinzialminister plädierte, gedr. bei: Bahne, ebd., S. 80–86 und Dorow, Wilhelm, Erlebtes aus den Jahren 1790–1827, 4 Teile, Leipzig 1843–1845, T. 4, S. 285–293. Vgl. auch: Weitere Beiträge und Nachträge zu den Papieren des Ministers und Burggrafen von Marienburg Theodor von Schön, Berlin 1881, S. 220–299.

keit der Provinzen von der Zentralregierung ein und wollte, daß der Oberpräsident die Macht über die ganze Provinzialverwaltung ausübe. Schön wünschte sich nicht nur eine erhebliche Stärkung dieser Stellen im Sinne von Provinzialministern gegenüber den Regierungen, sondern meinte sogar, daß der Oberpräsident dem Fachminister gleichgestellt und ein Mitglied des Staatsministeriums werden sollte.

Die Instruktion vom 31. Dezember 1825 hat den Wirkungskreis der Oberpräsidenten im wesentlichen nicht erweitert. Es wurde eine schärfere Trennung zwischen dieser Instanz und den Regierungen gezogen. Wie schon 1817 festgelegt, sollten die Oberpräsidenten Gegenstände verwalten, die die ganze Provinz und nicht nur einen Regierungsbezirk betrafen. Im Vergleich zu 1817 hatten die Oberpräsidenten seit 1823/24 zudem eine neue Eigenschaft als Landtagskommissarius bei den neu eingerichteten Provinziallandtagen. Hiermit fungierten sie auch als Bindeglied zwischen den Provinzen und der zentralen Regierung. Sie blieben weiterhin abhängig von den Ministerien. Eine Ausdehnung dieser Position zu der eines „Provinzialministers“ – so wie sich das Schön vorgestellt hatte – fand nicht statt.

Hierbei sollte allerdings nicht übersehen werden, daß, obwohl dieses Amt eigentlich wenig administrative Befugnisse beinhaltete, ein „starker“ Oberpräsident sehr wohl die Aufmerksamkeit des Staatsministeriums auf spezielle Anliegen seiner Provinz lenken konnte. Besonders in der Zeit des Umbruchs, als der Verwaltungsapparat noch nicht klar gegliedert war, läßt sich dies gut feststellen. In diesen frühen Jahren spielten die Vorschläge solcher Oberpräsidenten, v. a. die von Schön und Vincke, die oft in unangeforderten Berichten eingereicht wurden, noch eine Rolle in den Beratungen des Staatsministeriums. Diese Amtsinhaber scheinen noch ein hohes Maß an Ansehen beim Staatsministerium genossen zu haben, was man schon daran erkennt, daß es bei der „Ministerkrise“ 1819 die Oberpräsidenten ohne Wissen Hardenbergs nach Berlin berief.¹⁰²

Die **Reform des provinziellen Verwaltungsapparats** verlangte auch, daß das Staatsministerium sich mit dem Umfang der Verwaltungskosten der Regierungen beschäftigte. Angesichts der angespannten finanziellen Lage überrascht es kaum, daß man sich immer wieder um die Verminderung dieser Kosten bemühte, z. B. in Sitzungen Anfang 1820, als der Diätenfonds der Regierungen herabgesetzt und eine Reduktion subalternen Stellen empfohlen wurde. Bei der Aufteilung dieser Verwaltungskosten unternahm das Staatsministerium auch Maßnahmen, die die Abhängigkeit der Regierungen von der zentralen Verwaltung immer wieder unterstrichen. So wurde z. B. in der Sitzung am 9. August 1820 beschlossen, daß das Bewerten der Verwaltungskosten der Regierungen aus dem Extraordinarium der Generalstaatskasse weiterhin beim Innenministerium lag. In der Sitzung am 2. Oktober 1822 insistierte man auf der Notwendigkeit einer Übereinstimmung zwischen den jährlichen Übersichten der Verwaltungsbehörden und den Finalabschlüssen der Regierungshauptkassen.

Bei der Gestaltung der Regierungen sollte eine hierarchisierte Einheitlichkeit und Unterordnung unter die zentralen Verwaltungsbehörden erreicht werden. Diese Entwicklung läßt sich schon daraus erkennen, daß in den frühen Jahren (1817–1819) noch einzelne Regierungen selbst Anträge, z. B. auf Getreide zur Linderung der Hungersnot, stellten, daß aber die Regierungen nach Januar 1820 als Antragsteller bei den Beratungen des Staatsministeriums fast gar nicht mehr vorkommen. Nach 1823 wurde dann meistens die Rolle des Bittstellers von den Provinzialständen übernommen. Hiermit gelang auch ein weiterer Schritt in der Zentralisierung des Verwaltungsapparats.

In der Sitzung am 28. Juni 1820 (TOP 2) hat sich das Staatsministerium bereits gegen eine Kabinettsordre¹⁰³ gestellt, die bei der Besetzung von Stellen den Regierungen eine Unabhängigkeit vom

¹⁰² Am 17.12.1819 wurde der König gebeten, die Oberpräsidenten in den nächsten Monaten nach Berlin einzuberufen, da es einige wichtige Gegenstände mit ihnen zu beraten gäbe. Dies sei um so dringender, als eine solche Einberufung in den vergangenen Jahren nicht stattgefunden habe. Vgl. Rep. 90, Nr. 2308, Bl. 31–32, auch Rep. 74, J II Nr. 6, Bl. 12–13. Mit KO am 6.1.1820 lehnte der König diesen Vorschlag ab.

¹⁰³ Die KO v. 31.5.1820 in: Rep. 126, A I Nr. 2 Bd. 1, n.f. Diese Beschränkung der Stellenbesetzungen bei den Regierungen sollte v. a. wegen Kostenersparnis stattfinden.

Urteil der Ministerien zusprach. „Das gesamte Staatsministerium“ war von der Notwendigkeit „einer Kontrolle der Regierungen vom Zentralpunkt aus“¹⁰⁴ überzeugt. Aus dieser Perspektive sind auch die Besprechungen der Befugnisse der Regierungen zu verstehen, z.B. hinsichtlich der Stellung der Intendanturen als Provinzialbehörden des Kriegsministeriums für die Militärökonomie, bei der lange virulenten Frage nach Entschädigungen für Kriegsschulden oder auch bei der Erteilung des Auswanderungskonsenses für landwehrpflichtige Personen. Man kann auch die Einführung der Provinzialsteuereinsammler, die in der Sitzung am 14. Mai 1823 (TOP 4) beraten wurde, in diesem Zusammenhang sehen. Hiermit wurde nicht nur eine notwendige Institution zur Verwaltung der indirekten Steuern geschaffen, sondern auch ein weiterer Repräsentant der Berliner Zentrale bei den Regierungen. In der Sitzung am 5. Mai 1824 (TOP 3) wurde zudem festgehalten, daß die Regierungen nichts unmittelbar zur Beratung der Stände zu bringen hätten. Selbst die Form und Notwendigkeit der Verwaltungsberichte der Regierungen und deren Verwendung des Reskriptenstils (7. Juni 1820, TOP 4; 24. Oktober 1821, TOP 2) erregte die Aufmerksamkeit des Staatsministeriums. Die Art, wie die Regierungen sich äußerten, sollte auch ihrer tatsächlichen Stellung entsprechen.

Die Reformen in der Verwaltungsstruktur des preußischen Staates beschränkten sich aber nicht nur auf die provinzielle Ebene. In diesen Jahren wurden mehrfach **organisatorische Veränderungen in den Ministerien** selbst eingeleitet.¹⁰⁵ Seit dem 3. November 1817 gab es ein Ministerium des Schatzes. Bei diesem Ministerium sowie bei der ebenfalls neu gebildeten General-Kontrolle der Finanzen war der Chef Hardenberg selbst. Als Leiter des wesentlich geschmälernten Finanzministeriums, das eigentlich nur noch Administrationsaufgaben ausführte, fungierte Klewiz. Das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeit wurde unter der Leitung des bisherigen Finanzministers Bülow errichtet und bestand in dieser Form bis 1825. Das Berg- und Hüttenwesen ging erneut vom Finanzministerium an das Innenministerium. Vom Innenministerium wurde das Departement für Kultus, öffentlichen Unterricht und Medizinalwesen abgesondert und Altenstein unterstellt. Wie schon oben erwähnt, erhielt der frühere Großkanzler Beyme das im Rahmen der Justizverwaltung geschaffene Ministerium für die Revision der Gesetzgebung und die Justizorganisation in den neuen Provinzen. Die spätere Organisation der Ministerien gewann so allmählich Gestalt.

Zur Verwaltungsreform gehörte auch die präzise Definition der Stellung der **Beamten**. Diese Frage hat sich hauptsächlich in drei (öfters auch ineinander übergehenden) Bereichen dargestellt und wurde immer wieder beraten: **Besoldung, Pensionierung und Disziplinierung**. Im Jahre 1825 sind die Provinzialverwaltungsetats umstrukturiert worden und Ende des Jahres wurden die vorgesehenen Maßnahmen, u.a. die Verringerung des Personals durch Zwangspensionierung, dem Staatsministerium vorgetragen. Im darauf folgenden Jahr, zwischen dem 8. April und dem 28. Juni 1826, sollte das Staatsministerium dann die Reklamationen beraten, die sich aus diesen Zwangspensionierungen ergaben.¹⁰⁶

Das Pensionierungswesen, wie es 1817 bestand, war verwirrend und unzureichend. Ganz abgesehen von den „regulären“ Pensionierungen, ergaben sich eine große Menge Ansprüche aus den territorialen Neuerwerbungen seit 1815. Schon in der Beratung am 9. August 1820 wurde von der Erschöpfung des Pensionsfonds gesprochen. Die aktuellen Pensionen mußten aus dem Extraordinarium der Generalstaatskasse gedeckt werden. Von einem künftigen Reglement, das nur die Normen für die Behörden festsetzen sollte, denn „Pensionsansprüche“ wären nicht gesetzlich zu bestimmen und „das bisherige Prinzip der Gnade“ sei „beizubehalten“, wurde erstmals in der Bera-

¹⁰⁴ Bd. 3, Bl. 202v.

¹⁰⁵ Vgl. beide KO v. 3.11.1817 zur Geschäftsführung bei den Oberbehörden und zur Einführung der General-Kontrolle, GS, S. 289, 292 sowie die VO v. 2.12.1817 zur Ernennung Klewiz' als Finanzminister, GS, S. 304.

¹⁰⁶ Eine KO v. 16.8.1826 zur Zwangspensionierung in: Rep. 90, Nr. 640, n.f. Vgl. auch Rejewski, Harro-Jürgen, Die Pflicht zur politischen Treue im preußischen Beamtenrecht (1850–1918), Berlin 1973, S. 19.

tung am 12. Dezember 1821 gesprochen. Das Pensionierungswesen wurde schließlich mit dem Erlaß des Reglements vom 30. April 1825 geregelt.¹⁰⁷

Obwohl erst die Kabinettsordre vom 12. April 1822¹⁰⁸ festsetzte, daß zur Entlassung von Beamten, außer denen, die der König selbst bestallt hatte, nicht mehr die Übereinstimmung des Staatsrats nötig,¹⁰⁹ sondern, daß ein Beschluß des Staatsministeriums hierzu ausreichend sei, beriet das Staatsministerium schon seit dem 15. September 1819 Disziplinarsachen. Im Jahre 1817 wurde in den Sitzungen noch ausdrücklich erwähnt, daß Disziplinarsachen dem Staatsrat weiterzureichen seien (insgesamt waren es fünf), und bis 1823 hat der Staatsrat noch neununddreißig Disziplinarsachen bearbeitet. Schon sehr früh aber wurde das Staatsministerium das hierfür zuständige Verwaltungsgremium.

In diesen Jahren war eine strittige Frage im Disziplinarbereich, ob es zulässig sei, gegen einen Beamten auf administrativem Wege zu untersuchen oder ihn gar zu entlassen, nachdem er vom Gericht freigesprochen worden war. In der Sitzung am 23. März 1825 äußerte Innenminister Schuckmann die Meinung, daß auch in solchen Fällen, wo das richterliche Urteil sich gegen die Entlassung eines Beamten aussprach, diese doch von der Dienstbehörde beantragt werden könnte. Justizminister Kircheisen war zwar der Ansicht, daß ein solches Verfahren „den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften“ nicht angemessen sei, es wurde aber beschlossen, daß die Dienstbehörde die Entlassung des Beamten „wegen desselben Vergehens“¹¹⁰ beantragen dürfe. Zwei Jahre später, am 25. April 1827, konnte Justizminister Danckelman zwar das Zugeständnis erreichen, daß beim völligen Freispruch eines Beamten die Entlassung auf administrativem Wege nicht möglich sei. Wenn jedoch bei der Untersuchung sich ein „moralisches Gebrechen“ des Beamten zeige, welches die „Amtswirksamkeit“¹¹¹ gefährdete, durfte die Dienstbehörde die unfreiwillige Pensionierung beantragen. Im Zweifelsfall sollte letztendlich nicht das Gericht, sondern die Dienstbehörde entscheiden.

Die **Agrarkrise der zwanziger Jahre**, die einen starken Rückgang des Getreidepreises bis in die dreißiger Jahre bewirkte, hat auch Aufmerksamkeit in staatsministeriellen Beratungen gefunden.¹¹² Häufig wird von der „katastrophalen“ Lage der Landwirtschaft gesprochen. Die Versteigerung von Grundbesitz war ein Ergebnis dieser Krise, und hiermit wurde das Staatsministerium konfrontiert, als es die Subhastationsbefugnis der landschaftlichen Kreditinstitute bei bepfandbrieften Gütern am 12. September 1827 (TOP 3) beschloß. Am 9. Januar 1828 wurde auch der Entwurf eines Gesetzes zum Landschaftsreglement für Posen besprochen. Nicht unberührt von der Agrarkrise waren natürlich die Müller geblieben, die sich noch in den zwanziger Jahren über die Aufhebung des Mahlzwanges 1810 beschwerten.¹¹³ Die Unfähigkeit der schlesischen Müller, ihre Dominialabgaben zu

¹⁰⁷ Das Reglement gedr. in: Kamptz, Annalen, Bd. 16 (1832), S. 843. Der Entwurf wurde am 12. u. 19.1.1825 beraten. Vgl. auch Hartung, Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung, S. 235.

¹⁰⁸ Vgl. KO betreffend das Verfahren bei Amtsentsetzung der Geistlichen und Jugendlehrer, wie auch anderer Staatsbeamten v. 22.4.1822, GS, S. 105 sowie die KO, die die Verfahrensweise im Staatsministerium bei Dienstentlassungen regelte, v. 21.2.1823, GS, S. 25. Vgl. auch Rejewski, Beamtenrecht, S. 18–20.

¹⁰⁹ Gemäß der Einrichtungsverordnung v. 23.3.1817 mußte der Staatsrat die vom Staatsministerium vorgeschlagene Entlassung eines Beamten begutachten. Vgl. Nr. 2c in der VO v. 20.3.1817, GS, S. 68 sowie Schneider, Staatsrat, S. 158. Zu den Tätigkeiten des Staatsministeriums im Disziplinarbereich vor 1822 vgl. auch das Material – u. a. den Immediatbericht v. 22.12.1821 – in: Rep. 90, Nr. 640, n.f.

¹¹⁰ Bd. 13, Bl. 136.

¹¹¹ Ebd., Bl. 132v.

¹¹² Am 8.10.1823, TOP 1 wurden diverse Vorschläge Schöns zur Linderung der kläglichen Lage der ländlichen Bevölkerung beraten und in der Sitzung am 4.2.1824, TOP 1 wurde der Vorschlag des Regierungspräsidenten Wlömer, wegen der Unverkäuflichkeit der Erzeugnisse der guten Ernte im Regierungsbezirk Gumbinnen, einen Teil der Dominialabgaben in Getreide anzunehmen, erörtert.

¹¹³ Vgl. z. B. die Sitzung am 4.5.1821, TOP 6, wo die Vorstellung der brandenburgischen Provinzialstände auf Entschädigung der Mühlenbesitzer für den Verlust des Mahlzwanges besprochen wurde.

entrichten, ist zum Teil auf die Agrarkrise, aber vor allem auf die Aufhebung des Mahlzwangs zurückzuführen.¹¹⁴

Auswirkungen dieser Agrarkrise klangen zudem immer wieder durch bei den Beratungen zu Themen, die sich aus der **Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse** ergaben. Dies war ein zentraler Beratungsgegenstand des Staatsministeriums. Schon vor der Kabinettsordre vom 30. Juni 1828, die festsetzte, daß das Staatsministerium die Kompetenzkonflikte zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden entscheiden sollte, vermittelte dieses Organ bei Streitigkeiten zwischen Gerichts- bzw. Verwaltungsbehörden und den Auseinandersetzungsbehörden.¹¹⁵ Die Agrarverfassung berührte die überwiegende Mehrheit der preußischen Bevölkerung und die langwierigen Regulierungen in der Landwirtschaft waren bis 1848 noch nicht abgeschlossen. Die Vorschriften zu den Regulierungen in den einzelnen Landesteilen sowie die vielen Fragen, die sich hieraus ergaben, sind meistens so detailliert, daß sie für den Unbeteiligten schwer verständlich erscheinen. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß, wengleich die Regulierungen sich seit dem Beginn der zwanziger Jahre verlangsamt haben,¹¹⁶ schon die Häufigkeit der Beratungen im Staatsministerium darauf hinweist, daß dieses Verfahren für die verschiedenen Landesteile von großer Bedeutung blieb. Obwohl die Verwaltung bei der Durchführung der Agrarreformen eine immer größere Unabhängigkeit, besonders von der Judikative, erlangte,¹¹⁷ büßte sie bei den vielen Prozessen in diesen Fragen auch an Achtung ein.

Das Staatsministerium hat sich in diesen Jahren immer wieder der **Zollpolitik** und damit der Handelspolitik gewidmet. Hier mußte es nicht nur staatswirtschaftliche, sondern auch politische Interessen berücksichtigen. Im Jahre 1827 gab es innerhalb der Monarchie unterschiedliche Zollsätze auf die Getreideeinfuhr. Die Eingangsabgaben waren in den westlichen Provinzen wesentlich niedriger als in den östlichen. In der Sitzung am 17. Oktober 1827 stimmte man der Erhöhung von Eingangszöllen auf Getreide und Vieh in den westlichen Provinzen zu. Hier war das Drängen der Stände in den westlichen Provinzen nach höheren Eingangszöllen ausschlaggebend. Ein neuer Aspekt bei der Beratung der Erhebungsrollen für 1828–30, der auch in dieser Sitzung zum Ausdruck kam, war die Rücksicht auf die öffentliche Meinung. So sollte in Preußen und Posen die Steuer auf Hering aus dem Ausland ermäßigt werden, damit dem „gemeinen Mann dieser gewohnte Artikel nicht überteuert wird“.¹¹⁸ Eng verbunden mit den Beratungen zur Zollpolitik waren die vielen Beratungen zum Schleichhandel,¹¹⁹ hauptsächlich mit Salz, in den Jahren zwischen 1820 und 1823.

Obwohl in der Sitzung am 5. Mai 1824 beschlossen worden war, daß Gesetzentwürfe, Verordnungen und sämtliche Propositionen erst im gesamten Staatsministerium zu beraten waren, bevor sie vom König genehmigt und an die Stände gebracht wurden, fand diese „vorsichtige Wiedereingliederung in die Ministerialverwaltung“¹²⁰ mit dem Befehl zum erneuten Zusammentreten der Immediatkommission für ständische Angelegenheiten am 4. November 1824 ein plötzliches Ende. In der

¹¹⁴ Vgl. Ziekursch, Johannes, Hundert Jahre schlesischer Agrargeschichte, Breslau 1927, ND Aalen 1978, S. 322–323. Dort auch weiterführende Literatur zur Agrarkrise.

¹¹⁵ Bereits in der Sitzung am 7.7.1824, TOP 6 wurde beschlossen, den Graf v. Blankensee in seiner Klage gegen die bäuerliche Gemeinde zu Wugarten zur Revision zuzulassen, obwohl das Revisionskollegium ihm die Revision verweigert hatte.

¹¹⁶ Vgl. Harnisch, Hartmut, Kapitalistische Agrarreform und industrielle Revolution, Weimar 1984, S. 138–140.

¹¹⁷ Koselleck, Preußen, S. 257 und 279. Koselleck spricht hier von der Durchführung der Stein-Hardenbergschen Reformen im Allgemeinen. Vgl. auch Jamin, Rainer, Tätigkeit und Verfahren der Auseinandersetzungsbehörden bei der Durchführung der preußischen Agrarreformen, Frankfurt/M. 1985, S. 187–192. Jamin stimmt Kosellecks' These zu, allerdings mit wichtigen Modifikationen; v. a. sieht er die Mißstände hauptsächlich in den frühen Jahren.

¹¹⁸ Bd. 14, Bl. 66.

¹¹⁹ Vgl. Sitzungen zwischen dem 15.3.1820 u. 12.2.1823 sowie Ohnishi, Takeo, Die Zolltarifpolitik Preußens bis zur Gründung des Deutschen Zollvereins, Göttingen 1973, S. 70–77 und 228.

¹²⁰ Obenaus, Parlamentarismus, S. 236.

Praxis war die **Beratung der Anträge der Provinzialstände**¹²¹ seitens des Staatsministeriums eher förmlicher Natur, da das Staatsministerium selbst die grundsätzliche Stellungnahme zu den Anträgen nicht vorbereitete. Teilgenommen als Referenten haben immer die Geheimen Oberregierungsräte Adolf Friedrich Karl Streckfuß und Gustav Rochus von Rochow, die seit September 1824 in der Abteilung für die Verhandlungen mit den Provinzialständen im Innenministerium zuständig waren. Die Resolutionen zu vielen Petitionen der Provinzialstände (häufig wegen Steuer- und Handelsangelegenheiten sowie Justizorganisation), die einen Hauptgegenstand der staatsministeriellen Beratungen ab 1824 bildeten, wurden in den entsprechenden Fachministerien bearbeitet und dann in der Ministerrunde beraten. Hier wurden die Beschlüsse für die Landtagsabschiede vorgebracht. Die Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten und schließlich der König bekamen diese Beschlüsse vorgelegt.¹²²

Mit der Einführung der Provinzialstände ist das legislative Verfahren häufig verlangsamt worden. Für das Handeln des Staatsministeriums sollte dies von nicht unerheblicher Bedeutung sein. Die lange Zeitspanne, z. B. zwischen der Beratung der Parzellierung der Bauernhöfe am 6.12.1826 und dem Erlaß eines Gesetzes am 3. März 1845 hierzu, erklärt sich auch daraus, daß der besprochene Entwurf¹²³ einer Verordnung zur Beschränkung der bäuerlichen Parzellierungen erst an die Stände Preußens, Pommerns und Brandenburgs geschickt werden mußte. In diesem Fall war die lange Verzögerung eigentlich gar nicht im Interesse der Großgrundbesitzer, die diese Parzellierung beschränken wollten. Aber sicherlich war den Staatsministern bewußt, daß die Verweisung an die Stände eine jahrelange Verzögerung bedeutete. Daß die Bearbeitung der ständischen Sachen seitens des Staatsministeriums nicht immer zügig voranging, ist aber auch ein Beweis dafür, daß ab Mitte der zwanziger Jahre nicht nur eine relative Routine in den Tätigkeiten des Staatsministeriums eingetreten war und es sich (wie wohl jede Behörde) Zeit ließ, sondern daß diese Behörde durchaus Taktiken zur gewollten Verlangsamung anwenden konnte.

Die Beratungen des Staatsministeriums von 1817 bis 1829 weisen auch auf **weitere Themen** hin, die erst Jahre später eine größere Rolle spielen sollten. So ist der Antrag des Magistrats der Stadt Stralsund nach Aufrechterhaltung der alten Gerechtsame der Stadt in den Jahren 1824 und 1825 schon eine Andeutung der Schwierigkeiten, die mit der erst in den 1830er Jahren eingeführten revidierten Städteordnung verbunden waren. Auffallend ist auch, daß einige wichtige Gegenstände nicht erörtert worden sind – v. a. eine neue Gewerbeordnung. Diese sollte erst 1845 eingeführt werden. Obwohl die Bildung einer Kommission zur Revision der Gewerbeordnung am 30. November 1825 (TOP 5) beraten und die Notwendigkeit einer solchen Revision betont wurde, war dies auch ein heikles Thema und dieses Gremium hat nichts unternommen, um die Sache voranzutreiben.¹²⁴

Und das Staatsministerium hat sich in diesen Jahren auch einem Problem gewidmet, das die gar nicht so leicht zu beantwortende Frage „Wer ist Preuße?“ eng berührte. In der Sitzung am 4. Februar 1824 (TOP 2), wo es um die Militärflichtbefreiung der Mennoniten ging, war die

¹²¹ Um die Aktivitäten und Anliegen der verschiedenen Provinzialstände besser zu verstehen, sollte man sie von den entsprechenden Regionen aus betrachten; vgl. Croon, Gustav, Der rheinische Provinziallandtag bis zum Jahre 1874, Düsseldorf 1918 [ND Bonn 1974]; Neugebauer, Wolfgang, Politischer Wandel im Osten. Ost- und Westpreußen von den alten Ständen zum Konstitutionalismus, Stuttgart 1992; Beck, Friedrich, Die brandenburgischen Provinzialstände 1823–1872/75 in: Adamy, Kurt/Hübener, Kristina (Hrsg.), Geschichte der Brandenburgischen Landtage. Von den Anfängen 1823 bis in die Gegenwart, Potsdam 1998, S. 1–80.

¹²² Zu den Aufgaben des Staatsministeriums hinsichtlich ständischer Angelegenheiten in dieser Zeit vgl. Obenaus, Parlamentarismus, S. 234–238.

¹²³ Der allerdings nicht als Entwurf, sondern als „Zusammenstellung für die Provinzialstände“ verstanden werden sollte.

¹²⁴ Vgl. Rep. 90a, J I 1 Nr. 1 Bd. 1; dort auch die Immediatberichte des Staatsministeriums. Die Kommission war zwar mit ökonomisch liberalen Mitgliedern besetzt, aber die Arbeit ging langsam voran, zumal die Revision auch den Provinzialständen vorgelegt werden mußte, die in der Regel nicht gerade eine fortschrittliche Gewerbepolitik vertraten. Sechs der acht Landtagsversammlungen der 1820er Jahre befürworteten eine volle Wiedereinsetzung der Zünfte. Vgl. Brose, Technological Change, S. 59, 60 und 64, auch Koselleck, Preußen, S. 596 f.

Mehrheit der Meinung, daß derjenige, der sich wegen seines Gewissens von einer allgemeinen staatsbürgerlichen Pflicht lossagt, angehalten werden muß, „den Staat ganz zu verlassen“. Nur Altenstein und Kircheisen waren der Ansicht, daß „die Nötigung zum Militärdienst“ hier „Gewissenszwang“ sei.¹²⁵ Für das Staatsministerium war die Frage des möglichen „Gewissenszwangs“ nicht maßgeblich, sondern es stellte die staatsbürgerlichen Pflichten an die erste Stelle, eine Zielsetzung, die sich in den Jahren zwischen 1817 und 1829 bei den staatsministeriellen Beratungen immer wieder zeigte.

3. Spezifika in der Überlieferung der Quelle

Nachdem schon 1810 erste protokollierte Sitzungen stattgefunden hatten, wurde 1814 erneut ein Versuch unternommen, dem Befehl zu wöchentlichen Konferenzen nachzukommen. Am 11. Juli 1814 hatte Kircheisen (in Hardenbergs Abwesenheit der dienstälteste Minister) den Finanz-, Kriegs-, Polizei- und Innenminister informiert, daß er beauftragt sei, die „Geheimen-Etats Minister zu einer wöchentlichen Konferenz einzuladen, um über diejenigen Departements-Sachen zu konferieren, die unter uns ein gemeinschaftliches Interesse haben dürften“. Im Staatsrat vor 1806 war es üblich gewesen, daß die Minister „eine Designation der Sachen mitbrachten, die sie zur gemeinschaftlichen Beratung beförderten, mit den Rubriken:

<u>No:</u>	<u>Gegenstand</u>	<u>Conclusum</u> ¹²⁶
------------	-------------------	---------------------------------

Hier lassen sich Züge der späteren Protokolle erkennen, aber mit einer regulären **Protokollführung** wurde erst am 19. März 1817¹²⁷ begonnen. (Die Tatsache, daß die Protokollführung mehr als ein halbes Jahr vor dem Erlaß der Kabinettsordre vom 3. November 1817 aufgenommen wurde, weist darauf hin, daß das Staatsministerium sich noch in einem Prozeß des Entstehens befand, wo nicht alles in vollkommen geordneten Bahnen ablief.) Protokollführer war Staatssekretär Klewiz. Zwischen dem 12. November 1817 und dem 8. September 1819 wurden offiziell keine Protokolle der staatsministeriellen Sitzungen geführt. In einem Schreiben an Hardenberg am 9. November 1817 erklärte Klewiz, daß bei der „Zunahme der Geschäfte im gesamten Staatsministerium“ es für ihn weiterhin nicht möglich sein würde, die „Resultate in ein Protokoll zu fassen. Wie bei anderen Kollegien wird nur ein Journal anwendbar sein, welches die Verfügungen kontrolliert“.¹²⁸

Trotz dieses Ausbleibens einer offiziellen Protokollführung kann man annehmen, daß in dem fast zweijährigen Zeitraum bis September 1819 Sitzungen weiterhin stattfanden. Die Tatsache, daß es

¹²⁵ Vgl. auch Sitzung am 1.12.1824, TOP 7, wo Altenstein seinen Widerspruch zum Urteil des Paderborner Oberlandesgerichts, wonach ein vom Militärdienst befreiter Quäker mit dem „Verlust des Bürgerrechts und der Nationalkokarde“ bestraft wurde, zu Protokoll gab. Ihm schien es nicht zulässig, einen Mann, der nach seinem Glauben handelt, mit Ehrenstrafen zu belegen. Die übrigen anwesenden Staatsminister waren aber für die Aufrechterhaltung dieser Entscheidung, da sie „ganz im Interesse des Staates“ sei.

¹²⁶ Vgl. Rep. 77, Tit. 377 Nr. 3, n.f.

¹²⁷ Mit der Annahme, daß Protokolle erst seit September 1819 vorhanden seien, unterlag Hintze, Staatsministerium, S. 565, einem Irrtum. Er selbst weist allerdings auf Protokolle für März bis Juni 1817 hin; ebd., S. 557. Vermutlich kam er zu dieser Behauptung, weil er sich auf die Akten des Geheimen Kabinetts und nicht des Staatsministeriums berief. Das Geheime Kabinett erhielt in der Tat Abschriften der Sitzungen erst ab September 1819 (Rep. 89, Nr. 3654). Bei näherer Einsicht in die Akten des Staatsministeriums hätte Hintze wohl auch nicht behauptet, daß der Staatskanzler „niemals anwesend“ (S. 567) gewesen sei. Im Jahre 1817 nahm Hardenberg an allen Sitzungen teil. Der Kronprinz nahm nicht erst, wie Hintze schreibt, ab 1820 an den Sitzungen teil (S. 567 f.), sondern war schon bei der ersten protokollierten Sitzung am 19. März 1817 anwesend.

¹²⁸ Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 39 und 41. Vgl. auch ein Verzeichnis der Bearbeitung der „beim Staatsministerium eingegangenen Sachen Januar 1818, 1819, 1822“ in: Rep. 90, Tit. XIV Nr. 2.

staatsministerielle Sitzungen schon seit 1810 gab, stützt diese Annahme.¹²⁹ Gelegentlich wurden diese Sitzungen auch protokolliert, wie im vorliegenden Band zu sehen ist. Vor allem konnten sieben Protokolle aus dem Zeitraum 3. Dezember 1817 bis 30. Dezember 1818, ermittelt und als Neufunde in den vorliegenden Band aufgenommen werden. Diese Protokolle waren entweder in diversen staatsministeriellen Akten, in den Akten des Ministeriums der Gesetzrevision, im Nachlaß Boyen sowie in den Akten des Staatskanzlers abgelegt. Sie befassen sich meistens mit Beschlüssen zum Geschäftsgang. Der Standort dieser wie auch aller übrigen Neufunde wird im Kopf des Regests mit „Fundort“ angegeben und ähnlich ist das Verfahren bei der Kennzeichnung in den Registern. Abgesehen von den gemeinsamen Sitzungen mit den Oberpräsidenten 1825 sind die zehn Neufunde aus den Jahren nach 1818 in anderen staatsministeriellen Akten sowie in den Akten des Innen-, Finanz- und Außenministeriums zu finden. Im vorliegenden Band wurden zudem die neun gemeinsamen Sitzungen des Staatsministeriums mit der Mehrzahl der Oberpräsidenten aus der Zeit vom 12. Februar bis 19. März 1825 aufgenommen. Diese Protokolle befinden sich im Aktenbestand des Staatsministeriums und bieten einen wertvollen Einblick in die Überlegungen und Erwägungen, die zu den Dienstinstruktionen für die Oberpräsidenten und Provinzialbehörden vom 31. Dezember 1825 führten.

Als die Protokollführung nach fast zwei Jahren am 8. September 1819 wieder aufgenommen wurde, war der Geheime Regierungsrat Johann Friedrich Leopold Duncker (aus dem Staatskanzler-Büro) bis zum 30. Januar 1822 Protokollant dieser Sitzungen. Er legte auch Registraturen über die Beratungen an und bewahrte sie im Staatskanzlerbüro auf.¹³⁰ Ab Mai 1823 hat sich das Verfahren insofern geändert, als neben dem Haupt-Protokollanten auch vortragende Referenten in bestimmten Fällen Niederschriften anfertigen sollten.¹³¹

Mit der Wiederaufnahme der Protokollführung lassen sich zwei bedeutende Änderungen feststellen: Zum einen wurden ab diesem Datum die Protokolle von den Ministern vollzogen und nicht nur vom Protokollanten, wie es 1817 der Fall war; zum anderen werden diese weit ausführlicher verfaßt als im Jahre 1817, wo sie eher kurz, sogar stichwortartig angelegt wurden. Mit der Teilnahme von Fachreferenten an den staatsministeriellen Sitzungen gehen die Protokolle zunehmend in die Tiefe und verweisen auf den geschichtlichen Hintergrund; sie stellen mitunter sogar Überlegungen zu den Nachwirkungen verschiedener Beschlüsse an und öfters werden die Meinungen und Gegenmeinungen einzelner Minister vorgestellt. Allerdings muß man auch weiterhin häufig zwischen den Zeilen dieser Protokolle lesen, um ihren vollen Gehalt zu ermessen.

Am 22. Januar 1820 wurde zu einer außerordentlichen Sitzung erstmals ein Protokoll untergliedert, indem es mit „4a“ gekennzeichnet wurde. Die in der Vormärz-Zeit mit a, b, c etc. gekennzeichneten **Teilprotokolle** entsprechen in der Regel einem Tagesordnungspunkt, wurden einzeln vollzogen und nacheinander abgeheftet. Gelegentlich wurden solche auch an verschiedenen Tagen angefertigt. Im vorliegenden Band werden diese Teilprotokolle stets chronologisch nach Datum angeordnet.

Bis zum 15. September 1819 wurde die **Anwesenheit** eines jeden Ministers aufgenommen, ab diesem Datum ist sie nicht mehr so korrekt vermerkt worden. Vermutlich hing dies mit der Arbeitsweise des neuen Protokollführers Duncker zusammen. Für einen Zeitraum von über sechs

¹²⁹ In diversen Schreiben von und an Altenstein 1818 und 1819 wird auf Sitzungen hingewiesen. Vgl. Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3 Bde. 1 u. 2 sowie BPH, Rep. 50, E 3 Nr. 1. An diesen Beratungen nahm auch häufig der Kronprinz teil. Themen waren u. a. die Organisation der Gendarmerie; die Anleihegeschäfte; die Crelinger Getreide-Ankaufgeschäfte; das Bureau und Etatswesen der Oberpräsidien; die Erwerbung der Rittergüter für bäuerliche Gemeinden und die Steuereinrichtung in der Regierung Erfurt. Zur Frage, ob die Verwaltung der Einkünfte aus den Kommunikationsabgaben dem Handels- oder Finanzminister gebühre (Sitzung am 19.7.1818) vgl. Rep. 74, H IV Nr. 1 Bd. 4, Bl. 92, 100–101 und 143–146. Vgl. auch die Hinweise auf Beratungen in: Rep. 90, Tit. VIII Nr. 31, Bl. 30.

¹³⁰ Dies geht aus einem Schreiben Altensteins an Duncker v. 26.9.1819 hervor, in: Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 2 Bd. 2, Bl. 120. Bei den Akten des Kultusministers Altenstein befinden sich Abschriften der Sitzungen (bis 1825), die von Duncker beglaubigt wurden; vgl. Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a.

¹³¹ Vgl. das Schreiben des Staatsministeriums an Staegemann von 19.5.1823, in: Rep. 84a, Nr. 4384, Bl. 45–45v.

Jahren¹³² kam es häufig vor, daß die anwesenden Minister bei den verschiedenen Teilprotokollen nicht aufgeführt wurden. Deshalb lassen sich auch nur die Unterschriften und nicht die Anwesenheit mit Sicherheit feststellen. Eine Unterschrift bedeutete aber nicht unbedingt, daß ein Minister auch an der Sitzung teilgenommen hat, weshalb im vorliegenden Band „anwesend“ und „unterschrieben“ getrennt vermerkt werden. Zum Umlauf, d. h. zum Datum der Unterschrift oder ob ein Teilprotokoll nur gelesen wurde, bieten die Aktendeckel Auskunft.

Es sollte nicht überraschen, daß in dieser Zeit, wo die Institution des Staatsministeriums sich noch in einem Stadium der Selbstdefinition befand, die **Geschäftsordnung** öfters ein Thema war. Da es außer der Kabinettsordre vom 3. November 1817 keine klaren Anweisungen zur Geschäftsordnung gab, mußten in den frühen Jahren die Staatsminister diese Institution gegenüber dem Staatskanzler schützen. Es fällt auch auf, daß, abgesehen von den Beratungen, die bald nach dem Tod Hardenbergs und Voß⁷ stattfanden, die Geschäftsordnung des Staatsministeriums nicht weiter beraten worden ist.

Die Anstellung Staegemanns als vortragender Rat im Mai 1823 weist darauf hin, daß das Staatsministerium sich in der Ebene der Zentralinstanzen so gefestigt hatte und seine Geschäfte ein solches Ausmaß erlangt hatten,¹³³ daß dieses Verwaltungsorgan nun einen eigenen Referenten benötigte. Im Schreiben des Staatsministeriums an Staegemann vom 19. Mai 1823 hieß es, er solle die „Gegenstände“ vortragen, „welche nach ihrer Natur und bei einem mehr allgemeinen als speziellen Interesse, sich weniger zur Bearbeitung oder zum Vortrag für die Räte der Ministerien eignen, oder Gegenstände, bei welchen die einzelnen Staatsminister den Vortrag durch einen Rat wünschen, welcher nicht mit der speziellen Bearbeitung in ihren Ministerien beschäftigt ist“.¹³⁴

Beim **Ablauf** der Sitzungen zeigte sich öfter eine gewisse Flexibilität. Prioritäten wurden gesetzt. Gegenstände von aktueller Bedeutung wurden hervorgehoben. Manchmal mangelte es einfach an Zeit, was man auch deutlich an den Verzeichnissen¹³⁵ des Kronprinzen erkennt. Sie listen auf, „was zum Vortrag angemeldet“ war. Eine solche Anmeldung bedeutete aber nicht immer, daß diese Gegenstände auch bei der vorgesehenen Beratung zum Vortrag kamen.

Sehr oft gab eine Kabinettsordre den Anlaß zur Beratung einer Sache. Reagiert wurde aber auch auf Gutachten oder Berichte von Regierungen und Oberpräsidenten, Petitionen von Provinzialständen, Anfragen von Standesherrn (die meistens Beschwerden waren), Anträge verschiedener Minister oder auch der General-Kontrolle nach einer gesetzlichen Modifikation sowie auf Meinungsdifferenzen zwischen Ministern über eine bestimmte Vorgehensweise. Bevor eine Sache überhaupt zum Vortrag kam, gaben die Minister ihre Ansicht in **Voten** kund, die im Büro des Staatsministeriums aufbewahrt wurden. Nach der Beratung wurde die Beschlußnahme häufig in einem **Immediatbericht** festgelegt. Diese Berichte waren verhältnismäßig ausführlich, da dem König hierin nicht nur eine spezifische Vorgehensweise empfohlen wurde, sondern er auch über die Sache selbst informiert werden sollte. Des öfteren wurden zudem Verwaltungsmaßnahmen unternommen, die keinen Bericht an den König erforderten. Auch bei der Regelung der standesherrlichen Sachen wurde meist ohne Immediatbericht verfahren.

Teilnehmer an den Sitzungen des Staatsministeriums waren alle Fachminister außer Wittgenstein, der nach 1817 den Sitzungen nicht mehr beiwohnte.¹³⁶ Der Kronprinz nahm an fast der Hälfte der Sitzungen teil (jedoch oft nur zu bestimmten Tagesordnungspunkten). Ab dem 8. April 1826 wohnte der Präsident des Staatsrats, von Mecklenburg-Strelitz, über 50 Sitzungen bei, allerdings hauptsächlich in den Jahren 1828 und 1829. Staegemann nahm zum ersten Mal am 6. Februar 1822

¹³² Am 23. November 1825 wurde zum vorerst letzten Mal ein Protokoll ohne Anwesenheitsliste geführt. Dies kam letztmalig am 17. Oktober 1827 vor; da jedoch die Anwesenheitsliste seit fast zwei Jahren nicht mehr fehlte, kann man hier von einem Versehen ausgehen.

¹³³ Die Zunahme im Umfang diverser Schriftstücke führte am 10.12.1823 zu einem Regulativ „wegen Aufbewahrung der Verhandlungen“. Vgl. eine Abschr. in: Rep. 126, Q Nr. 1, n.f.

¹³⁴ Vgl. Rep. 84a, Nr. 4384, Bl. 44–44v.

¹³⁵ Vgl. BPH, Rep. 50, E 3 Nr. 1.

¹³⁶ Vgl. Branig, Wittgenstein, S. 125.

als Referent an einer Sitzung teil und ab dem 4. Juni 1823 wohnte er circa 150 Mal Sitzungen bei, sowohl als Protokollführer wie auch als Referent. Einige Minister fehlten sehr oft, v. a. der Kriegsminister Karl Georg Albrecht Ernst Hake und Christian von Bernstorff. Ihre Stellvertreter Friedrich von Schoeler bzw. Schönberg sind bei den „weiteren Teilnehmern“ mit aufgenommen worden. Die Spanne der „weiteren Teilnehmer“ konnte von dem Direktor der General-Kontrolle, Philipp von Ladenberg, bis zu Referenten verschiedener Fachministerien reichen. Der erste Fachreferent tritt bei der Sitzung am 21. Mai 1817 in Erscheinung. Es war der Geheime Oberfinanzrat Karl Wilhelm Semler, der zur Aufhebung der Getreidesperre gegen Österreich in Schlesien und Posen vortrug.

Gewöhnlich wird das Ausscheiden der „liberalen“ Minister Humboldt, Beyme und Boyen aus dem Staatsministerium im Dezember 1819 als das „Ende einer Ära“ bezeichnet. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte man noch auf fortschrittliche Reformen und vor allem auf eine Verfassung hoffen. Jetzt setzte die Reaktion ein. Die Verwendung solcher Begriffe und vor allem das Ansetzen eines Schlußpunktes 1819¹³⁷ ist aber gerade bei der Untersuchung der Tätigkeiten des Staatsministeriums bis Ende 1829 von wenig Wert. Hier ging es wahrlich nicht um große Themen wie „Demagogenverfolgung“ oder „Verfassungspläne“ und eine lineare Entwicklung von der Revolution zur Restauration läßt sich auch nicht deutlich nachzeichnen. Da das höchste staatliche Verwaltungsorgan sich aber eingehend mit solchen scheinbar blutleeren Beratungsgegenständen wie Kriegssentschädigung oder dem Disziplinarrecht seiner Beamten beschäftigte, darf man annehmen, daß solche Themen auch die tatsächliche Konsolidierung und weitere Entfaltung des preußischen Staates und seiner Verwaltung mitbestimmten.

Danksagung

An dieser Stelle gilt mein besonderer Dank der jahrelangen Betreuung dieses Editionsprojekts durch die akademische Kommission unter der Leitung von Prof. Jürgen Kocka sowie den Mitarbeitern des Geheimen Staatsarchivs Berlin-Dahlem, die mir immer wieder hilfreiche Hinweise gaben.

Meinen Kollegen, R. Paetau, G. Schulze und R. Zilch, vor allem aber B. Holtz, E. Schaffranke und H. Spenkuch gebührt mein ganz spezieller Dank. Sie haben mir geholfen, mich beraten und oft ermuntert.

¹³⁷ Dieser Schlußpunkt wird auch von Hintze, Frauendienst und Klein gezogen.

Abkürzungsverzeichnis

a. D.	= außer Dienst
Abg.	= Abgeordneter
Abschr.	= Abschrift
Abt.	= Abteilung
Adhib.	= Adhibendum (Anhang)
AGO	= Allgemeine Gerichts-Ordnung
AK	= Armeekorps
ALR	= Allgemeines Landrecht
Altlib./ altlib.	= Altliberale/ altliberal
AMinr.	= Außenminister
Amtm.	= Amtmann
AmtsR	= Amtsrat
ao.	= außerordentlich
AppGer.	= Appellationsgericht
AppGerHof	= Appellationsgerichtshof
AppGerR	= Appellationsgerichtsrat
AppR	= Appellationsrat
Ass.	= Assessor
Aufl.	= Auflage
[B]	= Beschluß
BauAss.	= Bauassessor
BauR	= Baurat
bayer.	= bayerisch(er)
Bd./Bde.	= Band/ Bände
BergR	= Bergrat
Bevollm.	= Bevollmächtigter
Bgm.	= Bürgermeister
bkF	= bei keiner Fraktion
Dept.	= Departement
ders.	= derselbe
Dir.	= Direktor
div.	= diverse
dt.	= deutsch(er)
ev.	= evangelisch
exped.	= expedierender
Exz.	= Exzellenz
f./ ff.	= folgende (Seite/Seiten bzw. Blatt/Blätter)
FBPG	= Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte
FinMinm.	= Finanzministerium
FinMinr.	= Finanzminister
FinR	= Finanzrat

ForstR	= Forstrat
Frh.	= Freiherr
Frl.	= Fräulein
frz.	= französisch
Fst.	= Fürst
Fstm.	= Fürstentum
Geh.	= Geheimer
GehBauR	= Geheimer Baurat
GehKrR	= Geheimer Kriegerat
GehMedR	= Geheimer Medizinalrat
GehOBauR	= Geheimer Oberbaurat
GehOFinR	= Geheimer Oberfinanzrat
GehOJusR	= Geheimer Oberjustizrat
GehORegR	= Geheimer Oberregierungsrat
GehOTribunalR	= Geheimer Obertribunalrat
GehR	= Geheimer Rat
GehStR	= Geheimer Staatsrat
gen.	= genannt
Gen.	= General
Gen. d. Inf.	= General der Infanterie
Gen. d. Kav.	= General der Kavallerie
GenAdj.	= Generaladjutant
GenDir.	= Generaldirektor
GenGouv.	= Generalgouverneur
GenKom.	= Generalkommissar
GenLtn.	= Generalleutnant
GenMaj.	= Generalmajor
GenSekr.	= Generalsekretär
Ger.	= Gericht
GerAss.	= Gerichtsassessor
GerR	= Gerichtsrat
GerRef.	= Gerichtsreferendar
Gf.	= Graf
Gfscht.	= Grafschaft
Ghzgtm.	= Großherzogtum
Gouv.	= Gouverneur
Gr. GenStab	= Großer Generalstab
GS	= Gesetz-Sammlung für die Königlich Preußischen Staaten
GStAPK	= Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem
Gutsbes.	= Gutsbesitzer
HA	= Hauptabteilung
HandMinm.	= Ministerium für Handel und Gewerbe
HandMinr.	= Handelsminister
hannov.	= hannoverisch
HausMinm.	= Ministerium des Königlichen Hauses und der Königlichen Domänen
HausO	= Hausorden
hess.	= hessisch(er)
HofGer.	= Hofgericht
HofGerDir.	= Hofgerichtsdirektor
HofGerR	= Hofgerichtsrat
HofR	= Hofrat

Hptm.	= Hauptmann
Hrsg./ hrsg.	= Herausgeber/ herausgegeben
Hzg.	= Herzog
hzgl.	= herzoglich
Hzgtm.	= Herzogtum
i. R.	= im Ruhestand
Inf.-Rgt.	= Infanterieregiment
interim.	= interimistisch
JMinm.	= Justizministerium
JMinr.	= Justizminister
JohanniterO	= Johanniterorden
JusKom.	= Justizkommissar
JusR	= Justizrat
Kab.	= Kabinett
KabR	= Kabinettsrat
KabSekr.	= Kabinettssekretär
kath.	= katholisch
Kdr.	= Kommandeur
Kfstm.	= Kurfürstentum
KG	= Kammergericht
kgl.	= königlich
KGR	= Kammergerichtsrat
Kgr.	= Königreich
KO	= Kabinettsorder
Kom.	= Kommissar
Komm.	= Kommission
kommand.	= kommandierender
kommissar.	= kommissarisch
KonsAss.	= Konsistorialassessor
KonsPräs.	= Konsistorialpräsident
KonsR	= Konsistorialrat
KrMinm.	= Kriegsministerium
KrMinr.	= Kriegsminister
KrR	= Kriegsrat
Krs.	= Kreis
KrsDir.	= Kreisdirektor
KrsJusR	= Kreisjustizrat
KrsSekr.	= Kreissekretär
KuMinm.	= Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten (Kultusministerium)
KuMinr.	= Kultusminister
Landesdir.	= Landesdirektor
LandR	= Landrat
LegR	= Legationsrat
LegSekr.	= Legationssekretär
LG	= Landgericht
LT	= Landtag
Ltg.	= Leitung
Ltn.	= Leutnant
Ltr.	= Leiter

MAA	= Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten
Maj.	= Major
MdA	= Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdH	= Mitglied des Herrenhauses
MdI	= Ministerium des Innern
MdStR	= Mitglied des Staatsrats
MedR	= Medizinalrat
MF	= Mikrofiche
MinDir.	= Ministerialdirektor
Minm.	= Ministerium
MinR	= Ministerialrat
Minr. Kgl. Haus	= Minister des Königlichen Hauses
Minr.	= Minister
Minr. dI	= Minister des Innern
Mitarb.	= Mitarbeiter
Mitgl.	= Mitglied
n. f.	= nicht foliiert
NatVers.	= Nationalversammlung
NL	= Nachlaß
OAmtm.	= Oberamtman
OB	= Oberbürgermeister
OBauDir.	= Oberbaudirektor
OBauR	= Oberbaurat
OBergA	= Oberbergamt
Oberstltn.	= Oberstleutnant
ODir.	= Oberdirektor
OFinR	= Oberfinanzrat
OGer.	= Obergericht
OGerR	= Obergerichtsrat
OHofBauA	= Oberhofbauamt
OLG	= Oberlandesgericht
OLGR	= Oberlandesgerichtsrat
OLtn.	= Oberleutnant
OPräs.	= Oberpräsident
OPräsR	= Oberpräsidialrat
ORechR	= Oberrechnungsrat
ORegR	= Oberregierungsrat
ORevisionsR	= Oberrevisionsrat
OSchulR	= Oberschulrat
österr.	= österreichisch(er)
OSteuerR	= Obersteuerrat
PolBgm.	= Polizeibürgermeister
PolDir.	= Polizeidirektor
polit.	= politisch
PolKom.	= Polizeikommissar
PolMinr.	= Polizeiminister
poln.	= polnisch(er)
PolPräs.	= Polizeipräsident
PolPräsidium	= Polizeipräsidium
Präs.	= Präsident
Premierltn.	= Premierleutnant
preuß.	= preußisch

Prot.	= Protokoll
Prov./ prov.	= Provinz/ provinzial
provis.	= provisorisch
ProvLT	= Provinziallandtag
ProvSchr.	= Provinzialschreiber
RechR	= Rechnungsrat
Ref.	= Referendar
Reg./ reg.	= Regierung/ regierender
RegAss.	= Regierungsassessor
RegBez.	= Regierungsbezirk
RegDir.	= Regierungsdirektor
RegMedR	= Regierungsmedizinalrat
RegR	= Regierungsrat
ReichsR	= Reichsrat
Reinschr.	= Reinschrift
Rgt.	= Regiment
rhein.	= rheinisch(er)
RHofR	= Reinschöfner
Rittergutsbes.	= Rittergutsbesitzer
Rittm.	= Rittmeister
RKMinr.	= Reichskriegsminister
sächs.	= sächsisch(er)
SchMinm.	= Schatzministerium
Schr.	= Sekretär
Sekt.	= Sektion
Staatswiss.	= Staatswissenschaften
Stadtger.	= Stadtgericht
Stellv./ stellv.	= Stellvertreter/ stellvertretender
StMinm.	= Staatsministerium
StMinr.	= Staatsminister
StR	= Staatsrat
StS	= Staatssekretär
Suppl.	= Supplement
TOP	= Tagesordnungspunkt
Univ.	= Universität
UStS	= Unterstaatssekretär
Verw.	= Verwaltung
Vizepräs.	= Vizepräsident
VO	= Verordnung
vollz.	= vollzogene
Vors.	= Vorsitzender
VortrR	= Vortragender Rat
Wirkl.	= Wirklicher
Wirkl.GehLegR	= Wirklicher Geheimer Legationsrat
z. D.	= zur Disposition gestellt
Zivilgouv.	= Zivilgouverneur
Zivilkab.	= Zivilkabinett
Zivilkom.	= Zivilkommissar

Nr. 1 Sitzung des Staatsministeriums am 19. März 1817.

Reinschr., Bd. 1, Bl. 1–3 [Prot. 1]; MF 1. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 25–27; Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hardenberg [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Wittgenstein, Klewiz [U]. — Prot.: [?].

1. Einführung von Klewiz als Staatssekretär. — **2.** Neues Paßreglement¹ bezüglich des Militärs. Die Bemerkungen Boyens werden von Wittgenstein noch durchgesehen. [B] — **3.** Kornteuerung und Mangel in den Rheinprovinzen.² Die Weizenausfuhr soll nicht ohne Not beschränkt werden. Brennern sollen die deponierten Halme zurückgegeben werden; an Freiegebung dieser Art des Branntweinbrennens ist erst nach der Kartoffel-Aussaat zu denken. [B] — **4.** Oberschlesisches Eisen. Unterschiedliche Qualität verschiedener Hüttenwerke soll v.a. durch das Führen eines Fabrikzeichens³ und die Einführung einer freiwilligen Schau ausgeglichen werden. [B] — **5.** Vergleichung der jetzigen und früheren Zivilverwaltungskosten der Zentralbehörde. Diese soll auch auf die übrigen Behörden ausgedehnt werden. Hardenberg äußert den dringenden Wunsch, den Vergleich zum Jahre 1806 anzustellen.

¹ Entwürfe und weiteres Material in: Rep. 77, Tit. 33a Nr. 7 Bd. 1; vgl. auch das allgemeine Paßedikt für die Preussischen Staaten v. 22.6.1817, GS, S. 152.

² Zum Verbot des Branntweinbrennens vgl. Rep. 77, Tit. 304 Nr. 20 Bd. 1. Dort auch weiteres Material zur Kornteuerung und den Mangel in den westlichen Provinzen.

³ Vgl. § 1 im Gesetz v. 3.7.1818, GS, S. 153.

Nr. 2 Sitzung des Staatsministeriums am 2. April 1817.

Reinschr., Bd. 1, Bl. 4–5 [Prot. 2]; MF 1. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 28–29; Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n.f.

Anwesend: Hardenberg [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Wittgenstein, Boyen, Klewiz [U]. — Prot.: [?].

1. Münzverfassung. Einführung eines einheitlichen Münzfußes.¹ [B] — **2.** Neues Paßreglement bezüglich des Militärs. Wittgenstein ist mit den Bemerkungen Boyens einverstanden. [B] — **3.** Katholische Eidesformel beim Militär. Der Münsterische Generalvikarius, K. A. Droste zu Vischering, protestiert gegen einen Teil der Eidesformel, in welchem bei dem Beistande der Mutter Maria und bei der Fürbitte der Heiligen geschworen wird. Die Entscheidung soll nach ministeriellen Verhandlungen getroffen werden. [B]

¹ Vgl. die Bestimmungen über den Münzfuß in Preußen v. 30.9.1821, GS, S. 159.

Nr. 3 Sitzung des Staatsministeriums am 9. April 1817.

Reinschr., Bd. 1, Bl. 6–7v [Prot. 3]; MF 1. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 30–31v; Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hardenberg [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Wittgenstein, Boyen, Klewiz [U]. — Prot.: [?].

1. Hardenberg übergibt Klewiz die für den [...] Staatsrat bestimmten fünf Sachen. Diese betreffen: Die Erbfolgerechte in den Lehngütern links der Elbe. – Steuerbeschwerden aus Teilen des ehemaligen Königreichs Westphalen. – Die abzuändernde Bestimmung des Stempelgedichts beim Wertstempel in Prozessen.¹ – Eine Disziplinarsache. – Die Untersuchungsangelegenheit hinsichtlich der Kapitulation bei Prenzlau von 1806 und den Obristen von Massenbach² nebst einem Bericht des Gesandten von Küster. — 2. Fehlende Haferaussaat im Regierungsbezirk Arnberg. Der Wunsch³ der Regierung nach einem großen allgemeinen Ankauf wird abgelehnt, statt dessen soll ein Fonds für Saatkornankauf zur Disposition gestellt oder eine größere Summe vom König erbeten werden.⁴ [B] — 3. Getreidesperre gegen Österreich. Die erwünschte Aufhebung ist vorläufig nicht gestattet. [B] — 4. Rückgabe der Herrschaft Mosbourg an den Grafen von Agar.⁵ Die Regierung in Düsseldorf berichtet über den entstehenden nachteiligen Eindruck und fragt, ob diese Handlung nicht rückgängig gemacht werden kann. Diese Frage wird zurückgewiesen, jedoch soll vielleicht auf anderem Wege ein anderes Abkommen gefunden werden. [B] — 5. Presse. Frechheit mehrerer Flugschriften, namentlich der Zeitschrift Hermann⁶, in ihren Äußerungen über Preußen, [...] besonders insofern solche Schriftsteller selbst preußische Staatsdiener sind. Verfahren gegen den Verfasser. [B]

¹ Vgl. die VO zum Wertstempel in Prozessen v. 1.8.1817, GS, S. 205.

² Zur Untersuchung gegen Massenbach vgl. Rep. 74, R XXI M Nr. 5.

³ Vgl. den Bericht der Regierung v. 27.3.1817 mit der Bitte um Unterstützung des notwendigen Saathafers für das Saarland, den Bescheid des Staatsministeriums v. 12.4.1817 sowie einen weiteren Bericht der Regierung v. 29.4.1817, in: Rep. 90, Tit. XXXI Nr. 7 Bd. 1.

⁴ Eine Randbemerkung v. 12.4.1817 (Bl. 6v) bestätigte die weitere Unterstützung des Saatkorns.

⁵ Jean-Antoine-Michel Agar, Comte de Mosbourg, hatte 1806 die Herrschaft Mosbourg (heute Morsbach) im Großherzogtum Berg von Joachim Murat erhalten.

⁶ Die Zeitschrift Hermann beschäftigte sich 1817 mehrmals mit der Rückgabe Mosbours (Morsbachs). In einer Randbemerkung (22.4.1817) im Protokoll hat das Staatsministerium der Regierung Arnberg aufgegeben, den Verfasser eines diesbezüglichen Aufsatzes in dieser Zeitschrift zu ermitteln und diesen sowie den Herausgeber durch das Oberlandesgericht in Kleve [...] zur Untersuchung und Strafe ziehen zu lassen. Es handelte sich um den Regierungssekretär Fallenstein. Zum weiteren Verlauf des Verfahrens vgl. Rep. 90, Tit. XV Nr. 9; dort auch Voten. Zur Zeitschrift vgl. auch Brandt, Peter, Die Hagerer Zeitschrift Hermann (1814–1819), in: Ders. und Hobein, Beate (Hrsg.), 1746 – 1996: Beiträge zur Geschichte der Stadt Hagen, Essen 1996, S. 124–141.

Nr. 4 Sitzung des Staatsministeriums am 16. April 1817.

Reinschr., Bd. 1, Bl. 8–9, Anlage¹: Bl. 10–10v [Prot. 4]; MF 1. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 32–33v; Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hardenberg [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Wittgenstein, Boyen, Klewiz [U]. — Prot.: [?].

1. Hardenberg übergibt Klewiz die für den [...] Staatsrat bestimmten zehn Sachen. Diese betreffen: Die Wollausfuhr. – Die Gewerbesteuer von einzelnen Weberstühlen.² – Den Privatnachlass von

¹ Änderung des Geschäftsganges in dem königlichen Staatsministerium v. 16.4.1817. Abschriften befinden sich in: Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 2, n.f.; Rep. 77, Tit. 182 Nr. 35 Bd. 1, Bl. 94–94v; ebd., Tit. 334 Nr. 8, Bl. 14; Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n.f. Gedr. bei: Klein, Ernst, Funktion und Bedeutung des Preußischen Staatsministeriums, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 9/10, 1961, S. 202–203.

² Vgl. das Gesetz wegen Entrichtung der Gewerbesteuer v. 30.5.1820, § 13, GS, S. 149.

Festungs- und ähnlichen militärischen Zeichnungen. – Das Auswanderungsedikt³. – Die Ausdehnung des Reglements⁴ zum Wagengeleise. – Die Bestrafung und Untersuchung des Holzdiebstahls.⁵ – Die Verjährung der Gebühren und Auslagen von Justizkommissarien und Notarien. – Die Anrechnung des Militärdienstes unter voriger Landeshoheit. – Die Todeserklärung vermißter Militärpersonen.⁶ – Die volle Soldzahlung bei eintretender Mobilmachung. — **2. Geschäftsgang im Staatsministerium.**⁷ [B] — **3. Regulierung der Ziviluniformen.**⁸ [B] — **4. Schuckmann informiert über einen Bericht⁹ der Aachener Regierung zu den frivolen Aufsätzen der öffentlichen Zeitschriften, namentlich des Deutschen Beobachters. Mögliche Gegenmaßnahmen. So bald wie möglich soll ein zeitgemäßes Zensur-Edikt beraten werden, bis dahin soll den Herausgebern frecher Zeitschriften das Verbot derselben angedroht werden.**¹⁰ [B]

³ Vgl. das Edikt v. 2.7.1812, GS, S. 114 und 123. Vgl. auch dessen Aufhebung und anderweitige Vorschriften v. 15.9.1818, GS, S. 175. Ein Entwurf hierzu in: Rep. 77, Tit. 226 Nr. 2 Gen. Bd. 3, Bl. 83–84 sowie Rep. 80, I Inneres Nr. 2, Bl. 17–18. Dort auch weiteres Material zu den Beratungen des Staatsrats.

⁴ Vgl. das Reglement v. 14.3.1805 in: N. C. C., Bd. 11, Sp. 2924.

⁵ Vgl. das Gesetz wegen Untersuchung und Bestrafung des Holzdiebstahls v. 7.6.1821, GS, S. 89.

⁶ Vgl. das Gesetz v. 22.5.1822, GS, S. 148.

⁷ Vgl. Anlage.

⁸ Vgl. die KO v. 10.6.1817 in: Kamptz, Karl v., (Hrsg.), Annalen der preußischen inneren Staatsverwaltung, 1817–1839, ND Bad Feilnbach 1985, Bd. 3 (1819), S. 293–298 sowie die Bekanntmachung der Regierung Liegnitz v. 3.6.1819, ebd., S. 310–312.

⁹ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

¹⁰ Zur Arbeit der zu diesem Zweck ernannten Kommission vgl. Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 7a Adhib. Vgl. auch VO, wie die Zensur der Druckschriften nach dem Beschluß des deutschen Bundes (20.9.1819) auf fünf Jahre einzurichten ist v. 1.10.1819, GS, S. 224.

Nr. 5 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Mai 1817.

Reinschr., Bd. 1, Bl. 11–14 [Prot. 5]; MF 1. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 34–37v; Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hardenberg [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Wittgenstein, Boyen, Klewiz [U]. — Prot.: [?].

1. Auswanderungssucht im Regierungsbezirk Trier. Mögliche Vorkehrungen, um die Auswanderer zurückzuhalten.¹ [B] — **2. Fünfzigjähriges Amtsfest des Regierungsdirektors Heinrich in Breslau.** [B] — **3. Titelverleihung. Der Berliner Kaufmann Brüstlein soll wegen seines patriotischen Verhaltens zur Zeit des französischen Einzuges zum Kommerzienrat vorgeschlagen werden.** [B] — **4. Hungersnot. Kornteuerung in den Rheinprovinzen. Beträchtliche Ladungen von Ostseegetreide sind glücklich eingetroffen.** — **5. Die Ernteaussichten sind günstiger als im vergangenen Monat.** — **6. Stempelgesetz. Eine baldige allgemeine Revision seitens der Steuerverfassungskommission ist erwünscht. Bülow wird den entsprechenden Entwurf² sofort veranlassen.** [B] — **7. Hardenberg übergibt Klewiz die für den Staatsrat [...] bestimmten sechzehn verschiedenen Sachen. Diese betreffen [...] den Bericht der Untersuchungskommission zu den Beschwerden der Baumwollfabrikanten über fremde Waren und das abweichende Gutachten Kunths und Maaßens. – Die Beschwerde der Berliner Kattendrucker über Vermehrung der Lehrlinge und über Freipässe auf fremde Waren. –**

¹ Vgl. auch VO v. 15.9.1818 in: Amtsblatt der königlichen Regierung zu Koblenz v. 9.2.1819.

² Die erste Fassung des Entwurfs in: Rep. 151, III Nr. 10805. Weitere Fassungen und Vorarbeiten in: Rep. 151, III Nr. 10810–10812. Die Konferenzprotokolle der Steuerprüfungskommission in: Rep. 151, III Nr. 2227. Vgl. auch das neue Stempelgesetz v. 7.3.1822, GS, S. 57.

*Die Feuersozietät des Herzogtums Westfalen*³. – *Widersprechende Gesetze im Konkursverfahren*. – *Die Einrichtung des Berliner Bürgermilitärs*. – *Die Aufhebung des Mahl- und Getränkezwangs*.⁴ *Die Bestrafung der Landwehrmänner sowie ihr rechtliches Verhältnis beim Schuldenmachen und bei Schwängerungsachen*. – *Die Rechtsverhältnisse der Lehns- und Fideikommißbesitzer bei Kriegsschäden*. – *Der Zeitpunkt des Eintritts der Majorennität im Fürstentum Erfurt und Amt Wandersleben*.⁵ – *Die Rechtsmittel gegen Kontumazialerkenntnisse der ehemaligen herzoglich Warschauer Gerichte*.⁶ – *Die Salzpreise für die rheinischen und westfälischen Provinzen*. – *Die Dienstzeit bei den Jäger- und Schützenbataillonen bezüglich ihrer Unterbringung in der Forstverwaltung*. – *Erlaß bei den zu hohen Grundsteuern im ehemaligen Herzogtum Berg*. – *Zwei Disziplinarsachen*.

³ Vgl. die VO v. 4.4. 1818, GS, S. 28.

⁴ Vgl. die Mühlenordnung für die gesamte Monarchie v. 28.10.1810, GS, S. 98 sowie die VO zur Entschädigung v. 15.8.1818, GS, S. 178.

⁵ Vgl. die VO v. 1.8.1817, GS, S. 201.

⁶ Ebd., S. 203.

Nr. 6 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Mai 1817.

Reinschr., Bd. 1, Bl. 15–18 [Prot. 6]; MF 1. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 38–40v; Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hardenberg [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Boyen, Klewiz [U]. — Prot.: [?].

1. *Zahlung der festgelegten Summe für die Aussteuer der Prinzessin Charlotte*¹ in Friedr. d'or nach dem neuesten schöneren Gepräge. [B] — **2.** *Neues Wachgebäude*² in Berlin. *Da solches verhältnismäßig klein erscheinen könnte, soll zur Anschauung und Überzeugung ein Modell angefertigt werden.* [B] — **3.** *Das Angebot des Handlungshauses Hope in Amsterdam, die französische Kontribution zu günstigen Bedingungen zu diskontieren, soll angenommen werden.* [B] — **4.–5.** *Vortrag Schuckmanns über Mißbräuche von Gutsherrn in den Provinzen Preußen und Pommern bei der Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse*³. *Einziehung von erledigten Bauernhöfen in Preußen und gar deren Erledigung [...] ohne gehörige Untersuchung der rechtlichen Ansprüche anderer Personen* [B]. *Ursprüngliche Kolonistenetablissemments in Pommern werden bei Erledigungen eingezogen.* [B] — **6.** *Die Auswanderungssucht in den Rheinprovinzen und Westfalen richtet sich auf das russische Polen. Anlässe und Gegenmaßnahmen. Mitarbeit Zerbonis.* [B] — **7.** *Fehlende Haferaussaat im Regierungsbezirk Arnsberg und Übersendung des bewilligten Vorschusses*.⁴ [B] — **8.** *Hungersnot. Transportkosten für die Kornsendungen nach Westfalen.* [B] — **9.** *Für den Staatsrat wird eine Disziplinarsache bestimmt.*

¹ Die älteste Tochter Friedrich Wilhelms III. vermählte sich am 13. Juli 1817 in St. Petersburg mit dem russischen Großfürsten Nikolaus (später Kaiser Nikolaus I.).

² Die „Neue Wache“ wurde zwischen 1816–1818 von Karl Friedrich Schinkel Unter den Linden errichtet.

³ Vgl. das „Regulierungsedikt“ v. 14.9.1811, GS, S. 281 sowie die Deklaration hierzu v. 29.5.1816, GS, S. 154. Unterlagen zu den spezifischen Mißbräuchen konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁴ Die Verfügung an die Regierung Arnsberg v. 17.5.1817 in: Rep. 90, Tit. XXXI Nr. 7 Bd. 1.

Nr. 7 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Mai 1817.

Reinschr., Bd. 1, Bl. 19–22 [Prot. 7]; MF I. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 41–43; Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hardenberg [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Wittgenstein, Boyen, Klewiz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Semler [zu 7].

(Dem Staatsrat zugewandene Sache: Kabinettsordre zum Bericht¹ [...] über die Verbindlichkeit der Städte in den Provinzen links der Elbe zur Unterhaltung der Land- und Stadtgerichte.) — 1. Auswanderungen. Besonders in diesem Jahre wanderten viele aus Baden und Württemberg aus, hauptsächlich nach Polen und Nordamerika. — 2. Vorschlag² zur Ansiedlung notleidender Fabrik-, besonders Wollarbeiter aus dem Erzgebirge im Mansfeldischen und in anderen Provinzen. Die Einwanderung von Fabrikarbeitern wird abgelehnt. [B] — 3. Besatzungstruppen in Frankreich sollen mit einer größeren Menge Weizen aus dem Regierungsbezirk Trier versorgt werden. [B] — 4. Dem Berliner Kaufmann Brüstlein ist ein belobendes Anerkenntnis seiner Majestät wünschenswerter als die Ernennung zum Kommerzienrat. [B] — 5. Rückgabe der Herrschaft Mosbourg an den Grafen v. Agar. Auf königlichen Befehl³ soll die Düsseldorfer Regierung wegen ihrer Gegenvorstellung zurechtgewiesen werden. — 6. Staatsschulden. Der Staat kann die Mittel zur vollständigen Einlösung der Pfandschulden der Kur- und Neumark [...] nicht gewähren.⁴ [B] — 7. Getreidesperre gegen Österreich. Für Schlesien und Posen soll diese baldigst wieder aufgehoben werden. [B] — 8. Verbot der Ausfuhr von Gerste aus dem Großherzogtum Hessen wird von Preußen erwidert. — 9. Hungersnot. Vincke wünscht die Bewilligung von unentgeltlichen Vorspannführern bei dem Transport des Ostseegetreides in die Regierungsbezirke Münster und Arnberg. Dieser Wunsch wird abgelehnt, weil diese Art der Unterstützung des Landes gar nicht passend erscheint, jedoch soll es einen Rabatt auf eine bestimmte Quantität von Getreide geben.⁵ [B]

¹ *Der Bericht v. 25.9.1815 in: Rep. 80, I Justiz Nr. 17, Bl. 41–43v. Dort auch KO v. 16.5.1817 sowie das Gutachten des Staatsrats.*

² *Das Schreiben v. 16.5.1817 des ehemaligen Landrats Wedel aus Piesdorf, in: Rep. 74, K XXI Nr. 1, Bl. 16–17v.*

³ *Die KO an Bülow v. 8.5.1817 in: Rep. 151, V Nr. 34, Bl. 43.*

⁴ *Vgl. Rep. 151, I A Nr. 2931 u. 2932.*

⁵ *Die Berichte Vinckes v. 18.4. und 16.5.1817 wegen des Transports des für Westfalen bestimmten Roggens, in: Rep. 90, Tit. XXXI Nr. 7 Bd. 1. Dort auch die Verfügung an die Regierung Minden v. 17.5.1817.*

Nr. 8 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Juni 1817.

Reinschr., Bd. 1, Bl. 23–27v [Prot. 8]; MF I. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 44–48; Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n.f.

Anwesend: Hardenberg [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Wittgenstein, Boyen, Klewiz [U]. — Prot.: [?].

(Dem Staatsrat zugewandene Sachen: Bericht¹ [...] wegen Anwendbarkeit des Artikels 19 der Kriminalordnung auf Provinzen, wo die Kriminalgerichtsbarkeit den Inquisitoriaten beigelegt ist

¹ *Der Bericht v. 23.5.1817 in: Rep. 80, I Justiz Nr. 8, Bl. 2–3. Dort auch weiteres Material zu den Verhandlungen des Staatsrats. Vgl. auch VO v. 11.3.1818, GS, S. 19.*

und Ernennung Daniels' zum Mitglied des Staatsrats.) — **1.** Auswanderungen, besonders aus Baden und Württemberg. Gründe. Zielländer. Vorgehen gegenüber Durchwandernden. Die Ansiedlung vermöglicher Bauern als Kolonisten in Ost- und Westpreußen sowie Posen sollte versucht werden.² [B] — **2.** Abtretung der Stadt Volkmarsen an Kurhessen; ihre mögliche militärische Funktion.³ — **3.** Bedenken⁴ Schuckmanns über den Gang der Finanzangelegenheiten, so wie er nach den Resultaten der Steuerprüfungskommission eintreten dürfte. Hardenberg ist der Meinung, daß nicht nur die Ergebnisse dieser Kommission, sondern auch das Resultat der Kommission über den Staatsbedarf abzuwarten sei, was ganz eigentlich im Staatsministerium zu verhandeln ist. [B] — **4.** Absetzung der Geistlichen und Schulbedienten: Zuständigkeit des Staatsrats. — **5.** Besondere Gerechtsame des Grafen von Bernstorff auf Gartow zu gewisser zollfreier Aus- und Einfuhr. Ähnliche Fälle sollen vom Finanzminister nach Rücksprache mit dem Außenministerium entschieden werden. [B] — **10.–12.** Hungersnot. Getreidemangel in den Rheinprovinzen und Westfalen. Beruhigung der dortigen Oberpräsidenten und Behörden, Transporte vom niederländischen Hafen Dordrecht nach dem Rhein sind unterwegs. Die Stadt Altenkirchen, die Hungersnot befürchtet sowie die Regierungen zu Münster und Köln sind diesbezüglich zu beruhigen. Das Proviantamt in Wesel soll pünktlich und die Kölner Regierung darf unentgeltlich ausliefern.⁵ [B] — Die Kölner Regierung soll das Ostseegetreide bei der Landesunterstützung verwenden und den Erlös aus dem Dominal- und aus dem Ostsee-Korn getrennt berechnen. [B] — Vinckes Vorschlag⁶ zu einem Rabatt auf dasjenige Ostseegetreide, welches die Regierungen Arnberg und Münster nicht vom Rhein, sondern nur von der Weser beziehen können, wird genehmigt. [B] — **13.** Nach der Kornsperrung gegen das Großherzogtum Hessen soll weiterhin die Getreideausfuhr nach Frankreich verhindert werden, aber ohne Erschwernisse für Frankfurt/M. und Nassau. Diesbezügliche Sicherheitsvorkehrungen der Kölner Regierung. [B]

² Vgl. den Bericht (o. D., 1817) in: Rep. 74, K XXI Nr. 1, Bl. 23–38v.

³ Volkmarsen (heute Kreis Waldeck bei Kassel) kam 1818 durch Tausch an Kurhessen. Material hierzu in: Rep. 90, Tit. XLIV C Nr. 4.

⁴ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁵ Die Berichte der Regierungen Münster und Köln in: Rep. 90, Tit. XXXI Nr. 7 Bd. 1. Dort auch ein Bericht des Oberpräsidenten Solms-Laubach v. 5.6.1817 wegen der Teuerung in den Rheinprovinzen und weiteres Material, u. a. die Bitte der Einwohner Altenkirchens v. 19.5.1817 um Brotkorn und die Verfügung v. 4.6.1817 an das Proviantamt in Wesel. Zum Getreidemangel vgl. auch Rep. 77, Tit. 304 Nr. 20 Bd. 1. Zur Zahlung dieser Getreidelieferungen vgl. Rep. 89, Nr. 4043.

⁶ Vinckes Bericht v. 23.5.1817 in: Rep. 90, Tit. XXXI Nr. 7 Bd. 1, Bl. 13–14.

Nr. 9 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Juni 1817.

Reinschr., Bd. 1, Bl. 28–30v [Prot. 9]; MF 1. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 49–51v; Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n. f.

Anwesend: Hardenberg [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Boyen, Klewiz [U]. — Prot.: [U].

(Dem Staatsrat zugewandener Vorgang: Disziplinarsache.) — **1.** Auswanderungen. Ein eingesandter Aufsatz des Kreisdirektors Seemann im Tilsiter Wochenblatt¹ fordert dazu auf, diesen durch strenge Handhabung des Gesindewesens und der Militärpflicht entgegenzuwirken und enthält die Wahnvorstellung, der Kronprinz berufe die Kolonisten. [B] — **2.** Mögliche Abtretung von Volkmarsen an Kurhessen. Volkmarsen ist kein militärischer Etappenort. [B] — **3.–4.** Hungersnot. Getreidelieferungen. Außerordentliche Verzögerung und zum Teil schlechte Beschaffenheit der

¹ „Gemeinnütziges Wochenblatt“, 1811–1822, hrsg. in Tilsit.

Roggentransporte aus der Ostsee. *Gründe hierfür und Gegenmaßnahmen*² [B]. *Weitere Lieferungen*. Regierung Kleve soll über diese Gegenmaßnahmen benachrichtigt werden [B]. *Leihpferde für die Transporte*. *Kosten, die die Transportunternehmer zu tragen haben*. [B] — **5. Wegfall des Stapelrechts in Köln für rheinaufwärts fahrende Frachtschiffe**. [B]

² Die Untersuchungen hierzu in: Rep. 74, K XI Nr. 11, Adhib. A.

Nr. 10 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Juni 1817.

Vollz. Reinschr., Bd. 1, Bl. 31–33v [Prot. 10]; MF 1. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 52–55; Rep. 77, Tit. 377 Nr. 3 Bd. 1, n.f.; Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hardenberg [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Wittgenstein, Boyen, Klewiz [U]. — Prot.: [?].

(Dem Staatsrat zugegangene Sachen: Berichte über die Wiedereinführung der 1804 für Südpreußen gegebenen Verordnung wider das Austreiben des Viehes ohne Hirten¹, das Pfandgeld im Großherzogtum Posen² und die bessere Beförderung der Posten in den neuen Provinzen.³) — 1. Pulvermagazine in den Außenwerken der Festungen. Maßnahmen, die den Stadtbewohnern mehr Sicherheit bieten sollen.⁴ [B] — 2.–3. Paßreglement. Als eine neue Einrichtung muß die Einführung von Wanderbüchern vom Staatsrat behandelt werden.⁵ [B] — 4.–5. Auswanderungen. Die Breslauer Regierung versucht, unter den württembergischen Auswanderern [...] Kolonisten zu werben. Der Gesandte Baron v. Oelssen in Dresden empfahl desgleichen der neumärkischen Regierung. — 6. Hungersnot. Voraussichtlich sehr mäßige Roggenernte, weiterhin sehr hohe Kornpreise. Hardenberg hält den Kornerwerb aus Rußland für verfrüht. Der Bundestag wird ein gleichförmiges Getreidesystem bewirken. [B] — 7. Die Getreidesperre gegen Österreich ist für Schlesien und Posen aufgehoben. [B] — 8.–9. Hungersnot. Vorschläge zur Getreideversorgung und zur Beschleunigung der Korntransporte. — (10. Nachweisung⁶ der Entrepreneurs über die Getreidemenge, die zwischen dem 24. Mai und dem 7. Juni in die westlichen Provinzen verladen wurde.)

¹ *Verhandlungen des Staatsrats hierzu in: Rep. 80, I Inneres Nr. 3.*

² *Vgl. ebd. sowie das Patent v. 9.11.1816, GS, S. 225.*

³ *Die KO v. 9.6.1817 in: Rep. 80, I Inneres Nr. 6. Dort auch weiteres Material.*

⁴ *Material, u. a. Schreiben Boyens und Schuckmanns, in: Rep. 74, Ou Nr. 14.*

⁵ *Zu der beabsichtigten Einführung der Wanderbücher vgl. die Verhandlungen des Staatsrats, in: Rep. 80, I Inneres Nr. 11 sowie Nr. 1 §§ 8 und 14 und Nr. 4 § 2 im Allgemeinen Paßedikt v. 22.6.1817, in: GS, S. 152, 155 und 157. Ein Schriftwechsel zwischen Wittgenstein und Hardenberg hierzu v. 1818/19 in: Rep. 74, K VIII Nr. 25.*

⁶ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

Nr. 11 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Juni 1817.

Reinschr., Bd. 1, Bl. 34–38v [Prot. 11]; MF 1/2. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 56–59; Rep. 77, Tit. 377 Nr. 3 Bd. 1, n.f.; Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hardenberg [V], Kircheisen, Schuckmann, Boyen, Klewiz [U]. — Prot.: [?].

(Dem Staatsrat zugegangene Sache, nämlich die Teilnahme des Militärs an der Feuerpolizei¹). — **1.** Eine Übereinkunft [...] zwischen den deutschen Bundesstaaten² zur Freiheit des Handels mit Getreide und Schlachtvieh ist höchst wünschenswert, jedoch soll dabei dem preußischen Staat nach seiner politischen Lage der freieste Spielraum gesichert werden. [B] — **2.** Gesinde ohne festen Wohnsitz. Verfahren beim Aufgebot.³ [B] — **3.** Die Immediatberichte des Staatsministeriums sollen vom referierenden Ministerium bezeichnet werden. [B] — **4.–5.** Hungersnot. Getreidelieferungen. Untersuchung und Beschleunigung der verspäteten Getreidelieferungen in die westlichen Provinzen [B]; Ingersleben [...] bestätigt die Verzögerung und Schlechtigkeit der Getreidelieferungen. [B] — **6.** Milderung des Elends der fremden Durchwanderer zwischen dem Oberrhein und Holland. Anträge⁴ der Regierung Kleve. [B]

¹ Die KO v. 20.6.1817 in: Rep. 80, I Inneres Nr. 5, Bl. 1. Dort auch weiteres Material. Vgl. auch KO v. 29.8.1818, GS, S. 155.

² Vgl. die Sitzung am 14.7.1817 in: Protokolle der deutschen Bundesversammlung vom Jahre 1817, Frankfurt/M., S. 651–653.

³ Vgl. die Beratung des Staatsrats in: Rep. 80, I Inneres Nr. 12, Bl. 3. Dort auch weiteres Material. Vgl. auch VO v. 16.3.1818, GS, S. 20. Zu einer gewünschten Deklaration dieser VO vgl. Rep. 77, Tit. 303 Nr. 19.

⁴ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 12 Sitzung des Staatsministeriums am 7. November 1817.

Vollz. Reinschr., Bd. 1, Bl. 42–45, Anlage¹: Bl. 39–41 [Prot. 12]; MF 2. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 377 Nr. 3 Bd. 1, n.f.; Rep. 84, I Nr. 24, Bl. 1c–1d; Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hardenberg [V], Altenstein, Beyme, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Boyen, Klewiz [U]. — Prot.: [?].

(Einführung Altensteins und Beymes in das Staatsministerium.²) — **1.** Hungersnot. Maßregeln gegen Getreideteuerung sind von den Oberpräsidenten der westlichen Provinzen vorgeschlagen worden. Sofortige Verteilung von Geldern zum Ankauf von Notvorräten. [B] — **2.** Bedenken Bülows und Schuckmanns in Bezug auf die Stellung der Minister gegen die General-Kontrolle³, namentlich deren Direktor und gegen die Räte im Staatskanzlerbüro. Hardenbergs Erklärungen hierzu. — **3.** Bei der Neuorganisation der Ministerien soll die Auseinandersetzung zwischen den Ministern möglichst ohne den dazu bestimmten Kommissarius ausgetragen werden.⁴ — **4.** Hardenberg behält sich vor, Beyme nähere Auskünfte über die auf ihn übergehenden Geschäfte zu geben. — **5.** Auf Bülows Bedenken gegen die ihm zugefertigte Übersicht der ordinären Einnahmen und Ausgaben und auf seinen Antrag wegen einer Entlastung der schwebenden Schulden⁵, erklärt Hardenberg, daß jene Übersicht [...] nicht als ein Etat, sondern nur als ein Anhalten anzusehen ist, und daß die Schuldenentlastung auch stattfinden wird.

¹ Bl. 39 und 41 Schreiben Klewiz' an Hardenberg v. 9.11.1817, daß es wegen der Zunahme der Geschäfte im gesamten Staatsministerium nicht mehr möglich sei, ein Protokoll zu führen. Deshalb erfolgte die Besprechung am 12.11.1817, TOP 1–3; Bl. 40 Schreiben v. 10.11.1817 zwischen Bülow und Klewiz zum Umlauf des Protokolls.

² Altenstein war vom 3.11.1817 bis 14.5.1840 der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten. Beyme war vom 3.11.1817 bis 31.12.1819 Minister für Gesetzesrevision.

³ Die General-Kontrolle der Finanzen wurde vier Tage früher gegründet. Vgl. die VO v. 3.11.1817, GS, S. 292. Obwohl Ladenberg die Stelle des Direktors inne hatte, war der eigentliche Chef dieser Behörde Hardenberg selbst. Daraus resultierten vielfach Friktionen zwischen der General-Kontrolle und dem Staatsministerium.

⁴ Zu den Auseinandersetzungen zwischen den Ministerien der Finanzen und des Schatzes, vgl. Rep. 151, HB Nr. 274/2, n.f.

⁵ Eine Auflistung solcher Schulden für die Jahre 1815–1817 in: Rep. 151, I A Nr. 1381. Dort auch weiteres Material.

Nr. 13 Sitzung des Staatsministeriums am 12. November 1817.

Reinschr., Bd. 1, Bl. 46–46v [Prot. 13]; MF 2. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84, I Nr. 24, Bl. 1e–1ev; Rep. 84a, Nr. 4384, Bl. 13–13v; Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hardenberg [V], Altenstein, Beyme, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Boyen, Klewiz [U]. — Prot.: Duncker [?].

1.–3. *Geschäftsgang im Staatsministerium, u.a. Eintragung im Journal statt der Führung eines Protokolls¹ und Umlauf der zirkulierenden Sachen; neuer Tagungsort ist im königlichen Schloß. [B] — 4. Hungersnot. Untersuchung gegen Lieferanten von Ostseegetreide. [B]*

¹ *Der Immediatbericht v. 3.12.1817 zum Geschäftsgang im Staatsministerium in: Rep. 74, H IV Nr. 1 Bd. 4, Bl. 73–74. Hier wurde auch erwähnt, daß in einzelnen Fällen [...] Beschlüsse und Vorträge vom Staatssekretär protokolliert werden sollten.*

Nr. 13a Sitzung des Staatsministeriums am 3. Dezember 1817.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 74, H IV Nr. 1 Bd. 4, Bl. 73–74; MF-Suppl. 1. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 4384, Bl. 14–15v; Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Beyme, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Boyen, Klewiz. — Prot.: [?].

Geschäftsgang im Staatsministerium. Statt des bisherigen Protokolls sollen künftig Aufzeichnungen in einem Journal gemacht werden. Sollten in einzelnen Fällen Beschlüsse und Vorträge zu protokollieren sein, so wird solches durch den ernannten Staatssekretär geschehen. Alle an das Staatsministerium gerichtete Kabinettsordres oder Angelegenheiten, die nach dem Urteil der einzelnen Staatsminister sich zum Vortrag eignen, werden an den [...] Staatskanzler [...] und von diesem an den Staatssekretär geschickt. Dieser setzt die Sache dann in Umlauf. In Fällen, wo das Ressort sich nicht genau abgrenzen läßt oder es Meinungsdivergenzen zwischen den einzelnen Staatsministern gibt, fällt der Vortrag dem Staatssekretär anheim, soweit der Staatskanzler nicht einen besonderen Dezernten bestimmt. Die Referenten werden von den Fachministern ernannt. Die Vollziehung der Konzepte und Reinschriften geschieht durch Umlauf, welche vom Staatssekretär ausgeht, und mit ihm wieder endet. Zur Übersicht der in der Sitzung vorkommenden Sachen wird dem [...] Staatskanzler jeweils das Vortragsjournal mit einem entsprechenden Extrakt [...] vorgelegt.¹ [B]

¹ *Verzeichnisse dieser Journaleintragungen für 1818 und 1819 in: Rep. 74, H IV Nr. 1 Bd. 4.*

Nr. 13b Sitzung des Staatsministeriums am 20. Mai 1818.

Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Boyen V Nr. 1, n.f.; MF-Suppl. 1.

Anwesend¹: [Schuckmann]. — Prot.: [?].

¹ *Aus dem Protokoll wird nur ersichtlich, daß Schuckmann sprach, die übrigen Teilnehmer werden nicht genannt.*

Einführung *der preußischen Gesetze in Neuvorpommern*. Beyme *soll sogleich den entsprechenden Entwurf an den Kommissar, Obergerichtspräsidenten von Hempel, schicken. Derselbe soll diesen mit den Abgeordneten der Provinz beraten und den Oberpräsidenten Sack informieren. Dabei ist besonders der Punkt wegen Einrichtung einer Zivildeputation für Bagatell-Sachen beim Oberlandesgericht zu Greifswald bedeutsam.* [B]

Nr. 13c Sitzung des Staatsministeriums am 3. Juni 1818.

Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, JI 2 Nr. 1 Bd. 1, n.f. (4 Blatt); MF-Suppl. 1.

Anwesend: Prot.: v. Beguelin [U].

*Krugverlagsrecht. Die Vererbpachtung einer vom Hauptgute abgezweigten Branntweinbrennerei ist nicht gestattet. Details der Bestimmungen zur Anlage von Brennereien auf kleinen ländlichen Besitzungen.*¹[B]

¹ *Vgl. die Bestimmungen (§54) im Gesetz v. 7.9.1811, GS, S. 268 sowie die VO v. 10.8.1819 in: Kamptz, Annalen, Bd. 3 (1819), S. 665.*

Nr. 13d Sitzung des Staatsministeriums am 23. Juni 1818.

Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 7a Nr. 10, Bl. 12–18v; MF-Suppl. 1.

Anwesend: Altenstein, Beyme, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Klewiz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Bernuth, Daniels, Eichhorn, v. Kamptz.

*Ressort-Reglement für die Justiz- und Verwaltungsbehörden in den Rheinprovinzen. Auf Einladung Beymes wird eine Konferenz über den Entwurf¹ einer diesbezüglichen Instruktion, die bis zur definitiven Einrichtung der Justizverwaltung gültig sein soll, gehalten. Besprochen wird u.a. die Verteilung der nach der französischen Verfassung zur Kompetenz der Präfekturräte gehörigen Angelegenheiten. Entgegen der Meinung Kircheisens, der für allgemeine Grundsätze bei der Frage, [...] inwieweit die vormalige Präfekturjustiz auf die Regierungen und auf die Gerichte übergehen soll, plädiert, entscheidet sich die Mehrheit für die nähere Bearbeitung von Einzelfällen. Die Frage entsteht, ob es nicht ratsam ist, eine ähnliche Institution wie den aufgehobenen Präfekturrat erneut aufzurichten, da die Regierungen als administrative Kollegia in den Fällen, wo das Interesse des Staats unmittelbar in den Streit verwickelt ist, Richter in ihrer eigenen Sache werden. Diese Überlegung wird mit dem Bedenken, daß man sich durch eine solche Maßregel von der preußischen Verfassung zu weit entfernen würde, niedergeschlagen. Die Grenzen der gerichtlichen und der polizeilichen Gewalt werden näher bestimmt. Spezialdiskussion.*² [B]

¹ *Vgl. den Bericht an Hardenberg v. 27.6.1818 in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 10, Bl. 10–11. Dort auch weiteres Material. Mit dem Kriegsminister Boyen hielt Beyme am 25. Juni eine Konferenz über die Kompetenz der Regierungen hinsichtlich der Verwaltungsgegenstände des Kriegsministeriums ab, vgl. ebd., Bl. 19–21v. Dort (Bl. 21v) auch eine Bemerkung zur abschließenden Beratung des Entwurfs mit dem Staatssekretär Friese. Vgl. auch die Anweisung für die Regierungen und Gerichte in den Rheinprovinzen v. 20.7.1818 in: Kamptz, Annalen, Bd. 2 (1818), S. 619.*

² *Ein Schreiben Hardenbergs an Beyme v. 13.6.1818, der Bericht des Staatsministeriums an Hardenberg v. 27.6.1818 sowie weiteres Material in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 10.*

Nr. 13e Sitzung des Staatsministeriums am 26. August 1818.

Abschr., Fundort: Rep. 84, I Nr. 14, Bl. 14–14v; MF-Suppl. 1/2. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 4384, Bl. 22–22v; BPH, Rep. 50, E 3 Nr. 1.

Anwesend: [Altenstein, Bülow, Schuckmann, Wittgenstein, Boyen, Lottum, Klewiz].

Weitere Teilnehmer: [Friese].

Geschäftsgang. Nachdem die vorzutragenden Gegenstände durch den Staatsminister in einem Verzeichniss beim Journalisten angekündigt worden sind, wird von diesem eine Generalnachweisung angefertigt. Anhand dieser entscheidet der jeweils vorsitzende Staatsminister, ob auch genug Zeit für den Vortrag aller Gegenstände bleibt. Die Sachen, die bei einer Sitzung nicht erledigt werden, werden im nächsten Verzeichniss zuerst aufgeführt. Jeder Staatsminister kann bei einer Sitzung einen Gegenstand zur Kenntnisnahme bringen, der nicht im Journal eingetragen war. [B]

Nr. 13f Sitzung des Staatsministeriums am 14. Oktober 1818.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA., Rep. 90a, F II Nr. 1 Bd.1, Bl. 44–44v; MF-Suppl. 2.

Unterschrieben: Kircheisen, Schuckmann [?], Klewiz, Lottum. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Schütz [?].

Einführung der Steuergesetze¹ vom 26. Mai 1818. Veränderte Bestimmungen. Ein Termin soll zügig bestimmt werden. [B]

¹ GS, S. 65, 102 und 143. Vgl. die VO wegen veränderter Einrichtungen in Folge der Steuergesetze v. 26.5.1818, in: Rep. 90a, F II Nr. 1 Bd. 1, Bl. 7.

Nr. 13g Sitzung des Staatsministeriums am 30. Dezember 1818.

Vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 891, Bl. 8–8v; MF-Suppl. 2.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm, [Hardenberg V, U], Altenstein, Beyme, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Wittgenstein, Klewiz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Friese [U].

Einführung des vormaligen königl.-dänischen Geheimen Konferenzrats Christian von Bernstorff als neuer Außenminister in das Staatsministerium.

¹ Bernstorff [U].

Nr. 14 Sitzung des Staatsministeriums am 8. September 1819.

Vollz. Reinschr., Bd. 2, Bl. 1–9v [Prot. 1]; MF 2. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 1–8; Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 61–68 und 98–102v.

Anwesend [U]: [Altenstein [V], Beyme, Kircheisen, Humboldt, Bülow, Schuckmann, Lottum, Boyen, Klewiz.] — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Eytelwein [zu 2], Bierdemann [zu 3], Kerll [zu 4–5].

1. Modus der Zinszahlung der sächsischen Landesschulden; vertagt. — 2. Beamte. Reisekostenvergütung für die Regierungs- und Bauräte. Reisezuschuß für die Regierungsbauräte. [B] — **3. Entschädigung von Schiffen für im Kriege 1813/14 erbrachte Dienstleistungen wird abgelehnt.** [B] — **4. Die neuen höheren Chausseegeldtarife¹ sollen in Schlesien nur bei den Straßen [...]** erhoben werden, welche ganz auf königliche Kosten angelegt sind, sonst bleibt die alte landeseigene Einrichtung [...] bestehen, auch weil diese einen kostengünstigeren Kohlentransport ermöglicht. [B] — **5. Zusatzcentimen. Verwendung im Großherzogtum Niederrhein [...]** nach den Bestimmungen der französischen Gesetze zur Unterhaltung der Straßen dritter Klasse. [B]

¹ Vgl. die Bekanntmachung des Chausseegeldtarifs v. 31.1.1819, GS, S. 95.

Nr. 15 Sitzung des Staatsministeriums am 15. September 1819.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 2, Bl. 10–16v; MF 2. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 9–16; Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 69–77 und 104–111; Rep. 89, Nr. 3654, Bl. 2–11.

Unterschrieben: Altenstein [V], Beyme, Kircheisen, Bülow, Boyen, Lottum, Klewiz, Humboldt. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Sack [zu 1–3].

(Modus der Zinszahlung der sächsischen Landesschulden.² [B]) — 1. Einrichtung des Hypothekenwesens in den ehemaligen sächsischen Gebieten. Meinungsdivergenz zwischen Kircheisen und Beyme. Beyme hält die von Kircheisen entworfene besondere Verordnung für unangemessen bei einer Provinz, deren Justizverfassung völlig ausgebildet ist, auch bezüglich der Hypothekenbücher. Er meint, daß man die in Sachsen jetzt bestehende Hypothekeneinrichtung genau studieren und das Bestehende in eine angemessene Form bringen muß. Die Mehrheit teilt Beymes Meinung. Kircheisen hingegen glaubt, daß dieses Verfahren das Geschäft der Hypothekenregulierung noch weit schwieriger und weitläufiger machen wird. Spezialdiskussion zu Bestimmungen im Entwurf.³ [B] — 2. Einführung der preußischen Gesetze und des

¹ TOP 1 und 4.

² Vgl. die Hauptkonvention zwischen Preußen und dem Königreich Sachsen v. 28.8.1819, GS, Anhang, S. 1.

³ Vgl. § 16 des Patents wegen Einführung des Allgemeinen Landrechts in den ehemaligen sächsischen Gebieten v. 15.11.1816, GS, S. 237. Hier wurde bestimmt, daß die Hypothekenordnung von 20.12.1783 durch eine besondere Verordnung erlassen werden sollte. Der Immediatbericht v. 29.11.1819 in: Rep. 80, I Justiz Nr. 37. Dort auch weiteres Material, u. a. der Entwurf einer VO wegen Einrichtung des Hypothekenwesens in den mit den preußischen Staaten vereinigten ehemals sächsischen Provinzen. Voten sowie der Schriftwechsel zwischen Beyme und Kircheisen in: Rep. 84, I Nr. 79. Dort auch weiteres Material.

Hypothekenwesens in den von Schwarzburg-Rudolstadt abgetretenen *Gebiete und Gültigkeit der Hypothekenordnung von 1783. Spezialdiskussion.* [B] — **3.** Der Zusatz „nach Anhörung unseres Staatsrats“ *bei einem Entwurf*⁴, *über den der Staatsrat noch nicht abgestimmt hat, ist zulässig.* [B] — **4.** Die Erklärung von *Staatsdienern in der „Bremer Zeitung“ hinsichtlich Dr. Jahn enthält* durchaus keine beleidigende Äußerung *und die Nachricht über Dr. Jahn in der „Vossischen Zeitung“ kann auch nicht als eine offizielle Bekanntmachung betrachtet werden.*⁵ *Eine Zurücknahme der ausgesprochenen Dienstentlassung soll beim König beantragt werden. Auch Hardenberg befürwortet ein gemäßigtes Vorgehen.* [B]⁶ — **5.** *Disziplinarsache. Keine Untersuchung gegen den Regierungsrat Grävell wegen seiner unangemessenen Schreibart in einem Billet an den stellvertretenden Präsidenten des Staatrats, nachdem dieser Grävell seine Schrift über die rheinischen Justizeinrichtungen zurückschickte.*⁷ [B]

⁴ *Es handelt sich um die Wiedereinführung des Allgemeinen Landrechts in dem Kulm- und Michelauschen Kreise und der Stadt Thorn.*

⁵ *Dr. Friedrich Ludwig („Turnvater“) Jahn war in der Nacht zum 14. Juli 1819 in Berlin verhaftet worden. Unter der Rubrik „vermischte Nachrichten“ beschrieb die „Königliche privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen“, d.h. die Vossische Zeitung, am 16.7.1819, wie Jahn nicht allein dem gemessenen Verbot und seinen heiligen Versicherungen entgegen, auf den Turnplätzen demagogische Politik jeder Art getrieben, sondern auch fortzusetzen versucht, die Jugend gegen die bestehende Regierung einzunehmen und zu revolutionären und anderen gefährlichen Grundsätzen, z.B. der bedingten Rechtmäßigkeit des Meuchelmordes der Staatsdiener, der Zierde des Dolches für jeden Mann – bei ihm fand man deren zwei – zu verführen. Eine an die Bremer Zeitung, Nr. 213 v. 1.8.1819, eingesandte Erklärung verteidigte Jahn gegen die Anschuldigung des Besitzes zweier Dolche. Von den zweiundfünfzig Unterstützern dieser Erklärung v. 21.7.1819 waren siebzehn Staatsdiener. Die Unterlagen dazu in: Rep. 90, Tit. XXXI Nr. 8. Dort auch weiteres Material, u.a. die Vernehmungsprotokolle, der Immediatbericht v. 25.9.1819 und die Kabinettsordre v. 30.9.1819 zur Entlassung Friedrich Försters (1791–1868), der damit der einzige entlassene Staatsdiener war. Vgl. auch Stölzel, Adolf, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung dargestellt in Wirken seiner Landesfürsten und obersten Justizbeamten, Berlin 1888 (neu hrsg. von Jürgen Regge, Vaduz 1989), Bd. 2, S. 460–462.*

⁶ *Dieser Beschluß wurde im Protokoll durchgestrichen.*

⁷ *Vgl. hierzu: Faber, Karl-Georg, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution, Wiesbaden 1966, S. 159 f.*

Nr. 16 Sitzung des Staatsministeriums am 22. September 1819.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen*¹, Bd. 2, Bl. 19–25; MF 2. — *Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 17–28v; Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 78–87v und 113–122; Rep. 89, Nr. 3654, Bl. 12–25.*

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Beyme [U], Kircheisen [U], Humboldt [U], Bülow [U], Boyen [U], Lottum [U], Klewiz [U], Schuckmann. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Menz [zu 3].

1.–2. *Fideikommission. Die Reklamation des Fürsten von Bentheim-Rheda und des Freiherrn von der Reck auf Overdyck wegen Wiederherstellung ihrer Lehnsherrlichkeit im früheren Großherzogtum Berg oder Bewilligung angemessener Entschädigung wird abgelehnt.*² [B] *Spezialfragen, v.a. zur Gültigkeit der Verordnung*³ *über Lehne und Fideikommission jenseits der Elbe und ihre Anwendbarkeit auf das ehemalige Großherzogtum Berg und zur Prüfung der inneren Gerechtigkeit der Bergischen Verordnungen*

¹ TOP 3.

² *Ein Bericht an Hardenberg v. 21.10.1819, Voten und weiteres Material, in: Rep. 84, I Nr. 143. Zur Wiedereinführung der preußischen Gesetzgebung vgl. das Publikationspatent v. 9.9.1814, GS, S. 89.*

³ *Vgl. die VO v. 11.3.1818, GS, S. 17.*

über Lehnverhältnisse. Die Gesetzgebung über diesen Gegenstand ist von der Einführung einer ständischen Verfassung abhängig. [B] *Spezialdiskussion zu einer Deklaration dieser Verordnung hinsichtlich der Erbfolgerechte der Agnaten.*⁴ [B] — **3. Bildung eines Fonds für die Truppenverpflegung auf Märschen.** [B] – (*Eine Mitteilung über die Verwendung des königlichen Fonds für arbeitslose und hilfsbedürftige Leinen- und Baumwollweberfamilien wird zu den Akten [...] genommen.*)

⁴ Vgl. die Deklaration v. 17.7.1820, GS, S. 131 zum § 3 der VO v. 11.3.1818.

Nr. 17 Sitzung des Staatsministeriums am 29. September 1819.

Vollz. Reinschr., Bd. 2, Bl. 27–41av; MF 2/3. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 29–43v; Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 124–134; Rep. 84, I. Nr. 60, n.f.; Rep. 89, Nr. 3654, Bl. 26–37v.

Unterschrieben: Altenstein [V], Beyme, Kircheisen Schuckmann, Boyen, Lottum, Klewiz. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Alberti [zu 4], Eimbeck [zu 1], Bethe [zu 2–3], v. Schütz [zu 4].

1. Hinterbliebenenversorgung der Beamten. Festlegung des Begriffs der „Hinterbliebenen“; Berechnung des Gnadenquartals.¹ [B] — **2. Postwesen. Aufhebung einiger Beschränkungen des Publikums beim Gebrauch der Extraposten.**² Die projektierte Verordnung soll nicht auf die Rheinprovinzen angewendet werden. Vollständiges Postgesetz wurde von Seegebarth entworfen. [B] — **3. Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse.** Ansprüche des Fiskus auf erbliche Verleihung der in Pommern auf den adeligen Gütern mit Meliorationsgeldern errichteten Büdnerstellen, da gerade jetzt, wo den Bauern das vom Gutsherrn bisher behauptete Eigentum mit Aufhebung der Dienste verliehen wird, der Gutsherr also schon deshalb neue Gebäude und Inventarien anschaffen muß, der fiskalische Anspruch gegen die jetzigen Besitzer der Rittergüter von Amtswegen nicht streng verfolgt werden soll. [B] — **4. Die General-Salz-Direktion ist verpflichtet, einen Durchfuhrzoll auf fremdes Salz, [...] welches sie nach dem Auslande absetzt, zu entrichten. Der Zollsatz soll jedoch den Handel nicht erschweren.**³ [B]

¹ Vgl. die KO v. 15.11.1819, GS, 1820, S. 45.

² Eine Abschrift zum Entwurf einer VO über Hilfspferde und einige andere Gegenstände des Postwesens, in: Rep. 80, I Inneres Nr. 6, Bl. 13–14. Dort auch weiteres Material. Vgl. auch Stephan, Heinrich, Geschichte der Preußischen Post von ihrem Ursprunge bis auf die Gegenwart. Nach amtlichen Quellen, Berlin 1859, ND Berlin 1987, S. 665 f.

³ Humboldts Votum hierzu in: Wilhelm von Humboldts Gesammelte Schriften, hrsg. v. Bruno Gebhardt, Bd. 12/2, Berlin 1904, S. 343 f.

Nr. 18 Sitzungen des Staatsministeriums am 5., 27. Oktober und 3. November 1819.¹

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 2, Bl. 41b–41dv; MF 3. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3651, Bl. 2–5.

¹ Diese drei Sitzungen sind als „außerordentliche“ zu verstehen. Die Sitzung am 5.10.1819 wird als eine besondere Sitzung beschrieben (Bl. 41b). Das vorhergehende Protokoll v. 29.9.1819 trägt die Nr. 4 und das folgende Protokoll v. 6.10.1819 die Nr. 5. Sie sind in einer ganz anderen Schrift verfaßt als die übrigen Protokolle in diesem Band. Laut einem Vermerk (Bl. 41dv) ist die Abfassung des Protokolls [...] Humboldt aufgetragen worden. Das vorliegende Protokoll ist aber in drei verschiedenen Handschriften abgefaßt.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Humboldt, Bülow, Schuckmann, Boyen, Lottum, Klewiz, Bernstorff. — Prot.: [teilweise Humboldt ?].

Karlsbader Beschlüsse. *Anlässlich einer ungnädigen Kabinettsordre v. 16. September 1819 und eines danach ergangenen Kabinettschreibens², erklärt Humboldt in der Sitzung am 5. Oktober, daß das Staatsministerium dem König eine ehrfurchtsvolle Rechtfertigung dieser Eingabe geben soll und, falls das nicht hinreichen sollte, seine untertänigste Bitte um Verzeihung ihm zu Füßen legt. Gleichzeitig will das Staatsministerium sich zu dem Teil der Karlsbader Beschlüsse äußern, die die innere Verwaltung Preußens betreffen. Anschließend liest Humboldt aus einer von ihm verfaßten Aufzeichnung, die als Entwurf für einen Beratungsbericht³ dienen soll, vor. Die Rechtfertigung der Eingabe und die Bitte um Verzeihung werden wiederholt. Die Karlsbader Beschlüsse gestatten dem Deutschen Bund eine unmittelbare Einmischung in die einzelnen Bundesstaaten und gefährden die Selbständigkeit der preußischen Monarchie in der inneren Landesverwaltung. Der beabsichtigte Zweck der Beschlüsse hätte sich auch in einer anderen Form ausdrücken lassen. Der Außenminister sollte eine königliche Autorisation erhalten, alle inneren Landesangelegenheiten, die im Bundestag verhandelt werden, mit den betreffenden Ministerien oder mit dem Gesamtministerium zu beraten. Allgemeine Äußerungen Humboldts bezüglich der Mitteilungen über die hochverräterischen Umtriebe. In den Sitzungen am 27. Oktober und 3. November werden die Gutachten⁴ der Staatsminister verlesen. Daraus ergibt sich, daß nur Beyme und Boyen dem Berichtsentwurf zustimmen und ihn mit neuen Gründen unterstützen. Die anderen sprachen sich zwar nicht gegen den ganzen Entwurf aus, erklärten jedoch in mehreren Punkten ihre von derselben abweichende Meinung. Bernstorff lehnt die von Humboldt vorgeschlagene Autorisation ab. Die Absicht zur Abfassung einer Immediatvorstellung wird nicht akzeptiert. Humboldt und Beyme sowie Boyen und Bernstorff möchten, daß ihre Voten⁵ dem Protokoll beigelegt werden. [B]*

² Die Eingabe des Staatsministeriums – ohne Beteiligung von Bernstorff und Schuckmann – v. 8.9.1819 übte Kritik an der innenpolitischen Entwicklung Preußens, u. a. an der polizeilichen Willkür, verbunden mit der Bitte um Einsetzung einer Justizkommission zur Untersuchung der demagogischen Umtriebe. Die KO v. 16.9.1819 (vgl. Rep. 89, Nr. 3650) war eine strenge Mahnung zum Gehorsam und das darauf folgende Kabinettschreiben legte die neuen Bundesbeschlüsse v. 20.9.1819, die sog. Karlsbader Beschlüsse (vgl. die Bekanntmachung v. 18.10.1819, GS, S. 218) dem Staatsministerium vor. Vgl. auch Treitschke, Heinrich v., *Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert*, Berlin 1879–1894, Neue Ausgabe Leipzig 1927, Bd. 2, S. 599 f.

³ Vgl. Humboldts *Gesammelte Schriften*, Bd. 12/2, S. 362–381 sowie den Entwurf in: Rep. 89, Nr. 3651, Bl. 6–25.

⁴ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁵ Vgl. Rep. 89, Nr. 3651, Bl. 26–64.

Nr. 19 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Oktober 1819.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 2, Bl. 42–52; MF 3. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 44–57v; Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 137–146v; Rep. 84, I. Nr. 60, n.f.; Rep. 89, Nr. 3654, Bl. 38–51.

Unterschrieben: Altenstein [V], Beyme, Humboldt, Kircheisen, Bülow, Boyen, Klewiz, Kronprinz Friedrich Wilhelm. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Zschok II [zu 1], Eytelwein [zu 2], Becker [zu 3].

1. Die ministerielle Bewilligung von Gehaltszulagen bedarf einer Immediatgenehmigung. *Justifikationsbelege.* [B] — **2.** Die Einführung eines allgemeinen Wegereglements wird durch unter-

¹ TOP 3.

schiedliche Provinzialgesetze, die Klassifikation von Straßen und die Verpflichtung zur Unterhaltung von Straßen, insbesondere Hauptstraßen, erschwert. [B] — 3. Verordnung² des Oberpräsidiums Koblenz zur obligatorischen Teilnahme an Sonntagsübungen der Landwehr. Schuckmann und Boyen waren beauftragt, diese nach Maßgabe der Verhältnisse auch in den anderen Provinzen anzuwenden. Schuckmann und Humboldt möchten das Prinzip der Freiwilligkeit der Sonntagsübungen aufrechterhalten, aber die Teilnahme nicht ganz allein der individuellen Entscheidung überlassen. Nach Humboldt wird die für das Landwehr-Institut äußerst wichtige Freiwilligkeit durch den mit Strafe verknüpften Zwang zur Teilnahme an Übungen [...] untergraben. Zudem findet er es hart, wenn derjenige Teil des Volkes, der sieben Tage hindurch dem Zwange der Arbeit unterworfen gewesen ist, nun am einzigen Erholungstage dem Zwang des Exerzierens unterliegt. Humboldt schlägt deshalb eine modifizierte Teilnahme an den Sonntagsübungen vor, was auch von der Mehrheit gebilligt wird. [B]

² Vgl. Kamptz, *Annalen*, Bd. 3 (1819), S. 580. Voten in: *Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 1. Weiteres Material in: Rep. 74, O X Nr. 2 Bd. 4. Humboldts Votum auch in: Gesammelte Schriften, Bd. 12/2, S. 351 f.*

Nr. 20 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Oktober 1819.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 2, Bl. 53–58; MF 3. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 58–65; Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1, Bl. 88–95 und 148–153; Rep. 84, I Nr. 60, n.f.; Rep. 89, Nr. 3654, Bl. 52–57.

Anwesend [U]: [Beyme, Kircheisen, Humboldt, Bülow, Schuckmann, Boyen, Lottum, Klewiz]. — Prot.: Duncker [U].

1. *Bei dem Verdacht auf Steuerdefraudation ist die Verwaltungsbehörde befugt, kaufmännische Handelsbücher zu beschlagnahmen und einzusehen. Bei Weigerung der Beschuldigten, diese vorzulegen, ist eine richterliche Untersuchung einzuleiten.² [B] — 2.* *Bei Revisionsachen aus den wiedererworbenen Provinzen, wo im wesentlichen das napoleonische Recht angewendet wurde, soll das Geheime Ober-Tribunal durch die fünf Mitglieder des Revisionshofes für die Rheinprovinzen ergänzt werden.³ [B]*

¹ TOP 1.

² Voten und weiteres Material in: *Rep. 84, I Nr. 54.*

³ *Der Immediatbericht v. 30.11.1819, Voten und weiteres Material in: Rep. 84, I Nr. 145, n.f.*

Nr. 21 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Oktober 1819.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 2, Bl. 59–70v [Prot. 7]; MF 3/4. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 66–76v; Rep. 89, Nr. 3654, Bl. 58–69v.

Unterschrieben: Altenstein [V], Beyme, Kircheisen [?], Humboldt, Bülow, Schuckmann, Boyen, Lottum, Klewiz, Kronprinz Friedrich Wilhelm. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Kahle [zu 2].

¹ TOP 2.

1. Meinungsdivergenz zwischen dem Kriegs- und Finanzminister, ob die Vollstreckungskosten eines verurteilten vermögenslosen Deserteurs aus Militärfonds oder aus Staatskassen zu bestreiten sind. Die Mehrheit ist der Meinung, daß solche Kosten den Staatskassen zur Last fallen. [B] — 2. Angebot eines Vergleichs seitens der Stadt Elbing als Entschädigung für Grundeigentum, welches der Fiskus seit 1703 im Besitz hat. Dieses Grundeigentum soll zur Deckung ihrer Schuldenlast von ca. 900 000 Rtlr. dienen.² [B] — 3. Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse. Die Bauerngemeinde zu Nieder-Poischwitz stützt sich auf zwei gesetzliche Bestimmungen³ in ihrer Weigerung, sich weiterhin vom Gesinde-Zwangsdienst loszukaufen. In der Revisionsinstanz wurde diese Weigerung abgelehnt. Beyme, [...] Humboldt und Boyen sind der Meinung, daß diesen Bestimmungen eine rückwirkende Kraft auf Entschädigungen für persönliche aus der Erbüntertätigkeit herfließende Verbindlichkeiten beigelegt werden kann. Beyme, [...] Bülow, [...] Boyen sowie mit Einschränkung Altenstein und Bernstorff, halten eine entsprechende Deklaration für nötig. Beschlossen wird, daß wenigstens für jetzt eine Deklaration [...] nicht angebracht ist, da die aufgestellte Frage im Allgemeinen sich nicht füglich beantworten läßt, sondern nur nach der Individualität der vorkommenden Fälle beurteilt werden kann. [B] — 4. Klage der Stände der Kreise Bütow und Lauenburg [...] gegen die sämtlichen übrigen Kreisstände von Hinterpommern wegen der Verteilung der Kriegslasten.⁴ [B]

² Voten, u. a. das von Schuckmann v. 5.7.1819, worin er die Annahme des Vergleiches dringend empfahl, in: Rep. 74, JV Westpreußen Nr. 4. Dort auch der Bericht des Staatsministeriums v. 2.12.1819 an Hardenberg und weiteres Material. Zur Regulierung des Schuldenwesens der Stadt Elbing zwischen 1817 und 1820 vgl. auch Rep. 77, Tit. 451 Nr. 1 Bde. 1–2. Dort (Bd. 1) u. a. auch der im Protokoll erwähnte Bericht Flottwells und Ewalds v. 1.12.1816 sowie (Bd. 2) Schuckmanns Votum v. 5.7.1819. Zum Elbinger Territorialstreit, den unvereinbaren Meinungen verschiedener Minister sowie zur Stellung des Staatsministeriums zur Tilgung der Kriegsschuld der Stadt durch die Übergabe dieses Territoriums vgl. auch Schwenke, Elisabeth, Der Elbinger Territorialstreit, in: Elbinger Jahrbuch, H. 11, 1933, S. 3–120, bes. S. 84–95.

³ Edikt, den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums sowie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner betreffend v. 9.10.1807, GS, 1806–1810, S. 170; Publikandum über die durch das Edikt vom 9. Oktober 1807 erfolgte Auflösung der persönlichen Erbüntertätigkeit in Schlesien und in der Grafschaft Glatz v. 8.4.1809, GS 1806–1810, S. 557. Vgl. auch VO wegen der, besonders in Schlesien, entstandenen Mißverständnisse über die Dienstleistungen der Bauern gegen ihre Gutsherrschaft v. 24.10 1810, GS 1806–1810, S. 1077. Die Beschwerde der Bauerngemeinde in: Rep. 74, K III Nr. 15. Dort auch weiteres Material. Vgl. auch Voten zur Frage über die Geldgaben der Untertanen an die Gutsherrn für Nichtleistung des Gesinde-Zwangsdienstes, in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 3.

⁴ Vgl. Berichte und Schriftwechsel in: Rep. 77, Tit. 66 Nr. 43.

Nr. 22 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Oktober 1819.

Vollz. Reinschr., Bd. 2, Bl. 71–78 [Prot. 8]; MF 4. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 77–83.

Unterschrieben: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V], Kircheisen, Humboldt, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Boyen. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Pomowitz [zu 1].

1. Anlegung des Gewinns aus dem Verkauf von Militärpferden seitens der rheinischen und westfälischen Regierungen als Fonds für künftige Mobilmachungen. Meinungsdivergenz zwischen Humboldt und Hardenberg über die Benutzungsart dieser Gelder. Humboldt schlägt vor, die endgültige Entscheidung den Provinzialständen zu überlassen. Beschlossen wird, daß diese Gelder bei den Kassen der Regierungen bleiben und dafür Staatsschuldscheine angeschafft werden. Die Zinsen sollen der Bestimmung der Kapitalien folgen. Als ein zum Mobilmachungsfonds [...] ausdrücklich bestimmtes königliches Geschenk soll dieses den künftigen Ständen zur Verwendung für

diesen Zweck überwiesen werden. [B] — **2.** Der als Justitiar angestellte Regierungsrat von Coeverden in Kleve, der seine im Fürstentum Salm-Salm wohnhafte Verlobte [...] beerbte, bezweifelt die Gesetzeskraft des Stempelgesetzes¹, da nach dem Artikel 13 der Bundesakte in den Ländern, die Preußen [...] überwiesen worden sind, der preußische König als oberste Staatsgewalt [...] durch eine repräsentative Verfassung eingeschränkt werden soll. Hiernach sollte auch die Gesetzeskraft des Stempelgesetzes der Prüfung und Entscheidung der künftigen Stände überlassen werden.² Solche Grundsätze und Gesinnungen vertragen sich nicht mit den Amtspflichten eines Regierungsrats und Justitiars. Dem gemütskranken Coeverden soll ein ernstlicher Verweis erteilt werden. Ob er als Justitiar beizubehalten ist, sollen die betroffenen Ministerien entscheiden. [B]

¹ Vgl. das Stempel-Gesetz für die ganze Monarchie v. 10.11.1810, GS, S. 121.

² Das Schreiben Coeverdens v. 16.1. und 5.2.1819 in: Rep. 90, Tit. LIII Nr. 4. Dort auch Voten und weiteres Material.

Nr. 23 Sitzung des Staatsministeriums am 3. November 1819.

Vollz. Reinschr., Bd. 2, Bl. 79–85 [Prot. 9]; MF 4. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 84–89; Rep. 89, Nr. 3654, Bl. 70–76.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Humboldt, Bülow, Schuckmann, Boyen, Lottum, Klewiz, Bernstorff. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Bethe.

1. Die Besitzer von Domänengütern in Neuvorpommern sind nicht verpflichtet, die Vorschrift¹ zu achten, welche das Einziehen von Bauernhöfen auf solchen Gütern verbietet. Der Oberpräsident Sack befürwortet dringend eine Einschränkung des Bauernlegens in Neuvorpommern. Bis zur Einführung der ständischen Verfassung soll die Gesetzgebung in dieser Angelegenheit [...] auf sich beruhen.² [B] — **2.** Unterstützung der Landeskultur. Sacks Vorschlag zur Verstärkung des pommerschen Meliorationsfonds aus den alten Erbstands-Gelder-Fonds und den neuen Erbstands- und Hofwehrgeldern wird angenommen. [B]

¹ VO über die rechtliche Natur der Domänen in den neuen und wiedererworbenen Provinzen v. 9.3.1819, GS, S. 73.

² Ein Bericht des Staatsministeriums über die Einziehung der Bauernhöfe in Neuvorpommern an Hardenberg v. 3.11.1819, in: Rep. 74, K III Nr. 22. Dort auch die Beschwerde von vier Bauern gegen den Obristen v. Henning v. Mai 1819, Berichte hierzu und weiteres Material.

Nr. 24 Sitzung des Staatsministeriums am 10. November 1819.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 2, Bl. 86–95v [Prot. 10]; MF 4. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29, Nr. 3a Bd. 1, Bl. 90–98.

Unterschrieben¹: Altenstein [V], Kircheisen, Humboldt, Bülow, Boyen, Schuckmann, Klewiz, Lottum. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Kühne [zu 1], Thilo [zu 2].

¹ Die Unterschriften der Minister und Dunckers befinden sich nur unter dem Protokoll zu TOP 1 und 2. TOP 3 beginnt auf einem neuen Blatt, in anderer Handschrift und ist nur von Duncker unterschrieben.

1. *Präbende*. Anspruch der vormaligen Mitglieder der aufgehobenen Domstifte Havelberg und Brandenburg auf das volle Einkommen, ohne Abzug der Karenzen für den Zeitraum von 1810 bis Michaelis 1817. [B] — 2. Forstorganisation. Erinnerungen der General-Kontrolle zu Besoldungs- und Verwaltungskosten sowie Entgegnungen des Finanzministers. [B] — 3. *Beratung zu den Forderungen der Kabinettsordre*² vom 21. Oktober 1819. *Sämtliche Abstimmungen sollen dem König überreicht werden.* [B]

² *Rep. 90, Tit. VIII Nr. 31, Bl. 96–96v. Auch bei Klein, Ernst, Von der Reform zur Restauration. Finanzpolitik und Reformgesetzgebung des preußischen Staatskanzlers Karl August von Hardenberg, Berlin 1965, S. 293 f. Die KO war die ungnädige Antwort auf den umfangreichen Immediatbericht v. 26.8.1819 (vgl. Rep. 90, Tit. VIII Nr. 31, Bl. 78–93v; auch in: Humboldts Gesammelte Schriften, Bd. 12/2, S. 323–342). Aus der Feder Humboldts wurde sie von allen Ministern, außer Klewiz und Bernstorff – die sich nicht in Berlin befanden – sowie Bülow und Wittgenstein unterschrieben. In dem Schreiben wurde u. a. die Organisation der Verwaltung, die Rolle des Kanzlers und das Fehlen einer gemeinsamen Verantwortlichkeit im Staatsministerium kritisiert.*

Nr. 25 Sitzung des Staatsministeriums am 17. November 1819.

Vollz. Reinschr., Bd. 2, Bl. 96–105v [Prot. 11]; MF 4. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 99–107v.

*Unterschrieben*¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Kircheisen, Humboldt, Bülow, Schuckmann, Klewiz, Lottum, Boyen, — *Prot.: Duncker [U].*

Weitere Teilnehmer: v. Könen [zu 3], Semler [zu 1], Skalley [zu 2].

1. Die bestehende Quarantäne [...] gegen die Rinderpest soll auf Wunsch der schlesischen Regierungen in Hinblick auf das kommerzielle Interesse aufgehoben werden. Bülow soll weitere Vorschläge machen. [B] — 2. Reklamationen der zu Brauereien und Branntweinbrennereien berechtigten Gutsbesitzer gegen die Fabrikationsberechtigten mit Gütern unter dem Wert von 15 000 Rtlr. [B] — 3. Aufhebung des Mahlzwangs. Die allgemeine [...] Gesetzgebung² widerspricht der speziellen Gesetzgebung für Ostpreußen und den Kreis Marienwerder. Eine Spezial-Gesetzgebung kann neben der allgemeinen nicht bestehen. Die Verordnungen von 28. Oktober 1810 und 15. September 1818 sind in allen ihren Bestandteilen in jenen Provinzen gültig.³ [B]

¹ *Anwesend (vermutlich): Altenstein.*

² *Vgl. die Mühlenordnung v. 28.10.1810, GS, 1810–13, S. 98 sowie die VO über Entschädigungen für die Aufhebung des Mahlzwangs v. 15.9.1818, GS, S. 178.*

³ *Ein Entwurf zu einem Gesetz zur ausschließlichen Anwendung des Edikts von 1810 auf Ostpreußen, Litauen Ermland und den Marienwerder Kreis, in: Rep. 90a, J I 2 Nr. 6 Bd. 1. Dort auch ein Votum und weiteres Material. Vgl. ferner die Edikte v. 29.3.1808, GS, S. 217 bzw. 7.9.1811, § 3, Nr. 5, S. 255.*

Nr. 26 Sitzung des Staatsministeriums am 24. November 1819.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen*¹, *Bd. 2, Bl. 106–120v [Prot. 12]; MF 4/5. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 108–120v.*

¹ *TOP 1–3.*

Unterschrieben: Altenstein [V], Beyme, Kircheisen, Humboldt, Bülow, Schuckmann, Boyen, Lottum, Klewiz. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Bethe [zu 3], Koehler [zu 2].

1. Der Oberbürgermeister von Guaita zu Aachen, der 1812 zum Maire ernannt wurde und als solcher nach dem noch geltenden französischen Recht bei Beendigung einer fünfjährigen Amtszeit ersetzt werden kann, soll als ein bloß provisorischer Beamten vom Landesherrn wegen Dienstunfähigkeit entlassen werden [B]. Von der Idee einer allgemeinen Musterung und Veränderung der Bürgermeister-Stellen in denjenigen Teilen der Rheinprovinzen, wo die französische Verfassung noch angewendet wird, ist abzusehen. [B] — **2.** Bürgerschaften sind verpflichtet, die zu ihrer Sicherheit nötigen Kosten zur Bewachung der Staatskassen zu übernehmen.² [B] — **3.** Das Berliner Armendirektorium möchte die Armen außerhalb der Stadt unterbringen und verpflegen, da es an Unterkunftsmöglichkeiten in Berlin mangelt. [B]

² Vgl. die KO über die Verpflichtung der Kommunen, die Wachen zu besetzen, v. 11.7.1829, GS, S. 93.

Nr. 27 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Dezember 1819.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 2, Bl. 121–134b [Prot. 13]; MF 5. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 121–133.

Unterschrieben: Altenstein [V], Beyme, Kircheisen [?], Humboldt, Kronprinz Friedrich Wilhelm, Boyen, Lottum, Klewiz. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Fischenich, Hoffmann [beide zu 3], Kahle [zu 2].

1. Verfahren gegen Vagabunden und Bettler in den Rheinprovinzen. Bestrafung nach französischer oder preußischer Gesetzgebung.² [B] — **2.** Regulierung des Kriegsschuldenwesens der drei rechts der Elbe gelegenen Kreise des Herzogtums Magdeburg, d. h. der nunmehrigen beiden Jerichowschen Kreise. Provinzialschuldenwesen allgemein, besonders in der Kur- und Neumark. Mit den Ständen soll hierzu verhandelt werden. [B] — **3.** Verfolgung von im Ausland durch preußische Untertanen [...] oder von Fremden im Inland oder auch im Ausland begangenen Verbrechen [...] in den Provinzen, wo die preußischen Gesetzbücher noch nicht Gesetzeskraft haben. Auch Humboldt ist der Meinung, daß es hierzu vor Beendigung der allgemeinen Gesetzesrevision eine feste [...] Bestimmung geben sollte. Allerdings hält er es für ratsam, daß bei einem Gesetzentwurf diejenigen Modifikationen in Anwendung kommen, die aus der eigentümlichen Gesetz- und Gerichtsverfassung dieser Provinzen sich von selbst ergeben. Diesem Bedenken Humboldts wird zugestimmt.³ [B] — **(4.** Schankgerechtigkeit im Herzogtum Oels. [B])⁴ — **5.** Beamtenrechtlicher Status der Chaussee-Wärter. Fragen der Invalidenversorgung. [B]

¹ TOP 4.

² Der Bericht des Staatsministeriums an Hardenberg v. 1.12.1819, Voten und weiteres Material, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 12. Vgl. auch VO v. 1.12.1819 in: Kamptz, Annalen, Bd. 4 (1820), S. 62.

³ Der Immediatbericht v. 27.12.1819, der Gesetzentwurf, Voten und weiteres Material, in: Rep. 84, I Nr. 40. Vgl. auch VO v. 30.6.1820, GS, S. 129.

⁴ Das zu diesem TOP gehörende Protokoll wurde gestrichen und am Rande vermerkt: „Die Nr. IV soll wegen Abwesenheit des H. Gr. v. Bülow Exz. dem folgenden Prot. vorbehalten und zu dem Ende nochmals in der nächsten Konferenz erwogen werden.“ Diese Erwägung fand jedoch nicht statt.

Nr. 28 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Dezember 1819.

Vollz. Reinschr., Bd. 2, Bl. 135–144v [Prot. 14]; MF 5. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 134–141v; Rep. 89, Nr. 3654, Bl. 77–84v.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [U], Altenstein [V, U], Beyme [U], Kircheisen [U], Humboldt, Bülow, Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Eytelwein [zu 3], Kahle, Koehler [zu 2].

1. Zusatzcentimen. *Weitere Erörterungen zur Verwendung.* [B] — **2.** *Disziplinarsache.* [B] — **3.** *Der Staat übernimmt nicht die Kosten für den Bau der neuen Schleuse bei Wriezen. Diese werden von der Gesamtheit der Interessenten gefordert und sind auch größtenteils schon eingezogen. Protest mehrerer Grundbesitzer¹ und Gemeinden. Nach Ermittlung fehlender Informationen soll eine weitere Beratung hierzu stattfinden.* [B] — **4.** *Sicherstellung des Staates gegen die Ansprüche etwaiger Realgläubiger an den Besitzungen des Bistums Breslau.* [B]

¹ *Hardenberg bemerkte, daß auch Er als Mitinteressent nicht gehört worden sei, wie die Deichordnung es doch ausdrücklich vorschreibt, Bl. 42.*

Nr. 29 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Dezember 1819.

Vollz. Reinschr., Bd. 2, Bl. 145–147v [Prot. 15]; MF 5. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 142–143v; Rep. 89, Nr. 3654, Bl. 85–86v.

Unterschrieben: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Beyme, Humboldt, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: Beglaubigt Duncker.

Weitere Teilnehmer: v. Ladenberg [zu 2].

1. *Regulierung des Provinzial- und Kommunal-schuldenwesens, insbesondere für Ostpreußen. Prüfung des Entwurfs eines Immediatberichts.¹ Fragen Humboldts und Lottums sollen beim Staatsministerium im Umlauf gebracht werden.* [B] — **(2. Staatshaushalt 1820. Festsetzung der außerordentlichen Geldbedürfnisse der einzelnen Ministerien.)²**

¹ *Da Humboldt erst am 8.8.1819 von Frankfurt in Berlin eintraf, wurde der erste Immediatbericht v. 8.8.1819 (Rep. 80, I Inneres Nr. 21 Bd. 1, Bl. 2–24v) zu diesem Thema ohne den neuen Minister für das Provinzial- und Kommunal-schuldenwesen verfaßt. Seinem nachträglichen Gutachten wurde teilweise von Lottum widersprochen. Die Meinungsverschiedenheiten der zwei Minister waren Gegenstand der Konferenz am 8.12.1819. Diese sollten im Immediatbericht [...] zur allerhöchsten Entscheidung vorgelegt werden. Zur Konferenz am 8.12.1819 liegt kein Protokoll vor. Vgl. auch Humboldts nachträgliches Gutachten zum Bericht des Staatsministeriums über die Regulierung des Provinzial- und Kommunal-Kriegs-Schuldenwesens überhaupt und die Schulden-Angelegenheiten der Kur- und Neumark, der Provinz Ostpreußen und der Stadt Königsberg insbesondere, (Anfang November 1819), gedr. in: Ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 12/2, S. 455–467 und Gebhardt, Bruno, *Wilhelm von Humboldt als Staatsmann*, Stuttgart 1899, Bd. 2, S. 385–388 und 391. Vgl. ferner Nr. XIX ff. in der VO wegen der künftigen Behandlung des gesamten Staatsschuldenwesens v. 17.1.1820, GS, S. 15.*

² *Als extraordinaire Konferenz für den 24. Dezember angesetzt. Vgl. Sitzungen am 22., 24. und 29.12.1819.*

Nr. 30 Sitzung des Staatsministeriums am 22., 24. und 29. Dezember 1819.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 2, Bl. 148–169v [Prot. 16]; MF 5/6. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 24–41; Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 1, Bl. 144–162v.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [U], Altenstein [V, U], Kircheisen [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Humboldt, Bülow. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Ladenberg, Ribbentrop [für das KrMinm.¹].

Staatshaushalt 1820. Außergewöhnliche Ausgaben der einzelnen Ministerien. Prüfung der beantragten Summen durch die General-Kontrolle. Aussagen Bülows zum Chausseebau, zu Bauunterstützungen und Wasserwegen sowie Humboldts zur Vollendung des Kasernenbaus. Humboldt hält dies für eine außerordentliche Pflicht des ganzen Landes und nicht ausschließlich für eine der Städte. Erhebliche Bedenken gegen die vorgeschlagene extraordinäre Kasernensteuer für die Rheinprovinzen. Die Mehrheit ist gegen die von Humboldt geforderte Höhe. Humboldt erklärt², daß er bei dem Verlangen verharren muß, die ganze angetragene Summe zu erhalten, äußert aber auch seine Bedenken gegen eine Kasernensteuer. Die Bewilligung der bedeutenden Forderung des Kriegsministeriums ist vom König abhängig. Der fehlende Betrag zur Bestreitung der außergewöhnlichen Ausgaben für 1820 liegt bei 7500 Rtlr. Trotz erheblicher Ermäßigung der beantragten Summen, konnte das Staatsministerium die Ausgabe mit der Einnahme nicht ins Gleichgewicht setzen. Das weitere Verfahren ist an die Hauptverwaltungsgrundsätze gebunden und den davon abhängigen Staats-Haushaltungsplan, von welchem das Staatsministerium noch keine Kenntnis hat. Die strengsten Maaßregeln der Ersparnis sind anzuwenden. Das Staatsministerium muß Hardenberg, welcher zur Zeit allein die Hauptverwaltungsgrundsätze im Zusammenhang des Ganzen, und in Verbindung mit dem Staats-Haushaltungsplan übersieht, anheim stellen, den Hauptgesichtspunkt für diese außergewöhnlichen Ausgaben in einer oder der anderen Art vorzuschlagen und die Feststellung zu bewirken.³ [B]

¹ Boyen hatte sein Abschiedsgesuch am 8.12.1819 eingereicht.

² Nach Beendigung der Diskussionen zu seinen Etatsposten verlas Humboldt seine Erklärung (Bl. 158–159v).

³ Der Immediatbericht v. 31.12.1819 in: Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 1. Dort auch die Nachweisungen der einzelnen Ministerien und weiteres Material, u. a. ein Schreiben Hardenbergs an das Staatsministerium v. 19.1.1820. Vgl. auch das Schreiben des Staatsministeriums v. 31.12.1819 (von Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein, Kircheisen, Schuckmann, Lottum und Klewiz unterschrieben) an Hardenberg, wo es sich außer Stand findet, über die Bedürfnisse der Finanzlage des Staates zu entscheiden, denn noch ist der Zustand des gewöhnlichen Staatshaushalts nicht zur diesseitigen Kenntniß gekommen und es fehlen dem Staatsministerium daher die Materialien, in: Rep. 74, N III Nr. 49 Bd. 3a, Bl. 106 f.

Nr. 31 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Januar 1820.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 3, Bl. 1–12v [Prot. 1]; MF 6. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 1–10v; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [U], Altenstein [V], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U]. — Prot.: Duncker [U].

¹ TOP 7.

Weitere Teilnehmer: Sack [zu 1–4], v. Schoeler [für Hake].

1. *Gerichtsorganisation* in Schlesien. Die Befugnis der schlesischen Standesherrn, die Stellen bei den Gerichten in ihren Städten zu besetzen, und die Aufsicht über die Gerichte führen zu lassen, *ist noch nicht definitiv bestimmt.* [B] — **2.** *Hypothekenrechte.* Prüfung des Entwurfs *einer Verordnung*² über die Erwerbung und Ausübung der Realrechte auf Grundstücke, insbesondere der Hypothekenrechte bei *einem* nicht vollständig eingerichteten Hypothekenwesen. [B] — **3.** *Beschwerde*³ von Glasfabrikanten über *eine vermeintliche* Bestimmung zur Kennzeichnung von Flaschen, die ins Ausland abgesetzt werden. [B] — **4.** *Befugnisse* der Oberpräsidenten. Der Oberpräsident Sack [...] beschwert sich über die Verfügung des Finanzministeriums an die Regierung zu Köslin, jederzeit über den Erlaß indirekter laufender Abgaben unterrichtet zu werden. Er meint, diese stehe im Widerspruch zur Oberpräsidial-Instruktion⁴, die den Oberpräsidenten in bestimmten Fällen die Befugnis zum Erlaß indirekter Steuern einräumt. Die erlassene Verfügung wird aufrecht erhalten. [B] — **5.** *Die Vorschläge* der General-Kontrolle zur Verhütung der Erhebung von Pensionen oder Wartegeldern neben etatsmäßigen Besoldungen werden abgelehnt. Eine allgemeine Verfügung für Behörden soll erlassen werden.⁵ [B] — **6.** Die Regierung zu Münster fragt, ob es zu billigen sei, daß ein Empfänger von öffentlichen Geldern den Rechtsweg beschreitet, wenn bei Abnahme seiner Rechnung Defizite erscheinen. Der Rechtsweg gegen die Monita der Ober-Rechnungs-Kammer ist nie gestattet. Nähere Auskünfte sind nötig. [B] — **7.** Nach der Zurechtweisung des Regierungsrats von Coeverden hat derselbe Reue gezeigt und die Sache soll auf sich beruhen. [B] — **8.** Der Regierungschefpräsident Reimar ist in seinem Versuch, den Oberbürgermeister von Guaita zu Aachen zum Rücktritt zu überzeugen, erfolglos geblieben. Eine unfreiwillige Entlassung wird notwendig sein. [B]

² Vgl. die VO v. 16.6.1820, GS, S. 106.

³ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁴ Vgl. § 5 Nr. 11 und 12 in der Instruktion für die Oberpräsidenten v. 23.10.1817, GS 1817, S. 233.

⁵ Vgl. das Zirkular an alle Regierungen v. 13.2.1820 in: Kamptz, Annalen, Bd. 4 (1820), S. 2.

Nr. 32 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Januar 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3., Bl. 13–20 [Prot. 2]; MF 7. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 11–15v; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake], Wolfart [zu 2].

1. *Um der Stadt aufzuhelfen, soll das Oberlandesgericht* von Kleve nach Hamm verlegt werden.¹ [B] — **2.** *Ausführung des Artikels 9* der Konvention zwischen Preußen und Rußland über den gegenseitigen Ausgleich von Forderungen auf dem Gebiet des ehemaligen Herzogtums Warschau bis 1815.² *Das Rückstandsschuldenwesen* im Großherzogtum Posen und in den wieder erworbenen Landesteilen der Provinz Westpreußen soll reguliert werden. *Das Schatzministerium soll weiterhin über die Restenfonds* der Regierungen zu Posen, Bromberg und Marienwerder disponieren und

¹ Ab 1821 befand sich dieses Gericht in Hamm. Vgl. auch Kircheisens Vorschläge v. 16.8.1819 in: Rep. 74, R VIII Westfalen Nr. 1. Dort auch weiteres Material.

² Die Konvention v. 22.5.1819, GS, S. 197.

diese Regierungen anweisen, bei ihnen eingehende Forderungen [...] anzuzeigen.³ Eine weitere Regulierung kann erst nach der Bekanntmachung des polnischen Gouvernements über dessen Verfassungsart beraten werden. [B]

³ Vgl. Laubert, Manfred, *Die Verwaltung der Provinz Posen, Breslau 1923*, S. 268–272.

Nr. 33 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Januar 1820.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 3, Bl. 20–24 [Prot. 3]; MF 7. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 16–17; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend [U]: Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Beuth [zu I], v. Schoeler [für Hake U].

1. Der Gewerbezwang im Herzogtum Sachsen steht in keinem Verhältnis zur Gewerbefreiheit in den alten Provinzen.² Anhand der Vorschläge Bülows soll für jetzt, soweit möglich, wenigstens eine Annäherung bewirkt werden. Bis der Entwurf eines neuen Gewerbebesteuergesetzes³ vorliegt, soll es jedoch keine weitere Beratung hierzu geben. [B] — 2. Zwei Kabinettsordres vom 17. Januar 1820⁴ betreffend den Staatshaushalt und die Beratung über die Steueredikte sowie die künftige Stellung der General-Kontrolle im [...] Staatsministerium sind eingegangen.

¹ TOP 1.

² In der Provinz Sachsen blieb die alte Zunftverfassung bis zur Einführung der Gewerbeordnung 1845 bestehen. Zu den Gewerbeverhältnissen zwischen 1820 und 1822 vgl. das Material in: Rep. 74, K IX Nr. 5 Sachsen Bd. 3.

³ Vgl. das Gewerbebesteuergesetz v. 30.5.1820, GS, S. 147.

⁴ Vgl. GS 1820, S. 21 und 24.

Nr. 34 Außerordentliche Sitzung des Staatsministeriums am 22. Januar 1820.

Vollz. Reinschriften, Bd. 3, Bl. 25–28 [Prot. 4a]; MF 7. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 74, N III Nr. 49 Bd. 3a, Bl. 165–169v; Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 39–42.

Anwesend [U]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer [U]: Hoffmann, v. Ladenberg, Maassen, v. Schoeler [für Hake].

1. Grundsatzfragen der Finanzreform. Kabinettsordre¹ und Schreiben Hardenbergs² zu den außerordentlichen [...] Bedürfnissen für die Jahre 1820 bis 1822. Die Frage, ob die außerordentlichen Einnahmen von ungefähr sechs Millionen Rtlr. für diese Jahre auch zur Disposition stehen, soll durch Rücksprache mit Hardenberg geklärt werden.³ Jedes Ministerium wird der General-Kontrolle eine Nachweisung seiner außerordentlichen [...] Bedürfnisse zustellen; hierbei ist die

¹ Die KO v. 17.1.1820 wegen der außerordentlichen Bedürfnisse in sämtlichen Ministerial-Verwaltungen in den Jahren 1820–22, in: Rep. 90a, E VI I Nr. 1 Bd 1, Bl. 42–61.

² Das Schreiben Hardenbergs vom 19.1.1820, ebd., Bl. 63.

³ Randbemerkung von Duncker (Bl. 25v) am 26.1.1820, daß die bemerkten 6 Millionen zur Disposition stehen.

*Dringlichkeit nach drei Kategorien zu ordnen.*⁴ — **2.** Kabinettsordre⁵ zum darauf projektierten Hauptfinanzetat sowie die Verordnungen zur Steuerausgleichung und *Senkung* des Defizits [...] in Verbindung mit den *Bestimmungen*⁶ zum Staatshaushalt und Staatsschuldenwesen. Die Frage der *Einsparung* der bereits abgesetzten *Etatsumme* soll sofort beraten werden. *Mögliche* weitere Ersparungen sollen im Februar beraten werden. Ein Plan über die Stellung, die Befugnisse und den Wirkungskreis der Lokal-, Provinzial- und Zentralbehörden und deren Verhältnis zueinander soll erstellt werden. Die neuen Steuergesetze sollen am 24. Januar beraten werden. [B] — **3.** Erklärung Ladenbergs zur Ermittlung der Ausgabensummen im Finanzprojekt für 1820. [B] — **4.** Bis zur Prüfung und Regulierung des gesamten Staatshaushalts soll die Frage nach der Befugnis der Provinzialbehörden, unbesetzte Stellen oder Gehälter ohne Anfrage [...] zu besetzen oder zu verteilen, ausgesetzt bleiben. [B]

⁴ Diese Zuordnung wurde schon in der KO vom 17.1.1820 vorgegeben.

⁵ Die KO v. 20.1.1820 in: Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 223–223v. Das Staatsministerium sollte sogleich [...] täglich hierzu beraten und die festgelegte Etatssumme von 50.863.150 Talern für 1820 verteilen. Der König erwartete einen Bericht spätestens zum 1.2.1820.

⁶ Vgl. KO v. 17.1.1820, GS, S. 21.

Nr. 35 Sitzung des Staatsministeriums am 24., 25. und 26. Januar 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 29–38v [Prot. 4b]; MF 7. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 15–25.

Anwesend [U]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer [U]: Hoffmann, v. Ladenberg, Maassen, v. Schoeler [für Hake].

1.–4. *Steuerreform.* Beratung der Entwürfe¹ der neuen Gesetze zur Steuerausgleichung in allen Provinzen und Regulierung des gesamten Abgabewesens, zur Klassensteuer, zur Mahl- und Schlachtsteuer und zu einer veränderten Gewerbesteuer. Der Anwendung des Prinzips der Quotisation wird von allen Ministern außer Bülow zugestimmt.² Die Summen für jede Provinzialabteilung sollen in Zahlen angegeben werden. *Spezialdiskussion*, u. a. zum späteren Erlaß einer Stempelsteuer,³ zur Beibehaltung der Tranksteuer⁴ in der Quotisation, zur Beendigung des Naturalquartiers des garnisonierenden Militärs bei der Bürgerschaft; zur Befreiung der Fremden und Militärpersonen von der Klassensteuer. *Klassifizierungsverfahren.* Die Steuererverwaltung soll unter Aufsicht der Landräte stehen. Bülow argumentiert gegen das unbedingte und allgemeine Verbot des Hausierens, da die Menschen, die das Hausieren noch betreiben, dann dem Staat als Bettler zur Last fallen würden. Das Gewerbesteuergesetz hebt nicht die Rechte der Innungsverfassung der Zünfte, wo solche noch in ihrem früheren Umfang bestehen, auf. [B]

¹ Abschriften in: Rep. 90a, F II Nr. 1 Bd. 1, Bl. 76–82 und 85–103. Dort auch der Immediatbericht v. 31.1.1820 (gedr. bei Dieterici, Carl, Zur Geschichte der Steuer-Reform in Preußen, Berlin 1875, ND Glashütten 1972, S. 240–252) sowie weiteres Material. Ein Konzept zum Entwurf zur Mahl- und Schlachtsteuer in: Rep. 151, III Nr. 2230. Dort auch weiteres Material zur Steuerregulierung in den Jahren 1819–20, das z.T. auch als zum Bericht v. 31.1.1820 gehörig bezeichnet wird. Vgl. auch die einzelnen Steuergesetze, GS 1820, S. 134, 140, 143 und 147. Obwohl am 30.5.1820 erlassen, wurden diese Gesetze erst am 7.8.1820 bekannt gemacht, vgl. KO v. 7.8.1820, GS, S. 133. Zu diesem ganzen Komplex s. a. Grabower, Rolf, Preußens Steuer vor und nach den Befreiungskriegen, Berlin 1932, S. 484–538.

² Das Quotisationsverfahren wurde am 4.4.1820 vom Staatsrat abgelehnt.

³ Vgl. das Gesetz wegen der Stempelsteuer v. 7.3.1822, GS, S. 57.

⁴ Die Steuer auf ausgedroschene Getränke von Gastwirtschaften etc.

Nr. 36 Sitzung des Staatsministeriums am 26., 27., 28. und 29. Januar 1820.

Vollz. Reinschr.¹, Bd. 3, Bl. 39–51, Anlagen Bl. 52–56²; MF 7. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 74, N III Nr. 49 Bd. 3a, Bl. 152–163; Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 26–38.

Anwesend [U]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V], Kircheisen³, Bülow, Schuckmann, Klewiz, Lottum. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Ladenberg, v. Schoeler [für Hake U].

Staatshaushalt 1820–1822 bzw. 1820.⁴ Verteilung der bewilligten Summe anhand des projektierten Haupt-Finanz-Etats für das Jahr 1820 sowie Einsparung der bereits abgesetzten Gelder. Bei den meisten Verwaltungszweigen ergeben sich Einschränkungen und in den folgenden Jahren werden mehr Geldmittel benötigt. Folgende Gegenstände werden u. a. erörtert: Die Deckung des Mehrbetrags bei der Auszahlung der Pensionen; die Deckung der Unkosten des Handelsministeriums durch Einkünfte aus den Zulagecentimen; die Verwaltungskosten des Finanzministeriums. Kircheisen weist darauf hin, daß sich die Justizverwaltungskosten in den folgenden Jahren erhöhen werden. Wegen möglicher Ersparungen wartet das Kriegsministerium auf die Entscheidung des Königs. Das Extraordinarium und der Diätenfonds⁵ der Regierungen werden herabgesetzt. Das Archiv des vormaligen General-Direktoriums soll aufgelöst werden. Einsparung bei der Ober-Rechnungs-Kammer sowie am Gehalt des Präsidenten Friese. Diskussion zur Prüfung der projektierten Einnahmen. Die Sicherstellung eines eisernen Bestandes ist unerlässlich. [B]

¹ Als Konzept bezeichnet.

² Bl. 52–55 ist eine Kopie des Protokolls der außerordentlichen Sitzung am 22.1.1820; Bl. 56 ein Extrakt aus dem Personal- und Besoldungsetat des königlichen Ministeriums des Innern.

³ Nur bei den ersten drei Sitzungen anwesend.

⁴ Der projektierte allgemeine Etat der Einnahmen und Ausgaben für den gewöhnlichen Staats-Bedarf in den Jahren 1820, 1821 und 1822, in: Rep. 90a, E VI I Nr. 1 Bd. 1, Bl. 239–240v. Dort auch der Immediatbericht v. 31.1.1820 sowie weiteres Material.

⁵ Vgl. die Hauptübersicht hierzu in: ebd., Bl. 258–267.

Nr. 37 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Februar 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 57–62v [Prot. 6]; MF 7/8. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 74, N III Nr. 49 Bd. 4, n.f.; Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 43–46v; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend [U]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake U].

Außerordentliche Bedürfnisse der einzelnen Ministerien für 1820–1822.¹ Drei Kategorien der Dringlichkeit. Verteilung der zur Disposition stehenden Summe. Gelder für die Wiedererbauung von Kirchen sind noch erforderlich. Über die Disposition der außerordentlichen Bedürfnisse des Kriegsministeriums soll der König bestimmen. [B]

¹ Vgl. die Hauptübersicht der außerordentlichen Erfordernisse für die Jahre 1820, 1821 und 1822, in: Rep. 90a, E VI I Nr. 1 Bd. 1, Bl. 141–178 sowie den Immediatbericht v. 16.2.1820 und Promemoria verschiedener Minister in: Rep. 74, N III Nr. 49 Bd. 4. Dort auch weiteres Material.

Nr. 38 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Februar 1820.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 3, Bl. 63–72 [Prot. 7]; MF 8. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 47–52; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Goßler [zu 1], Kerll [zu 3], v. Schoeler [für Hake], v. Seydewitz [zu 2].

(Nähere Bestimmungen² zur Stellung der General-Kontrolle gegenüber dem Staatsministerium werden von Lottum vorgelegt. Baldige Einladung der Kommissarien und weiterer Personen zur Beratung über die Organisation der Gendarmerie.³) — 1. Depositalgelder, die 1794 [...] von Bonn [...] nach Recklinghausen geflüchtet und 1807 vom Herzog von Arenberg [...] zur Tilgung der Landesschulden [...] verwendet wurden, sollen erstattet werden, jedoch ohne Verzinsung, da die Depositqualität dieser Gelder vorlängst aufgehört hat.⁴ [B] — 2. Der Anspruch gering verdienender Geistlicher und Schullehrer unter Privatpatronat auf staatliche Beiträge zu Witwenkassen wird von Alteinstein befürwortet, von Klewiz abgelehnt. Die Frage, ob die Geistlichen unter Privatpatronat mit denen unter königlichen Patronat zu dieser Begünstigung berechtigt sind, soll vom König entschieden werden. Eine affirmative Entscheidung soll aber im Immediatbericht motiviert werden. [B] — 3. Gewährung des Pachtertrages eines für den Kunststraßenbau abgetretenen Domänengrundstücks bei Münster aus dem Chausseeaufonds oder aus dem Domänenetat. Differenz zwischen Bülow und der General-Kontrolle. Die Mehrheit entscheidet sich für den Chausseeaufonds. [B]

¹ TOP 2–3.

² Vgl. das Konzept eines Promemorias Lottums v. 19.2.1820 zur KO v. 17.1.1820, GS, S. 24 betr. nähere Verbindung der General-Kontrolle mit dem Staatsministerium in: Rep. 126, A III 1 Nr. 1 Bd. 2. Dort u. a. auch der Schriftverkehr zwischen Hardenberg und Lottum wegen dieser Organisationsfrage.

³ Kommissare waren GenLtn. von Brauchitsch, Gen.-Intendant Ribbentrop, Ladenberg, Maassen und ORegR Koehler. Die KO v. 3.2.1820 zur Reorganisation der Gendarmie in: Rep. 77, Tit. 299a Nr. 28 Beih. 1a, Bl. 2–3. Dort auch weiteres Material, u. a. ein Immediatbericht des Staatsministeriums v. 14.3.1818 sowie ein Gutachten des Staatsrats v. 20.5.1818 (auch in: Rep. 80, I Inneres Nr. 15). Dort auch weiteres Material zur Beratung des Staatsrats. Vgl. auch VO über die anderweitige Organisation der Gendarmie v. 30.12.1820, GS 1821, S. 1 sowie die Dienstinstruktion v. 30.12.1820, GS 1821, S. 10.

⁴ Vgl. §§ 11 und 12 der KO v. 22.11.1822, GS, S. 230.

Nr. 39 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Februar 1820.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 3, Bl. 73–83 [Prot. 8]; MF 8. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 53–60v; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend [U]²: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Ladenberg [zu 1], v. Schoeler [für Hake U], v. Seydewitz [zu 2].

¹ TOP 3.

² Kircheisen [U].

1. Staatshaushalt 1820.³ *Zahlung der Pensionen und Deckung des Mehrbetrags.* In der Zukunft muß hier bedeutend gespart werden. Die Beschränkung der Regierungen bei der Wiederbesetzung frei gewordener Subalternstellen ist notwendig. *Deckung der Justizverwaltungskosten durch höhere Sporteleinnahmen.* Keine Ersparnisse bei Besoldungen im Schatzministerium. Die Oberpräsidien sollen wegen dieser Ersparungen informiert werden. *Eiserne Bestände sind nicht vorhanden, sollten aber angelegt werden.* [B] — 2. Anspruch von sieben Mitgliedern der juristischen Fakultät der ehemaligen Universität Wittenberg⁴ und Beisitzer des Schöppenstuhls auf Vergütung für das von ihnen geleistete Karenzjahr. Nach strengen Recht hält Altenstein den Anspruch für unbegründet, jedoch mit Rücksicht auf die königliche Absicht, bei Besitznahme des Herzogtums Sachsen die Individuen möglichst keine Einbuße leiden zu lassen, hält er eine Teilentschädigung für gerechtfertigt. Die Mehrheit entscheidet sich gegen den Antrag der Bittsteller, da dieser rechtlich nicht begründet ist.⁵ [B] — 3. Rekursache. [B]

³ Die KO v. 12.2.1820 in: Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 1. Dort auch der Immediatbericht v. 18.2.1820 (auch in: Rep. 74, N III Nr. 49 Bd. 4), Klewiz' vorläufige Bemerkungen v. 15.2.1820 zur KO v. 12.2.1820 und seine generelle Nachweisung der Pensionen und Wartegelder für 1820 sowie Altensteins in der Sitzung angekündigte Nachweisung v. 18.2.1820.

⁴ Am 12.4.1817 waren die Universitäten Wittenberg und Halle vereint worden.

⁵ Vgl. die Bitte um Entschädigung v. 31.1.1819, Voten, den Bericht an Hardenberg und weiteres Material in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 5, n.f.

Nr. 40 Sitzung des Staatsministeriums am 1. März 1820.

Vollz. Reinschr., mit Korrekturen¹, Bd. 3, Bl. 84–93 [Prot. 9]; MF 8. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 61–68; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend [U]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Klewiz, Lottum. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Ferber [zu 3], Frick [zu 1], v. Schoeler [für Hake U], Wolfart [zu 2].

1. *Disziplinarsache.* [B] Altenstein stellt die allgemeine Frage über die Befugnis zur Entlassung der Geistlichen und Schulbedienten aus ihren Ämtern und beantragt, diese Entscheidung der obersten geistlichen- und Unterrichtsbehörde zu überlassen; dies wird genehmigt. [B] — 2. *Entschädigungsforderungen von Lieferanten, die zwischen 1812 und 1814 die Armee mit Waren versorgten und in anderen, als den vereinbarten Zahlungsmitteln oder erst verspätet befriedigt worden sind, sollen individuell behandelt werden.* Bei künftigen Lieferungsverträgen bedarf es keiner gesetzlichen Befreiung des Fiskus von Verzugszinsen, sondern es soll bei den bestehenden Vorschriften bleiben.² [B] — 3. *Kalender und Zensur. Vorschläge der Berliner Kalender-Deputation bezüglich Kalender, die sie noch verlegen könnte, ohne die Konkurrenz der Privatverleger zu fürchten.* Bülow hat Bedenken, ob es ratsam sei, das Verlegen der Kalender für die unteren Volksklassen mit Rücksicht auf ihren Inhalt aus der Hand zu lassen. Da auch diese Kalender unter der Zensur stehen, sollten hierdurch schädliche Einflüsse vermieden werden.³ [B]

¹ TOP 1.

² Vgl. die KO v. 1.7.1820 zur Anmeldung und Liquidierung der Kompensations-Anerkennnisse bei Kriegslieferungen, GS, S. 111.

³ Zum weiteren Verlauf vgl. Rep. 74, K XX Nr. 1.

Nr. 41 Sitzung des Staatsministeriums am 8. März 1820.

Vollz. Reinschr. Bd. 3, Bl. 94–101v [Prot. 10]; MF 8. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 69–74; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend [U]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Sack [zu 1], v. Schoeler [für Hake], Thilo [zu 2].

1. Patrimonialgerichtsbarkeit. Zurücknahme *einer* Kabinettsordre¹ vom 9. Januar 1810, die die Patrimonialgerichtsbarkeit in den Mediatstädten der schlesischen Standesherrn *aufhob*. In den Mediatstädten Sagan, Priebus und Pless *sind noch immer keine* königlichen Stadtgerichte [...] eingerichtet und das königliche Stadtgericht in Leobschütz [...] *beschwert sich*, daß das dortige Fürstentumsgericht *fortfährt*, ein Aufsichtsrecht über das Stadtgericht auszuüben. *Beschlossen wird*, den schlesischen Standesherrn die Jurisdiktionsrechte in ihren Städten [...] wieder zurückzugeben. [B] — **2.** *Nach Begutachtung im Staatsrat und Umarbeitung im Justiz- und Finanzministerium soll der Entwurf einer Verordnung wegen Untersuchung und Bestrafung des Holzdiefstahls [...] nicht ausgesetzt werden. Die Revision der Provinzial-Forst-Ordnungen wird ohnehin noch längere Zeit erfordern. Spezialdiskussion.*² [B]

¹ Rep. 77, Tit. 114 Nr. 61 Bd. 1, Bl. 1–1v.

² Vgl. das Gesetz v. 7.6.1821, GS, S. 89.

Nr. 42 Sitzung des Staatsministeriums am 15. März 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 102–107 [Prot. 11]; MF 8/9. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 75–77; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend [U]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake U], v. Schütz [zu 1].

(Die Verhältnisse der Standesherrn werden in besonderen Sitzungen behandelt.¹) — **1.** *Schleichhandel.* Vorschläge Klewiz' zur Unterdrückung durch die Errichtung bewaffneter, mobiler Grenzbrigaden. Wie das Militär *sollen sie sich auch* bei bürgerlichen Aufständen der Waffen [...] bedienen. Gendarmerie zur Unterstützung.² [B]

¹ Vgl. die Sitzungen am 8., 11., 15., 20., 25. und 29.3.1820.

² Das große Problem des Schleichhandels wurde schon am 18.11.1819 von Klewiz in einem Schreiben an den Monarchen dargestellt. Vgl. Rep. 120, C VII Fach 1 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 59–60v. Dort auch sein Schreiben an Boyen wegen der von Hardenberg in Auftrag gegebenen Bildung eines Truppenbundes gegen die niederländische Grenze v. 5.11.1819 und weiteres Material hinsichtlich der militärischen Unterstützung bei der Bewachung der Grenzen.

Nr. 43 Sitzung des Staatsministeriums am 29. März 1820.

*Vollz. Reinschr.*¹, Bd. 3, Bl. 108–110v [Prot. 12]; MF 9. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 78–80; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Bülow, Lottum. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Wolfart.

(Die Verhältnisse der Standesherrn werden in besonderen Sitzungen behandelt.²) – Verordnung, welche die Anwendung der Gesetzgebung³ wegen der Amortisation und wegen des Aufgebots verlorener oder vernichteter Staatspapiere auch auf die sächsischen Kammer-Kreditkassenscheine und ihre Zinsnoten und Coupons ausspricht.⁴ [B]

¹ Als Konzept bezeichnet.

² Vgl. die Sitzungen am 8., 11., 15., 20., 25. und 29.3.1820.

³ Vgl. §§ 14–17 der VO v. 16.6.1819, GS, S.159 und § XVII der VO wegen der künftigen Behandlung des gesamten Staatsschuldenwesens v. 17.1.1820, GS, S. 14.

⁴ Vgl. das Gesetz wegen des Aufgebots und die Amortisation verlorener oder vernichteter sächsischer Kammer-Kreditkassenscheine und Steuer-Kredit-Kassen-Obligationen v. 7.6.1821, GS, S. 96. Zu den sächsischen Kammer-Kreditkassenscheinen vgl. auch Krug, Leopold, *Geschichte der preußischen Staatsschulden*, Breslau 1861, S. 287–292.

Nr. 44 Sitzung des Staatsministeriums am 8., 11., 15., 20., 25. und 29. März 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 111–128v [Prot. 13]; MF 9. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 59, Bl. 224–241; Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 81–100; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen¹ [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Crull, Eichhorn, Frick, v. Goßler, Klüber, Kühne, v. Schoeler [für Hake U].

Die standesherrlichen Verhältnisse im preußischen Staat. Entwurf² zu einem künftigen Regulative. *Spezialdiskussion, u. a. zu den mit den einzelnen Standesherrn eingeleiteten Verhandlungen und deren allgemeine Unterordnung unter die Staatshoheit; ihr Rechtsverhältnis zum preußischen Staat; die Befreiung vom Erbschaftsstempel; den Gerichtsstand; ihre Familienverträge und Eigentumsrechte; die Kommunallasten; Abgaben und Dienste; Veräußerungsrechte; Schulden; Pensionierung der Diener und andere Pensionsberechtigten; Hoheits- und Regierungsrechte, die sich auf die Justizpflege, die Polizeipflege und die Konsistorialrechte beziehen.*³ [B]

¹ Mit Ausnahme der abschließenden Beratung am 29.3.1820.

² Rep. 90, Nr. 59 Bd 1, Bl. 20–65v. Dort befinden sich auch die im Protokoll (Bl. 113–113v) erwähnten Schriftstücke (Bl. 66–216) sowie Hardenbergs Schreiben v. 29.1.1820. Vgl. auch die Instruktion zur Ausführung des Edikts v. 21.6.1815, die Verhältnisse der vormals unmittelbaren deutschen Reichsstände in der Preußischen Monarchie v. 30.5.1820, GS, S. 81.

³ Zu Preußens Stellung zu den Mediatisierten, die als „Vorbild“ für Standesherrn in anderen deutschen Staaten galt, vgl. auch Gollwitzer, Heinz, *Die Standesherrn. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte*, Stuttgart 1957, S. 27–29 und 47f.

Nr. 45 Sitzung des Staatsministeriums am 5. April 1820.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen*¹, Bd. 3, Bl. 129–136v [Prot. 14]; MF 9. — *Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 101–109; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.*

Unterschrieben: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Eytelwein, Kahle [zu 3], Sack [zu 4].

1. Schleichhandel. Organisation der Gendarmerie [...] zur Unterdrückung des Schleichhandels an den Grenzen.² Die Militärunterstützung gegen den gewaltsamen Schleichhandel soll verlängert werden.³ [B] — **2.** Gelder für den Bau der Kirche in der Neustadt Magdeburg sollen aus Staatsfonds bestritten werden, da die Kirche und Kämmereikasse über keine Mittel verfügen und die Gemeinde [...] größtenteils [...] durch Retablisementsgelder unterstützt wird. [B] — **3.** Verpflichtung der Deichsozietät bei Wriezen zur Übernahme der Kosten des Schleusenbaus. [B] — **4.** Ständesherrliche Sache. Gerechsamte des Grafen von Stolberg-Wernigerode bezüglich des Fleckens Schwarza.⁴ [B]

¹ TOP 3–4.

² Zur Grenzgendarmarie vgl. § 20 der VO v. 30.12.1820 und § 30 der Dienstinstruktion v. 30.12.1820, GS 1821, S. 9 bzw. 19.

³ Diese beantragte Verlängerung wurde nicht genehmigt und die Beschleunigung des Organisationsverfahrens befohlen.

⁴ Voten und weiteres Material in: Rep. 84, I Nr. 36.

Nr. 46 Sitzung des Staatsministeriums am 12. April 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 137–150v [Prot. 15]; MF 9/10. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 110–122; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Unterschrieben: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Eimbeck [zu 2], Kerll [zu 5], Koehler [zu 3–4], v. Schoeler [für Hake U].

1. Schleichhandel. Sicherstellung der Grenzen in der Zeit zwischen dem Schluß der Militärunterstützung zum 1. Mai 1820 und der vollendeten neuen Organisation der Gendarmerie. [B] — **2.** Grundbesitz. Verträge über unbewegliche Güter, welche die Veräußerung des Eigentums und die Austuung in Erbzins oder Erbpacht betreffen. *Spezialdiskussion. Da das umständliche und kostspielige Verfahren der Bestätigung geschlossener Verträge, besonders für die mit dem Staat wieder vereinigten Provinzen, eine drückende Einrichtung ist, wird die Aufhebung beschlossen.*¹ [B] — **3.** Indult in Posen. Gutsbesitzer aus Posen und aus den mit Westpreußen vereinigten Distrikten Kulm, Michelau und Thorn wünschen eine Modifikation der Verordnung² über die Aufhebung des Indults. Diese Verordnung verpflichtet sie dazu, neben den laufenden Zinsen ab dem 24. Dezember 1814 den Zinsrückstand für die Zeit davor in jährlichen Raten abzuführen. Eine Modifikation dieser Regelung wird einstimmig abgelehnt, v.a. weil nach Berichten und Gutachten der Behörden die

¹ Vgl. das Gesetz v. 23.4.1821, GS, S. 43.

² Vgl. die VO v. 12.10.1818, GS, S. 161.

Güter gar nicht so hoch verschuldet sind wie angegeben wird, die Polen stets [...] im Stande waren, die Zinsrückstände zu zahlen und die Gläubiger jetzt zu ihrem Recht kommen müssen. [B] — **4.** Befreiung der Mennoniten von der Militärflicht. Nach der Verwerfung zweier Gesetzesentwürfe im Staatsrat soll das Staatsministerium einen neuen Gesetzentwurf vorschlagen und v. a. über die Frage entscheiden, ob die Mennoniten zu persönlichen militärischen Dienstleistungen, die nicht die Waffenführung fordern, zu verpflichten sind, oder ob man bei der bisherigen Geldabfindung bleiben soll.³ Kircheisen meint, da diese Befreiung schon ausgesprochen wurde, daß eine Verordnung wegen Dienstleistungen nur zu neuen Widersprüchen [...] führen würde. Das Staatsministerium schließt sich dieser Meinung an. Kircheisen ist auch gegen die vom Staatsrat vorgeschlagene gesetzliche Bestrafung von Mennoniten, die ihre Glaubensgenossen, welche persönlich Militärdienste geleistet haben, exkommunizieren oder mit anderen kirchlichen Strafen [...] belegen. [B] — **5.** Die Entschädigung der Predigerwitwen Erfurts für den Verlust in ihrem Pensionsfonds wegen verkaufter Biereigenrechte wird von Altenstein und Bülow beantragt. Hardenberg bezweifelt, daß der Staat [...] verpflichtet ist, Verluste zu vertreten, welche Privatpersonen durch die Einführung der Gewerbefreiheit erlitten haben; jedoch wird beschlossen, daß, da den Witwen die bemerkte Nutzung offenbar nur als das Äquivalent einer Pension eingeräumt ist, eine Pension aber ihnen ohne alles Bedenken [...] fortgezahlt sein würde, ihnen doch die beantragte Summe zuzuwenden.⁴ [B]

³ Das Gutachten des Staatsrats, die Gesetzesentwürfe sowie diverse andere Schriftstücke zu diesem Thema in: Rep. 80, I Inneres Nr. 18.

⁴ Voten, der Bericht an Hardenberg v. 4.6.1820 und weiteres Material in: Rep. 90, Tit. XXI B Nr. 6. Der Antrag Bülows und Altensteins v. 17.7.1819 in: Rep. 74, K IX Sachsen Nr. 12. Dort auch weiteres Material.

Nr. 47 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Mai 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 151–159v [Prot. 16]; MF 10. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 123–133; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Unterschieden: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 4].

1. Beamte. Die Zurechnung der Kriegsjahre bei der Bestimmung der Anciennität soll noch vom Innenminister entschieden werden. [B] — **2.** Altenstein soll sich zu einer geplanten Verordnung über die Einschränkung der Bekanntmachung von der Kanzel äußern. [B] — **3.** Vermehrung und Vergrößerung der Strafanstalten und die Bewilligung der dazu nötigen Gelder, da die Festungen von den Sträflingen evakuiert werden sollen. Bedenken des Königs. Der Kriegsminister soll die Sache begutachten. [B] — **4.** Regulierung des Vermögens der durch Gesetzgebung [...] aufgehobenen Zünfte und Innungen [...] des vormaligen Königreichs Westphalen [B]. Regulierung dieser Angelegenheit in den Provinzen rechts des Rheins, welche zu Frankreich oder dem Großherzogtum Berg gehörten und wo die Aufhebung der Zünfte und die Einziehung ihres Vermögens zum Staatsfonds nur die Folge eines kaiserlichen Dekrets war und nicht durch eine bestimmte Gesetzgebung veranlaßt wurde.¹ [B] — **5.** Pensionssache. [B] — **6.** Befugnis der Oberpräsidenten und Regierung

¹ Voten in: Rep. 84a, Nr. 47585. Dort auch weiteres Material. Die KO v. 13.4.1821, ein Bericht des Staatsministeriums v. 22.5.1821, Verhandlungen des Staatsrats und weiteres Material in: Rep. 80, I Finanz Nr. 10. Material auch in: Rep. 74, K VIII Nr. 36.

gen [...] bei Steuerkonventionen. *Befugnis der Oberpräsidenten bei Rekursbeschwerden gegen Beschlüsse der Regierungen.*² [B]

² Vgl. die Bestimmungen in § 3 Nr. 11 der Instruktion für die Oberpräsidenten und § 21 Nr. 8 der Regierungsinstruktion v. 23.11.1817, GS, S. 231 und 264.

Nr. 48 Sitzung des Staatsministeriums am 8. und 10. Mai 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 160–168v [Prot. 17]; MF 10. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 134–140; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.; Rep. 151, HB Nr. 643, Bl. 76–80v.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm¹, Altenstein² [V, U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Hoffmann, Koehler, Maassen.

Verwaltungsorganisation. Um Verwaltungskosten zu vermindern und die Geschäftsführung zu erleichtern, sollen mehrere Provinzialbehörden aufgehoben und die Monarchie [...] künftig in sieben Oberpräsidialbezirke (Provinzen) und zwanzig Regierungen organisiert werden.³ Ein vorläufiger Plan hierzu wird geprüft. Die Regierung zu Reichenbach soll sofort aufgelöst und mit den Bezirken Breslau und Liegnitz verbunden werden. Es wird als notwendig gefunden, die Regierungen der Rheinprovinzen unter ein Oberpräsidium zusammenzulegen.⁴ Die Regierungen zu Berlin⁵, [...] Minden, [...] Erfurt, [...] Stralsund und Danzig sollen aufgehoben werden. Bei der Überlegung, ob die Regierung zu Aachen oder zu Köln aufgehoben werden soll, herrscht die einstimmige Meinung, nur die Regierung zu Aachen beizubehalten.⁶ [B]

¹ Nur am 10.5.1820.

² Nur am 8.5.1820.

³ Der *Immediatbericht* v. 20.8.1820 in: Rep. 74, H II Gen. Nr. 21, Bl. 32–40. Dort auch weiteres Material. Zur Frage der Verminderung der Oberpräsidial- und Regierungsbezirke vgl. auch Rep. 151, HB Nr. 643, jedoch ohne den in der Sitzung besprochenen Plan des Königs.

⁴ Dies geschah am 5.9.1822.

⁵ Zur Auflösung der Berliner Regierung (21.12.1821) vgl. Rep. 74, J III Nr. 46 und Dietrich, Richard, *Verfassung und Verwaltung*, in: Hans Herzfeld (Hrsg.), *Berlin und die Provinz Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 1968, S. 181–308, hier S. 199–202.

⁶ Diese Regierungen wurden nicht aufgehoben, jedoch wurden die im Protokoll erwähnten Regierungen zu Reichenbach und Kleve am 1.5.1820 bzw. 31.12.1821 aufgehoben. Zu der Auflösung der Regierung Kleve und dem Gerücht in Köln im Sommer 1820, daß hier die Regierung aufgelöst werden sollte, vgl. Gerschler, Walter, *Das preußische Oberpräsidium der Provinz Jülich-Kleve-Berg in Köln 1816–1822*, Köln und Berlin 1968, S. 193–195.

Nr. 49 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Mai 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 169–178v; [Prot. 18]; MF 10. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 141–149; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend: Altenstein [V, U], Kircheisen, Bülow [U], Schuckmann, Lottum [U], Klewiz [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn [zu 3], Eytelwein [zu 2], Kerll [zu 4], v. Schoeler [für Hake U].

1. Pensionen der Beamten. Die Quartal-Pensionsnachweisungen sind im Staatsministerium zu prüfen und zu beschließen. Die Einwirkung der General-Kontrolle soll noch bis zum Erscheinen des allgemeinen Pensionsreglements ausbleiben. [B] — **2. Prüfungsvorschriften für Bauhandwerker.** Außer in den Provinzen, wo die Zunftverfassung noch besteht, sollen diese künftig im ganzen Staat angewendet werden¹. [B] — **3. Die Instruktion zu den standesherrlichen Verhältnissen** in der preußischen Monarchie soll zur allerhöchsten Vollziehung eingereicht werden. *Spezialdiskussion zu Abänderungen.* [B] — **4. Gelder zur Verbesserung der Rheinschiffahrt und der Leinpfade.** Erst nach Ablauf des Monats wird man übersehen können, ob der Verwaltungsfonds des Handelsministeriums diese bestreiten soll. [B]

¹ Vgl. die Berichte Bülows und des Staatsministeriums an Hardenberg v. 6.1.1820 bzw. 21.6.1820 in: Rep. 74, K VIII Nr. 33. Dort auch weiteres Material. Vgl. auch die Instruktion v. 28.6.1821, wonach in sämtlichen Provinzen des Staates die Prüfung der Zimmergesellen, welche Meister zu werden verlangen, geschehen soll, in: Kamptz, Annalen, Bd. 5 (1821), S. 592.

Nr. 50 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Mai 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 179–186v [Prot. 19], Anlage¹: Bl. 180; MF 10. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 150–158; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Löffler [zu 2], Reinbeck [zu 1], v. Schoeler [für Hake U].

1. Gehaltssache. Grundsatzdiskussion zur Gehaltsentschädigung von ehemaligen fremdherrlichen Beamten und deren Wiedereinstellung in den preußischen Dienst. [B] — **2. Zusammenstellung von Übersichten des Staatshaushalts 1818 seitens der General-Kontrolle.** *Verfahrensweise der Ministerien bei Mehrausgaben.* [B] — **3. Eine Verordnung des Herzogtums Nassau von 1813 bezüglich Ausgleichung der Kriegslasten ist unhaltbar und soll nicht ausgeführt werden.** [B]

¹ Bemerkung Lottums zu TOP 1.

Nr. 51 Sitzung des Staatsministeriums am 27. und 29. Mai 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 187–189 [Prot. 20]; MF 11. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 159–162; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer¹: [v. Bernuth, Eichhorn, v. Goßler], Koehler.

¹ Mit Ausnahme des Oberlandesgerichts-Vizepräsidenten von Grolmann nahmen die Mitglieder der Immediatkommission zur Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in den Landesteilen zwischen der Elbe und dem Rhein an dieser Sitzung teil. Die Mitglieder wurden am 12.2.1820 ernannt. Vgl. die KO von diesem Datum in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 16 Bd. 1, Bl. 5.

Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in den Landesteilen zwischen der Elbe und dem Rhein. *Entwürfe*² zu Verordnungen für das vormalige Königreich Westphalen, für die vormaligen hanseatischen Departements von Frankreich, für das ehemalige Großherzogtum Berg, für das Herzogtum Westfalen sowie zur Instruktion für die in Magdeburg und Münster zu errichtenden Generalkommissionen und zur Deklaration über die Gültigkeit der französischen Gesetzgebung in Wesel und dessen Rayon. Das Staatsministerium ist im Allgemeinen mit den Grundsätzen der zuständigen Kommission einverstanden. *Spezialdiskussion*, u. a. zur Art der Ablösung im vormaligen Königreich Westphalen. Damit der Bauer nicht in drückenden Nachteil gesetzt wird, soll das Gesetz ausdrücklich aussprechen, daß in dem Falle, wenn der Gutsherr auf Ablösung gegen Kapital besteht, er die Abzahlung innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren in mehreren Terminen sich gefallen lassen muß. Die Verordnungen zur Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse könnten in ein Gesetz³ vereint werden. [B]

² Der *Immediatbericht* v. 29.5.1820 mit einer detaillierten Besprechung dieser Gesetzentwürfe in: *Ebd.*, dort auch weiteres Material.

³ Vgl. die Gesetze zu den gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnissen in den vormals zum Königreich Westphalen, zum Großherzogtum Berg oder zu den französisch-hanseatischen Departements gehörenden Landesteilen, wegen der in Magdeburg und Münster einzurichtenden Generalkommissionen, zu den gutsherrlichen-bäuerlichen Verhältnissen im Herzogtum Westfalen und wegen der Gültigkeit der französischen Gesetze in der Stadt Wesel und deren Rayon v. 25.9.1825, GS, S. 169, 185, 191 und 196.

Nr. 52 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Juni 1820.

*Vollz. Reinschr. und Vortragsverzeichnis*¹, Bd. 3, Bl. 190–196v [Prot. 21a], Anlagen²: Bl. 190 und 191, MF 11. — *Abschriften*³: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 163–165v; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

*Unterschrieben*³: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Klewiz. — *Prot.*: [Wolfart].

Weitere Teilnehmer: S. A. v. Altenstein [zu 1], Koehler [zu 4–8], Wolfart [zu 1].

1. Rekursache. [B] — **2. Forderung nach einer Kriegsentschädigung.** [B] — **3. Entschädigung von Kriegsschäden.** *Spezialdiskussion über die Notwendigkeit einer Deklaration zum Edikt vom 3. Juni 1814.*⁴ So lange es nicht Fälle in concreto gibt, die sich hierauf beziehen, ist eine solche Deklaration nicht nötig. [B] — **4. Verwaltungsberichte der Oberpräsidenten und Regierungen.** Form und Notwendigkeit.⁵ — **5. Verschiedene Anträge**⁶ der in Posen behufs des landschaftlichen Kreditwesens versammelt gewesenen Deputation. — **6. Abstellung der Bekanntmachungen von den Kanzeln.** — **7. Die Exzesse des Präsidenten von Hippel und seine unziemlichen Äußerungen gegen das Finanzministerium.** — **8. Belassung des Kreuzburger Kreises bei dem Breslauer Regierungsdepartement.**⁷ — **9. Disziplinarsache.** [B]

¹ Bl. 196 trägt die Überschrift ad 21a und enthält ein Verzeichnis der zum Vortrag gekommenen Gegenstände, eine kurze Zusammenfassung von TOP 1–2 sowie TOP 4–9.

² Bl. 190, Schreiben Lottums zu TOP 1 und dem Protokoll; Bl. 191, Schreiben Altensteins zu TOP 1.

³ TOP 1–3.

⁴ Vgl. GS 1814, S. 49.

⁵ Das Staatsministerium beschwerte sich über die Form dieser Berichte in einem Schreiben an Oberpräsident Sack am 18.6.1820. Für die bevorstehende Revision der Geschäftsorganisation für die Oberpräsidien kündigte man Verbesserungsvorschläge an. Vgl. Rep. 74, J II Nr. 6, Bl. 15–16v.

⁶ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁷ Der Kreis Kreuzburg wurde schon am 3.2.1820 dem RegBez. Oppeln zugeordnet.

Nr. 53 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Juni 1820.

Vortragsverzeichnis¹, Bd. 3, Bl. 197 [Prot. 21b]; MF 11.

Anwesend: Altenstein [V], Bernstorff, Bülow, Hake, Kircheisen, Klewiz, Schuckmann. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Goedeler, Koehler [beide zu 1–3], Streckfuß [zu 2].

1. Forderung einer Kriegssentschädigung. — 2. Erhebung des Zolls zur Kämmerei in Posen von dem durch die Brücken gehenden Flößholz. — 3. Vom König geforderter Entwurf eines landwirtschaftlichen Kreditsystems für das Großherzogtum Posen. — 4. Erbschaftsstempel der Fürsten von der Osten-Sacken.² — 5. Das Goldagio in den Rheinprovinzen.

¹ Ähnlich wie beim Verzeichnis vom 7.6.1820 handelt es sich auch hier um ein Verzeichnis der zum Vortrag gekommenen Gegenstände.

² Material (ab 1814) in: Rep. 151, III Nr. 11225.

Nr. 54 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Juni 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 198–205v [Prot. 22]; MF 11. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 166–171v; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm², Altenstein [V], Bülow [U], Lottum [U], Schuckmann [U], Bernstorff [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Eytelwein [zu 3], Hoffmann [zu 1], Reinbeck [zu 2], Semler [zu 4].

1. Weigerung der Regierung von Anhalt-Köthen, die Verbrauchssteuer für ihre Schiffe auf preußischen Wasserstraßen zu entrichten.³ [B] — 2. Die Kabinettsordre⁴ zum Verfahren bei der Pensionierung etatsmäßiger Beamten und v. a. zur Besetzung der Stellen bei den Regierungen stellt sich gegen den Vorschlag des Staatsministeriums, daß hierbei die Regierungen vom Urteil der Ministerien über die Notwendigkeit derselben abhängig sein sollen. Stattdessen sollen den Regierungen entsprechende allgemeine Vorschriften [...] erteilt und ihnen die mögliche Beschränkung zur Pflicht gemacht werden. Das gesamte Staatsministerium ist von der Erforderlichkeit einer Kontrolle der Regierungen vom Zentralpunkt aus überzeugt, weil ohne diese die beschlossenen Beschränkungen gar nicht zu erfüllen sind. Die Notwendigkeit dieser Maßregel wird von den Regierungen selbst anerkannt. Die Aufrechterhaltung der Verfügung soll beantragt werden. [B] — 3. Verteilung der Räume des vormaligen Lagerhauses in Berlin. Umgestaltung des Durchganghofes zur besseren Verbindung zwischen der Kloster- und Neuen Friedrichstraße. Nutzungsbedarf der einzelnen Ministerien. Kosten und Mietertrag. [B] — 4. Besorgnis der Berliner Regierung wegen

¹ Kircheisen [U].

² Auf kurze Zeit.

³ Zur Vorgeschichte vgl. Dressler, Max, Der Kampf Anhalt-Köthens gegen die preußische Handelspolitik in den Jahren 1819–1828, Köthen 1908, S. 7–29. Zum Fall selbst S. 29–33. Möglicherweise wurde der Schiffer angestiftet, damit Anhalt-Köthen diesen Streit vor den Bundestag bringen konnte, vgl. Treitschke, Deutsche Geschichte, Bd. 3, S. 42. Auf jeden Fall wurde eine Klage hierüber beim Bundestag eingereicht mit der Forderung nach der Herausgabe des beschlagnahmten Schiffes. Das Schiff wurde freigegeben, womit die Klage gegenstandslos wurde. Zur Elbschiffahrt – die Elbschiffahrtsakte wurde endlich am 23.7.1821 beschlossen – vgl. Treitschke, ebd., S. 41–43. Vgl. auch den Vertrag über den Beitritt Anhalt-Köthens zum preußischen Zollverein v. 17.7.1828, GS, S. 99.

⁴ Die KO v. 31.5.1820 in: Rep. 126, A I Nr. 2 Bd. 1, n.f.

Überbevölkerung. *Da Berlin als ein volk- und gewerbereicher Ort vieler Handarbeiter bedarf, ist das Zuströmen der geringeren Volksklassen aus den Provinzen unvermeidlich. Die Stadtgemeinde wird auf Mittel hingewiesen, womit sie bis zum Winter gegen wahre Not angemessene Einrichtungen [...] treffen kann.* [B]

Nr. 55 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Juli 1820.

*Vollz. Reinschriften mit Korrekturen*¹, Bd. 3, Bl. 206–213v und 218–222v [Teilprot. 23a–d], Anlagen²: Bl. 215–217; MF 11.

*Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen*³, Bülow [2, 4–6], Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff⁴, Hake. — Prot.: [b] Goedeler [U]; [d] Kerll; [a, c] [?].

Weitere Teilnehmer: Kerll [zu 4–6], Wolfart [zu 3].

1. *Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in der Ober- und Niederlausitz und dem Amt Senftenberg. Gesetzesentwurf*⁵, *Spezialdiskussion.* [B] — **2.** *Der Graf von Blankensee beantragt die Wiedervereinigung aller seiner Filehnschen Güter hinsichtlich der Justizverwaltung mit dem Departement des Oberlandesgerichts zu Marienwerder. Das Staatsministerium ist nicht befugt, hierüber zu entscheiden, und die Eingabe des Grafen soll an das Justizministerium zur weiteren Verfügung abgegeben werden.* [B] — **3.** *Differenz zwischen Bernstorff und Lottum, ob die preußische oder die niederländische [...] Regierung [...] verpflichtet ist, einem 1815 geschlossenen Vertrag zur Verpflegung preußischer Truppen im ehemaligen Kreis Verviers zu genügen. Die Mehrheit beschließt, daß die Liquidation lediglich an das niederländische Gouvernement zu verweisen ist.* [B] — **4.** *Differenz zwischen Bülow und der General-Kontrolle, [...] ob eine Stiftung für Fabrikanten in Aachen, welche von der französischen Regierung für das ehemalige Roer Departement gegründet wurde, aus den Etatsfonds des Handelsministeriums zu zahlen ist. Bülow beansprucht die Disposition über diese Stiftung. Das Staatsministerium ist der Ansicht, daß der Handelsminister diese Stiftung nicht aus seinem Etatsfonds bestreiten muß. Das Kapital soll zur Hauptschatzkasse eingezogen werden und der Zinsbetrag zur bestimmungsmäßigen Verwendung auf den Etat des Handelsministeriums gesetzt werden. Weiterhin soll es Vorschläge über die notwendigen Modifikationen des Zwecks und der Grenzen dieser Stiftung abgeben.* [B] — **5.** *Die Schreib- und Zeichenmaterialien für die Provinzialbaubedienten sollen weiterhin aus den Bürokostenfonds der Regierungen und nicht aus dem Baufonds verabreicht werden.* [B] — **6.** *Zuständiger Fonds für die Zahlung [...] einer Gratifikation an den Regierungsrat und Wasserbaudirektor Balkow zu Marienwerder.* [B]

¹ TOP 3.

² Schreiben betr. Protokollführer und Umlauf des Protokolls.

³ TOP 3 mit Zustimmung zu Bernstorffs Vorbehalt.

⁴ TOP 3 unter Vorbehalt.

⁵ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch das Gesetz v. 21.7.1821, GS, S. 110.

Nr. 56 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Juli 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 224–231v [Prot. 24], Anlage¹: Bl. 223; MF 11/12. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 177–184; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: Reinbeck [U].

Weitere Teilnehmer: Reinbeck [U].

1. Der Vorschlag der General-Kontrolle wegen eines Präklusionstermins bis zum 1. Oktober 1820 für die Anmeldung von Forderungen nach Entschädigung für Gehalt, Pensions- und Wartegelder beim König zu beantragen, wird abgelehnt, jedoch soll ein diesbezügliches Zirkular² des Staatsministeriums an sämtliche Regierungen und Landesjustizkollegien [...] erlassen werden. [B] — **2.** Rekursache. Grundsatzdiskussion zu Gehaltsentschädigungen bei Beamten, die früher in preußischen Dienstverhältnissen standen. [B] — **3.** Regulierung der Wartegelder. [B] — **4.** Rekursache. Grundsatzdiskussion zu Normalbesoldungssätzen. [B]

¹ Schreiben zum Protokollführer und Umlauf.

² Ein solches Zirkular läßt sich bei Kamptz, Annalen, nicht nachweisen.

Nr. 57 Sitzung des Staatsministeriums am 9. August 1820.

Vollz. Reinschriften, Bd. 3, Bl. 232, 234–240v und 242–246 [Teilprot. 25a–c], Anlagen¹: Bl. 233 und 241; MF 12. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 185–195v; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V, 2–4], Kircheisen [2–5], Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff [2–5], Hake. — Prot.: [a] [Beuth]; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 4], Beuth [zu 1], Skalley [zu 5].

1. Die Etatsüberschüsse der Porzellan- und Gesundheitsgeschirrfabrik [...] dürfen zu den notwendigen Bauten der ersteren Anstalt verwendet werden. Diese Verwendung widerspricht einem früheren Beschluß des Staatsministeriums nicht. [B] — **2.** Kosten und verschiedene Fonds für die Schiffbarmachung der Saale. Anleihe bei der Seehandlung. [B] — **3.** Pensionsfonds. Bei der gegenwärtigen Erschöpfung des Pensionfonds und der Deckung der neueren Pensionen aus dem Extraordinarium der Generalstaatskasse, [...] verlangt die General-Kontrolle, daß die Ministerien in ihren Immediat-Pensionsberichten den Stand des Extraordinariums anzeigen; das gesamte [...] Staatsministerium soll an dieser Berichterstattung teilnehmen. Es wird für ausreichend gehalten, wenn bloß im Allgemeinen angezeigt wird, daß der Pensionsfonds bereits erschöpft ist, und daß die zu bewilligende Pension daher aus dem gedachten Extraordinarium erfolgen muß. Bei ihren Pensionsanträgen müssen sich die Ministerien [...] nur mit dem Schatzminister und nicht mit dem gesamten Staatsministerium vereinbaren. [B] — **4.** Zuschüsse zu den allgemeinen Verwaltungskosten der Regierungen aus dem Extraordinarium der Generalstaatskasse sind weiterhin vom Innenminister festzusetzen. [B] — **5.** Die Aufhebung des Krugverlagrechts auf dem platten Land,

¹ Bl. 233 betr. Protokollführer und Umlauf von TOP 1; Bl. 241 Schreiben Klewiz' v. 23.8.1820 zu Auszügen von TOP 1–3.

vorgeschlagen vom schlesischen Gutsbesitzer von Prittwitz, wird erwogen. Etliche Regierungen sind dagegen. Da eine solche Aufhebung auch der Deklaration² zum Gewerbesteuergesetz widersprechen würde, wird sie abgelehnt.³ [B]

² Vgl. § 54 des Gesetzes v. 7.9.1811, GS 1810–1811, S. 268.

³ Die Haltung einiger Regierungen hierzu in: Rep. 90a, J I 2 Nr. 1 Bd. 1, n.f.; dort auch der Bericht an Hardenberg v. 16.10.1820, Voten und weiteres Material.

Nr. 58 Sitzung des Staatsministeriums am 16. August 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 248–249 [Prot. 26], Anlagen¹: Bl. 247–256; MF 12. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Unterschrieben: Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: Koehler.

Hafenbau in Ruhrort.² Genehmigung des Anleiheplans. [B]

¹ Bl. 247 ein Schreiben Kircheisens; Bl. 250–251 ein Schreiben Vinckes v. 21.7.1820; Bl. 252 eine KO v. 6.12.1819 zum Bau des Hafens; Bl. 253–253 eine Aufzeichnung des Hafengeldtarifs für Ruhrort; Bl. 254–256 ein Bericht zur Finanzierung des Hafenbaus.

² Zur Geschichte des Hafenbaus in Ruhrort vgl. auch Roden, Günter v., Geschichte der Stadt Duisburg, Bd. 2, Duisburg 1979, S. 219f.

Nr. 59 Sitzung des Staatsministeriums am 23. August 1820.

Vollz. Reinschriften, Bd. 3, Bl. 257–269v [Teilprot. 27a–c]; MF 12. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 196–204; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Unterschrieben: Kircheisen [2], Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff [1 und 3], Hake. — Prot.: [a] Reinbeck [U]; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Braun [zu 2], Reinbeck [zu 1; U].

1. Fragen der General-Kontrolle zu Pensionsnachweisungen. Anspruch städtischer Justizbedienter sowie des Personals der Porzellanmanufaktur auf Pensionen aus Staatskassen [B]. Hinterbliebenenversorgung der Beamten. Höhe der beantragten Pensionen bzw. Erziehungsgelder bei drei Witwen und einem vorzeitig pensionierten Bauleiter [B]; Dauer der Erziehungsgelder für Söhne verstorbener Beamter. [B] — **2.** Aufhebung des Indults in Neuvorpommern.¹ [B] — **3.** Die Brauer zu Königsberg wollen den Malzschrot nicht in ihren Brauhäusern, sondern auf den königlichen Mühlenwagen abwiegen, da die Brauhäuser nicht über den nötigen Platz verfügen. [B]

¹ Das Votum Kircheisens, eine Abschrift des Immediatberichts und weiteres Material in: Rep. 84a, Nr. 47301. Vgl. auch KO v. 26.9.1820, GS, S. 199.

Nr. 60 Sitzung des Staatsministeriums am 6. September 1820.

Vollz. Reinschriften [a–b, d] und Reinschr. [c], Bd. 3, Bl. 271–283v und 285–295 [Teilprot. 29a–d], Anlage¹: Bl. 284; MF 13. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 205–220.

Unterschrieben [1–2, 4]: Kircheisen [V], Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [b] Duncker [U]; [a, d] [?].

Anwesend [zu 3]: [?] — Prot.: [c] [?]

Weitere Teilnehmer: Braun [zu 4], Kühne [zu 1], Löffler [zu 3].

1. Die Bezirke des ehemaligen Herzogtums Berg müssen nicht den Anteil der Kriegssteuer von 1814, die dem Distrikt Elberfeld [...] erlassen wurde, decken. Preußen ist zur Rückerstattung einer Anleihe des General-Gouvernements zur Bestreitung dieser Kriegssteuer, die dann von der Düsseldorfer Regierungshauptkasse übernommen wurde, verpflichtet. [B] — **2.** Invaliden-Versorgungswesen; allgemeine Revision. Einsetzung einer Kommission, Gegenstände der speziellen Recherche. Fragen bezüglich der Offizier-Witwenkasse werden getrennt behandelt. [B] — **3.** Regierungen müssen weiterhin Etatabschriften an die General-Kontrolle einschicken, jedoch ist die weitere Einschickung solcher Abschriften an die Ober-Rechnungs-Kammer nicht nötig. [B] — **4.** Der Fiskus ist verpflichtet, die Stadt Danzig für das ehemalige Posthaus zu entschädigen, welches der Freistaat Danzig nach dem Tilsiter Frieden vom französischen Gouvernement kaufte. Die Entschädigung soll durch die Übernahme eines verhältnismäßigen Anteils der Stadtoobligationen auf den Staatsschuldenfonds erfolgen.² [B]

¹ Das Original des Protokolls zu TOP 3 wurde nur von Lottum unterschrieben und an die General-Kontrolle und das Finanzministerium abgegeben.

² Der Bericht an Hardenberg v. 2.10.1820, Voten und weiteres Material in: Rep. 90, Tit. XVII Prov. Preußen Nr. 2.

Nr. 61 Sitzung des Staatsministeriums am 27. September 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 297–299v [Prot. 31]; MF 13. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 221–222; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Kircheisen, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff. — Prot.: Duncker [U].

1. Staatshaushalt 1821 und 1822. Entsprechend dem Wunsch der General-Kontrolle sollen die Vorschläge¹ der Immediatkommission zur Untersuchung des Staatshaushalts für die außerordentlichen [...] Fonds für 1821 und 1822 die vorläufige Grundlage für die Übersichten der Ministerien hierzu bilden. [B] — **2.** Jede Erinnerung der General-Kontrolle soll zunächst dem verwaltenden Ministerium vorgelegt werden, nur bei Differenzen soll die Sache dem Staatsministerium vorgetragen werden. [B]

¹ Vgl. die Protokolle der Sitzungen dieser Kommission (27.6.1820–4.8.1820) in: Rep. 90a, E II 2 Nr. 3 Bd. 1. Dort auch weiteres Material, u. a. die Abschrift des Berichts dieser Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts v. 4.8.1820.

Nr. 62 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Oktober 1820.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen,¹ Bd. 3, Bl. 300–310v [Prot. 32]; MF 13. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 223–230v; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend: Altenstein [V, U], Kircheisen [U], Schuckmann, Lottum [U], Klewiz [U], Bernstorff, Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 1], v. Berger [zu 4], v. Seydewitz [zu 2–3].

1. Ausgaben der Regierungen für 1821/22. Keine Absonderungen der allgemeinen Fonds [...] nach den speziellen Verwaltungszweigen der einzelnen Ministerien. Die Herabsetzung dieses Fonds ist schwierig, weil dessen jetzige Fixation auf Willkür und nicht auf wirklichem Bedürfnis ruht. Künftige Ermittlung der wirklichen Bedürfnisse der Regierungen. Extraordinarium der Regierungshauptkassen. Spezialdiskussion, u. a. Billigung des Vorschlags Vinckes zur Deckung der Mehrausgaben bei einem Titel durch Ersparnisse aus anderen Titeln der Regierungen. Genehmigung des Antrags des Oberpräsidenten Merkel, die Erhöhung der Fonds zu Diäten, Fahrkosten und Bedürfnissen der schlesischen Regierungen aus dem Fonds der aufgehobenen Regierung zu Reichenbach zu nehmen. Ob der Fonds der aufgelösten Regierungen denjenigen Regierungen zugewiesen wird, an welche die Verwaltung jener übergeht, soll von Fall zu Fall entschieden werden. [B] — **2.** Die Besoldung eines bei der Regierung zu Stralsund angestellten Schulrats ist der Universität Greifswald [...] nicht zuzumuten und soll von der Staatskasse übernommen werden. [B] — **3.** Die Geldsumme für die Steuer auf fremdes Papier, die die Cansteinische Bibelanstalt und die Buchhandlung des Waisenhauses zu Halle [...] zu entrichten haben, soll aus dem Extraordinarium der Generalstaatskasse genommen werden. [B] — **4.** Pensionsache. Grundsatzdiskussion zur Entschädigung eines Kirchendieners eines ehemals klösterlichen, jetzt königlichen Patronats aus dem staatlichen Pensionsetat. [B] — **5.** Vortrag Schuckmanns zu einzelnen Fragen bezüglich der Evakuierung der Festungen von den Bauefängen. [B]

¹ TOP 1.

Nr. 63 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Oktober 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 311–320v [Prot. 33]; MF 13/14. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 231–241; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Sack [zu 1], Streckfuß [zu 3], Sudolff [zu 2].

1. Entwurf² eines Patents zur Einführung des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichtsordnung im Herzogtum Westfalen, dem Fürstentum Siegen und den Grafschaften Wittgenstein-Wittgenstein und Wittgenstein-Berleburg. Spezialdiskussion, v. a. zum Bergwerksregal,

¹ Bülow [U].

² Eine Abschrift des Entwurfs v. 1818 in: Rep. 80, I. Justiz Nr. 12 Bd. 1. Dort auch ein Gutachten des Staatsrats v. 9.3.1818. Vgl. auch das Schreiben des Staatsministeriums v. 22.12.1820 an Hardenberg in: Rep. 74, R VIII Westfalen Nr. 1, wo vorgeschlagen wurde, mit der Einführung der preußischen Gesetze in Westfalen bis zur Herstellung der Provinzialstände zu warten. Dort auch das Votum Kircheisens.

Gemeinheitsteilungen, *Landeskultur*, Zwangs- und Banngerechtigkeiten. Gleichstellung des Rechts und der Gerichtsverfassung im Fürstentum Siegen mit derjenigen, welche in den Rheinprovinzen [...] eingeführt werden wird. Nachdem der Kronprinz die Frage aufwirft, ob die Einführung dieser Gesetzgebung nicht erst nach der Einführung der Landstände stattfinden soll, u. a. weil dieser Gegenstand ganz eigentlich zu deren Prüfung [...] geeignet wäre, wird beschlossen, diesen Zeitpunkt abzuwarten. [B] — 2. Nachträgliche Berichtigung der Bauhilfsgelder in der Kur- und Neumark. [B] — 3. Anspruch der Stadt Erfurt auf Entschädigung für das in früherer Zeit von Kurmainz ihr entzogene Eigentum. [B]

Nr. 64 Sitzung des Staatsministeriums am 1. November 1820.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen*¹, Bd. 3, Bl. 321–342v [Prot. 34]; MF. 14. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 242–260; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend [U]²: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Klewiz, Hake. — Prot.: Duncker.

Weitere Teilnehmer: Eytelwein [zu 3], Kerll [zu 4], v. Seydewitz [zu 5–7].

1. Pensionsache. [B] — 2. Gehalts- und Pensions-Rückstandszahlungen aus dem Reichsdeputationschluß sollen ohne Unterschied der Höhe des Betrages bis zum 31. Dezember 1817 von der Hauptverwaltung der Staatsschulden in Staatsschuldscheinen [...] berichtigt werden. [B] — 3. Bei der Prüfung eines Bauhandwerkers zum Meister muß er zugleich [...] erklären, ob er der Zunft beitreten will. Im bejahenden Falle hat er das zu leisten, was die Zunftartikel fordern. Die geplanten Instruktionen³ zur Prüfung werden entsprechend geändert. [B] — 4. Bauhilfsgelder für die Stadt Arnsherg. Die Nachforderung kann vom Handelsministerium nicht bezahlt werden und soll beim König beantragt werden. [B] — 5. Die Dotation eines Kirchensystems soll nach Meinung Altensteins aus den Fonds derjenigen geistlichen Korporationen erfolgen, welche bis zu ihrer Säkularisation für die gottesdienstlichen Bedürfnisse der Gemeinde sorgte. Nach längerer Beratung und nach einigen von Klewiz geforderten Modifikationen erklärt sich das Staatsministerium hiermit einverstanden. Die Verhandlungen über dergleichen Dotationen sollen vom Ministerium der geistlichen Angelegenheiten und dem Finanzministerium gemeinschaftlich geleistet werden [B]. Das Gehalt des Oberpfarrers am Dom zu Minden soll vorschußweise vom Ministerium der geistlichen Angelegenheiten gezahlt werden. [B] — 6. Schullehrer sollen wie Geistliche ihre Naturalverabreichung in Form einer Geldentschädigung erhalten. [B] — 7. Baukosten. Die bewilligte Summe für Baukosten bei den alten evangelischen geistlichen und Schulbauten in der Obergrafschaft Lingen wird bis zu einer anderen Einrichtung der Steuern als ein Steuererlaß betrachtet.⁴ [B] — 8. Der Bericht⁵ der Kommission zur Untersuchung der Militär- und Zivild pensionen wird an die Kommission für das Militärinvalidenwesen weitergegeben. [B]

¹ TOP 5: Altenstein war mit der Darstellung unzufrieden und fügte eine andere Fassung bei.

² Lottum [U].

³ Vgl. Rep. 74, K VIII Nr. 33, Bl. 25–28v. Dort auch weiteres Material, u. a. eine Berichterstattung über den im Protokoll mehrfach erwähnten Fall des Zimmermeisters Rust zu Potsdam. Vgl. auch die Instruktionen v. 28.6.1821, Kamptz, Annalen, Bd. 5 (1821), S. 592. Zum Zunftwesen in dieser Zeit – auch zum „Odium“ unzünftiger Meister – vgl. Bergmann, Jürgen, Das Berliner Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung, Berlin 1973, S. 35–67; ders., Das Zunftwesen nach der Einführung der Gewerbefreiheit, in: Preussische Reformen 1807–1820, hrsg. v. Barbara Vogel, Königstein 1980, S. 150–165.

⁴ Die Summe wurde durch eine KO v. 29.3.1820 bewilligt. Vgl. Rep. 151, V Nr. 72.

⁵ Rep. 90, Tit. XLIII A Nr. 3 Adhib., Bl. 188–206. Dort auch weiteres Material.

Nr. 65 Sitzung des Staatsministeriums am 15. November 1820.

Vollz. Reinschriften, Bd. 3, Bl. 343–349v [Teilprot. 35a–b]; MF 14. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 261–265v; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Unterschrieben [1]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [a] [?].

Anwesend [zu 2; U]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [b] [Name unleserlich] [U].

Weitere Teilnehmer: Kerll [zu 1], v. Ladenberg [zu 2].

1. *Der Anteil des Handelsministeriums am bereits ausgeführten Bau des Dammes bei der Festung Saarlouis soll aus dem Extraordinarium zum Chausseebau [...] 1821 genommen werden. [B] — 2.* *Meinungsdifferenz zwischen der General-Kontrolle und dem Finanzministerium zur Zahlungsverpflichtung der Staatskasse oder der Kommunen bei der Pensionierung von Steuereinnehmern des ehemaligen Münsterischen Kirchspiels. [B]*

Nr. 66 Sitzung des Staatsministeriums am 22. November 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 350–356 [Prot. 36]; MF 14/15. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 266–273; Rep. 84a, Nr. 47313, Bl. 194–199v; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Wolfart.

Die Verwaltungsschulden¹ der Landesteile des ehemaligen Großherzogtums Berg und des Königreichs Westphalen, die durch den Pariser Frieden nicht als abgemacht zu erachten sind, sollen zum administrativen Verfahren verwiesen werden. Verfahrensweise bei der Behandlung dieser Forderungen. [B]

¹ *Diese Forderungen reichten bis in die 1860er Jahre hinein. Vgl. den fünfbandigen Aktenbestand hierzu, Rep. 84a, Nr. 47313–47317. Nach der Auflösung des Schatzministeriums am 1.6.1823 wurden diese Forderungen von der Immediatkommission für die abgesonderte Restverwaltung behandelt. Vgl. die KO v. 16.5.1823, GS, S. 109. Bei diesen Forderungen sollte es zunächst weder ein allgemeines Aufgebot der Gläubiger noch eine öffentlich festgesetzte Präklusionsfrist geben, was sich dann aber mit der KO v. 19.7.1823 änderte, vgl. GS, S. 156.*

Nr. 67 Sitzung des Staatsministeriums am 29. November 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 357–359v [Prot. 37]; MF 15. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 274–277v; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: Duncker [U].

1. Entwurf¹ eines Immediatberichts *Schuckmanns* zur Aufbringung der Kommunalbedürfnisse für die Städte Halle und Aachen und zur Befugnis der Städte bei der Erhebung der Kommunalsteuer. *Klewiz* behält sich seine weitere Erklärung vor. [B] — 2. Der Erlaß eines allgemeinen Wege-reglements für die Erstellung besonderer Wegeordnungen für einzelne Provinzen ist nötig. Diese allgemeine Verordnung soll die Hauptstraßen der ganzen Monarchie und die Landstraßen der Provinzen festlegen, kann jedoch weder für die ganze Monarchie noch für einzelne Provinzen durchgreifende Vorschriften zur Herstellung der Wege enthalten. *Verfahrensweise bei der Erstellung dieses Reglements.* [B]

¹ Der Entwurf konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden; vgl. jedoch *Voten, Promemoria und weiteres Material in: Rep. 90a, F II Nr. 4 Bd. 1, n.f. Nach § 13 des Gesetzes über die Einrichtung des Abgabewesens (30.4.1820) durften Kommunen ihre Finanzbedürfnisse befriedigen, indem sie die Klassen- oder die Mahl- und Schlachtsteuer erhöhten. Hierzu brauchten sie aber auch die Genehmigung des Finanzministers.*

Nr. 68 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Dezember 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 360–361 und 363–371 [Prot. 38]; Anlage¹: Bl. 362; MF 15. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 278–284v; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum. Klewiz, Hake. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 1], Eytelwein [zu 2], Ferber [zu 4].

1. Die Kosten für die Anlage und Unterhaltung der Landwehr-Zeughäuser sind von der Staatskasse zu übernehmen. Die Kosten, welche von einzelnen Ergänzungsbezirken schon aufgebracht wurden, müssen aber nicht im Allgemeinen ersetzt werden [B]. Die Forderung *Hakes*, daß das nachgewiesene unerläßliche Bedürfnis für 1821 sowie das etwaige fernere Bedürfnis für 1822 [...] auch wirklich extraordinär zu seiner Disposition gestellt wird, soll bei der Beratung über die Extraordinarien überhaupt zur Sprache kommen. [B] — 2. *Bülow* fordert die Bewilligung einer Summe aus dem Extraordinarium der Generalstaatskasse zur Herstellung von Beschädigungen durch Überschwemmungen an den Leinpfaden und Wasserwerken des Rheins, der Mosel und der Elbe. Trotz der Einwände der General-Kontrolle wird dies gebilligt. [B] — 3. Bericht *Lottums* zum Stand des französischen Aversionalfonds. [B] — 4. Bewilligung zur Gründung der See-Assekuranz-Kompagnie in Stettin.² [B]

¹ Anmerkung *Lottums* zu TOP 2.

² Die Preußische See-Assekuranz-Kompagnie Stettin (1820–1883) wurde 1820 von den Kaufleuten *Wißmann, Steinicke, Weiß, Wietzlow* und *Gribel* gegründet und war die erste Aktiengesellschaft Stettins. Vgl. *Rep. 120, A XII Fach 2 Nr. 3 Bd. 1; Rep. 84a, Nr. 47203* und das Publikandum v. 25.2.1821 in: *Kamptz, Annalen, Bd. 5 (1821), S. 49.*

Nr. 69 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Dezember 1820.

Vollz. Reinschr., Bd. 3, Bl. 372–377 [Prot. 39]; MF 15. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 285–289; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Grenzen des Ressorts der Ministerien des Innern und der Finanzen bei der Anlegung von Kommunalsteuern. *Verfahrensweise beim Zuschlag der Kommunen auf die Mahl- und Schlachtsteuer, Malz- und Branntweinsteuer sowie die Klassensteuer.*² [B]

¹ Kircheisen [U].

² Vgl. den Immediatbericht v. 20.12.1820 in: Rep. 90a, F II Nr. 4 Bd. 1, n.f. sowie das Publikandum der Regierung Münster wegen der Erhebung und Kontrolle der Mahl- und Schlachtsteuer v. 16.8.1821 in: Kamptz, Annalen, Bd. 5 (1821), S. 534 und das Reskript der Innen- und Finanzministerien über die Erhebung der Klassensteuer durch die städtischen Behörden v. 13.3.1821, ebd., S. 10.

Nr. 70 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Dezember 1820.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 3, Bl. 378–387 [Prot. 40]; MF 15. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 290–299; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.

Anwesend²: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum [U], Klewiz [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Bethe [zu 2], Ferber [zu 3].

1. Staatshaushalt 1820. Deckung der Vorschüsse der Hauptschatzkasse für außerordentliche Bedürfnisse.³ [B] — **2. Handelsverhältnisse der sieben östlichen Provinzen.** Teils von der Regierung zu Stettin in Verbindung mit Sack, [...] teils von schlesischen Gutsbesitzern sind günstigere Zollbedingungen gegenüber Rußland, Österreich, Mecklenburg und Sachsen erwünscht. Eine Impostierung fremder Wolle sowie ein ermäßigter Ausfuhrzoll auf inländische Wolle werden abgelehnt. Es ist zweifelhaft, ob die beantragte Besteuerung von ausländischem Getreide den Interessen aller Provinzen entspricht. Dies soll noch festgestellt werden. Vor allem ist hier das Verhältnis mit Rußland ausschlaggebend. Gegen [...] Rußland ist diese Maaßregel gar nicht ausführbar und bei den übrigen betroffenen Ländern muß sie auch unterbleiben, denn partiell angewandt, würde Preußen hierdurch ein feindliches Ansehen gewinnen. Möglicherweise könnte eine Verbrauchssteuer auf ausländisches Getreide gesetzt werden. Die Getränkesteuer auf exportiertes Bier und Branntwein soll erstattet werden.⁴ [B] — **3. Das Gesetz⁵ wegen Einführung eines Fabrikzeichens auf Stabeisen soll auf die westlichen Provinzen ausgedehnt werden.** Fremde Fabrikzeichen dürfen beim Absatz nach dem Ausland verwendet werden, wenn die Sicherstellung des Absatzes solches verlangt. Keine Einrichtung von Eisen-Schau-Anstalten. [B]

¹ TOP 1.

² Hake [U].

³ Vgl. das Schreiben Lottums v. 28.11.1820 in: Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 2.

⁴ Zu den Friktionen im preußisch-russischen Zollverhältnis vgl. Zimmermann, Alfred, Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik, Oldenburg und Leipzig 1892, S. 73 f.

⁵ GS 1818, S. 153.

Nr. 71 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Dezember 1820.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen*¹, Bd. 3, Bl. 388–396v [Prot. 41]; MF 15. — *Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 158–165v; Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 2, Bl. 300–307v; Rep. 89, Nr. 3655, n.f.*

Unterschrieben: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: Löffler [U].

Weitere Teilnehmer: Löffler [U].

1. Staatshaushalt 1821. Außergewöhnliche Bedürfnisse und die dazu vorhandenen Deckungsmittel. Die Bewilligung dieser Mittel soll nur für 1821 beantragt werden, da es unmöglich ist, jahrelang vorher über diese Sache zu bestimmen. Die Immediatkommission zur Regulierung des Staatshaushalts hat als Deckungsmittel die 500 000 Rtlr., welche der König zur Schonung der ärmeren Volksklasse bei den neuen Ausgaben aus dem Kronfideikommiss als Zuschuß bewilligt hat und ferner Domänenveräußerungsgelder am Schluß des Jahres 1819 vorgeschlagen. Diese Gelder sollen jedoch hierzu nicht herangezogen werden. Die Deckungsmittel bestehen aus den 9 Millionen Rtlr., welche von 18 Millionen noch zur Disposition stehen, die für 1820/22 bewilligt wurden und einen Teil der Kontribution von Frankreich, die bereits eingezahlt wurde. [B] — **2.–7. Außergewöhnliche Bedürfnisse der einzelnen Ministerien und der Hauptverwaltung der Staatsschulden.**² [B]

¹ TOP 2–7.

² Die Nachweisungen der einzelnen Ministerien in: Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 2. Dort auch Voten und weiteres Material.

Nr. 72 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Januar 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 1–8v [Prot. 1]; MF 16. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 1–6v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Streckfuß [zu 2].

1. Übertragung der Dienstgeschäfte des Oberpräsidenten Graf Solms-Laubach auf Ingersleben.¹ Einstweilige Vertretung des erkrankten Oberpräsidenten² Bülow durch Schulenburg. — **2. Servislasten der Stadt [...]** Berlin. Rückstände. Der Magistrat weigert sich, den Zuschuß zum Servis der kasernierten Truppenteile aus der Mietssteuer zu entrichten sowie den Überschuß der Mietssteuer zum Kasernenbau zu verwenden. *Spezialdiskussion. Festlegung der weiteren Verfahrensweise.*³ [B]

¹ Zu diesem Vorgang, der nach Solms' Tod am 24.2.1822 mit der Vereinigung beider Oberpräsidialbezirke in einem Oberpräsidium endete, vgl. Gerschler, *Oberpräsidium der Provinz Jülich-Kleve-Berg*, S. 196–199.

² Der neue Oberpräsident Sachsens (1821/24–1825) wurde Friedrich Christian Adolf von Motz.

³ Vgl. auch VO zur Serviseinrichtung Berlins v. 26.1.1815, GS, S. 4.

Nr. 73 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Januar 1821.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 4, Bl. 9–20 [Prot. 2]; MF 16. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 7–18v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend [U]²: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Lottum, Hake. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Seydewitz.

1. Einwand Altensteins gegen den Anspruch der General-Kontrolle, die Etats aller Institute zu prüfen, auch wenn diese keine Zuschüsse aus Staatskassen nachweisen oder wenn solche Zuschüsse festgelegt sind. Eine endgültige Beschlußnahme kann erst nach der Feststellung der Institute, die nicht für Rechnung des Staats oder mit dessen Gewährleistung verwaltet werden, gefaßt werden.³ [B] — 2. Gehaltssache.⁴ [B] — 3. Drei ehemalige Mitglieder der Sanitätskommission der aufgelösten Regierung zu Reichenbach haben keinen Anspruch auf Entschädigung durch Wartegeld [...] oder Abfindung, aber eine Pension soll beantragt werden. [B]

¹ TOP 2.

² Schuckmann [U].

³ Vgl. das Zirkular des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten an alle Regierungen und Konsistorien über die Einsendung der Kirchen-, Schul- und Institutenetats v. 30.9.1825 in: Kamptz, Annalen, Bd. 9 (1825), S. 1009.

⁴ Das Protokoll zur Konferenz am 6.10.1820, welches auf Bl. 17v erwähnt wird, konnte nicht nachgewiesen werden.

Nr. 74 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Januar 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 21–24v [Prot. 3]; MF 16. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 19–20v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend¹: Altenstein [V, U], Bülow [U], Schuckmann, Lottum [U], Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Löffler.

Etatsform. Vorschläge² der General-Kontrolle zur Verbesserung. Ernennung von Kommissarien zum Entwurf einer allgemeinen Etatsform. [B]

¹ Kircheisen [U].

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 75 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Februar 1821.

Vollz. Reinschriften, Bd. 4, Bl. 25–53 [Teilprot. 4a–c]; MF 16/17. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 21–42v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend [zu 1]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U]. — Prot.¹: [a] [?].

Unterschrieben [2–4]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Hake. — Prot.: [c] Brese [U]; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Brese [zu 4; U], Hoffmann, Kerll [beide zu 1; U], v. Seydewitz [zu 2–3; U].

1. Das Monopol der Elbschiffahrt von Magdeburg nach Hamburg durch den Magdeburger Elbschiffahrts-Assekuranzverein ist möglicherweise gesetzwidrig², da das Gewerbe der im Vertrag nicht begriffenen Kaufleute und Schiffer hierdurch beschränkt wird. Voten auch von Humboldt³ und Beyme. Es gibt keine hinreichende Veranlassung, die Privatverträge zwischen Kaufleuten und Schiffen, auf welchen dieser Verein beruht, durch eine allgemeine Verwaltungsmaßregel oder durch ein neues landespolizeiliches Gesetz für ungültig zu erklären. In Fällen, wo auf Erfüllung von Verbindlichkeiten aus diesen Verträgen geklagt wird, sollen die hierfür zuständigen Gerichte entscheiden, ob und wie weit diese Verträge [...] gegen bestehende Gesetze gerichtet und daher unverbindlich sind.⁴ [B] — **2.** Die Erstattung der Kaufsumme an die Bauakademie⁵ in Berlin für das von Thielesche Haus im Jahre 1806 soll als Staatssuld [...] durch die Hauptverwaltung der Staatsschulden [...] bestritten werden und nicht aus königlichem Fonds erfolgen. Dotation wissenschaftlicher Anstalten in Berlin. [B] — **3.** Anspruch der Universität [...] Halle auf eine Entschädigungs- und Versicherungssumme für drei [...] 1813 niedergebrannte Gebäude, die im Festungsrayon zu Wittenberg standen. [B] — **4.** Zuständiger Fonds für die Besoldung der Aufseher, welche bei den Staats- und Stubengefangenen in den Festungen zurückbleiben, nachdem die übrigen Aufseher mit den Burgengefangenen in Zivilstrafanstalten übergehen. [B]

¹ Wegen der Krankheit seines Sohnes konnte Duncker dieser Konferenz nicht beiwohnen. Vgl. sein Schreiben v. 7.2.1821 in: Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3 Bd. 5.

² Man bezog sich hier insbesondere auf die KO, die alle Privatverträge, welche die gesetzlich gegebene Gewerbefreiheit behindern oder beschränken wollten, für unverbindlich erklärt hatte, v. 19.4.1813, GS, S. 69.

³ Humboldt's Votum gedr. in: Gesammelte Schriften, Bd. 12/2, S. 344–351.

⁴ Vgl. das Schreiben des Staatsministeriums v. 19.7.1821 an Hardenberg in: Rep. 74, K XV Nr. 47, n.f. Dort auch weiteres Material.

⁵ Die Königliche Bauakademie wurde 1799 von Friedrich Wilhelm III. gegründet. Sie diente der Ausbildung von Feldmessern und Baumeistern für öffentliche Bauten.

Nr. 76 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Februar 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 54 und 56–62 [Prot. 5]; Anlage¹: Bl. 55; MF 17. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 43–49v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Schuckmann, Lottum, Hake. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Eytelwein [zu 2], Koehler [zu 3], Rosenstiel [zu 1].

1. Münzverfassung. Entwurf² eines neuen Münzgesetzes. Spezialdiskussion. [B] — **2.** Schleusenbau bei Wriezen. Da die Deichsozietät die Baukosten nicht übernehmen will, wird der Fiskus beim

¹ Schreiben Altensteins zum Umlauf des Protokolls.

² Rep. 74, N XXXIV Nr. 28 Bd. 1, Bl. 56–60. Dort auch weiteres Material, u. a. zu den Bemerkungen Lottums und den Beratungen des Staatsrats. Vgl. auch die allgemeinen Bestimmungen über die Münzverfassung im preußischen Staate v. 30.9.1821, GS, S. 159.

Oberlandesgericht klagen. [B] — 3. Nach Aufhebung des Indults wollen mehrere Gutsbesitzer im Großherzogtum Posen nur einen halbjährigen Zinsrückstand statt des bestimmten einjährigen entrichten; abgelehnt. Forderungen der Gutsbesitzer des Kulmer Landes nach Befriedigung ihrer Ansprüche an den Staat hinsichtlich der Ausführung des 9. Artikels der Konvention³ zwischen Preußen und Rußland und bezüglich der Regulierung der Forderungen aus dem Gebiet des früheren Herzogtums Warschau sollen noch beraten werden. [B]

³ Vgl. Art. 9 in der Konvention v. 22.5.1819, GS, S. 204 f.

Nr. 77 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Februar 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 63–65v [Prot. 6]; MF 17. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 50–53; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Hake, Lottum. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Beuth [zu 2], Frick [zu 1].

1. Trennung der Küstereien in Filialkirchen und Mutterkirchen. [B] — 2. Die Pension für Fabrikanten in Aachen, die aus der Zeit der französischen Regierung stammt, soll der dortigen Handwerkschule überlassen werden. [B]

Nr. 78 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Februar 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 66–75v [Prot. 7]; MF 17. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 54–60v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend [U]¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Schütz [zu 2].

1. Hofjagdamt. Prüfung des Plans² des Oberjägermeisters [...] Graf von Moltke zur Verbesserung der Verwaltung des Jagdwesens und zur Errichtung eines besonderen Hofjagdamtes. Obwohl auf die Errichtung eines Hofjagdamtes in dem projektierten Umfang und auf Trennung des Jagdwesens von der Forstverwaltung nicht einzugehen ist, soll Moltke [...] Vorschläge zur Verbesserung des Jagdwesens machen. [B] — 2. Schleichhandel. Gegenmaßnahmen in den westlichen Provinzen. Ernennung eines Generalinspektors in den westlichen Provinzen, um die Ausführung der neuen Steuergesetze zu verbessern. Klewiz ist gegen dessen gänzliche Trennung von den Regierungen wegen der daraus zu besorgenden Opposition. [B] Benachrichtigung der Regierungen und Landesjustizkollegien über den Waffengebrauch bei der Grenzaufsicht.³

¹ Altenstein [U].

² Der Plan v. 20.2.1820 in: Rep. 87, D Nr. 4959, Bl. 4–26v. Dort auch Klewiz' Gutachten und Votum sowie weiteres Material, u. a. das im Beschluß erwähnte Gutachten.

³ Das Votum Klewiz' sowie weiteres Material in: Rep. 120, C VII Fach 1 Nr. 2 Bd. 1. Das Zirkular-Reskript v. 29.1.1821 zur Benachrichtigung aller Regierungen über den gestatteten Gebrauch der Waffen bei widerspenstigen Schleichhändlern, in: Kämpf, Annalen, Bd. 5 (1821), S. 14.

Nr. 79 Sitzung des Staatsministeriums am 7. März 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 76–79v [Prot. 8]; MF 17. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 61–63; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Müller.

Die Befreiung des Militär-Magazinguts von der Kommunalsteuer soll vom König entschieden werden. [B] — 2. Gegen den Ankauf von preisgünstigen Häusern in Ostfriesland [...] für die Militärverpflegung, wie von der Regierung zu Münster vorgeschlagen, ist nichts einzuwenden. [B]

¹ Bülow [U].

Nr. 80 Sitzung des Staatsministeriums am 14. März 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 80–90v [Prot. 9]; Anlage¹: Bl. 91–92; MF 18. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 64–77; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend²: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen, Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 3], Braun [zu 2], Eytelwein [zu 4].

1. *Stiftung des ehemaligen herzoglichen Merseburgischen Kanzlers Wex. Vollziehung der Verwaltungsordnung³ über die Verwendung und Verwaltung der 1682 gegründeten Stiftung. [B] — 2. Anwendung des 11. Artikels der Konvention⁴ zwischen Preußen und Rußland vom 22. Mai 1819 betreffend die Forderungen zwischen Preußen und dem Königreich Polen: Einstellen von Rechtsverfahren gegen Rechnungsbeamte, Depositverwalter und Domänenpächter, die von der preußischen Regierung bis zum Tilsiter Frieden angestellt waren. [B] — 3. Befugnis der General-Kontrolle zur Bestätigung bzw. zur Mitvollziehung von Etats, welche der Oberpräsident vollzogen hat. [B] — 4. Räumung der Akten des General-Direktoriums und anderer Departements aus dem Berliner Stadtschloß. Aussonderung. Am neuen Standort im Lagerhaus werden noch einige Reparaturarbeiten vorgenommen. [B] — 5. Verwaltungsorganisation. Verminderung der bestehenden Oberpräsidien und Regierungen. In der vorigen Beratung⁵ fand das Staatsministerium, daß die Sache zur definitiven Bestimmung [...] noch nicht reif ist und auf die Verbesserung der Geschäftsorganisation überhaupt bei den Provinzial-Verwaltungs-Behörden näher einzugehen sein wird.⁶ — 6. Staatshaushalt 1821. Klewiz [...] meldet den Hauptfinanzetat 1821 für den nächsten Monat [...] an. [B] — 7. Für den Fall der Aufhebung der Regierung von Berlin wird erwogen, ob das Regierungsgebäude zur Kasernierung und Unterbringung der Gendarmerie oder für die Ziviladmi-*

¹ Conclusum vom 7.3.1821 zur Frage, ob und welche Regierungen aufgehoben werden sollen. Verfasser war Schuckmann.

² Bülow [U].

³ Vgl. Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 7 Bd. 1 und auch die Verhandlungen des Staatsrats, in: Rep. 80, I Justiz Nr. 20.

⁴ Vgl. GS 1819, S. 205 f.

⁵ Zu diesem TOP in der Sitzung am 7.3.1821 gibt es kein Protokoll.

⁶ Vgl. Conclusum Bl. 91–92.

nistration verwendet werden soll. [B] — 8. Befugnisse der Hauptverwaltung der Staatsschulden gegenüber den Regierungen. [B]

Nr. 81 Sitzung des Staatsministeriums am 21. März 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 93–99v [Prot. 10]; MF 18. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 78–85; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen, Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Beuth [zu 1], Bierdemann [zu 2], v. Schütz [zu 1], Wolfart [zu 3].

1. Der Berliner Magistrat hat sich darüber beschwert, daß zur Kontrolle der Mahl- und Schlachtsteuer-Erhebung das Finanzministerium das Hamburger und das Schlesische Tor hat sperren lassen. Dem Finanzministerium steht diese Befugnis zu.¹ [B] — 2. Kein neuer Präklusionstermin für die Entschädigung von Zwangslieferungen an die Armee während des Krieges im Jahre 1815. Liquidanten, die sich bis 31. Dezember 1816 nicht gemeldet haben, soll das Schatzministerium abweisen.² [B] — 3. Forderung des Magistrats der Stadt Schmiedeberg auf Entschädigung für ihre an den preußischen Staat übergegangene Kriminalgerichtsbarkeit.³ Die Forderung wird abgelehnt. [B]

¹ Vgl. Voten in: Rep. 90a, F IV 2 Nr. 1 Bd. 1. Dort auch weiteres Material.

² Vgl. das Edikt wegen Vergütung der Leistungen während des jetzt beendigten Krieges v. 3.6.1814, GS, S. 49.

³ Vgl. die Instruktion wegen Errichtung der Untergerichte in den mit dem Preußischen Staate vereinigten ehemals sächsischen Provinzen v. 4.5.1820, GS, S. 70.

Nr. 82 Sitzung des Staatsministeriums am 28. März 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 100–109 [Prot. 11]; MF 18. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 86–93v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Brese [zu 3], Eytelwein [zu 2], Kerll [zu 1].

1. Änderung der Durchgangsabgaben bei der Rheinschiffahrt.¹ Bei Kähnen soll nicht die Personenzahl, sondern die Bordhöhe den Tarifsatz bestimmen. Beamte im Dienst müssen diese Gebühren nicht entrichten, sondern sollen von der Regierung mit Karten zum freien Übergang versehen werden. [B] — 2. Die Anlage einer Schiffsbrücke zwischen Köln und Deutz ist für den Handel nicht erforderlich, aber für das Militär wichtig. Obwohl eine solche Brücke früher oder später unentbehrlich werden wird, müssen zuerst die Ansprüche der Fuhrberechtigten beseitigt werden und eine technische Prüfung des ganzen Projekts an Ort und Stelle stattfinden. Die Frage nach dem

¹ Zu den Verhandlungen über die Tarife für die Rheinschiffahrt in diesen Jahren vgl. Rep. 74, K XV Nr. 46 Bd. 1–2. Vgl. auch die Bestimmungen zu den Rheinschiffahrtsabgaben in der Erhebungsrolle 1822–24 v. 25.10.1821, GS, S. 181.

zuständigen Fonds ist noch nicht entschieden.² [B] — 3. Jagdrechte und Militär. Die Entschädigung der Eigentümer für die Abtretung von Jagdrechten an den ersten Kommandanten einer Festung soll vom Finanz- und nicht vom Kriegsministerium übernommen werden.³ Die Weigerung städtischer Grundbesitzer in Koblenz, ihre Jagden abzutreten, soll vom Innen- und Kriegsministerium behandelt werden. [B]

² Eine Schiffsbrücke zwischen Köln und Deutz wurde erst 1859 erbaut.

³ Vgl. die KO v. 9.6.1821 an die Innen-, Finanz- und Kriegsministerien, welche die KO v. 21.12.1812, die die Jagdberechtigungen der Festungskommandanten bestimmte, bestätigte. Beide KO in Kamptz, *Annalen*, Bd. 5 (1821), S. 698–700.

Nr. 83 Sitzung des Staatsministeriums am 11. April 1821.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 4, Bl. 110–119v [Prot. 12]; MF 18. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 94–101v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Schütz [zu 2], v. Seydewitz [zu 1].

1. Einige Pensionsanträge Altensteins wurden von der General-Kontrolle [...] abgelehnt, v. a. weil diese Geistlichen und deren Witwen einen Anspruch auf Pensionen aus Staatskassen abspricht und einen Anspruch der Witwen von Handarbeitern, die dem Staat dienen, vollkommen abstreitet. Altenstein aber will diese als Witwen von Staatsdienern behandelt wissen, gleichviel, ob diese mit dem Kopf oder mit der Hand gearbeitet haben. Weder Geistliche noch deren Witwen haben einen gesetzlichen Anspruch auf Pension aus Staatskassen. Eine solche Pension ist eine Gnadenbewilligung. Gleichwohl wird nicht verkannt, daß bei dem veränderten Zustande der Dinge, und nachdem der Staat selbst öffentlich ausgesprochen, daß er für Religion und Kirche besondere Verpflichtungen hat, auch vom König immer in diesem Geiste verfügt worden ist, die frühere Gesetzgebung [...] nicht mehr anzuwenden, und der Zutritt der Staatskassen notwendig ist. Bei der Entscheidung zur Berechtigung solcher Anträge gesteht Altenstein der General-Kontrolle keine Stimme zu. Altenstein soll dem König die zu Gnadenbewilligungen geeigneten Fälle in besonderen Berichten vortragen. [B] — 2. Maßregel gegen den Schleichhandel am Rhein. [B] — 3. Die Vorschläge der Regierungen zu Kleve zur Gesetzesänderung in Beziehung auf den Schleichhandel sollen auf sich beruhen. [B]

¹ TOP 1.

Nr. 84 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Mai 1821.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 4, Bl. 120–122 [Prot. 13]; MF 18. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake, Bernstorff. — Prot.: Duncker [U].

¹ TOP 1–6.

*Neuordnung der Gendarmerie.*² 1.–6. Die Zahlungen der Wartegelder der ausgeschiedenen Offiziere sollen auf den Wartegelder- oder Pensionsetat übernommen werden. *Zahlung einer Abfindung an die Kapitulanten von der rheinischen Gendarmerie. Zahlung der Reisegelder der Offiziere. Fonds für die Wartegelder und Invaliditätsgehälter der ausgeschiedenen Wachtmeister und Gemeinen. Bestimmungen für die sächsische Gendarmerie.*³ Als Pensionäre sollen Gendarmen auf den Zivil- und nicht auf den Militärfonds übernommen werden.⁴ [B]

² Vgl. die VO und Dienstinstruktion v. 30.12.1820, GS 1821, S. 1 bzw. 10. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 299a Nr. 28 Bd. 1 und Rep. 77, Tit. 299c Nr. 2 Bd. 1.

³ Vgl. Rep. 77, Tit. 299a Nr. 34 Bd. 1.

⁴ Vgl. Rep. 77, Tit. 299c Nr. 20 Bd. 1.

Nr. 85 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Mai 1821.

*Vollz. Reinschriften mit Korrekturen*¹, Bd. 4, Bl. 123–143 [Teilprot. 14a–b]; MF 19. — *Abschr.:* GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 102–120.

*Anwesend*²: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 2; U], Altenstein [V, U], Kircheisen [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Bernstorff [U], Hake [U]. — *Prot.:* [a] Duncker [U]; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger [zu 2], Koehler [zu 1].

1. *Niederlassungsrecht der Juden in den Rheinprovinzen. Meinungsverschiedenheit der Regierung zu Köln mit dem Innenministerium über die Auslegung des entsprechenden Artikels in der französischen Judenordnung von 1808. Bei den zwei Einzelfällen soll es bei den Verfügungen des Innenministeriums bleiben, und vom König wird eine Erklärung dieses Gesetzes erbeten.* [B] — 2. *Staatshaushalt für 1821. Entwurf des Hauptfinanzetats. Prüfung und Spezialdiskussion.*³ [B]

¹ TOP 2.

² Bülow [U].

³ *Der Immediatbericht v. 28.5.1821 in: Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 2. Dort auch weiteres Material, u. a. ein Entwurf zum Hauptfinanzetat für 1821. Vgl. auch Ohnishi, Takeo, Die Entstehung des ersten preußischen Staatshaushaltsetats im Jahre 1821, in: Wirtschaftskräfte und Wirtschaftswege. Festschrift für Hermann Kellenbenz, hrsg. v. Jürgen Schneider, Stuttgart 1978, S. 281–295. Eine tabellarische Übersicht zu den Einnahmen und Ausgaben des preußischen Staatshaushalts 1821 bei: Zorn, Wolfgang, Staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik und öffentliche Finanzen 1800–1970, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Stuttgart 1976, Bd. 2, S. 175.*

Nr. 86 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Mai 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 144–154 [Prot. 15]; MF 19. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 121–128v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

*Anwesend*¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Bernstorff [U]. — *Prot.:* Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Wolfart.

¹ Hake [U].

1. Staatsschuld. Umschreibung *der Bordereaux*² *des ehemaligen Königreichs* [...] Westphalen in Staatsschuldenscheine, Übernahme *der neuen* [...] Kriegsschuld der Altmark als Staatsschuld.³ [B] — 2. Rückzahlung *der Kauttionen entlassener Kassenbeamten im ehemaligen Königreich Westphalen. Spezialdiskussion.*⁴ [B]

² *Aufstellung von im Bankverkehr eingegangenen Wechseln, Effekten und dgl.*

³ *Ein Präklusivtermin zur Anmeldung der Forderungen auf diese Bordereaux wurde durch eine KO v. 12.11.1823 festgesetzt, vgl. GS, S. 174. Zu diesem Verfahren insgesamt vgl. Krug, Staatsschulden, S. 299.*

⁴ *Zur Rückgabe dieser Amtskauttionen vgl. ebd., S. 301.*

Nr. 87 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Mai 1821.

Vollz. Reinschriften, Bd. 4, Bl. 155–158v [Teilprot. 16a¹–b]; MF 19. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

*Anwesend*²: Altenstein [V, U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz, Hake [U]. — *Prot.: Duncker [U].*

1. *Staatshaushalt 1822. Deckung der außerordentlichen Bedürfnisse. Nachweisungen*³ *der einzelnen Ministerien sind erforderlich.* [B] — 2. *Revision der Klassensteuer durch die Einführung einer neuen Klasse für die reichen Einwohner. Der König fordert einen Bericht mit weiteren Modifikationen.*⁴ [B]

¹ *Dieser Teil des Protokolls wurde zu den Akten des 4. Departements des Kriegsministeriums gesandt. Eine Abschrift ist nicht nachweisbar. Gegenstand der Beratung war die Naturalquartierberechtigung der Offiziere.*

² *Bernstorff [U].*

³ *Vgl. die Nachweisungen in: Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 2.*

⁴ *Vgl. die KO v. 18.5.1821 in: Rep. 151, II Nr. 1608. Vgl. auch Beckerath, Erwin, Die preußische Klassensteuer und die Geschichte ihrer Reformen bis 1851, München und Leipzig 1912, S. 4 f.*

Nr. 88 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juni 1821.

*Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 163–171v [Prot. 17]; Anlagen*¹: *Bl. 159–162v; MF 19/20. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3656, n.f.*

Unterschrieben: Altenstein [V], Bülow, Lottum, Bernstorff, Hake. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Lehnert [zu 1].

1. *Vorschlag*² *der Regierung zu Minden, den Schleichhandel mit Salz* [...] *in ihrem Bezirk durch die Gleichstellung der Salzverkaufspreise mit dem Auslande zu bekämpfen. Abgelehnt.* [B] — 2. *Um den Salzabsatz gegen den Schleichhandel in Westfalen und den Rheinprovinzen, der hier in bedeutendem Umfang stattfindet, zu schützen, schlägt Lottum eine Kontrolle des Salzverbrauchs vor. Anstelle des Salzmonopols soll hier eine Salzsteuer erhoben werden. Beschlossen wird, die Wirksamkeit der Grenzbewachung noch abzuwarten, bevor die Vorschläge Lottums erneut beraten*

¹ *Bl. 159–159v, Schreiben Altensteins an Lottum v. 27.6.1821 zu TOP 3; Bl. 160–161, Erläuterungen Maassens v. 27.6.1821 zu TOP 3; Bl. 161–161v, Abschrift einer KO v. Anfang Juni 1821 an Klewiz zur Stempelsteuer; Bl. 162–162v, Schreiben Lottums v. 29.6.1821 an die Staatsminister wegen dieses Gegenstandes.*

² *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

werden.³ [B] *Befugnis der Verwaltungsbehörde gegenüber Ortschaften, welche sich der Salzkontrabande wiederholt schuldig gemacht haben.*⁴ [B] — **3. Münzverfassung.** Einteilung des Talers in den westlichen Provinzen.⁵ [B] — **4. Staatshaushalt 1821.** Wegen der höchst bedeutenden Abweichungen in dem vom König vollzogenen [...] Etat und dem vom Staatsministerium vorgelegten Hauptfinanzetat wird beschlossen, sich von Hardenberg über die bei der Feststellung des vom König vollzogenen Hauptetats in Anwendung genommenen Grundsätze Erklärung zu erbitten. [B]

³ Eine Kontrolle des Salzverbrauchs wurde am 9.8.1823 in der Provinz Sachsen links der Elbe und in mehreren anderen Regierungsbezirken, am 20.11.1824 in Pommern und am 4.12.1824 in Westfalen eingeführt, vgl. Kamptz, *Annalen*, Bd. 7 (1823), S. 556–560; Bd. 8 (1824), S. 997–999.

⁴ Vgl. das Edikt über die Ausübung des Salzregals in den Provinzen vom linken Ufer der Elbe bis zur westlichen Grenze v. 10.6.1816, GS, S. 182.

⁵ Vgl. das Gesetz über die Münzverfassung v. 30.9.1821, GS, S. 159.

Nr. 89 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Juli 1821.

*Notiz*¹, Bd. 4, Bl. 172; MF 20.

Heranziehung des Militärs zur Mahl- und Schlachtsteuer.²

¹ Laut Notiz (Bl. 172) wurde für diese Sitzung [...] kein Protokoll aufgenommen, sondern der Beschluß wurde Teil eines Berichts, der dem König eingereicht wurde. Dieser Bericht – unterschrieben von Altenstein, Kircheisen, Bülow, Lottum, Bernstorff und Hake – befindet sich in Rep. 74, M XXXVIII Nr. 83, n.f. Die Entscheidung des Königs v. 9.8.1821 in: Rep. 90a, F IV 2 Nr. 1 Bd. 1.

² Vgl. den Immediatbericht v. 19.7.1821, Bl. 32–34, Voten und Nachweisungen in: Rep. 90a, F IV 2 Nr. 1 Bd. 1.

Nr. 90 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Juli 1821.

Vollz. Reinschriften, Bd. 4, Bl. 173–176v und 178–182 [Teilprot. 19a–b]; *Anlage*¹: Bl. 177; MF 20. — *Abschriften*: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 131–136v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Unterschrieben [I]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Lottum, Bernstorff, Hake — *Prot.:* [a] Löffler [U].

Anwesend [zu 2; U]: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Lottum, Hake. — *Prot.:* [b] Skalley [U].

Weitere Teilnehmer: v. Berger, Löffler [zu 1; U], Skalley [zu 2; U].

1. Anfertigung des *Generalstaatskassen-Etats* für 1820. Die Überschüsse der Regierungshauptkassen sollen bei den 9 Regierungen, welche für 1820 neue Etats erhalten haben und noch erhalten werden, als Einnahmen aufgenommen werden. Die Überschüsse der übrigen 18 Regierungen sollen aber teilweise in Abzug gebracht und teilweise als Soll zum Etat der Generalstaatskasse gebracht werden. [B] — **2.** Die ehemaligen Inhaber der Biereigen- und Malzberechtigungen zu Erfurt haben keinen Rechtsanspruch auf Entschädigung im Wege der Ablösung.² Ihre Ansprüche, die sich auf das *Gewerbepolizei-Edikt*³ gründen, erfüllen nicht die gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen. Vielleicht sind die in der Folge hinzutretenden Brauer zu Entschädigungsbeiträgen verpflichtet.

¹ Bestätigung der Richtigkeit des Protokolls zu TOP 1 seitens v. Berger im Namen des Finanzministeriums.

² Das Bittschreiben v. 14.12.1820 in: Rep. 74, K IX Sachsen Nr. 12. Dort auch weiteres Material.

³ Vgl. das Gesetz v. 7.9.1811, GS, S. 263.

Das Gewerbepolizei-Edikt ist im Erfurter Gebiet [...] gültig, auch wenn es hier nur um eine Bestimmung des Finanzministeriums ging, die ohne besondere landesherrliche Genehmigung [...] publiziert wurde. [B]

Nr. 91 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Juli 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 183–188v [Prot. 20]; MF 20. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 137–140v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Bülow, Lottum, Bernstorff, Hake. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Klaatsch.

1.–3. Münzverfassung. Remedien¹ bei der Scheidemünzprägung. [B] – *Die schnelle Verbreitung der neuen Scheidemünze durch ihre Anwendung als Soldzahlung für die Unteroffiziere und Soldaten wird von Hake abgelehnt; jedoch sollen ein geringer Teil der Gehälter, Wartegelder, Pensionen und andere Ausgaben in der neuen Scheidemünze gezahlt werden.* [B] – *Die Verbreitung der neuen und Einziehung der alten Scheidemünzen könnte in den östlichen Provinzen besonders schwierig sein.* [B]

¹ *Remedium: Bei Münzen die zulässige Abweichung vom gesetzlich geforderten Gewicht bzw. Feingehalt.*

Nr. 92 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Juli 1821.

Vollz. Reinschr. und Reinschr., [TOP 4] Bd. 4, Bl. 190–198 [Prot. 21], Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 151, III Nr. 10812, n.f., Anlage¹ Bl. 189; MF 20 und MF-Suppl. 2.

Anwesend [zu 1–3; U]: Altenstein [V.], Kircheisen, Bülow, Lottum, Bernstorff, Hake — Prot.: Duncker [U]; [TOP 4] [Sotzmann?] [U].

Weitere Teilnehmer: Braun [zu 1], v. Goßler, Koehler, Maassen [alle zu 4], v. Seydewitz [zu 2–3], [Sotzmann? zu 4; U].

1. Verkauf von Staats- und anderen öffentlichen Papieren im Wege der Exekution. Entwurf² einer Deklaration. *Spezialdiskussion.* [B] — **2. Verbesserung der Besoldungen der Geistlichen, Schul- und Medizinalräte bei den Regierungen.** *Obwohl das Prinzip des Aufrückens in den Regierungskollegien bei diesen nicht anwendbar ist, haben sie doch den gleichen Anspruch auf Normal-Besoldungen wie Regierungsräte. Altenstein weist darauf hin, daß es bei den jetzigen Besoldungen äußerst schwierig ist, Männer aufzufinden, welche sowohl den Ansprüchen für das Ratsverhältnis in den Regierungen genügen als auch über eine umfassende geistige Ausbildung verfügen. Erwogen wird, ob dieser besondere Gehaltsfonds gebildet werden soll durch Trennung eines angemessenen Anteils vom Gesamtbetrage aller Regierungsrats-Besoldungen oder durch die Aufhebung der Sanitätskommissionen. Der Fonds der Sanitätskommission soll hierzu verwendet werden.* [B]

¹ *Bestätigung der Richtigkeit des Protokolls zu TOP 1, Unterschrift ist unleserlich.*

² *Rep. 80, I Justiz Nr. 48a, Bl. 3–10v. Dort auch der gedr. Bericht des Staatsministeriums v. 17.9.1821 sowie weiteres Material. Vgl. ferner Rep. 84a, Nr. 48163. Dort u. a. die im Protokoll erwähnte Vorgeschichte sowie die vorausgegangenen Beratungen zu diesem Thema. Das Gesetz v. 4.7.1822, GS, S. 178.*

Das Ausscheiden der Gehälter der technischen Bauräte bei den Regierungen soll zur Beratung gebracht werden. — 3. Gehaltssache. [B] — 4. Stempelgesetz. Entwurf³ Spezialdiskussion. [B]

³ Rep. 151, III Nr. 10812, n.f. Dort auch weiteres Material, u. a. ein Promemoria zum neuen allgemeinen Stempelgesetz v. 28.12.1820, das von Klewiz, Maassen und Lottum unterschrieben wurde und die aus dem Protokoll sich ergebenden Abänderungen des Tarifs zum neuen Stempelgesetz. Vgl. auch das Gesetz wegen der Stempelsteuer v. 7.3.1822, GS, S. 57.

Nr. 93 Sitzung des Staatsministeriums am 1. August 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 199–202 [Prot. 22]; MF 20. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 149–150v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Bernstorff, Hake. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Kerll.

Dem Immediatantrag¹ Bülows auf ein staatliches Darlehen zum teilweisen Umbau einer Kohlenstraße in Schlesien wird zugestimmt. Dieses Darlehen ist mit der Verordnung wegen der Staatsschulden vereinbar und seine Amortisation [...] gesichert. Bei vorkommenden Fällen zur Beförderung des Chausseebaus sollen dem Handelsministerium ähnliche spezielle Immediatanträge vorbehalten bleiben. [B]

¹ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 94 Sitzung des Staatsministeriums am 8. August 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 204–210v [Prot. 23]; MF 20/21. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 151–156; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Streckfuß [zu 1–3].

1. Erläuternde Bestimmungen über die Zuziehung der Staatsdiener zu den Kommunallasten.¹ [B] — 2. Eine Ungültigkeitserklärung bei Güterversteigerungen, die in den jetzigen Rheinprovinzen in der letzten Zeit der französischen Herrschaft abgeschlossen wurden, ist nicht nötig. [B] — 3. Regulierung des Schuldenwesens in den Kommunen am linken Rheinufer und in der Stadt Wesel.² Die beiden Oberpräsidien sollen die Organe zur Bestimmung der Liquidität der Forderungen an die Kommunen bilden. [B] — 4. Eine Verordnung gegen die willkürliche Veränderung der Familiennamen soll erlassen werden.³ [B]

¹ Vgl. das Gesetz v. 11.6.1822, GS, S. 184 sowie das Reskript des Innenministeriums an die Regierung Köslin v. 5.11.1822, in: Kamptz, Annalen, Bd. 6 (1822), S. 907.

² Vgl. Rep. 80, I Inneres Nr. 25 und das Gesetz v. 7.3.1822, GS, S. 49.

³ Vgl. den Entwurf einer Verordnung zur Unveränderlichkeit der Familien- oder Geschlechts-Namen, in: Rep. 77, Tit. 220 Nr. 7 Bd. 1. Dort auch weiteres Material. Vgl. auch KO v. 15.4.1822, GS, S. 108.

Nr. 95 Sitzung des Staatsministeriums am 15. August 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 211–223v [Prot. 24]; MF 21. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 157–166v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend: Altenstein [V], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Bernstorff [U], Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Jacobi [zu 1–2], Kühne [zu 3].

1. *Servis. Bis zur Entscheidung des Königs sollen die Kommunen für das Naturalquartier der kommandierten Offiziere und anderen Militärpersonen nach den Sätzen des Servisregulativs von 1810 und nicht nach den Vergütungssätzen der Kabinettsordre¹ vom 4. Januar d.J. entschädigt werden. Hake ist mit dem Berliner Magistrat einer Meinung, daß die Verabreichung von freiem Brennmaterial an kommandierte Offiziere eingestellt werden soll. Bis zur Entscheidung des Königs soll diese Verfügung [...] aufrecht erhalten werden. [B] — 2. Überschüsse aus den ehemaligen Provinzial-Servis-Sublevationskassen der Städte. [B] — 3. Klassensteuer. Obwohl Klewiz sowie das Staatsministerium [...] überhaupt der Ansicht sind, daß es keine wesentliche Abänderung der Steuergesetze geben soll, um der Kabinettsordre, die eine neue Klasse für die reicheren Einwohner anordnet, zu genügen, entscheidet es sich für einen alternativen Vorschlag Klewiz', demzufolge überhaupt 12 Steuersätze eintreten werden.² Das Dienstgesinde der Pfarrer und Schullehrer ist von der Klassensteuer nicht befreit. [B] — 4. Das Staatsministerium ist über die geplanten Veränderungen und teilweise Erhöhung der Stempelsteuer in Kenntnis gesetzt. [B]*

¹ *Rep. 77, Tit. 332cc Nr. 3, n.f. Dort auch weiteres Material. Vgl. auch KO an das Staatsministerium über die Verabreichung von Natural-Quartier und die Vergütung dafür v. 21.8.1821 in: Kamptz, Annalen, Bd. 5 (1821), S. 991.*

² *Vgl. den Immediatbericht v. 30.8.1821 in: Rep. 151, II Nr. 1608. Dort auch weiteres Material. Zu den vermehrten Abstufungen in der Klassensteuer vgl. auch KO v. 5.9.1821, GS, 154.*

Nr. 96 Sitzung des Staatsministeriums am 22. August 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 224–227v [Prot. 25]; MF 21. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 167–170; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: Duncker [U].

1. *Staatshaushalt 1822. Verteilung der Gelder für die außergewöhnlichen [...] Bedürfnisse. Die Auszahlung dieser Gelder kann erst ab August bis zum Jahresende 1822 erfolgen. — 2. Geldmittel für den Straßenbau in den Rheinprovinzen sollen für den Straßenbau in Ost- und Westpreußen und in Posen verwendet werden. [B] — 3. Standesherrliche Sache. Graf Hermann zu Solms in Schlesien ist von der Militärpflicht befreit, weil eine solche Befreiung [...] in allen Fällen stattfindet, wo das agnatische Familienverhältnis der ehemaligen Reichsstände [...] anerkannt wird.¹ [B]*

¹ *Zur Befreiung der Standesherrn sowie deren Familienmitglieder vom Militärdienst, vgl. die VO v. 21.6.1815, Nr. I c 3., GS, S. 106 sowie § 13a in der Instruktion v. 30.5.1820, GS, S. 84.*

Nr. 97 Sitzung des Staatsministeriums am 29. August 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 228–231v [Prot. 26]; MF 21. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 171–173v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend [U]: Kircheisen [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Restorff [zu 1–2], Sack [zu 3].

1. *Berücksichtigung des Militärverhältnisses* der Landwehr-Offiziere bei kommunalen Dienstleistungen, namentlich bei den bürgerlichen Sicherheitswachen. [B] — **2.** Bei künftigen Lizitationen über Bedürfnisse zu Festungsbauten *sollen* Ausländer *nicht ausgeschlossen* werden. [B] — **3.** *Die Kosten für Reparaturarbeiten am Gebäude des Archivs des vormaligen Reichskammergerichts in Wetzlar sollen* auf das Extraordinarium der Generalstaatskasse übernommen werden. [B]

Nr. 98 Sitzung des Staatsministeriums am 19. September 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 232–236v und 237–239 [Prot. 27], Anlage¹: Bl. 237a; MF 21. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 174–179v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend: Kircheisen [V], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Bernstorff [U], Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bernuth [zu 1], Kerll [zu 2].

1. *Verwaltungskosten. Bei der jetzigen Beschränkung der Einkünfte der Landräte sollen ihre Boten- und Bürokosten aus dem Etat der Verwaltungsausgaben des Innenministeriums bestritten werden. Der entsprechende Betrag soll beim König beantragt werden. Klewiz' Vorschlag, mehrere Kreise zusammenzuziehen, um so die Landrätestellen zu vermindern, wird abgelehnt.* [B] — **2.** *Befreiung der Landräte von Entrichtung des Chausseegeldes in ihren Kreisen.* [B] — **3.** *Der vollzogene allgemeine Etat für 1821² [...] weicht von dem durch das Staatsministerium entworfenem Projekt darin ab, daß letzteres ein Defizit von fast 2,5 Mio. Rtlr. nachwies. Der König denkt nicht daran dieses Defizit zu decken, sondern will, daß die von der Immediatkommission zur Untersuchung des Staatshaushalts vorgeschlagenen Ersparungen und Verbesserungen schleunigst [...] ausgeführt werden. Bis jetzt ist aber zu diesen Vorschlägen noch keine unmittelbare Bestimmung des Königs [...] erfolgt, und Hardenberg hat sich auch ausdrücklich vorbehalten, mit dem Staatsministerium über diese Vorschläge zu beraten. Die weitere Verfahrensweise ist nun unklar. Überhaupt ist der Etat weder in der Einnahme noch in der Ausgabe als haltbar anzuerkennen. Diese Punkte müssen geklärt werden, bevor der Hauptfinanzetat für 1822 angelegt werden kann. Außerdem gibt es noch die Frage über die Zusammensetzung der Etats der einzelnen Ministerien, da diese vom Hauptfinanzetat abweichen.* [B]

¹ Bitte Lottums und Kircheisens um baldige Abschrift von TOP 3.

² *Allgemeiner Etat der Einnahmen und Ausgaben für den gewöhnlichen Staatsbedarf in dem Jahre 1821 v. 7.6.1821, GS, S. 48.*

Nr. 99 Sitzung des Staatsministeriums am 26. September 1821.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen*¹, Bd. 4, Bl. 240–253 [Prot. 28]; MF 21/22. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 180–192v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Klewiz, Lottum, Hake. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bernuth [zu 3], Sack [zu 1].

1. Einführung des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichtsordnung im Herzogtum Westphalen, dem Fürstentum Siegen und den Grafschaften Wittgenstein-Wittgenstein und Wittgenstein-Berleburg. Da nicht davon die Rede ist, in dem Provinzialrecht der bemerkten Landesteile Änderungen zu machen, will Hardenberg diese Einführung nicht von der Einberufung der Provinzialstände abhängig machen.² Bei der Einführung der Hypothekenordnung aber meint er, daß dieses Institut die Provinzialverfassung wesentlich verändern würde, deswegen sollte diese Einführung noch ausgesetzt werden. Beschlossen wird jedoch, den Entwurf des Einführungspatents dem König vorzulegen; dieses soll noch von einzelnen Gutsbesitzern und Standesherrn in den gedachten Landesteilen begutachtet werden. Die Hypothekenordnung soll gleichzeitig eingeführt werden.³ [B] — 2. Münzverfassung. Annahme und Umrechnung von fremden Geldsorten besonders in den westlichen Provinzen, Vergleichungstabelle⁴, Anwendung eines umgearbeiteten [...] Tarifs im bevorstehenden Münzgesetz. [B] — 3. Standesherrliche Sache. Entschädigung des Grafen von Pappenheim für den Verlust des Erbmarschallamtes.⁵ Vorgeschichte und Höhe der noch zu bewilligenden Gratifikation. [B]

¹ TOP 3.

² Vgl. Hardenbergs Schreiben v. 11.5.1821 in: Rep. 74, R VIII Westfalen Nr. 1. Ein Bericht des Staatsministeriums v. 18.10.1821, umgearbeitete Gesetzentwürfe v. 18.10.1821 und 9.6.1823 in: Rep. 80, I Justiz Nr. 12 Bd. 1. Dort auch weiteres Material.

³ Das Allgemeine Landrecht und die Allgemeine Gerichtsordnung wurden 1825 eingeführt. Vgl. das Patent v. 21.6.1825, GS, S. 153, das auch Vorschriften (§§ 6–13) zum Hypothekenwesen enthielt. Die Einführung der Hypothekenordnung erfolgte erst mit VO v. 31.3.1834, GS, S. 47. Vgl. auch Voten (v. 1823) zur Einführung der Hypothekenordnung in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 14.

⁴ Vgl. auch die Vergleichungstabelle v. 15.10.1821 in: Kamptz, Annalen, Bd. 5 (1821), S. 575.

⁵ Für den Verlust des Erbmarschall-Amtes und der Geldzuschüsse zum Amtsaufwande bestimmte die Wiener Kongreßakte der Familie Pappenheim einen Landesbezirk aus dem vormaligen französischen Saar-Departement unter preußischer Landeshoheit. Preußen übernahm die Abfindung des Hauses, einschließlich eines 1821 bewilligten Zuschusses. Zu den Verhandlungen vgl. Rep. 74, M IX Niederrhein Nr. 2.

Nr. 100 Sitzungen des Staatsministeriums am 3. und 10. Oktober 1821.

Vollz. Reinschriften, Bd. 4, Bl. 254–266v [Teilprot. 29a–b]; MF 22. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 193–200v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 2], Altenstein [V, U], Kircheisen [zu 1; 1–2 U], Bülow [zu 1; U], Schuckmann [U], Lottum [zu 2; U], Klewiz [U], Hake [zu 1; U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Kühne [zu 1].

1. Vereinheitlichung des Steuerwesens. Die Aufhebung der Quatembersteuer¹ im Herzogtum Sachsen wird wegen ihrer Unvereinbarkeit mit dem Gesetz zum Abgabewesen von mehreren Korporationen im Regierungsbezirk Erfurt sowie von der Regierung selbst beantragt. Geschichte dieser Steuer in Sachsen, teilweiser Steuererlaß und die Ausgleichung der örtlichen Prägravationen.² [B] — 2. Stempelgesetz. Spezialdiskussion zum redigierten Entwurf.³ [B]

¹ Vierteljährliche Abgabe.

² Vgl. Rep. 74, M XLI Nr. 6. Dort u. a. die Eingaben der Erfurter Regierung, die Bittschriften der Stände des Thüringer Kreises und der Landschaft des Weißenseer Kreises sowie der Immediatbericht v. 30.10.1821. Vgl. auch Rep. 90, Tit. XL Sachsen Nr. 2.

³ Rep. 151, III Nr. 10812, n.f. Dort auch weiteres Material, u. a. ein Promemoria des Staatsministeriums zum Entwurf des neuen Stempelgesetzes v. Oktober 1821. Vgl. auch Rep. 80, I Finanz Nr. 11 und Rep. 74, M L Nr. 14 Bd. 1. Vgl. ferner das Stempelgesetz v. 7.3.1822, GS, S. 73.

Nr. 101 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Oktober 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 267–272v [Prot. 30]; MF 22. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 201–204; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend [U]¹: Altenstein [V], Kircheisen, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Eimbeck [zu 1], Eytelwein [zu 2].

1. Kircheisen weigert sich, den Fonds der General-Justiz-Salarien-Kasse an den Staatsschatz abzugeben, weil nach seiner Meinung dieser Fonds [...] ausschließlich dem Justizdepartement gehört. Teilweise Ablieferung. [B] — 2. Nachdem Hardenberg um eine Revision des Verteilungsplans für die Räume des ehemaligen Lagerhauses in Berlin gebeten hat, wird dieser Gegenstand wieder beraten. [B]

¹ Hake [U].

Nr. 102 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Oktober 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 273–278 [Prot. 31]; MF 22 — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 205–209; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen, Schuckmann, Klewiz, Hake. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Braun [zu 1], Kahle [zu 2].

1. Indult in Neuvorpommern. Erneute Vorstellung¹ der Deputierten der Kreise und Städte von Neuvorpommern [...] gegen die Aufhebung des Indults. Bei diesem Gegenstand beanspruchen sie auch eine ständische Beratung. Wird zurückgewiesen. [B] — 2. Keine Anwendung des Reskriptenstyls durch die Regierungen [...] gegen die Untergerichte sowie von den Oberlandesgerichten gegen die untergeordneten Behörden der Regierungen. Wo sie nichts zu befehlen haben, sollen sie

¹ Die Vorstellung v. 6.9.1821 in: Rep. 84a, Nr. 47301, Bl. 163–173v. Dort auch (Bl. 88–107) die erste Vorstellung v. 31.10.1820. Die KO vom 26.9.1820, die das Indult in Neuvorpommern zum 1.1.1821 aufhob, in: GS, S. 199.

sich auch dieses Stils enthalten. Schuckmann ist einverstanden damit, daß die Regierungen diesen Stil nicht gegen die Inquisitoriate anwenden, obwohl er nicht Kircheisens Meinung teilt, daß diese als Deputationen der Oberlandesgerichte zu verstehen sind. Gegenseitig sollen aber die Oberlandesgerichte diesen Stil nicht bei Landräten, Superintendenten und Steuerräten anwenden.² [B]

² Vgl. das Zirkular-Reskript des Innenministeriums an sämtlichen Regierungen v. 6.11.1821 in: Kamptz, Annalen, Bd. 5 (1821), S. 777.

Nr. 103 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Oktober 1821.

Reinschr., Bd. 4, Bl. 279–282v [Prot. 32a¹]; MF 22.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Klewiz, Hake. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Simon.

Jagdgerechtigkeiten in den Landesteilen auf dem linken Rheinufer. Gesetzentwurf.² Eigentumsrecht. Dieser dritter Entwurf wird im Allgemeinen angenommen. Spezialdiskussion. [B]

¹ Randbemerkung: Das Protokoll Nr. 32 B v. 31/10 21, den Wegebau in den Provinzen des linken Rheinufers betr., soll, nach dem gefaßten Beschlusse, noch einmal zur Vorlage kommen, und liegt des Behufs vor. 2/4 1822 (Bl. 280): Vgl. die Anlage (Bd. 5, Bl. 164–179) zum Protokoll der Sitzung am 3.4.1822.

² Rep. 84a, Nr. 47976, Bl. 53–56. Dort und in Rep. 84, I Nr. 44, der erste Entwurf, der am 7.10.1818 vom Staatsministerium beraten wurde. Vgl. auch Rep. 87, D Nr. 4954 und die VO v. 17.4.1830, GS, S. 65.

Nr. 104 Sitzung des Staatsministeriums am 7. November 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 283–292 [Prot. 33]; MF 22. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 210–216; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen, Bülow [U], Schuckmann, Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Goßler [zu 1], Löffler [zu 2].

1. Der Anspruch der natürlichen Tochter König Jérômes von Westphalen, der jetzigen Baronin von Schlotheim, auf die Domäne [...] Wietersheim bei Minden ist vollständig begründet. Sie soll das Gut zurückerhalten, und im Falle einer Nachforderung soll Preußen auch die seit 1814 gezogenen Nutzungen und Früchte erstatten.¹ Die Ansprüche Kurhessens aus der Hypothek, welche es 1799 für den Kauf dieses Guts leistete, gelten als erloschen. [B] — 2. Die General-Kontrolle will, daß die Rechnungen der Ministerien für ihre Mehrausgaben im Jahre 1818 der Ober-Rechnungs-Kammer zur Revision geschickt werden. [B]

¹ Vgl. Rep. 90, Tit. XXX B Westfalen Nr. 3. Dort auch Voten der Minister zur Rückgabe des Gutes Wietersheim sowie der Immediatbericht v. 11.3.1822.

Nr. 105 Sitzung des Staatsministeriums am 14. November 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 293–301v [Prot. 34]; MF 23. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 217–223; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen, Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Goßler [zu 1], Ruppenthal [zu 2].

1. Verdingung von Fuhrmännern und Boten zur Beförderung verschlossener Briefe. Die Feststellung des Begriffs eines Expresses durch eine Deklaration zu Bestimmungen *des Allgemeinen Landrechts ist nicht nötig.* [B] — **2.** Der Anspruch des Fürsten v.d. Leyen auf Rückgabe oder Entschädigung für zwei ihm im Jahre 1801 verlorengegangene Häuser in Koblenz wird zurückgewiesen.¹ *Der Fürst ist ohnehin außerordentlich günstig behandelt worden. Grundsatzdiskussion zu Entschädigung von Standesherrn.* [B] — **3.** Hardenbergs Wunsch nach einem bestimmten Papierformat für den Geschäftsbetrieb wird vom Staatsministerium abgelehnt.² [B]

¹ *Vgl. das Schreiben Hardenbergs v. 8.7.1820, der Bericht an Hardenberg, Voten und weiteres Material in: Rep. 90, Tit. XLIV C Nr. 13.*

² *Vgl. das ablehnende Schreiben an Hardenberg v. 28.11.1821 in: Rep. 74, H II Gen. Nr. 25, Bl. 4–5.*

Nr. 106 Sitzung des Staatsministeriums am 21. November 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 302–316v [Prot. 35]; MF 23. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 74, M VIII Nr. 47 Bd. 1, Bl. 104–115v; Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 224–239; Rep. 87, D Nr. 4959, Bl. 224–239; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Hofjagdamt. Entwurf einer Kabinettsordre¹ zu dessen Errichtung. *Spezialdiskussion u. a. zum Hofjagdwesen, zur Anlegung eines Wildgartens, zu Jagdbezirken, zur Jagdpolizei und zu Mitteln zur Erhöhung der Jagdeinkünfte. Etatvorschlag für 1822.* [B]

¹ *Rep. 74, M VIII Nr. 47 Bd. 1, Bl. 205–206v. Dort auch weiteres Material. Vgl. auch Rep. 87, D Nr. 4959, wo sich alle übrigen in dieser Sitzung erwähnten Schriftstücke befinden.*

Nr. 107 Sitzung des Staatsministeriums am 28. November 1821.

Vollz. Reinschr., Bd. 4, Bl. 317–330 [Prot. 36]; MF 23. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 240–254; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Behrnauer [zu 1], Herrmann [zu 2].

1. Berlinische Haupt-Assekuranz-Kompagnie. Entwurf¹ der Verfassungs-Urkunde. *Spezialdiskussion*. Die allerhöchste Genehmigung dieser Urkunde zum 1. Januar 1822 soll beantragt werden. [B] — 2. Standesherrliche [...] Sache. Anspruch des Herzogs [...] von Arenberg auf einen Vergleich für die Erbrente, die ihm vom Großherzogtum Berg für den Verlust seiner Souveränitätsrechte über die Grafschaft Recklinghausen zugesprochen wurde. Grundsatzdiskussion zu Entschädigungen von Standesherrn. Der Herzog muß nur [...] als Standesherr betrachtet und behandelt werden und nicht als Gläubiger des vormaligen Herzogtums Berg. Vergleichspropositionen des Herzogs und des Schatzministeriums, wobei entschieden wird, daß das Maß der höchsten Billigkeit durch die vom letzteren geschehenen Erbietungen erreicht wurde. Die Zulassung des Rechtswegs, welche vom König ausgesprochen wurde, ist äußerst bedenklich. Zu dieser Sache soll noch kein Immediatbericht verfaßt werden, sondern vorerst soll Bernstorff die Frage des Rechtswegs prüfen.² [B]

¹ Konnte in den vorliegende Akten nicht nachgewiesen werden.

² Der Immediatbericht v. 19.4.1822, *Voten und weiteres Material*, u. a. das Kommissions-Protokoll betreffend den besonderen standesherrlichen Rechtszustand Sr. Durchlaucht des Herrn Herzogs von Arenberg wegen der Grafschaft Recklinghausen, Münster, 1.2.1819, in: *Rep.* 90, Nr. 35. Dort auch KO v. 7.7.1822, in welcher der König dem Herzog den Rechtsweg zusprach. Die Stellungnahme des Justizministeriums, *Voten und weiteres Material* auch in: *Rep.* 84a, Nr. 43761.

Nr. 108 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Dezember 1821.

Vollz. Reinschriften, Bd. 4, Bl. 331–341v [Prot. 37–38]; MF 23/24. — *Abschriften*: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 255–262v; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

*Anwesend*¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — *Prot.*: [?].

Weitere Teilnehmer: Bethe [zu 1], Klaatsch [zu 2].

1. Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse. Anstellung und Besoldung bei den Generalkommissionen. *Ihre Geschäfte sind* von einem solchen Umfang und entwickeln sich so, daß vorerst der Zeitpunkt ihrer Erledigung und die Entbehrlichkeit dieser wichtigen Behörde noch gar nicht abzusehen ist. Die Mitglieder der neuen Generalkommissionen sollen mit festem Gehalt [...] angestellt werden. Größere finanzielle Sicherheit für besonders ausgebildete Subalterne. Höhe der Besoldungssätze. Ökonomiekommissarien. [B] — 2. Münzverfassung. Einführungsdatum der Rechnungsführung [...] nach der neuen Münzeinteilung. [B]

¹ TOP 2: Kircheisen [U].

Nr. 109 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Dezember 1821.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen*¹, Bd. 4, Bl. 342–350v [Prot. 39]; MF 24. — *Abschriften*: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 263–270; Rep. 89, Nr. 3656, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — *Prot.*: Duncker [U].

¹ TOP 1.

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 2], Wolfart [zu 3], v. Zschock II [zu 1].

1. Pensions-Ansprüche *sind nicht gesetzlich zu bestimmen*. Das bisherige Prinzip der Gnade *ist* beizubehalten. Ein Regulativ *soll als Norm* für die Behörden zur Ermessung ihrer Pensionsvorschläge dienen. [B] Die von Klewiz gestellten Fragen *veranlassen eine Spezialdiskussion zu Inhalt und Anwendung eines solchen Regulativs*.² [B] — 2. Verpflichtung der Domäneninsassen, einen Teil der Domänen-Zeit- und Erbpachten sowie der Geldzinsen in Tresorscheinen zu entrichten. [B] — 3. Münzverfassung. Der Justizminister *soll an die Justizbehörden in den Rheinprovinzen eine Verfügung über den ausschließlichen Gebrauch der preußischen Landesmünze bei ihren Verhandlungen [...]* erlassen. Der Justizminister *hält eine solche Verfügung für* überflüssig. [B]

² Vgl. Rep. 90, Tit. XLIII A Nr. 3. Hier auch der Immediatbericht v. 31.12.1821 sowie die Gutachten der erwähnten Kommission zur Ermessung der Pensionen.

Nr. 110 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Dezember 1821.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 4, Bl. 351–352 und 354–361 [Prot. 40], Anlage²: Bl. 353; MF 25. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 3, Bl. 271–278v.

Anwesend³: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: [Duncker].

1. *Standesherrliche Sache*. Anspruch des Grafen von Pappenheim auf eine höhere als die ihm angewiesene Entschädigung.⁴ [B] — 2. Münzverfassung. Weitere Annahme der schwedisch-pommerschen Währung bei den öffentlichen Kassen im Regierungsbezirk Stralsund.⁵ [B]

¹ TOP 1.

² Benachrichtigung Klewiz' v. 26.12.1851 über seine Korrekturen.

³ Kircheisen [U].

⁴ Zum Gesamtverfahren vgl. Rep. 74, M IX Niederrhein Nr. 2, auch Rep. 74, R XXIV (P) Nr. 6.

⁵ Vgl. auch KO wegen Annahme fremder Münzen in den königlichen Kassen v. 25.10.1821, GS, S. 184.

Nr. 111 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Januar 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 5, Bl. 1–15v [Teilprot. 1a–b]; MF 25. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen [zu 2; U], Bülow, Schuckmann [beide zu 2; U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: [a] Duncker [U]; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Bethe [zu 2].

1. Vorschläge¹ der Kommission zur Untersuchung des Staatshaushalts wegen möglicher Ersparungen und Verbesserungen bei der Verwaltung. *Deren Ausführbarkeit kann das Staatsministerium nicht anzeigen*, da ihm die Übersicht und Beurteilung des gesamten Finanzwesens entzogen ist. Das Staatsministerium *bittet, ihm künftig die Kognition der Hauptverwaltung der Staatsschulden nicht zu entziehen*. Ab 1823 soll der Staats-Schulden-Tilgungs-Etat im Staatsministerium beraten

¹ Vgl. Sitzung am 27.9.1820, TOP 1, Anm. 1.

werden. *Gegebenenfalls sollen Minister erklären, warum die vorgeschlagenen Ersparnisse [...] nicht eintreten können.* [B] — **2.** Regulierung der gutsherrlichen und bauerlichen Verhältnisse. *Gesetzentwurf² für das Großherzogtum Posen, für die mit Westpreußen wieder vereinigten Distrikten und für das Landgebiet der Stadt Danzig. Spezialdiskussion.* [B]

² *Rep. 84a, Nr. 47893, Bl. 343–384. Vgl. ferner das Gesetz v. 8.4.1823, GS, S. 49. Hiermit wurde allerdings das Regulierungsgesetz nur für das Landgebiet der Stadt Thorn erlassen; für das Landgebiet der Stadt Danzig vgl. das Gesetz v. 8.4.1823, GS, S. 73.*

Nr. 112 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Januar 1822.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 5, Bl. 16–20v und 22–27v [Teilprot. 2a–d]; Anlage²: Bl. 21; MF 25. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen [1, 3–4], Bülow [1–3], Schuckmann [1, 3–4], Lottum, Klewiz [1–2, 4], Bernstorff [1–2], Hake. — Prot.: [d] Bading [U]; [a–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 4; U], Eytelwein [zu 1–2; U], Simon [zu 3].

1. Eichungskommissionen und Eichungsämter. *Bestreitung der Kosten zur ersten Einrichtung und Unterhaltung aus Kommunalkassen und staatlichen Fonds.* [B] — **2.** *Einteilung der Lagerhäuser in Berlin. Unterhaltungskosten.* [B] — **3.** *Jagd- und -Fischerei-Gerechtigkeit auf dem linken Rheinufer. Redigierter Gesetzentwurf.³ Spezialdiskussion.* [B] — **4.** *Reklamationsache. Grundsatzdiskussion über Pensionsansprüche ehemaliger hessischer Beamter.* [B]

¹ *Schreiben Altensteins zum Umlauf des Protokolls.*

² *Schreiben Lottums zum Protokoll zu TOP 1.*

³ *Vgl. Sitzung am 31.10.1821 mit Anm.*

Nr. 113 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Januar 1822.

Vollz. Reinschr., Bd. 5, Bl. 28–46 [Prot. 3]; MF 25. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Braun [zu 2–3], Brese [zu 3–4], v. Ingersleben [zu 5], Ruppenthal [zu 2–3], Westphal [zu 1].

1. *Offiziere, die Wartegeld [...] oder eine Pension erhalten und zur Anstellung im Zivildienst notiert sind, sollen ihre Frauen bei der [...] Zivil-Witwenkasse [...] versichern.¹* [B] — **2.** *Die Vindikations- und Entschädigungsklage der Kirchenvorsteher und Armenväter der Breslauer Parochialbezirke, mehrerer Mitglieder der katholischen Gemeinden Schlesiens und des Prälaten Scholz [...] gegen den Fiskus wegen Einziehung der zum Matthias-Stift [...] in Breslau [...] gehörigen St. Elisa-*

¹ *Vgl. die KO vom 18.10.1824, GS, S. 214.*

beth-Hospitals bestimmten Güter, *ist zurückzuweisen. Diese Sache [...] gehört nicht zur Kompetenz der Gerichte, und der vorliegende Fall ist zu einem richterlichen Ausspruch ohnehin nicht geeignet. Die Sistierung dieses Prozesses soll beantragt werden, jedoch um jeden gehässigen Schein zu entfernen, soll dem König angeraten werden, die gesamten Einkünfte der Hospitalgüter für arme Kraftlose in Schlesien ohne Unterschied der Religion unverkürzt verwenden zu lassen.*² [B] — **3.** Rechtmäßigkeit des *Entschädigungsanspruchs* sowie des Retentionsrechts der Erben des *ehemaligen Erbpächters der Insel Holm bei Danzig; Besitznahme der ganzen [...] Insel durch den Staat.* [B] — **4.** Bestimmungen über *Holzhöfe [...] innerhalb der Festungsrayons.*³ [B] — **5.** *Münzverfassung. Annahme fremder Währung bei den öffentlichen Kassen.* [B]

² Vgl. die Klage in: Rep. 84a, Nr. 47050. Dort auch der *Immediatbericht* v. 28.2.1822, *Schriftstücke des Oberlandesgerichts Breslau, Voten und weiteres Material.* Vgl. auch Rep. 74, M XXII Schlesien Nr. 41.

³ Vgl. die *Vorschriften* v. 29.3. und 9.4.1822, GS, S. 145.

Nr. 114 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Januar 1822.

Vollz. Reinschr. [a] und Reinschr. [b], Bd. 5, Bl. 47–54 [Teilprot. 4a–b]; MF 25.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1], Altenstein [V, zu 1; U], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake [alle zu 1; U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: Löffler [zu 1], Sack, Wolfart [beide zu 2].

1. Beamte. *Fälle, in denen sie einen Anspruch auf Verbesserung ihres Einkommens haben. Überschreitung des Normalgehalts nur mit Genehmigung des Königs.* [B] — **2.** *Münzverfassung. Gesetzentwurf¹ zur Bestrafung der Münzverbrechen. Spezialdiskussion.* [B]

¹ Rep. 80, I Justiz Nr. 52, Bl. 6–10. Für den Staatsrat gedr. in: Ebd., Nr. 52a, Bl. 2–7. Vgl. auch das Gesetz v. 8.4.1823, GS, S. 43.

Nr. 115 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Januar 1822.

Vollz. Reinschr., Bd. 5, Bl. 55–60 [Prot. 5]; MF 25/26. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: Duncker [U].

Weitere Teilnehmer: v. Goßler, Ruppenthal, Wolfart.

*Standesherrliche Sache. Bei der Rentenforderung des Herzogs von Arenberg ist der Rechtsweg zulässig. Staatsverträge sollen nicht von Gerichten, sondern vom Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ausgelegt werden.*¹ [B]

¹ Vgl. die VO hierzu v. 25.1.1823, GS, S. 19.

Nr. 116 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Februar 1822.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 5, Bl. 61–62 [Prot. 6]; MF 25. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89¹, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Kamptz, v. Staegemann.

Die Forderung des Kurfürsten von Hessen an den Großherzog von Mecklenburg-Strelitz wegen einer Schuld, die dieser während der westfälischen Regierung im Kurfürstentum Hessen an Jérôme Bonaparte zahlte, ist als aufgehoben zu betrachten.² [B]

¹ *Dort fälschlich als Protokoll Nr. 9 bezeichnet.*

² *Vgl. auch Material in: Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 4, n.f.*

Nr. 117 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Februar 1822.

Vollz. Reinschr., Bd. 5, Bl. 63–87v [Prot. 7]; MF 26. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 77, Tit. 30 Judensachen, Gen. Nr. 35 Bd. 2, Bl. 201–224v; Rep. 77¹, Tit. 30 Judensachen, Gen. Nr. 35 Bd. 3, Bl. 41–56.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [U], Kircheisen [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: v. Bernuth [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bernuth [U].

Juden-Ordnung für das Großherzogtum Posen und die mit dem Regierungsbezirk Marienwerder vereinigten Landstriche Kulm, Michelau und Thorn: Entwurf². Bei den Juden der alten Provinzen hat die Maßregel der allgemeinen Emanzipierung sich als zweckmäßig nicht bewährt, und die Einführung des Edikts³ vom 11. März 1812 ist nicht angemessen [B]. Kein Staatsbürgerrecht für die preußischen Juden polnischen Anteils, sondern Beibehaltung ihrer bisherigen Eigenschaft als bloß geschützte Untertanen. Spezialdiskussion zu Wohnsitzfragen; Wucher; Staats- und Kommunalabgaben; zur Militärpflicht; zur Erwerbung städtischer Grundstücke und ländlicher Grundbesitzungen; zu Trauscheinen; zur Kontrolle des Gewerbebetriebs sowie des Handelsverkehrs; zum verbotenen bürgerlichen Gewerbe; zur Naturalisation sowie deren Erblichkeit und Verwirkung; zu

¹ *Druck, für den Staatsrat bestimmt.*

² *Rep. 77, Tit. 30 Judensachen Gen. Nr. 35 Bd. 2, Bl. 225–237. Dort auch die im Protokoll erwähnten Gutachten der Regierungen zu Posen, Bromberg und Marienwerder, Voten und frühere Fassungen des Entwurfs. Vgl. auch das vom Staatrat erstellte Gutachten v. 23.12.1822 in: Ebd. Bd. 3, Bl. 57–69.*

³ *Vgl. die Bestimmungen v. 12.3.1812, GS, S. 17.*

fehlenden Bestimmungen wegen des kirchlichen Zustandes des Schulwesens und der Gemeinde-Verhältnisse.⁴ [B]

⁴ Zur eventuellen Einführung des Ediktes vom 11.3.1812 in den neuen Provinzen vgl. die Voten von 1816–1817, in: Rep. 77, Tit. 30 Judensachen Gen. Nr. 35 Bd. 2, Bl. 469–498. Vgl. ferner KO über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in den neuen und wieder erworbenen Provinzen v. 8.8.1830, GS, S. 116 sowie die VO wegen des Judenwesens im Großherzogtum Posen v. 1.6.1833, GS, S. 66. Zu den Beratungen hierzu im Staatsministerium und Staatsrat vgl. Brammer, Annegret, Judenpolitik und Judengesetzgebung in Preußen 1812 bis 1847, Berlin 1987, S. 141–146. Zur Haltung der Regierung (v.a. des Königs) zu den Juden in dieser Zeit vgl. zuletzt Nowak, Kurt, Judenpolitik in Preußen. Eine Verfügung Friedrich Wilhelms III. aus dem Jahre 1821, in: Sitzungsberichte der sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, 136/3, 1998. Zur Frage der Emanzipation in den neuerworbenen Gebieten und die Ansichten der Minister hierzu vgl. auch Freund, Ismar, Die Emanzipation der Juden in Preußen, Bd. 1, Berlin 1912, S. 241–246.

Nr. 118 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Februar 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 5, Bl. 88–98v [Teilprot. 8a–b]; MF 26. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow [3], Schuckmann [1–2], Klewiz, Hake [1–2]. — Prot.: [a–b] [?].

Weitere Teilnehmer: Eimbeck [zu 3], v. Goßler, Wolfart [beide zu 1–2].

1. Verpflichtung der Domänenverwaltung, die Forderungen von Pächtern aus der Zeit vor dem ersten Pariser Friedensschluß am 30. Mai 1814 zu erstatten oder zu gewähren [B]; Zulassung des gerichtlichen Verfahrens. Definitiver Beschluß wird noch ausgesetzt.¹ — 2. Zulassung des gerichtlichen Verfahrens bei Entschädigungsansprüchen für Kriegslieferungen in den Jahren 1806 bis 1812.² [B] — 3. Zulassung des gerichtlichen Verfahrens bei Klagen gegen den Fiskus auf Bezahlung der Schulden geistlicher säkularisierter Behörden in Schlesien. Vereinbarkeit mit dem Gesetz³ zur Behandlung der Staatsschulden. [B]

¹ Bernstorff enthielt sich seines Urteils darüber, ob wegen eines publizistischen oder diplomatischen Grundes das gerichtliche Verfahren nicht zulässig sei. Bis zum Eintreffen dieses Urteils wurde der definitive Beschluß des Staatsministeriums noch ausgesetzt.

² Vgl. die KO v. 21.2.1823, GS, S. 23.

³ Vgl. die VO v. 17.1.1820, GS, S. 9.

Nr. 119 Sitzung des Staatsministeriums am 6. März 1822.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 5, Bl. 99–109v [Teilprot. 9a–b]; MF 26/27.

Anwesend²: Altenstein [V, zu 2; U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Klewiz [U]. — Prot.: [a] Jacobi [U]; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Jacobi [zu 1–2; 1 U], Kerll [zu 2].

¹ TOP 2.

² TOP 1: Hake [U].

1. Schuckmann schlägt vor, nachdem der Zweck des Gesetzes vom 28. Oktober 1810, das alle Bannrechte aufhob, als erreicht anzusehen ist, daß die Anlegung neuer Mühlen durch eine gesetzliche Bestimmung³, die hierfür die Genehmigung der Landespolizei-Behörde erfordert, beschränkt werden soll. Die Mehrheit ist mit diesem Vorschlag einverstanden. [B] — 2. Hausierhandel. Entwurf⁴ einer Verordnung über den Hausierhandel und die Gewerbe, welche im Umherziehen getrieben werden. *Spezialdiskussion*. [B]

³ Vgl. die KO v. 1.8.1822 in: Rep. 80, I Handel Nr. 6, Bl. 5–6. Dort auch der Bericht des Staatsministeriums v. 28.5.1822.

⁴ Rep. 80, I Handel Nr. 4, Bl. 4–11. Vgl. mehrere Entwurfsfassungen und Voten in: Rep. 120, BB Fach 1 Nr. 1 Bd. 1. Vgl. auch das Regulativ v. 28.4.1824, GS, S. 125.

Nr. 120 Sitzung des Staatsministeriums am 13. März 1822.

Vollz. Reinschr., Bd. 5, Bl. 110–112v [Prot. 10a]; MF 27. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Klewiz, Hake. — Prot.: Streckfuß [U].

Weitere Teilnehmer: Streckfuß [U].

Abfindung der Stadt Erfurt wegen des ihr von der Kur-Mainzischen Regierung entzogenen Eigentums. *Vereinbarkeit mit dem Gesetz zur Behandlung des Staatsschuldenwesens*. [B]

Nr. 121 Sitzung des Staatsministeriums am 21. März 1822.

Vollz. Reinschr., Bd. 5, Bl. 113–133 [Prot. 10b]; MF 27. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Klewiz, Hake. — Prot.: Sack [U].

Weitere Teilnehmer: Sack [U].

Antrag *Altensteins* auf Pensionierung des Regierungsrats Voigtel zu Magdeburg wegen Denunziation seines Kollegen, des Medizinalrats Weinschenk, der an einer Abtreibung beteiligt gewesen sein soll. Weinschenk beantragt Genugtuung durch Wiederanstellung als Regierungs-Medizinalrat und Auszahlung des entbehrten Gehalts. [B]

Nr. 122 Sitzung des Staatsministeriums am 27. März 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 5, Bl. 134–141 [Teilprot. 11a–c]; MF 27 — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Klewiz, Bernstorff, Hake [2–3]. — Prot.: [a–c] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Seydewitz [zu 2–3].

1. Münzverfassung. Maßregel gegen die schon eintretende Agiotage mit der neuen Scheidemünze. — 2. Die Stadt Aachen [...] bittet um Unterstützung bei der Anlegung eines neuen Trinkbrunnens [...] durch die Überlassung der Rückstände aus den von ihr bis zum Jahre 1816 erhobenen Prélèvements sowie aus dem Erlös aus dem Verkauf der Utensilien und Effekten des vormaligen Provinziallazarets. Notlage der Stadt. [B] — 3. Bezahlung der Exemplare der Gesetzsammlung für die Superintendenten aus Staatskassen. [B]

Nr. 123 Sitzung des Staatsministeriums am 3. April 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 5, Bl. 142–163v [Teilprot. 12a–e] Anlage¹: Bl. 164–179v; MF 28. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff [3–5], Hake. — Prot.: [a–e] [?].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn [zu 3], Klaatsch [zu 1], Kühne [zu 4–5], Pomowitz [zu 2].

1. Münzverfassung. Schwierigkeiten bei der Einführung der neuen Scheidemünze, besonders in den westlichen Provinzen. Erhebung dieser Scheidemünze zur alleinigen Landesmünze.² [B]³ — 2. Kasernenbau und -einrichtung in den Rheinprovinzen. Kosten; Befriedigung der Privatunternehmer; Erstattung von Vorschüssen an die Hauptkassen und Kommunen; Deckung ausstehender Summe.⁴ [B] Entschädigung der Baubeamten für Arbeitsmaterial und Fuhrkosten. [B] — 3. Ständesherrliche Sache. Gesuch des Fürsten von Salm-Kyrburg [...], ihm das Prädikat „regierend“ zu bewilligen. [B] — 4. Steuererlaß in Neuvorpommern. Antrag⁵ des General-Gouverneurs, in Neuvorpommern [...] Fürst zu Putbus, [...] mehrere ältere Abgaben zu erlassen. Nach Verhandlung der Innen- und Finanzministerien mit den in Berlin anwesend gewesenen Neuvorpommerschen Deputierten unter Zuziehung des Fürsten wird dieser Antrag in der Hauptsache abgelehnt. Die ständischen Kassen sollen zur Verzinsung und Abzahlung der Landesschulden einen Unterstützungsfonds erhalten. Die neuvorpommerschen [...] Stände und Gutsbesitzer sollen sich zukünftig solcher ganz unzulässigen Anmaßungen, nach denen sie die Verhältnisse der dortigen Provinz dem Einfluß der gesetzgebenden und Oberaufsichtsgewalt des Staats zu entziehen streben, gänzlich enthalten. [B] — 5. Zulagscentimen. Erneute Diskussion zur Regulierung der Zulagscentimen-Entrichtung für den Wegebaufonds in den Provinzen des linken Rheinuferes. [B]

¹ Diese entspricht Protokoll Nr. 32b von der Sitzung am 31.10.1821 und wurde bei dieser Beratung TOP 5. Altenstein [U], Schuckmann [U].

² Vgl. die KO v. 22.6.1823, GS, S. 128 und 25.11.1826, GS, S. 115. Hierzu auch Schroetter v., Das Preußische Münzwesen, S. 111–115 und Martin, Paul C., Die Einbeziehung der Rheinlande in den preussischen Währungsraum, in: Rheinische Vierteljahresblätter, 32 (1968), S. 482–497, bes. S. 488–497.

³ Vgl. die teilweise revidierten Beschlüsse in der Sitzung am 9.4.1823, TOP 2.

⁴ Zur Konferenz von Engers vgl. Rep. 74, O N Niederrhein Nr. 4 Bd. 1. Zu den Kosten des Kasernements im Rheinland zwischen 1818 und August 1822, vgl. ebd. Bd. 1.

⁵ Der Antrag v. 11.2.1822 in: Rep. 90, Tit. XL Preußen Nr. 1 Bd. 1. Dort auch der Immediatbericht v. 30.6.1822.

Nr. 124 Sitzung des Staatsministeriums am 10., 17. und 24. April 1822.

Vollz. Reinschr., Bd. 5, Bl. 180–257v, Anlage¹: Bl. 258–258v; MF 28–30. — Abschriften GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 258, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn, Kühne.

Rechtszustand des Grafen von Stolberg-Wernigerode gegenüber dem preußischen Staat. Die Wiedereinsetzung des Grafen in die früheren rezeßmäßigen Rechte² ist nicht eine Sache der Gnade, sondern des Rechts. Erwägung vergleichbarer Ansprüche des Fürsten von Bentheim-Tecklenburg wegen der Grafschaft Hohenlimburg sowie anderer Standesherrn. Prüfung des neuen Rezeßentwurfs³ und Spezialdiskussion zu einzelnen Punkten, u. a.: Vorgehen bei möglichen Streitigkeiten über den vereinbarten Rechtszustand; Erlaß der Allodifikations-Rente; Umfang der Einquartierungsfreiheit; Entschädigungsrente; Frist für Beschwerden über königliche Gesetze; Aufsicht über deren Ausführung; Vermögenstrafe gegen ausgetretene Militärpflichtige; Genehmigung der Hausier-Gewerbescheine; Prüfung der Bauhandwerker; Instanzenzug; Bewilligung eines Austrägal-Gerichts in peinlichen Sachen, Verfahrensweise und Gerichtsstand; Gerichtsbarkeit über die königlichen Beamten; Untersuchung und Bestrafung der Steuerkonventionen; Gerechtes des gräflichen Konsistoriums beim Kirchen- und Schulwesen; Medizinalwesen, Qualifikation der gräflichen Beamten; Entschädigungsfragen; Abfindung; Steuerbefreiung; Abtretung von Staatsgütern; Modifikation bei der Entschädigungsberechnung für 1819.⁴ [B]

¹ Schreiben Klewiz' vom 8.6.1822 zum Entschädigungsbetrag.

² Eine Abschrift des früheren Rezesses vom 14.5.1714 in: Rep. 77, Tit. 41 Nr. 5 Bd. 1, Bl. 1–18v.

³ Rep. 90, Nr. 258, n.f. Hier auch das im Protokoll erwähnte Promemoria Klewiz' sowie das Schreiben Hardenbergs v. 20.3.1822 mit seinen Anweisungen für das Staatsministerium; ebd. eine Kopie des Rezesses, welcher am 13.8.1822 zwischen Preußen und dem Grafen zu Stolberg-Wernigerode abgeschlossen und am 17.9.1822 vom König genehmigt wurde. Weitere Materialien, u. a. das interimistische Abkommen v. 28.9.1814, (im Protokoll Bl. 181 und 188v mit der Datierung: 30.9.1814) in: Rep. 77, Tit. 41 Nr. 5 Bd. 1, Bl. 47–54. Vgl. auch Rep. 74, H IX Stände Nr. 30 Bd. 1–4. Die Akten zu den Vorarbeiten der Kommission (Delbrücksche Kommissions-Akten) zur Regulierung der Rechtsverhältnisse (1819–1821), in: Rep. 100, Nr. 3961–3962.

⁴ Vgl. auch Zachariä, Heinrich Albert, Rechtsgutachten, die staatsrechtlichen Verhältnisse des Gräflichen Hauses und der Grafschaft Stolberg-Wernigerode zur Preußischen Krone betreffend, Göttingen 1862, insbes. S. 61–68.

Nr. 125 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Mai 1822.

Vollz. Reinschr., Bd. 5, Bl. 259–263v [Prot. 13]; MF 30. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Bernstorff [U], Hake [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Niederstetter.

Gesetzesentwurf¹ wegen [...] Aufnahme [...] fremder Seeschiffe in die preußische Nationalschifffahrt und deren Dokumentierung. [B]

¹ Rep. 80, I Handel Nr. 5, Bl. 4–8v. Der Erlaß eines solchen Gesetzes wurde vom Staatsrat am 7.1.1823 abgelehnt. Vgl. ebd. Dort auch das Gutachten vom 4.12.1822.

Nr. 126 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Mai 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 5, Bl. 264–281 [Teilprot. 14a–b]; MF 30/31. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Lottum, Klewiz, Schuckmann, Bernstorff [1], Hake. — Prot.: [a–b] [?].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn, v. Goßler [beide zu 1], Löffler, Pomowitz [beide zu 2], Ruppenthal [zu 1].

1. Klage des Herzogs von Rovigo wegen Entschädigung für sein ehemaliges Dotationsgut, welches er verkaufte, dann aber als Privatmann erwarb. Kompetenz der Gerichte.¹ [B] — **2.** Insolventer Zustand des Fonds zur Bezahlung der Privatgrundstücke, welche zum Bau einer Festungsanlage [...] eingezogen werden. Befriedigung der Forderungen. [B]

¹ Vgl. Schütz, Wolfgang, Einwirkungen des preußischen Justizministers auf die Rechtspflege, Diss., Marburg 1970, S. 71–76.

Nr. 127 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Mai 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 5, Bl. 282–285 und 288–291 [Teilprot. 15a–b], Anlage¹: Bl. 287; MF 31. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [a–b] [?].

Weitere Teilnehmer: Braun [zu 1], Löffler [zu 2].

1. Indult in Ostpreußen. Der Antrag² des Committés der ostpreußischen und litauischen Stände und weiterer Gutsbesitzer aus Ostpreußen auf ein Indult wird abgelehnt, jedoch sollen die Oberlandesgerichte zu Königsberg und Insterburg dem Justizminister über die Folgen, welche der aufgehobene Indult im Verlauf der Zeit mit sich führen könnte, berichten. Falls nötig, wird das Staatsmini-

¹ TOP 2: Bemerkungen Bülows, Klewiz' und Altensteins zum Beschluß.

² Der Antrag v. 18.12.1822 in: Rep. 74, H II Preußen Nr. 5, Bl. 37–50v. Hier auch die Vorstellung der Rittergutsbesitzer in den Nathangenschen Kreisen v. 31.3.1822 sowie den Immediatbericht v. 22.5.1822. Zur angespannten Lage der ostpreuß. Gutsbesitzer vgl. dort auch das Schreiben der dortigen General-Landschaftsdirektion vom 19.2.1822, Bl. 53–56. Zur Haltung des Staatsministeriums zur Frage eines anhaltenden Indults vgl. Koselleck, Reinhart, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, Stuttgart 1967, S. 508; zur Agrarkrise der zwanziger Jahre auch, Schissler, Hanna, Preußische Agrargesellschaft im Wandel, Göttingen 1978, bes. S. 148–152.

sterium dem König Vorschläge unterbreiten, wie dem Notstand der Provinz abzuhelpfen ist [B]. Der Antrag dieses Committés und der übrigen Gutsbesitzer aus Ost- und Westpreußen auf eine Abänderung der Sukzessionsgrundsätze der Adeligen in Immobilien ist so allgemein und unbestimmt aufgenommen, daß hierüber nicht beraten werden kann. [B] — 2. Entbindung der Regierungen von der Einschickung der revidierten Etatsabschriften an die General-Kontrolle.³ [B]⁴

³ Der Antrag der Regierung Münster zu dieser Entbindung, der Bericht des Staatsministeriums an Hardenberg sowie weiteres Material, in: Rep. 74, N III Nr. 67, n.f.

⁴ Ein P. S. (Bl. 288) v. 26.6.1822, von Altenstein und Lottum unterschrieben, bemerkte, daß bei der Unterschrift auf Anregung Bülows die Angelegenheit nochmals vorgetragen und der Beschluß hierauf modifiziert wurde.

Nr. 128 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Mai 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 5, Bl. 292 und 294–305v [Teilprot. 16a–e], Anlage¹: Bl. 293; MF 31. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen, Bülow [2–5], Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [a–e] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Grunenthal [zu 1], Wolfart [zu 2, 5–6].

1. Die Regierung zu Potsdam beschwert sich über das gesetzwidrige Verfahren des General-Postamts bei der Portoerhöhung und beantragt deren Aufhebung oder die Bekanntmachung auf gesetzlichem Wege. [B] — 2. Das gerichtliche Verfahren bei Auseinandersetzungen zwischen dem Domänen-Fiskus und Pächtern mit Ansprüchen aus der Zeit vor dem 30.5.1814 wird von Bernstorff zugelassen. Weitere Erwägung der Prozeßfähigkeit. [B] — 3. Wittgenstein beantragt Erstattung von Ausgaben, die fälschlich dem Kronfideikommiss-Fonds angewiesen wurden, nämlich für die Pfaueninsel, die Hofmarschallamts-Kasse, militärische Reisen sowie Diäten für die Adjutanten der königlichen Prinzen. Hardenberg soll hiervon Kenntnis bekommen.² [B] — 4. Deckung der Kauttionen der Justizbeamten bei einem Defektfalle. [B] — 5. Umschreibung der älteren Landesschuld des Königreichs Westphalen [B]. Übernahme der neueren [...] Kriegsschulden der Provinz Altmark in die Preußische Staatsschuld. [B]

¹ Bemerkungen Bülows, Schuckmanns, Klewiz' und Altensteins zum Beschluß TOP 1.

² Vgl. Rep. 90, Nr. 1891. Hier u.a. der Immediatbericht v. 22.8.1822, Schreiben Hardenbergs v. 16.10.1821 und 13.9.1822 an das Staatsministerium sowie Voten.

Nr. 129 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Juni 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 6, Bl. 1–22 [Teilprot. 17a–c]; MF 32. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben [1–2, 6]: Altenstein [V], Kircheisen [1–2], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [a, c] [?].

Anwesend [zu 3–5; U]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Grunenthal [zu 1], Jacobi [zu 2–4], Löffler [zu 5].

1. *Weitere Unterstützung der Städte in Ost- und Westpreußen sowie Litauen mit Kompetenz-Geldern als Entschädigung für verlorene Einnahmen. Bei Elbing, [...] Thorn, [...] Memel, [...] Barten und Tilsit sind auch besondere Umstände zu berücksichtigen. Diese Unterstützung ist noch auf unbestimmte Zeit, jedoch nur prekär zu bewilligen.* [B] — 2. *Deckung des westpreußischen Domänenschulffonds.* [B]¹ — 3. *Befreiung der mit Pensionen oder Wartegeldern ausgeschiedenen Militärpersonen von den Kommunalbeiträgen.*² [B] — 4. *Gesetzentwurf³ zur anderweitigen Einrichtung der Bürgerwache von Berlin. Spezialdiskussion.* [B] — 5. *Entschädigung der ehemals bannberechtigt gewesenen Müller für den durch den aufgehobenen städtischen Getränkezwang erlittenen Ausfall.*⁴ [B] — 6. *Präzisierende Bestimmungen zur Kabinettsordre⁵ über die Bildung eines Staatsschatzes durch die Abführung der Mehreinnahmen und Ersparnisse der Verwaltungen und Behörden. Einteilung der Verwaltungen. Die Baufonds sämtlicher Verwaltungen sind von diesen Bestimmungen ausgenommen. Diese Bestimmungen dienen als Verwaltungsnorm.* [B]

¹ Als vorläufiger Beschluß bezeichnet (Bl. 5).

² Vgl. das Gesetz über die Heranziehung der Staatsdiener zu den Gemeindelasten v. 11.7.1822, GS, S. 184, insbes. § 9.

³ Rep. 77, Tit. 440 Nr. 22 Bd. 4, n.f., o.D.; hier auch das im Protokoll erwähnte Konferenzprotokoll vom 28.3.1822. Das Gesetz wurde nicht erlassen.

⁴ Der Immediatbericht v. 26.6.1822 in: Rep. 90a, J I 2 Nr. 5, Bl. 29v, dort auch Voten und weiteres Material. Vgl. auch das Gutachten des Staatsrats v. 5.3.1823 in: Rep. 80, I Justiz Nr. 55. Dort sowie in Adhib. 55a und 55b auch weiteres Material. Vgl. ferner KO v. 24.10.1823, GS, S. 168.

⁵ Vgl. Abschnitt I in der KO v. 17.1.1820, GS, S. 23.

Nr. 130 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Juni 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 6, Bl. 23–37 [Teilprot. 18a–c]; MF 32 — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [a] Bading [U]; [c] v. Berger [U]; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 1; U], v. Berger [zu 2–3; 3 U].

1. *Hinterbliebenenversorgung der Beamten. Die General-Kontrolle beantragt ein neues Gesetz. Zivilbeamte, deren Einkommen sich nach ihrer Verheiratung verbessert, sollen nachträglich der Witwenkasse beitreten. Die Retardatzinsen sollen aus Staatskassen reguliert werden. Beschlossen wird, daß dies mit dem zu regulierenden Pensionsgesetz in Verbindung gesetzt werden und bis dahin auf sich ruhen soll.* [B] — 2. *Zuständige Fonds für die Instandsetzung von Dienstwohnungen und Nebengebäuden für den Generalleutnant v. Dobschütz und den Präsidenten des Oberlandesgerichtes v. Danckelman im Schloß zu Glogau.* [B] — 3. *Präklusivtermin für die Wiederanweisung reklamierter Pensionen in den wiedereroberten Provinzen.*¹ [B]

¹ Vgl. die KO v. 30.7.1822, GS, S. 205.

Nr. 131 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Juni 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 6, Bl. 38–43v und 45–46v [Teilprot. 19a–c], Anlage¹: Bl. 44; MF 32/33. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben [1 und 3]: Altenstein, Kircheisen [1], Bülow [1], Schuckmann [1], Lottum, Klewiz, Bernstorff [3], Hake. — Prot.: [a] Eytelwein [U]; [c] Sack [U].

Anwesend [zu 2; U]: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [b] Skalley [U].

Weitere Teilnehmer: Eytelwein [zu 1; U], Sack [zu 3], Skalley [zu 2; U].

1. Straßenbau in Ost- und Westpreußen². [B] — 2. Ein pommerscher Gutsbesitzer beantragt finanzielle Unterstützung für die Anlage von Seitengräben. Frage nach der Verpflichtung der Gutsbesitzer, die Kosten hierfür zu tragen. Der Widerspruch in der Immediatvorstellung³ des Supplikanten soll nicht ungerügt bleiben. [B] — 3. Gerichtsstand in den Rheinprovinzen. Beschränkung einer Vorschrift des französischen Zivilgesetzbuches, [...] wonach jeder Ausländer wegen Verpflichtungen gegenüber einem Inländer vor die dortigen Gerichte gezogen werden kann, auch wenn er sich dort weder aufhält noch Vermögen besitzt. Schuckmann bemerkt, daß die rheinischen Gerichte nur zu geneigt sind, die Bewohner der übrigen preußischen Provinzen als Ausländer anzusehen und zu behandeln. Der Gesetzentwurf⁴ hebt diese Vorschrift in Bezug auf die deutschen Bundesstaaten auf. [B]

¹ Schreiben Kircheisens zum Umlauf des Teilprot. 19c.

² Zum Straßenbau in Ostpreußen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vgl. Grabo, R., *Die ostpreußischen Straßen im 18. und 19. Jahrhundert*, Diss., Königsberg 1910, bes. S. 55–93.

³ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁴ Vgl. den Bericht des königlichen Staatsministeriums und den Entwurf einer Verordnung wegen Beschränkung des Artikels 14 v. 3.8.1822, in: *Rep. 80, I Justiz Nr. 54a, Bl. 4–7v*, als Druck für den Staatsrat bestimmt. Vgl. auch *ebd.*, Nr. 54 sowie das Gesetz v. 2.5.1823, GS, S. 106–108.

Nr. 132 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Juli 1822.

Vollz. Reinschr. Bd. 6, Bl. 47–54v [Prot. 20]; MF 33. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Kircheisen [V], Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: Bading [U].

Weitere Teilnehmer: Bading [U].

Etatgrundsätze. Vorschläge des Finanzministeriums und der General-Kontrolle zu Änderungen in der Anfertigung der Etats. Der bisherige dreijährige Turnus der Regierungshauptetats soll 1826 aufgehoben werden. Stattdessen jährliche Anfertigung. Verfahren bei den Spezial-¹ und Verwaltungsetats.² [B]

¹ Vor allem dem Pensionsetat.

² Zum Etatswesen dieser Zeit vgl. Schneider, Franz, *Geschichte der formellen Staatswirtschaft von Brandenburg-Preußen*, Berlin 1952, S. 156–161.

Nr. 133 Sitzung des Staatsministeriums am 14. August 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 6, Bl. 55–67v [Teilprot. 21a–d], Anlage¹: Bl. 68–73; MF 33. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Kircheisen [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz [2–4], Hake [2–4]. — Prot.: [a] Semler [U]; [b–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Ruppenthal [zu 2], v. Schütz [zu 4], Semler [zu 1; U].

1. Beschwerde² der Schneidergewerke zu Naumburg, Zeitz und Weißenfels über die Zulassung weiblicher Personen bei Verfertigung der Frauenkleider. [B] — **2. Hardenberg war mit dem ablehnenden Beschluß des Staatsministeriums zur Rückgabe [...] zweier [...] Häuser in Koblenz an den Fürsten v. d. Leyen nicht einverstanden.**³ *Nochmalige Diskussion und erneute Ablehnung.* [B] — **3. Aufhebung der Goldzahlungen bei den direkten Steuern. Substituierung eines fixen Aufgeldes.**⁴ [B] — **4. Schleichhandel.** *Diskussion zu möglichen Maßregeln zur Unterdrückung, insbesondere bei Zucker und Salz. Keine inneren Kontrollen über Warenlager und Versendungen; Bezeichnung des Hutzuckers; keine Salzkonskription; eine Deklaration zu einer entsprechenden Bestimmung der Zollordnung. Mitwirkung der Gemeinden in den Grenzorten bei größeren Gewalttätigkeiten. Keine getrennte Erhebung der Zölle und der inneren Konsumationssteuern. Das Finanzministerium soll mehrere Befugnisse zur Degradation schlechter Beamter erhalten. Völlige Trennung der indirekten Steuerverwaltung von den Regierungen. In Westfalen soll hierzu der erste Versuch unternommen werden.*⁵ [B]

¹ *Voten des Finanz-, Innen-, Schatz- und Handelsministers zu TOP 4.*

² *Die Beschwerden in: Rep. 74, K IX Sachsen Nr. 11, Bl. 21–34. Dort auch weiteres Material.*

³ *Hardenbergs Schreiben v. 14.2.1822 in: Rep. 90, Tit. XLIV C Nr. 13, Bl. 39–49v. Dort auch Voten und der Bericht an Hardenberg v. 27.9.1822.*

⁴ *Vgl. die KO zu dieser Aufhebung v. 30.10.1822 in: Kamptz, Annalen, Bd. 6 (1822), S. 849.*

⁵ *Der Immediatbericht v. 11.9.1822 in: Rep. 120, C VII Fach 1 Nr. 10 Bd. 1, Bl. 169–173v. Vgl. auch die Deklaration wegen Anwendung der Zoll-Ordnung v. 26.5.1818 bei der von Gewerbetreibenden in den Grenzbezirken nicht nachgewiesenen Versteuerung v. 19.8.1823, GS, S. 161. Zur rapiden Verbreitung des Schleichhandels zwischen 1820 und 1822 und den vom Finanzminister unternommenen Gegenmaßnahmen vgl. Ohnishi, Takeo, Die Zolltarifpolitik Preußens bis zur Gründung des Deutschen Zollvereins, Göttingen 1973, S. 70–77.*

Nr. 134 Sitzung des Staatsministeriums am 21. August 1822.

Reinschr. [a], Fundort: GStAPK, III. HA, II Nr. 4721, Bl. 110–114 [Prot. 22a]; vollz. Reinschr., Bd. 6, Bl. 75–76 [Prot. 22b], Anlage¹: Bl. 74; MF 33.

Anwesend [zu 1]²:

Unterschrieben [2]: Kircheisen [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Hake. — Prot.: Günther [U].

1. Veränderungen bei Zollsätzen auf russische und polnische Produkte nach der Aufhebung des Handels- und Schifffahrtsvertrags zwischen Preußen und Rußland³, u. a. bezüglich Getreide,

¹ *Notiz zum Standort des Teilprot. 22a. Vgl. III. HA, II Nr. 4721, Bl. 110–111v. Hier als Kopie eines Entwurfs zum Sitzungsprotokoll bezeichnet.*

² *Die Anwesenheit ist anhand der vorliegenden Akte nicht zweifelsfrei zu rekonstruieren. Zimmermann, Handelspolitik, S. 74, meint, daß nur Klewiz verhindert gewesen sei an dieser Sitzung teilzunehmen. Sein Nachweis für diese Behauptung bleibt jedoch unklar.*

Schlachtvieh, Wolle. *Hierbei ist das Staatsinteresse [...] uneingeschränkt zu berücksichtigen. Notwendige Maßregeln, um sich für die Zukunft Vorteile zu sichern.* [B] *Frage der künftigen Durchgangssätze für Österreich⁴ und der Ausdehnung des einzuführenden Viehzolls auf Frankreich und die Niederlande⁵.* [B] — **2. Aufteilung der Kosten für bauliche Maßnahmen an der Artilleriewerkstatt in Berlin zwischen dem Handels- und Kriegsministerium.** [B]

³ *Der Handels- und Schifffahrtsvertrag v. 19.12.1818, GS 1819, S. 166, wurde am 22.5.1822 aufgehoben. Vgl. hierzu Zimmermann, Handelspolitik, S. 66–75. Vgl. auch VO zu Abänderungen in der Erhebungsrolle vom 25.10.1821 für die Provinzen Preußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen v. 10.4.1823, GS, S. 45.*

⁴ *Vgl. den Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Preußen und Österreich in Bezug auf die beiderseitigen ehemals zu Polen gehörigen Provinzen v. 22.3.1817, GS 1819, S. 213.*

⁵ *Vgl. den Immediatbericht v. 18.9.1822 in: Rep. 74, K XII Nr. 4. Dort auch weiteres Material.*

Nr. 135 Sitzung des Staatsministeriums am 4. und 9.¹ September 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 6, Bl. 77–86 [Teilprot. 23a–c]; MF 33/34.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [a] Bading [U]; [c] Löffler [U]; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 1; U], Löffler [zu 3; U].

1. Präklusivtermin für Gehaltsentschädigungen. *Antrag² Staegemanns, bei der bevorstehenden Bekanntmachung der Kabinettsordre³ die früheren Verfügungen hierzu in die Gesetzsammlung nachträglich aufzunehmen.* [B] — **2. Der Hausierhandel [...]** *mit fremdem wie mit einheimischem Salz soll in der ganzen Monarchie [...] verboten werden.*⁴ [B] — **3. Staatshaushalt 1822.**⁵ *Deckung des Defizits, Einnahmen und Ausgaben.* [B]

¹ *Am 9.9.1822 wurde TOP 3 (Besprechung des Haushalts 1822) fortgesetzt.*

² *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

³ *KO wegen eines Präklusivtermins etwaiger Ansprüche auf Gehalts-, Wartegeld- und Pensionsentschädigung aus der KO v. 1.8.1817 und 3.7.1818, sowie aus den Godesberger Verhandlungen für die rheinisch-westphälischen Provinzen im Jahre 1817, GS 1822, S. 205. Die KO wurde am 26.9.1822 bekanntgemacht.*

⁴ *Vgl. § 14 Nr. 1 im Regulativ v. 28.4.1824, GS, S. 230.*

⁵ *Vgl. die Grundlage zum Allgemeinen Etat der Einnahmen und Ausgaben für den gewöhnlichen Staatsbedarf in dem Jahre 1822 in: Rep. 89, Nr. 24852, Bl. 17–28.*

Nr. 136 Sitzung des Staatsministeriums am 11. September 1822.

Vollz. Reinschr., Bd. 6, Bl. 87–88v [Prot. 24]; MF 34. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Kircheisen [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: Bading [U].

Weitere Teilnehmer: Bading [U].

Regulativ¹ zur Bestreitung der Unterhaltungskosten in den Dienstwohnungen der Staatsbeamten. *Spezialdiskussion.* [B]

¹ *Vgl. das Regulativ v. 18.10.1822 in: Kamptz, Annalen, Bd. 7 (1823), S. 3–8 und das Material in: Rep. 89, Nr. 3920.*

Nr. 137 Sitzung des Staatsministeriums am 25. September 1822.

Vollz. Reinschr., Bd. 6, Bl. 89–94 [Prot. 25b¹]; MF 34. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [Unterschrift schlecht lesbar, v. Wenkstern?].

Der Stückgießer Krieger in Breslau, 1812 *verurteilt* wegen verletzter Amtspflicht, reklamiert die Vergütung für Metall, das er 1809 unfreiwillig an das Militärgouvernement in Schlesien abließ. Recht auf diese Forderung. Erstattung [...] in natura oder Vergütung des Arbeitslohns. Verpflichtung, Metall, das er zum Teil als Kompensation für seine Arbeit von der französischen Besatzung erhielt und zum Teil angeblich frei erwarb, dem Staat abzuliefern. Art der Vergütung. Zuständiger Fonds. [B]

¹ Protokoll 25a ist nicht nachweisbar; am 15.10.1822 wurde am oberen Rand des Protokolls (Bl. 89) vermerkt: Pro. Nr. 25a noch nicht aus dem Umlauf zurück.

Nr. 138 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Oktober 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 6, Bl. 95–108v [Teilprot. 26a–c]; MF 34.

Unterschrieben: Voß¹, Kircheisen, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [a] Löffler [U]; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Löffler [zu 1; U], Pomowitz [zu 2], Sotzmann [zu 3].

1. *Notwendigkeit einer Übereinstimmung zwischen den jährlichen Übersichten der Verwaltungsbehörden und den Finalabschlüssen der Generalstaatskasse und der Regierungshauptkassen. Regulierungsmaßnahmen bezüglich dieser Finalabschlüsse und deren Revision bei den Verwaltungsbehörden; [...] Berichtigungen; Befugnisse der Präsidien, [...] Departementsräte und Kassenräte; zwei Kategorien der Ausgaben der Regierungshauptkassen; [...] Deckung der Etatsüberschreitungen bei den Dispositionsfonds der betreffenden Ministerien und Zahlung durch die Generalstaatskasse; Aufstellen von Nachweisungen; [...] Zahlungen aus dem Extraordinarium der Generalstaatskasse und aus der Hauptschatzkasse; irrtümliche Ausgaben.* [B] — **2.** *Unterhaltungskosten des Wächterhauses am Siegesdenkmal auf dem Kreuzberg bei Berlin sollen nicht vom Kriegsministerium, sondern vom Handelsministerium bestritten werden.* [B] — **3.** *Niedriger Satz des Erbschaftstempels bei Dienstboten, denen eine jährliche, lebenslängliche Pension oder Rente hinterlassen wurde.*² [B]

¹ Voß wurde am 18.9.1822 zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums ernannt, vgl. GS, S. 214.

² Der Immediatbericht v. 6.11.1822 in: Rep. 90a, F IV 9 Nr. 1 Bd. 1. Dort auch das Votum Klewiz' sowie weiteres Material. Vgl. ferner KO v. 1.12.1822, GS 1823, S. 1.

Nr. 139 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Oktober 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 6, Bl. 109–118v [Teilprot. 27a–b]; MF 34. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Voß, Kircheisen, Bülow, Schuckmann [1], Lottum, Klewiz [1], Hake. — Prot.: [a] Koehler; [b] Ferber [U].

Weitere Teilnehmer: Ferber [zu 2–3; U], Koehler [zu 1].

1. Verwaltungsorganisation. Als baldige Entschließung des Königs zur Auflösung von fünf Regierungen¹ ist erforderlich, vor allem bezüglich Köln. Diese Stadt von einer Regierung zu entblößen ist jedoch auch bedenklich. Eventuelle Aufteilung des Kölner Dezernats [...] zwischen den Regierungen zu Aachen und Düsseldorf. Minden, Stralsund, Erfurt und Heiligenstadt sollen zusätzlich je einen Regierungskommissarius mit ausgedehnter Vollmacht erhalten. [B] — **2. Handel, Importzölle.** Verhinderung des Eingangs fremder Waren durch Erhöhung der Abgaben, insbesondere auf Luxuswaren sowie diejenigen, welche das Inland auch hervorbringt. Bestehendes Zollsystem ist günstig für die preußische Industrie, bewiesen an der Baumwolle- und Seidenfabrikation. Ein neues allgemeines Sperrsystem wäre problematisch, auch wegen der territorialen Zersplitterung. Beförderung des Handels.² Der Beschluß ist gegen jede Einführung eines Prohibitivsystems oder die Erhöhung der Tarifsätze im Allgemeinen, jedoch können Tarifsätze [...] sofort geändert werden, wenn dies das Wohl des Staates, seiner Industrie und der Landeskultur erfordern. Es soll auch darauf angetragen werden, daß der König künftig keine Abänderung der Tarifsätze genehmigt, die nicht im gesamten Staatsministerium beraten worden sind. [B]³ — **3. Die Bewilligung eines Vorschusses für die Wiedererrichtung des Instituts der Nordseeheringsfischerei in Stettin sowie die Unterstützung der Küstenheringsfischerei und der Ostseeieffischerei ist zweckwidrig.**⁴ [B]

¹ Vgl. Sitzungen am 8. und 10.5.1820 mit Anm. Der erwähnte Immediatbericht (Bl. 109) v. 20.8.1820 in: Rep. 151, HB Nr. 643, Bl. 111–118. Die Auflösung der Kölner Regierung war insbesondere das Anliegen Klewiz', vgl. sein Schreiben an Hoffmann v. 31.1.1822 über die mangelhafte Geschäftsverwaltung des dortigen Regierungs Collegii, wo er auch von der gänzlichen Auflösung spricht, ebd., Bl. 130–130v. Obwohl er sich in seinem Antwortschreiben v. 18.2.1822 (Bl. 131–136) mit der Aufteilung des Kölner Dezernats befaßte, befürwortete Hoffmann eine solche Maßnahme eigentlich nicht. Weitere Voten und Schreiben hierzu bis November 1822 ebd., Bl. 144–175. Zur schlechten Geschäftsführung der Kölner Regierung unter Hagen und der bis 1824 drohenden Auflösung vgl. auch Klein, August, Die Kölner Regierungspräsidenten 1816–1966 – Ihr Leben und Wirken, in: 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, Berlin 1966, S. 69–70. Zu den geplanten Auflösungen vgl. auch den Brief Staegemanns an Benzenberg v. 3.12.1822, in: Ruhl (Hrsg.), Staegemann, Bd. 3, S. 116–117.

² Vgl. hierzu Material in: Rep. 120, C XIII Fach 1 Nr. 4 Bd. 1. Dort der Immediatbericht v. 20.11.1822, Voten des Finanz-, Handels- und Innenministers sowie die KO v. 25.7.1822. Zur preußischen Handelspolitik dieser Jahre vgl. Brinkmann, Preussische Handelspolitik. Zur grundsätzlichen Ablehnung einer allgemeinen Tarifrevision in den Jahren nach 1821, vgl. Ohnishi, Zolltarifpolitik Preußens, S. 91.

³ Der Beschluß wurde revidiert. Vgl. Sitzung am 6.11.1822.

⁴ Vgl. Rep. 120, C XVIII Fach 2 Nr. 2 Bd. 3, n.f. Zur Heringsfischerei in Pommern in diesen Jahren vgl. Rep. 120, C XVIII Fach 2 Nr. 1 Bd. 3. Vgl. auch Hopp, Hans August, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt Stettin, Diss., Jena 1929.

Nr. 140 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Oktober 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 6, Bl. 120–124v [Teilprot. 28a–b]; MF 34. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben: Voß, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: Koehler.

Weitere Teilnehmer: Koehler [zu 1].

1. Zukünftiges Verfahren des Staatsministeriums bei unfreiwilliger Dienstentlassung der Verwaltungsbeamten. *Spezialdiskussion.*¹ Die schon eingetroffenen Dienstentlassungssachen sollen bis zum Eingang der entsprechenden Kabinettsordre auf sich beruhen. *Bedenken Altensteins zur Kabinettsordre*² über die Dienstentlassung der Geistlichen und Lehrer; vertagt. [B] — **2.** Bezahlung der Zinsrückstände der Königsberger Stadtobligationen. [B]

¹ Schriftwechsel hierzu in: Rep. 151, I B Nr. 2613 Bd. 1, n.f. Vgl. auch VO v. 21.2.1823, GS, S. 25.

² Vgl. die KO v. 2.4.1822, GS, S. 105.

Nr. 141 Sitzung des Staatsministeriums am 6. November¹ 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 6, Bl. 118v–119, 125–128v und 132–137v [Teil v. 27b, Teilprot. 29a und 29c–d]; MF 34/35. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.

Unterschrieben: Voß [2–4], Altenstein [2–3], Kircheisen [2–4], Bülow, Schuckmann, Lottum [beide 2–4], Klewiz, Hake [2–4]. — Prot.: [Teil v. 27b] Ferber [U]; [d] Semler [U]; [a, c] [?].

Weitere Teilnehmer: Müller [zu 3], Ruppenthal [zu 2], Semler [zu 4; U].

1. Erhöhung der Abgaben auf fremde Waren; revidierter Beschluß.² [B] — **2.** Münzverfassung. Annahme fremder Münzen durch die öffentlichen Kassen bei Schuldnern mit Verträgen in den entsprechenden Münzsorten. *Verbindlichkeit der Vergleichungstabelle.*³ [B] — **3.** Entschädigungsanspruch der Stadt Schleusingen für die ihr entzogene *Kriminal- und Zivilgerichtsbarkeit.* [B] — **4.** Aufhebung oder bessere Einrichtung der öffentlichen Schauanstalten für Tuch- und Wollwaren in Preußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen. *Gesetzentwurf*⁴. *Spezialdiskussion.* Schauvereine. [B]

¹ Bei TOP 2 wurde das ursprüngliche Datum vom 7.11.1822 in 6.11.1822 geändert.

² Die Einwände Klewiz' zum Beschluß v. 16.10.1822 veranlaßten die Beratung am 6.11.1822. Vgl. sein Schreiben v. 29.10.1822 in: Rep. 120, C XIII Fach 1 Nr. 4 Bd. 1, Bl. 111–113v. Der revidierte Beschluß wurde unterschrieben von Voß, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz und Hake.

³ Der Beschluß wurde revidiert, vgl. Sitzung am 11.12.1822.

⁴ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch das Votum Schuckmanns in: Rep. 77, Tit. 93 Nr. 42 sowie die VO v. 5.1.1823, GS, S. 23.

Nr. 142 Sitzung des Staatsministeriums am 7. November 1822.

Vollz. Reinschr., Bd. 6, Bl. 129–131v [Prot. 29b]; MF 35. — Abschriften.: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Anwesend [U]: Voß, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Ruppenthal.

Pensionssache. Anlässlich der Forderung des ehemaligen bergischen Präfekturrats Arnold Mallinckrodt, auch ehemaliger Regierungsrat Nassau-Oraniens und Beamter der Reichsstadt Dortmund, erfolgt eine Grundsatzdiskussion zur Berechtigung derartiger Forderungen und der Höhe der Auszahlung. [B]

Nr. 143 Sitzung des Staatsministeriums am 13. November 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 6, Bl. 138–147 [Teilprot. 30a–c]; MF 35. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben [1–2]: Voß, Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Hake. — Prot.: [a–b] Eytelwein [U].

Anwesend [zu 3; U]: Voß, Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Hake. — Prot.: [c] Jacobi [U].

Weitere Teilnehmer: Eytelwein [zu 1–2; U], Jacobi [zu 3; U].

1. Die Schreib- und Zeichenmaterialiengebühren für Baubeamte, welche bisher noch keine erhalten haben, sollen aus den Bürofonds der betreffenden Regierungen vergütet werden. [B] — **2.** Die Einwohner des Marktfleckens Brandenburg in Ostpreußen protestieren gegen die beabsichtigte Streckenführung einer neuen, verbreiterten Chaussee und die dadurch nötige Verlegung von 33 Wohnungen; es besteht auch Gefahr der Überflutung am Haff. Das Staatsministerium möchte die Chaussee nicht verlegen, zumal bei eventueller Wasserbeschädigung die Beschädigten zu entschädigen sein würden. [B] — **3.** Einige Mühlengewerke [...] in Schlesien können nicht weiter die auf den früheren Mühlenzwang gegründeten Domanalabgaben zahlen und bitten um Aushilfe. Die Entschädigung der Müller wurde schon durch Gesetzgebung reguliert. Die Möglichkeit einer weiteren Aushilfe der Bittsteller soll vom Innen- und Handelsministerium überprüft werden.¹ [B]

¹ Der Immediatbericht v. 30.11.1822 in: Rep. 90a, J 1 2 Nr. 5, Bl. 46–49v; dort auch Voten. Vgl. auch das Entschädigungsgesetz v. 15.9.1818, GS, S. 178. Diese Ansprüche beruhen auf dem Gewerbegesetz v. 2.11.1819, § 30, GS, S. 86 sowie der VO v. 15.8.1818, GS, S. 178.

Nr. 144 Sitzung des Staatsministeriums am 20. November 1822.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 6, Bl. 148–155 [Teilprot. 31a–b]; MF 35. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I. Sekt. 29 Nr. 3a Bd. 4, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Unterschrieben [1]²: Voß, Altenstein, Kircheisen, Schuckmann, Klewiz. — Prot.: [a] [?].

Anwesend [zu 2]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Voß [U], Altenstein [U], Kircheisen [U], Schuckmann [U], Klewiz [U]. — Prot.: [b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Schütz [zu 1–3].

1. Der Bergbau-, Hütten- und Hammerbetrieb, welcher einer bergmännischen Belehnung bedarf, ist von der Gewerbesteuer befreit.³ [B] — **2.** Zoll. Güter, die durch eine Grenzlinie geteilt sind, sind weiterhin von Ein- u. Ausgangsabgaben auf ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse befreit. [B] — **3.** Errichtung einer Zolllinie um die eingeschlossenen Anhaltinischen Lande; Eröffnung einer Durchfuhrstraße [...] über Wolfen nach Leipzig; Anlage einer Zollstelle in Wolfen. Beseitigung der Differenzen zwischen preußischer und anhaltinischer Regierung ist wünschenswert.⁴ [B] — **4.** Hofjagd-

¹ TOP 1.

² TOP 1: Bemerkung Bülows, Bl. 149: Als abwesend nicht mitgezeichnet. Ich bin jedoch mit dem Beschluß völlig einverstanden.

³ Vgl. die KO v. 9.1.1823, GS, S. 16.

⁴ Der Immediatbericht v. 20.11.1820 in: Rep. 90a, F V 1 Nr. 1 Bd. 1. Dort auch Voten und weiteres Material.

amt. Oberjägermeister Graf von Moltke *fordert die* Bekanntmachung der Errichtung des Hofjagd-amtes, [...] seine Ernennung zum Chef desselben *und die Disziplinierung einiger* Oberforstmeister. *Außerdem soll* sein Verhältnis zu den Behörden und sämtlichen Forstbeamten durch eine ihm zu erteilende Dienstinstruktion zuvor festgestellt werden. Klewiz *beschreibt den* Wirkungskreis Moltkes als Chef des Hofjagd-amtes. *Dessen* Beschwerde [...] eignet sich nicht zu einer förmlichen Untersuchung und Bestrafung. Eine kurze Bekanntmachung soll *erfolgen*, jedoch liegt es nicht *in* der Bestimmung *des Staatsministeriums*, das Verhältnis Moltkes zu den Behörden und Forstbeamten durch eine Dienstinstruktion festzustellen, *da dieses* schon in den königlichen Befehlen [...] bestimmt wurde. Moltke *soll zur* Beobachtung der Ressorts- und Geschäftsverhältnisse *angehalten* werden. [B]

Nr. 145 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Dezember 1822.

Vollz. Reinschriften, Bd. 6, Bl. 156–168 [Teilprot. 32a–e]; MF 35/36.

Unterschrieben [1–3, 5]: Voß [1 und 3], Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [a–c, e] [?].

Anwesend [zu 4]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Voß [U], Altenstein [U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: [d] [?].

Weitere Teilnehmer: Bitter [zu 5], v. Ladenberg, Löffler [zu 4], v. Seydewitz [zu 2–3].

1. Beibehaltung eines Wachtschiffes bei Stralsund, das zum Verkauf vorgesehen war. [B] — **2.** Unterhaltungskosten des Hebammen-Lehrinstituts zu Köln. [B] — **3.** Regulierung der besonderen Gehaltsfonds für die Regierungsmedizinalräte und für die bei den Regierungen angestellten Konsistorial- und Schulräte ist noch abhängig von der Fortdauer der Konsistorien. Altenstein sieht hier jedoch keinen wahren inneren Zusammenhang. [B] — **4.** Staatshaushalt 1823. Vorbereitung der Beratung. [B] — **5.** Differenzen zwischen der General-Kontrolle und dem Finanzministerium über die nähere Verbindung der General-Kontrolle mit dem Staatsministerium. Unterschiedliche Auslegung der Kabinettsordre¹ vom 17. Januar 1820. Befugnis der General-Kontrolle gegenüber den Ministerien. [B]

¹ KO zur näheren Verbindung der General-Kontrolle mit dem Staatsministerium v. 17.1.1820, GS, S. 24.

Nr. 146 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Dezember 1822.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 6, Bl. 128–128v und 169–181v [Teil v. 29a und Teilprot. 33a–aa]; MF 36.

Unterschrieben [1–2]: Voß, Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [Teil v. 29a, 33a] [?].

Anwesend [zu 3]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Voß [U], Altenstein [U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: [33aa] Löffler [U].

Weitere Teilnehmer: Bading, v. Berger [beide zu 3], Löffler [zu 3; U], Wilkens [zu 3], Wolfart [zu 2].

¹ TOP 3.

1. Münzverfassung. Erneute Diskussion und Revision des Beschlusses über die Annahme fremder Münzen durch die öffentlichen Kassen bei Schuldnern mit Verträgen in den entsprechenden Münzsorten.² [B] — 2. Gesetzesentwurf³ über die Kompetenz der Gerichte bei der streitig gewordenen Auslegung von Staatsverträgen. [B] Verträge mit auswärtigen Staaten sollen nicht in einer besonderen Reihe als Anhang zur Gesetzsammlung abgedruckt werden, da das jetzt zu erlassende Gesetz diesen Zweck schon erreicht; ebenso sollen Bestimmungen in solchen Verträgen, welche die Untertanen betreffen, nicht Gegenstand einer besonderen königlichen Verordnung werden. [B] — 3. Staatshaushalt 1823.⁴ Hauptursachen der neueren [...] Finanzverlegenheiten [B]. Die nähere Prüfung des vorläufigen Etatanschlags für 1823/32 der Hauptverwaltung der Staatsschulden ist von dringender Notwendigkeit. Einkünfte der Domänen- und Forst-Verwaltung; Deckung der wahrscheinlichen Ausfälle [...] besonders in den östlichen Provinzen; sonstige Ausgaben dieser Verwaltung; Einnahmen vom Domänenverkauf und Einstellung des Verkaufs. Überschüsse der Bergwerks-Verwaltung, der Porzellan-Manufaktur, der Postverwaltung, der Lotterie-Verwaltung, des Salzmonopols. [B]

² Vgl. das Publikandum v. 27.5.1823 der Regierung Potsdam über die Zahlungen an die königlichen Kassen in Konventionsgeld in: Kamptz, Annalen, Bd. 7 (1823), S. 238–239.

³ Vgl. die zwei Fassungen vom Mai 1822 in: Rep. 134, Tit. XXV Sekt. I Nr. 13, n.f. Hier auch einige Schriftstücke zur Entscheidung des Gerichtes in Posen im Prozeß über ein ehemaliges sogenanntes Bayonner Kapital (Bl. 172). Zur Verpflichtung der Gerichte, in Prozessen über die streitige Auslegung von Staatsverträgen die Äußerung des Außenministers einzuholen, vgl. das Gesetz v. 25.1.1823, GS, S. 19. Vgl. auch die Zirkular-VO v. 20.6.1823 des Justizministeriums an die Provinzialgerichte, in: Kamptz, Annalen, Bd. 7 (1823), S. 509. Vgl. ferner Voten in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 2. Der Entwurf zur VO ebd., Bl. 7–8.

⁴ Vgl. den Haupt-Finanz-Etat aller Einnahmen und Ausgaben für den gewöhnlichen Staatsbedarf im Jahre 1823 (von allen Ministern, außer Voß, unterschrieben), in: Rep. 89, Nr. 24852, Bl. 29–30.

Nr. 147 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Dezember 1822.

Vollz. Reinschriften., Bd. 6, Bl. 182–189v [Teilprot. 33b–c], Anlage¹: Bl. 190–191; MF 36.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 2; U], Voß [U], Altenstein [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: [c] Löffler [U]; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger [zu 2], v. Ladenberg [zu 1–2], Löffler [zu 1–2; 2 U], Maassen [zu 2].

1. Antrag² des General-Postamts-Präsidenten auf Bewilligung einer jährlichen Summe zu allgemeinen Verbesserungen und außergewöhnlichen Bedürfnissen. Erhöhung des Betriebskapitals. [B] — 2. Staatshaushalt 1823. Einnahmen bei den direkten Steuern und den indirekten Abgaben, den Kommunikations-Abgaben sowie den außerordentlichen Einnahmen. [B]

¹ Zusammenstellung der Einnahme-Summen, die nach den Beschlüssen des Königl. Staatsministeriums zum Haupt-Finanz-Etat für 1823 zu bringen sind.

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 148 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Dezember 1822.

*Vollz. Reinschriften mit Korrekturen*¹, Bd. 6, Bl. 192–196 [Teilprot. 34a–b]; MF 36.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 2], Voß [U], Altenstein [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. Prot.: [b] Löffler [U]; [a] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Grunenthal [zu 2], v. Ladenberg, Löffler [beide zu 2; U], v. Schütz [zu 1], v. Seydewitz [zu 2].

1. Vorstellung² des Komitees der ostpreußischen und litauischen Stände *zum* Notstand der Provinz *sowie* Vorschläge zu dessen Linderung. Antrag³ mehrerer ostpreußischer Gutsbesitzer *auf* Abtragung von Hypothekenschulden *in* ostpreußischen Pfandbriefen. [B] — **2.** *Etat* des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten für 1823. Beratung zu eigentümlichen Einnahmen *wird* vertagt. Laufende Ausgaben: *Zusätzliche Mittel für die* Dotierung der Erz- und Bistümer *sowie der* Bistumsbehörden; Erhöhung des jährlichen Zuschusses für das *Berliner* Taubstummen-Institut; Gehälter der in den landrätlichen Kreisen der Städte angestellten Medizinalbeamten; außerordentliche Bedürfnisse. [B]

¹ TOP 2.

² *Die Vorstellung v. 1.10.1822 in: Rep. 89, Nr. 30397, Bl. 33–41, an den Kronprinzen gerichtet.*

³ *Aus dem Kreis Darkehmen in: ebd., Bl. 31–32v. Dort auch der Immediatbericht v. 31.12.1822. Vgl. auch Schuckmanns Promemoria zum Geldmangel in Ostpreußen v. 26.3.1822, in: Rep. 89, Nr. 30394. Die im Protokoll erwähnte Vorstellung mehrerer ostpreußischer Gutsbesitzer aus Polleiken v. 16.9.1822 konnte nicht nachgewiesen werden.*

Nr. 149 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Dezember 1822

*Vollz. Reinschr., Bd. 6, Bl. 197 und 199–209v [Prot. 35a], 3 Anlagen*¹: Bl. 198 und 210–214; MF 36/37. — *Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 332aa Nr. 10 Bd. 1, n.f.; Rep. 89, Nr. 3657, n.f.*

Unterschrieben: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [?].

Intendanturen. Bestimmungen² *zu den* Geschäften *der* Intendanturen, *denen als* Provinzialbehörden *des* Kriegsministeriums für die Militärökonomie *die* Leitung des Servis-, Garnisonverwaltungs- und Bauwesens *obliegt.*³ *Wirkungskreis* der Regierungen; *Vorgehensweise mit anderen* Behörden, *insbesondere beim* Kommunal- und Bauwesen; *Zuständigkeit der* Regierungshauptkassen und Generalmilitärkasse; *Dotierungsfonds; erste Geschäftsübergabe* 1823 *im* Bereich des VI. Armeekorps *in* Berlin; *Geschäftsübergabe bei den* Regierungen *zu* Breslau und Oppeln. [B]

¹ *Bl. 198 Schreiben Kircheisens v. 24.1.1823 zum Protokoll; Bl. 210–214 Abschriften zweier Schreiben v. 13.4.1820 bzw. 21.11.1822 seitens Innen- und Kriegsminister bezüglich des Servis- und Garnisonverwaltungswesens.*

² *Das Protokoll selbst beinhaltet diese Bestimmungen, vgl. Kircheisens Schreiben, Bl. 198.*

³ *Zur Bestätigung der Intendanturen als Provinzialbehörden des Kriegsministeriums für die Militärökonomie vgl. KO v. 1.11.1820 in: Rep. 77, Tit. 332aa Nr. 10 Bd. 1, n.f.; ebd., Hakes Instruktion für die Intendanturen v. 16.1.1821, auch in: Rep. 84a, Nr. 46875. Vgl. auch das Publikandum der Regierung zu Oppeln v. 17.5.1823 zum Übergang der Servis- und Garnison-Ökonomie-Partei zur Königlichen Intendantur in: Kamptz, Annalen, Bd. 7 (1823), S. 428–435. Zur Umgestaltung der früheren Kommissariatsbehörden zu Intendanturen, deren Aufgaben und Wirkungskreis vgl. Helfritz, Hans, Geschichte der preußischen Heeresverwaltung, Berlin 1938, S. 266 f.*

Nr. 150 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Dezember 1822.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen*¹, Bd. 6, Bl. 215–225v [Prot. 35aa]; MF 37. — Abschr.: GStAPK, III. HA, II Nr. 1526, Bl. 25–36.

Anwesend [U]: Voß, Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: Löffler [U].

Weitere Teilnehmer: v. Berger, v. Ladenberg, Löffler [U].

Staatshaushalt 1823. Ausgaben: Zivilkabinett; General-Ordens-Kommission; Staatsrat und das Staatssekretariat; Büro des Staatskanzleramts und das des Staatsministeriums; *statistisches* Büro, *geheimes* Staatsarchiv; Ober-Rechnungs-Kammer; Neuchâteller Departement; General-Kontrolle; Archive des ehemaligen Generaldirektoriums und des Finanzministeriums; Ministerium *der* auswärtigen Angelegenheiten; Ministerium *der* geistlichen-, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten; Berliner *Waisenhaus und Medizinalwesen*. Im Justizministerium *erhöhte* Zuschüsse für einige *Oberlandesgerichte* und Justizbehörden. Im Ministerium des Innern *neue* Ökonomiekommissariate und Armenfonds. [B]

¹ Bl. 217 Einfügung v. 26.12.1822, von der Hand Löfflers i. A. Voß zu individuellen Gehaltsfragen.

Nr. 151 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Dezember 1822.

Vollz. Reinschr., Bd. 6, Bl. 226–251 [Prot. 35b]; MF 37/38. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3657, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Voß [V], Altenstein [U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: Löffler [U].

Weitere Teilnehmer: v. Ladenberg, Löffler [U].

Vorläufiger Etatanschlag der Hauptverwaltung der Staatsschulden auf die Jahre 1823/32. Wegen der summarischen Aufführung hat die General-Kontrolle Schwierigkeiten, diesen Etat zu prüfen und zu beurteilen. Besprochen werden auswärtige Anleihen¹, kurmärkische alte landschaftliche Obligationen, konsolidierte Staatsschuld; noch in der Liquidation begriffene Schulden, provinzielle Staatsschulden, gestiegene Verwaltungs- und Besoldungskosten, Amortisation seit 1820. Vorschläge² Ladenbergs zur Deckung eines Teiles des Defizits des Staatshaushalts-Etats 1823 durch die Fonds der Staatsschuldenverwaltung und zu einer anderen Regulierung des Staatsschuldenetats. Entstehung neuer Schulden [...] wenn die Staatsschuldenverwaltung als ein Teil des Ganzen auf Kosten der anderen Teile über das Bedürfnis ausgestattet würde. Damit in den Staatshaushalt die nötige Harmonie hineingebracht wird, soll die Hauptverwaltung der Staatsschulden [...] sämtliche

¹ Vor allem die Londoner Anleihe, vgl. hierzu Krug, *Staatsschulden*, S. 197–204 und 271–274 sowie Thierfelder, *Hildegard, Rother als Finanzpolitiker unter Hardenberg 1778–1822*, in: *FBPG*, Bd. 46 (1934), S. 84–88.

² Basierend auf seinem Promemoria, das in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden konnte. Vgl. jedoch Rothers Bericht an Lottum v. 20.12.1822 in: *Rep. 89, Nr. 24765, Bl. 1–20*, wo er sich unter anderem (Bl. 18v–19) entschieden gegen die Täuschung wehrte, daß sich in den Etats der Schuldenverwaltung noch Summen versteckt finden, die außer dem wirklichen Bedürfnis liegen.

Etats dem Staatsministerium vorlegen. Die Staatsschuldenverwaltung ist den Verpflichtungen zu unterziehen, die allen übrigen Staatsverwaltungen obliegen.³ [B]

³ Vgl. den Immediatbericht v. 11.1.1823 in: Rep. 89, Nr. 24852, Bl. 31–39. Zum Staatsschuldenwesen dieser Zeit vgl. Richter, Eugen, *Das preussische Staatsschuldenwesen und die preussischen Staatspapiere*, Breslau 1869, S. 42–53 und Krug, *Staatsschulden. Zum gespannten Verhältnis zwischen dem Staatsministerium und der Hauptverwaltung der Staatsschulden* vgl. Treitschke, *Deutsche Geschichte*, Bd. 3, S. 74 f.

Nr. 152 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Januar 1823.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 7, Bl. 1–17 [Prot. 1], 2 Anlagen¹: Bl. 18–25v; MF 38. — Abschr.: GStAPK, III. HA, II Nr. 1526, Bl. 37–60.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [U], Voß, Altenstein [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: Löffler [U].

Weitere Teilnehmer: v. Berger, Löffler [U].

Staatshaushalt für 1823. Ausgaben des Handelsministeriums für Bau, Unterhaltung und Verbesserung von Straßen, für Brücken und Wasserstraßen, für den Swinemünder Hafenaufbau und für die Erleuchtung des Leuchtturms zu Rixthöfen. Ausgaben des Kriegs-, Finanz- sowie Schatzministeriums; der Hauptverwaltung der Staatsschulden; Bedürfnisse für Pensionen, Kompetenzen, Wartegelder und Gehaltsentschädigungen, für allgemeine Verwaltungskosten der Regierungen, für die Haupt- und Landgestüte und zur Deckung der Ausfälle bei den Einnahmen; Mittel zu außerordentlichen Zahlungen und zu Landesverbesserungen. [B]

¹ Bl. 18–21 Schreiben Bülows v. 8.2.1823: Bemerkung zu dem Sitzungsprotokoll des Königl. Staats-Ministerii vom 2. Januar d.J.; Bl. 22–25v Ungefähre Übersicht der im nachstehenden Regierungs-Bezirke [...] zu erwartenden Einkünfte von den Kunststraßen, und den Unterhaltungskosten der letzteren, v. 8.2.1823.

Nr. 153 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Januar 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 26–31v [Teilprot. 1a–b]; MF 38. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen [1], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [a–b] [?].

Weitere Teilnehmer: Wolfart [zu 1].

1. Disziplinarsache. [B] — 2. Entschädigungs-Anspruch der Stadt Höxter für verlorene indirekte Abgaben von der Waren-Akzise. Abhilfe für die bedrängte Lage der Stadt. [B]

Nr. 154 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Januar 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 32–45 [Teilprot. 2a–c]; MF 38/39. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen [1 und 3], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake [1], Bernstorff [2]. — Prot.: [a-c] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Goßler [zu 3].

1. Berechnung der Stempelpflichtigkeit der Strafbescheide. [B] — **2. Deklaration zu einer Bestimmung des Finanzedikts von 1810.** Staatsgläubiger, deren Forderungen nicht aus Darlehen entspringen, *sollen wie* Gläubiger, deren Forderungen *so* entspringen, [...] Staatsschuldscheine nach dem Nennwert *erhalten*. Entschädigung *wegen Zahlungsverzug.*¹ [B] — **3. Die grundsätzliche Ausschließung der Juden vom Staatsdienst ist auch anwendbar** auf diejenigen Juden, die im Dienst des Staates vorgefunden sind. *Die* Entschädigung des Ausscheidenden *erfolgt* nicht nach den *üblichen Grundsätzen.*² [B]

¹ *Vgl. das Gesetz v. 9.8.1823 wegen Zurückzahlung der Forderungen an den Staat, welche nicht als Anleihe zu betrachten sind, GS, S. 165.*

² *Der Immediatbericht, Voten und weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 498.*

Nr. 155 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Januar 1823.

Vollz. Reinschr., Bd. 7, Bl. 46–46v [Prot. 3]; MF 39.

*Anwesend [U]*¹: *Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [?].*

Weitere Teilnehmer: Herrmann [U].

*Ansprüche der ehemaligen Süd- und Neustpreußischen Beamten auf Gehaltsrückstände oder Entschädigung.*² [B]

¹ *Kircheisen, Hake [U].*

² *Zur Zahlung dieser Gehalts- und Pensionsrückstände vgl. Rep. 84a, Nr. 43092.*

Nr. 156 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Februar 1823.

Vollz. Reinschr., Bd. 7, Bl. 47–49 [Prot. 4]; MF 39. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Klaatsch.

Vorschuß der Hauptschatzkasse an die Theaterbau-Kasse. Festlegung des Theateraufonds. [B]

Nr. 157 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Februar 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 50–55 [Teilprot. 5a–b]; MF 39. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [a–b] [?].

Weitere Teilnehmer: Lehnert, v. Schütz [zu 1].

1. Schleichhandel. Vorschläge¹ Lottums zur Kontrolle des Salzverbrauchs in den dem Schleichhandel unterliegenden Landesteilen [B]. Resultate des dortigen Salzabsatzes 1821. Ausdehnung der Kontrolle auf benachbarte Landesteile, die außerhalb des Zollverbands liegen [B]. Vincke hält die Ausführung einer solchen Kontrolle von der Promulgation einer zweckmäßigeren Gemeindeverfassung abhängig. Schuckmann schlägt vor, die Einführung der Kontrolle bis zur künftigen Mitwirkung der Provinzialstände aufzuschieben. [B] — **2. Antrag**² der Städte Wetzlar und Wittstock auf Versetzung aus der zweiten Gewerbesteuerklasse in die dritte. [B]

¹ Lottums Promemoria v. 10.4.1821 in: Rep. 151, III Nr. 10256, n.f.; hier auch eine KO v. 19.8.1823 über die Grundsätze, nach welchen die Kontrolle des Salzverbrauches anzuwenden ist. Zu Salzabsatz und Kontrolle des Salzverbrauchs in Westfalen und der Rheingegend zwischen 1819 und 1825 vgl. auch Rep. 151, III Nr. 10258.

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 158 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Februar 1823.

Vollz. Reinschr., Bd. 7, Bl. 56–60 [Prot. 5c]; MF 39. — Abschr.: GStAPK, III. HA, II Nr. 1526, Bl. 71–75.

Anwesend [U]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: Löffler [U].

Weitere Teilnehmer: v. Berger, v. Ladenberg, Löffler [U].

Staatshaushalt 1823. Generalbaufonds; Koblenzer Brückengelder; Unterhaltung von Wasserstraßen in Ost- und Westpreußen und Posen; Oderregulierung; Swinemünder Hafenbau; Verbesserung des Finowkanals; Straßenunterhaltung im Rheinland; Fortgang des Chausseebaus. [B]

Nr. 159 Sitzung des Staatsministeriums am 5. März 1823.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 7, Bl. 61–63v und 67–80v [Teilprot. 5d–f; 6a], Anlage²: Bl. 64–66; MF 39/40.

Anwesend [zu 1 und 4; U]: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum, Bernstorff. — Prot.: [5d] Löffler [U]; [6a] Skalley [U].

Unterschrieben [2–3]: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum, Bernstorff. — Prot.: [5e–f] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger [zu 1 und 3], v. Ladenberg [zu 1], Löffler [zu 1; U], Maassen [zu 1 und 4], Skalley [zu 4; U].

1. Reinertrag der Domänen und Forsten für 1823.³ [B] — **2. Definitiver Abschluß der jährlichen Ausgabenfonds der Ministerien und übrigen Verwaltungsbehörden nach dem Abschluß des**

¹ TOP 2 und 3.

² Promemoria des Direktors der Domänen- und Forstverwaltung zum Reinertrag 1823.

³ Zur erwähnten Sitzung (Bl. 61) am 15. Februar 1823 liegt in den vorliegenden Akten kein Protokoll vor.

darauffolgenden Jahres. [B] — **3.** Zuschüsse zur Deckung der Ausfälle beim Kassenabschluß des Finanzministeriums für 1821–1823. Bewilligung eiserner Bestände für die Generalstaatskasse und für die Provinzialkassen. [B] — **4.** Entschädigungsansprüche der vormaligen Brau- u. Malzberechtigten zu Erfurt.⁴ [B]

⁴ Vgl. erneute Bittschreiben v. 13.2.1822 in: Rep. 74, K IX Sachsen Nr. 12. Dort auch weiteres Material.

Nr. 160 Sitzung des Staatsministeriums am 8. März 1823.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 7, Bl. 81–87v [Prot. 6b], Anlagen¹: Bl. 88–97; MF 40. — Abschr.: GStAPK, III. HA, II Nr. 1526, Bl. 92–95v.

Anwesend²: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U]. — Prot.: Löffler [U].

Weitere Teilnehmer: v. Ladenberg, Löffler [U].

Mittel zur Deckung des Defizits beim Ordinarium für 1823. Befriedigung der unerlässlichen Extraordinarien für 1823. Besondere Bedürfnisse des Finanzministeriums. Bildung eiserner Bestände. Deckung des Defizits für 1822. Maßregeln zur Vorbeugung künftiger Ausfälle im Staatshaushalt.³ [B]

¹ Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben Summen des Ordinarius 1823; Zusammenstellung der für das Jahr 1823 angemeldeten und durch die Beschlüsse des Königl. Staatsministeriums als unerlässlich notwendig anerkannten extraordinären Bedürfnisse.

² Kircheisen [U].

³ Vgl. den Immediatbericht und die Zusammenstellungen v. 31.3.1823 sowie das Promemoria Rothers v. 9.5.1823 hierzu in: Rep. 89, Nr. 24852.

Nr. 161 Sitzung des Staatsministeriums am 12. März 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 98–111 [Teilprot. 7a–b]; MF 40. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Bülow [2], Schuckmann, Lottum, Bernstorff. — Prot.: [a–b] [?].

Weitere Teilnehmer: Wolfart [zu 2].

1.–2. Unterstützungen an Brot- und Saatgetreide [...] für Litauen und Ostpreußen werden vom Oberpräsidium beantragt;¹ diese sollen auch als Arbeitslohn für Meliorationsarbeiten vergeben werden. In der Sache genehmigt. Zur Verteilung und Ausführung soll das Oberpräsidium einen Bericht erstatten. [B] — **3.** Weigerung des Justizministers bei zwei [...] Fällen aus der Depositen- und Vormundschaftsverwaltung, die Prozeßleitung zu übernehmen. Debatte zur Zuständigkeit einer Ministerialbehörde für die Leitung eines Prozesses, dessen Gegenstand aus Handlungen des

¹ Vgl. den Bericht Auerswalds v. 29.12.1822 in: Rep. 90a, D II 2d Nr. 2 Bd. 2, Bl. 2–12v. Dort auch Voten und weiteres Material.

Justizressorts sich ableitet und Entschädigung oder Zahlung aus Staatsmitteln zur Folge haben kann.² [B]

² Zur Klage der Gräfin v. Hacke gegen den Fiskus vgl. Rep. 89, Nr. 17644.

Nr. 162 Sitzung des Staatsministeriums am 19. März 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 112–118 [Teilprot. 8a–b]; MF 40.

Anwesend [zu 1; U]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum, Bernstorff. — Prot.: [a] [?].

Unterschrieben [2]: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Bernstorff. — Prot.: [b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Bülow [zu 1], Klaatsch [zu 2], Maassen, v. Schütz, Semler [alle zu 1].

1. Zolltarif. Abänderungen der Erhebungsrolle vom 25. Oktober 1821 für das Gebiet von der Ostsee bei Memel bis zur Grenze gegen den Freistaat Krakau.¹ [B] — **2. Antrag² Lottums** auf Ersatz der vorschußweise gezahlten Kosten der Untersuchung demagogischer Umtriebe. [B]

¹ Vgl. die Veränderungen in der Erhebungsrolle der Abgaben für die Jahre 1822–24 für die Provinzen Preußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen v. 10.4.1823, GS, S. 45. Die Erhebungsrolle v. 25.10.1821, GS, S. 165. Zu den russischen Anträgen zwischen September 1822 und Mai 1823 auf Änderungen des Handelsvertrages mit Preußen vgl. III. HA, II Nr. 4722–4723. Zur obigen Sitzung vgl. auch Zimmermann, Handelspolitik, S. 77.

² Vgl. den Immediatbericht v. 9.4.1823 in: Rep. 89, Nr. 14995.

Nr. 163 Sitzung des Staatsministeriums am 26. März 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 119–134 [Teilprot. 9a–c]; MF 40/41. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Anwesend [zu 1; U]: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum, Bernstorff. — Prot.: [a] [?].

Unterschrieben [2–5]: Altenstein, Kircheisen [2–4], Bülow, Schuckmann, Lottum, Bernstorff. — Prot.: [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn [zu 2–4], Paalzow [zu 5].

1. Kosten zur Einrichtung einer Irren-Heilanstalt zu Leubus für Schlesien und Posen aus Staats- oder Provinzialfonds. [B] — **2. Gesuch¹** der Vorsteher mehrerer milder Stiftungen und anderer Einwohner in Saarbrücken um Bezahlung einiger alter Forderungen an den Fürsten aus den erloschenen Nassau-Saarbrückschen Häusern. [B] — **3. Standesherrliche Sache.** Der Fürst von Bentheim-Tecklenburg will entweder in seine früheren Rechte über die Grafschaft Hohenlimburg eingesetzt oder entschädigt werden.² [B] — **4. Standesherrliche Sache.** Der Graf [...] zu Leiningen-Westerburg wünscht zusätzliche Zahlungen auf seine Rente aus dem Rheinoktroi. Diese Frage ist

¹ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

² Das Gesuch des Bevollmächtigten des Fürsten, Graf v. Reck in: Rep. 90, Nr. 239, Bl. 70–76v. Dort auch weitere Schriftstücke bezüglich Hohenlimburg.

dem Außen- und Finanzministerium zu überlassen. [B] — 5. Berichtigung der rückständigen Zinsen von den Königsberger Stadtoobligationen. [B]

Nr. 164 Sitzung des Staatsministeriums am 2. April 1823.

Vollz. Reinschr., Bd. 7, Bl. 135 und 137–139 [Prot. 10], Anlage¹: Bl. 136; MF 41. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Bernstorff [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Le Coq.

*Der Staatsrat zu Neuchâtel wünscht die Einlassung eines jährlichen *Quantums* dort gedruckter Baumwollenwaren in die übrigen Provinzen der Monarchie gegen eine weiter ermäßigte Abgabe; in der Sache genehmigt. [B]*

¹ *Schreiben Bernstorffs zur Vollziehung des Protokolls.*

Nr. 165 Sitzung des Staatsministeriums am 9. April 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 140–156 [Teilprot. 11a–c]; MF 41. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Unterschrieben [1–3]: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum, Bernstorff. — Prot.: [a] v. Seydewitz [U]; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer¹: v. Grunenthal [zu 3], Klaatsch [zu 2], v. Seydewitz [zu 1 und 3; U].

1. Entschädigung des westpreußischen Dominial-Schulfonds für Zahlungen an das Gymnasium zu Marienwerder sowie an das Schullehrerseminar und die Normalschule zu Marienburg. Die Unterstützung dieser Provinz bei der Verbesserung des Schulwesens ist von nicht geringerer Wichtigkeit als andere Unterstützungsmaßnahmen. Durch die unerläßliche Einrichtung guter Schulen auf den dem Staat gehörenden Gütern geht man den Privat-Gutsbesitzern mit gutem Beispiel voran und macht die angestrengtesten Bemühungen der Provinzialbehörden, das Schulwesen zu heben, nicht völlig nutzlos.² [B] — **2.** Münzverfassung in Westfalen. Einziehung der alten Landessilberscheidemünzen in den westlichen Provinzen [B]. Revision früherer Beschlüsse zu Schwierigkeiten bei der dortigen Einführung der neuen Scheidemünze.³ [B] — **3.** Anweisung der Steuervergütungen (Befreiungen) für die Geistlichen und Schullehrer aus der Periode bis zur Einführung der neuen Steuergesetze; unterschiedliche Sätze in den Provinzen links und rechts der Elbe. [B] — **4.** Ergänzung und Bestätigung eines Unterstützungsfonds für Prediger- und Schullehrerwitwen. [B]

¹ *TOP 3 ist zwei weitere Male unterschrieben, die Unterschriften sind jedoch unleserlich.*

² *Der Immediatbericht v. 30.4.1823 in: Rep. 89, Nr. 22257, n.f. Zum Schulwesen Westpreußens zu dieser Zeit vgl. Rep. 74, L V Westpreußen Nr. 1 Bde. 1–2.*

³ *Vgl. die KO v. 22.6.1823 zu fremden Scheidemünzen und die KO v. 25.11.1826, wegen wirksamerer Verbreitung der durch das Gesetz vom 30.9.1821 eingeführten neuen Scheidemünze in die westlichen Provinzen, GS, S. 115 bzw. S. 128.*

Nr. 166 Sitzung des Staatsministeriums am 16. April 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 157–163v [Teilprot. 12a–b]; MF 41/42. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen [2], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff. — Prot.: [b] v. Seydewitz [U]; [a] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Seydewitz [zu 2; U].

1. *Zwei Fälle von nicht entrichteter Vermögenssteuer auf Schuldpapiere. Rückzahlung zu viel gezahlter Vermögenssteuer. [B] — 2.* *Berichtigung des Generaletats des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten für 1821 hinsichtlich besonderer Einnahmen der Unterrichtsverwaltung, die aus Staatsmitteln herrühren. [B]*

Nr. 167 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Mai 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 164–175 [Teilprot. 13a–c]; MF 42.

Unterschrieben [1–4]: Altenstein, Schuckmann, Lottum, Bernstorff. — Prot.: [a] Bading [U]; [b] [?].

Anwesend [zu 5; U]: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff. — Prot.: [c] [?].

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 1–3; U].

1.–2. *Rekursachen. [B] — 3.* *Ein Regulativ¹ mit Bestimmungen zur Behandlung ehemaliger Freiwilliger, welche nach ihrer Entlassung aus dem Militärdienst gegen Diäten beschäftigt worden sind, soll erlassen werden. [B] — 4.* *Übernahme der Kosten zur Wiederherstellung der Zerbauer Oderbrücke bei Glogau. [B] — 5.* *Geschäftsgang im Staatsministerium. Benutzung des Büros des Staatskanzlers [...] als Büro des Staatsministeriums. Staegemann wird als Rat hinzugezogen. Dieser soll sich hauptsächlich den Geschäften des Staatsministeriums widmen, insbesondere denen, die von mehr allgemeinem Interesse sind. Er soll entweder selbst Protokolle anfertigen oder dafür sorgen, daß die referierenden Räte die Protokolle zu ihren eigenen Vorträgen fertigen. Beschaffenheit der Protokolle, wenn zugleich ein Immediatvortrag erfolgt. Verminderung der schriftlichen Voten. Die einzelnen Ministerien sollen klar zwischen ihren Sachen und denen des Staatsministeriums unterscheiden. Eine Regelung innerhalb der Ministerien, wonach bestimmte Räte beim Staatsministerium vortragen und die Sachen bearbeiten, läßt sich leider nicht durchführen. Beschleunigung des Geschäftsganges.² [B]*

¹ *Vgl. das Zirkular-Reskript des Innen- und Finanzministers an alle Regierungen wegen Behandlung derjenigen Diätarien, welche freiwillig Militärdienst geleistet haben, v. 28.7.1825 in: Kamptz, Annalen, Bd. 9 (1825), S. 561. Dort wird ein Regulativ v. 12.7.1823 erwähnt, dieses konnte aber in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

² *Die im Protokoll (Bl. 170) erwähnte KO v. 30.4.1823 zum Geschäftsgang im Staatsministerium, in: Rep. 76, I Anhang II Nr. 84, Bl. 1. Dort auch Bl. 17–18 die Abschrift eines Schreibens v. 19.5.1823 des Staatsministeriums an Staegemann – seit ca. 1818 VotrR im Büro des Staatskanzleramts, seit ca. 1820 beim Staatsministerium und beim Staatskanzler, seit ca. 1824 nur beim Staatsministerium –, worin seine Aufgaben näher beschrieben werden.*

Nr. 168 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Mai 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 176–195v [Teilprot. 14a–e] und [TOP 6], Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, D II 2d Nr. 2 Bd. 2, Bl. 150–152v; MF 42 und MF-Suppl. 2.

Unterschrieben [1, 3–6]: Altenstein, Kircheisen [1 und 5], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff. — Prot.: [a, c–e, TOP 6] [?].

Anwesend [zu 2; U]: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff. — Prot.: [b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Seydewitz [zu 1; U], v. Schütz [zu 3–5].

1. Entschädigung der Universität Breslau für die Abtretung der ihr früher in Frankfurt/O. gehörigen Gebäude.¹ [B] — **2.** *Geschäftsgang* bei dem Staatsministerium und *beim* Büro des Staatskanzlers. *Führung des Büros durch den dort schon angestellten Geheimen Finanzrat Schaumann.*² *Zur Sicherung der Geschäftspflege sollen Akten aus dem Büro des Staatskanzlers nur nach einer schriftlichen Beantragung vom Chef des betreffenden Ministeriums entliehen werden. Zur Vereinfachung der Geschäftspflege beim Staatsministerium wird der Hofrat Heegewaldt angewiesen, künftig die noch nicht vollzogenen Konzepte, [...] Reinschriften schon vollzogener Konzepte und Sachen, die zum Votieren zirkulieren, in getrennten Mappen in Umlauf zu setzen. Verfahrensweise bei Reinschriften, die besonders eilig sind. Die entsprechenden Mappen sollen angeschafft werden.* [B] — **3.** *Keine direkte* Entschädigung der Geistlichen und Schullehrer *für gezahlte indirekte Steuern durch Rückvergütung.* *Wirksamere Mittel, die zur Verbesserung ihrer Lage führen, sollen eingeführt werden.* [B] — **4.** *Verwaltung des indirekten Steuerwesens durch Provinzial-Steuer-Direktoren.* *Gehalt des Provinzial-Steuer-Direktors.* In den Fällen, wo es darauf ankommen könnte, Regierungsdirektoren oder andere im Gehalt schon hoch stehende Beamte, zur Annahme dieser Stellen geneigt zu machen, *soll ihnen ein persönlicher Zuschuß gezahlt werden.*³ [B] — **5.** *Steuerpflicht bei Weizen, der durch Mühlen zur Stärke- und Puderfabrikation vorbereitet wird, in den mahlsteuerpflichtigen Städten. Verbot der Maschinen und Walzen, die Getreidekörner verarbeiten, in den mahlsteuerpflichtigen Städten.* [B] — **6.** *Unterstützung der an Nahrungsmittelknappheit leidenden Einwohner des Regierungsbezirks Königsberg mit einer Geldsumme.* [B]

¹ *Vgl. Dem Andenken der Universität Frankfurt/O. Festschrift zur 400. Wiederkehr ihres Gründungstages, 1906, S. 9–11.*

² *Eine genaue Beschreibung der Aufgaben Schaumanns in: Rep. 76, I Anhang II Nr. 84, Bl. 19. In diesem Schreiben des Staatsministeriums vom 19.5.1823 wurde die Kuratel Schaumanns über dieses Büro bestätigt.*

³ *Der erwähnte Entwurf einer Dienstanweisung, der Besoldungsplan, der Immediatbericht v. 11.9.1822, Voten und weiteres Material in: Rep. 151, III Nr. 236. Vgl. auch KO über die Abänderung in der bisherigen Organisation der Provinzial-Verwaltungsbehörden v. 31.12.1825 (Abschnitt D II, Nr. 4, D V), GS 1826, S. 8, auch in: Kamptz, Annalen, Bd. 9 (1825), S. 832. Zur Errichtung der Provinzialsteuerektionen in Preußen (zwischen 1823 und 1827 waren es sechs, bis 1856 acht) vgl. Bornhak, Conrad, Preußische Staats- und Rechtsgeschichte, Berlin 1903, S. 412.*

Nr. 169 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Mai 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 196–217v [Teilprot. 15a–f]; MF 42/43. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Anwesend [zu 1–4]: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1–2, 4], Altenstein [U], Kircheisen [zu 2 und 4; U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Bernstorff [U]. — Prot.: [a–d] [Ruppenthal].

Unterschieden [5–6]: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff. — Prot.: [e–f] [?].

Weitere Teilnehmer: Ruppenthal [zu 1–4], Kahle [zu 5–6].

1. Solange Staatsgläubiger die ihnen gesetzlich bestimmten Einnahmen erhalten, stehen Domäne oder deren Gefälle zur Disposition des Königs. Diese Klarstellung wird veranlaßt durch das Gesuch¹ des ostpreußischen Gutsbesitzers von Boyen nach Herabsetzung seines Erbpachtkanons.² [B] — **2.** Entschädigung des Cessionars des ehemaligen Bischofs zu Posen für das Privateigentum des Bischofs, welches 1793 von der südpreußischen Verwaltung eingezogen wurde.³ [B] — **3.** Befugnisse der Oberpräsidenten. Schön beschwert sich über das Vorgehen des Finanzministeriums bei den von den Regierungen abgeschlossenen Veräußerungsverträgen über Domänen und verlangt, daß ihm das Bestätigungsrecht bei diesen Kaufkontrakten vom Finanzministerium attestiert wird. Meinungsdivergenzen zwischen einem Ministerium und einem Oberpräsidenten sind für das Staatsministerium kein Beratungsgegenstand. Die Regierungen sollen bezüglich der Veräußerungen von Domänen mit einer näheren Anweisung [...] versehen werden. Schön soll die ihm von den Ministerien gegebenen Anweisungen ausführen, da nicht der Oberpräsident die Verantwortung trägt. [B] — **4.** Standesherrliche Sache. Entschädigung des Fürsten von Salm-Horstmar für die Rente, die zur Zahlung von Pensionen von ihm beschlagnahmt wurde. Beilegung des Rechtsstreits. [B] — **5.** Differenzen zwischen der Regierung zu Koblenz und dem Fürsten zu Wied-Runkel über die Befugnis des Landrats, bei Steuer- und Militärsachen in dem standesherrlichen Gebiete die örtlichen Beamten zur Mitwirkung heranzuziehen; die Weigerung des Fürsten, der königl. Regierung das Prädikat „hochlöblich“ zu geben sowie über den Fürsten verliehenen Titel eines Kirchenrats. [B] — **6.** Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse. Bestreitung der aufgehobenen Scharwerksdienste, die von ehemaligen Dominialbauern in Ostpreußen als Wegedienste geleistet wurden aus dem Wegebau- oder dem Domänenfonds. Hand- und Spanndienste bei der Unterhaltung eines Weges. [B]

¹ Rep. 89, Nr. 31644, n.f. Dort auch ein Bericht v. 23.6.1821 von Lottum zur bedrängten Lage des ehemaligen Hauptmanns Boyen zu Grünwiese, der Immediatbericht v. 30.6.1823 sowie ein Immediatantrag Schöns v. 9.7.1825 auf eine jährliche Pension für Boyen, die auch genehmigt wurde.

² Nach der VO über das Staatsschuldenwesen v. 17.1.1820, §§ III und VII waren die Domänen den Staatsgläubigern als Spezialgarantie zugesagt und die Einkünfte derselben zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden bestimmt, GS, S. 10 und 12. Vgl. KO v. 17.6.1826 über die Erledigung einiger Zweifel über diese Bestimmungen, GS, S. 57 sowie Rep. 89, Nr. 31446. Dort eine Abschrift des Immediatberichts v. 30.6.1823 sowie weiteres Material.

³ Der Immediatbericht v. 24.2.1823 in: Rep. 90, Tit. XXXVII Nr. 6, Bl. 41–44. Dort auch Voten und weiteres Material.

Nr. 170 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Juni 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 218–232 [Teilprot. 17a–c]; MF 43.

Unterschieden: Altenstein, Bülow [beide 2–3], Schuckmann, Lottum, Klewiz [1], Bernstorff. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn [zu 2], v. Schoeler [für Hake zu 2–3; U], v. Staegemann [zu 1].

1. Entschädigungsansprüche des Herzogs von Rovigo. [B] — **2.** Sicherstellung der Rechte der

Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck. Entwurf¹ einer Verordnung der Bundesversammlung. *Spezialdiskussion. Aufnahme einer Bestimmung für Staaten, die nicht zum deutschen Bund gehören.* [B] — **3. Standesherrliche Sache. Erbvereinigung des Fürsten von Hatzfeldt.**² [B]

¹ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch Voten und weiteres Material in: Rep. 90a, S I Nr. 1 Bd. 1 sowie die Verfügungen v. 24.4.1823 und 26.6.1823 gegen den Büchernachdruck gem. Art. 18d der Deutschen Bundesakte, in: *Protokolle der Deutschen Bundesversammlung 1823*, S. 122–130 und 309–327 sowie die KO über die Vereinbarung mit den einzelnen Staaten des Deutschen Bundes zum Schutze der Schriftsteller und Verleger wider den Bücher-Nachdruck v. 16.8.1827, GS, S. 123.

² Zu den Verhandlungen aus den Jahren 1823–27 zur Bestätigung der Erbvereinigung vom Jahre 1598 vgl. Rep. 84a, Nr. 44666 und Rep. 90, Nr. 210. Dort auch Bl. 7–8 das im Protokoll erwähnte Schreiben des Fürsten v. 29.4.1823.

Nr. 171 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Juni 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 233–237v [Teilprot. 18a–b]; MF 43. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

*Unterschrieben*¹: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff [1]. — *Prot.:* [a] v. Staegemann; [b] [?].

1. Disziplinarsache. [B] — **2.** Ludwig Jonas, *der früher einer Burschenschaft angehörte, ist von dem Grafen von Schwerin zu Putzar für seine Gemeinden zum Prediger gewählt worden. Hieraus hat sich eine Meinungsverschiedenheit zwischen Altenstein und Schuckmann ergeben. Ersterer meint, daß die Kabinettsordre v. 12. April 1822 so auszulegen sei, daß es weniger auf die Teilnahme des Kandidaten Jonas an der Burschenschaft während seiner akademischen Laufbahn als auf sein späteres Benehmen ankommt. Da Jonas schon als Lehrer beim Waisenhaus zu Potsdam fest angestellt war und dort auch tadellose Zeugnisse über sein ganzes Benehmen erwarb, beschließt das Staatsministerium, die Anstellung zu genehmigen.*² Altenstein und Schuckmann sollen demnächst dem Staatsministerium zu diesem Gegenstand allgemeine Vorschläge vorlegen. [B]

¹ TOP 1: Schoeler für Hake [U].

² Vgl. die KO zum Verfahren bei Amts-Entsetzung der Geistlichen und Jugendlehrer wie auch anderer Staatsbeamten v. 12.4.1822, GS, S. 105. Zur Ausführung dieser KO zwischen 1822 und 1825 vgl. Rep. 76, II Sekt. 1 Gen. (a) Nr. 90 Bd. 1.

Nr. 172 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Juni 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 238–250v [Teilprot. 19a–e]; MF 43/44. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

*Unterschrieben*¹: Altenstein [1–4], Kircheisen [2], Bülow [1–4], Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff. — *Prot.:* [a] v. Staegemann; [b–e] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Bernuth [zu 3], Müller [zu 3; U], Sack [zu 1 und 5; 5 U], Skalley [zu 1], Thilo [zu 4].

¹ TOP 1–2, 4–5: Schoeler für Hake [U].

1. Disziplinarsache. [B] — 2. Geschäftsgang. Stellung Dunckers, der wieder an den Geschäften des Staatsministeriums teilnehmen kann. Dieser soll von den Anordnungen und Einrichtungen [...] hinsichtlich des Geschäftsganges [...] in Kenntnis gesetzt und ihm eröffnet werden, daß er – wie Staegemann – auch Vorträge zugeteilt bekommt. Er soll auch als Koreferent beigezogen werden. [B] — 3. Disziplinarsache. [B] — 4. Bestimmungen zur Holzanfuhr durch die Forstbedienten. [B] — 5. Antrag² mehrerer schlesischer Städte, ihre Kriminalgerichtsbarkeit über fremde Dörfer und die damit verbundenen Untersuchungskosten an den Fiskus abzugeben; wird abgelehnt. [B]

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch die Voten in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 25 Bd. 1. Dort auch ein Verzeichnis dieser Städte.

Nr. 173 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Juni 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 251–255v und 259–269v [Teilprot. 20a–c], Anlagen¹: Bl. 256–258; MF 44.

Unterschrieben²: Altenstein, Bülow [beide 1–2], Schuckmann, Lottum, Klewiz [3], Bernstorff. — Prot.: [a] Duncker [U]; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Sack [zu 3; U], v. Seydewitz [zu 2; U].

1. Bauliche Angelegenheiten der Sitzungszimmer des Staatsrats und des Staatsministeriums im Königlichen Stadtschloß. Diskussion über das Gutachten³ der Schloß-Baukommission. Bei der Anlegung einer Heizung werden auch die russischen Öfen, die der Geheime Oberbaurat Schinkel im neuen Schauspielhaus hat anlegen lassen, erwogen, man entscheidet sich jedoch für Windöfen mit Zuziehung der jetzigen Dampfheizung. Die Schloßbau-Kommission soll hierzu eine weitere Untersuchung durchführen. Veränderung der Sitze im Saale des Staatsrats, Verlegung des Throns zur Mitte der inneren Wand. [B] — 2. Einrichtungs- und Unterhaltungskosten der Irrenheilanstalten zu Leubus und Siegburg. Tragen der Kosten vom Staate oder den betreffenden Provinzen. Künftige Provinzialstände sollen Vorschläge zur Verteilung und [...] Aufbringung der Kosten vorlegen.⁴ [B] — 3. Gültigkeit der vor Einrichtung des französischen Rechts in dem vormaligen Großherzogtum Berg existierenden Fideikommisse.⁵ [B]

¹ Ein Schreiben des Hofbaurats Schadow v. 22.6.1823 zur Anlegung einer Heizung und zur Beschaffenheit der Fundamente des Schlosses.

² Schoeler für Hake [U]

³ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch den Immediatbericht v. 24.7.1823 in: Rep. 90, Tit. XIII Nr. 3, Bl. 11–12v. Dort auch weiteres Material.

⁴ Das Votum Schuckmanns sowie weiteres Material zur Errichtung der Irrenanstalt Siegburg in: Rep. 77, Tit. 2787 Nr. 1 Bd. 1, n.f.

⁵ Vgl. die Verhandlungen des Staatsrats hierzu in: Rep. 80, I Justiz Nr. 57 sowie das Gesetz v. 23.3.1832, GS, S. 38.

Nr. 174 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Juli 1823.

Vollz. Reinschr., Bd. 7, Bl. 270–272 [Prot. 21a]; MF 44. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

*Unterschrieben*¹: Altenstein, Bülow, Lottum, Schuckmann. — *Prot.*: [?].

Weitere Teilnehmer: Bading, v. Schoeler [für Hake U].

Hinterbliebenenversorgung der Beamten. Unterstützung derjenigen Witwen von Staatsbeamten, deren bei der allgemeinen Witwen-Verpflegungs-Anstalt versicherte Pensionen erst ein Jahr nach dem Tode ihrer Männer zahlbar werden Unterstützung solcher Witwen, deren Männer vor Ablauf der statutenmäßigen 5 Jahre versterben, und die dahin nicht zum vollen Genuß der Pension gelangen.² [B]

¹ Schoeler für Hake [U].

² Vgl. den *Immediatbericht* v. 21.7.1823 in: *Rep.* 89, Nr. 4025.

Nr. 175 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Juli 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 273–277 [Teilprot. 22a–b]; MF 44. — *Abschr.*: *GStAPK*, I. HA, *Rep.* 89, Nr. 3658, n.f.

*Unterschrieben*¹ [1]: Altenstein, Schuckmann, Lottum, Bernstorff. — *Prot.*: [a] [?].

Anwesend [zu 2]: Altenstein, Bülow, Schuckmann [U], Lottum [U], Bernstorff [U]. — *Prot.*: [b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Grunenthal [zu 1], Löffler [zu 2; U], v. Schoeler [für Hake zu 2; U], v. Staegemann [zu 2].

1. Münzverfassung. Entschädigungsanspruch von *Postbeamten für verlorene Nebeneinkünfte, die sie vor der Einführung des neuen Münzgesetzes bei der Umrechnung von Freiporto aus den Provinzen jenseits der Weichsel hatten*.² [B] — **2. Vorschläge**³ der General-Kontrolle zur Verhütung der in der neuen Zeit öfter vorgekommenen *groben Unterschlagungen in den Staatskassen*. [B]

¹ TOP 1: Schoeler für Hake [U].

² Vgl. den *Immediatbericht* v. 9.7.1823 in: *Rep.* 90, Tit. XXIX *Personalia* Nr. 1. Dort auch *Voten*.

³ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 176 Sitzung des Staatsministeriums am 13. August 1823.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 7, Bl. 278–281v [Prot. 23]; MF 44/45.

Anwesend: Altenstein [U], Kircheisen, Lottum [U], Klewiz [U], Bernstorff [U], Hake [U]. — *Prot.*: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger, Löffler [U].

Staatseinnahmen und -schulden. Dringende Geldverlegenheit der Generalstaatskasse. Deckung des Defizits für 1820–1822. Wiederherstellung des Elbzolles *als Einnahmequelle für das Finanzministerium*. [B]

Nr. 177 Sitzung des Staatsministeriums am 20. August 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 282–292v [Teilprot. 24a–d]; MF 45.

Anwesend [zu 1, 3–4; U¹]: Altenstein, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [a, c–d] [?].

Unterschrieben [2]: Altenstein, Kircheisen, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Behrnauer [zu 3], v. Bernuth [zu 2], Brese [zu 3], v. Goßler [zu 2], v. Peucker [zu 1].

1. Seehandlung. *Deren Monopol erstreckt sich auf die Besorgung der dem Staat unentbehrlichen ausländischen Produkte; werden diese jedoch von inländischen Kaufleuten [...] billiger angeboten, können sie auch von ihnen bezogen werden. Diese Klarstellung wird durch den Salpeterankauf für die königl. Pulverfabriken veranlaßt.* [B] — **2.** *Disziplinarsache.* [B] — **3.** *Etats-Regulierung der Verpflegungskosten für Staats- und Bauefangene: Zuständigkeit des Militärfonds. Verbesserung des Zustands der Bauefangenen.* [B] — **4.** *Deckungsmittel für den Geldbedarf des Staates. Erhöhung der Mahlsteuer; Wiederherstellung des Elbzolls vom inneren Verkehr und vorübergehender Zuschlag zu den indirekten Abgaben.* [B]

¹ TOP 3: Kircheisen, Schuckmann [U].

Nr. 178 Sitzung des Staatsministeriums am 27. August 1823.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 7, Bl. 293–296 und 300–304v [Teilprot. 25a–c]; MF 45.

Anwesend² [zu 1–2]: Altenstein [U], Bülow [U], Schuckmann³ [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [1 U]. — Prot.: [a] Löffler [U]; [b] [?].

Unterschrieben [3]: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [c] [Eimbeck].

Weitere Teilnehmer: Eimbeck [zu 3], Löffler [zu 1; U].

1. *Remunerationen, Gratifikationen und Unterstützungen von Beamten bei außergewöhnlichen [...] Dienstleistungen.*⁴ [B] — **2.** *Disziplinarsache.* [B] — **3.** *Beschränkung des Rechtsmittels der Revision; Gesetzentwurf⁵. Spezialdiskussion.* [B]

¹ TOP 1.

² TOP 2: Kircheisen [U].

³ *Hinter seiner Unterschrift zu TOP 1 bat Schuckmann darum, seinen Zusatz (Bl. 294) aufzunehmen.*

⁴ *Zur erwähnten Beratung zu diesem Thema am 28.2.1822 (Bl. 293) konnte ein Protokoll nicht nachgewiesen werden. Vgl. aber das Schreiben über den Beschluß in: Rep. 151, HB Nr. 772, n.f. Vgl. auch den Nachtrag hierzu in der Sitzung am 21.10.1823.*

⁵ *Vgl. das gedr. Gutachten der Beratung des Staatsrats v. 7.1.1825 (Bl. 108–124) sowie weiteres Material in: Rep. 89, Nr. 16890.*

Nr. 179 Sitzung des Staatsministeriums am 3. September 1823.

Vollz. Reinschr., Bd. 7, Bl. 305–307v [Prot. 26]; MF 45. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 522a Nr. 1 Bd. 1, Bl. 37–38v; Rep. 77, Tit. 522a, Nr. 2, Bl. 5–7v; Rep. 89, Nr. 3658, n.f.; Rep. 89, Nr. 13920, Bl. 71–72v.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [v. Schönberg].

Weitere Teilnehmer: v. Schönberg.

Provinzialstände. Ausführung *der Gesetze*¹ wegen Anordnung der Provinzialstände. Geschäftsführung *mit dem Staatsministerium und dem Ministerium des Innern*²; Ausführung der ständischen Einrichtung in Brandenburg, Pommern und Preußen. *Verbleib der Originalien der Gesetze. Hardenberg-Reventlow bittet um eine permanente Stimme auf dem brandenburgischen Landtag.* [B]

¹ *Vgl. die Gesetze v. 5.6. und 1.7.1823, GS, S. 129, 130, 138 und 146.*

² *Vgl. verschiedene KO zu dieser Geschäftsführung in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 1 Bd. 1; Rep. 89, Nr. 13907 sowie Obenaus, Herbert, Die Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848, Düsseldorf 1984, S. 235 f.*

Nr. 180 Sitzung des Staatsministeriums am 10. September 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 308–322v [Teilprot. 27a–d]; 2 Anlagen¹: Bl. 309 und 312–313; MF 45/46. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen [1, 3–4], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [a–d] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Grunenthal [zu 1], Kühne [zu 2–4].

1. *Die General-Kontrolle wünscht eine Übersicht aller derjenigen Fonds, die zur Erfüllung allgemeiner oder besonderer Verwaltungszwecke aus Quellen kommen, die außerhalb des Haupt-Finanzetats liegen.* [B] — **2.** *Gewerbsteuergesetz*². *Modifikation zu Gunsten der nicht auf Bestellung, sondern auf Kauf arbeitenden Handwerker.*³ *Nomenklatur solcher Handwerker.* [B] — **3.** *Die Gewerbebesteuer bei den Besitzern ländlicher Getränke-Fabrikations-Anstalten in Ost- und Westpreußen und Schlesien [...], deren Brau- und Brennerei-Ertrag bei der Grundsteuer mit berücksichtigt wird, soll nicht erlassen werden.* [B] — **4.** *Servis. Regulierung der Servisabgabe für diejenigen servispflichtigen Städte in den ehemals erbländisch sächsischen Kreisen, welche bei Besitznahme des Herzogtums Sachsen ihrer Servispflichtigkeit nicht durch bestimmte Geldbeiträge, sondern durch unentgeltliche Quartierungsernährung erfüllten.* [B]

¹ *Bl. 309, Schreiben Altensteins v. 14.9.1823. Er hält seine vorgeschlagenen Abänderungen für erforderlich und den gefaßten Beschluß für angemessen. Darunter noch Bestätigungen von Bülow, Schuckmann, Klewiz, Kircheisen und Lottum. Bl. 312–313, Schema der von der General-Kontrolle beantragten Übersicht.*

² *Vgl. das Gesetz v. 30.5.1820, GS, S. 147.*

³ *Weiteres Material, u. a. Bittschreiben vom Tagelöhnern auf Erlaß der Gewerbebesteuer, in: Rep. 151, II Nr. 2877.*

Nr. 181 Sitzung des Staatsministeriums am 17. September 1823.

*Vollz. Reinschriften mit Korrekturen*¹, Bd. 7, Bl. 323–327v [Teilprot. 28a–b]; MF 46. —
Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen, Bülow [2], Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: v. Staegemann.

1. Anspruch des Rektors der Trivialschule zum Busdorf *auf* eine jährlich zu zahlende Summe aus den Einkünften des ehemaligen Kollegialstifts zum Busdorf in Paderborn. [B] — **2.** *Altenstein wünscht, daß die Hauptverwaltung der Staatsschulden die jährliche Zinsvergütung der Meßfondations-Kapitalien im Oppelnschen Regierungsbezirk übernimmt, welche vor der Säkularisation für das Lesen von Messen gestiftet worden war.*² *Allgemeine Ablehnung. Lottum ist der Meinung, daß gegebenenfalls bei dem Oberhaupt der katholischen Kirche die Unterdrückung solcher Messen anzutragen ist.* [B]

¹ TOP 2.

² *Vgl. das Schreiben der Hauptverwaltung der Staatsschulden v. 30.11.1822 sowie weiteres Material, in: Rep. 76, IV Sekt. 7 Abt. XXII Nr. 6 Bd. 1.*

Nr. 182 Sitzung des Staatsministeriums am 24. September 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 328–336 [Teilprot. 29a–c]; MF 46: — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen [3], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c] [?].

Weitere Teilnehmer: Sotzmann [zu 3].

1. Uniform der Hof- und Zivilbeamten. Abstufungen nach ihren Rangverhältnissen, Zusammenstellung einer Übersicht. [B] — **2.** Entschädigungsansprüche der Spielkartenfabrikanten in den Rheinprovinzen.¹ [B] — **3.** Entwurf² eines Gnadenstempeltarifs.

¹ *Vgl. auch das Publikandum der Regierung Koblenz zur Einführung des preußischen Spiel-Karten-Stempels in den Rheinprovinzen v. 21.8.1821, in: Kamptz, Annalen, Bd. 5 (1821), S. 318 sowie das Material in: Rep. 89, Nr. 37582, n.f.*

² *Rep. 90, Nr. 1541, n.f. Dort auch der Immediatbericht v. 15.1.1824 sowie Voten. Vgl. auch Rep. 151, III Nr. 11137.*

Nr. 183 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Oktober 1823.

*Vollz. Reinschriften mit Korrekturen*¹, Bd. 7, Bl. 337–359 [Teilprot. 30a–e]; MF 46/47 —
Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum [2 und 5], Klewiz, Hake. — Prot.: [a] Bading [U]; [b–e] [?].

¹ TOP 1.

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 1; U], Sack [zu 4], Simon [zu 3 und 5], Wolfart [zu 2].

1. Verbesserung der Lage der Geistlichkeit durch 200 000 Rtlr. Ersparnis aus den heimfallenden Pensionen und Kompetenzen von Geistlichen, die seit dem Reichsdeputationshauptschluß staatlicherseits versorgt wurden. Da lt. Mitteilung der General-Kontrolle der allgemeine Beamten-Pensionsfonds keine Überschüsse aufweist, sollen die 200 000 Rtlr. separat gerechnet aus diesen heimfallenden Pensionen und Kompetenzen genommen werden. [B] — 2. Verfahren bei den in Staatsschuldenscheinen zu tilgenden Verwaltungsschulden.² [B] — 3. Ankauf und Einrichtung eines Hauses für das Stadtgericht in Wetzlar. Begleichung der Kosten aus dem Fonds des Justizministeriums. [B] — 4. Änderung der gesetzlichen Vorschriften zur Anmeldung der Agnationsrechte und deren Eintragung ins Hypothekenbuch. [B] — 5. Einregistrierung von Urkunden [...] in den Rheinprovinzen; Gesetzentwurf³. Spezialdiskussion. [B]

² Vgl. KO v. 13.5.1824, GS, S. 116.

³ Rep. 80, I Justiz Nr. 59, Bl. 4–19. Vgl. auch einen Vortrag zum Entwurf in: Rep. 80, I Justiz Nr. 59a, Bl. 23–38v sowie das Gesetz über die Einregistrierung in den Rheinprovinzen v. 23.4.1824, GS, S. 80. Der Immediatbericht v. 30.10.1823 sowie Voten in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 1 Bd. 2. Dort auch weiteres Material.

Nr. 184 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Oktober 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 360–368v und 373–375 [Teilprot. 31a–c], Anlage¹: Bl. 369–372v; MF 47. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Unterschrieben [1 und 3]: Altenstein, Kircheisen [1], Schuckmann, Klewiz, Hake. — Prot.: [a, c] [?].

Anwesend [zu 2; U]: Altenstein, Kircheisen, Schuckmann, Klewiz, Hake. — Prot.: [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Bethe [zu 1], Peucker, v. Staegemann [beide zu 2].

1. Zollpolitik, Getreidepreise. Um Ostpreußen und Litauen aufzuhelfen, wird ein Verbot der Getreideeinfuhr erwogen. Dieses wird jedoch als fast unausführbar, [...] schädlich und als der schon bestehenden hohen Importationsabgabe widersprechend abgelehnt.² Niedrige Getreidepreise und außerordentliche Geldnot der preußischen Grundbesitzer. Vorschläge³ Schöns hinsichtlich von Leistungen solcher Bewohner Westpreußens, die ihre Staatsabgaben nicht entrichten können und Ausdehnung dieser Maßregel auf Ostpreußen; Ausführung in beiden Provinzen unter der Leitung Schöns;⁴ mögliche Ausdehnung auf das Großherzogtum Posen und Hinterpommern. Staatliche Einwirkung auf Getreidepreise; Ankauf des doppelten Verpflegungsbedarfs der in Westpreußen stationierten Truppen. [B] — 2. General Braun soll die Pulverfabrik in Neisse als Unternehmer noch zehn Jahre verwalten. [B] — 3. Strafbarkeit des Legationsrats Klüber wegen der Herausgabe

¹ Zu TOP 2: Bericht zur Übertragung der Pulverfabrik in Neisse an General Braun.

² Der Immediatbericht v. 31.10.1823 in: Rep. 90a, D II 2d Nr. 2 Bd. 2, n.f. Dort auch Bülow's und Klewiz' Voten zum vorgeschlagenen Getreideeinfuhrverbot.

³ Schöns Bericht v. 27.9.1823 in: Ebd. Dort auch der (Bl. 362) erwähnte Bericht der Regierung zu Danzig.

⁴ Die Vereinigung Ost- und Westpreußens wurde seit 1815 mehrfach von Schön angeregt. Vgl. Schumacher, Bruno, Geschichte Ost- und Westpreußens, 7. Aufl., Würzburg 1987, S. 258. Zur Vereinigung der beiden Provinzen vgl. Bär, Max, Die Behördenverfassung in Westpreußen seit der Ordenszeit, Danzig 1912, S. 330. Eine Abschrift der KO v. 13.4.1824, die einen Oberpräsidenten für beide Provinzen verordnete, in: Rep. 77, Tit. 190 Nr. 13 Bd. 1, Bl. 2–2v. Die formelle Vereinigung zur Provinz Preußen wurde erst am 3.12.1829 vollzogen.

der zweiten Auflage seiner Schrift „Öffentliches Recht des deutschen Bundes und der Bundesstaaten“.⁵ [B]

⁵ Vgl. auch den *Immediatbericht* v. 30.10.1823 in: *Rep.* 90, *Tit. XI Litt. K Nr. 2, n.f.* Dort auch *Voten*, die *KO* v. 15.7.1823, die auf einen Bericht Bernstorffs und Sayn-Wittgensteins v. 7.7. zurückging und die *KO* v. 6.11.1823, die Klübers Austritt aus dem Außenministerium, seine Einstellung bei einem anderen Ministerium und Zurechtweisung durch Bernstorff verordnete. Klüber – der lange in der Gunst Hardenbergs gestanden hatte – bat um seine Dienstentlassung, die auch im April 1824 genehmigt wurde. Vgl. auch sein Vorwort zur dritten Auflage seines „*Öffentlichen Rechts*“ (1831), wo er die Vorkommnisse im Herbst 1823 näher schilderte.

Nr. 185 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Oktober 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 376–378e [*Teilprot.* 32a–b], *Anlage*¹: Bl. 378f–378g; MF 47.

Unterschrieben: Altenstein [1], Kircheisen, Bülow, Schuckmann [1], Lottum [1], Klewiz, Hake [1]. — *Prot.*: [b] v. Staegemann; [a] [?].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn, v. Goßler [beide zu 1], v. Staegemann [zu 2].

1. Der Staatsrat wünscht, daß ein kürzlich modifizierter Artikel des rheinischen Gesetzbuchs betreffend den Gerichtsstand von Ausländern auf die auswärtigen, nicht deutschen Bundesstaaten ausgedehnt wird.² Abgelehnt. [B] — 2. Differenzen zwischen den Ministerien des Handels und des Innern [...] über das Ressort in Wegebautsachen. Die Frage, welche Wege als Landstraßen zu zählen sind, soll in einem neuen Gesetz festgelegt werden.³ [B]

¹ TOP 2: Schreiben Schuckmanns v. 21.12.1823, das anliegende Protokoll [...] kann ich weder als eine völlig richtige Darstellung dessen, was das Ministerium des Innern verlangt hat, noch als noch das Beschlossene anerkennen und daher nicht unterzeichnen.

² Vgl. den Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Staatsrats am 4.3.1823 in: *Rep.* 80, I *Justiz* Nr. 54 sowie das Gesetz v. 2.5.1823, *GS*, S. 106.

³ Zur späteren Vereinigung des Handels- und Innenministeriums vgl. *KO* v. 8.6.1825, *GS*, S. 151. Lt. dieser *KO* übernahm das Innenministerium die Anlegung und Unterhaltung der Kunststraßen.

Nr. 186 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Oktober 1823.

Vollz. Reinschr., Bd. 7, Bl. 297–299 [*Prot. ad 25a*¹]; MF 45. — *Abschr.*: *GStAPK*, I. HA, *Rep.* 151, *HB* Nr. 772, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — *Prot.*: [?].

Nachträgliche Erläuterung zur Verhandlung über die Gratifikationen der Beamten bei außergewöhnlichen Dienstleistungen. [B]

¹ Hier handelt es sich um eine nachträgliche Beratung zur Sitzung vom 27.8.1823, TOP 1.

Nr. 187 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Oktober 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 379–387v [Teilprot. 33a–b]; MF 47.

Unterschrieben [1]: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [a] [?].

Anwesend¹ [zu 2]: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: [b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger [zu 2], Ludolff [zu 1], Maassen, v. Staegemann, Wilckens [alle zu 2].

1. Erstattung des vom Staat verteilten Hafers für die hilfsbedürftigen Bewohner Ostpreußens und Litauens; Benutzung bei der Militärverpflegung. Ankauf von Saathafer in Westpreußen durch das Kriegsministerium.² [B] — **2.** Staatshaushalt 1824.³ Allgemeine Grundsätze, u. a. zur Unhaltbarkeit der bisherigen Etats und Unzulänglichkeit der Einnahmen. Nur der unumgänglich notwendige Bedarf ist zu gewähren. Besprechung der Einnahmen aus den Domänen und Forsten und aus deren Veräußerung und Ablösungen sowie aus den direkten Steuern. [B]

¹ TOP 2: Kircheisen [U].

² Vgl. das Material in: Rep. 90a, D II 2d Nr. 2 Bde. 2–3.

³ Vgl. Haupt-Finanz-Etat für 1824 oder Zusammenstellung der zum gewöhnlichen Staatshaushalt gehörigen Einnahmen und Ausgaben für 1824 nebst einer Vergleichung gegen den Haupt-Finanz-Etat für 1823, in: Rep. 89, Nr. 24852, Bl. 133–134v.

Nr. 188 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Oktober 1823.

Vollz. Reinschr., Bd. 7, Bl. 388–391 [Prot. 33c]; MF 47.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger, Maassen.

Staatshaushalt 1824. Die Einnahmen aus den indirekten Abgaben einschließlich der Rheinschiffahrtsgefälle sind nicht so hoch wie erwartet und es gibt wenig Aussicht, daß die ungünstigen Handelsverhältnisse und die Nahrungslosigkeit, besonders in den Provinzen Ost- und Westpreußen, welche im Allgemeinen als Ursachen des Minderbetrags zu betrachten sind, schon im künftigen Jahre sich verbessern werden. Einnahmen aus Stempelgebühren. [B]

Nr. 189 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Oktober 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 392–392v und 395–401 [Teilprot. 34a–b], Anlage¹: Bl. 394–394v; MF 47/48.

¹ Schreiben Bülows v. 17.11.1823 zu TOP 1. Er erklärte sich insofern mit dem Beschluß nicht einverstanden, als er sich nicht erinnere, daß [...] der Ertrag der Abgabe nicht zu besonderen Verwaltungszwecken eines Ministerii zu ver-

Unterschrieben [1]: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [a] v. Staegemann.

Anwesend [zu 2]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: [b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger, Maassen, v. Staegemann [alle zu 2].

1. Aufhebung oder Beibehaltung der Mast- und Paßgelder bei den in Swinemünde eingehenden Schiffen.² Differenz zwischen dem Handels- und Finanzministerium. [B] — 2. Staatshaushalt 1824. Einnahmen aus Rhein-Oktroi und Weinsteuern. Die Stempelleinkünfte sollen durch die Einführung eines Stempels auf die Schlußzettel der Makler vermehrt werden. Das Stempelgesetz soll entsprechend geändert werden. Einnahmen aus dem Salzmonopol; der Lotterie; den Bergwerken und Salinen; der Porzellan-Manufaktur; aus Chaussee-Geld und von anderen Kommunikationsabgaben. Zulagscentimen. Erträge aus dem Kalender-Debit; Überschüsse der Postverwaltung; aus Neuchâtel; aus den Sporteln bei den Ministerien; aus den Stammschäfereien; aus dem Goldagio; aus den extraordinären Einnahmen bei der Generalstaatskasse und der vormaligen Hauptschatzkasse sowie bei den Regierungs-Haupt-Kassen. [B]

wenden sei. *Randbemerkung Altensteins (26.11.1823) hierzu:* Beschlossen, daß über die Verwendung des Ertrags der Abgabe noch besonders verhandelt werden soll. *Vgl. Sitzung am 7.4.1824, TOP 2.*

² *Vgl. das Gesetz v. 26.5.1818 über den Zoll und die Verbrauchs-Steuer von ausländischen Waren und über den Verkehr zwischen den Provinzen des Staates, GS, S. 65.*

Nr. 190 Sitzung des Staatsministeriums am 5. November 1823.

Vollz. Reinschr., Bd. 7, Bl. 402–405v [Prot. 35a]; MF 48. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [?].

Fortsetzung des Baus der Hauptverbindungsstraßen [...] durch Privatunternehmer.¹ *Aufnahme der Finanzierung im gewöhnlichen Staatshaushalts-Etat. Erhöhung des bisherigen Chausseetarifs². Für den so sehr gedrückten Landmann soll es eine Sonderregelung geben. [B]*

¹ *Vgl. den Plan zur schnellen Beendigung des Baus der Hauptstraßen der Monarchie v. 23.9.1823, in: Rep. 89, Nr. 28765, Bl. 3–34. Dort auch weiteres Material.*

² *Vgl. den Chaussee-Geld-Tarif für eine Meile von 2000 Preußischen Ruthen v. 15.8.1824, GS, S. 217.*

Nr. 191 Sitzung des Staatsministeriums am 7. November 1823.

Vollz. Reinschr., Bd. 7, Bl. 406–411v [Prot. 35b]; MF 48.

Anwesend [U]: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger, Eimbeck, v. Seydewitz, v. Staegemann.

Staatshaushalt 1824. Ausgaben der Ministerien der geistlichen Angelegenheiten, der Justiz, des Handels und des Innern. [B]

Nr. 192 Sitzung des Staatsministeriums am 12. November 1823.

Vollz. Reinschriften; Bd. 7, Bl. 412–423 [Teilprot. 36a–b]; MF 48.

Unterschrieben [1]: Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [a] [?].

Anwesend [zu 2]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [U], Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: [b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger, v. Staegemann [beide zu 2].

1. Steuerfreiheit des auszuführenden Getreides in den Ostseestädten. [B] — 2. Staatshaushalt 1824. Einnahmen. Postverwaltung; [...] Gesetzsammlung; [...] Lotterie; *Kommunikationsabgaben*¹; *Domänen- und Forstverwaltung*. Ausgaben. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten; *Kriegsministerium*; *Militärwaisenhaus in Potsdam*; *Finanzministerium*; *ehemalige Hauptschatzkasse*; [...] *Zivilkabinett*; [...] *General-Ordens-Kommission*; [...] *Staatssekretariat*; *ehemaliges Staatskanzleramt*; *Statistisches Büro*; *Geheimes Staatsarchiv*; [...] *General-Kontrolle und Ober-Rechnungs-Kammer*; *Neuchâtel*; *Archive des vormaligen General-Direktoriums*; *Hauptverwaltung der Staatsschulden*; [...] *Pensionen und andere Unterstützungsgelder*; *Provinzialbehörden*; [...] *Gestütsverwaltung*; *Entschädigungen ehemaliger steuerlicher Berechtigungen*. *Extraordinarium*. *Baldige Teilung des Pensionsfonds zwischen den einzelnen Ministerien.* [B]

¹ *Bezüglich der Schifffahrtsabgaben für den Hafen zu Swinemünde wies Bülow am Rand des Protokolls (Bl. 415) auf seine Bemerkung v. 17.11.1823 hin.*

Nr. 193 Sitzung des Staatsministeriums am 19. November 1823.

Vollz. Reinschr., Bd. 7, Bl. 424–431 [Prot. 37]; MF 48.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger, Maassen.

Staatshaushalt 1824. Extraordinäre Bedürfnisse. Ministerium der geistlichen Angelegenheiten *und* Ministerium des Handels; [...] Justizministerium *und* Finanzministerium *sowie* Ministerium des Innern. [B]

Nr. 194 Sitzung des Staatsministeriums am 26. November 1823.

Vollz. Reinschr., Bd. 7, Bl. 432–436 [Prot. 38]; MF 48.

Anwesend [U]: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger, Maassen, v. Staegemann.

Staatshaushalt 1824. Vorschläge Bülow's zur Deckung des Defizits mittels Vereinfachung der Steuerverwaltung durch eine allgemeine Einführung von Steuereinsammlungen, die Ermäßigung der Abgaben von ausländischem Branntwein sowie Wein und Zucker;¹ die Wiedereinführung einer Zollabgabe von den über Hamburg eingehenden Waren und die Erhöhung der Gewerbesteuer der Bier- und Branntweinschänker. Bemerkungen Klewiz' zum Defizit. Deckung durch eine Anleihe der Seehandlung. Erhöhung der Branntweinsteuer und der Mahlsteuer. [B]

¹ *Am 10.12.1823 bemerkte Bülow (Bl. 433), daß bezüglich der hier benannten Gegenstände [...] bei der heutigen Beratung beschlossen worden ist, den Entwurf des neuen Abgabentarifs für 1825/27 nicht abzuwarten, sondern die entsprechenden Abgabensätze [...] sofort in Erwägung zu nehmen und von den betreffenden Ministerien bearbeiten zu lassen.*

Nr. 195 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Dezember 1823.

Vollz. Reinschr., Bd. 7, Bl. 437–439v [Prot. 39]; MF 48/49.

Anwesend [U]: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger, Maassen.

Staatshaushalt für 1824. Da die Seehandlung wegen anderweitig eingegangener Verpflichtungen [...] außer Stande ist, sofort auf die vorgesehene Anleihe einzugehen, kann dieses Geschäft [...] erst ab Februar 1824 eingeleitet werden. Deckung der dringendsten Verpflichtungen der Generalstaatskasse durch die Verpfändung von Staatspapieren aus dem Effekten-Bestand. Der restliche Bedarf soll durch Modifikation der Branntweinsteuer und durch weitere individuelle indirekte Abgaben sowie Einführung der Steuereinsammlungen und durch eine Verbesserung der Stempel-Einnahmen gedeckt werden. Modifikation des bis Ende 1824 gültigen Abgabentarifs sowie mögliche Ersparnisse in der gesamten Verwaltung sollen baldmöglichst beraten werden. [B]

Nr. 196 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Dezember 1823.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 7, Bl. 440–448v [Teilprot. 40a–d]; MF 49.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [a] Bading [U]; [b–d] Eytelwein [U].

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 1; U], Eytelwein [zu 2–4; 3–4 U].

1. *Berechnung der Unterstützung der Beamtenwitwen, deren Unterstützungsjahr beim Erscheinen der bezüglichen Kabinettsordre² schon eingetreten war. [B]* — **2.** *Erhaltung des Doms zu Köln, Verhinderung noch größerer Beschädigungen.³ [B]* — **3.** *Zuständiger Fonds für Diäten und Fuhrkosten für Stellvertreter kranker oder abwesender Baubeamter. [B]* — **4.** *Verteilung des Militärbauwesens an die Militär- und Zivilbehörden: Zuständigkeit für technische [...] Prüfung und Revision. [B]*

¹ *TOP 1.*

² *Vgl. die KO v. 26.7.1823 in: Rep. 89, Nr. 4025, n. f.*

³ *Vgl. auch das Promemoria des Regierungsrats Butte zu Köln vom November 1823, in: Rühl, Franz (Hrsg.), Briefe und Aktenstücke zur Geschichte Preussens unter Friedrich Wilhelm III., Bd. 3, Leipzig 1902, S. 161–163.*

Nr. 197 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Dezember 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 449–452 [Teilprot. 41a–b]; MF 49. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Unterschrieben: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [a–b] [?].

Weitere Teilnehmer: zur Megede [zu 2], Sack [zu 1–2; U], Skalley [zu 1].

1. Disziplinarsache. *Hierbei wird konstatiert, daß das Benehmen des Regierungspräsidiums zu Köln auch nicht tadelsfrei war.* [B] — **2. Disziplinarsache.** [B]

Nr. 198 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Dezember 1823.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 7, Bl. 453–471v [Teilprot. 42a–c]; MF 49.

Anwesend [zu 1]: Altenstein [U], Kircheisen [U], Bülow, Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz, Hake [U]², Bernstorff. — Prot.: [a] [?].

Unterschrieben [2–6]: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn [zu 2–5], v. Goßler [zu 6], Löffler [zu 1, U], Skalley [zu 6].

1. *Remunerationen und Gratifikationen von Beamten bei außergewöhnlichen Dienstleistungen bzw. Unterstützungen bei Krankheiten; Bemerkungen Schuckmanns, Hakes und Kircheisens zu früheren Beschlüssen.³ Feststellung der Gratifikations- und Unterstützungssummen; Fonds zur Erhaltung dieser Mittel.* [B]⁴ — **2.–4.** *Standesherrliche Sachen. Zur Regulierung der standesherrlichen Verhältnisse möchte der Oberpräsident von Vincke die Festlegung einer Jahresfrist, deren Verfehlung zum Verlust der Vorteile der Instruktion⁵ von 1820 führen würde. Die einstimmige Meinung ist gegen eine solche Maßregel, jedoch soll die jetzige Unbestimmtheit des Rechtszustandes der Standesherrn nicht länger fortdauern.* [B] — *Anspruch des Fürsten von Bentheim-Tecklenburg auf standesherrliche Gerechtsame für die Herrschaft Gronau⁶, Ausübung dieser durch den Fürsten von Salm-Horstmar.* [B] — *Ansprüche des Fürsten von Bentheim-Tecklenburg bezüglich Hohenlimburg. Bedenken⁷ zum Entwurf eines Immediatberichts hierzu.* [B] — **5.** *Klärung der Differenz zwischen*

¹ TOP 1.

² *Hinter seiner Unterschrift zu TOP 1 (Bl. 458) bemerkte Hake, daß er diese mit Bezug auf die von mir abgeänderte Stelle geleistet hätte. Vgl. seine Randbemerkung Bl. 455.*

³ *Vgl. Sitzungen am 27. 8.1823, TOP 1 und am 21.11.1823, TOP 1.*

⁴ *Vgl. den revidierten Beschluß am 25.2.1824, TOP 2.*

⁵ *GS 1820, S. 81.*

⁶ *Die im Protokoll (Bl. 461v–462) erwähnte KO v. 31.5.1823 sowie die Eingaben des Grafen von der Recke v. 5. und 16.6.1823 in: Rep. 90, Nr. 239, Bl. 122, 125–126 und 143–144. Dort auch die Voten Bernstorffs und Schuckmanns. Vgl. auch Beusch, Carl Heiner, Westfälische Standesherrn. Die Fürsten von Bentheim-Tecklenburg, in: Westfälische Zeitschrift, 145 (1995), S. 257–329.*

⁷ *Vgl. den Immediatbericht v. 31.1.1824 in: Rep. 90, Nr. 239. Dort auch die Bedenken Kircheisens und Klewiz. Vgl. auch die Beilagen zu den Kommissionsakten in: Rep. 90, Nr. 169. Vgl. weiter die Schrift des fürstlichen Bevollmächtigten, Major Graf von der Recke, Kurze Darstellung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Grafschaft Hohenlimburg und der Entschädigungsansprüche des Fürsten von Bentheim-Tecklenburg, Berlin 1827. Hierzu auch Beusch, ebd., S. 303–307.*

Preußen und den Niederlanden wegen eines streitigen Distrikts der Gemeinde Moresnet. [B] — 6. Disziplinarsache. [B]

Nr. 199 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Dezember 1823.

Vollz. Reinschriften, Bd. 7, Bl. 472–488v [Teilprot. 43a–f]; MF 49/50. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3658, n.f.

Anwesend¹ [zu 1]: Altenstein, Kircheisen [U], Bülow [U], Schuckmann, Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: [a] [Ruppenthal].

Unterschrieben [2–6]: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff [2 und 4], Hake. — Prot.: [b] [v. Zschock I]; [c] [Sotzmann]; [d] v. Staegemann; [e–f] [Eimbeck].

Weitere Teilnehmer: Eimbeck [zu 5–6], Ruppenthal [zu 1], Sotzmann [zu 3], v. Zschock I [zu 2].

1. Das Hofjagdamt wünscht eine Abänderung der bestehenden Gesetze, damit die Verwaltung auch die Ablösung der niederen und mittleren Jagd verweigern kann, sobald dies durch Lokalverhältnisse nötig erscheint. [B] — 2. Rückwirkende Kraft einer Kabinettsordre vom 8.1.1822² bezüglich eines Entschädigungsanspruchs. [B] — 3. Befreiung vom Erbschaftsstempel bei überlebenden Ehefrauen mit Stiefkindern. [B] — 4. Pensionssachen. [B] — 5. Ersparungen des Justizfonds von 1820 zur Deckung der Ausgabe-Reste des Oberlandesgerichts zu Breslau und der Regierung zu Merseburg. [B] — 6. Ansprüche des Staatsschatzes auf Kapitalzinsen der Etats der Stadtgerichte zu Potsdam und Havelberg für 1821–23. [B]

¹ TOP 1: Bernstorff [U].

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 200 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Januar 1824.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 8, Bl. 1–12v [Teilprot. 1a–e]; MF 50.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen [beide 1–4], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff [1 und 3], Hake. — Prot.: v. Staegemann.

1. Anspruch der Hinterbliebenen ehemaliger Mitglieder aufgelöster Stifter und Präbenden auf den Sterbe- und Gnadenmonat; ein solcher Anspruch besteht nur für die Hinterbliebenen ehemaliger Geistlicher. [B] — 2. Der König soll entscheiden, ob die Gesetze² zur Zerstückelung mennonitischer Grundstücke zwecks Übereignung an Glaubensgenossen den weiteren Erwerb von Grundeigentum seitens der Mennoniten untersagten oder ob die Absicht der Gesetze darin lag, die Vermehrung solcher Familien zu verhindern, die sich aus Religionsgrundsätzen dem Militärdienst

¹ TOP 5.

² Die VO v. 17.12.1801 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden, vgl. jedoch die Deklaration v. 24.11.1803 zu dieser VO in: Rep. 90a, Y I Nr. 6 Bd. 1, n.f. Der Immediatbericht v. 31.1.1824 in: Rep. 90, Nr. 310, n.f.; dort auch Voten und weiteres Material. Zur Vorstellung der mennonitischen Gemeinde zu Beiershoff, die sich wegen des Verbots der Zerstückelung beschwerte, vgl. Rep. 89, Nr. 23717; dort auch eine Abschrift des Immediatberichts. Vgl. auch KO v. 25.2.1824 in: Kamptz, Annalen, Bd. 8 (1824), S. 189, die die Zerstückelung weiterhin erlaubte, jedoch die Vergrößerung dieser Grundstücke durch Grundeigentum, das früher nicht im Besitz von Mennoniten war, streng untersagte.

entziehen. [B] — 3. Präklusives Aufgebot aller Forderungen an die Staatskasse für Militärbedürfnisse, Bauten oder aus anderweitigen Kontrakten aus der Periode zwischen 1805 und dem 30. Juni 1814. [B] — 4. *Gehaltssache*. [B] — 5.³ Anspruch des Magistrats zu Danzig auf Entschädigung für den Verlust des Abschoßes⁴ eines Erbanfalls vom Mai 1815, der nach Preußens Abschaffung des Abschoßrechts im Pariser Frieden, aber vor Einführung der preußischen [...] Gesetzgebung erfolgte. [B]

³ Bernsdorff hatte als abwesend nicht gezeichnet, bemerkte aber (Bl. 11–11v), daß er mit dem Beschluß – die Sache zu besonderer Abstimmung in rechtlicher Hinsicht dem Herren Justizminister vorzulegen – völlig [...] einverstanden sei.

⁴ Hier ist die Abgabe für eine an Ausländer fallende Erbschaft gemeint.

Nr. 201 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Januar 1824.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 8, Bl. 13–39 [Teilprot. 2a–d]; MF 50/51. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V, 1–2, 4], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [a–b, d] v. Seydewitz [U]; [c] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Seydewitz [zu 1–2, 4; U].

1. Beibehaltung einiger [...] Klöster für Bettelmönche in den Rheinprovinzen, Westfalen, Posen, Westpreußen und Ermland. [B] — 2. *Neuregelung des Verhältnisses zur katholischen Kirche durch die Bulle de salute animarum*². Bedenken des päpstlichen Delegaten zum Organisationsetat³ für die Bistümer in den westlichen Provinzen bezüglich der Erhebung einer Kathedralsteuer für jede Taufe, Trauung und Beerdigung; Verwendung der Meß-Fundationsfonds bei den Domkirchen zu Köln und Trier; Dotation des bischöflichen Seminars in Köln als Einnahmetitel in den Etats der übrigen drei Bistümer. Angenommene Zahl der Seminaristen sowie der Kostenaufschlag für deren Unterbeitrag; Ablieferung der nicht verbrauchten Gelder für die Unterhaltung ausgedienter und unwürdiger Geistlicher an den Staatsschatz; Gehälter der Vikarien. [B] — 3. Anspruch des Herzogs von Anhalt-Köthen auf Erstattung der in den Jahren 1819/1821 von Anhaltinischen Untertanen seitens des preußischen Staats erhobenen Verbrauchssteuern.⁴ [B] — 4. Entschädigung⁵ des deutschen Ordens-Güter-Fonds im Herzogtum Sachsen für die an Sachsen-Eisenach-Weimar abgetretenen Ordensgüter. [B]

¹ TOP 1.

² Die Bulle de salute animarum v. 16.7.1821 lateinisch-deutsch in der GS, S. 114–152; dort auch (S. 113) die sanktionierende KO v. 23.8.1821. Vgl. hierzu: Eichhorn, Anton, Die Ausführung der Bulle „De salute animarum“ in den einzelnen Diözesen des Preußischen Staates durch den Fürstbischof von Ermland, Prinz Joseph von Hohenzollern, in: Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands, 5 (1870), S. 1–130, auch Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Stuttgart 1957, Bd. 1, S. 444 f. Zu den staatskirchlichen Verhältnissen der katholischen Kirche in Deutschland nach Beendigung der Freiheitskriege vgl. auch Bachem, Karl, Vorgesichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparthei, Bd. 1, Köln 1928, S. 91–117, zu der Bulle S. 106.

³ Von Altenstein am 27.8.1823 an das Staatsministerium geschickt. Vgl. sein Schreiben in: Rep. 76, IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 5 Bd. 8, n.f.; dort auch der Organisationsetat für das Erzbistum Köln, die Bedenken Hohenzollerns v. 25.1.1823, die in der obigen Beratung besprochen wurden, sowie verschiedene Voten.

⁴ Vgl. Dreßler, Der Kampf Anhalt-Köthens.

⁵ Verschiedene Voten sowie die Immediatberichte v. 19.2. bzw. 23.4.1824, in: Rep. 90, Tit. XXVII B Nr. 1.

Nr. 202 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Januar 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 40–44v [Teilprot. 3a–b]; MF 51. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

*Unterschrieben*¹: Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake [beide 1]. — *Prot.:* v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: Müller [zu 1].

1. *Gutsbesitzer im Herzogtum Sachsen haben die Zurückgabe der Gerichtsbarkeit in den sächsischen Mediatstädten beantragt. Meinungsdivergenz zwischen Schuckmann und Kircheisen. Schuckmann will die Frage über die städtische Qualität durch eine Unterscheidung zwischen Städten und Flecken lösen. Kircheisen ist bereit zur Beseitigung aller bisherigen Differenzen zwischen beiden Ministerien. Das Innenministerium soll in jedem einzelnen Fall selbst bestimmen, ob es den in Frage stehenden Mediatort für eine Stadt oder einen Flecken erklärt. Bei einem Fall, wo das Innenministerium einen Mediatort für einen Flecken erklärt, ist das Justizministerium bereit, die Rückgabe der Jurisdiktion zu beantragen.*² [B] — **2.** *Rente der Geistlichkeit und Schullehrer zu Mörs. Entschädigung für Rentenforderungen für den Verlust seit 1798.* [B]

¹ TOP I: Gelesen Kircheisen [U].

² *Der Antrag der Gutsbesitzer konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Zur Zurückgabe der Gerichtsbarkeit in den sächsischen Mediatstädten und zur Organisation des Justizwesens in Sachsen überhaupt vgl. Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 7.*

Nr. 203 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Februar 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 45–52v [Teilprot. 5a–b]; MF 51. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V, 1], Kircheisen [1], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — *Prot.:* [?].

Weitere Teilnehmer: Ludolf [zu 1].

1. *Wegen der Unverkäuflichkeit der Erzeugnisse der überaus gesegneten Ernte in Litauen schlägt der Regierungspräsident Wlömer vor, einen Teil der Dominalabgaben in Getreide anzunehmen; jedoch soll es vorläufig keine zu große Ausdehnung dieser Wohltat geben. Der Plan soll vorerst von Schön geprüft und von ihm auch ein Gutachten¹ dazu angefertigt werden.* [B] — **2.** *Übertritt zum mennonitischen [...] Glauben und Befreiung von der Militärpflicht. Altenstein ist der Meinung, daß eine solche Befreiung – jedoch nicht der Grundstückserwerb – gesetzlich gestattet ist. Die Nötigung zum Militärdienst würde hier Gewissenszwang sein. Kircheisen teilt diese Meinung. Die Majorität meint aber, daß derjenige, der sich wegen seines Gewissens von einer allgemeinen staatsbürgerlichen Pflicht losspricht, angehalten werden muß, den Staat ganz zu verlassen. Hierzu soll es ein spezielles Gesetz geben.*² [B]

¹ *Das Gutachten v. 26.2.1824 sowie die Aufforderung des Staatsministeriums, in: Rep. 90a, D II 2d Nr. 2 Bd. 3, n.f.; dort auch der Immediatbericht v. 31.5.1824, der Antrag Wlömers v. 20.11.1823, Voten und weiteres Material.*

² *Der Immediatbericht v. 31.3.1824 in: Rep. 90, Nr. 310, n.f.; dort auch Voten und weiteres Material.*

Nr. 204 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Februar 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 53–61 [Teilprot. 6a–b]; MF 51.

*Anwesend*¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1], Bülow [U], Lottum [U], Schuckmann [U]. — *Prot.:* [a] Skalley [U]; [b] Löffler [U].

Weitere Teilnehmer: Löffler [zu 2; U], Skalley [zu 1; U], v. Staegemann [zu 2].

1. Beschwerde² der Fährberechtigten zu Deutz und Köln über den Verlust ihrer vermeintlich ausschließlichen Fährgerechtigkeiten sowie über die Beschlagnahme ihrer Landungspunkte und anderer Gegenstände [...] durch die Erbauung einer stehenden Schiffbrücke; Anspruch auf Entschädigung, weiterer Prozeß. [B] — **2.** Beamte. Nochmalige Beratung zum Fonds für die Remunerationen und Gratifikationen von Beamten bei außergewöhnlichen Dienstleistungen bzw. Unterstützungen bei Krankheit.³ [B]⁴

¹ TOP 1: Kircheisen, Hake [U].

² Vgl. den *Immediatbericht* v. 8.4.1824 in: *Rep. 90, Tit. XXIV Nr. 2. Dort auch Voten und weiteres Material, u. a. eine Denkschrift betr. den Rechtsstreit mit der königlichen Regierung zu Köln über das Fährgerechthe zwischen Köln und Deutz, Köln 1825.*

³ Vgl. einen Auszug aus § 15 der *Instruktion für die Ober-Rechnungs-Kammer* v. 18.12.1824, in: *Kamptz, Annalen, Bd. 9 (1825), S. 9f.*

⁴ An diesem Datum wurde auch die Entschädigung der Müller für die Aufhebung des Mühlenzwangs beraten. Wegen Uneinigkeiten bei der Beschlußnahme (vgl. das Schreiben Jacobis v. 6.3.1824 in: *Rep. 90a, J I 2 Nr. 5, Bl. 83–83v; dort auch Voten*), wurde dieser Protokollentwurf lediglich der Sitzung am 23.8.1826 als Anlage beigefügt.

Nr. 205 Sitzung des Staatsministeriums am 3. März 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 62–78v [Teilprot. 7a–c]; MF 52.

Unterschrieben [1 und 4]: Kircheisen [1], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz [1]. — *Prot.:* [a, c] [?].

Anwesend [zu 2–3; U]: Bülow, Schuckmann, Lottum. — *Prot.:* [b] Bading [U].

Weitere Teilnehmer: S. A. v. Altenstein [zu 1], Bading [zu 2–3; 2 U], v. Schönberg [zu 4].

1. Reklamationssache¹. [B] — **2.** Standesherrliche Sache. Übernahme der Pensionen der standesherrlichen Beamten durch den Staat oder die Standesherrn. Abkommen mit dem Fürsten von Neuwied als Hauptargument für die staatliche Übernahme. [B] — **3.** Anspruch der Witwe eines Beamten des Herzogtums Nassau auf das Sterbe- und Gnadenquartal und auf eine Pension. In der Regel haben die Witwen der standesherrlichen Regierungsbeamten kein Recht auf eine Pension. [B] — **4.** Bericht² des Oberpräsidenten Sack zur Wahl der Landtagsabgeordneten und Stellvertreter in Pommern. Frage zur Gültigkeit dieser Wahl, da einige Gutsbesitzer versehentlich nicht eingeladen wurden. Rittergutsbesitzer im Kreis Pyritz, die auf dem Wahltage nicht erschienen sind, beantragen eine anderweite Wahl. Beseitigung der Irrungen wegen unterlassenen Einladungen zu den

¹ Die im Protokoll (Bl. 63) erwähnte Sitzung am 22.8.1822 konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

² *Rep. 77, Tit. 523c Nr. 1 Bd. 1, Bl. 170–181v. Vgl. auch die von Sack zusammengestellten Übersichten der gewählten Landtags-Abgeordneten und Stellvertreter [...] im Herzogtum Pommern und Fürstentum Rügen; dort auch der Immediatbericht* v. 13.3.1824.

Wahlen im ersten [...] Stand. Dispensation von der Verpflichtung, ihre Güter zehn Jahre zu besitzen, für die gewählten [...] Stellvertreter in den Kreisen Randow und Cammin. Gültigkeit der Wahl des Landrats von Schöning als Abgeordneter des dritten Standes in den Kreisen Greifenhagen, Pyritz und Saatzig. Wahl des Landtagsmarschalls und dessen Stellvertreter. Ausstattungskosten für den Landtag, Eröffnung, Gegenstände der Beratung und Dauer, Reisekosten, Tagegelder und Diäten, stellvertretender Landtagskommissarius. [B]

Nr. 206 Sitzung des Staatsministeriums am 15. März 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 79–99v [Teilprot. 8a–e]; MF 52/53. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben¹ [1–5]: Bülow, Schuckmann, Lottum, Hake. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c] [?].

Anwesend [zu 6–7; U]: Bülow, Schuckmann, Lottum, Hake. — Prot.: [d–e] [?].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn [zu 6], Kühne [zu 3–5], zur Megede [zu 6].

1. Erteilung der Instruktion² des Generalstabs an die Oberpräsidien zur Zensur der Militärschriften; bestimmtes Kennzeichen für solche Schriften. [B] — 2. Anspruch des Freiherrn v. Speth, ehemaliger Domicellar³ des Domstifts Trier und Besitzer einer Domicellarpräbende, auf eine Pension, obwohl er sich um eine Dispensation von den höheren Weihen bemüht. [B] — 3. Der erbetene Erlaß der Allodifikationssteuern von den zur Herrschaft Putbus gehörenden Gütern ist zurückzuweisen. [B] — 4. Standesherrliche Sache. Der Herzog von Arenberg wünscht eine Erhöhung seiner Entschädigungsrente; das ist zurückzuweisen. [B] — 5. Abgabemäßigung auf landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Mecklenburg-Strelitz. Ansichten zu einem solchen Abkommen bezüglich anderer Grenznachbarn. Preußische Grundbesitzer sollen hierdurch keinen Schaden erfahren. Als Gegenleistung bietet Mecklenburg-Strelitz die völlig ungehinderte und abgabefreie Ein- und Durchfuhr preußischer Produkte und Fabrikate sowie den Schutz gegen Steuer- und Abgabendefraudation, besonders beim Schleichhandel mit Salz.⁴ [B] — 6. Freiherr von Landsberg-Velen, Erwerber der Herrschaft Gemen, wünscht die Übertragung der standesherrlichen Gerechtmäße; er wird abgewiesen. [B] — 7. Festlegung des ursprünglichen Vermögens des St. Elisabeth Hospitals zu Breslau.⁵ [B]

¹ TOP 2: Kircheisen [U]. Zu TOP 1 waren Kircheisen, Klewiz und Bernstorff nicht anwesend, bemerkten aber (Bl. 80) ihr Einverständnis mit dem Beschluß.

² Rep. 90, Tit. XXXVI Nr. 14, Bl. 14–15; dort auch Voten sowie weiteres Material. Vgl. auch KO wegen Zensur aller militärischen Schriften v. 24.11.1823, GS, S. 175.

³ Stifths herr, der noch nicht Sitz und Stimme im Kapitel hat.

⁴ Voten und weitere Schriftstücke in: Rep. 90a, F V 2 Nr. 2 Bd. 1.

⁵ Zum Vermögen des ehemaligen St. Matthias-Stifts in Breslau (wozu das Elisabeth-Hospital gehörte), vgl. Rep. 84a, Nr. 47050; dort auch Klewiz' Votum v. 31.8.1823 zum eingezogenen Vermögen dieses Hospitals.

Nr. 207 Sitzung des Staatsministeriums am 17. März 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 100–110 [Teilprot. 9a–c]; MF 53. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben [1 und 3]: Bülow, Schuckmann, Lottum, Hake. — Prot.: [a, c] [?].
Anwesend [zu 2]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake.
— Prot.: [b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Grünenthal [zu 1; U], Kerll [zu 2; U], v. Staegemann [zu 2].

1. General-Kontrolle wünscht die Abrechnung der Dotationszuschüsse vom Hauptdispositionsfonds des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten. [B] — **2.** Beteiligung der General-Post am Chausseebau, Befreiung vom Chausseegeld. [B] — **3.** Erteilung von Mühlenkonzessionen. Kompetenzkonflikt zwischen den Ministerien des Handels und des Innern. [B]

Nr. 208 Sitzung des Staatsministeriums am 24. März 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 111–130v [Teilprot. 10a–e]; MF 53. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Anwesend [zu 1; U]: Bülow, Schuckmann, Lottum, Hake. — Prot.: [a] Semler [U].
Unterschrieben [2–5]: Bülow, Schuckmann, Lottum, Hake. — Prot.: [b–d] v. Staegemann; [e] [v. Schönberg].

Weitere Teilnehmer: v. Schönberg [zu 5], Semler [zu 1; U].

1. *Gewerbefreiheit* in Neuvorpommern. Die Beschwerde¹ der Älterleute und Genossen des Hackenamts zu Wolgast wegen der Zulassung einiger vorstädtischer Bürger zum Hackenhandel ist unbegründet. Die Gewerbebeschränkungen sind allmählich auf eine legale Weise abzuschaffen. Grundsätzlich hält man die Aufhebung aller dortigen Hackenämter für zweckmäßig, jedoch soll vorerst durch Rückfrage an die Regierung zu Stralsund festgestellt werden, ob aus einer solchen allgemeinen Maßregel nicht hin und wieder begründete Entschädigungsansprüche oder andere Hindernisse entstehen können.² [B] — **2.** Die Forderung der Steuerpflichtigen im Regierungsbezirk Münster auf Entschädigung des Verlusts, den sie durch eine, im Vergleich zu den Rheinprovinzen ungünstige Umrechnung von Franc auf Taler [...] seit [...] 1816³ [...] erlitten haben und fortdauernd erleiden sowie auf einen zukünftigen jährlichen Erlaß auf die prinzipalen Kontingente der Grundsteuer wird abgelehnt. Dem König soll allerdings anheimgestellt werden, den Steuerpflichtigen der Regierungsbezirke [...] Münster und Arnsberg den Ertrag aus der Differenz zwischen ihrem Wechseltarif und dem wahren Wert dem Fonds der Katasterkosten zu überweisen. [B] — **3.** Prozeß der Gebrüder Schickler um ihr ausschließliches und unbedingtes Holzungsrecht. Differenz zwischen Kircheisen und Klewiz zur Vollziehung eines Urteils gegen den Fiskus. Die Regierung zu Potsdam hatte die Gemeinheitsteilung gefordert. Entgegen der Ansicht des Justizministeriums wird beschlossen, daß die Forderung der Regierung zu Potsdam berechtigt ist. Über die Vollstreckung des Urteils, wonach der Fiskus die Kosten für eine Wiederkultur trägt, soll die Generalkommission entscheiden.⁴ [B] — **4.** Befugnis der ersten Regierungsabteilung⁵ bei Streitigkeiten über Kirchen-

¹ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

² Der Immediatbericht v. 31.3.1824, Voten und weiteres Material, in: Rep. 90a, JI 2 Nr. 2, n.f.

³ Vgl. VO wegen Annahme der fremden Geldsorten bei den königlichen Kassen v. 28.2.1816, GS, S. 118.

⁴ Zur Spiegelmanufaktur der Firma Schickler und Splitberger zu Neustadt an der Dosse vgl. Lenz, Friedrich, Unholtz, Otto (Hrsg.), Die Geschichte des Bankhauses Gebrüder Schickler. Festschrift zum 200-jährigen Bestehen, Berlin 1919, S. 221–222 und 290–291.

⁵ Zu den Aufgabenbereichen der ersten und zweiten Regierungsabteilung vgl. die Instruktion v. 23.10.1817, GS, S. 248. Vgl. auch die weitere Unterteilung durch die KO v. 31.12.1825, GS 1826, S. 5.

Pfarr- und Schulbauten, *die auch den Domänenfiskus betreffen*, ein Interimistikum wegen der vorläufigen Ausführung des Baus *festzusetzen*. Differenz [...] zwischen den Ministerien der geistlichen *Angelegenheiten* und der Finanzen. [B] — **5. Brandenburger Landtag**. Berichte⁶ des Oberpräsidenten v. Heydebreck über *die Wahlen der Abgeordneten und Stellvertreter zum Landtag sowie über den zu ernennenden Landtagsmarschall und dessen Stellvertreter. Wahlverfahren, u. a. Verstöße gegen eine Fristbestimmung und gegen den vorgeschriebenen zehnjährigen Grundbesitz; einige Wahlergebnisse; Ungültigkeit der Wahl des Fürsten Heinrich des LX. Reuß. Eine Verschiebung der Landtagseröffnung wird auch für Pommern erwogen.* [B]

⁶ Die Berichte v. 12., 15. und 19.3.1824 in: *Rep. 77, Tit. 523b Nr. 1 Bd. 2, Bl. 53–55v, 59–60 und 64–65; dort auch Heydebecks' Bericht an das Staatsministerium v. 23.2.1824 sowie ein tabellarisches Verzeichnis der gewählten Abgeordneten und deren Stellvertreter.*

Nr. 209 Sitzung des Staatsministeriums am 7. April 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 131–140 [Teilprot. 11a–d]; MF 53.

Anwesend [zu 1; U¹]: Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. – Prot.: [a] [?].

Unterschrieben [2–5]: Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [d] v. Staegemann; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Semler [zu 1; U], Ferber [zu 2–3; U].

1. Verbesserung der Einrichtung der Seebadeanstalt zu Swinemünde als neue Erwerbsquelle für die wirtschaftliche Stabilisierung der Stadt.² [B] — **2. Das Ministerium des Handels wünscht die Überlassung der Erträge aus Schiffsabgaben der Häfen zu Swinemünde und Peenemünde für allgemeine Handelszwecke**³, u. a. zur Förderung des Handels mit Amerika, zur Unterhaltung von Schiffahrtsschulen zu Stettin und Greifswald und zur Organisation der Küstenherings-Fischerei. [B] — **3. Prüfung des für den Export bestimmten Mehls durch das Handelsministerium.** [B] — **4. Naturalabgabe der Steinkohlengrube zu Loebejün an den Botanischen Garten und dessen Direktor zu Halle.** [B] — **5. Standesherrliche Sache.** Ansprüche der Fürsten zu Salm-Salm und Salm-Kyburg⁴, vertagt. [B]

¹ *Bernstorff [U].*

² *Vgl. hierzu: Rep. 77, Tit. 806a Nr. 15, n.f.; dort auch das Reglement für die Bade-Anstalt zu Swinemünde v. 16.5.1825.*

³ *Vgl. den Bericht des HandMinr. v. 18.2.1824 sowie den Immediatbericht v. 30.4.1824, in: Rep. 90, Tit. XL Nr. 35 Bd. 1, n.f.*

⁴ *Vgl. Sitzung am 23.3.1825, TOP 8.*

Nr. 210 Sitzung des Staatsministeriums am 14. April 1824.

*Vollz. Reinschriften mit Korrekturen*¹, *Bd. 8, Bl. 141–159v [Teilprot. 12a–d]; MF 53/54. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.*

¹ *TOP 2.*

Anwesend [zu 5; U²]: Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [d] Sack [U].
 Unterschrieben [1–4]: Bülow [1 und 3], Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake [beide 1 und 3]. —
 Prot.: [b] v. Staegemann; [a, c] [?].

Weitere Teilnehmer: Kuhne [zu 3–4], Sack [zu 5; U].

1. Entschädigungsanspruch des kölnischen Spielkartenfabrikanten Hilgers.³ [B] — **2.** Wegen einer Revision der Rechnungen wünscht die Ober-Rechnungs-Kammer, daß jedes Ministerium den Anspruch auf Versorgung oder Wartegeld eines neuen [...] Angestellten bzw. Beamten in der Gehaltsanweisung [...] ausdrücklich bemerkt. [B] — **3.** Beschwerde⁴ der Schankkrüger eines Domänenamts in Posen über ihre Heranziehung zur Gewerbesteuer; entgegengesetzte Ansichten zur Gewerbesteuerpflichtigkeit. Beschluß bis zur Vorlage weiterer Materialien vertagt. — **4.** Reklamationssache. [B] — **5.** Aussetzen der Einführung der Hypothekenordnung im Herzogtum Westfalen, im Fürstentum Siegen und in die Grafschaften Wittgenstein-Wittgenstein und Wittgenstein-Berleburg bis zur Revision der bestehenden Hypothekenordnung. Einführung des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichtsordnung.⁵ [B]

² Kircheisen [U].

³ Vgl. mehrere Entschädigungsansprüche – auch die von Hilgers – in: Rep. 89, Nr. 27582.

⁴ Vgl. Rep. 151, II Nr. 3106, n.f.; dort verschiedene Beschwerdeschreiben, Berichte der Regierung, Verfügungen Klewiz' an die Regierung sowie dessen Voten.

⁵ Der Immediatbericht v. 22.5.1824 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 14; ebd. das gedr. Gutachten des Staatsrats v. 20.5.1823. Entwürfe des Einführungspatents in: Rep. 84a, Nr. 40940, Bl. 40–56 und 69–79; ebd. eine Abschrift des Immediatberichts v. 22.5.1824, Voten, der im Protokoll (Bl. 154) erwähnte Bericht des Hofgerichts Arnsberg v. 30.1.1823 sowie ein gedr. Gutachten für den Staatsrat. Vgl. auch das Einführungspatent v. 21.6.1825, GS, S. 153. Zur Vereinfachung der Hypothekenordnung überhaupt vgl. Rep. 84a, Nr. 48815. Eine Hypothekenordnung wurde hier erst zehn Jahre später eingeführt; vgl. VO v. 31.3.1834, GS, S. 47.

Nr. 211 Sitzung des Staatsministeriums am 17. April 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 160–163 [Teilprot. 13a–b]; MF 54.

Unterschrieben: Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: v. Staegemann.

1. Gesetze dürfen nur in der Gesetzsammlung und den Amtsblättern publiziert werden, zumal sonst das Verlagsrecht des Staates beeinträchtigt wird. [B] — **2.** Die Entscheidung über die Beschwerde eines Buchhalters [...] gegen das Hauptbank-Präsidium gehört nicht zur Kompetenz des Staatsministeriums.

Nr. 212 Sitzung des Staatsministeriums am 21. April 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 164–171 [Teilprot. 14a–c]; MF 54. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Kircheisen [1], Bülow, Schuckmann [1 und 3], Lottum, Klewiz, Bernstorff [3], Hake. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Goedeler, Jacobi [beide zu 2], Müller, Skalley [beide zu 1].

1. Disziplinarsache. Anwesenheit der Regierungsssekretäre im Geschäftslokale der Regierungen. [B] — 2. Disziplinarsache. [B] — 3. Bedenken der General-Kontrolle [...] gegen die Organisation der Land- und Stadtgerichte. Auslegung der Instruktion¹ wegen Errichtung der Untergerichte. Befugnisse des Staatsministeriums. Wegen der Krankheit Kircheisens wird eine ausführliche Beratung vertagt.²

¹ Vgl. das Votum in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 7 Bd. 1. Vgl. auch die Instruktion wegen Einrichtung der Untergerichte in den mit dem Preußischen Staate vereinigten ehemals sächsischen Provinzen v. 4.5.1820, GS, S. 65.

² Voten und weiteres Material in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 7 Bd. 1. Vgl. auch Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 482 f.

Nr. 213 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Mai 1824.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 8, Bl. 172–183 [Teilprot. 15a–d]; MF 54/55. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Kircheisen [3], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake [2–5]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 3], Eytelwein [zu 2].

1. Vertretungsverbindlichkeit von leitenden Beamten der Regierung zu Köln für den Kassendefekt eines Domänenrentmeisters.² [B] — 2. Vermehrung des Personals der Ober-Bau-Deputation um ein Mitglied wegen außerordentlicher Zunahme der Arbeiten. [B] — 3. Gehaltsansprüche zweier Angestellter des ehemaligen Königreiches Westphalen trotz abgelaufenen Präklusivtermins. [B] — 4. Provinzialstände. Mitteilungen der Regierung an die Provinzialstände. Gesetzentwürfe, Verordnungen und sämtliche Propositionen müssen erst im gesamten Staatsministerium beraten und vom König genehmigt werden, bevor sie an die Stände gebracht werden, [...] wengleich deren baldige Prüfung [...] durch den Staatsrat und die königliche Sanktion immer noch der Beratung mit den Ständen vorbehalten bleibt. Anträge eines Ministeriums an den Landtagskommissarius sollen erst vom Staatsministerium geprüft werden. Die Provinzialbehörden sollen unmittelbar nichts zur Beratung der Stände bringen.³ [B] — 5. Der Entwurf⁴ einer Dienstinstruktion für die Dorfgerichte in der Provinz Preußen soll den Provinzialständen vorgelegt werden. [B]

¹ TOP 2.

² Zu dieser Unterschlagungsaffäre und dem sich über Jahre hinziehenden Prozeß, der zugunsten des Beamten endete, vgl. Klein, Die Kölner Regierungspräsidenten, S. 69 und 120 (Aktengrundlage).

³ Vgl. den Immediatbericht v. 5.5.1824 sowie die KO v. 23.9.1824, in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 4, n.f.

⁴ Rep. 77, Tit. 114 Nr. 69 Bd. 1, Bl. 71–94v.

Nr. 214 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Mai 1824.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 8, Bl. 184–195a [Teilprot. 16a–f]; MF 55. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Kircheisen [4–5], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff [1, 3–4, 6], Hake [1, 3–5] — Prot.: [b–d] v. Staegemann; [a, e–f] [?].

¹ TOP 3.

Weitere Teilnehmer: Müller [zu 5].

1. Aushilfe für die Stadt [...] Kleve. Erweiterung des Bezirks des bestehenden Landgerichts; Erweiterung des Gymnasiums und Verbindung mit einer Forstschule; Sichtbarmachung des Spoygrabens; Kantonfreiheit für einwandernde Holländer; Vermehrung der Garnison; Bau einer Kunststraße nach Kranenburg. [B] — 2. Zahlung einer Geld- und Fruchtrente an Geistliche und Schullehrer zu Mörs. [B] — 3. Muthung² eines Lehns im Herzogtum Sachsen nach erfolgter Allodifikation. [B] — 4. Kosten des Handelsgerichts zu Elberfeld. — 5. Das Recht des Grafen zu Lynar zu Lübbenau zur Erhebung von Zählgeldern besteht solange bis ihm dieses rechtlich [...] abgesprochen wird³. [B] — 6. Klodnitz Kanal in Oberschlesien. Finanzierung der Verbesserung. [B]

² Das Lehn „muthen“ hieß binnen gehöriger Zeit die Belehnung nachsuchen. Material zur Allodifikation der niederlausitzischen Lehne in: Rep. 90a, H II 3b Nr. 6 Bd. 1

³ Vgl. die Beschwerde vom Grafen in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 5, n.f.; dort auch weiteres Material.

Nr. 215 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Mai 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 196–205v [Teilprot. 17a–c]; MF 55. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz [1 und 3], Bernstorff, Hake [beide 1]. — Prot.: [a] Schulze [U]; [b] [Frick]; [c] v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: Frick [zu 2], Schulze [zu 1; U].

1. Die Untersuchung der Kunstdenkmale und Merkwürdigkeiten früherer Zeiten in der Provinz Brandenburg seitens des Kriegrats Kretzschmer ist zwar lobenswert, sein Vorhaben, diese Untersuchungen auf alle Teile der Provinz [...] auszudehnen, soll aber auch fernerhin als ein Privatunternehmen betrachtet werden. Eine außerordentliche Unterstützung von 600 Talern soll er jedoch erhalten. [B] — 2. Klage¹ des Hofrats Dorow [...] gegen den Fiskus wegen Forderungen aus seiner vormaligen Direktion des Museums vaterländischer Altertümer zu Bonn und wegen Zahlung des Kaufgeldes einer dem Staate überlassenen Sammlung. [B] — 3. Befreiung des Militärs von der Schlachtsteuer in den Städten der Rheinprovinzen. Dem kasernierten Militär soll in den schlachtwie auch in den klassensteuerpflichtigen Städten gestattet werden, selbst zu schlachten.² [B]

¹ Das Gesuch Dorows v. 16.3.1824 in: Rep. 90, Tit. XXVIII Nr. 1, n.f.; dort auch Voten, ein Verzeichnis der Sammlung und weiteres Material. Zum Ankauf der Sammlung vgl. auch Rep. 89, Nr. 20536, n.f.

² Vgl. den Immediatbericht v. 2.7.1824 in: Rep. 90a, F IV 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 136–137; dort auch weiteres Material.

Nr. 216 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Juni 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 206–218v [Teilprot. 18a–d]; MF 55. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz [1–3], Bernstorff, Hake [1–2]. — Prot.: [a–c] v. Staegemann; [d] [?].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn [zu 4].

1.–4. Standesherrliche Sachen. Die Standesherrn Fürsten zu Wied und zu Solms-[...] Braunfels beschwerten sich über den Versuch der Regierung zu Koblenz, ihre Rechte der Polizeiverwaltung zu beschränken und beantragen die Befreiung ihrer Polizeigewalt von der Leitung und Aufsicht der Regierungen und eine selbständigere Verwaltungsbefugnis.¹ [B] — Befugnisse der standesherrlichen Polizeiverwaltungsbehörden im Regierungsbezirk Koblenz zur Gebührenerhebung. [B] — Entschädigungsrente des Grafen von Stolberg-Wernigerode. [B] — Entschädigung der Fürsten von Salm-Horstmar und Bentheim-Tecklenburg für frühere Einkünfte u. a. aus dem Überschuß der Kammerkassen und aus den Patrimonialeinkünften.² [B]

¹ Am 31.5.1825 gestattete der König den Fürsten [...] eine anderweitige Organisation ihrer Verwaltungsbehörden, etwa der rezeßmäßigen Verwaltung der Grafschaft Wernigerode ähnlich, vgl. Rep. 90, Nr. 90, Bl. 32.

² Vgl. KO v. 19.7.1824 in: Rep. 90, Nr. 207, n.f.; dort auch weiteres Material.

Nr. 217 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Juni 1824.

Vollz. Reinschr., Bd. 8, Bl. 219–222v [Prot. 19]; MF 56. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.; Rep. 120, C IX Fach 3a Nr. 1 Bd. 3, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum. — Prot.: v. Staegemann.

Ausgleichungen zwischen den Handelszügen auf der Oder und auf der Elbe. Beförderung des Oderhandels.¹ [B]

¹ Der Immediatbericht v. 10.8.1824 in: Rep. 89, Nr. 27708, n.f. Voten in: Rep. 120, C IX Fach 3a Nr. 1 Bd. 3. In beiden Akten befindet sich weiteres Material.

Nr. 218 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Juni 1824.

Vollz. Reinschriften und Reinschr. [d], Bd. 8, Bl. 223–243 [Teilprot. 20a–d]; MF 56.

Anwesend [zu 1 und 4]: Altenstein [V, zu 1; U], Bülow, Schuckmann, Lottum [alle zu 1; U], Bernstorff. — Prot.: [a, d] [?].

Unterschrieben [2–3]: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow [2], Schuckmann, Lottum. — Prot.: [c] v. Staegemann; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Bethe [zu 2], Ruppenthal [zu 4], v. Schoeler [für Hake zu 1–3; U], Skalley [zu 1].

1. Entschädigungsansprüche¹ der Mühlengewerke in den schlesischen Gebirgskreisen. Wegen der Aufhebung des Mühlenzwangs sind sie außer Stande, ihre Dominialabgaben zu entrichten. Formulierung eines allgemeinen Kennzeichens für die Gewerbeabgaben der Müller an die Dominien; Beschluß erst nach Ermittlungen durch einen Kommissarius der Regierung. — **2.** Erhebung des

¹ Vgl. auch Sitzung am 13.11.1822, TOP 3 mit Anm. Zur Schwierigkeit der Entrichtung der Gewerbeabgaben von Dominien und Kämmereien in Schlesien in dieser Zeit vgl. Rep. 120, A XIII Fach 1 Nr. 4 Bd. 1. Vgl. auch Material in: Rep. 90a, J I 2 Nr. 5; dort wie auch in Rep. 120, A XIII Fach 1 Nr. 4 Bd. 1 eine KO an das Staatsministerium v. 23.10.1823 bezüglich der Mühlengewerke.

Laudemiums in Schlesien bei der Vererbung eines landwirtschaftlichen Grundstückes.² [B] — 3. Beschwerde³ der neuvorpommerschen Stände, daß bei der Übernahme der Provinzialschulden der Ertrag aus der bisherigen Kopfstand- und Viehsteuer ausgeschlossen wurde. [B] — 4. Aufgehobene Familienstiftungen. Ansprüche [...] gegen den Staat. Familien [...] von Galen und Koch.⁴ [B]

² Vgl. hierzu verschiedene Schriftstücke, v. a. das gedr. Gutachten für den Staatsrat, in: Rep. 84a, Nr. 49911 sowie das Gesetz betreffend die Laudemien von Rustikalstellen in Schlesien v. 19.7.1832, GS, S. 194.

³ Rep. 89, Nr. 25070, Bl. 23–27v; dort auch der Immediatbericht v. 10.8.1824.

⁴ Verschiedene Schriftstücke hierzu, auch Voten, in: Rep. 90, Tit. XXXII Nr. 4 und Rep. 84a, Nr. 50146.

Nr. 219 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Juni 1824.

Voll. Reinschr., Bd. 8, Bl. 244–246 [Prot. 21]; MF 56. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: GehLegR v. Bülow [zu 1], v. Schoeler [für Hake U].

1. Depesche¹ des Gesandten [...] von Otterstedt in Hessen-Darmstadt. Das Zollsystem in den Rheinprovinzen hat für Preußen eine unvorteilhafte Wirkung auf die Stimmung in Süddeutschland. Änderung jenes Systems wünschenswert. Spezialdiskussion. [B] — 2. Wunsch der großherzoglich Mecklenburg-Strelitzschen Regierung auf Ermäßigung der Eingangszölle von Getreide und Vieh; vertagt.²

¹ Rep. 90, Tit. XL Westfalen, Niederrhein Nr. 4, Bl. 12–17, Anlagen Bl. 18–28v; dort auch verschiedene Voten.

² Vgl. Sitzung am 12.10.1825, TOP 4.

Nr. 220 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Juli 1824.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 8, Bl. 247–269 [Teilprot. 22a–h]; MF 56/57.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen [5–6, 8], Schuckmann [1–2, 6–7], Lottum. — Prot.: [b–d] Seydewitz [U]; [e–f, h] v. Staegemann; [a, g]; [?].

Weitere Teilnehmer: v. Grunenthal [zu 1], v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [zu 7], v. Seydewitz [zu 2–4; U].

1. Servis/Städte. Mit Rücksicht auf das Abgabengesetz² wird die Frage erörtert, ob die Städte noch verpflichtet sind, für den aus Staatskassen zu zahlenden regulationsmäßigen Servis auch Lokalien für verschiedene Anliegen des Militärs [...] herzugeben. [B] — 2. Beschaffung der Einrichtungs- und Unterhaltungskosten für die Irrenheilanstalten zu Leubus und Siegburg. Die schlesischen bzw. rheinischen Stände sollen hierüber beraten. [B] — 3. Entrichtung und Höhe der geheimen Kanzleigebühren von den zu ernennenden Bischöfen und übrigen höheren katholischen Geistlichen. [B] Sportelwesen bei den Verwaltungsbehörden; vertagt. — 4. Festsetzung des Etats für das Hebammen-Lehrinstitut zu Magdeburg. [B] — 5. Verbindlichkeiten der Gräfin von Itzenplitz auf Cuners-

¹ TOP 1.

² Vgl. das Gesetz über die Einrichtung des Abgabenwesens v. 30.5.1820, GS, S. 134.

dorf gegenüber dem zum Domänenamt Wriezen gehörenden Dorf Neutrebbin und dem Domänenamtsdorf Neubarnim, wo sie früher das Verlagsrecht besaß. Der Gegenstand ist zur Entscheidung des Staatsministeriums nicht geeignet.³ [B] — 6. Der Graf v. Blankensee hat sich beim König beschwert, daß das Revisionskollegium ihm die Revision in seinem Prozeß wider die bäuerliche Gemeinde zu Wugarten verweigerte. Nach dem Urteil dieses Kollegiums fehlt die dafür nötige verifible Summe. Die Zulassung zur Revision wird beschlossen.⁴ [B] — 7. Landtag der Provinz [...] Preußen. Bericht⁵ des Oberpräsidenten Th. v. Schön zur Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter. Bei mehreren Gewählten fehlt der zehnjährige Grundbesitz. Verstoß Schöns bei der Ernennung des Landtagsmarschalls und dessen Stellvertreters.⁶ Nutzung des königlichen Schlosses zu Königsberg als Lokal des Landtags. Bestreitung der Kosten der Wahlkommissarien und Einrichtungsaufwand des Lokals. Thron im Versammlungssaal und dessen Position. Eröffnung und Dauer des Landtags. Gegenstände, die zur Beratung der Stände beim ersten Landtag gelangen, sollen im Staatsministerium vorbereitet werden. [B] — 8. Vor Erstellung des Immediatberichts zum Hospital des St. Matthias-Stifts zu Breslau ist der Bericht der Regierung zu Breslau noch abzuwarten. [B]

³ Die Beschwerde sowie Voten in: Rep. 90a, JI 2 Nr. 1 Bd. 2; dort wie auch in Rep. 89, Nr. 30631 weiteres Material.

⁴ Die Beschwerde Blankensees v. 28.9.1823 in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 2, Bl. 67–73v; dort auch der Immediatbericht v. 10.8.1824, eine Abschrift des Berichts des Revisionskollegiums v. 3.5.1823, Voten, die KO v. 14.8.1824 und weiteres Material.

⁵ Rep. 77, Tit. 523a Nr. 1 Bd. 1, Bl. 146–149v.

⁶ Das Staatsministerium monierte, daß Schön als Landtagskommissarius nur den Grafen Dohna-Schlobitten für die Stelle des Landtagsmarschalls und den Landschafts-Direktor von Brandt als dessen Stellvertreter vorgeschlagen hatte. In einer KO v. 15.7.1824 (ebd., Bl. 162v) lehnte der König dieses Verfahren ab und ordnete neue Wahlen für diese Stellen an. Landtagsmarschall wurde Graf Dönhoff. Die gleiche KO lehnte auch die Einräumung eines Versammlungslokals im Königsberger Schloß ab sowie die Errichtung eines Throns im Versammlungssaal. Letzteres wurde als ganz unangemessen empfunden.

Nr. 221 Sitzung des Staatsministeriums am 18. August 1824.

Vollz. Reinschriften und Reinschr. [e], Bd. 8, Bl. 270–285v [Teilprot. 23a–e]; MF 57. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschieden: Kircheisen [1–2], Bülow, Schuckmann [4], Lottum [1–2, 4, 6], Bernstorff [4 und 6]. — Prot.: [a] [v. Schönberg]; [b–e] v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake zu 1–2, 4; U], v. Schönberg [zu 1].

1. Landtagsmarschall für Pommern und dessen Stellvertreter. [B] — 2. Neue Wahlen zum Landtag Brandenburgs bei einigen Abgeordneten und Stellvertretern. Eröffnung des Landtags. Bekanntmachung. [B] — 3. Milderung der gesetzlichen Vorschriften bei den Auspfändungen verarmter Landsleute. Verfügte Exekutionen finden auch dann noch [...] sehr häufig statt, wenn die Schulden bereits gezahlt sind; vertagt¹. — 4. Abschreibung des abgelösten Zehntes im Hypothekenbuch von Rönnebeek. Differenz [...] zwischen den Ministerien der Justiz und des Innern. Dort ist die Eigentümerin [...] noch nicht mit dem Besitztitel für beide Teile dieses Guts berichtigt. [B] Die Revision der Hypothekenordnung ist ein höchst dringendes Bedürfnis. — 5. Kosten in Prozessen der Kirchen, Pfarren, Schulen und Küstereien. Aufstellung der Grundsätze. Differenz [...] zwischen den Ministerien der geistlichen Angelegenheiten und der Justiz. — 6. Juden und Gewerbepolitik. Eine Deputation von Kaufleuten aus 12 niederlausitzischen Städten beschwert sich über die Erteilung

¹ Vgl. Sitzung am 20.10.1824, TOP 6.

der Erlaubnis zum Materialhandel an Juden und Konzessionen zur Niederlassung an fremde Juden. Da nur vier Juden die Erlaubnis zum Materialhandel erhalten haben und den christlichen Kaufleuten ohnehin kein Widerspruch dagegen zusteht, soll die Sache auch hierbei belassen werden. Jedoch soll die Erlaubnis zum Materialhandel auf die übrigen Juden, denen sie noch nicht erteilt worden ist, nicht erstreckt werden. Bei der Konzession zur Niederlassung handelt es sich um besondere Einzelfälle und auch hier soll die Sache auf sich beruhen. [B]

Nr. 222 Sitzung des Staatsministeriums am 25. August 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 286–304 [Teilprot. 24a–f]; MF 57/58. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben [1–7]: Kircheisen [1–5], Bülow, Schuckmann, Lottum, Bernstorff. — Prot.: [a] [v. Schöneberg]; [b–d] v. Staegemann; [e] [?].

Anwesend [zu 8; U¹]: Bülow, Schuckmann, Lottum. — Prot.: [f] Löffler [U].

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 7; U], Klaatsch [zu 5], Löffler [zu 8; U], v. Schoeler [für Hake U], v. Schöneberg [zu 1–3], v. Staegemann [zu 8].

1.–3. Standesherrliche Sachen. Die Fürsten Hatzfeldt und Carolath wünschen wegen der Fürstentümer Trachenberg bzw. Carolath-Beuthen [...] Virilstimmen auf dem schlesischen Landtag. [B] – Der Fürst [...] von Oels beschwert sich, daß er im Gesetz² wegen Anordnung der Provinzialstände für Schlesien nach dem Fürsten von Lichtenstein [...] genannt wird. [B] – Der Fürst [...] von Solms-Braunfels beschwert sich, daß im Gesetz³ [...] wegen Anordnung der Provinzialstände für die Rheinprovinzen die Fürsten von Wied vor denen von Solms [...] aufgeführt werden. [B] — **4. Anspruch einer ehemaligen Stiftsdame auf Pensionserhöhung.** [B] — **5.** Der Fürst von Bentheim-Steinfurt weigert sich, die Zinsen auf das aufgenommene Kapital der ehemaligen Johanniter-Kommende Steinfurt zu entrichten. [B] — **6. Standesherrliche Sache.** Verfahrensweise bei der Zahlung der Jahresrente an den Grafen zu [...] Stolberg-Wernigerode. [B] — **7. Anordnung der Schnell- oder Personenposten statt der Extrapost bei Dienstreisen der Subalternbeamten.** Revision des geltenden Regulativs.⁴ — **8. Remunerationen und Unterstützungen verdienter und hilfsbedürftiger Räte und Subalternen der Provinzialbehörden.** [B]

¹ TOP 8: Bernstorff [U].

² Gesetz v. 27.3.1824, GS, S. 62.

³ Gesetz v. 27.3.1824, GS, S. 101.

⁴ Vgl. VO v. 28.6.1825, GS, S. 163.

Nr. 223 Sitzung des Staatsministeriums am 1. September 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 304–307v [Teilprot. 25a–c]; MF 58. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Anwesend [U]¹: Bülow, Schuckmann, Lottum [zu 1–2; U], Klewiz, Bernstorff. — Prot.: Sack [U].

¹ TOP 1 und 3: Kircheisen [U].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 1–2], Sack [U], v. Schoeler [für Hake U], Skalley [zu 3], v. Staegemann.

1.–3. Drei Disziplinarsachen. [B]

Nr. 224 Sitzung des Staatsministeriums am 8. September 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 308–319v [Teilprot. 26a–b]; MF 58. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff [1], Hake [2]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake; 1 U].

1. Beschwerde¹ des Magistrats zu Stralsund über die Aufhebung der dortigen Steuer auf Kaufgeld der Grundstücke und auf Erbschaften. Die Zurechtweisung des Magistrats soll auch beim König beantragt werden. [B] — 2. Zahlung der Gehälter der Wegebaubeamten. [B]

¹ Rep. 90, Tit. XL Pommern Nr. 6, n.f.; dort auch der Immediatbericht v. 24.9.1824 sowie verschiedene Voten.

Nr. 225 Sitzung des Staatsministeriums am 15. September 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 314–317v [Teilprot. 27a–b]; MF 58.

Unterschrieben: Kircheisen [1], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake; 1 U].

1. Sicherung der Kalenderstempelabgabe. Verhütung des Eingangs der im Ausland mit falschem Stempel versehenen Kalender.¹ [B] — 2. Beförderung des Oderhandels, Gleichstellung mit dem Handel auf der Elbe in allen Teilen. [B]

¹ Vgl. KO v. 15.10.1824, GS, S. 179.

Nr. 226 Sitzung des Staatsministeriums am 22. September 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 318–326v [Teilprot. 28a–b]; MF 58. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Kircheisen [1], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake [1]. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake; 2 U]

1. Wiederherstellung der Patrimonialgerichtsbarkeit für Erbpachtinteressenten, insbesondere des Domänenamts Petershagen im Kreis Minden. Eine solche Wiederherstellung wäre auch ein Mittel,

sich die erforderliche Autorität und das Vertrauen der Eingesessenen zu verschaffen.¹ [B] — **2.** Antrag² des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten auf Bildung eines Pensionsfonds aus den Ablösungskapitalien für die Biereigenrechte der Predigerwitwen in Erfurt. [B]

¹ Vgl. Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 28; dort auch Voten.

² Altensteins Votum v. 15.7.1824 in: Rep. 90, Tit. XXI B Nr. 6, Bl. 89–90v. Hier widerspach er der Regelung, die im Immediatbericht v. 7.5.1824 (Rep. 89, Nr. 28027, n.f.) vorgeschlagen worden war.

Nr. 227 Sitzung des Staatsministeriums am 29. September 1824.

Vollz. Reinschr., Bd. 8, Bl. 327–332 [Prot. 29]; MF 58. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bethe [zu 1–2].

1. Mehrere Gemeinden des Kreises Siegen wünschen die Aufhebung des Verbots der ehemaligen nassauischen Regierung über das Halten von Schafen im Fürstentum Siegen.¹ [B] — **2.** Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen² zur Regulierung der Dreschgärtnerstellen in Oberschlesien³. [B]

¹ Der Immediatbericht v. 18.10.1824 in: Rep. 90, Nr. 1635, Bl. 45–54; dort auch Voten und weiteres Material.

² Vgl. VO v. 13.7.1827, GS, S. 79 und § 99 in der Deklaration v. 29.6.1816 zum Regulierungsedikt v. 14.9.1811, GS, S. 176. Zur Regulierung der Dreschgärtnerstellen in Schlesien vgl. auch Zierkusch, Johannes, Hundert Jahre Schlesische Agrargeschichte, Breslau 1927, ND Aalen 1978, S. 358–361.

³ Vgl. den Bericht v. 29.2.1824 des Grafen von Henckel-Donnersmarck über die Dreschgärtner-Verhältnisse in Oberschlesien, in: Rep. 89, Nr. 30599.

Nr. 228 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Oktober 1824.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 8, Bl. 333–334v [Prot. 29a]; MF 58. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, F V 2 Nr. 2 Bd. 1, n.f.

Unterschrieben: Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake U]

Zolltarif bei den Eingangsabgaben 1825–27.¹ Spezialdiskussion. [B]

¹ Vgl. das Protokoll einer diesbezüglichen Beratung Bülows, Maassens, Beuths und Semlers v. 30.8.1824, in: Rep. 120, C VII Fach 1 Nr. 10 Bd. 1 sowie die VO wegen der Erhebungsrolle der Abgaben und wegen Ergänzung der Zollordnung v. 19.11.1824, GS, S. 181.

Nr. 229 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Oktober 1824.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen,¹ Bd. 8, Bl. 335–342a [Teilprot. 30a–c], Anlage²: Bl. 337–337v; MF 58/59 — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

*Anwesend [zu 1; U]: Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [a] Skalley [U].
Unterschrieben [2–3]: Altenstein [V, 3], Kircheisen [3], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake [3]. — Prot.: [b] [Unterschrift nicht lesbar]; [c] [?].*

Weitere Teilnehmer: Paalzow [zu 3], v. Schoeler [für Hake; 2 U]

1. Berliner Lohnfuhrleute beschwerten sich über die Abgabe an die Postkasse³ sowie die Beeinträchtigung in ihrem Gewerbe durch die Unternehmer des Postfuhrwesens und fremde Fuhrleute. Einstimmig verworfen. [B] — **2.** Wiedereinführung allgemeiner Landlieferungen an Roggen und Hafer zur Militärverpflegung. Regulierung der Vergütungspreise für die einzelnen Provinzen. [B] *Ständische Beratungen hierzu sollen folgen.* — **3.** Verbot der Ausspielung beweglicher sowie unbeweglicher Gegenstände durch auswärtige Lotterien⁴. [B]

¹ TOP 2.

² Schreiben des Staatsministeriums v. 21.10.1824 an den General-Postmeister von Nagler.

³ Die Vorrechte der Post-Anstalten gegenüber den Fuhrleuten wurde in einer VO v. 10.1.1824 festgelegt. Vgl. GS, S. 16.

⁴ Vgl. KO v. 20.3.1827, GS, S. 29. Zur Versteigerung der im Protokoll erwähnten Domäne Frauendorf vgl. Rep. 89, Nr. 31488.

Nr. 230 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Oktober 1824.

Vollz. Reinschr., Bd. 8, Bl. 343–347 [Prot. 31]; MF 59. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [?].

Änderungen zur Proposition¹ für die Ständeversammlungen Brandenburgs, Pommerns und Preußens über die Wiedereinführung einer Naturallieferung für die Militärverpflegung. Spezialdiskussion. [B]

¹ Vgl. Rumpf, J.D.F. (Hrsg.), *Landtags-Verhandlungen der Provinzialstände in der preußischen Monarchie 1–12, Berlin 1827–1837, Folge 1 (Brandenburg, Pommern, Preußen, 1824)*, S. 27, 77 und 128 f.

Nr. 231 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Oktober 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 348–355 [Teilprot. 32a–c]; MF 59.

Unterschrieben: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann [3], Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c] [?].

1. *Notwendigkeit einer gesetzlichen Bestimmung wegen der Erbfolge fremder Untertanen, deren Regierungen die Lehns- und Fideikommißfolge gesetzlich abgeschafft haben, in Güter auszu-*

schließen, welche *in den* seit 1814 mit *Preußen* vereinigten Provinzen *liegen*.¹ [B] — **2.** Aufhebung eines französischen Gesetzes über die *Verantwortlichkeit der Gemeinden für die in demselben bemerkten Exzesse und Beschädigungen*.² [B] — **3.** Zoll. Tarif der Eingangsabgaben für 1825–27, *Spezialdiskussion*. Erweiterung der Warenkontrolle. [B]

¹ Das gedr. Gutachten des Staatsrats hierzu sowie der *Immediatbericht* v. 16.12.1824 (als Druck für den Staatsrat bestimmt), in: *Rep.* 84a, Nr. 49866; dort wie in *Rep.* 80, I *Justiz* Nr. 67 weiteres Material. Vgl. auch *VO* wegen Ergänzung der §§ 5 und 7 der *VO* v. 11.3.1818 über die *Lehne und Fideikomisse in den jenseits der Elbe gelegenen Provinzen* v. 7.7.1827, *GS*, S. 76.

² Vgl. *Rep.* 90, *Tit.* XXXIII A Nr. 22, dort der *Immediatbericht* v. 5.12.1824 sowie *Voten*.

Nr. 232 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Oktober 1824.

*Vollz. Reinschriften mit Korrekturen*¹, Bd. 8, Bl. 357–363v und 365–369 [*Teilprot.* 33a–f]; MF 59.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen [1–2], Bülow [1–2, 5–6], Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake [alle 1–2, 4–6]. — Prot.: [b, d–f] v. Staegemann; [a, c] [?].

Weitere Teilnehmer: Frick [zu 1].

1. Berliner Kaufmannschaft wünscht *Stempelfreiheit für* Schlußzettel und keine Stempelstrafe für den bisherigen Nichtgebrauch dieses Stempels sowie keine Kontrolle der Handlungsbücher der Kaufleute durch die Stempelfiskale. [B] — **2.** Kosten in Prozessen der Kirchen, *Pfarren, Schulen und Küstereien*. Bemerkungen *Kircheisens* zum Protokoll der *Beratung des Staatsministeriums*² über seine Differenzen mit dem Ministerium der geistlichen Angelegenheiten. [B] — **3.** Verwaltung des *westpreußischen Domänenschulffonds*. Differenz zwischen *Altenstein* und der Generalkontrolle. *Befugnis der Regierung zu Marienwerder, [...] Zulagen zu bewilligen*. [B]³ — **4.** *Neuvorpommersche Deputierte* beschwerten sich über die Stempelsteuer für einen *stempelfreien Erben*, der die Erbschaft auf die *Repudiation* eines Stempelpflichtigen erhält. [B] — **5.** *Fonds zur Befriedigung der Gläubiger des ehemaligen Herzogtums Warschau*. Differenz [...] zwischen dem Ministerium des Innern und der *Immediatkommission für die abgesonderte Restverwaltung über die Verteilung*. [B] — **6.** *Verfahren bei Exekutionen, wo die Schulden bereits gezahlt sind*. [B]

¹ TOP 3: *Bemerkung Lottums* (Bl. 361v) v. 11.11.1824, daß er als *Chef der General-Kontrolle* mit dem Protokoll nicht einverstanden sei. Nur *Altenstein* unterschrieb dieses Protokoll. Eine weitere *Beratung zu diesem Thema* fand am 22.12.1824 (TOP 6) statt.

² Vgl. *Sitzung am 18.8.1824*, TOP 5.

³ Zum revidierten *Beschluß* vgl. *Sitzung am 22.12.1824*, TOP 5.

Nr. 233 Sitzung des Staatsministeriums am 3. November 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 364 und 370–385 [*Teilprot.* 35a–b; 36a–c]; MF 59/60. — *Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep* 89, Nr. 3659, n.f.

Anwesend [zu 3–5¹]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U]. — Prot.: [36a–b] Sack [U]; [36c] [?].

¹ *Hake [U].*

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [35a–b] v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: Sack [zu 3–4; U], Simon [zu 5], v. Staegemann [zu 3–5].

1. Die Beschwerde² der neuvorpommerschen ständischen Deputierten über die von dem Justizminister verfügte interimistische Besetzung der vierten Ratsstelle im Oberappellationsgericht zu Greifswald ist unbegründet. [B] — **2.** Verpflichtung der Domänenverwaltung, zur Tilgung der Kriegsschulden des Dramburgschen Kreises [...] beizutragen. *Meinungsdifferenzen* zwischen Schuckmann und Klewiz. Die bedrängte Lage des Kreises fordert dringend [...] Hilfe. [B] — **3.** Anspruch von völlig freigesprochenen Beamten auf Nachzahlung des ihnen während der Disziplinaruntersuchung eingezogenen [...] Teils ihres Gehalts.³ [B] — **4.** Aufhebung der in einigen Teilen der Monarchie noch stattfindenden Geschlechtsvormundschaft sowie der Bürgschaften der Ehefrauen für ihre Ehemänner in Schlesien; Form des Gesetzes⁴, welches dem König vorgelegt wird. [B] — **5.** Rechtsangleichung in Neuvorpommern. Das Allgemeine Landrecht und die Allgemeine Gerichtsordnung sollen eingeführt werden, obwohl die bereits seit mehreren Jahren angeordnete Revision des Landrechts erwartet wird. *Spezialdiskussion* zu einzelnen Bestimmungen des Entwurfs⁵. Der Kronprinz ist der Meinung, daß bestimmte Teile des Landrechts, die sich auch auf die Ehe beziehen, einer gänzlichen Revision und Abänderung bedürften, weil sie viele Bestimmungen enthalten, welche mit den Gesetzen der Sittlichkeit nicht zu vereinen sind.⁶ [B]

² Die Beschwerde v. 13.8.1824 in: Rep. 89, Nr. 17188; dort auch der Immediatbericht v. 20.11.1824 und weiteres Material.

³ Der Immediatbericht v. 5.12.1824 in: Rep. 90, Nr. 657, n.f.; dort auch Voten.

⁴ Zur Aufhebung der Geschlechtsvormundschaft vgl. Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 23; dort der Immediatbericht v. 30.11.1824, Bl. 13–14v und Voten. Vgl. auch VO hierzu ab 1826 (GS) und die VO v. 30.8.1833, GS, S. 96.

⁵ Der vollzogene Entwurf des Patents in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 24 Bd. 1, Bl. 83–91; dort auch der Immediatbericht v. 5.12.1824, Bl. 81–82 sowie Voten und weiteres Material. Der Bericht des Oberlandesgerichts-Vizepräsidenten Hempel v. 6.6.1824 in: Rep. 84a, Nr. 40501; dort auch eine Abschrift des Entwurfs und weiteres Material. Eine Abschrift des Entwurfs auch in: Rep. 89, Nr. 17185, Bl. 14–21.

⁶ Die drei ersten Titel des zweiten Teils im Allgemeinen Landrecht behandelten u. a. den Zweck der Ehe und die Scheidung. Die Bemühungen des späteren Friedrich Wilhelms IV. um die Eherechtsreform (vgl. Sitzungen am 22., 29. und 30.11.; 6. und 13.12.1842) werden hier schon angedeutet.

Nr. 234 Sitzung des Staatsministeriums am 10. November 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 386–397 [Teilprot. 37a–e]; MF 60.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [a, c–d] v. Staegemann; [b] Bading [U]; [e] [?].

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 2; U], Wolfart [zu 5].

1. Gesetzmäßigkeit der Dienstentlassung eines ehemaligen Landwehrebataillonsarztes. *Pensionsanspruch* [B]. Das Verfahren bei der unfreiwilligen Dienstentlassung der Zivilbeamten kann nicht auf Militärbeamte angewendet werden. [B] — **2.** Die Bewilligung von Wartegeldern an Staatsdiener erfordert des Königs Genehmigung. [B] — **3.** *Entschädigungsansprüche* des Fürsten v. d. Leyen betreffend zwei Häuser zu Koblenz¹ und den Rittersitz Mühlheim. Es gibt keinen Grund, vom früheren Beschluß abzuweichen. Was den Rittersitz Mühlheim betrifft, ist nichts Näheres bekannt.

¹ Das Votum Bernstorffs und weiteres Material in: Rep. 90, Tit. XLIV C Nr. 13.

[B] — 4. *Spezialdiskussion zum Entwurf eines Immediatberichts² zu den Erbpräbenden, insbesondere die der Familie von Galen.* [B] — 5. *Sechs Mennoniten aus der Gegend von Tilsit wollen eine besondere [...] Gemeinde bilden, die den Kriegsdienst als verträglich mit den Grundsätzen ihrer Religion anerkennt. Obwohl dieses Vorhaben begrüßt wird, kann der Staat die Kosten des Bethauses und des Gehalts des Predigers nicht übernehmen.*³ [B]

² *Der Immediatbericht, allerdings erst am 10.7.1826 erstellt, in: Rep. 89, Nr. 24129, Bl. 71–81v. Er enthält auch das in der Sitzung besprochene (Bl. 394) Gutachten über die Erbpräbenden. Hier auch weitere Schriftstücke zu den Ansprüchen aus den aufgelösten von Galenschen Erbpräbenden, v. a. die des Grafen von Korff-Schmising.*

³ *Voten hierzu in: Rep. 77, Tit. 31 Nr. 13.*

Nr. 235 Sitzung des Staatsministeriums am 17. November 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 398–410v [Teilprot. 38a–b]; MF 60. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen [3], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [?].

1.–2. *Die Kaufmannschaft in Danzig will aus unversteuertem Weizenmehl minderer Qualität Zwieback anfertigen und abgabefrei ausführen. Modalitäten für die Steuerbehörde bei der für zwei Jahre gewährten Steuerfreiheit* [B]. *Die Danziger Kaufmannschaft reklamiert Beschränkungen ihres Geschäfts durch steuerliche Bestimmungen, v. a. Verfügungen über unversteuertes Mehl, das in mahlsteuerpflichtige Seestädte eingeht, um über See ausgeführt zu werden.*¹ [B] — 3. *Veräußerung von Domänengütern mit der Rittergutsqualität. Die fernere Verleihung der Rittergutsqualität bei den von jetzt ab etwa noch vorkommenden Veräußerungen von Domänenvorwerken soll eingestellt werden.*² [B]

¹ *Vgl. das Schreiben der Ältesten der Kaufmannschaft v. 11.10.1824 in: Rep. 90a, F IV 2 Nr. 1 Bd. 1.; dort auch Voten, ein Bericht Schöns sowie weiteres Material.*

² *Voten und weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 1625. Zum Vermerk der Rittergutsqualität im Hypothekenbuch vgl. das Reskript der Innen- und Finanzministerien v. 4.11.1824 an die Regierung Potsdam mit der Abschrift des Urteils des Kammergerichts v. 25.10.1824, in: Kamptz, Annalen, Bd. 8 (1824), S. 990.*

Nr. 236 Sitzung des Staatsministeriums am 24. November 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 411–417 [Teilprot. 39a–c]; MF 60. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum [alle vier 1–2], Klewiz, Hake. — Prot.: [c] v. Staegemann; [a–b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Goßler, Skalley [beide zu 1–2].

1.–2. *Zwei Disziplinarsachen.* [B] — 3. *Standesherrliche Sache. Nochmals zu den Reklamationsansprüchen des Fürsten von der Leyen bezüglich zweier Häuser in Koblenz: Zurückgabe als Ausgleich für seinen Verlust an mittelbaren Besitztümern; abgelehnt.* [B]

Nr. 237 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Dezember 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 418–448 [Teilprot. 40 a–i]; MF 60/61. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Altenstein¹ [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff [5 und 7], Hake. — Prot.: [d–e] v. Stagemann; [f] Sack [U]; [g] Jacobi [U]; [a–c, h–i] [?].

Weitere Teilnehmer: Sack [zu 6; U], Skalley [zu 6].

1. Witwen von Militärpersonen und ihre Versorgung.² [B] — **2.** Wiedergewährung der Summe, die der Offizier-Witwenkasse aus dem Militärfonds jährlich gezahlt wird. Solche Gewährung wird vielleicht auch künftig nötig sein. [B] — **3.** Differenz zwischen der Regierung in Merseburg und dem Departement für die Invaliden, weil erstere einen invaliden Feldwebel mit Rechnungs- und Kanzleiarbeiten beschäftigt hat, ohne dessen Wartegeld einzuziehen. In diesem Fall ist das Staatsministerium mit dem Verfahren der Regierung einverstanden.³ [B] — **4.** Reklamationsansprüche des Grafen von Boos-Waldeck. Gehaltsrückstand seines verstorbenen Vaters aus dessen Amtszeit als Kurtrierischer Obermarschall und Oberamtmann zu Zell und Baldeneck [B]; Besitzungen des Polcher Dingtages.⁴ [B] — **5.** Verpflichtung der Beamten im Herzogtum Westfalen zu den Kommunallasten beizutragen. Das Ministerium der Justiz meint, daß die frühere Befreiung der Beamten noch jetzt besteht. Das Ministerium des Innern ist jedoch der Ansicht, daß diese frühere Befreiung [...] auch hinsichtlich der Kommunalabgaben aufgehoben ist und daß es jetzt nur darauf ankommt, die Teilnahme derselben nach den gesetzlichen Bestimmungen⁵ festzustellen. Beschlossen wird, diese auch auf das Herzogtum Westfalen anzuwenden. [B] — **6.** Disziplinarsache. [B] — **7.** Altenstein ist nicht einverstanden mit dem Apellationserkenntnis des Paderborner Oberlandesgerichts, wonach ein vom Militärdienst befreiter Quäker mit dem Verlust des Bürgerrechts und der Nationalkokarde bestraft wurde. Ihm scheint es nicht zulässig, einem Mann, der nach seinem Glauben handelt, mit Ehrenstrafen zu belegen. Die übrigen anwesenden Staatsminister sind aber der Meinung, daß die Aufrechterhaltung des Erkenntnisses ganz im Interesse des Staates ist. [B] — **8.** Regulierung des Etats der Postverwaltung für 1824, Zahlung der Chausseeaversa. [B] — **9.** Unterhaltung der Schiffsbrücken bei Koblenz und Köln. [B]

¹ Unter seiner Unterschrift zu TOP 8 bemerkte Altenstein, daß er zwar mit dem Beschluß, aber nicht ganz mit den tatsächlichen Umständen einverstanden sei.

² Vgl. das Publikandum der Regierung Breslau zur Zahlung der Militär-Witwen-Pensionen v. 3.12.1824, in: Kamptz, Annalen, Bd. 8 (1824), S. 1196.

³ Vgl. das Reskript der Innen- und Finanzministerien an alle Regierungen sowie das Polizeipräsidium Berlin über die Wartegelder der in Staats- oder Kommunaldiensten beschäftigten Invaliden v. 10.6.1825, in: Ebd., Annalen, Bd. 9 (1825), S. 293.

⁴ Der Immediatbericht v. 31.12.1824, Voten und ein Schreiben des Grafen von Boos-Waldeck zum Polcher Dingtag, in: Rep. 90, Tit. XLVI Nr. 18. Vgl. auch KO wegen des durch die Regierung in Koblenz zu erlassenden öffentlichen Aufgebots der Anspruchsberechtigten auf die Polcher Dingtagsbesitzungen v. 9.7.1831, GS 1832, S. 5.

⁵ Vgl. das Gesetz v. 11.6.1822, GS, S. 183. Eine KO v. 6.2.1825 zur Beitragspflicht der Staatsdiener im Herzogtum Westfalen zu den Kommunalbedürfnissen, in: Kamptz, Annalen, Bd. 9 (1825), S. 141.

Nr. 238 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Dezember 1824.

Vollz. Reinschr., Bd. 8, Bl. 449–451a [Prot. 41a]; MF 61. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, E IV 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 12; Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Semler.

Ausfertigung der Appoints im Umfang von 2 Mio. Rtlr. Kassenanweisungen². [B]

¹ Kircheisen [U].

² Vgl. den Immediatbericht v. 8.12.1824 in: Rep. 90a, E IV 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 13–13v sowie die KO wegen Einführung der neuen Kassenanweisungen an die Stelle der Tresor- und Talerscheine und ehemals Sächsischen Kassenbillets v. 24.12.1824, GS, S. 238.

Nr. 239 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Dezember 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 451b–461v [Teilprot. 42a–e], Bd. 9, Bl. 69–71 [Teilprot. 42f], Anlage¹: Bd. 8, Bl. 451a; MF 61 und 65. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659 n.f.; Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Unterschrieben [1–2, 4–6]: Altenstein [V, 1–2, 4–5], Kircheisen [1–2, 4], Bülow, Schuckmann, Lottum [alle 1–2, 4–5], Klewiz, Hake [1–2, 4–5]. — Prot.: [b, e–f] v. Staegemann; [a, d] [?]. Anwesend [zu 3; U]²: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Klewiz, Hake. — Prot.: [c] Sack [U].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 3–4], Sack [zu 3; U], Ruppenthal, Simon [beide zu 6], v. Staegemann [zu 3].

1. Wartegeldempfänger. Keine Einzahlung zum Pensionsfonds; Einstellung der Goldzahlungen.³ [B] — **2.** Bevor die Patrimonialgerichtsbarkeit in den Mediatstädten des Herzogtums Sachsen wiederhergestellt wird, soll der Innenminister sich vergewissern, daß es von Seiten der Gerichtseingesessenen weder aus Kostengründen noch irgend einen anderen für erheblich zu nehmenden Grund [...] Widerspruch geben wird. Nach Abschluß dieser Ermittlung soll der definitive Vortrag im Staatsministerium veranlaßt werden.⁴ [B] — **3.** Disziplinarsache. [B] — **4.** Ansprüche aus Kriegsschäden, veranlaßt durch die Klage der Geschwister von Gansauge [...] in Magdeburg auf Entschädigung für die Zerstörung einer Ziegelscheune 1806 verfügt vom damaligen preußischen Festungsgouverneur.⁵ [B] — **5.** Der Stadt Bunzlau soll die beantragte Befreiung von der Kriminalgerichtsbarkeit [...] über [...] 21 fremde Dörfer nicht genehmigt werden.⁶ [B] — **6.** Kompetenz der rheinischen Gerichte bei Streitigkeiten über Domänenverkäufe in den Rheinprovinzen. Außer Altenstein schließt sich das Staatsministerium dem Antrag des Finanzministeriums an, daß bei

¹ Zu 1: Das anliegende Staatsministerial-Protokoll ist im Nachlaß des verstorbenen Herrn Justiz Ministers von Kircheisen Excellenz gefunden worden, gez. Schneider 14.2.1826.

² TOP 3: Lottum [U].

³ Vgl. das Publikandum der Regierung Köslin v. 7.2.1825 über die Beiträge zum Pension-Fonds von Wartegeldempfängern sowie über die Einstellung von Goldzahlungen, in: Kamptz, Annalen, Bd. 9 (1825), S. 26.

⁴ Vgl. Voten in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 7 Bd. 1; dort auch weiteres Material. Ein anderweitiger Vortrag zur Differenz zwischen den Ministerien der Justiz und des Innern über dieses Thema wurde zwar im Protokoll erwähnt (Bl. 453), konnte aber nicht ermittelt werden.

⁵ Voten hierzu in: Rep. 90, Tit. XXXV D Nr. 5. Vgl. KO wegen Inkompetenz der Gerichte, Klagen wider den Fiskus auf Ersatz erlittener Kriegsbeschädigungen anzunehmen und über den Anspruch zu entscheiden v. 4.12.1831 und die Belehrung v. 16.11.1831, GS, S. 255 und 256.

⁶ Vgl. den Immediatbericht v. 15.12.1824 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 25 Bd. 1, Bl. 25–29v und 36–37; Dort auch Voten und weiteres Material.

solchen Streitigkeiten [...] jede gerichtliche Instanz *sich der staatlichen Behörde zu unterwerfen hat.*⁷ [B]

⁷ Vgl. den *Immediatbericht v. 30.5.1825* in: *Rep. 90, Nr. 1625, Bl. 33–35v*; dort auch *Voten und weiteres Material*.

Nr. 240 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Dezember 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 361v und 462–479v [Teilprot. 43a–f¹]; MF 62. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3659, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake [1–5]. — Prot.: [b–f] v. Staegemann; [a] [?].

1. Erklärung² der brandenburgischen Stände hinsichtlich der Übernahme und Verteilung von Landlieferungen an Roggen und Hafer zur Militärverpflegung. *Spezialdiskussion u. a. zu Lagerungsorten, Transportkosten, Vergütungspreisen, Ausführung der Lieferung in der Niederlausitz. Das Staatsministerium will eine gesetzliche Begründung zur Sicherstellung der Landlieferung beantragen.* [B] — **2.** *Regreßmaßnahmen* gegen einen Beamten, durch dessen Amtsversäumnis die Staatskasse [...] in Verlust geraten ist. [B] — **3.** Den mennonitischen Familien in Ost- und Westpreußen, welche ihre Besitzungen zu emphyteutischen Rechten inne haben, wird das Eigentum derselben nicht verliehen, ihre Pachtverträge sollen jedoch verlängert werden.³ [B] — **4.** Gerichtsbarkeit des Fürsten [...] von Pückler-Muskau in der Standesherrschaft Muskau.⁴ [B] — **5.** *Revidierter Beschluß zur Verwaltung des westpreußischen Domänenschulfonds.*⁵ Befugnis der Regierung Marienwerder, Zulagen zu bewilligen. — **6.** Anwendung eines französischen Gesetzes in den rheinischen und westfälischen Provinzen auf die Inhaber von Staatsgütern, die antichretisch oder mit der Bedingung des Rückkaufs erworben wurden.⁶ [B]

¹ *Teilprot. 43e (TOP 5)* befindet sich auf Bl. 361v als Nachtrag zur Sitzung am 20.10.1824.

² Vgl. den Bericht der Provinzialstände v. 13.12.1824 in: *Rep. 77, Tit. 523b Nr. 9 Bd. 2, n.f.*; dort auch Verteilungspläne. Eine Abschrift des Protokolls der Landtagsverhandlung hierzu (4.11.1824), in: *Rep. 77, Tit. 523b Nr. 5 Bd. 1, n.f.*

³ *Bitten von Mennoniten im Jahre 1824 zur erblichen Verleihung der emphyteutischen Rechte*, in: *Rep. 77, Tit. 31 Nr. 15, Bl. 4–6.*

⁴ *Der Bericht des Oberlandesgerichts Glogau, der Immediatbericht v. 7.3.1825 sowie Voten*, in: *Rep. 90, Nr. 250, n.f.*

⁵ Vgl. *Sitzung am 20.10.1824, TOP 3.*

⁶ Vgl. den *Immediatbericht v. 16.2.1825* in: *Rep. 90, Nr. 1625, Bl. 46–47v*; dort auch *Voten und weiteres Material*.

Nr. 240a Sitzung des Staatsministeriums am 24. Dezember 1824.

Reinschr. mit Korrektur, Fundort: Rep. 151, HB Nr. 772, Bl. 32–36v.

Anwesend: Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Kake, Bernstorff. — Prot.: [?]

Weitere Teilnehmer: Löffler.

*Beamte. Renumerationen und Gratifikationen sowie Beihilfen bei Krankheiten oder sonstigen Unglücksfällen; periodische Unterstützungen. Erläuterungen zum Beschluß vom 27. August d.J.¹ und Feststellung der Umstände, aufgrund welcher solche Gratifikations- und Unterstützungssummen für jedes Ministerium beim König beantragt werden sollen. Obwohl es schon notwendig ist, jedem Verwaltungschef eine bestimmte Summe zu bewilligen, gestattet der jetzige Zustand der Finanzen dies nicht.*² [B]

¹ Gemeint ist vermutlich die Sitzung am 27.8.1823. Vgl. TOP 1.

² Vgl. auch weiteres Material in: Rep. 151, HB Nr. 772.

Nr. 241 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Dezember 1824.

Vollz. Reinschriften, Bd. 8, Bl. 480–496 [Teilprot. 44a–c], Anlage¹: Bl. 497–498; MF 62.

Anwesend²: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1 und 3], Altenstein [V, U], Kircheisen [zu 1³], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake [U]. — Prot.: [b] [Semler]; [c] [v. Berger]; [a] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger [zu 3], Beuth, Maassen [beide zu 1], Semler [zu 2].

1. Zoll. Differenz zwischen dem Finanz- und Handelsministerium über die Befugnis des ersteren, ohne Allerhöchste Genehmigung die Breite des Grenzbezirks [...] in Westfalen anzugeben.⁴ Anwendung aller Zollkontrollen auf einen erweiterten Grenzbezirk. [B] Begünstigungen für den neu hinzugetretenen Teil des Grenzbezirks. — **2.** Verordnung für die polizeilichen Verhältnisse des Leinengewerbes in Schlesien; Fortdauer und zweckmäßigste Einrichtung der Leinenschauanstalt.⁵ [B] — **3.** Staatshaushalt 1825 [...] nach dem Vorschlag der Kommission zur Untersuchung des Staatshaushalts.⁶ Bedenken des Finanzministers gegen die vorgeschlagenen Einnahmenbeträge. Einnahmen aus den einzelnen [...] Ministerien – außer dem Kriegsministerium – und aus den obersten Verwaltungsbehörden. [B]

¹ Zusammenstellung der zum Haupt-Finanz-Etat zu bringenden Einnahmen ad ordinair nach der Verhandlung im Königlichen Staats-Ministerium vom 29. Dezember 1824.

² TOP 1: Bernstorff [U]; TOP 2: Kircheisen [U].

³ In einer Bleistiftnotiz, Bl. 481v, wurde jedoch vermerkt, daß Kircheisen nicht anwesend gewesen war.

⁴ Vgl. das Gesetz v. 25.5.1825, GS, S. 56.

⁵ Vgl. den Immediatbericht v. 31.8.1824 in: Rep. 89, Nr. 27883, n.f., und die Vorschriften über das Leinengewerbe und den Handel mit Leinengarn in Schlesien v. 2.6.1827, GS, S. 87.

⁶ Die Kommission wurde durch eine KO v. 3.6.1823 neu gebildet, um den Zustand der alljährlichen Defizite zu beenden. Mitglieder waren Lottum, Witzleben, Wittgenstein, Ladenberg und v. Schönberg, vgl. Rep. 89, Nr. 24798, Bl. 1–1v; dort auch der erste Immediatbericht der Kommission v. 23.9. und 1.10.1823, Bl. 2–26v. Vgl. auch den von der Kommission aufgestellten Etat für 1825, erläuternde Promemoria hierzu, ein ausführliches Schreiben (20 Blatt) des Königs vom 31. August 1824 an das Staatsministerium über den gegenwärtigen Zustand der Finanzen und des Staatshaushalts und die auf Bl. 485 erwähnte KO gleichen Datums, in: Rep. 89, Nr. 24875, n.f. Zur Ausführung dieser KO vgl. auch Rep. 76, I Sekt. 29 Nr. 5. Die Hintergründe zum Rücktritt Klewiz' (am 4.12.1824) und die Entscheidung für Motz – der seit Ende November in Berlin weilte – in: Petersdorff, Herman v., Friedrich von Motz, 2 Bde., Berlin 1913, Bd. 1, S. 219–237. Hier wird auch die Finanzkrise dieser Jahre besprochen. Diese läßt sich auch aus den Gutachten (Dezember 1824) der Oberpräsidenten v. Schönberg, Motz, Vincke, Schön über die Finanzverwaltung entnehmen, vgl. hierzu Rep. 89, Nr. 24758. Die Beratung des Etats für das Finanzministerium in: Rep. 89, Nr. 24798, Bl. 77–165.

Nr. 242 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Januar 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 9, Bl. 1–1s [Prot. 1a]; MF 63.

Unterschrieben: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Bernstorff, Hake. — Prot.: [?].

Staatshaushalt 1825. Sparvorschläge der Kommission zur Untersuchung des Staatshaushalts, u. a. beim Gehalt der Landwehrstammoffiziere, bei der Viktualienzulage, durch die unbegrenzte Beurlaubung der Garnisontruppen, beim Marineetat, beim Gehaltsetat des Generalstabs durch eine Verminderung des Ingenieurkorps, durch Besetzung der Stellen der Platzartilleristen durch kommandierte Offiziere der Artillerie; beim Gehaltssatz der Intendanturen, bei der Remonte, beim Artilleriewesen, bei der Vollendung der Festungsbauten, bei der Verminderung des Etatquantums für das Serviswesen, bei dem Bekleidungsfonds und bei der Naturalverpflegung. Militäretat.¹ [B]

¹ *Der von der Kommission aufgestellte Militäretat in: Rep. 89, Nr. 24800, Bl. 89–92v; dort auch (Bl. 209–254) u. a. das in der Beratung erwähnte (Bl. 1v) Protokoll v. 25.3.1824.*

Nr. 243 Sitzung des Staatsministeriums am 12. und 19. Januar 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 9, Bl. 1t–7v [Prot. 2a]; MF 63. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: v. Seydewitz [U].

Entwurf¹ einer Verordnung über das Pensionswesen der Zivilstaatsdiener. Spezialdiskussion. [B]

¹ *Rep. 90, Nr. 504, n.f.; dort auch ein Promemoria v. 4.12.1824 verschiedener Ministerialräte an Altenstein, Schuckmann und Klewiz. Eine Abschrift des Entwurfs auch in: Rep. 77, Tit. 34 Nr. 12 Bd. 1, n.f. Vgl. auch Augur, Kurt, Das preußische Pensionsreglement für die Zivilstaatsdiener vom 30. April 1825, Diss., Königsberg 1925.*

Nr. 244 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Januar 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 9, Bl. 8–14v [Prot. 3a]; MF 63.

Unterschrieben: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [?].

Entwurf¹ eines Pensionsregulativs für das Militär, Erstreckung nur auf die Offiziere und auf die im Offizierang stehenden Militärpersonen; Pensionierung der Gendarmen. Spezialdiskussion. [B]

¹ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden, vgl. jedoch das Reglement mit den Bestimmungen des Königs, in: Rep. 90a, Y V 2f Nr. 1 Bd. 1, n.f. und das Material in: Rep. 90, Tit. XLIII A Nr. 3, n.f.; dort u. a. ein Immediatbericht v. 31.12.1821, Voten und ein Gutachten der Immediatkommission zur Regulierung des Pensionswesens. Vgl. auch Rep. 90, Nr. 504. Das Reglement gedr. in: Kamptz, Annalen, Bd. 16 (1832), S. 843.*

Nr. 245 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Januar 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 9, Bl. 15a–18v [Teilprot. 4a–c]; MF 63/64.

*Anwesend [zu 1; U]¹: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Hake. — Prot.: [a] [v. Berger].
Unterschrieben [2–3]: Altenstein [V], Kircheisen [2], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [c] Koehler [U]; [b] [?].*

Weitere Teilnehmer: v. Berger [zu 1], Koehler [zu 3; U], Kühne, v. Ladenberg, v. Seydewitz [alle zu 3].

1. Staatshaushalt 1825. Der Bedarf des Ministerium des Innern stimmt im Wesentlichen mit den Berechnungen der Kommission zur Untersuchung des Staatshaushalts überein.² [B] — 2. Etat des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten für 1825. [B] — 3. Verordnung wegen Vergütung der Diäten und Reisekosten für kommissarische Geschäfte im königlichen Dienst. Ladenberg behält sich noch eine spezielle Revision [...] vor.³ [B]

¹ TOP 1: Klewiz, Kircheisen [U].

² Vgl. den von der Kommission aufgestellten Etat in: Rep. 89, Nr. 24798, Bl. 251–272v.

³ Vgl. VO v. 26.8.1825, GS, S. 163.

Nr. 246 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Februar 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 9, Bl. 19–23v [Teilprot. 5a–b], Anlage¹: Bl. 24; MF 64. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Unterschrieben [1]: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [a] Koehler [U].

Anwesend [zu 2; U²]: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff, Hake. — Prot.: [b] [?].

1. Fortgesetzte Beratung zum Entwurf³ einer Diäten- und Reisekosten-Verordnung für kommissarische Geschäfte im königlichen Dienst, Revisionen Ladenbergs, Spezialdiskussion. [B] — 2. Urlaubstraktament bei den Invalidenkompagnien.⁴ [B]

¹ Übersicht was an Urlaubs Tractament gegenseitig gezahlt wird und was an Zuschuß erforderlich sein würde, wenn die Beurlaubten mit dem vollen Etat entlassen werden sollten.

² TOP 2: Kircheisen [U].

³ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁴ Am 4.2.1825 schrieb Hake an Altenstein, daß der Kronprinz jetzt meint, daß sein Beschluß [...] vielleicht einige Härte für die Beurlaubten enthält, und daß er deshalb nochmals die Frage zur Beratung anheim geben will, vgl. Rep. 90, Tit. XXXV A Nr. 5, n.f.

Nr. 247 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Februar 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 9, Bl. 25–34v [Teilprot. 6a–d]; MF 64.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen [1–2], Bülow, Schuckmann, Lottum, Bernstorff [4], Klewiz, Hake. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c–d] [?].

1. Mehrere Gutsbesitzer und Wirtschafts-Inhaber im Herzogtum Sachsen wünschen die Einstellung der gottesdienstlichen Feier an den dritten Festtagen, sowie an einigen anderen Tagen. Dieser Gegenstand soll den Ständen vorgelegt werden. [B] — **2.** Entwurf des Berichts zu den Beschwerden Pückler-Muskau über seine Gerichtsbarkeit in der Standesherrschaft Muskau.¹ [B] — **3.** Wegen der Beschädigung von Chausseen durch außerordentlichen hohen Wasserstand in der Mulde und der Notwendigkeit, eine der dortigen Brücken zu erweitern, beantragt der Handelsminister Finanzmittel aus dem Extraordinarium der Generalstaatskasse. Genehmigt. [B] — **4.** Verpflichtung des Staates, den Kompanie- und Eskadronchefs ihre Gewehrgelder zu ersetzen. [B]

¹ Vgl. Sitzung am 22.12.1824, TOP 4, Anm. 4.

Nr. 247a Sitzungen des Staatsministeriums mit den Oberpräsidenten am 12., 15. und 19. Februar sowie am 19. März 1825.

Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 3, Bl. 54–62; MF-Suppl. 2.

Anwesend¹: [Altenstein, Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Klewiz, Bernstorff, Hake.] — Prot.: [v. Schönberg].

Weitere Teilnehmer: [v. Bassewitz, Baumann, v. Ingersleben, v. Motz, v. Schön², v. Schönberg, v. Vincke].

Vorbereitung der neuen Dienstinstruktionen³ für die Oberpräsidenten, Konsistorien, Provinzialschulkollegien, Medizinalkollegien und Regierungen mit den Oberpräsidenten. Instruktion für die Oberpräsidenten⁴. Die Oberpräsidenten hegen verschiedene Ansichten über ihre Stellung. Für Baumann, [...] Bassewitz und [...] Schönberg bilden diese keine Zwischeninstanz zwischen den Regierungen [...] und den Ministerien, sondern haben bloß das Recht zu einer Kenntnisnahme, die sie in den Stand setzt, über den Zustand des Oberpräsidialbezirks vollständig unterrichtet zu werden. Hierbei liegt die Vorstellung zu Grunde, daß Verwaltungsakte meist nicht die ganze Provinz umfassen, sondern sich nur auf einzelne scharf abgegrenzte Regierungsbezirke erstrecken. Gleichwohl ist die Monarchie auch nach Provinzen eingeteilt, die sich vorzüglich durch die neue ständische Einrichtung immer mehr ausbilden werden. Gegen dieses Bild erheben sich aber vielfache Einwände und bemerkt wird, daß die einzelnen Regierungsbezirke doch nicht anders als [...]

¹ Die Anwesenheit läßt sich aus dem Satz am Anfang des Protokolls: Anwesend war das gesamte Staatsministerium mit Zuziehung der jetzt hier anwesenden Oberpräsidenten sowie anhand eines Schreibens v. 20.1.1825, in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 2, Bl. 62 rekonstruieren.

² Nur am 12., 15. und 19.2.1825.

³ Dienstinstruktion für die Regierungen – Gedruckte Abschrift, jedoch nur zum Gebrauch im königl. Staatsministerium bestimmt, in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 2, Bl. 86–114v.

⁴ Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 3, Bl. 4–20. Vgl. auch das Promemoria der Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Instruktion v. 18.11.1824, in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 1, Bl. 20–23; dort auch weiteres Material.

Teile der ganzen Provinz wären. Auf mögliche Einheit muß hingestrebt werden, ohne welche sonst die ganze, bei den älteren Teilen der Monarchie geschichtlich so tief begründete und jetzt durch die neue ständische Einrichtung so kräftig ausgesprochene Idee eines Provinzialverbandes alle Qualität verlieren würde. Auch wenn die Regierungen auf das allervollkommenste organisiert werden, bedürfen sie einer kräftigen Kontrolle, welche nicht allein befugt ist, Mängel zu bemerken und zu rügen, sondern auch solche abzustellen. Eine Behörde, die über die Regierungen und andere Behörden der Provinz die Aufsichtsgewalt ausübt – wenn nötig auch durch Verfügungen – ist unerlässlich. Schön⁵ wünscht eine erhebliche Stärkung der Stellung der Oberpräsidenten gegenüber den Regierungen und meint, daß der Oberpräsident dem Sachminister gleichgestellt und zugleich Mitglied des Staatsministeriums sein sollte. Ingersleben, [...] Vincke und [...] Motz wollen jedoch die Stellung der Oberpräsidenten bis zu diesem Grad nicht erweitern, sondern bleiben mehr auf der Linie stehen, welche die Instruktion⁶ vom 23. Oktober 1817 vorzeichnet, jedoch in der Art, daß die Oberpräsidenten die Oberaufsicht auf die gesamte Provinzialverwaltung ausüben, den Sachministern aber untergeordnet bleiben. Spezialdiskussion zum Entwurf. Schön erklärt, daß, wenn auf seinen Plan nicht eingegangen wird, er derjenigen Ansicht über die Stellung der Oberpräsidenten beitreten wird, welche in dem von [...] Ingersleben abgefaßten Instruktionentwurf⁷ enthalten ist. In der Sitzung am 19. März wird vermerkt, daß Entwürfe⁸ von Baumann, [...] Bassewitz und [...] Schönberg sowie Motz und [...] Vincke eingereicht worden sind. Die Einsendung der Berichte der Regierung an die Ministerien durch die Oberpräsidenten soll beschränkt werden. Gefragt wird, ob es überhaupt nötig ist, eine neue Instruktion zu verfassen. Diese Ansicht findet jedoch keinen Beifall, da die Instruktion von 1817 an sich nicht bestimmt und deutlich abgefaßt erscheint. Eine andere Fassung der Instruktion ist sehr wünschenswert, [...] wenn auch der König die Stellung der Oberpräsidenten gegen die Regierungen und übrigen Provinzialverwaltungsbehörden im Grunde so lassen sollte, wie die Instruktion von 1817 vorschreibt. Schön hat einen Plan zur Umwandlung der Oberpräsidenten in Provinzialminister entworfen, der jedoch für unzureichend gehalten wird. Das Staatsministerium behält sich vor, über die künftige Stellung der Oberpräsidenten [...] weiter zu beraten. [B]

⁵ Schöns Vorschläge in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 3, Bl. 65–72 und 79–81. Vgl. auch: Weitere Beiträge und Nachträge zu den Papieren des Ministers und Burggrafen von Marienburg Theodor von Schön, Berlin 1881, S. 220–229. Seine Ansichten zum Instruktionentwurf überhaupt wurden von Schön (und Flottwell) in einem Promemoria v. 24.12.1824 zusammengefaßt; vgl. Belke, Hans-Jürgen, Die preußische Regierung zu Königsberg 1808–1850, Köln 1976, S. 39 f. mit Anm.

⁶ GS, S. 229.

⁷ Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 3, Bl. 63–64v.

⁸ Der Entwurf Baumanns, Bassewitz' und v. Schönbergs in: Ebd., Bl. 73–74v. Der Entwurf Vinckes, Bl. 75–76v, der Entwurf Motz', Bl. 77–78v, auch in: Rep. 89, Nr. 13443, Bl. 9–10. Zu den Ansichten Motz' zur Verwaltungsreform und dem Wirkungsbereich des Oberpräsidenten vgl. auch Treitschke, Heinrich v., Aus den Papieren des Staatsministers v. Motz, in: Preußische Jahrbücher, 39 (1877), S. 403 f.

Nr. 248 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Februar 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 9, Bl. 35–60 [Teilprot. 7a–l]; MF 64/65. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V, 1–5, 7–12], Kircheisen [I, 5–6, 11], Bülow [I, 3–5, 7–8, 11], Schuckmann, Klewiz, Hake [1–2, 5, 7–12]. — Prot.: [a–g, k] v. Staegemann; [l] [Frick ?] [U]; [h–i] [?].

Weitere Teilnehmer: Frick [zu 12; U ?], Kühne [zu 10].

1. Der Entschädigungsanspruch der Stadt Züllichau wegen des ihr entzogenen Zollrechts wird wegen fehlenden speziellen [...] Erwerbstitels vom Finanzministerium bezweifelt.¹ [B] — 2. Abänderung der bisherigen Einrichtung des reitenden Feldjägerkorps. Beförderung der Feldjäger zu Forstverwaltungsstellen. [B] — 3. Verbindlichkeit des Staats, bauliche Verpflichtungen der ihm durch die Säkularisation [...] zugefallenen Stiftskirchen zu erfüllen. Differenz zwischen Motz und Altenstein über die Forderung der Bauernschaft von Mylinghausen wegen der ehemaligen Stiftskirche zu Gevelsberg, die zugleich ihre Pfarrkirche war. [B] — 4. Pensionssache. Obwohl der Freiherr von Speth, ehemaliger Domcellar am Domstift Trier, die Weihen nicht empfangt, hat er trotzdem Anspruch auf eine Pension. [B] — 5. Bezüglich der Reklamation des Fürsten v. d. Leyen über zwei Häuser wird erwogen, ob die Stadt [...] Koblenz verpflichtet ist, eine Wohnung für den kommandierenden General bezuschaffen.² [B] — 6. Anderweitige Einrichtung des Hypothekewesens, Bildung einer Kommission³ [B]. Interimistische Einrichtungen zur Sicherung des Eingangs der Stempelgebühren bei Besitzveränderungen in den Rheinprovinzen sollen beraten werden, wenn die neuen Kommissarien ihre Arbeit eingereicht haben. — 7. Befreiung des Buchhändlers Reimer von den Berliner Zensurgesetzen, auch in Ansehung des Verlagsartikels seiner Buchhandlung in Leipzig. [B] — 8. Leistung des Untertaneneides gegenüber einem fremden [...] Staat durch einen preußischen Untertan. [B] — 9. Einnahmen aus den Zulagscentimen im Jahr 1820 für Wegebauten in Westfalen und den Rheinprovinzen. [B] — 10. Modifikation des bisherigen Verfahrens bei Untersuchung der Grundsteuerbeschwerden im Herzogtum Westfalen. [B] — 11. Verfahrensweise der schlesischen Domänen bei der Erhebung der Laudemien von Descendenten; Suspension der noch schwebenden Prozesse bis zur näheren gesetzlichen Bestimmung.⁴ [B] — 12. Eine Sicherung der Stempelabgabe von Pacht- und Mietsverträgen durch die Bindung ihrer Rechtsgültigkeit an den Gebrauch des Stempels soll nicht eintreten. [B]

¹ Vgl. Klewiz' Votum in: Rep. 90, Tit. XL A Nr. 7; dort auch der Immediatbericht v. 12.3.1825, Bl. 26–26v sowie das Votum Schuckmanns.

² Der Immediatbericht v. 12.3.1825 in: Rep. 90, Tit. XLIV C Nr. 13.

³ Zu den Arbeiten der Kommission zur Revision der Hypothekenordnung vgl. Rep. 84a, Nr. 48820. Voten und weiteres Material in: Rep. 90a, XV 2 Nr. 1 Bd. 1. Die Fortsetzung dieser Sitzung am 30.3.1825, TOP 3.

⁴ Vgl. das Gesetz v. 19.7.1832, GS, S. 194.

Nr. 249 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Februar 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 9, Bl. 66–68v und 71–71v [Teilprot. 8c–d]; MF 65. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 47144, Bl. 63–64; Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Unterschrieben¹: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Klewiz, Bernstorff [I]. — Prot.: v. Staegemann.

1. Da der Schulbesuch in den Rheinprovinzen [...] sehr vernachlässigt wird, will Altenstein dort den Schulzwang einführen. Kircheisen weigert sich, die entworfene Verordnung zu vollziehen, weil u.a. alle betroffenen Provinzialregierungen hierzu vernommen werden sollen – besonders in Beziehung auf die Ermächtigung der Lehrer zu Züchtigungen. Eine neue Schulordnung ist sowieso zu erwarten und der Verordnungsentwurf enthält Modifikationen zum Allgemeinen Landrecht, das aber in die Rheinprovinzen eingeführt werden soll. Diese Gründe werden als nicht hinreichend

¹ Von Diederichs für das Justizministerium gelesen. Kircheisen starb am 18. März 1825 und Danckelman wurde erst durch Ordre vom 23.4.1825 zum Justizminister ernannt. Vgl. GS 1825, S. 40.

erachtet, um die Verfügung in solcher dringenden Sache auszusetzen.² [B] — 2. Das Gutachten³ des Ober-Tribunals zu Kompetenzen der rheinischen Gerichte bei Streitigkeiten über Verkäufe von Domänen in den Rheinprovinzen soll dem Immediatbericht beigefügt werden. [B]

² Die Einwände Kircheisens in: Rep. 84a, Nr. 47144; dort auch der Immediatbericht v. 26.4.1825, Bl. 64a–64hv. Vgl. auch KO zur Schulzucht in den Provinzen, wo das Allgemeine Landrecht noch nicht eingeführt ist v. 14.5.1825, GS, S. 149.

³ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 250 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Februar 1825.

Vollz. Reinschriften, Bl. 61–65v [Teilprot. 8a–b]; MF 65. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [?].

1. Vorschlag¹ des Oberpräsidenten Schön, das große Salzbedürfnis unter der ärmeren Volksklasse am Schwarzwasser in Westpreußen durch die Verabreichung von Salz auf Kredit zu befriedigen und dafür öffentliche Arbeiten ausführen zu lassen. In der Sache genehmigt. [B] — 2. Antrag² Schöns auf die Bewilligung einer Bauprämie für den Chausseebau zwischen Schlochau und Konitz. Hierdurch würde der Umgegend Gelegenheit zum Verdienst gegeben. Zur Unterstützung der ärmeren Volksklasse auf dem Lande im Schlochauschen und Konitzer Kreise soll ein Drittel dieser Prämie in Salz entrichtet werden. Abgelehnt, u. a., weil von Seiten des Staats [...] überhaupt kein Bedürfnis auf den Bau der Straße über Konitz besteht und der Bau der Hauptstraße nach Preußen in so großen Umfang genehmigt wurde, damit es in jenen Provinzen in den nächsten Jahren nicht an lohnender Arbeit fehlt. Bei einer anderen Veranlassung hätte der König auch erklärt, daß bei der Finanzlage des Staats, außer dem jährlichen Zuschuß von 200 000 Rtlr., zum Chausseebau nichts mehr bewilligt wird [B]. Die Leitung des Unternehmens dürfte auf gar keinen Fall den Landräten v. Schleinitz und Lesse [...] übertragen werden, da solches mit ihren Amtsverhältnissen unverträglich ist. [B]

¹ Rep. 90a, D II 2d Nr. 2 Bd. 3, n.f.; dort auch Voten, der Bescheid des Staatsministeriums v. 12.3.1825 sowie weiteres Material.

² Ebd.; dort auch Voten und weiteres Material.

Nr. 250a Sitzung des Staatsministeriums mit den Oberpräsidenten am 25. Februar 1825.

Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 3, Bl. 84–86v; MF-Suppl. 2.

Anwesend: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum. — Prot.: Baumann [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bassewitz, Baumann [U], v. Ingersleben, v. Ladenberg, v. Motz, v. Schön, v. Schönberg, v. Vincke.

Vorbereitung der neuen Dienstinstruktion für die Provinzialbehörden mit den Oberpräsidenten. Beratung eines Entwurfs zur Instruktion für die Regierungen. Bei der Organisation der sechs Regierungsabteilungen sollen nur die ersten zwei Abteilungen (Inneres und Polizei, Kirchenverwaltung und das Schulwesen) völlig kollegialisch organisiert werden. Motive zu einer solchen Organisation. Mit der Bildung von Abteilungen, wie sie in dem [...] Instruktionsentwurf angedeutet sind, erklären sich [...] Bassewitz, [...] Schoenberg, [...] Motz und Baumann einverstanden, machen aber Vorschläge zur Gestaltung dieser Abteilungen. Gegen eine solche Bildung sind Ingersleben, [...] Schön und [...] Vincke. Schön bemerkt, daß eine Spaltung der Regierungen in so viele Abteilungen, weder dem Dienst ersprieslich, noch zur Verminderung der Verwaltungskosten das zweckmäßigste [...] Mittel zu sein scheint und spricht sich für die Beibehaltung der Instruktion von 1817 aus. Ingersleben und [...] Vincke erklären sich für die Beibehaltung der Kollegialität in größeren Regierungsabteilungen und meinen, daß bei kleineren Regierungen sogar alle Abteilungen [...] entbehrlich sind.¹ (Vincke macht auf den Mangel von Individuen, denen mit vollem Vertrauen die selbständige Leitung einer einzelnen Verwaltungspartei überlassen werden kann, [...] aufmerksam.) Für den Fall, daß Abteilungen [...] gebildet werden sollten, ist man sich aber bezüglich der Vorschläge zu deren Gestaltung einig.

¹ Vgl. auch die Eingabe Ingerslebens, Schöns und Vinckes vom 28.2.1825 zur Beibehaltung der Kollegialität in den Regierungen, in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 3, Bl. 41–42v. Weitere Schriftstücke, u. a. von Vincke, Motz und Ladenberg zu diesem Thema, in: Rep. 89, Nr. 13444.

Nr. 250b Sitzung des Staatsministeriums mit den Oberpräsidenten am 28. Februar 1825.

Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 3, Bl. 87–92; MF-Suppl. 2.

Anwesend: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum. — Prot.: Baumann [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bassewitz, Baumann [U], v. Ladenberg, v. Motz, v. Schön, v. Schönberg, v. Vincke.

Vorbereitung der neuen Dienstinstruktion für die Provinzialbehörden mit den Oberpräsidenten. Fortgesetzte Beratung des Entwurfs¹ zu einer Instruktion für die Regierungen. Spezialdiskussion, u. a. zu den Behörden, die bestimmt sind, die indirekten Steuern sowie die Domänen und Forsten zu verwalten. Die Oberpräsidenten [...] erklären sich gegen eine solche Einrichtung und das Staatsministerium ist dieser Meinung vorläufig beigetreten. Verwaltung der direkten und indirekten Steuern. Form der Schreiben der Erlasse der Regierungen an die Untergerichte.

¹ Vgl. §§ 1–22 des Entwurfs der Dienstinstruktion in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 2, Bl. 86–91.

Nr. 251 Sitzung des Staatsministeriums am 2. März 1825.

Vollz. Reinschr. mit Korrektur¹, Bd. 9, Bl. 72–76 [Prot. 9a]; MF 65. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 820, n.f.; Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

¹ Vgl. die Anmerkung Bernstorffs auf Bl. 74v, daß er diesem in meiner Abwesenheit und ohne meine Zustimmung gefassten Beschluß nicht beitreten konnte.

Unterschrieben: Altenstein [V], Kircheisen, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [?].

Verteilung des Pensionsfonds und der Pensionen und Unterstützungen von Witwen und Hinterbliebenen verstorbener Staatsdiener. Bedenken des Finanzministeriums. Modifikationen.² [B]

² *Immediatberichte v. 28.5. und 30.11.1825, Voten, ein Verteilungsplan und weiteres Material, in: Rep. 90, Nr. 820.*

Nr. 251a Sitzung des Staatsministeriums mit den Oberpräsidenten am 3. März 1825.

Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 3, Bl. 92–94v; MF-Suppl. 2/3.

Anwesend: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum. — Prot.: Baumann [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bassewitz, Baumann [U], v. Ladenberg, v. Motz, v. Schön, v. Schönberg, v. Vincke.

Vorbereitung der neuen Dienstinstruktion für die Provinzialbehörde mit den Oberpräsidenten. Fortgesetzte Beratung des Entwurfs¹ zu einer Instruktion für die Regierungen. Spezialdiskussion, u. a. zu den Befugnissen der Regierungen bei Kontraventionen gegen Finanzgesetze; zur Disziplinierung der Beamten der indirekten Steuerverwaltung wegen Unregelmäßigkeiten bei Ausübung ihres Amtes; Requisition einzelner Truppenabteilungen zur militärischen Unterstützung. Die Anstellung der Medizinalbeamten und der Ökonomiedirektoren bei großen Instituten soll den Regierungen [...] überlassen werden; die Beamten der indirekten Steuerverwaltung sollen aber zum größten Teil nicht von den Regierungen angestellt werden.

¹ *Vgl. §§ 3 und 23–29 des Entwurfs der Dienstinstruktion in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 2, Bl. 87v und 91–92v.*

Nr. 251b Sitzung des Staatsministeriums mit den Oberpräsidenten am 7. März 1825.

Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 3, Bl. 94v–102v; MF-Suppl. 3.

Anwesend: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum. — Prot.: Baumann [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bassewitz, Baumann [U], v. Ladenberg, v. Motz, v. Schön, v. Schönberg, v. Vincke.

Vorbereitung der neuen Dienstinstruktion für die Provinzialbehörden mit den Oberpräsidenten. Fortgesetzte Beratung des Entwurfs¹ zu einer Instruktion für die Regierungen. Spezialdiskussion, u. a. zu den Konduitenlisten von Beamten der indirekten Steuerverwaltung. Diese sollen unter keinen Umständen von den Oberpräsidenten angefertigt werden. Die Konduitenlisten sollen an die Oberpräsidenten zur weiteren Beförderung geleitet werden. Anstellung von Subalternen, die zum Personal der Regierung selbst gehören sowie von Lokalbeamten. Dauer der Probezeit. Invalidenbenefizien. Gratifikationen und außerordentliche Unterstützungen. Die Vor- und Nachteile bei der Anstellung [...] fiskalischer Anwälte. Erteilung von Konzessionen. Verwaltung von Stiftungen, die

¹ *Vgl. §§ 29–46 des Entwurfs der Dienstinstruktion in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 2, Bl. 92v–95v.*

auf Kommunalbeiträgen beruhen. Die Regierungen sind befugt, über die bestätigten Etats ohne Anfrage zu verfügen. Die abweichende Meinung *Ladenbergs* wird auf dessen Wunsch, [...] ausdrücklich bemerkt.

Nr. 252 Sitzung des Staatsministeriums am 9. März 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 9, Bl. 77a–77e [Prot. 10a], Anlage¹: Bl. 77f–77o; MF 65.

Unterschrieben²: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [?].

Staatshaushalt 1825. Etats des Justiz- und des Handelsministeriums.³ Trotz mehrerer Bedenken zu den von der Kommission vorgeschlagenen Ermäßigungen und Absetzungen beim Handelsministerium, werden deren Berechnungen übernommen. Bülow will dieserhalb dem König berichten. Etat für das Finanzministerium und für das Militärwaisenhaus in Potsdam. Berechnung der Etats der übrigen [...] Behörden, der Provinzialbehörden sowie Kompetenzen und Unterstützungen für die preußischen Städte. [B]

¹ *Bl. 77f–77k: Allgemeiner Etat von den Einnahmen und Ausgaben für den gewöhnlichen Staats-Bedarf für 1825; Bl. 77l–77m: Haupt-Aussterbe Etat pro 1825; Bl. 77n–77o: Etat von den ungewöhnlichen Einnahmen und Ausgaben für 1825.*

² *Von Diederichs für das Justizministerium gelesen.*

³ *Zum Etat für das Justizministerium vgl. Rep. 89, Nr. 24799, Bl. 1–134. Das Protokoll der Kommission v. 14.2.1824 zum Handelsministerium in: Rep. 89, Nr. 24802, Bl. 180–208. Dieses Ministerium wurde im September 1825 aufgelöst.*

Nr. 252a Sitzung des Staatsministeriums mit den Oberpräsidenten am 11. März 1825.

Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 3, Bl. 102v–109; MF-Suppl. 3.

Anwesend: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum. — Prot.: Baumann [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bassewitz, Baumann [U], v. Ingersleben, v. Ladenberg, v. Motz, v. Schönberg, v. Vincke.

Vorbereitung der neuen Dienstinstruktion für die Provinzialbehörden mit den Oberpräsidenten. Fortgesetzte Beratung des Entwurfs¹ zu einer Instruktion für die Regierungen. Spezialdiskussion. Kirchenwesen: Vermeidung unnötiger Differenzierung zwischen der evangelischen und katholischen [...] Konfession; Konsistorien sollen den Regierungen jährlich ein Verzeichnis der beförderungswürdigen Individuen mitteilen und sollen auch benachrichtigt werden, wenn die Regierung über die Amts- und moralische Führung eines Geistlichen nähere Erörterungen anstellt; Befugnisse der Regierung und der Konsistorien; königliches Patronat. Gewerbesteuer. Steuererlaß und Steuereinnahmen. Revision der Jahresrechnungen. Befugnisse der Regierungen bei Kontrolle der Finanzangelegenheiten. Pflichten der Kassenabteilung.

¹ *Vgl. §§ 40 und 47–80 des Entwurfs der Dienstinstruktion in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 2, Bl. 94–94v und 96–106.*

Nr. 252b Sitzung des Staatsministeriums mit den Oberpräsidenten am 14. März 1825.

Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 3, Bl. 109–112v; MF-Suppl. 3.

Anwesend: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum. — Prot.: Baumann.[U].

Weitere Teilnehmer: v. Bassewitz, Baumann [U], v. Ingersleben, v. Ladenberg, v. Motz, v. Schönberg, v. Vincke.

Vorbereitung der neuen Dienstinstruktion für die Provinzialbehörden mit den Oberpräsidenten. Fortgesetzte Beratung des Entwurfs¹ zu einer Instruktion für die Regierungen. Spezialdiskussion, u. a. zu den Plenarsitzungen der Regierungen; Beibehaltung der Regierungs-, Medizinal- und Bauräte; Kollegialität in den Regierungsabteilungen.

¹ *Vgl. §§ 82–108 des Entwurfs der Dienstinstruktion in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 2, Bl. 106–109.*

Nr. 253 Sitzung des Staatsministeriums am 16. März 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 9, Bl. 77p–82v [Teilprot. 11a–b]; MF 65. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff [2]. — Prot.: [a] Koehler [U]; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Koehler [zu 1; U], Sotzmann [zu 2].

1. Spezialdiskussion zum Entwurf¹ einer neuen Sporteltaxordnung für die Oberpräsidien, Regierungen, Konsistorien, Provinzialschulkollegien und Medizinalkollegien. Abstellung des Sportulierungsrechts *bei* den Provinzialverwaltungsbehörden. [B] — **2. Kreditbewilligung** auf die Maischsteuer für die inländischen Branntweinfabrikanten. [B]

¹ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch den Immediatbericht v. 18.4.1825 in: Rep. 89, Nr. 27589, n.f., sowie die Sportel-Taxordnung für die Oberpräsidien, Regierungen, Konsistorien, Provinzialschulkollegien und Medizinalkollegien v. 25.4.1825, GS, S. 129.*

Nr. 253a Sitzung des Staatsministeriums mit den Oberpräsidenten am 17. März 1825.

Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 3, Bl. 112v–117v; MF-Suppl. 3.

Anwesend: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum. — Prot.: Baumann [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bassewitz, Baumann [U], v. Ingersleben, v. Ladenberg, v. Motz, v. Schön, v. Schönberg, v. Vincke.

Vorbereitung der neuen Dienstinstruktion für die Provinzialbehörden mit den Oberpräsidenten. Fortgesetzte Beratung des Entwurfs¹ zu einer Instruktion für die Regierungen. Spezialdiskussion. Gegenstände, über welche Berichterstattungen bei der ersten Regierungsabteilung nötig sind. Dem Staatsministerium soll jedesmal darüber berichtet werden, wenn Privatjurisdiktionäre ihre Jurisdiktion an eine königliche Gerichtsbehörde abtreten wollen. Arbeitsbedingungen der Subalternen. Geschäftsgang bei den Regierungsabteilungen. Vorsitz in den nicht kollegialisch gebildeten Abteilungen. Urlaubsbewilligung. Die definitive Aufstellung der Departementsräte ist unerlässlich. Sie erhalten den Charakter von Oberregierungsräten. Bearbeitung der Forstkommunalangelegenheiten. Prozeßtabellen sind jährlich [...] an die betreffenden Ministerien einzureichen. Referendare sind verpflichtet, den Plenarsitzungen beizuwohnen.

¹ Vgl. §§ 41 und 111–124 des Entwurfs der Dienstinstruktion in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 2, Bl. 94v–95 und 109v–114.

Nr. 253b Sitzung des Staatsministeriums mit den Oberpräsidenten am 19. März 1825.

Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 3, Bl. 117v–118v; MF-Suppl. 3.

Anwesend: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum. — Prot.: Baumann [U].

Weitere Teilnehmer: v. Bassewitz, Baumann [U], v. Ingersleben, v. Ladenberg, v. Motz, v. Schön, v. Schönberg, v. Vincke.

Vorbereitung der neuen Dienstinstruktion für die Provinzialbehörden mit den Oberpräsidenten. Abschließende Beratung des Entwurfs¹ zu einer Instruktion für die Regierungen. Spezialdiskussion. Benennung der Subalternbeamten. Amtsverschwiegenheit.

¹ Vgl. §§ 125–126 des Entwurfs der Dienstinstruktion in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Adhib. 2, Bl. 114–114v.

Nr. 254 Sitzung des Staatsministeriums am 23. März 1825.

Vollz. Reinschriften und Reinschriften [i, k], Bd. 9, Bl. 83–103v [Teilprot. 12a–i]; Bd. 13, Bl. 134–136v [Prot. 12k]; MF 65/66 und MF 88.

*Unterschrieben¹: Altenstein [V, 1, 5, 8], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz [alle vier 1–8], Bernstorff [1–2, 4–5, 7–8], Hake [1 und 4]. — Prot.: [a, e–i] v. Staegemann; [b–d] [?].
Anwesend [zu 9 ? und 10]: Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Bernstorff. — Prot.: [k] v. Staegemann.*

Weitere Teilnehmer: v. Staegemann, Sack [zu 10].

1. Das Finanzministerium verlangt, daß Nassau die Revenüen aus der Niedergrafschaft Katzenelnbogen erstattet, die 1816 an den Landgrafen von Hessen-Rothenburg gezahlt wurden.² Das

¹ Von Diederichs für das Justizministerium gelesen: TOP 3, 7–8.

² Der Immediatbericht v. 16.4.1825 in: Rep. 90, Tit. XLIV C Nr. 14, n.f.; dort auch Voten. Die entsprechenden Traktate (31.5.1815; 16.10.1815) zwischen Preußen und Nassau, in: GS 1819, Anhang, S. 97; GS 1818, Anhang, S. 59.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten sowie das Staatsministerium überhaupt lehnen diese Forderung ab. [B] — 2. Altenstein und Klewiz wünschen die Wiederherstellung eines Unterstützungsfonds für die Hinterbliebenen der Staatsdiener untergeordneten Ranges, für gering besoldete Unterbeamte bei Krankheit und sonstiger unverschuldeter Hilfsbedürftigkeit, sowie für die unversorgten Freiwilligen von 1813/15. Dieses Anliegen soll dem König vorgestellt werden. [B] — 3. Zurücknahme von Verfügungen an die obersten Verwaltungsbehörden und an die Ober-Rechnungs-Kammer [...] wegen Beschränkung der Befugnisse zur Bewilligung von Remunerationen. [B] — 4. Die Chausseefreiheit der Posten und der Erlaß der Zahlung der bisherigen Aversionalsumme seitens der Postverwaltung ist für Bülow problematisch, da bei der Aufnahme eines Kredits für den Chausseeneubau mit diesen Einnahmen gerechnet wurde. [B] — 5. Gehaltsentschädigungs-Forderungen von zwei ehemaligen Präfekten des früheren Großherzogtums Warschau.³ [B] — 6. Behandlung des noch vorhandenen Korporations-Vermögens der ehemaligen [...] Kaufmannsgilde in Minden.⁴ Differenzen zwischen Klewiz und Bülow. Wie bei den ehemaligen Zünften und Innungen im Königreich Westphalen, möchte ersterer es zur Staatskasse einziehen, Bülow hingegen will es der Mindenschen Kaufmann Korporation überlassen. Beschlossen wird im Sinne Bülows. [B] — 7.–9. Standesherrliche Sachen. Die Erteilung des Urlaubs für einen standesherrlichen Beamten ist dem Standesherrn zu überlassen. Dieser soll auch den Stellvertreter bestellen und die Provinzialbehörden davon benachrichtigen.⁵ [B] – Entschädigung der Fürsten zu Salm-Salm und zu Salm-Kyrburg. Spezialdiskussion zum Vergleich mit dem Fürsten zu Salm-Kyrburg.⁶ [B] – Rechtsverhältnis der ehemals unmittelbaren, jetzt der preußischen Landeshoheit unterworfenen Reichsstände. Als Richtlinie soll die rezessmäßige [...] Verwaltung der Grafschaft Stolberg-Wernigerode dienen; vertagt. — 10. Disziplinarrecht der Beamten. Schuckmann ist der Meinung, daß in solchen Fällen, wo das richterliche Urteil die Dienstentlassung eines Beamten nicht erkennt, die Dienstbehörde dies auf dem administrativen Wege noch beantragen kann. Solche Beamte verlieren ihr Ansehen in der öffentlichen Achtung sowie das Vertrauen ihrer Behörde. Altenstein stimmt dieser Meinung zu und in ihren Grundsätzen ist auch Klewiz hiermit einverstanden. Kirch-eisen meint, sie sei den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften nicht angemessen. Beschlossen wird, daß selbst, wo ein Zivilbeamter im ordentlichen Gerichtsverfahren nicht verurteilt bzw. Freigesprochen wird, die Dienstbehörde die Entlassung des Beamten [...] wegen desselben Vergehens beantragen kann.⁷ [B]

³ Vgl. hierzu Rep. 90, Tit. XLIII P Nr. 1.

⁴ Vgl. den Immediatbericht v. 30.4.1825 in: Rep. 90, Tit. XXI A Nr. 14, n.f.; dort auch Voten. Vgl. auch KO wegen Regulierung des Preußischen Anteils an der Zentralschuld des ehemaligen Königreichs Westphalen v. 31.1.1827, GS 1827, § 6, S. 15.

⁵ Vgl. den Bericht der Innen- und Finanzministerien an die Regierung Koblenz v. 6.5.1825, in: Rep. 77, Tit. 35 Nr. 8.

⁶ Entschädigungsansprüche der Häuser Salm-Salm und Salm-Kyrburg, Verhandlungen zu Vergleichen sowie Voten zu der obigen Beratung, in: Rep. 90, Nr. 48, n.f.

⁷ Zur Entlassung von Beamten auf administrativem Wege vgl. KO v. 21.2.1823, GS, S. 25 sowie das Reskript des Innenministeriums an ein Oberpräsidium v. 24.3.1828, in: Kamptz, Annalen, Bd. 12 (1828), S. 132.

Nr. 255 Sitzung des Staatsministeriums am 30. März 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 9, Bl. 49v, 105–108, 114–118v und 120–126 [Teilprot. 13a–d, ff], 2 Anlagen¹: Bl. 109–113; MF 64, 66/67. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

¹ Bl. 109–110: Nachweisung dessen was a) an Servis-Steuer im Königreich Preußen aufgebracht wird, und zu den Kassen des königl. Finanz-Ministeri fließt und b) was die Servis-Ausgaben daselbst jährlich betragen, den letzteren liegen die Abschlüsse pro 1823 zu Grunde; Bl. 111–113: Zusammenstellung der seit dem Jahre 1816 zur Bekleidung der Armee aus den Provinzen Ost und Westpreußen angekauften Tuche.

*Anwesend*² [zu 1 und 5]: Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Bernstorff, Hake [U]. — Prot.: [a, f] [?].

Unterschrieben [2–4]: Altenstein, Bülow [3], Schuckmann, Lottum [2 und 4], Klewiz. — Prot.: [b–d] [?].

1. Die Stände der Provinzen Ost- und Westpreußen wünschen Verstärkung der dortigen Garnison [...] durch Heranziehung mehrerer Truppen aus anderen Provinzen. Aufbringung des Servisbedarfs. Beschaffung der Fourage bei Märschen durch Entrepreneurs [...] oder Vergütung nach den laufenden Marktpreisen.³ Die Lieferung der Fabrikate zum Militärbedarf ist künftig den Städten auf freiwillige Anerbietungen zum festgesetzten Preise zu überlassen. [B] — **2.** Abkürzung der Konkurs- und Liquidationsprozesse. Eine Präklusionsentscheidung unmittelbar nach dem Liquidationstermin ist zu erlassen.⁴ [B] — **3.**⁵ Revision des Hypothekenswesens. Ernennung Staegemanns als Konkominissarius. — **4.** Die Stände Ost- und Westpreußens wünschen diverse Änderungen in der Rechtsverwaltung⁶, u. a. Verminderung der Prozesse und der dadurch erwachsenden Kosten durch Anstellung von Schiedsrichtern oder Vergleichskommissarien; Beifügung der Entscheidungsgründe bei Revisionsurteilen⁷; Reform der Gesetze über das Vormundchaftswesen, insbesondere betr. Verwaltung des in Landgütern bestehenden Vermögens des Minderjährigen durch die Gerichtsbehörden; Revision der Hypothekengesetze sowie der Erbfolgegesetze in Beziehung auf die Landgüter ersten Standes; Erweiterung und Verbesserung der Zuchthäuser; allgemeine Wünsche nach Vereinfachung der Justizpflege, Verminderung der Sporeln und Stempel. [B] — **5.** Ankauf des ganzen Remontebedarfs der Armee und der Magazinnaturalien für das VII. und VIII. Armeekorps in der Provinz Preußen. Begünstigung der kleinen Pferdezüchter beim Ankauf: Antrag⁸ der Stände Ost- und Westpreußens. [B]

² Von Diederichs für das Justizministerium gelesen: TOP 2–4.

³ Vgl. Voten hierzu in: Rep. 77, Tit. 523a Nr. 2, Bl. 57–58v. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 1 (Preußen 1824), S. 154 und 195–196.

⁴ Voten sowie weiteres Material in: Rep. 84a, Nr. 48241; der Immediatbericht v. 30.4.1825 in Rep. 89, Nr. 16890, Bl. 17–19. Vgl. auch VO über die Abfassung und Bekanntmachung der Präklusions-Erkenntnisse in Konkurs- und Liquidations-Prozessen v. 16.5.1825, GS, S. 150.

⁵ TOP 3 (Teilprot. 13c) wurde als Continuum von TOP 6 der Sitzung am 16.2.1825 bezeichnet.

⁶ Vgl. die Petition v. 27.2.1827 in: Rep. 77, Tit. 523a Nr. 8 Bd. 1, n.f. Eine Denkschrift, Voten sowie weiteres Material, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 39 Bd. 1. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 4 (Preußen 1827), S. 146 und 203; 153 und 205; 161–208.

⁷ Vgl. das gedr. Gutachten für den Staatsrat: Mitteilung der Entscheidungsgründe der Revisionsurteile, bestimmt für die Sitzung am 9.3.1824, in: Rep. 89, Nr. 16890; dort auch weiteres Material. Vgl. auch das Gesetz v. 21.6.1825, GS, S. 161.

⁸ Vgl. Rumpf, Verhandlungen, Folge 1 (Preußen 1824), S. 154 f. und 197.

Nr. 256 Sitzung des Staatsministeriums am 31. März 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 9, Bl. 119 [Prot. 13e]; MF 66. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXI B Nr. 13, n.f.; Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [?].

*Abnahme der Fabrik des Papierfabrikanten Müller in Dombach.*¹ [B]

¹ Zur Abnahme dieser Fabrik vgl. Rep. 90, Tit. XXI B Nr. 13.

Nr. 257 Sitzung des Staatsministeriums am 12. April 1825.

*Vollz. Reinschriften mit Korrekturen*¹, Bd. 9, Bl. 103v–104v, 127–143v und 158–167 [Teilprot. 14a–e, g–i]; MF 66, 67/68.

*Unterschrieben*² [1–7]: Altenstein [V, 4, 6–7], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake [1 und 4]. — *Prot.*: [a] v. Seydewitz [U]; [b] Müller [U]; [c, h] v. Staegemann; [d–e, g]; [?].
Anwesend [zu 8; U]: Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz.. — *Prot.*: [i] [?].

Weitere Teilnehmer: Müller [zu 2; U], v. Goßler [zu 8].

1. Einige Bedenken zum Pensionsreglement für die Ziviloffizianten.³ [B] — **2.** Die auf Kündigung angenommenen Privatförster sollen mit den auf Lebenszeit angestellten Förstern hinsichtlich der Glaubwürdigkeit bei gerichtlichen Aussagen gleichgestellt werden: Antrag⁴ der Stände Pommerns. [B] — **3.**⁵ Ausübung der Regierungsrechte der mediatisierten Fürsten [...] analog zum Rezeß für Stolberg-Wernigerode. Kosten der Organisation der fürstlichen Regierung. [B] — **4.** Heruntersetzung der erhöhten Abgabe auf fremden, für den inneren Konsum bestimmten Hering, Fortbestehen der bisherigen Salzbonifikation für die Heringssalzerei. [B] — **5.** Fiskalisches Exekutionsrecht der Regierungen. Differenzen zwischen dem Ministerium der Justiz und dem der Finanzen. Befugnis für alle Grade der Exekution auch bis zur Personalexekution; Hilfe der Gerichtsbehörden bei der Vollstreckung; Verhalten beim erhobenen Widerspruch.⁶ [B] — **6.** Standesherrliche Sache. Beschwerde⁷ des Fürsten zu Bentheim-Tecklenburg, daß ihm Grundsteuergelder von den Domänen in der Herrschaft Gronau vom Vorschuß auf seine Entschädigung abgezogen wurden; Zahlung dieser Gelder. [B] — **7.** Gehaltssache. [B] — **8.** Erbverpachtung von Lehngütern in Hinterpommern; Anwendung des Edikts vom 9. Oktober 1807.⁸ [B]

¹ TOP 1 und 6.

² Von Diederichs für das Justizministerium gelesen: TOP 2, 5 und 7.

³ Vgl. den Immediatbericht v. 30.4.1825 in: Rep. 90, Nr. 504, n.f.

⁴ Rep. 77, Tit. 523c Nr. 2, Bl. 88v–89. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 1 (Pommern 1824), S. 96–97; vgl. ferner § 28 im Gesetz wegen Untersuchung und Bestrafung des Holzdiebstahls v. 7.6.1821, GS, S. 89.

⁵ Fortsetzung der Beratung v. 23.3.1825.

⁶ Voten sowie weiteres Material in: Rep. 84a, Nr. 46565. Vgl. auch den revidierten Beschluß v. 10.8.1825, TOP 1. Zum fiskalischen Exekutionsrecht der Regierungen vgl. auch § XII b in der KO zur Änderung in der bisherigen Organisation der Provinzial-Verwaltungsbehörden v. 31.12.1825, GS 1826, S. 11–12.

⁷ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁸ Vgl. GS 1806–10, S. 171. Der Immediatbericht v. 15.6.1825, Voten und weiteres Material, in: Rep. 90, Nr. 1573, n.f. Eine Abschrift des Immediatberichts auch in: Rep. 89, Nr. 30713, n.f. Der Bericht des Oberlandesgerichts zu Köslin v. 4.12.1823, in: Rep. 84a, Nr. 49897; dort auch weitere Schriftstücke zur Lehnsverfassung Pommerns.

Nr. 258 Sitzung des Staatsministeriums am 13. April 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 9, Bl. 168–169 [Prot. 15a]; MF 68. — *Abschriften.*: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 523c Nr. 4 Bd. 1, Bl. 248–248v; Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

*Unterschrieben*¹: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — *Prot.*: [?].

Weitere Teilnehmer: ORegR Müller [U].

¹ Von Diederichs für das Justizministerium gelesen.

Änderung der Pommerschen Lehnsvorfassung. Aufgebot zur Legitimierung der Agnaten als nächstem Familienmitglied².

² *Der Immediatbericht v. 14.5.1825 in: Rep. 90, Nr. 1573, n.f.; dort auch weiteres Material. Abschriften und weiteres Material auch in: Rep. 80, I Justiz Nr. 70 sowie in: Rep. 77, Tit. 523c Nr. 4 Bd. 1; dort auch Voten und eine Abschrift des Immediatberichts. Vgl. auch das Gesetz v. 28.11.1826, GS, S. 120.*

Nr. 259 Sitzung des Staatsministeriums am 14. und 15. April 1825.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen¹, Bd. 9, Bl. 145–157v [Prot. 14f]; MF 67. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Bd. 1, Bl. 176–188v; Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Unterschrieben: Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Schönberg.

1. Spezialdiskussion zum Entwurf² einer Instruktion für die Organisation der Provinzialbehörden sowie zu den Aufgaben und Befugnissen der Oberpräsidenten. Der Entwurf³ Motz' hierzu ist grundlegend. Organisation der Regierungsabteilungen, Kollegialität in diesen Abteilungen. Vorschlag Schöns zur Schaffung von Provinzialministern. Um die Verwaltungsministerien von dem Detail der Sachen möglichst fern zu halten, ist das Staatsministerium der Meinung, daß die Verwaltung der Domänen, Forsten, und der Grundsteuer in die Hände der Oberpräsidenten gegeben werden kann. Aufstellung der Provinzialhauptetats. Verfahrensart bei Rekurs [...] gegen eine Entscheidung der Oberpräsidenten. Ingersleben, Schön und Vincke lehnen die Bildung von Regierungsabteilungen ab. Die Zahl solcher Abteilungen ist in der Instruktion festzulegen. Kollegialische Behandlung der Geschäfte bei den Regierungen. [B]

¹ *Bemerkungen Altensteins zum Beschluß.*

² *Vgl. Sitzungen zwischen dem 12.2. und 19.3.1825 mit Anm. Vgl. auch die Instruktion für die Oberpräsidenten v. 31.12.1825, GS 1826, S. 1 und die KO zur Abänderung in der bisherigen Organisation der Provinzial-Verwaltungsbehörden v. 31.12.1825, GS 1826, S. 5.*

Die im Protokoll erwähnte (Bl. 152) Anlage, enthaltend Hakes Ansicht zur Einwirkung der Oberpräsidenten auf die Militärverwaltung, in: Rep. 90a, B III 7a Nr. 1 Bd. 1, Bl. 189–190v. Ebd., Bemerkungen Bülows, Schuckmanns und Klewiz' zum Protokoll, der Immediatbericht v. 28.4.1825, Bl. 198–206v und die darauffolgende KO v. 17.5.1825 (Bl. 207–207v).

³ *Vgl. Sitzung am 19.3.1825 mit Anm.*

Nr. 260 Sitzung des Staatsministeriums am 20. April 1825.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 9, Bl. 170–175 [Teilprot. 16a–c], Anlage²: Bl. 171; MF 68.

Unterschrieben: [1 und 3]³: Altenstein [V, 3], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [a, c] [?].

Anwesend [zu 2; U]³: Bülow, Schuckmann, Klewiz, Lottum. — Prot.: [b] [?].

¹ *TOP 2.*

² *Zum Geschäftsgang des Protokollteiles 16b.*

³ *Von Diederichs für das Justizministerium gelesen.*

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 1 und 3], Eimbeck [zu 2], Goedeler [zu 1], Müller [zu 3; U].

1. Disziplinarsache. [B] — **2. Differenz zwischen der General-Kontrolle und dem Justizministerium über die Beziehung von Tantiemen der gerichtlichen Salarienrendanten aus den Sporteln der durchlaufenden Posten.** [B] — **3. Disziplinarsache.** [B]

Nr. 261 Sitzung des Staatsministeriums am 28. April 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 9, Bl. 176–181 [Teilprot. 17a–c]; MF 68.

Anwesend [zu 1 und 3]: Altenstein [V, U], Bülow [U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Hake, Danckelman [beide zu 1]. — Prot.: [a, c] [?].

Unterschrieben [2]¹: Altenstein, Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Goßler, Kahle [beide zu 2], Maassen, Semler [beide zu 1].

1. Aufstellung eines definitiven Durchgangstarifs für die rechts der Oder oder mit Überschreitung derselben durchgehenden Waren.² [B] — **2. Disziplinarsache.** [B] — **3. Einführung Danckelmans als Staats- und Justizminister und als Mitglied des Staatsrats.**

¹ Von Diederichs für das Justizministerium gelesen.

² Der Entwurf einer Erhebungsrolle, eine Auflistung der entsprechenden Gegenstände, Voten und weiteres Material, in: Rep. 90a, F V 2 Nr. 2 Bd. 1, n.f. Vgl. auch den Abgabentarif v. 7.5.1825, GS, S. 69.

Nr. 262 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Mai 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 9, Bl. 182–204 [Teilprot. 18a–i]; MF 68.

Anwesend [zu 1–2; U]: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Hake. — Prot.: [a–b] [?].

Unterschrieben: [3–9]¹: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [c–g] v. Staegemann; [h] [?]; [i] [? U].

Weitere Teilnehmer: Cammerer [zu 1–2], v. Goßler, Skalley [beide zu 8].

1. Anspruch der Regiments- oder Bataillons-Tambours und Bataillonshornisten sowie der Eskadrons- und Kompaniechirurgen als Unteroffiziere im Zivildienst angestellt zu werden. [B] — **2. Weitere Gewährung von Gnadengehältern und Wartegeldern für Invaliden ab dem Grad vom Feldwebel und Wachtmeister, welche nie dauerndes oder vorübergehendes dienstliches Einkommen erlangten.**² [B] — **3. Der Entwurf**³ **eines Gesetzes über die Ausdehnung der Polizeigewalt der Patrimonialgerichtsinhaber und Gutsherren auf dem Lande soll zur Berücksichtigung einiger Einwände des Justizministeriums wieder an das Ministerium des Innern zurück.** — **4. Verfahren**

¹ TOP 3–5, 8: Von Diederichs für das Justizministerium gelesen. TOP 5: Von Danckelman [...] gelesen, am 23.5.1825 unterzeichnet.

² Zu den Gnadengehältern und Wartegeldern der Invaliden vgl. das Zirkularreskript des Innen- und Finanzministerien v. 10.6.1825, in: Kamptz, Annalen, Bd. 9 (1825), S. 293.

³ Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 34 Bd. 1, Bl. 3–4; dort auch das Votum des Justizministers (von Diederichs unterschrieben).

betreffend die im administrativen Wege zu verfügende Entlassung der unter den Provinzialsteuer-Direktoren fungierenden Beamten.⁴ [B] — 5. Befugnis der Regierungen, den Untergerichten die Instruktion derjenigen Rechtsangelegenheiten aufzutragen, welche in Kriegsschuldensachen zur Entscheidung der Regierungen in erster Instanz *gesetzlich bestimmt sind*.⁵ [B] — 6. Vorstellung⁶ der brandenburgischen Provinzialstände auf Entschädigung der Mühlenbesitzer für den Verlust des Mahlzwanges, weil die Entschädigung der vormals bannberechtigten Müller unter Bedingungen verheißen sei, die vielleicht von keinem einzigen Mühlenbesitzer erfüllt werden könnte. [B] — 7. Rechtsangleichung in den Rheinprovinzen. Für die Beratung zur Einführung der preußischen Gesetzgebung und der Kriminalgerichtsordnung ist das Votum des Justizministeriums abzuwarten.⁷ [B] — 8. Disziplinarsache. [B] — 9. Anspruch von Grundeigentümern auf Entschädigung bzw. Vergütung der Chausseebaumaterialien.⁸ [B]

⁴ Vgl. KO zum Verfahren bei auf administrativem Wege erfolgenden Dienstentlassungen der Zivilbeamten v. 21.2.1823, GS, S. 25.

⁵ Voten und weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 2314. Vgl. auch das Reskript des Innenministeriums an die Regierung Posen v. 2.6.1825, enthaltend das Schreiben Danckelmans an Schuckmann v. 24.5.1825, in: Kamptz, Annalen, Bd. 9 (1825), S. 411–412.

⁶ Vgl. die Vorstellung vom 17.12.1824 in: Rep. 90a, J I 2 Nr. 5, Bl. 95–97v, auch in: Rep. 77, Tit. 523a Nr. 8 Bd. 2. In Rep. 90a, J I 2 Nr. 5 befindet sich auch ein ähnliches Gesuch der pommerschen Landesstände von 13.12.1824 sowie Voten.

⁷ Vgl. Sitzung am 7.8.1825, TOP 3 mit Anm.

⁸ Vgl. KO v. 11.6.1825, GS, S. 152.

Nr. 263 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Mai 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 9, Bl. 205–206v [Prot. 19a]; MF 68/69. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 41 Nr. 38 Bd. 1, Bl. 44–45v; Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Unterschrieben: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: v. Staegemann.

Standesherrschaften und Kommunallasten. Weigerung der fürstlich Wiedschen Rentkammer, ihren Beitrag zu den Kosten für Gestellung der Pferde für die Übungen der Landwehrekavallerie zu entrichten. [B]

Nr. 264 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Mai 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 9, Bl. 207–217v [Teilprot. 20b–d], Fundorte: Rep. 77, Tit. 523c Nr. 4 Bd. 2, Bl. 178–179v [Teilprot. 20a¹]; Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bd. 11, Bl. 157–160 [Teilprot. 20f²]; MF 69 und MF-Suppl. 3.

Anwesend [zu 1 und 5]: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [a, f] [?].
Unterschrieben [2–4]: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [b–d] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Staegemann [zu 5].

¹ Im Protokoll-Journal, (Rep. 90, Protokoll-Journal Nr. 20226, Bl. 48), wurde bemerkt, daß die Abschrift des Originals vom Teilprotokoll 20a über die Beschwerde der Provinziallandstände von Pommern über Klassen- und Gewerbesteuer, dem Minister Schuckmann vorgelegt wurde mit der Bitte [...] letzteres zurückzusenden, welches aber nicht geschehen ist. Wie schon angegeben, befindet sich dieses Teilprot. in: Rep. 77, Tit. 523c Nr. 4 Bd. 2, Bl. 178–179v.

² Entspricht TOP 5.

1. Beschwerde³ der pommerschen [...] Stände über die Klassen- und Gewerbesteuer. [B] — 2.–3. Gesuche und Beschwerde der preußischen [...] Stände in Besteuerungsangelegenheiten: Aufhebung der im Kulm- und Michelauschen Kreise noch bestehenden ehemaligen polnischen Abgaben (Offiara und Podymna) und eine Wiedereinführung der altpreußischen Kontribution sowie die Aufhebung der dort noch bestehenden Mühlenmetzgelde[...] in den Dominialdörfern dieser Kreise.⁴ Erleichterung bei dem Schaarwerksbefreiungsgeld einzelner Dominialeinwohner in Ostpreußen; Aufhebung der Tranksteuer⁵ [B]. — Mehrere Beschwerden und Anträge der ostpreußischen Stände in Bezug auf Klassensteuer, Mahl- und Schlachtsteuer, Gewerbesteuer.⁶ [B] — 4. Petition⁷ des pommerschen Landtags gegen die Aufhebung früherer Personen- und Gewerbesteuer (Nebenmodus und Quartalsteuer). [B] — 5. Ansprüche aus Erbpräbenden [...] aufgelöster Stifte: ehemalige Domstifte zu Magdeburg, Halberstadt, Minden, Münster; Fräuleinstifte zu Notteln und Freckenhorst; Martini-Stift zu Münster; Collegiatstift Alter Dom zu Münster; Kochsche Familienstiftung in Köln⁸. [B]

³ Die Beschwerde v. 11.12.1824 in: Rep. 77, Tit. 523c Nr. 4 Bd. 2, Bl. 152–154v; dort auch Voten.

⁴ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch Rumpf, Verhandlungen, Folge 1 (Preußen 1824), S. 151 f.

⁵ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. ebd., S. 152.

⁶ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. ebd., S. 164–168.

⁷ Rep. 77, Tit. 523c Nr. 4 Bd. 2, Bl. 200–208v; dort auch Voten. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 1 (Pommern 1824), S. 85 f.

⁸ Vgl. auch den Immediatbericht v. 10.7.1826 in: Rep. 90, Tit. XXXV D Nr. 4, n. f.

Nr. 265 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Mai 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 9, Bl. 218–219v [Prot. 20e]; MF 69.

Unterschrieben: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz. — Prot.: [?].

Die preußischen Provinzialstände wünschen die Berücksichtigung der klimatischen Lage ihrer Provinz in Bezug auf deren Besteuerung sowie die Einführung einer besonderen Einkommensteuer für Kapitalisten.¹ [B]

¹ Vgl. Rumpf, Verhandlungen, Folge 1 (Preußen 1824), S. 148 f.

Nr. 266 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Juni 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 9, Bl. 220–228v [Teilprot. 21a–d]; MF 69.

Unterschrieben [1]: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Klewiz, Danckelman. — Prot.: [a] v. Staegemann.

Anwesend [zu 2–4]¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Klewiz [U], Danckelman [U]. — Prot.: [b–c] v. Staegemann; [d] [?].

Weitere Teilnehmer: Eimbeck [zu 2], v. Staegemann [zu 2–4].

¹ Bülow [U].

1. Ernennung; vor der Berufung von A. W. Meding zum Königsberger Regierungspräsidenten soll Schön befragt werden. [B] — 2. Zurückgabe der Patrimonialgerichtsbarkeit an die Erbpächter des Amts Petershagen. Erwogen wird, ob die Stadt Petershagen in diese Jurisdiktion einbezogen werden soll.² [B] — 3. Standesherrliche Sache. Ausführung des Vergleichs mit dem Fürsten zu Salm-Salm. [B] — 4. Vermächtnisse an die Brudergemeinde in Gnadenfrei. Die Erteilung der Autorisation zur Annahme gehört zum Ressort des Innenministeriums und nicht zum Ministerium der geistlichen Angelegenheiten, weil die Brudergemeinde [...] nicht vom Staat [...] aufgenommen, sondern von diesem nur genehmigt und geduldet ist.³ Vermächtnisse und Schenkungen im In- und Ausland. [B]

² Der Immediatbericht v. 24.6.1825 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 28, Bl. 22–23v; dort auch Voten. Ein Votum Schuckmanns auch in: Rep. 77, Tit. 114 Nr. 61 Bd. 1.

³ Vgl. den Schriftwechsel sowie Voten in: Rep. 77, Tit. 416a Nr. 4 Bd. 1 n.f.; dort auch das im Protokoll erwähnte (Bl. 227) Schreiben der Regierung zu Breslau mit der Bitte um Bestätigung.

Nr. 267 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Juni 1825.

Reinschr. [a] und vollz. Reinschr. [b], Bd. 9, Bl. 229 und 231–234v [Teilprot. 22a–b], Anlage¹: Bl. 230; MF 69. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Bülow, Schuckmann, Lottum, Klewiz, Danckelman. — Prot.: [b] v. Staegemann; [a] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Staegemann.

1. Entwurf² zu einer Kabinettsordre über die Abänderungen der Verordnung zum Naumburger Handelsgericht. — 2. Die Stände der Provinz Preußen wünschen die Reform einiger Gegenstände der Gerichtsverfassung: Verkleinerung der Gerichtssprengel und die Einführung von Gerichtstagen auf dem platten Land; die Wiedereinführung der Patrimonialgerichte in den Kreisen Kulm und Michelau, die Übernahme der Untersuchungskosten auf Staatsfonds.³ Stellungnahme Schöns. [B]

¹ Notiz zum Standort der Originalfassung des Teilprot. 22a in den Akten des Staatsministeriums.

² Rep. 90, Tit. XXIII Handelspolizei Nr. 13, n.f. Vgl. auch VO v. 28.6.1825, GS, S. 171.

³ Vgl. Rumpf, Verhandlungen, Folge 1 (Preußen 1824), S. 154–156.

Nr. 268 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Juni 1825.

Vollz. Reinschriften und Reinschr. [TOP 3], Bd. 9, Bl. 235–240v [Teilprot. 23a–b] und Fundort: GStAPK; I. HA, Rep. 77, Tit 523c Nr. 4 Bd. 2, Bl. 288–289; MF 69 und MF-Suppl. 3.

Anwesend¹: Altenstein [V, zu 1; U], Bülow [1–2 U], Schuckmann, Lottum [beide 1–2 U], Klewiz [zu 1; U], Danckelman [1–2 U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Bernuth [zu 1], Eimbeck [zu 3], v. Staegemann [zu 2].

1. Erhaltung der bestehenden [...] Verfassung und statutenmäßigen Rechte der Jungfrauenstifte des Herzogtums Pommern. Wiederbesetzung erledigter Stiftsstellen, Rückgabe von Wohngebäuden

¹ TOP 2: Motz [U].

an dem Stifte zu Kammin. Petition² der pommerschen Landstände. [B] — 2. Vorschlag³ Schuckmanns zu erleichternden Maßregeln für die Stadt Königsberg zur Tilgung ihrer Kriegsschulden. Das Gutachten Rothers ist abzuwarten. — 3. Patrimonialgerichtsbarkeit in Pommern. Die Provinzialstände beschwerten sich,⁴ daß das Oberlandesgericht Köslin einen Vertrag zur Anstellung eines Gerichtshalters nur interimistisch bis zur Bildung eines Kreisgerichts oder bis zur Vereinigung des Gerichts mit einem Stadtgericht bestätigt hat. Die Sorge der Stände über die Fortdauer der Verfassung der Patrimonialgerichtsbarkeit ist unbegründet. Zu einer weiteren Beschwerde über die interimistische Anstellung der Bürgermeister und anderen Beamten in Neuvorpommern soll noch nähere Erkundigung eingezogen werden. [B]

² Rep. 77, Tit. 523c Nr. 4 Bd. 2, Bl. 291–298. Eine Abschrift befindet sich auch in: Rep. 77, Tit. 171 Nr. 19 Bd. 1, n.f.; dort auch eine Petition zur Erhaltung der statutenmäßigen Rechte der Jungfrauen-Stifter zu Marienfluss, Kammin, Kolberg und Stolpe v. 26.12.1824 sowie ein Votum und weiteres Material. Vgl. auch Altensteins Anmerkung zum Beschluß sowie Rumpf, Verhandlungen, Folge 4 (Pommern 1827), S. 74 und 89. Die Immediatkommission für ständische Angelegenheiten wich vom Beschluß des Staatsministeriums ab, indem sie eine Prüfung durch den König in Aussicht stellte; vgl. Obenaus, Herbert, Die Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten als Instrument der preußischen Reaktion im Vormärz, in: Festschrift für Hermann Heimpel zum 70. Geburtstag am 19. September 1971, hrsg. von den Mitarb. des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 1, Göttingen 1971, S. 428.

³ Der im Protokoll erwähnte (Bl. 241) Bericht des Oberpräsidiums v. 21.5.1825, in: Rep. 77, Tit. 457 Nr. 4 Bd. 9, n.f. Vgl. dort auch das Schreiben Schuckmanns an Schön v. 29.5.1825. Der Immediatbericht v. 30.6.1825 in: Rep. 89, Nr. 25114, n.f. Das Gutachten Rothers konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁴ Die Petition in: Rep. 77, Tit. 523c Nr. 4 Bd. 2, Bl. 276–277v. Dort auch Voten und weiteres Material. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 1 (Pommern 1824), S. 86–87.

Nr. 269 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Juni 1825.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 9, Bl. 241–255 [Teilprot. 24a–f]; MF 69/70. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 3 und 6], Altenstein [V, zu 2 und 4; U], Bülow [zu 1–3, 5–6; 1–2 U], Schuckmann, Lottum [beide zu 1–4, 6; 1–6 U], Danckelman [U], Motz [zu 1–3, 5; U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Müller [zu 3 und 6; U], Sack [zu 5], v. Schoeler [für Hake zu 1–3, 5–6; 1–3, 5 U], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann [zu 1 und 5], Wolfart [zu 2].

1. Weitere Besprechung des vorgeschlagenen Plans zur Kapitiltilgung der Königsberger Stadtschulden, der im Promemoria Rothers abgelehnt wurde. [B] — 2. Regulierung der kirchlichen Verhältnisse derjenigen Gemeinden, welche zu einer anderen Konfession übergegangen sind, als welche die Kirche ihres Orts zur Zeit gewidmet ist. [B] — 3. Die Stände der Niederlausitz wünschen die unentgeltliche Allodifikation ihrer Lehne.² [B] — 4. Ernennung Motz' zum Staats- und Finanzminister und Einführung in das Staatsministerium. — 5. Eröffnung des Konkurses über das Vermögen eines im Dienst befindlichen Offiziers, der außer seinem Gehalt kein anderes als der

¹ TOP 2.

² Der Immediatbericht v. 12.7.1825 in: Rep. 90a, H II 3b Nr. 6 Bd. 1, n.f.; dort auch Voten und weiteres Material u. a. eine ablehnende KO v. 22.7.1825. Der Antrag der Stände in: Rep. 84a, Nr. 49890; dort auch das Votum Danckelmans, der Immediatbericht, die KO v. 22.7.1825 und weiteres Material. Eine Abschrift des Immediatberichts auch in: Rep. 89, Nr. 30773. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 4 (Brandenburg 1827), S. 57.

Beschlagnahme unterworfenen Eigentum besitzt. Konkurseröffnung *bei* Zivilbeamten.³ [B] — 6. Deklaration⁴ *zu nicht bewilligten* Schulden der subalternen Offiziere. [B]

³ Vgl. den *Immediatbericht* v. 31.8.1825 in: *Rep. 90a, XII 7 Nr. 1 Bd. 1, n.f.*; dort auch *Voten*.

⁴ Vgl. das *Votum Danckelmans* sowie den *Immediatbericht* v. 22.7.1825, in: *Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 29*. Vgl. ferner das *Gesetz* v. 27.7.1825, *GS, S. 188*.

Nr. 270 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Juni 1825.

*Vollz. Reinschriften mit Korrekturen*¹ und *Reinschr. [d]*, Bd. 9, Bl. 256 und 258–267 [*Teilprot. 25a–e*], *Anlage*²: Bl. 257; MF 70. — *Abschr.*: *GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.*

*Anwesend*³: *Altenstein [V]*, *Bülow*, *Schuckmann*, *Lottum* [*beide zu 1–3, 5; U*], *Klewiz*, *Danckelman* [*zu 1–3, 5; U*]. — *Prot.*: [*b–c, e*] v. *Staegemann*; [*a, d*] [?].

Weitere Teilnehmer: *Bierdemann*, *Sack* [*beide zu 1; U*], v. *Schoeler* [*für Hake zu 1–3, 5; U*], v. *Schönberg* [*für Bernstorff*], v. *Staegemann*.

1. Disziplinarsache. [B] — **2. Verluste** der schlesischen Dominien wegen weggefallener Gewerbsabgaben nach dem *Gewerbsteuergesetz* von 1810.⁴ Die Zusammenstellung der Nachweisungen der drei schlesischen Regierungen über diese Einkünfte im Jahr 1810 ist nicht zuverlässig. Eine Deklaration des § 30 des Gesetzes hinsichtlich der Beendigung aller bisherigen Gewerbsabgaben ist nicht nötig. Maßregeln bis zu einem definitiven Beschluß.⁵ — **3. Rückgabe** der Patrimonialgerichtsbarkeit in den Mediatstädten des Herzogtums Sachsens. Die Gründe für die Gesinnungsänderung der Stadt Teuchern, die vor 4 Jahren gegen diese Rückgabe war, sollen festgestellt werden.⁶ [B] — **4. Verlängerung** des Indults der ost- und westpreußischen Pfandbriefe.⁷ [B] — **5. Forderung zweier ehemals** in Köln ansässiger Kaufleute, Breuer und Caspari, nach Zahlung von Geldsummen, die aus Lieferungen an das III. Armeekorps 1815 entstanden sind.⁸ [B]

¹ TOP 5.

² Beschluß v. 29.6.1825 zu TOP 1.

³ TOP 5: *Motz [U]*.

⁴ *Insbes. § 30 des Edikts über die Einführung einer allgemeinen Gewerbesteuer* v. 2.11.1819, *GS, S. 86*.

⁵ Vgl. *Voten, die KO* v. 26.2.1825 und weiteres Material, in: *Rep. 90, Tit. XL A Nr. 18*.

⁶ Eine Abschrift der Vorstellung der Einwohner der Stadt Teuchern v. 3.4.1821, in: *Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 7 Bd. 1*; dort auch *Voten* und weiteres Material.

⁷ Vgl. *VO über die einstweilige Fortdauer des Kapital-Indults Ost- und Westpreußischer Pfandbriefe* v. 26.7.1825, *GS, S. 191*. Auf Bl. 264 eine mit Bleistift geschriebene Bemerkung: Diese Abschrift ist zur Sammlung der Originalprotokolle genommen, weil das Original dieses Protokolls mit dem erstatteten Bericht auf einem Bogen befindlich ist.

⁸ Auf Bl. 267 die Bemerkung (vermutlich) von *Schoeler*, daß der Kriegsminister [...] keinen Fonds zur Zahlung dieser Forderungen habe, gefolgt von *Lottums* Bemerkung, daß der Minister diese geringen Mittel wohl noch übrig haben würde. Vgl. auch den *Immediatbericht* v. 7.9.1825 und das *Votum Hakes* in: *Rep. 90, Tit. XXXV D Nr. 4, n.f.*

Nr. 271 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Juli 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 10, Bl. 1–3v [*Prot. 26c*]; MF 70. — *Abschriften*: *GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 156, n.f.*; *Rep. 89, Nr. 3660, n.f.*

Unterschrieben: *Schuckmann*, *Lottum*, *Danckelman*, *Motz*. — *Prot.*: [?].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn, v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U].

Standesherrliche Sache. Prinz [...] Adolph von Hohenlohe-Ingelfingen wünscht, daß ihm alle Vorrechte der vormals unmittelbaren deutschen Reichsstände in der preußischen Monarchie bewilligt werden. Teilweise konzedierte.¹ [B]

¹ Vgl. u. a. Schuckmanns Promemoria, Voten und den Immediatbericht v. 19.8.1825 – den der Kronprinz vorzog, nicht mit zu unterschreiben, in: Rep. 90, Nr. 156, n.f.

Nr. 272 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juli 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 10, Bl. 4–10v [Teilprot. 27a–d]; MF 70. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend [U]: Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: [a–c] v. Staegemann; [d] [?].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann, v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U], Simon [beide zu 4], v. Staegemann.

1. Ausdehnung der Verordnung über die eheliche Gütergemeinschaft in den westfälischen Provinzen auf die Grafschaft Werden und das ehemalige Stift Elten.¹ [B] — **2.** Anfrage der Regierung zu Trier wegen der Höhe der Abzüge vom Pensionsfonds bei den mit Arrest belegten Gehältern der Staatsbeamten. [B] — **3.** Kosten zur Unterhaltung der Bezirksstraßen links des Rheins. Forderung der Wegefrohen von den Kommunen des Regierungsdepartement Trier zusätzlich zu den Zusatzcentimen. [B] — **4.** Disziplinarsache. [B]

¹ Vgl. VO zur ehelichen Gütergemeinschaft in den westfälischen Provinzen und in dem Herzogtum Kleve v. 8.1.1816, GS, S. 97. Vgl. auch das gedr. Gutachten der Justizabteilung des Staatsrats zur ehelichen Gütergemeinschaft in den westfälischen Provinzen, das u. a. den Bericht des Staatsministeriums v. 26.7.1825 enthält, in: Rep. 89, Nr. 17646. Vgl. ferner die Deklaration der obigen VO in Bezug auf deren Anwendbarkeit in der Grafschaft Werden und dem ehemaligen Stifte Elten v. 31.3.1826, GS, S. 23.

Nr. 273 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Juli 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 10, Bl. 11–21v [Teilprot. 28a–f]; MF 70/71. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend [U]: Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: [a–c, e–f] v. Staegemann; [d] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U], Simon, Skalley [beide zu 4], v. Staegemann.

1. Standesherrliche Sache. Vergleiche¹ mit den Fürsten zu Salm-Kyrburg und Salm-Salm. [B] — **2.** Rechtliche Wirkung der auf speziellen königl. Befehlen beruhenden Präklusionen der Staatsgläubiger. Ausarbeitung einer Verordnung, welche die einzelnen Präklusionen vollständig erfaßt.² [B] — **3.** Standesherrliche Sache. Die Urkunde der Huldigungsleistung des Fürsten zu Salm-Horstmar soll

¹ Die Verhandlungen hierzu in: Rep. 90, Nr. 48, n.f.

² Vgl. Voten und weitere Schriftstücke in: Rep. 90, Tit. XXXIV A Nr. 3.

dem König überreicht werden. [B] — 4. Disziplinarsache. [B] — 5. Standesherrliche Sache. Der Fürst zu Wied wünscht, daß die Hauptprinzipien der Organisation der rezessmäßigen Verwaltung der Grafschaft Wernigerode mitgeteilt werden, um diese auf die Verwaltung des Fürstentums Wied anzuwenden. [B] — 6. Beschlagnahme des Dienstinkommens der Staatsbeamten zu Gunsten ihrer Gläubiger in den Provinzen, wo das Allgemeine Landrecht und die Gerichtsordnung nicht Gesetzeskraft haben.³ [B]

³ Vgl. KO v. 23.5.1826, GS, S. 54 und auch VO v. 10.8.1810, GS, S. 724.

Nr. 274 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Juli 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 10, Bl. 22–35 [Teilprot. 29a–e]; MF 71. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Unterschrieben [1 und 4]: Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: [a, d] [?].
Anwesend [zu 2–3, 5; U]: Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: [b–c] Müller [U]; [e] v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 2], Klaatsch [zu 1], Müller [zu 2–3; U], v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann [zu 2–3, 5].

1. Die Regierung Erfurt wünscht die Gestattung des Umlaufs ausländischer Scheidemünzen zu 4/5 ihres jeweiligen Neuwerts, da der Verbreitung der neuen Silbergroschen einige Hindernisse entgegenstehen, u. a. beim Handel und dem gemeinen Mann; abgelehnt.¹ [B] — 2.–3. Disziplinarsachen. [B] — 4. Maßregel zur Entnehmung des Bauholzbedarfs zu öffentlichen und Staatsbauten aus Staatsforsten.² [B] — 5. Standesherrliche Sache. Verzicht des Fürsten zu Salm-Salm auf die standesherrlichen Gerechtsame sowie auf Ansprüche aus einer französischen Rente. Berechnung der Rente für die Vergangenheit. Der endgültige Vertrag hierüber ist noch auszusetzen.³ [B]

¹ Die KO zum allgemeinen Gebrauch der neuen Scheidemünze und zum Verbot des Einbringens der fremden Silber- und Kupferscheidemünzen v. 22.6.1823, in: GS, S. 128.

² Vgl. das Reskript des Finanzministeriums an alle Regierungen betreffend die zu öffentliche Staatsbauten aus königlichen Forsten gegen den Taxwert zu verabfolgenden Hölzer, in: Kamptz, Annalen, Bd. 10 (1826), S. 141.

³ Vgl. Voten und weiteres Material u. a. das Protokoll v. 18.5.1825, in: Rep. 90, Nr. 48, n.f.

Nr. 275 Sitzung des Staatsministeriums am 10. August 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 10, Bl. 36–44 [Teilprot. 30a–d]; MF 71. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1 und 3], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a–c] v. Staegemann; [d] [?].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann, v. Goßler [beide zu 4], v. Schoeler [für Hake U], Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

1. Befugnis der Verwaltungsbehörden, wegen rückständiger Abgaben die persönliche Verhaftung des Abgabepflichtigen anzuordnen; Anforderung der Verwaltungsbehörde an das Gericht; Modifi-

kationen *vorhergehender* Beschlüsse.¹ [B] — **2. Vorschläge zu einer** Verordnung wegen Bestrafung der Verfälschung der Kassenbeutel in den nach französischem Recht noch verwalteten Provinzen.² [B] — **3.** Die Befugnis der Patrimonialgerichtsinhaber und Gutsherren auf dem Lande, [...] geringere Polizeistrafen *festzusetzen*, ohne den Gerichtshalter *hinzuzuziehen*, *steht ihnen* gesetzlich *zu und bedarf keiner* Deklaration. *Um jedoch das* Ansehen der Gutsherrn aufrecht zu erhalten, *soll* die Ausübung *dieses* Rechts von der persönlichen Eigenschaft des Gutsherrn, als Abgeordneter der Ritterschaft zum Provinziallandtage gewählt werden zu können, *abhängig sein*, wobei *die* Vollendung des 24. statt des 30. Lebensjahres zur Qualifikation *ausreicht*. [B] *Danckelman* ist abweichender Meinung und hält es angemessener, *daß eine* allgemeine Beschränkung angenommen wird.³ — **4. Disziplinarsache.** [B]

¹ Vgl. Sitzung am 12.4.1825, TOP 5 mit Anm.

² Vgl. Voten, den Immediatbericht v. 31.8.1825 und weiteres Material in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 31. Vgl. auch das Gesetz v. 9.12.1826, GS, S. 122.

³ Vgl. den Immediatbericht v. 22.9.1825 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 34 Bd. 1, Bl. 15–15v; dort auch weiteres Material. Vgl. auch den Extrakt aus dem Reskript des Innenministeriums an die Regierung Potsdam v. 9.1.1824, in: Kamptz, Annalen, Bd. 8 (1824), S. 210. Schuckmann sprach sich hier gegen die Ausübung der polizeilichen Strafgewalt seitens des Gutsherrn aus. Das Gesetz über die Befugnis der Patrimonialgerichtsinhaber und Gutsherren auf dem Lande, gewisse geringe Polizei-Strafen ohne Zuziehung ihrer Gerichtshalter festzusetzen v. 10.2.1827, GS, S. 26. Vgl. auch das Gutachten des Staatsrats in: Rep. 84, II 2 P Nr. 1. Zum polizeilichen Strafrecht des Gutsherrn und die nicht ganz widerspruchslöse Stellung der inneren Verwaltung hierzu auch in Bezug auf die Deklaration v. 1827 vgl. Koselleck, Preußen, S. 548–549 und Lüdtko, Alf, Gemeinwohl, Polizei und Festungspraxis, Göttingen 1982, S. 196–203.

Nr. 276 Sitzung des Staatsministeriums am 17. August 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 10, Bl. 45–52 [Teilprot. 31a–c]; MF 71/72. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend [U]: Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

1. Anspruch von Beamten auf Forderung nach einer Pension durch ein gerichtliches Verfahren.¹ [B] — **2.** Realbefreiungen von den Einquartierungslasten in Friedenszeiten. *Dieses Privilegium gilt* nur bei dem gewöhnlichen Stand der Dinge *und nicht* bei außerordentlichen Veranlassungen. *Die* Bestimmung *solcher* Veranlassungen *gehört* zur Kompetenz der Verwaltungsbehörden. Einquartierungsfreiheit für ländliche Besitzungen.² [B] — **3. Standesherrliche Sache.** *Unterschiede in den* Abkommen mit den Fürsten zu Salm-Salm und Salm-Kyrburg, u. a. Kirchenpatronat und Bestellung der Schullehrer, *Personalsteuer*, Patrimonialabgaben, Brücken-, Pflaster-, Wege- und Chausseegeld, Kommunalbeiträge, Veräußerlichkeit der Standesherrlichkeit selbst, Ehrenwache, Klassensteuer, Erhöhung der Rente, Einquartierungsfreiheit, *Verleihung von Rechtstiteln an* Diener, Veräußerung des Eigentums.³ [B]

¹ Die KO, die den Beamten den Rechtsweg zur Forderung einer Pension untersagte v. 21.5.1825, GS, S. 147.

² Zum Einquartierungswesen in den Städten vgl. die Städteordnung v. 19.11.1808, § 179k, GS 1806–10, S. 350; das Allgemeine Regulativ über das Servis- und Einquartierungswesen v. 17.3.1810, Nr. VI ff., GS ebd., S. 655 und das Edikt wegen Errichtung der Gendarmerie v. 12.6.1812, § 44 und 45, GS, S. 150.

³ Der Immediatbericht v. 30.4.1825 in: Rep. 90, Nr. 48, n.f.

Nr. 277 Sitzung des Staatsministeriums am 24. August 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 10, Bl. 53–68v [Teilprot. 32a–e]; MF 71.

Anwesend [zu 1–3, 5; U]: Schuckmann, Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c, e] [?].

Unterschrieben [4]: Schuckmann, Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: [d] [?].

Weitere Teilnehmer: Jacobi [zu 3 und 5; U], Piautaz [zu 4], v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann [zu 1–2].

1. Zuständiger Fonds für die Unterhaltung der Stuten auf den Stationen für die Landbeschäler. [B] — **2. Gesuch¹ des Fürsten zu Solms-Braunfels über eine andere Organisation der Verwaltungsbehörden in den Ämtern Braunfels und Greifenstein.** [B] — **3. Stempelfreiheit bei Gesuchen auf Eintritt in den Kriegsdienst.**² [B] — **4. Erhöhung des Gehalts eines Beamten, dessen Besoldung aus dem Aussterbeetat erfolgt.** [B] — **5. Entschädigungsansprüche³ an den Staat wegen der Aufhebung des Mahlzwangs in Ostpreußen. Der Pächter Kelch beansprucht eine Entschädigung durch früher mahlpflichtig gewesene Untertanen. Gültigkeit des entsprechenden Edikts. Spezialdiskussion zu dessen Anwendung.** [B]

¹ Rep. 90, Nr. 90, Bl. 35.

² Vgl. das Reskript des Innen- und Finanzministeriums an die Regierung Magdeburg v. 8.9.1825, in: Kamptz, Annalen, Bd. 9 (1825), S. 1124.

³ Vgl. – als Drucke für den Staatsrat bestimmt – das Entschädigungsgesuch des Kommissionsrats Kelch v. 19.7.1823, in: Rep. 84a, Nr. 47608, Bl. 171v–172v sowie das Gutachten v. 30.8.1823, Bl. 159–161 und den Immediatbericht v. 28.10.1825, Bl. 162–166; dort auch Voten und weiteres Material zu dieser Angelegenheit sowie zum Entschädigungsgesuch der Müllerin Freytag und zur Problematik im Allgemeinen. Weiteres Material in: Rep. 90a, J I 2 Nr. 6 Bd. 1, n.f., u. a. ein Immediatbericht v. 17.8.1826. Vgl. auch die Verhandlungen des Staatsrats über das Mühlenwesen in Ostpreußen und das Entschädigungsgesuch Kelch, in: Rep. 80, I Justiz Nr. 76 Bd. 1. Für die erwähnte (Bl. 61v) Konferenz vom 19.5.1824 konnte kein Protokoll nachgewiesen werden. Vgl. auch KO v. 22.9.1826, GS, S. 85.

Nr. 278 Sitzung des Staatsministeriums am 31. August 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 10, Bl. 69–78 [Teilprot. 33a–d]; MF 72. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend¹: Altenstein [V, zu 1–3; 1 U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a–c] v. Staegemann; [d] Günther [U].

Weitere Teilnehmer: Günther [zu 4; U], v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann [zu 1–3].

1. Ergänzung der Verordnung² zum Aufgebot verlorener oder vernichteter Staatspapiere. [B] — **2. Quarantäneeinrichtungen beim Eingang des fremden Rindviehs an den östlichen Grenzen.**³ [B] — **3. Die Einsendung der halbjährigen Nachweisungen der neu angestellten Beamten an das Staatsministerium ist nicht weiter nötig, da die Ober-Rechnungs-Kammer der Kontrolle über die**

¹ TOP 1–4: Schuckmann [U].

² Vgl. KO v. 22.10.1825, GS, S. 229.

³ Vgl. den Immediatbericht v. 13.8.1829 in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 100 (1) Bd. 1, n.f.; dort auch Voten und weiteres Material.

Anstellung versorgungsberechtigten Beamten [...] überlassen wurde. [B] — 4. Mittel zur Havel- und Oderregulierung und zur Vorflutsregulierung bei Torgau. [B]

Nr. 279 Sitzung des Staatsministeriums am 7. September 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 10, Bl. 79–89 [Teilprot. 34a–d]; MF 72. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend [U]: Schuckmann, Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 4; U], v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann [zu 1–3].

1. Untertanen, die mit landesherrlicher Genehmigung *beglaubigte* Residenten [...] auswärtiger Staaten werden, bleiben in ihren Privathandlungen den *preußischen* Landesgesetzen und der Gerichtsbarkeit unterworfen. *Ausnahmen*. [B] — 2. *Pflicht der Stadtgemeinde zu Berlinchen zur Bezahlung von Diäten, die in der Untersuchung wider den Bürgermeister Jacobi entstanden sind. Differenzen zwischen Schuckmann und Danckelman. Beschlossen wird, daß solche Kosten als allgemeine Justizverwaltungskosten zu verstehen sind.*¹ [B] — 3. *Rechtsangleichung in den Rheinprovinzen. Statt die Einführung der preußischen Gesetzgebung und Gerichtsverfassung von einer allgemeinen Revision der Gesetzgebung vollkommen abhängig zu machen, schlägt Danckelman vor, bei der Einführung des Allgemeinen Landrechts sowie der Prozeßordnung nur solche Modifikationen [...] zuzulassen, [...] welche aus Lokal- oder Provinzialverhältnissen oder sonstigen individuellen Eigentümlichkeiten der Rheinprovinzen [...] notwendig oder nützlich sind. Die rheinischen [...] Provinzialstände sollen zu diesen Modifikationen [...] Vorschläge und Anträge machen. Allgemeine Überzeugung, daß dieser Weg der angemessenste ist. Bei der Einführung sollen die gleichen Gesetze wie bei der Einführung in das Herzogtum Westfalen² [...] ausgenommen werden. Die Revision soll soweit fortgeschritten sein, daß besonders die Gesetze und Änderungen zur Zivil- und Kriminalprozeßordnung sofort eingeführt werden können. Deshalb soll auch nicht der von Danckelman vorgeschlagene Einführungstermin [...] 1. Januar 1827, sondern der 1. Januar 1828 empfohlen werden.*³ [B] — 4. *Besoldung. Gehaltsdisposition seitens der Ministerien und Verwaltungsbehörden, Notwendigkeit einer Immediatgenehmigung bei Überschreitung der Normalsätze.* [B]

¹ Vgl. Voten in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 32 Bd. 1.

² Vgl. das Einführungspatent v. 21.7.1825, GS, S. 153.

³ Vgl. das Votum Danckelmans in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 1 Bd. 2. Vgl. auch Landsberg, Ernst, *Das rheinische Recht und die rheinische Gerichtsverfassung*, in: *Die Rheinprovinz 1815–1915*, hrsg. von Joseph Hansen, Bonn 1917, Bd. 1, S. 157f.

Nr. 280 Sitzung des Staatsministeriums am 14. September 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 10, Bl. 90–96v [Teilprot. 35a–c]; MF 72/73. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend [U]: Schuckmann, Lottum, Bernstorff, Danckelman, Motz. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b] Löffler [U]; [c] Jacobi [U].

Weitere Teilnehmer: Jacobi [zu 3; U], Löffler [zu 2; U], v. Schoeler [für Hake U], v. Staegemann [zu 1–2].

1. Ansprüche der Stadt Stralsund auf Gerechtsame aus dem Besitzstand vor 1806.¹ [B] — **2.** Neujahrsgeschenke an die Dienerschaft der Ministerialbehörden. *Einheitliches Verfahren, selbständige Entscheidung des Departementchefs, Höhe der Mittel, Verfahren für 1825.* [B] — **3.** Unterhaltung der chaussierten Bezirksstraßen jenseits des Rheins. Zulagscentimen zur Grundsteuer sowie die sofortige Einführung des Chausseegeldes [...] nach dem allgemeinen Chausseegeldtarif. *Die Beratung der Provinzialstände ist abzuwarten.* [B]

¹ Vgl. die Darstellung des Magistrats v. 8.4.1825 in: Rep. 77, Tit. 2959 Nr. 8, n.f.; dort auch weiteres Material. Voten auch in: Rep. 84a, Nr. 40501. Die Gerechtsame der Stadt werden ausführlich dargestellt in: Fabricius, Carl Ferdinand, *Die Stadt Stralsund. Verfassung und Verwaltung, Stralsund 1831.*

Nr. 281 Sitzung des Staatsministeriums am 21. September 1825.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 10, Bl. 97–105v [Teilprot. 36a–c]; MF 73. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend [U²]: Schuckmann, Lottum, Bernstorff, Danckelman, Motz. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Jacobi, Pomowitz [beide zu 2–3], v. Schoeler [für Hake U], v. Staegemann [zu 1].

1. Dienstuniform für Mitglieder der standesherrlichen Mediatjustizkollegien. Berechtigung zum Tragen der Dienstuniform der königlichen Justizbeamten ihrer Kategorie. Tragen einer noch zu gewährenden Uniform des jeweiligen Standesherrn.³ [B] — **2.** Verpflichtung der Städte in den neuen und wieder vereinigten Provinzen zur Gewährung der Garnisonseinrichtungen gegen regulativmäßige Servisvergütungen.⁴ [B] — **3.** Deckung der Kosten und Vorschüsse der rheinischen Bauangelegenheiten, welche sich auf die Beschlüsse der Konferenz von Engers⁵ beziehen. [B]

¹ TOP 2.

² TOP 2: Altenstein [U].

³ Vgl. KO v. 31.10.1825 in: Rep. 90, Nr. 90.

⁴ Zu den am 6.7.1825 stattgefundenen Erörterungen konnte kein Protokoll nachgewiesen werden. Vgl. aber das Allgemeine Regulativ über das Servis- und Einquartierungswesen v. 17.3.1810, GS 1806–10, S. 649, insbes. § 35, S. 655.

⁵ Zur Konferenz von Engers vgl. Rep. 74, O N Niederrhein Nr. 4 Bd. 1.

Nr. 282 Sitzung des Staatsministeriums am 28. September 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 10, Bl. 106–108 [Prot. 37a]; MF 73. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXIV Nr. 21, Bl. 104–105; Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend¹: Schuckmann [U], Lottum [U], Bernstorff [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: GehLegR v. Bülow [U].

¹ Hake: [U].

Weitere Teilnehmer: GehLegR v. Bülow [U], v. Schoeler [für Hake].

Abschließung eines Friedens mit den Nordafrikanischen Raubstaaten (*Barbaresken*) zur Sicherstellung der preußischen Flagge im mittelländischen Meere und die Deckung der dadurch veranlaßten Kosten. Wegen dieser Kosten auch Zweifel am Nutzen eines solchen Friedensvertrags, weshalb der Präsident der Seehandlung Rother hierzu Gutachten erstellen lassen soll.² [B]

² Vgl. Rep. 90, Tit. XXIV Nr. 21; dort u. a. die im Protokoll erwähnten Berichte der Ministerien des Handels und der auswärtigen Angelegenheiten v. 26.10.1824 und 16.5.1825 sowie Voten. Vgl. auch Zimmermann, Handelspolitik, S. 123–127.

Nr. 283 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Oktober 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 10, Bl. 109–114v [Teilprot. 38a–b]; MF 73. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Bernstorff, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Wolfart [zu 1].

1. Kompetenz des Justizministers. Danckelman weigert sich, die gerichtliche Klage der zur Feuer- sozietät verbundenen schlesischen Provinzialstädte wegen Verluste im Kriege 1806/07 durch Befehl zurückzuweisen.¹ Diese Haltung wird durch die Mehrheit der Staatsminister abgelehnt, weil u. a. eine grundsätzliche Unbeschränktheit der einzelnen Gerichte die Wirksamkeit der verwal- tenden Ministerien bedrohen würde. Notwendigkeit eines Gesetzes zur Verhinderung solcher Prozesse sowie einer Behörde, die disziplinarisch gegen ein einzelnes dies Gesetz verletzendes Gericht vorgehen kann. Eine weitere Beratung² zu diesem wichtigen Gegenstand, vorbereitet durch den Innenminister, soll stattfinden.³ [B] — **2. Rechtsangleichung in den Rheinprovinzen.** Danckelman ist gegen die Wiederherstellung einzelner Bestimmungen des früheren Provinzialrechts, denn er betrachtet die Unterwerfung der ganzen Provinz unter die allgemeinen Landesgesetze als eine Wohltat für die Provinz. Die Majorität ist der Meinung, daß eine partielle Wiederherstellung für die Rheinprovinzen von Wichtigkeit wäre; eine genaue Prüfung der früheren [...] Provinzialgesetze ist von den Ständen zu erwarten. Danckelmans Vorschlag, die preußische Gesetzgebung unab- hängig von der Vollendung der Redaktion des rheinischen Provinzialrechts zum 1. Januar 1828 einzuführen, wird zugestimmt.⁴ [B]

¹ Vgl. das Edikt wegen Vergütung der Leistungen während des jetzt beendigten Krieges v. 3.6.1814, GS, S. 49 und die KO wegen der Einwirkung des Chefs der Justiz in die formellen Verfügungen der Gerichtsbehörden v. 6.9.1815, GS, S. 198.

² Vgl. Sitzung am 28.12.1825.

³ Vgl. auch Loening, Edgar, Gerichte und Verwaltungsbehörden in Brandenburg-Preußen, Halle 1914, S. 214–218.

⁴ Vgl. den Immediatbericht v. 5.11.1825 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 1 Bd. 2, Bl. 160–164v; auch in: Rep. 89, Nr. 17250, Bl. 8–11v. Vgl. auch Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung, Bd. 2, S. 492.

Nr. 284 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Oktober 1825.

Vollz. Reinschriften und Reinschr. [c], Bl. 115–128v [Teilprot. 39a–f]; MF 73. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1 und 5], Altenstein [V, zu 1–2, 4, 6; U], Schuckmann, Lottum, Bernstorff [alle zu 1–2, 4, 6; U], Hake [zu 1–2, 6; U], Danckelman, Motz [beide zu 1–2, 4–6; U]. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c–f] [?].

Weitere Teilnehmer: GehLegR v. Bülow [zu 4; U], Jacobi [zu 3 und 6; 6 U], Müller [zu 4; U], v. Staegemann [zu 1–2, 5].

1. Vereinigung der Ortspolizeigewalt in den Provinzen des ehemaligen Königreichs Westphalen mit der Patrimonialgerichtsbarkeit, wie sie schon vor dem Krieg von 1806 bestand. Einer solchen Wiederherstellung muß eine Organisation des Kommunalwesens vorangehen.¹ Trennung des Kommunalverbandes [...] zwischen den Rittergütern und Domänenämtern und den Dorfgemeinden. [B] — **2. Erteilung des Auswanderungskonsens an landwehrpflichtige Personen.** Differenz [...] zwischen den Ministerien des Innern und des Kriegs. Befugnis bei der Regierung ohne Mitwirkung der Militärbehörde, Pflichten der Regierung in einem solchen Fall gegenüber der Militärbehörde, Meldung beim Bezirksfeldwebel.² [B] — **3. Beförderung der Tuchfabrikation in Guben.** [B] — **4. Ermäßigung der Eingangsabgaben für Getreide und Vieh aus Mecklenburg-Strelitz.** Herabsetzung der Durchgangsabgaben. [B] — **5. Ergänzung des Holzdiebstahlsgesetzes³ von 1821 für den Fall, wenn mehrere Personen bei dem Diebstahl konkurrieren.** [B] — **6. Befreiung der Philipponen von dem Militärdienst. Allgemeine Bedingungen zur Einwanderung.⁴** [B]

¹ Vgl. VO v. 31.3.1833, GS, S. 61, v. a. § 3 über die Einwirkung der Guts- und Gerichtsherren auf die Gemeinde-Angelegenheiten und die Polizei, S. 61 f.

² Voten und weiteres Material in: Rep. 77, Tit. 226 Nr. 81 Gen. Bd. 1.

³ Vgl. die Deklaration zum Gesetz v. 7.6.1821, GS, S. 89, v. 6.3.1827, GS, S. 27.

⁴ Der Immediatbericht v. 26.11.1825 in: Rep. 90a, Y I Nr. 6 Bd. 1, n. f.; dort auch Voten. Zu den Bedingungen für die Aufnahme der Philipponen in Ostpreußen und Litauen vgl. das Schreiben Schuckmanns v. 5.12.1825 an die Regierung Gumbinnen in: Rep. 77, Tit. 416a Nr. 7 Bd. 1; dort auch weiteres Material. Vgl. auch Gerß, M., Mitteilungen über die Philipponen im Kreise Sensburg, in: Neue Preußische Provinzial-Blätter, Königsberg 1849, S. 50–56 und 59.

Nr. 285 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Oktober 1825.

Reinschr. [a] und vollz. Reinschr., Bd. 10, Bl. 129–131v [Teilprot. 40a–b]; MF 74. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n. f.

Anwesend [zu 2; U]: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Bernstorff, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: [b] v. Staegemann; [a] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Staegemann [zu 2].

1. Erhebung der Vizinalwege¹ in die Kategorie der Bezirksstraßen. [B] — **2. Entwurf² eines Gesetzes über das Armenwesen. Spezialdiskussion.** [B]

¹ Wege, die von Nachbargemeinden und nicht vom Staat unterhalten werden.

² Rep. 77, Tit. 223 Nr. 118 Bd. 1, Bl. 15–22; dort auch der gedr. Immediatbericht Bl. 35–38, ein gedr. Exemplar des Gesetzentwurfs, Bl. 35 und 38–40 (beide für den Staatsrat bestimmt) sowie ein Votum Schuckmanns und weiteres Material.

Nr. 286 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Oktober 1825.¹

Vollz. Reinschr., Bd. 10, Bl. 132–133 [Prot. 41a]; MF 74.

Unterschrieben: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Bernstorff, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: Koehler [U].

Weitere Teilnehmer: Koehler [U].

Allgemeine Punkte zur Regulierung der neuen Etats für die Provinzialverwaltungsbehörden. Etatsentwürfe für die Rheinprovinzen, Westfalen und Posen.²[B]

¹ *Zwischen dem 26.10. und 27.12.1825 fanden 5 Sitzungen statt, die sich der Organisation der Provinzialverwaltungsbehörden, v. a. den Etats widmeten. Obwohl auf Bl. 133 in Bleistift nicht zum Journal des Staatsministerii gekommen steht, wurden die Protokolle ins Protokolljournal eingetragen (Rep. 90, Protokoll-Journal Nr. 20226, Bl. 58v). Hier in einer schwer lesbaren Handschrift verfaßt, sind diese Protokolle als Abschriften in Rep. 89 nicht vorhanden. Allerdings befinden sich hier die gut lesbaren Immediatberichte zu den einzelnen Protokollen, vgl. Rep. 89, Nr. 13436. Vgl. weiter den Bericht zu den Etats der Provinzial-Verwaltungs-Behörden v. 1.9.1825 (vermutlich ist dies der im Protokoll auf Bl. 133 gemeinte Bericht), in: Rep. 151, I B Nr. 140, Bl. 11–20 sowie die KO v. 31.12.1825, GS, S. 5.*

² *Die Immediatberichte v. 26.11.1825 in: Rep. 89, Nr. 13436, Rheinprovinzen, Bl. 45–49v; Westfalen, Bl. 53–55; Posen, Bl. 64–65v.*

Nr. 287 Sitzung des Staatsministeriums am 2. November 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 10, Bl. 134 [Prot. 42a]; MF 74. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Bernstorff, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Jacobi, Müller [U], v. Staegemann.

Disziplinarsachen u. a. des Kartographen Sotzmann. Zu dessen Entlassung sind jedoch keine hinlänglichen Gründe vorhanden. Debatte darüber, ob es zulässig ist, einen durch das Gericht völlig freigesprochenen Beamten über denselben Gegenstand auf administrativem Wege aufs Neue zur Untersuchung zu ziehen.¹ [B]

¹ *Sotzmann wurde vom Kammergericht von der Teilnahme an Betrügereien sowie von einer vorsätzlichen Verletzung seiner Amtspflichten freigesprochen, aber zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Kriegsminister war jedoch für dessen Entlassung auf administrativem Wege, weil das Vertrauen seines Vorgesetzten nicht mehr gewährleistet war, vgl. Rep. 90, Tit. XI Litt. S Nr. 6. Nach dem Hof- und Staatshandbuch, das allerdings in den Jahren 1825–27 und 1829–30 nicht erschien, blieb Sotzmann bis 1835 als Kriegsrat bei der Akademie der Wissenschaften für das Depot der Landkarten sowie der Memoiren und Schriften zuständig.*

Nr. 288 Sitzung des Staatsministeriums am 9. und 16. November 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 10, Bl. 135–136v [Prot. 43a]; MF 74.

Unterschrieben: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: Koehler [U].

Weitere Teilnehmer: Koehler [U].

*Personaletats der Verwaltungsbehörden der Provinzen Pommern und Brandenburg sowie deren Organisation; Pensionssachen.*¹

¹ *Vgl. die Immediatberichte v. 26.11.1825 in: Rep. 89, Nr. 13436, Brandenburg, Bl. 68–73v; Pommern, Bl. 77–78v.*

Nr. 289 Sitzung des Staatsministeriums am 17. November 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 10, Bl. 137–138 [Prot. 44a]; MF 74. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl Herzog von Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Bernstorff [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Staegemann.

*Entwurf*¹ *eines Gesetzes über das Armenwesen, fortgesetzte Spezialdiskussion.*

¹ *Vgl. Sitzung am 19.10.1825, TOP 2 mit Anm.*

Nr. 290 Sitzung des Staatsministeriums am 23. November 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 10, Bl. 139–141v [Prot. 45a]; MF 74.

Unterschrieben: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Bernstorff, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: Koehler [U].

Weitere Teilnehmer: Koehler [U].

*Personaletat für die Verwaltungsbehörden der Provinz Sachsen sowie deren Organisation; Pensionssachen.*¹

¹ *Der Immediatbericht v. 31.12.1825 in: Rep. 89, Nr. 13436, Bl. 98–105.*

Nr. 291 Sitzung des Staatsministeriums am 29. November 1825.

Vollz. Reinschr. Bd. 10, Bl. 142–143v [Prot. 45b]; MF 74.

Unterschrieben: Altenstein [V], Schuckmann, Hake, Motz. — Prot.: Koehler [U].

Weitere Teilnehmer: Koehler [U].

Personaletats für die Verwaltungsbehörden *der* Provinz [...] Schlesien *sowie deren Organisation. Pensionssachen.*¹

¹ *Der Immediatbericht v. 10.12.1825 in: Rep. 89, Nr. 13436, Bl. 89–94.*

Nr. 292 Sitzung des Staatsministeriums am 30. November 1825.

Vollz. Reinschriften, Bd. 10, Bl. 144–154v [Teilprot. 46a–e]; MF 74.

Anwesend [U]: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 3 und 5], Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b, e] Jacobi [U]; [c–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Jacobi [zu 2 und 5; U], v. Staegemann [zu 1].

1. *Stempelfreiheit in den Rheinprovinzen bei Verfügungen der Behörden, die das dem Staate zustehende Oberaufsichtsrecht über Gemeinden und öffentliche Institute ausüben; vertagt. — 2.* *Erhöhung der Wartegelder und Pensionen der Wachtmeister und Gendarmen entsprechend den Grundsätzen für Zivilbeamte. Die Ministerien des Innern und der Finanzen sollen über die Zulässigkeit der Wartegelder und Pensionsbewilligung entscheiden. Die Besoldungsbeträge der Gendarmerieoffiziere sollen künftig von den Etats der Ministerien des Innern und der Finanzen abgesetzt und auf den Etat des Kriegsministeriums gebracht werden. Dieses Ministerium soll auch die Pensionierung nach den Militärpensionsgrundsätzen beurteilen.*¹ [B] — **3.** *Abänderung des schon genehmigten Gesetzentwurfs zur Bestrafung des Holzdiebstahls.*² [B] — **4.** *Bildung von Familienfideikommissen in den Rheinprovinzen. Kein besonderes Gesetz bis zur Einführung des Allgemeinen Landrechts. Errichtung von Familienfideikommissen nur mit Bestätigung des Königs.*³ [B] — **5.** *Revision der gewerbepolizeilichen Gesetzgebung. Bildung einer Kommission⁴, die zunächst nur für die alten Provinzen zuständig ist. Sie soll aber gleichzeitig ihr Gutachten über die Regulierung dieser Angelegenheiten in den übrigen östlichen Landesteilen vorlegen, hinsichtlich der westlichen Provinzen soll die vorläufige Emanierung der neuen Gewerbepolizei-Gesetzgebung für die östlichen Provinzen abgewartet werden.*⁵ [B]

¹ *Vgl. das Votum Schuckmanns in: Rep. 77, Tit. 299c Nr. 20 Bd. 1, n.f. Das Innenministerium gab die Zuständigkeit des Kriegsministeriums für die Entlassung und Pensionierung der Wachtmeister und Gendarmen am 4.10.1826 bekannt, vgl. Kamptz, Annalen, Bd. 10 (1826), S. 1094–1095; auch bei Rönne, Ludwig v., Das Polizeiwesen des preußischen Staates, 2 Bde., Breslau 1840–41, Bd. 1, S. 75.*

² *Vgl. die Deklaration zum Gesetz v. 7.6.1821 (GS, S. 89) wegen Untersuchung und Bestrafung des Holzdiebstahls v. 6.3.1827, GS, S. 27.*

³ *Der Immediatbericht v. 15.2.1826 in: Rep. 90, Nr. 2363, Bl. 24–24v. Vgl. auch KO zur Errichtung der Familienfideikommissen in den Rheinprovinzen v. 25.2.1826, GS, S. 19.*

⁴ *Zur Bildung dieser Kommission (Mitglieder waren Wirkl.GehORegR Hoffmann, GehORegR Kunth, Maassen, OTribunalR Müller und Jacobi) und deren Arbeit bis 1830 vgl. Rep. 90a, J I I Nr. 1 Adhib. A 1. Die Protokolle dieser Kommission von 1827 in: Ebd., Adhib. A 8; von 1828–1829 in: Ebd., Adhib. A 9. Vgl. auch Brose, Eric Dorn, The Politics of Technological Change in Prussia: Out of the Shadow of Antiquity, 1809–1848, Princeton 1993.*

⁵ *Vgl. den Immediatbericht v. 30.12.1825 in: Rep. 90a, J I I Nr. 1 Bd. 1, Bl. 16–17v; dort auch Voten und weiteres Material. Weiteres Material auch in: Rep. 89, Nr. 27772 und Rep. 120, B I Fach 1 Nr. 1 Bd. 1.*

Nr. 293 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Dezember 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 10, Bl. 155–157 [Prot. 47a]; MF 74. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: Jacobi [U].

Weitere Teilnehmer: Jacobi [U].

Zulagscentimen. Einziehung zur Staatskasse im Regierungsbezirk Münster. [B]

Nr. 294 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Dezember 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 10, Bl. 158–160 [Prot. 48a]; MF 74. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann.

Verpflichtung der Grenznachbarn der Staatswaldungen zur Erhaltung der Forstgrenzen im Regierungsbezirk Trier.¹ [B]

¹ *Der im Protokoll erwähnte Bericht (Bl. 159) der Regierung Trier in: Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 9, Bl. 4–11v; dort auch der Immediatbericht v. 13.1.1826 und Voten.*

Nr. 295 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Dezember 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 10, Bl. 161–161v [Prot. 49a]; MF 74. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Simon, Skalley, v. Staegemann.

Disziplinarsache. [B]

Nr. 296 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Dezember 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 10, Bl. 162–163v [Prot. 50a]; MF 74.

Anwesend [U]¹: Altenstein [V], Schuckmann, Danckelman, Motz. — Prot.: Koehler [U].

Weitere Teilnehmer: Koehler [U].

Personaletats für die Verwaltungsbehörden der Provinz Preußen sowie deren Organisation. Pensionssachen.² [B]

¹ Hake [U].

² Der Immediatbericht v. 31.12.1825 in: Rep. 89, Nr. 13436, Bl. 133–143a.

Nr. 297 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Dezember 1825.

Vollz. Reinschr., Bd. 10, Bl. 165–166v¹ [Prot. 51a], Anlage²: Bl. 164; MF 74/75. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3660, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Bernstorff [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Staegemann.

Kompetenzkonflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden.³ Schuckmann ist der Meinung, wenn die Gerichtsbehörden einen Gegenstand an sich ziehen, der nach der Überzeugung der Verwaltungsbehörden von der richterlichen Kognition gesetz- und verfassungsmäßig ausgeschlossen ist, der Justizminister die Autorität hat, diese zurückzuweisen. Danckelman, Motz und mit Einschränkung Lottum sind der Meinung, daß dem Justizminister eine solche Autorität nicht verliehen worden ist. Eine Behörde, die hierüber entscheidet, soll gebildet werden.⁴ [B]

¹ Am Ende des Protokolls (26.1.1826) ist vermerkt, daß das Votum des Finanzministers [...] dem Protokoll beigefügt wurde, ist jedoch im Protokollband nicht überliefert.

² Bemerkung v. 8.3.1826 zum Umlauf des Protokolls mit Nachtrag v. 26.1.1826.

³ Vgl. KO über das Verfahren bei Kompetenzkonflikten zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden, wonach Fälle, wo keine Vereinigung zwischen dem Justizminister und dem Minister der betreffenden Verwaltung zu erreichen war, im Staatsministerium erörtert und geprüft werden sollen, v. 30.6.1828, GS, S. 86.

⁴ Vgl. Material in: Rep. 89, Nr. 16865, Bl. 3–6v.

Nr. 298 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Januar 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 1 und 3–6v [Teilprot. 1a–b], Anlage¹: Bl. 2; MF 75. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend²: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, zu 2; U], Schuckmann [U], Hake [zu 2; U], Danckelman [U], Motz [zu 2; U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Bethe, Günther [beide zu 2], v. Staegemann [zu 1].

¹ Vermerk aus dem Journal des StMinm. v. 25.2.1826: Wegen der unvollständigen Unterschrift dieses Protokolls wurde am 24.1.1826 zum gleichen Gegenstand eine Beratung gehalten. Beide Protokolle sind zu gleicher Zeit in Umlauf gekommen.

² TOP 2: Lottum [U].

1. Ansprüche der Erben des Dechanten Ebel auf die Pensionsrückstände, die ihr Erblasser als Dechant des Kreuzstiftes zu Nordhausen zu erhalten gehabt hätte. *Auslegung des betreffenden Artikels³ in der Bundesakte. Pensionen, die nicht als unmittelbare Folge des Reichsdeputationshauptschlusses, sondern durch spätere Aufhebung der Stifter entstanden sind. Forderung der Zahlung einer Pension im Ausland. Schulden des Königreichs Westphalen. [B] — 2. Anleihe zur Vollendung der Schleusenbrücken auf der Lippe. Modifikationen des Anleiheplans.⁴ [B]*

³ Artikel 15 der Deutschen Bundesakte v. 8.6.1815 in: GS 1818, Anhang, S. 152.

⁴ Vgl. den Immediatbericht v. 28.1.1826 in: Rep. 90, Tit. XXIV Nr. 18, n.f.

Nr. 299 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Januar 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 7–15 [Teilprot. 2a–c]; MF 75. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1–2], Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a] [Bethe]; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Bethe [zu 1], Bierdemann [zu 2], v. Ladenberg [zu 1–3; 1–2 U], Sack [zu 2; U], v. Staegemann [zu 2].

1. Die Kreiskassen der Kurmark sollen für die Kosten zur Unterdrückung des der Seuche halber [...] 1816 getöteten Viehs eine Vergütung von den kurmärkischen Städten erhalten.¹ [B] — 2. Das Staatsministerium ist nicht befugt, über die Dienstentlassung eines Militärbeamten zu entscheiden. [B] — 3. Bestimmung eines Normaljahres für die neuen und wiedereroberten Provinzen zum Schutz gegen die Ansprüche des Fiskus. *Ausdehnung* auf die Provinzen des linken Rheinufers, da 1818 heimisches Staatsgut in jenen Provinzen den Kirchen des Orts überlassen wurde.² [B]

¹ Vgl. KO v. 25.2.1826 zur Verpflichtung der Städte in der Kurmark zur Aufbringung dieser Kosten in: Kamptz, Annalen, Bd. 10 (1826), S. 220.

² Voten sowie weiteres Material in: Rep. 90, Tit. II Nr. 6.

Nr. 300 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Januar 1826.

Vollz. Reinschr., Bd. 11, Bl. 16–16v [Prot. 3a]; MF 75. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Bernstorff [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn, v. Staegemann.

Fortgesetzte Beratung zu den Ansprüchen der Erben des Dechant Ebel auf mögliche Pensionsrückstände ihres Erblassers. [B]

Nr. 301 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Februar 1826.

Vollz. Reinschr., Bd. 11, Bl. 18–18v [Prot. 4a]; MF 75. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Bernstorff, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: Koehler [U].

Weitere Teilnehmer: Koehler [U].

Allgemeine Revision der Feuersozietätswesen und Emanierung einer sich darauf beziehenden Verordnung. Die Revision für jede Provinz soll durch die Provinzialstände bewirkt werden. Spezialdiskussion zum Gesetzentwurf.¹ [B]

¹ *Der Gesetzentwurf in: Rep. 77, Tit. 100 Nr. 6 Bd. 5, Bl. 300–307v (als Druck für den Staatsrat bestimmt); dort auch der Immediatbericht v. 16.5.1826, Bl. 296–299v, ein vorläufiger Entwurf zu einem künftigen Propendo für die verschiedenen resp. Provinzialstände über das Feuersozietätswesen und weiteres Material.*

Nr. 302 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Februar 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 19–25 [Teilprot. 5a–c]; MF 75. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Bernstorff [zu 1–2; U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Jacobi, Müller [beide zu 1–2; U].

1. Ablehnung der Landlieferung zur Militärverpflegung durch die sächsischen Stände.¹ [B] — 2. Übernahme der Landlieferung zur Militärverpflegung durch die schlesischen Stände.² Spezialdiskussion. [B] — 3. Rechtsangleichung in den Rheinprovinzen. Entwürfe zum Immediatbericht und zu den Propositionen³ für die rheinischen Stände wegen Einführung der preußischen Gesetze. [B]

¹ *Vgl. die Denkschrift v. 15.11.1825 in: Rep. 77, Tit. 523f Nr. 5 Bd. 1, Bl. 29–31v sowie Rumpf, Verhandlungen, Folge 2 (Sachsen 1825), S. 124 f.*

² *Vgl. Rep. 77, Tit. 523d Nr. 3 Bd. 1, n.f. sowie Rumpf, ebd., (Schlesien 1825), S. 15 f. und 46.*

³ *Die Propositionen in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 1 Bd. 2, Bl. 172–176; dort auch der Immediatbericht v. 10.5.1826 und weiteres Material.*

Nr. 303 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Februar 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 23–30v [Teilprot. 6a–b]; MF 75. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1], Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Bernstorff [U], Hake [U], Danckelman [U]. — Prot.: [a] Sack [U]; [b] v. Staegemann.

¹ *TOP 1 und 2: Motz [U].*

Weitere Teilnehmer: Sack [zu 1; U], v. Staegemann.

1. Erlaß einer Verordnung² zur Gültigkeit der älteren Fideikomnisse in dem ehemaligen Großherzogtum Berg. [B] — 2. Verfahren gegen pensionierte Beamte, welche die Aufforderungen, über Gegenstände aus ihren früheren Amtsverhältnissen Aufschluß zu geben, unbefolgt lassen. Auffordern der gerichtlichen Exekution von den Dienstbehörden. Ein Gesetz hierzu ist nicht nötig.³ [B]

² Vgl. die Verhandlungen des Staatsrats in: Rep. 80, I Justiz Nr. 57 und 57a sowie das Gesetz v. 23.3.1828, GS, S. 38.

³ Vgl. Voten in: Rep. 90, Tit. IX Gen. Nr. 19; dort auch weiteres Material.

Nr. 304 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Februar 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 31–38v [Teilprot. 7a¹–c]; MF 75/76.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1], Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Bernstorff [zu 1 und 3; U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c] [Berger].

Weitere Teilnehmer: v. Berger [zu 3], v. Staegemann [zu 1–2].

1. Kompetenzkonflikt zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden. Votum² Lottums. Es soll keine Änderung des Beschlusses im Berichtsentwurf vorgenommen werden.³ Die Bemerkung Danckelmans in seinem Votum über die Seltenheit der Fälle wird im Bericht nicht erwähnt, da doch mehrere derselben zur Sprache gekommen sind. [B] — 2. Die Bestimmung der zuständigen Ministerialbehörde für die Leitung solcher Prozesse, deren Gegenstände aus Forderungen des Justizresorts sich ableiten und Entschädigung oder Zahlung aus Staatskassen zu Folge haben, soll der Revision der Gesetzgebung vorbehalten werden. [B] — 3. Anfragen einiger Regierungen zum Diäten- und Fuhrkosten-Regulativ⁴ vom 28. Juni 1825. Spezialdiskussion. [B]

¹ Das Teilprotokoll 7a entspricht 51a der Sitzung v. 28.12.1825.

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

³ Der Immediatbericht v. 16.3.1826 in: Rep. 89, Nr. 16865. Vgl. auch Voten in: Rep. 151, HB Nr. 927, n. f.

⁴ GS 1825, S. 163.

Nr. 305 Sitzung des Staatsministeriums am 1. März 1826.

Vollz. Reinschr. Bd. 11, Bl. 39–41v [Prot. 9a]; MF 76. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n. f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Schuckmann, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Bernuth, v. Staegemann.

Spezialdiskussion zum Entwurf¹ eines Immediatberichts Schuckmanns zu den Wahlen der Landräte und Kreisdeputierten in den Provinzen Brandenburg und Pommern. Erörtert wird u. a., ob an den Landratswahlen der Kreisversammlung nur die stimmberechtigten [...] Rittergutsbesitzer oder auch die Deputierten der Städte und des bauerlichen Standes teilnehmen sollen. Eine Vorschrift darüber,

¹ Der Entwurf v. Februar 1826 in: Rep. 90, Tit. XVII Gen. Nr. 5 Bd. 1, Bl. 6–7.

welchem Stand die in Landratsstellen zu Wählenden angehören und ob sie in den Kreisen angesessen sein müssen, *ist nötig.*² [B]

² *Der Immediatbericht v. 12.3.1826 in: Ebd., Bl. 18–20; dort auch Voten, ein Separatvotum des Kronprinzen mit seinen Bedenken zu den Beschlüssen des Staatsministeriums und weiteres Material. Die Sitzung zu diesem Gegenstand wurde von Altenstein einberufen, weil der Umlauf von Schuckmanns Konzept eine Verschiedenheit der Meinungen hervorgerufen hatte; vgl. sein Schreiben an Schuckmann v. 25.2.1826 in: Rep. 90, Tit. XVII Gen. Nr. 5 Bd. 1, Bl. 13. Vgl. auch Rep. 89, Nr. 13770. Das Votum Schuckmanns auch in: Rep. 77, Tit. 136 Nr. 8 Bd. 2. Zum Wahlverfahren für die Landräte und zum ausschließlichen Recht der Gutsbesitzer zu dieser Wahlhandlung vgl. KO v. 22.8.1826 und 10.11.1826, in: Kamptz, Annalen, Bd. 10 (1826), S. 593–595 bzw. S. 935 f.*

Nr. 305a Sitzung des Staatsministeriums am 1. März 1826.

Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XX C Nr. 6, n.f. (1 Blatt); MF Suppl. 3.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V], Schuckmann, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Staegemann.

*Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Sachsen. Weigerung des Oberlandesgerichts zu Magdeburg, das Übereinkommen [...] zwischen dem Landrat v.d. Schulenburg und den Kossäten zu Drüsedau über ihre Dienstablösung in das Hypothekenbuch einzutragen, weil hiermit die Rechte der Realgläubiger beeinträchtigt werden. Meinungsverschiedenheit zwischen Schuckmann und Danckelman.*¹

¹ *Die Nichtaufnahme dieses Protokolls in die staatsministeriellen Protokollbände sowie sein plötzlicher Abbruch belegen den fragmentarischen Charakter. Vgl. jedoch den Immediatbericht v. 1.3.1826, den Bericht des OLG Magdeburg v. 6.9.1825, die Korrespondenz zwischen Schuckmann und Danckelman und Danckelmans Votum in: Rep. 90, Tit. XX C Nr. 6, n.f.; dort auch weiteres Material. Vgl. auch Sitzung am 7.1.1829.*

Nr. 306 Sitzung des Staatsministeriums am 15. März 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 42–62v [Teilprot. 11a–e]; MF 76.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Schuckmann [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a] Müller [U]; [d] v. Staegemann; [b–c, e] [?].

Weitere Teilnehmer: Frick [zu 5], v. Goßler [zu 2–3], v. Ladenberg [zu 1–5; U], Müller [zu 1; U], v. Staegemann [zu 1–4].

- 1. Einige Bestimmungen des Lübischen Rechts hinsichtlich der allgemeinen Gewerbebesetze.**¹ —
- 2. Sukzession fremder Untertanen in diesseits belegene Lehne und Fideikomnisse: Entsprechende Verfügungen sollen nicht vom gesamten [...] Staatsministerium, sondern nur vom Innen- und**

¹ *Der Immediatbericht v. 14.4.1826 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 40 Bd. 1, Bl. 30–32; dort auch Voten und weiteres Material. Das Lübische Recht war eines der wichtigsten Stadtrechte des deutschen Mittelalters und galt auch in Pommern und Mecklenburg.*

Justizministerium ausgehen.² [B] — **3.** *Standesherrliche Sache. Rechtszustand der Gräflin [...] von Hatzfeldtschen [...] Standesherrschaft Wildenburg-Schönstein sowie die Bestätigung der von Hatzfeldtschen [...] Erbvereinigung von 1598.*³ [B] — **4.** *Zur Rückforderung zweier Meßfundations-Kapitalien des jetzt aufgehobenen Klosters Boedeken möchte der Graf v. Westphalen den Rechtsweg einschlagen. Anwendbarkeit der Kabinettsordre*⁴ vom 30. Juli 1822 und 4. Februar 1823; eventuelle Präklusion. [B] — **5.** *Eine vorübergehende Erhöhung der Gewerbesteuersätze für verschiedene Gewerbetreibende soll es nicht geben. Gewerbesteuererinnahme; Gewerbetreibende mit Verpflichtung zur Entrichtung der Gewerbesteuer; Spezialdiskussion zu Änderungen des Regulativs vom 28. April 1824 [...] über den Gewerbebetrieb im Umherziehen, v. a. in Hinblick auf die Verschiedenheit in den Befugnissen reisender Kaufleute von anderen Individuen, welche ein Gewerbe im Umherziehen betreiben.*⁵ [B]

² Vgl. die Berichte verschiedener Oberlandesgerichte und Regierungen in: Rep. 84a, Nr. 49866 sowie die VO v. 9.6.1827 zur Ergänzung der VO v. 11.3.1818, GS, S. 76.

³ Die Gesuche Hatzfeldts v. 21.7.1823 und 12.5.1824 in: Rep. 84a, Nr. 44666; dort u. a. auch das Gutachten v. 4.2.1824 des Prokurators Bölling zu Köln, Voten sowie ein Schreiben Danckelmans v. 8.12.1825 zur Vorbereitung der Sitzung am 15.3.1826. Eine beglaubigte Abschrift der Erbvereinigung von 1598 in: Rep. 90, Nr. 2496, Bl. 16–20v.

⁴ KO wegen eines Präklusivtermins etwaiger Ansprüche auf Gehalts-, Wartegeld- und Pensionsentschädigung aus der KO v. 1.8.1817 und 3.7.1818 sowie aus den Godesberger Verhandlungen für die rheinisch-westfälischen Provinzen im Jahre 1817 v. 30.7.1822, GS, S. 205; KO, daß ein gerichtliches Verfahren bei Verwaltungsansprüchen an den Staat aus der Zeit der ehemaligen Fremdherrschaft in den neu und wieder erworbenen Provinzen nicht zugelassen werden soll, v. 4.2.1823, GS, S. 21.

⁵ Vgl. KO v. 11.6.1826, GS, S. 61 sowie KO v. 28.4.1824, GS, S. 125.

Nr. 307 Sitzung des Staatsministeriums am 29. März 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 63–71v [Teilprot. 12a–d]; MF 76. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1–3], Schuckmann [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Eimbeck [zu 3], v. Goßler [zu 4], v. Staegemann [zu 2–4].

1. *Zuständige Kasse zur Entrichtung der Kosten, welche bei einer gerichtlichen Angelegenheit durch Requisition eines Infanteriekommandos aus einer benachbarten Garnison entstehen.*² [B] — **2.** *Die Jerichowschen Kreisstände wünschen Abänderung von Bestimmungen der Kriegsschuldenordnung.* [B] — **3.** *Beschleunigung des Geschäftsganges beim Geheimen Ober-Tribunal; kein neues Gericht über die Einrichtung der Revisionsinstanz.*³ [B] — **4.** *Legitimation unehelich gezeugter Kinder in den Rheinprovinzen. Gesetzentwurf.*⁴ [B]

¹ TOP 2: Hake [U].

² Vgl. das Schreiben Schuckmanns an Hake v. 30.3.1826 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 32 Bd. 1.

³ Vgl. den Extrakt aus der KO wegen Beschleunigung des Geschäftsganges beim Geheimen Ober-Tribunal v. 10.5.1826, GS, S. 53.

⁴ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch die KO wegen der Legitimation in den Rheinprovinzen v. 6.11.1827, GS 1828, S. 1.

Nr. 308 Sitzung des Staatsministeriums am 8. April 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 72–77v [Teilprot. 12e–f]; MF 76/77.

*Anwesend*¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm², Carl v. Mecklenburg-Strelitz [zu 1], Schuckmann [U], Hake [zu 2; U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [e] v. Staegemann; [f] Koehler [U].

Weitere Teilnehmer: Koehler [zu 2; U], Kühne [zu 2], v. Staegemann [zu 1].

1. *Änderungen der Gesetzentwürfe*³ über die Feuersozietäten und über die Holzdiebstähle in Gegenwart von Herzog Carl von Mecklenburg-Strelitz, Vorsitzender des Staatsrats. [B] — **2.** *Reklamationen von Beamten verschiedener Regierungen gegen ihre anlässlich der neuen Organisation der Provinzialverwaltungsbehörden vorgeschlagene Pensionierung. Die allgemeinen Grundsätze des Pensionsreglements von 1825 sollen als Richtlinie dienen.*⁴ [B]

¹ TOP 1: Hake [U].

² TOP 2: Nur auf kurze Zeit gegenwärtig.

³ Zu den Änderungen im Gesetz zur Bestrafung des Holzdiebstahls vgl. den Entwurf in: Rep. 80, I Justiz Nr. 74, Bl. 3–3v; dort auch der Immediatbericht v. 26.4.1826, ein Schreiben Herzog Carls an den Justizminister v. 20.5.1826 sowie das Gutachten des Staatsrats.

⁴ Vgl. Koehlers schriftlichen Vortrag über die vorliegenden Pensionsreklamationen v. 20.2.1826, in: Rep. 90, Tit. XLIII A Nr. 19 Bd. 1 sowie den Beschluß des Staatsministeriums v. 22.2.1826; dort auch eine Abschrift des schwer lesbaren Protokolls, Bl. 77–86. Vgl. auch den Immediatbericht v. 4.7.1826 in: Rep. 89, Nr. 13436, Bl. 235–258v.

Nr. 309 Sitzung des Staatsministeriums am 12. April 1826.

*Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 78–85v und 88–89v [Teilprot. 13a–e], Anlage*¹: Bl. 86–87v; MF 77.

*Anwesend*²: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 4–5³], Schuckmann [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a–c] Jacobi [U]; [d–e] Koehler [U].

Weitere Teilnehmer: Jacobi [zu 1–3; U], Koehler [zu 4–5; 5 U].

1. Propositionen⁴ für die Provinzialstände in den Rheinprovinzen und in Westfalen [...] wegen der Landlieferung zur Militärverpflegung. [B] — **2.** *Sächsische Provinzialstände wünschen die Beschleunigung des Kasernements in den Städten Magdeburg und Halberstadt*⁵. [B] — **3.** *Entschädigungsforderungen der Müllergewerke im Regierungsbezirk Breslau.*⁶ [B] — **4.** *Modifikationen in den schlesischen Provinzialverwaltungsetats.* — **5.** *Fortgesetzte Beratung zu den Reklamationen von Beamten verschiedener Regierungen gegen ihre anlässlich der neuen Organisation der Provinzialverwaltungsbehörden vorgeschlagene Pensionierung.*⁷ [B]

¹ Gegenstände der Modifikationen in den schlesischen Provinzial-Verwaltungs-Etats v. 12.4.1826, von Koehler unterschrieben.

² TOP 5: Altenstein [U].

³ TOP 5: Größten Teils gegenwärtig.

⁴ Rep. 77, Tit. 523h Nr. 3 Bd. 1, n.f.; Rep. 77, Tit. 523g Nr. 2 Bd. 1, Bl. 26–30.

⁵ Vgl. Rumpf, Verhandlungen, Folge 2 (Sachsen 1825), S. 137.

⁶ Vgl. Sitzung am 23.6.1824, TOP 1 mit Anm.

⁷ Vgl. Koehlers schriftlichen Vortrag über die vorliegenden Pensionsreklamationen v. 20.2.1826 in: Rep. 90, Tit. XLIII A Nr. 19 Bd. 1; dort auch eine Abschrift des schwer lesbaren Protokolls, Bl. 87–92. Vgl. auch den Immediatbericht v. 4.7.1826 in: Rep. 89, Nr. 13436, Bl. 235–258v.

Nr. 310 Sitzung des Staatsministeriums am 20. April 1826.

Vollz. Reinschr, Bd. 11, Bl. 90–93 [Prot. 14a]; MF 77. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 240, n.f.; Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend: Schuckmann, Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Staegemann.

Standesherrliche Sache. Spezialdiskussion zum kommissarischen Bericht über die Regulierung der standesherrlichen Verhältnisse des Fürsten zu Bentheim-Rheda-Tecklenburg. Anspruch auf Entschädigungen wegen des Verlusts der Grafschaft Lingen sowie der Herrschaften [...] Styrum, Wevelinghofen und Helfenstein; Anspruch auf die Souveränität über die Grafschaft Hohenlimburg. Standesherrliche Verhältnisse der Herrschaft Rheda.¹ [B]

¹ *Beauftragt mit der Feststellung dieser Verhältnisse war der Staatsrat Staegemann. Sein Bericht v. 10.8.1826 in: Rep. 90, Nr. 240, n.f.; dort auch der Immediatbericht v. 5.7.1826 sowie Voten. Zu den langwierigen Verhandlungen zwischen diesem fürstlichen Hause und dem preußischen Staat vgl. ferner Beusch, Westfälische Standesherrn, S. 311f.*

Nr. 311 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Mai 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 94–106 [Teilprot. 15a–d]; MF 77.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1¹, 3–4], Altenstein [V, zu 1–3; U], Schuckmann [U], Bernstorff [zu 1–2; U], Hake [U], Danckelman [zu 1–3; U], Motz [U]. — Prot.: [a] Koehler [U]; [d] v. Staegemann; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Koehler [zu 1; U], Kühne [zu 1 und 3], v. Staegemann [zu 4].

1. *Fortgesetzte Beratung zu den Reklamationen von Beamten verschiedener Regierungen gegen ihre anlässlich der neuen Organisation der Provinzialverwaltungsbehörden vorgeschlagene Pensionierung.² [B] — 2.* Regulierung der Jagdverhältnisse in den Landesteilen, die früher der französischen Herrschaft unterworfen waren. *Die entsprechenden Verhandlungen³ im Staatsrat sollen ausgesetzt werden, um noch in diesen Landesteilen selbst Ermittlungen über den Besitzstand und die Lage und Verhältnisse der Grundbesitzungen vorzunehmen. Übertragung der Untersuchung auf Kommissarien. [B] — 3.* Verpflichtungen der Bauräte bei den Regierungen in Beziehung auf die ihnen nach den neuen Normaletats der Regierungen zur Beschaffung der Arbeitshilfe ausgesetzten *Pauschalsumme. Verminderung dieser Summe. [B] — 4.* Organisation der Verwaltungsbehörden des Fürsten zu Wied. *Spezialdiskussion zum Bericht⁴ Ingerslebens. [B]*

¹ *TOP 1: Auf einige Zeit anwesend.*

² *Vgl. Koehlers schriftlichen Vortrag über die vorliegenden Pensionsreklamationen v. 20.2.1826 in: Rep. 90, Tit. XLIII A Nr. 19 Bd. 1; dort auch eine Abschrift des schwer lesbaren Protokolls, Bl. 101–104v. Vgl. auch den Immediatbericht v. 4.7.1826 in: Rep. 89, Nr. 13436, Bl. 235–258v.*

³ *Vgl. Rep. 80, I Justiz Nr. 49 und Rep. 80, I Justiz Adhib. 49b.*

⁴ *Der Bericht v. 4.1.1826 in: Rep. 90, Nr. 39, Bl. 28–31.*

Nr. 312 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Mai 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 107–110 [Teilprot. 16a–b]; MF 77. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Bernstorff [U], Hake [zu 1; U], Danckelman [U]. — Prot.: [b] v. Staegemann; [a] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Staegemann [zu 2].

1. Standesherrliche Sache. Rezesse mit den Fürsten zu Salm-Salm und zu Salm-Kyrburg. Vorbehalt der Rechte des hohen Adels und der Ebenbürtigkeit. [B] — **2. Bedenken gegen den Gebrauch des Prädikats eines „gräflichen Fiskus“ durch die Verwaltung des Grafen zu Stolberg-Wernigerode.** [B]

Nr. 313 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Mai 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 111 [Prot. 17]; MF 77. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend [U]: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V], Schuckmann, Bernstorff, Danckelman. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Staegemann.

Vortrag der bereits beratenen Gesetzentwürfe¹ über die Aufhebung des Lübischen Rechts in Pommern sowie über die Legitimation unehelich geborener Kinder in den Rheinprovinzen in Gegenwart des Herzogs Carl von Mecklenburg-Strelitz als Vorsitzenden des Staatsrats.² [B]

¹ *Vgl. Sitzungen am 15.3.1826, Top 1 mit Anm. und 29.3.1826, TOP 4 mit Anm.*

² *Vgl. Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 40 Bd. 1, u.a. das Gutachten des Staatsrats.*

Nr. 314 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Mai 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 112–121 [Teilprot. 18a–e]; MF 77/78.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake, Danckelman [U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [c] Müller [U]; [b, d–e] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Goßler [zu 5], Müller [zu 3; U], Simon [zu 2 und 4], v. Staegemann [zu 1–2, 5].

1. Einzelfallprüfung zur Verpflichtung der Städte, diejenigen Polizeibeamten zu pensionieren, welche ihnen bei der Zurückgabe der Polizeiverwaltung als ehemals landesherrliche Polizeibeamte

¹ *TOP 1: Bernstorff [U]; TOP 4: Motz [U].*

überwiesen wurden. [B] — **2. Rechtsangleichung** in Neuvorpommern. *Die Proposition² zur Einführung der preußischen Gesetze soll den Ständen vorgelegt werden.* [B] — **3. Wiederholtes Gesuch³** der Lehngutsbesitzer im Spremberger Kreis der Niederlausitz *auf eine allgemeine Allodifikation.* [B] — **4. Justizorganisation** im Herzogtum Westfalen, u. a. *Erhaltung des Hofgerichts zu Arnberg. Die Justizorganisation ist bis zur Revision der Gerichtsordnung [...] auszusetzen.*⁴ [B] — **5. Standesherrliche Sache.** *Zulässigkeit des Personalarrests gegen Standesherrn und ihre Familien in Schuldsachen im Wege der Exekution auf Antrag des Gläubigers.*⁵ [B]

² Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 24 Bd. 1, Bl. 191; dort auch der *Immediatbericht* v. 30.4.1826, Bl. 181, *Voten* sowie das *gedr. Gutachten des Staatsrats. Ausweislich Rumpf. Verhandlungen, Folge 4 und 6 (Pommern 1827, 1829), wurde diese Proposition dem Landtag nicht vorgelegt.*

³ Der *Immediatbericht* v. 7.6.1826 in: Rep. 90a, H II 3b Nr. 6 Bd. 1, n.f.; dort auch weiteres Material u. a. der *Bericht des Oberlandesgerichts Frankfurt/O.* v. 25.1.1826. Das *Gesuch* v. 12.11.1825 in: Rep. 89, Nr. 30773, Bl. 45–50; dort auch weitere *Gesuche der Stände der Niederlausitz* sowie der *Immediatbericht*. Vgl. auch Rep. 84a, Nr. 49890; dort mehrere *Gesuche der Niederlausitzschen Stände zur Allodifikation ihrer Lehne* sowie der *Bericht des Oberlandesgerichts Frankfurt/O. und das Votum Danckelmans*.

⁴ Vgl. den *Immediatbericht* v. 6.7.1826 in: Rep. 89, Nr. 17418, Bl. 15–26v. Zur *Justizorganisation im Regierungsbezirk Arnberg* vgl. auch den *Immediatbericht Danckelmans* v. 1.5.1826, in: Rep. 89, Nr. 17406.

⁵ Der *Immediatbericht* v. 18.7.1826 in: Rep. 90a, A XI 1 Nr. 7, n.f.; dort auch *Voten und weiteres Material. Das Votum Schuckmanns* in: Rep. 77, Tit. 41 Nr. 57.

Nr. 315 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Mai 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 122–135 [Teilprot. 19a–e]; MF 78.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 2–3, 5], Altenstein [V, U], Schuckmann [zu 1–2, 4–5; U], Bernstorff [zu 1–2; U¹], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a] Bading [U]; [b] Günther [U]; [c] v. Staegemann; [d] Jacobi [U]; [e] Müller [U].

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 1; U], Günther [zu 2; U], Jacobi [zu 4; U], GehJusR Müller [zu 5; U], v. Schoeler [für Hake U], v. Staegemann [zu 3 und 5].

1. Verfahren der obersten Verwaltungsbehörden nach erfolgter Verteilung des Pensionsfonds über 800 000 Rtlr. [B] — **2. Verbesserung der Schiffbarkeit der Havel** zwischen Liebenwalde und Havelhausen. *Kosten. Vorschlag der Regierung Potsdam zur Bildung eines Aktienvereins zur Aufbringung des Baukapitals.* [B] — **3. Bekanntmachung königlicher Verordnungen** durch die Amtsblätter und die ihnen beizulegende gesetzliche Kraft.² [B] — **4. Regulierung der polizeilichen Verhältnisse des Leinengewerbes** in Schlesien und in der Grafschaft Glatz. *Der Entwurf³ der Verordnung wurde von den schlesischen Ständen und Merckel geprüft. Spezialdiskussion.* [B] — **5. Befreiung gering verdienender Staatsdiener** von der Entrichtung der Untersuchungskosten, zu den sie verurteilt worden sind. *Differenz zwischen Motz und Danckelman. Motz will vor allem Forst- und Steuerbeamte, gegen welche sehr oft Untersuchungen [...] eröffnet werden, bei ihrem kargen Gehalt mit Untersuchungskosten nicht belasten.* [B]

¹ TOP 3 von Schönberg für den Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterschrieben.

² Vgl. *KO zur öffentlichen Gültigkeit der ausschließlich durch die Amtsblätter bekannt gemachten Gesetze* v. 24.7.1826, GS, S. 73.

³ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch den Immediatbericht* v. 5.7.1826 in: Rep. 89, Nr. 27883, Bl. 13–13v.

Nr. 316 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Juni 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 136–143 [Teilprot. 20a–b]; MF 78. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend: Altenstein [V, U], Schuckmann [zu 2; U], Lottum [U], Bernstorff [zu 1; U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn [zu 1], v. Schoeler [für Hake U], v. Staegemann, Wolfart [beide zu 1].

1. Ansprüche der französischen Donatarien 4. und 5. Klasse auf die rückständigen Einkünfte von ihren Donationen bis zum 30. Mai 1814. *Differenzen zwischen Bernstorff und Motz. Erörtert wird das Recht der Donatarien auf die Zurückforderung dieser Rückstände, die Legitimation des französischen Finanzministers, [...] namens der Donatarien die Rückstände zu liquidieren und auf welchem Wege bei dem Liquidationsgeschäft entstehende Streitigkeiten zu erledigen sind.*¹ [B] — **2.** Promemoria² Motz' über die Besteuerung der vom Zollverband ausgeschlossenen Landesteile. Surrogatbesteuerung. [B]

¹ *Voten hierzu in: Rep. 151, I A Nr. 7119, n.f. Materialien zur Abrechnung mit den Donatarien 4. und 5. Klasse zwischen 1826 und 1830, in: Rep. 151, I A Nr. 7125.*

² *Vgl. das Promemoria Motz' zur Steuererhebung in einigen vom Zollverbande ausgeschlossenen Landesteilen in: Rep. 151, III Nr. 2240, n.f.; dort auch das Votum Schuckmanns. Vgl. auch KO v. 3.10.1826, GS, S. 87.*

Nr. 317 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Juni 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 144–155v und 161–177v [Teilprot. 21a–i], Anlage¹: Bl. 156–160; MF 78/79. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend²: Altenstein [V, U], Schuckmann [zu 1–2; 4 und 9 U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [zu 4, 6–9; U]. — Prot.: [a, c, e] v. Staegemann; [b, d, f–i] [?].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 7–8], Frick [zu 9], v. Schoeler [für Hake zu 1–3, 5–9; 1–3, 5–8 U], Simon [zu 6], v. Staegemann [zu 1–3, 5–8].

1. Zur Verhütung der Futterdiebstähle *wünschen die sächsischen Provinzialstände die gesetzliche Einschränkung der Viehhaltung von Personen, die entweder gar keinen oder [...] nur einen geringen Grundbesitz haben.*³ [B] — **2.** Erhebung der freien Standesherrschaft Pleß zu einem Mediatfürstentum unter Beilegung einer Virilstimme auf dem schlesischen Landtag.⁴ Beilegung einer Virilstimme auf demselben Landtag an den Landgrafen zu Hessen-Rothenburg wegen des Mediatherzogtums Ratibor. — **3.** Pensionsabzüge *bei den* auf Grund des *Reichsdeputationshauptschlusses*

¹ *Entspricht Teilprot. 20f (TOP 5) v. 18.5.1825.*

² *TOP 1, 5–6: Motz [U]; TOP 1: v. Schönberg [für Bernstorff U].*

³ *Die Petition der Stände in: Rep. 77, Tit. 523f Nr. 5 Bd. 2. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 2 (Sachsen 1825), S. 140.*

Bemerkung v. 5.7.1826, Bl. 145: Auf die von dem Herrn Staats-Minister Grafen von Lottum gemachte Erinnerung wird in der heutigen Sitzung der dem Protokoll br. manu für nebenbei zugefügte Zusatz beschlossen. Wahrscheinlich ist hiermit die nebenstehende Anweisung für die Lokal-Polizei-Behörden gemeint. Anwesend bei dieser Sitzung waren Danckelman, Motz, v. Schoeler und v. Schönberg.

⁴ *Die Urkunde v. 1.3.1827 in: Rep. 100, Nr. 3913.*

[...] an Preußen *gekommenen Beamte*. Differenz [...] zwischen *Danckelman und Motz*. [B] — **4.** *Erneuter Antrag*⁵ *Vinckes*, seine Vorschläge gegen die zu große Zerteilung der Bauernhöfe und ländlichen Besitzungen in der Provinz Westfalen dem bevorstehenden Provinziallandtag zur Begutachtung der Stände vorzulegen. [B] — **5.** *Erbpräbende*. *Motz ist anderer Meinung als sein Amtsvorgänger zur Frage, ob der Reichsdeputationshauptschluß derartige Familienstiftungen der freien Verfügung des Landesherrn anheimgegeben hat. Bei der Frage der Präklusion in Ansehung der im vormaligen Lippe-Departement belegenen Stifter wünscht er eine Berücksichtigung im Wege der Gnade.*⁶ [B] — **6.** *Keine Wiedereinführung der Patrimonialgerichtsbarkeit in Neuvorpommern. Notwendigkeit einer Bestimmung hierzu im Proponendum*⁷ *zum Patent zur Einführung der preußischen Gesetzgebung*⁸. [B] — **7.** *Die Glaubwürdigkeit der auf Kündigung angestellten königl. Forstbeamten vor Gericht bleibt der Gesetzrevision vorbehalten.*⁹ [B] — **8.** *Die Schlesischen Stände beschwerten sich über die Schwierigkeiten von Gutsbesitzern mit einer Bestimmung*¹⁰, *welche die Verwendung der Kapitalien der Gerichtsdepositarien, Kirchen, Schul- und Stiftungs-Administrationen zum Ankauf von Staatsschuldscheinen [...] gestattet. Die Gutsbesitzer wünschen die Aufhebung dieser Bestimmung. Gerichtsbehörden sollen angewiesen werden, bei Unterbringung der Depositalkapitalien die hypothekarische Belegung vorzugsweise zu wählen.* [B] — **9.** *Erbschaftsstempelfreiheit der Kirchen, Armenanstalten, Waisenhäuser, milden Stiftungen, Schulen, Universitäten sowie Straf- und Besserungsanstalten.*¹¹ *Ausdehnung auch auf Institute gleicher Art in denjenigen Provinzen, denen bis zur Publikation des Stempelgesetzes*¹² *vom 7. März 1822 eine gleiche Stempelfreiheit nicht zugestanden hat.* [B]

⁵ *Der Antrag v. 9.2.1826 in: Rep. 90, Tit. XX C Nr. 8 Bd. 1, Bl. 3. Der Bericht Vinckes an Schuckmann v. 10.3.1824, als Hs. gedr. mit einer Vorrede v. 10.6.1824. Zur Datierung dieses Berichts vgl. Steffens, W., E. M. Arndt und Vincke. Ihre Anschauungen über den Bauernstand in den Strömungen ihrer Zeit, in: Westfälische Zeitschrift, 91 (1935), S. 217, Anm. 2; dort (S. 221–230) auch eine Erörterung dieses Berichts. Die Verhandlungen des Landtags mündeten im Gesetz über die bäuerliche Erbfolge in der Provinz Westfalen v. 13.6.1836, GS, S. 209. Der Immediatbericht v. 30.6.1826 auch in: Rep. 90, Tit. XX C Nr. 8 Bd. 1, n.f.; dort auch das Votum Danckelmans. Weiteres Material in: Rep. 84a, Nr. 9962. Vgl. auch die Verhandlungen des dritten und vierten Provinziallandtags in: Der dritte westfälische Landtag, Münster 1832, S. 24–26 bzw. Der vierte westfälische Landtag, Münster 1835, S. 26–28. Hierzu auch Steffens, ebd., S. 246–250. Vgl. auch Obenaus, Parlamentarismus, S. 472–473.*

⁶ *Der Immediatbericht v. 10.7.1826 in: Rep. 90, Tit. XXXII Nr. 4, Bl. 32–39v; dort auch Voten und ein Schreiben Motz' an Staegemann v. 29.5.1826 zu Fragen, die später im Protokoll erörtert wurden. Der Prozeß zwischen den von Möllendorfschen Erben und dem Fiskus ging um die Erbpräbende des Domstifts Havelberg; vgl. ebd., Bl. 128f.*

⁷ *Eine Bemerkung Lottums v. 29.6.1826, Bl. 167v richtete sich gegen die Annahme, daß Sr. Majestät [...] das Proponendum von der Bestimmung über die Patrimonialgerichtsbarkeit nicht abhängig machen wollte.*

⁸ *Vgl. den Immediatbericht v. 18.7.1826 in: Rep. 90, Tit. XXXIII Nr. 24 Bd. 1, Bl. 208–210v; dort auch Voten.*

⁹ *Vgl. § 19 im Gesetz wegen Untersuchung und Bestrafung des Holzdiebstahls v. 7.6.1821, GS, S. 92f.*

¹⁰ *Vgl. KO v. 3.5.1821, GS, S. 46 sowie Kamptz, Annalen, Bd. 11 (1827), S. 313. Vgl. auch Rumpff, Verhandlungen, Folge 2 (Schlesien 1825), S 58.*

¹¹ *Diese Institute wurden genannt in der Deklaration des Stempelgesetzes für die ganze Monarchie v. 27.11.1811, GS, S. 313. Vgl. das Publikandum der Regierung Breslau v. 20.6.1827, zur Stempelfreiheit der Kirchen, milden Stiftungen etc., in: Kamptz, Annalen, Bd. 11 (1827), S. 584.*

¹² *GS 1822, S. 57.*

Nr. 318 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Juni 1826.

Vollz. Reinschr., Bd. 11, Bl. 178–179v [Prot. 22a]; MF 79. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A XI 1 Nr. 7, n.f.; Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend: Altenstein [V, U], Schuckmann, Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

Standesherrliche Sache. Beilegung des Prädikats regierend an die Häupter standesherrlicher Familien. [B]

Nr. 319 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Juni 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 180–184 und 193–194 [Teilprot. 23a–b, 24c]; MF 79.

*Anwesend*¹: Altenstein [V], Lottum, Danckelman [U], Motz [U]. — *Prot.:* [a] v. Staegemann; [b] [?]; [c] Koehler [U].

Weitere Teilnehmer: Koehler [zu 3; U], Kühne [zu 2–3], v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann [zu 1 und 3].

1. Die Zusicherungen, welche den Provinzialständen *Brandenburgs, Pommerns und Preußens* in den Landtagsabschieden vom 17. August 1825 ergangen sind – u. a. zu den Kommunallandtagen in der Kur- und Neumark, zu Feuersozietäten, zu den Landarmenanstalten, zu den Ansprüchen der Stände auf die Fonds der Landschaft, zu Unterstützungen der Privatindustrie, zu Marschfouragelieferungen, zur Instruktion für die Dorfrichter und die Schiedsrichter in der Provinz Preußen, zu den Landarmenhäusern in Taipau und Graudenz und zum Gymnasium zu Hohenstein – sollen noch näher behandelt werden, v. a. durch die Oberpräsidenten. [B]² — 2. Antrag³ der schlesischen [...] Stände auf eine Fixation der Verbrauchsabgaben von der Bier- und Branntweinfabrikation und die Kompensation dieser Abgaben mit den katastermäßigen Steuern. Da es sich hier um die Grundsteuer handelt, ist ein solches Verfahren nicht möglich. [B] — 3. Fortgesetzte Beratung zu Reklamationen von Beamten verschiedener Regierungen gegen ihre anlässlich der neuen Organisation der Provinzialverwaltungsbehörden vorgeschlagene Pensionierung.⁴ [B]

¹ TOP 3: Schuckmann [U].

² Bemerkung Staegemanns nach der Vollziehung des Protokolls (Bl. 181v): In der Zwischenzeit sind von dem Vortrage und der Anfertigung des Berichts bis zu dessen Beförderung in die Geh. Kanzlei verschiedene Veränderungen vorgegangen, weshalb die einzelnen Abänderungen b.[revi] m.[anu] gemacht wurden.

³ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden; vgl. jedoch Rumpf, Verhandlungen, Folge 2 (Schlesien 1825), S. 55.

⁴ Vgl. Koehlers schriftlichen Vortrag über die vorliegenden Pensionsreklamationen v. 20.2.1826 in: Rep. 90, Tit. XLIII A Nr. 19 Bd. 1; dort auch eine Abschrift des schwer lesbaren Protokolls, Bl. 87–92. Vgl. auch den Immediatbericht v. 4.7.1826 in: Rep. 89, Nr. 13436, Bl. 235–258v.

Nr. 320 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Juli 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 185–192 [Teilprot. 24a–b]; MF 79. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend [U]: Danckelman, Motz. — *Prot.:* [b] Bading [U]; [a] [?].

Weitere Teilnehmer: Bading [zu 2; U], Bierdemann [zu 1], v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U].

1. Berichtigung des Besitztittels der durch die Kriegereignisse *geschädigten* Einwohner Magdeburgs, welche zur Retablissemmentshilfe Domänengrundstücke empfangen haben. Anwendung der

Verordnung¹ vom 9. März 1819 über das rechtliche Wesen der Domänen in den neuen und wieder eroberten Provinzen.² Der Beschluß ist bis zur Einsicht in die Akten des Staatsrats seitens Danckelmans ausgesetzt. — 2. Vereinfachung des Etats- und Rechnungswesens in Bezug auf die Beiträge der Staatsbeamten zum Pensionsfonds. Bezahlung oder [...] Abzug des Agio vom Goldanteil gegen ferneren Bezug des letzteren. Ausgaben der Aussterbeetats. Künftige Anlegung der Etats.³ [B]

¹ GS, S. 73.

² *Der Immediatbericht v. 8.12.1826 in: Rep. 90, Tit. XXXV D Nr. 5, Bl. 50–55v; dort auch Voten. Vgl. auch KO v. 13.1.1827, GS, S. 20.*

³ *Die Erörterung dieser Frage wurde vermutlich dadurch veranlaßt, daß die General-Kontrolle der Finanzen durch KO am 29.5.1826 aufgelöst worden war (vgl. GS, S. 45). Ihre bisherigen Aufgaben sollten von der Staats-Buchhalterei übernommen werden. Unter anderem war diese Behörde mit den jährlichen Übersichten der Etats-Aufstellungen beauftragt. Am 30.6.1826 wurde auch eine besondere Abteilung – unter der Leitung Ludwig Kühnes – für die Etats-Revision gebildet. Zu diesen Vorgängen vgl. auch Petersdorff, Motz, Bd. 2, S. 17.*

Nr. 321 Sitzung des Staatsministeriums am 9. August 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 195–206v [Teilprot. 25a–e]; MF 79/80.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 2–3], Schuckmann [U], Lottum [zu 1–4; U], Danckelman [U]. — Prot.: [a, d–e] v. Staegemann; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Graevenitz [zu 2; U], v. Schoeler [für Hake zu 1–4; U], v. Schönberg [für Bernstorff zu 1–4; U], v. Staegemann [zu 1, 4–5].

1. Gesetzliche Übertragung der Vollstreckungsbefugnisse der Generalkommissionen an die Gerichte. *Differenz zwischen Schuckmann und Danckelman. Beschlossen wird, sich für jetzt auf den vorliegenden Fall [...] zu beschränken. Hierbei handelt es sich um die Beschwerde des Berliner Stadtgerichts über die Vollstreckungsbefugnis des Magistrats, die Kosten bei den Interessenten in der Auseinandersetzung der Berliner Feldmark zu verteilen. [B] — 2. Abänderungen im Anleiheplan¹ zur Schiffbarmachung der Lippe. Kündigung der Kapitalien nur nach Verhältniß der Überschüsse der Lippe-Schiffabgaben und Ermächtigung der Institut- und Depositenkassen zur Belegung ihrer Bestände bei der Anleihe. Vincke ist der Meinung, daß bei diesen Abänderungen der Anleiheplan nicht ausführbar ist. [B] — 3. Wahlen der Landräte und Kreisdeputierten. Fassung des § 10 des entworfenen Reglements.² [B] — 4. Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse. Auslegung und Anwendung der Verordnung³ über die Gerichtskosten bei den Hypothekenbehörden. Differenz [...] zwischen Schuckmann und Danckelman. [B] — 5. Kompetenzkonflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden. Bildung einer Kommission zur Entscheidung dieser Konflikte. Spezialdiskussion.⁴ [B]*

¹ *Der von Vincke entworfene Plan in: Rep. 90, Tit. XXIV Nr. 18, n. f.; dort auch Voten.*

² *Vgl. das Reglement wegen des Verfahrens bei den Wahlen der Landräte und Kreisdeputierten in den Provinzen Brandenburg und Niederlausitz sowie auf Pommern und Rügen v. 22.8.1826, in: Rep. 90, Tit. XVII Gen. Nr. 5 Bd. 1, Bl. 46–47.*

³ *Vgl. VO v. 20.6.1817, GS, S. 161 sowie das Reglement vom gleichen Datum wegen der Kostenrechnungen in Betreff der Auseinandersetzung der Gutsherrn und Bauern nach dem Edikte v. 14.9.1811, GS, S. 197.*

⁴ *Vgl. den Immediatbericht mit Vorschlägen zu Kommissionsmitgliedern v. 30.12.1826 sowie die Instruktion für die zur Entscheidung der Jurisdiktionsstreitigkeiten niedergesetzte Kommission, in: Rep. 89, Nr. 16865.*

Nr. 322 Sitzung des Staatsministeriums am 16. August 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 207–212v und 214–214v [Teilprot. 26a–d], Anlage¹: Bl. 213; MF 80.

Anwesend [U]: Schuckmann, Lottum, Danckelman. — Prot.: [a–c] Jacobi [U]; [d] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Goßler [zu 4], Jacobi [zu 1–3; U], v. Schoeler [für Hake 1–3 U], v. Schönberg [für Bernstorff U].

1. Beschränkung der Gewerbefreiheit in *Schlesien*: Petition² des Landtages. Die statistische Ermittlung des Umfangs des Gewerbebetriebs vor und nach Einführung der Gewerbefreiheit. Ein Entwurf zu dem beabsichtigten neuen Gewerbepolizeigesetz ist den Provinzialständen [...] vorzulegen. [B] — **2.** Ankauf von Pferden für den Militärbedarf in *Schlesien*: Petition³ des Landtages. Schlechter Zustand der dortigen Pferdezucht. [B] — **3.** Beseitigung einiger aus der neueren Gesetzgebung über die Gewerbe hergeleiteten Nachteile bezüglich des Verlagsrechts der Dominien und der Entrichtung älterer Gewerbeabgaben in *Schlesien*: Petition⁴ des Landtages. [B] — **4.** Erhebung der Majoratsherrschaft Kynast zur freien Standesherrschaft.⁵ [B]

¹ Aktennotiz über die nachträgliche Vollziehung (15.1.1827) von TOP 4. Obwohl jener Prot.-teil Schoeler zur Vollziehung [...] vorgelegt, ist mit Bleistift (Bl. 214) am 18.1.1827 bemerkt worden, daß dieser unvollzogen zurückging, da der Immediatbericht vom Kriegsminister gezeichnet wurde.

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden; vgl. jedoch Rumpf, *Verhandlungen, Folge 2 (Schlesien 1825)*, S. 53 f.

³ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden; vgl. jedoch ebd., S. 53.

⁴ Rep. 90a, J 1 1 Nr. 1 Adhib. A 4, Bl. 16–25v; dort auch weiteres Material, u. a. das Gutachten Merckels v. 25.2.1826, Bl. 45–57. Vgl. auch Rumpf, *Verhandlungen, Folge 2 (Schlesien 1825)*, S. 54 f. Dort (S. 75–77) auch der Beschluß des Staatsministeriums v. 30.5.1827 zu den gewünschten Abänderungen des Gewerbesteuergesetzes v. 30.5.1820.

⁵ Vgl. die Urkunde v. 15.4.1825 in: Rep. 100, Nr. 3946, n. f.

Nr. 323 Sitzung des Staatsministeriums am 23. und 30. August 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 11, Bl. 215–225 und 232–233v [Teilprot. 27a–d], Anlage¹: Bl. 226–231; MF 80. — Abschr.: GStAPK; I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n. f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1 und 3], Schuckmann [U], Lottum [U], Bernstorff [U], Danckelman [U]. — Prot.: [a, d] v. Staegemann; [b] [Skalley]; [c] [?].

Weitere Teilnehmer: Jacobi [zu 3; U], v. Schoeler [für Hake U], v. Staegemann [zu 1 und 4].

1. *Standesherrliche Sache*. Bericht² des rheinischen Oberpräsidiums über die Verhandlungen mit dem Fürsten zu Solms-Braunfels zur Organisation der fürstlichen Regierung. *Spezialdiskussion* zu einzelnen Bestimmungen der hierzu entworfenen Urkunde³. [B] — **2.** *Ablösung der Braugerech-*

¹ Anlage zu TOP 3: Entwurf eines staatsministeriellen Protokollteils v. 25.2.1824 über die Entschädigung der Müller, für die Aufhebung des Mühlenzwangs. Anwesend waren der Kronprinz sowie die Minister Bülow, Schuckmann und Lottum.

² Rep. 90, Nr. 90, Bl. 38–39.

³ Ebd., Bl. 40–55v; dort auch weiteres Material u. a. Voten.

tigkeiten der Braukommune zu Neisse durch die dortigen [...] Brauer.⁴ [B] — 3. Entschädigung der Mühlenbesitzer für den durch die Aufhebung des Mahlzwangs erlittenen Verlust. Beschränkung der neuen Mühlenanlagen. *Verhalten bei einzelnen dringenden Fällen.*⁵ [B] — 4. *Standesherrliche Sache.* Abänderung des Diploms zur Erhebung der freien Standesherrschaft Pleß in ein Fürstentum: Benennung „Mediatfürstentum“ anstelle der Benennung „Fürstentum des Herzogtums Schlesiens“. [B]

⁴ Die Beschwerde der Braukommune Neisse v. 20.12.1825 in: Rep. 90a, J I 2 Nr. 1 Bd. 2; dort auch der Immediatbericht v. 11.9.1826, n.f., Voten und weiteres Material.

⁵ Vgl. den Immediatbericht v. 30.9.1826 in: Rep. 90a, J I 2 Nr. 5, Bl. 140–145v; dort auch Voten und weiteres Material. Vgl. auch die Verhandlungen der märkischen Stände in: Rumpf, Verhandlungen, Folge 1 (Brandenburg 1824), S. 40 sowie der entsprechende Teil des Landtagsabschieds, S. 59.

Nr. 324 Sitzung des Staatsministeriums am 30. August 1826.

Vollz. Reinschriften mit Korrekturen¹, Bd. 11, Bl. 234–240 [Teilprot. 28a–b]; MF 80/81.

Anwesend [U]: Schuckmann, Lottum, Bernstorff, Danckelman. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake zu 1; 1–2 U]

1. Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Oberschlesien bezüglich der Gärtnerstellen. Anwendung der für solche Stellen in Oberschlesien beabsichtigten [...] Bestimmungen in Niederschlesien.² [B] — 2. Der ehemalige Präfekt v. Poninski zu Posen möchte, daß ihm eine Strafe aus der Zeit des früheren Herzogtums Warschau erlassen wird. [B]

¹ Zu TOP 1.

² Der Immediatbericht v. 30.9.1826 in: Rep. 90, Tit. XX C Nr. 4 Bd. 1, Bl. 115–147; dort auch Voten sowie die gedr. Gutachten des Staatsrats. Vgl. auch den entsprechenden Teil des Landtagsabschieds in: Rumpf, Verhandlungen, Folge 2, (Schlesien 1825), S. 51 f. und die VO v. 13.7.1827, GS, S. 79.

Nr. 325 Sitzung des Staatsministeriums am 6. September 1826.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 12, Bl. 1–9v [Prot. 29]; MF 81. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend: Schuckmann [U], Lottum [U], Bernstorff [U], Danckelman [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake].

1.–3. Erklärungen¹ der Provinzialstände Schlesiens und Sachsens zur Einführung und Modifikation der Städteordnung. Die baldige Regulierung des städtischen Kommunalwesens in Sachsen ist höchst wünschenswert. Die allgemeine Ablehnung der Städteordnung seitens der sächsischen Stände ist von wenig Gewicht. Modifikationen zu den Vorschlägen für eine Deklaration der Städteordnung, die den Provinzialständen Brandenburgs, Pommerns, Preußens, Westfalens und der

¹ Vgl. Rumpf, Verhandlungen, Folge 2 (Schlesien 1825), S. 45 f. und (Sachsen 1825), S. 124. Vgl. ferner Segler, Gerhard, Der erste Provinziallandtag der Provinz Sachsen im Jahre 1825 in: Thüringisch-Sächsische Zeitschrift für Geschichte und Kunst, 20 (1931), S. 33–34.

Rheinprovinzen vorgelegt werden soll.² [B] — 4. Der Magistrat und die Regierung zu Stettin beantragen die Feststellung und Erweiterung der Befugnisse der Magistrate.³ [B] — 5. Mehrere Gemeinden des standesherrlichen Gebiets Solms-Braunfels wünschen Entschädigung für Landes-schuldenanteile, die sie unter der nassauischen Regierung entrichtet haben. [B] — 6. Anspruch der Stadt Grottkau auf Wiederherstellung der ihr entzogenen Wegemaut. [B]

² Zu den Vorschlägen für Brandenburg vgl. Rumpf, Verhandlungen, Folge 4 (Brandenburg 1827), S. 3 und 35; für Pommern ebd., (Pommern 1827), S. 65 und 87; für die Provinz Preußen, ebd., (Preußen 1827), S. 112; für Westfalen, ebd., Folge 3 (Westfalen 1826), S. 14–19 und 107 f.; für die Rheinprovinz, ebd., Folge 3 (Rheinprovinz 1826/27), S. 165 f. und 233. Zu den Revisionswünschen zur Städteordnung von 1808 in den ersten Landtagen vgl. auch Obenaus, Parlamentarismus, S. 214–216.

³ Der Immediatbericht v. 30.9.1826 in: Rep. 89, Nr. 14173, Bl. 42–42v.

Nr. 326 Sitzung des Staatsministeriums am 20. September 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 12, Bl. 10–19v [Teilprot. 30a–c]; MF 81. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 3], Schuckmann [U], Lottum [U], Bernstorff [zu 1; U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [b] v. Staegemann; [c] Jacobi [U]; [a] [?].

Weitere Teilnehmer: Jacobi [zu 3; U], Klaatsch [zu 1], v. Staegemann [zu 2].

1. Beförderung des Gebrauchs der neuen Scheidemünze in den westlichen Provinzen.¹ — 2. Feuer-schadenversicherung der Domänengebäude. Die getroffene Einrichtung ist weder als eine Sozietät [...] noch als Versicherungsanstalt zu verstehen. [B] — 3. Rechtsverhältnisse der Mennoniten in der Provinz Preußen und in den westlichen Provinzen.² Erhöhung der Geldabgabe; [...] Militärverpflichtung; [...] Eidesleistung. [B]

¹ Vgl. KO v. 25.11.1826, GS, S. 115.

² Vgl. VO wegen der von den Mennoniten statt des Eides abzugebenden Versicherungen v. 11.3.1827, GS, S. 28 und die KO über die Rechtsverhältnisse der Mennoniten in den westlichen Provinzen und Brandenburg in Beziehung auf ihre Militärflicht v. 16.5.1830, GS, S. 82. Zur Militärflicht der Mennoniten in den westlichen Provinzen vgl. Rep. 77, Tit. 332t Nr. 5 Bd. 1.

Nr. 327 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Oktober 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 12, Bl. 20–32 [Teilprot. 31a–c]; MF 81/82.

Anwesend: Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Bernstorff [zu 1–2; 2 U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Frick [zu 3], Jacobi, Müller [beide zu 2; U], v. Staegemann [zu 1].

1. Beschäftigung des Kölner Regierungsrats Butte bei der Universität zu Bonn. [B] — 2. Getreidelieferung zur Militärverpflegung in den Provinzen [...] Preußen [...] Pommern, Schlesien und in den Marken. Entbindung des Lieferungsverbands von seinen Verpflichtungen.¹ [B] — 3. Quittungs-

¹ Vgl. den Immediatbericht Schuckmanns und Hakes v. 6.10.1826 in: Rep. 89, Nr. 3212, n.f.

stempel. Übernahme der Quittungskosten *durch den Schuldner oder den Gläubiger. Erörterung der entsprechenden Paragraphen im Stempelgesetz*². Die Beschwerde³ der Einwohner der Stadt Barmen, daß ihnen der Quittungsstempel bei ihren Beiträgen zu einer 1814 ausgeschriebenen Zwangsanleihe aufgelegt wurde, ist unbegründet. [B]

² Vgl. §§ 8 und 22 und die Taxordnung im Gesetz v. 7.3.1822, GS, S. 73. Vgl. ferner den Immediatbericht v. 29.12.1826 in: Rep. 89, Nr. 27555, n.f. sowie den Immediatbericht der Hauptverwaltung der Staatsschulden v. 20.2.1826 und den Immediatbericht Motz'; dort auch ein Promemoria Staegemanns v. 11.1.1827.

³ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 328 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Oktober 1826.

Vollz. Reinschr., Bd. 12, Bl. 33–44v [Prot. 32a], 5 Anlagen¹: Bl. 45–53; MF 82. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.; Rep. 77, Tit. 438 Nr. 59 Bd. 1, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Sack, v. Staegemann.

Rittergutsqualität der ehemaligen Domänengüter, die seit dem Jahre 1804 mit Beilegung von ständischen Rechten veräußert wurden. Aufnahme dieser Güter in die anzufertigende Matrikel der Güter, deren Besitzer die landständischen Rechte ausüben können. Oberpräsident von Bassewitz sowie Danckelman befürworten diese Aufnahme.² Danckelman ist der Ansicht, daß diese veräußerten Domänengüter früher schon ständische und Rittergutsqualität hatten und diese auf die neuen Besitzer übergegangen sind. Als Vorsitzender der Kommission für die ständischen Angelegenheiten ist der Kronprinz jedoch gegen eine solche Aufnahme und hat deshalb diese Beratung veranlaßt. Die Käufer solcher Güter verfügen meistens weder über die Gerichtsbarkeit noch das Patronatrecht, und der Artikel [...] III der Verordnung³ vom 17. August 1825 bezüglich Wählbarkeit in der Ritterschaft muß auf eine Art ausgelegt werden, wie es der inneren Gerechtigkeit entspricht. Der Kronprinz ist der Ansicht, daß diejenigen Domänenerwerber, deren Güter mit Gerichtsbarkeit und Patronat versehen wurden, als Rittergüter zu betrachten und in die Matrikel aufzunehmen sind. Dagegegen können die ehemaligen Domänengüter, die mit keiner Gerichtsbarkeit versehen sind, als wahre Rittergüter nicht in die Matrikel aufgenommen werden, auch wenn die Behörden ihnen in ihren Kaufverträgen [zu Unrecht] ständische Verhältnisse [...] eingeräumt haben. Der Ansicht, daß diejenigen Güter, die mit Gerichtsbarkeit versehen, in die Matrikel aufzunehmen sind, wird einstimmig beigetreten. Gegen Danckelman unterstützen die anderen Minister⁴ die Ansicht des Kronprinzen, daß die mit der Gerichtsbarkeit nicht versehenen Güter von der Matrikel auszuschließen sind. Der Streitpunkt betr. Recht auf Kreistagen zu erscheinen bleibt

¹ Bl. 45–45v Schreiben Schuckmanns an Danckelman v. 9.8.1826; KO an das StMin. v. 22.4.1826; Bl. 47–48 Schreiben Danckelmans an Schuckmann v. 1.9.1826; Bl. 49 Schreiben des Kronprinzen an Danckelman v. 7.10.1826; Bl. 50–53 Bemerkungen Altensteins zum Protokoll v. 14.11.1826.

² Der im Prot. (Bl. 34) erwähnte Bericht des Oberpräsidenten von Bassewitz v. 12.7.1826 in: Rep. 77, Tit. 438 Nr. 59 Bd. 1, n.f. Dort auch Verzeichnisse veräußerter Domänen in den Regierungsbezirken Potsdam und Frankfurt sowie Stettin. Hier auch die Streitfrage abschließende KO v. 18.2.1827, die die Landtagsfähigkeit der nach 1804 veräußerten Domänen nicht anerkannte.

³ GS, S. 197 f.

⁴ Altenstein schloß sich dann der Meinung Danckelmans an. Vgl. Bl. 44v, 50–53.

unentschieden. Das Protokoll soll der Kommission für die ständischen Angelegenheiten [...] vorgelegt werden.⁵ [B]

⁵ Vgl. auch Schiller, René, *Vom Domänenvorwerk zum Rittergut. Die Domänenveräußerungen in der Kurmark in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte*, 47 (1996), S. 86-102, S. 96 mit Bezug zur Sitzung. Schiller bemerkt ebd., daß Schuckmann im Jahre 1824 ein „Befürworter der Gleichberechtigung aller Rittergüter“ war. Bis zur Sitzung am 11.10.1826 hatte er offensichtlich seine Meinung geändert. – Zur Kommission für ständischen Angelegenheiten vgl. auch Obenaus, *Immediatkommission*, Bd. 1, S. 410–446, bes. ab S. 417 sowie ders., *Parlamentarismus*, S. 238-251.

Nr. 329 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Oktober 1826.

*Vollz. Reinschriften mit Korrekturen*¹, Bd. 12, Bl. 54–71 [Teilprot. 33a–f]: MF 82. — Abschr.: *GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.*²

Anwesend [U]: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b–f] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Bernuth [zu 1], Kühne [zu 3–6], v. Staegemann [zu 1].

1. Beamte. Allgemeine Grundsätze zum Verfahren bei Staatsbeamten, die wegen mangelhafter Dienstführung und moralischer Gebrechen zur Pensionierung vorgeschlagen werden. [B] — **2. Kompetenzkonflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden.** Hinsichtlich der Kommission zur Entscheidung der Jurisdiktionsstreitigkeiten: Sind die Mitglieder aus dem Justizministerium anderer Meinung als die aus den Finanz- und Innenministerien, soll ein schriftliches Gutachten ausgearbeitet und dem König zur Entscheidung vorgelegt werden. [B] — **3. Entrichtung der Kosten für die Schleifung und Einebnung der Festungswerke von Düsseldorf und für die daraus hervorgegangenen Verschönerungsanlagen aus Staatsfonds.** Die Stadt trägt jedoch auch Verpflichtungen, nämlich die Unterhaltskosten des gesamten Terrains.³ [B] — **4. Verfahren bei Nachweisen der Pensionsbewilligungen für die Ober-Rechnungs-Kammer.** [B] — **5. Die Schlesischen Provinzialstände beantragen eine allgemeine Ermäßigung der Klassensteuer, eine bessere und gerechtere Verteilung dieser Steuer durch eine Vermehrung der Steuerstufen und die Aufhebung der bisher bestehenden Exemption der Prediger und Schullehrer. Ablehnung dieses Wunsches u. a., weil für die geringeren Einwohnerklassen keine Veränderung in den Steuerstufen und sogar eine Erschwerung der bisherigen Last ärmerer Einwohner vorgeschlagen wurde.**⁴ [B] — **6. Pensionssache.** [B]

¹ TOP 1.

² Prot. 33b ist dort als Teil von 25e abgeheftet.

³ Der Immediatbericht v. 2.12.1826 in: *Rep. 90, Tit. XXXV E Nr. 36, n.f.*; dort auch Voten und ein Promemoria von Motz v. 20.11.1825.

⁴ Vgl. Rumpf, *Verhandlungen, Folge 2 (Schlesien 1825)*, S. 60–62.

Nr. 330 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Oktober 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 12, Bl. 72–83 [Teilprot. 34a–e]; MF 82/83. — Abschr.: *GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.*

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 2], Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [c] Müller [U]; [b, d–e] [?].

Weitere Teilnehmer: Müller [zu 3; U], v. Scheibler [zu 2], v. Staegemann [zu 1–5], Windhorn [zu 4–5].

1. Anspruch der Sportelkassenrendanten auf Tantieme aus Einnahmen der Salarienkassen, die nicht zu der Kassenquote gehören. Bei Zweifeln über die Auslegung der Gesetze muß die Ober-Rechnungs-Kammer die Meinung des Ministeriums als verbindlich anerkennen. Differenz [...] zwischen Danckelman und der Ober-Rechnungs-Kammer. [B] — **2.** Wiederherstellung der Lehne und Fideikommissse jenseits der Elbe; nähere Bestimmung des Gesetzes vom 11. März 1818.¹ [B] — **3.** Allodifikation der Lehne der Oberlausitzschen Gutsbesitzer.² [B] — **4.** Mögliche Retorsionsmaßregeln [...] gegen ein französisches Zollgesetz, das für den Viehhandel im Regierungsbezirk Trier schädigend sein würde. [B] — **5.** Einführung von Paketen bis 40 Pfund Gewicht durch Schiffer und Frachtfuhrleute bei bestehendem Postzwang [...] innerhalb des Landes.³ [B]

¹ Vgl. VO v. 9.6.1827, GS, S. 76.

² Vgl. den Immediatbericht v. 24.11.1826 in: Rep. 90a, H II 3b Nr. 6 Bd. 1, n.f. sowie Rumpf, Verhandlungen, Folge 4 (Brandenburg 1827), S. 57f.

³ Vgl. das Regulativ über das Post-Tax-Wesen v. 18.12.1824, GS, S. 225.

Nr. 331 Sitzung des Staatsministeriums am 1. November 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 12, Bl. 84–99 [Teilprot. 35a–f]; MF 83. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b–f] [?].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 3], Kühne [zu 4–6], v. Staegemann [zu 1 und 3].

1. Standesherrliche Sache. Verzicht des Fürsten zu Salm-Horstmar auf die standesherrlichen Gerechtsame.¹ — **2.** Gebührenkasse des Staatsministeriums. Kanzleigebürentarif und Stempelsatz für die Verleihung von Virilstimmen auf den Provinziallandtagen.² [B] — **3.** Notwendigkeit einer Deklaration zu einer für den Regierungsbezirk Arnberg noch geltenden Vorschrift in einer Waldordnung, wonach niemand an römisch-katholischen [...] Festtagen in den Wald fahren darf. [B] — **4.** Disposition [...] über die etatmäßigen Fonds und die etatmäßig zu machenden Ausgaben. Befugnisse der Ministerien und Zentralverwaltungsstellen. Bildung einer Kommission zur Beratung einer allgemeinen Verordnung zu diesen Befugnissen und der Spezialbestimmungen für jedes Ministerium. Eine allgemeine Revision der Instruktion für die Ober-Rechnungs-Kammer ist wenigstens zur Zeit nicht nötig.³ [B] — **5.** Standesherrliche Sache. Regulierung der Rechtsverhältnisse des Grafen von Stolberg-Wernigerode zum Flecken Schwarza. Spezialdiskussion. [B]

¹ Der Immediatbericht v. 30.11.1826 in: Rep. 90, Nr. 207, n.f.; dort auch weiteres Material, u. a. der Vertrag (o. D.) über die Regulierung der standesherrlichen Gerechtsame des Fürsten zu Salm-Horstmar.

² Der Immediatbericht v. 17.11.1826 in: Rep. 90, Nr. 1541, n.f.

³ Zur Frage der Etatsrevision nach der Aufhebung der General-Kontrolle am 29.5.1826 vgl. auch Petersdorff, Motz, Bd. 2, S. 17.

Nr. 332 Sitzung des Staatsministeriums am 8. November 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 12, Bl. 100–106 [Teilprot. 36a–b]; MF 83. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann, v. Staegemann.

1. Anwendung des Edikts vom 28. Oktober 1810¹ wegen Aufhebung des Mühlenzwangs und des Bier- und Branntweinzwangs im Großherzogtum Posen und in den Kreisen Kulm und Michelau.² [B] — **2.** Berichtigung des Besitztitels der zum Retablissement an Magdeburg überwiesenen Domänengrundstücke; *relevante* gesetzliche Bestimmungen, *mögliche Betrachtung der Überlassung der Grundstücke als Schenkung.*³ [B]

¹ GS, S. 95.

² *Der Bericht des OLG Marienwerder v. 24.6.1825 und das Votum Danckelmans in: Rep. 90a, J I 2 Nr. 3 Bd. 1.*

³ *Der Immediatbericht v. 8.12.1826 in: Rep. 90, Tit. XXXV D Nr. 5; dort auch das Votum Danckelmans.*

Nr. 333 Sitzung des Staatsministeriums am 15. November 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 12, Bl. 107–121 [Teilprot. 37a–d]; MF 83/84. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 3–4], Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum, Hake [beide zu 3–4; U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Behrnauer [zu 4], Sack [zu 3; U], v. Staegemann [zu 1–3].

1. Bestrafung der Brandstifter in Schlesien: *Petition² der Provinzialstände.* [B] — **2.** Stempeltarif beim Erbanfall für Stiefenkel.³ [B] — **3.** Antrag⁴ *Rothers auf gerichtliche* Einwirkung bei der Veräußerung der der Seehandlung für gemachte Vorschüsse verpfändeten Effekten. Motz *ist* überhaupt gegen die Bewilligung des Antrags.⁵ [B] — **4.** *Ausdehnung der Paragraphen* des katholischen Schulreglements⁶ in Schlesien *über* die Lehrerdotation *auch* auf die evangelischen Schulen, *da eine große Zahl der dortigen evangelischen Schullehrer in einem ärmlichen Zustand lebt. Die Stände bemerken, daß die* den Schullehrern ausgesetzte *Besoldung* an vielen Orten [...] *unerschwinglich ist und halten* die Erhebungsweise für die Gutsherren, insbesondere nach aufgehobener Erbuntertätigkeit für ungerecht und unpassend. Staatshilfe zur Unterhaltung der gemeinen Ortsschulen.⁷ [B]

¹ TOP 1: Lottum [U].

² *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch Rumpf, Verhandlungen, Folge 2 (Schlesien 1825), S. 57 sowie den Immediatbericht v. 8.12.1826, in: Rep. 90a, X IV Nr. 1 Bd. 1, Bl. 9–10; dort auch Voten.*

³ *Vgl. das Promemoria Staegemanns v. 22.8.1826 wegen Anwendung des Stempelsteuer-Satzes auf Stiefenkel, in: Rep. 89, Nr. 27555.*

⁴ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

⁵ *Vgl. KO v. 20.5.1826, GS, S. 24 und 31.1.1827, GS, S. 44.*

⁶ *Katholisches Schulreglement für Schlesien und die Grafschaft Glatz v. 18.5.1801, gedr. bei Rönne, Ludwig v. (Hrsg.), Das Unterrichtswesen des preußischen Staates, Bd. 1, Berlin 1855, S. 149–160. Vgl. auch die Proposition für den Landtag v. 1828 in: Rumpf, Verhandlungen, Folge 5 (Schlesien 1828), S. 1 f.*

⁷ *Vgl. Rumpf, Verhandlungen, Folge 2 (Schlesien 1825), S. 24–26 und 48–49.*

Nr. 334 Sitzung des Staatsministeriums am 22. November 1826.

Vollz. Reinschr., Bd. 12, Bl. 122–123v [Prot. 38]; MF 84. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Frick.

Pensionsreklamation. Verfahren bei einem Beamten mit ungenügender Kautions. [B]

Nr. 335 Sitzung des Staatsministeriums am 29. November 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 12, Bl. 124–134 [Teilprot. 39a–b]; MF 84. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend [U]¹: Altenstein [V], Lottum, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 1], Ferber [zu 2], GehLegR v. Bülow [zu 2], Sack [zu 1; U], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

1. Disziplinarsache. Grundsatzdiskussion zur Entlassung eines Militärbeamten auf administrativem Weg. [B] — 2. Abschließung eines Friedens mit den nordafrikanischen Raubstaaten zur Sicherstellung der preußischen Flagge im mittelländischen Meer. Partiieller Frieden mit Marokko.² [B]

¹ TOP 2: Schuckmann [U].

² Der Immediatbericht v. 31.12.1826 in: Rep. 90, Tit. XXIV Nr. 21, Bl. 188–190v; dort auch das Promemoria von Rother v. 22.6.1826 sowie die im Protokoll erwähnte Denkschrift Brockhausens, die Berichte der Vorsteher der Kaufmannschaft zu Stettin und Heinrich Pütters.

Nr. 336 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Dezember 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 12, Bl. 135–150 [Teilprot. 40a–e]; MF 84. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1–3, 5], Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c–e] [?].

Weitere Teilnehmer: Bethe [zu 3], Kühne [zu 5], v. Stagemann [zu 1–2, 5].

1. Standesherrliche Sache. Entschädigung des Herzogs von Croy für den Verzicht auf die standesherrlichen Gerechtsamen. Abkommen über die Herrschaft Dülmen.¹ [B] — 2. Übernahme der Schulden der fürstlichen Häuser Wied in Nassau. Anfrage² der Hauptverwaltung der Staatsschul-

¹ Vgl. eine Abschrift des Abkommens mit Croy wegen der standesherrlichen Rechte v. 29.9.1826, in: Rep. 90, Nr. 43, n.f.; dort auch Voten sowie weiteres Material, u. a. ein Schreiben Motz' v. 11.11.1826.

² Vom 10.5.1826 in: Rep. 90, Nr. 52 mit Anlagen, Bl. 35–67; dort auch Voten und der Bericht des Staatsministeriums an die Hauptverwaltung der Staatsschulden v. 27.1.1827.

den. [B] — 3. Parzellierung von Bauernhöfen. Entwurf³ einer Verordnung zur Beschränkung sowie der damit zusammenhängenden Verschuldung und Vererbung. Den Ständen soll kein Entwurf zur Verordnung vorgelegt werden, sondern bloß eine Zusammenstellung der hierbei in Betracht zu ziehenden Hauptgrundsätze. Bei der bevorstehenden Begutachtung durch die Stände Preußens, Pommerns und Brandenburgs soll der Eindruck vermieden werden, daß der König oder die obersten Staatsbehörden sich schon für die Grundsätze dieses Entwurfs entschieden haben, um so mehr, als unter den Ministern darüber noch sehr verschiedene Meinungen bestehen. Motz bemerkt, ob diese Beschränkung [...] auch auf die ackerbautreibenden Städte und alle nicht bäuerlichen Besitzungen ausgedehnt werden kann und weist auf die Unzulässigkeit der Einziehung von Bauerngütern zu den herrschaftlichen Vorwerken hin. Bei der jetzigen Kalamität der Landwirte, insbesondere in der Provinz Preußen, könnten Gutsherren bei rückständigen Ablösungszahlungen in einer Subhastation solche Höfe für unbedeutende Summen erwerben. Das Staatsministerium beschließt vorerst keine Beschränkungen hinsichtlich der Parzellierung der Rittergüter und der Einziehung der Bauernhöfe zu denselben zu verfügen. Die Ansicht der Stände dazu soll vernommen werden.⁴ [B] — 4. Überlassung eines Gebäudes an das Taubstummeninstitut zu Königsberg: Petition⁵ der preußischen Stände. Altenstein erkennt die Wichtigkeit der Fürsorge für die Ausbildung der Taubstummen, da solche nicht einmal eines Religionsunterrichts fähig sind und der menschlichen Gesellschaft in mehrfacher Beziehung Gefahr drohen. Jedoch steht hierzu weder ein königliches Gebäude noch ein Fonds zum Ankauf eines Gebäudes zur Verfügung. [B] — 5. Grundsteuererlaß für ehemalige Westphälische Landesteile der Provinz Sachsen: Petition⁶ der sächsischen Stände. Abgelehnt, jedoch bei veränderten Preiskonjunkturen sollten zeitweise Erlasse möglich sein. [B]

³ Rep. 90, Tit. XX A Nr. 7 Bd. 1, Bl. 7–17v (o. D., vermutl. August 1826); dort auch der Immediatbericht v. 31.12.1826, Bl. 27–28, Voten, die Zusammenstellung für die Provinzialstände mit Erläuterungen (24.6.1831). Vgl. auch Obenaus, Parlamentarismus, S. 466f.

⁴ Zum erfolglosen Versuch eines starken Teils des ostpreußischen Adels, solche Parzellierungen zu unterbinden, vgl. Harnisch, Hartmut, Probleme junckerlicher Agrarpolitik im 19. Jahrhundert in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und Sprachwiss. Reihe, 21 (1972), S. 99–117. Zur Problematik der Entschädigung der Gutsherrn durch Abtretung von Bauernland vgl. ders., Kapitalistische Agrarreform und industrielle Revolution, Weimar 1984, S. 169–171.

Vgl. auch die Propositionen für die Stände Brandenburgs, Preußens und Sachsens, in: Rumpf, Verhandlungen, Folge 4 (Brandenburg 1827), S. 10f.; ebd., (Preußen 1827), S. 122f.; ebd., Folge 5 (Sachsen 1827), S. 140.

⁵ Vgl. Rep. 77, Tit. 523a Nr. 8 Bd. 1, n.f. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 1 (Preußen 1824), S. 193.

⁶ Rep. 77, Tit. 523f Nr. 5 Bd. 2, Bl. 96–98v. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 2 (Sachsen 1825), S. 163. Voten in: Rep. 90, Tit. XL Sachsen Nr. 4; dort auch weiteres Material, u. a. der Antrag Motz' auf einen ähnlichen Erlaß.

Nr. 337 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Dezember 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 12, Bl. 151–154v [Teilprot. 41a–b]; MF 84. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 2], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Staegemann [zu 2].

1. Kommunalverhältnisse für das platte Land in Sachsen. Auf Petition² der sächsischen Provinzialstände wird ein Interimistikum über die Aufhebung des Kommunalverbandes zwischen den Ritter-

¹ TOP 1: Altenstein [U].

² Rep. 77, Tit. 523f Nr. 5 Bd. 2, Bl. 15–17v. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 2 (Sachsen 1825), S. 133.

gutsbesitzern bzw. den Domänen und den Dorfgemeinden in den *ehemals westphälischen* Landesteilen beschlossen. Dort, wo die westphälische Gesetzgebung jetzt gilt, sollen die betreffenden Vorschriften des Allgemeinen Landrechts zur Organisation und Verwaltung der Landgemeinden angewendet werden.³ Rückgabe der Ortspolizei an die Rittergutsbesitzer der Altmark. [B] — 2. Erlös aus veräußerten Domänengrundstücken. Bedenken der Hauptverwaltung der Staatsschulden, daß dieser dem Staatsschatz und nicht der Staats-Schuldentilgungs-Kasse zufallen könnte.⁴

³ Vgl. VO v. 31.3.1833, GS, S. 61 und die Erläuterung dieser VO in: Goetze, A. W., *Das Provinzialrecht der Altmark*, Magdeburg 1836, Bd. 1, S. 42–45.

⁴ Der Immediatbericht v. 31.1.1827 in: Rep. 90, Nr. 1625, Bl. 95–98v; dort auch Voten und weiteres Material u. a. der Bericht der Hauptverwaltung der Staatsschulden v. 27.6.1826. Eine Abschrift des Immediatberichts in: Rep. 89, Nr. 31446; dort auch weiteres Material. Vgl. auch KO v. 17.6.1826, GS, S. 57.

Nr. 338 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Dezember 1826.

Vollz. Reinschriften, Bd. 12, Bl. 155–160v [Teilprot. 42a–b]; MF 84/85. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bethe [zu 1], Kühne, v. Staegemann [beide zu 2].

1. Die kur- und neumärkischen Stände beantragen eine jährliche Zahlung aus dem übernommenen Fonds der ehemaligen Landschaft. Als Zuschuß aus den Staatskassen soll diese zur Unterhaltung des zurückgegebenen Landschaftshauses und zu den Landtagskosten benutzt werden.¹ Schuckmann [...] befürwortet diesen Antrag, aber beschlossen wird, daß dieser Anspruch [...] nicht begründet ist. Bestreitung der Kosten der Provinziallandtage. [B] — 2. *Standesherrliche Sache*. Genehmigung des veränderten Rezeßentwurfs zur Regulierung der standesherrlichen Rechts- und finanziellen Verhältnisse des fürstlichen Salm-Salmschen Hauses. [B]

¹ Das Landschaftshaus wurde 1825 zurückgegeben. Zur Rückgabe des Landschaftshauses vgl. Rumpf, *Verhandlungen, Folge 1 (Brandenburg 1824)*, S. 17 f. und 40.

Nr. 339 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Dezember 1826.

Vollz. Reinschr., Bl. 161–162v [Prot. 43]; MF 85. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3661, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U] Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Sack, v. Staegemann.

Herabsetzung des Zinsfußes in der Provinz Preußen: *Petition der Provinzialstände*.¹ [B]

¹ Vgl. Rumpf, *Verhandlungen, Folge 4 (Preußen 1827)*, S. 121. Vgl. auch VO v. 2.6.1827, GS, S. 76.

Nr. 340 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Januar 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 1–7v [Teilprot. 1a–c]; MF 85. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend [U]: Schuckmann, Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: v. Staegemann.

1. Fassung der Eidesformel für auswärtige Untertanen, die Grundeigentum in Preußen besitzen. *Bisherige Verfahrensweise* in den einzelnen Provinzen. [B] — **2.** Befugnis des Gerichtsherrn zur Erteilung des Urlaubs an die Beamten seines Patrimonialgerichts. *Bei seiner Erteilung des Urlaubs an die Beamten des standesherrlichen Gerichts zu Trachenberg wurde diese dem Fürsten von Hatzfeldt streitig gemacht.* [B] — **3.** *Aufhebung* des durch die Magdeburger Polizeiordnung von 1688 angeordneten Verbots des Hordenschlags der Bauern auf ihren eigenen Äckern.¹ [B]

¹ *Voten, der gedr. Gesetzentwurf, das Gutachten des Staatsrats und weiteres Material in: Rep. 84a, Nr. 47763. Vgl. auch das Gesetz v. 22.6.1830, GS, S. 109.*

Nr. 341 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Januar 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 8–10 [Teilprot. 2a–b]; MF 85. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend [U]¹: Altenstein [V], Schuckmann, Danckelman, Motz. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Jacobi, Oswald [beide zu 2], v. Staegemann.

1. Emanierung des schlesischen Provinzialrechts, Wiederherstellung der Zählgelder² für die Dorfgerichte, Fortbestehen der Waisenkassen: *Petition*³ der schlesischen Provinzialstände. [B] — **2.** *Disziplinarsache.* [B]

¹ *TOP 1: Bernstorff [U].*

² *Eine Art von Gerichtsgebühr, die bei Besitzveränderungen im Rahmen der Regulierung gutherrlich-bäuerlicher Verhältnisse angefallen ist. Zu den Zählgeldern und Waisenkassen vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 2 (Schlesien 1825), S. 59.*

³ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch den Immediatbericht v. 10.2.1827 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 45 Bd. 1, Bl. 17–18v; dort auch Voten und die Berichte der Oberlandesgerichte Glogau und Breslau zu den Waisenkassen.*

Nr. 342 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Februar 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 11–19 [Teilprot. 3a–c]; MF 85. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, zu 1 und 3; U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [zu 1 und 3; U], Motz [U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b–c] [?].

¹ *TOP 1: Bernstorff [U].*

Weitere Teilnehmer: Keßler, v. Staegemann [beide zu 2], Streckfuß [zu 1].

1. Das Gesuch² der sächsischen Provinzialstände wegen Zurückgabe der Patrimonialgerichtsbarkeit über die Mediatstädte im Herzogtum Sachsen wird von allen Anwesenden außer Danckelman befürwortet. [B] — **2.** Pensionsansprüche der Witwen und Waisen solcher Beamten, die mit den neu erworbenen Provinzen in Königl. Preuß. Dienste übergetreten waren. *Spezialdiskussion, v. a. über die in den Rheinprovinzen von Frankreich übernommenen Forstbeamten und deren Witwen und Waisen. Vermeidung einer förmlichen Deklaration einer früheren allgemeinen Gnadenversicherung.*³ [B] — **3.** Bildung einer besonderen Abteilung im *Ministerium* des Innern für die provinzialständischen Angelegenheiten. Beschleunigung der Landtagsabschiede und der darauf Bezug habenden Verhandlungen im *Staatsministerium*. Schnelle Bearbeitung in den betreffenden Ministerien. *Spezialdiskussion* zur Geschäftsinstruktion⁴ vom 31. Dezember 1826. [B]

² *Der Immediatbericht v. 31.1.1827 in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 7 Bd. 2, Bl. 32–35v; dort auch Voten und weiteres Material.*

³ *Voten in: Rep. 90, Tit. XLIII A Nr. 22.*

⁴ *Vgl. die zwei Abschriften in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 2, Bl. 27–28v; dort auch das Schema zum Journal für die Angelegenheiten der ständischen Abteilung im Ministerium des Innern. Vgl. auch Schuckmanns Immediatbericht v. 6.3.1827 in: Rep. 77, Tit. 522a Nr. 19. Vgl. ferner Obenaus, Immediatkommission, S. 416.*

Nr. 343 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Februar 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 20–30v [Teilprot. 4a–c], Anlage¹: Bl. 31–31v; MF 85. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 3], Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [zu 1–2; U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bethe [zu 3], Lehnert [zu 1], v. Rochow, Streckfuß [beide zu 3].

1.–3. *Anträge*² der westfälischen Provinzialstände: Beschaffung des gesamten Salzbedarfs für die westfälisch-rheinischen Provinzen durch die westfälischen Salinen. – Feststellung der Fabrikzeichen für die Eisen- und Stahlwaren in Berg und Mark. – *Nicht nur Herrschaften sollen bestraft werden,*³ sondern auch [...] Schäfer und Schäferknechte, wenn sie Vorvieh [...] halten, Schafe und Schäfereräterschaften bei ihrem Abzuge *mitnehmen* oder dergleichen bei ihrem Anzuge *mitbringen*. Wegen der Herabsetzung der Strafe für Westfalen ist Danckelman nicht der Ansicht, daß die Höhe dieser Strafe den Regierungen zu überlassen ist, sondern darüber soll in Gesetzesform bestimmt werden. [B]

¹ *Votum des Justizministers zum Halten des Vorviehs.*

² *Der Antrag zum Salzbedarf v. 20.12.1826 in: Rep. 77, Tit. 523g Nr. 4 Bd. 1, Bl. 128–131 (auch in: Rep. 90, Nr. 1472, Bl. 11–14v); zu den Fabrikzeichen v. 13.12.1826 in: Ebd., Bl. 23–24v; zu den Schäfern v. 19.12.1826 in: Ebd., Bl. 79–80v. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 3 (Westfalen 1826), S. 76 f. und 113; S. 75 f. und 112 f.; S. 80 und 126 f. Danckelmans Votum zum Vorwurf der Schäfer in: Rep. 90, Nr. 1619.*

³ *Vgl. die Gesetze v. 13.5.1822, GS, S. 147 und 1.6.1820, GS, S. 109.*

Nr. 344 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Februar 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 32–40v [Teilprot. 5a–e]; MF 86. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1 und 5], Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [zu 1–4; 1–5 U]. — Prot.: [a–d] v. Staegemann; [e] [?].

Weitere Teilnehmer: Jacobi, Oswald [beide zu 5], v. Rochow [zu 1], v. Staegemann [zu 1–5], Streckfuß [zu 1].

1. Abänderung der Erbfolgegesetze für den Grundbesitz des Adels in der Provinz Preußen. Die Sache ist nicht an die Gesetzrevision zu verweisen, sondern als eine provinzielle Angelegenheit zu behandeln. Deshalb soll sie zunächst zur Vervollständigung an die ständische Beratung verwiesen, jedoch nicht auf dem Provinziallandtag, sondern auf den Kreistagen behandelt werden.¹ [B] — **2.** Versuch des Fürsten zu Bentheim-Steinfurt, sich dem Huldigungseid zu entziehen.² Das Einschreiten dagegen ist dem Innenministerium zu überlassen. [B] — **3.** Rechtsverhältnisse der standesherrlichen Dominalbesitzungen in Beziehung auf den Kommunalverband.³ Die fiskalische Untersuchung gegen den Fürsten zu Bentheim-Steinfurt wegen tätlicher Widersetzlichkeit gegen den Exekutor soll bis zur Beratung über diese Frage ausgesetzt bleiben. [B] — **4.** Organisation der Verwaltungsbehörden des Fürsten zu Solms-Braunfels. Gegen den Entwurf⁴ Ingerslebens ist nichts zu erinnern. — **5.** Disziplinarsache. [B]

¹ Vgl. den Immediatbericht v. 13.3.1827 in: Rep. 89, Nr. 17652, Bl. 1–2. Zum Antrag der Stände vgl. Rumpf, Verhandlungen, Folge 1 (Preußen 1824), S. 158 f.

² Vgl. Schuckmanns Schreiben an Altenstein v. 23.4.1827 und sein Votum v. 22.6.1827, das Schreiben des Fürsten an den König v. 8.5.1827, das Schreiben an Vincke v. 15.8.1827 und weiteres Material, in: Rep. 90, Nr. 71. Schuckmanns Votum v. 25.11.1826 in: Rep. 77, Tit. 41 Nr. 31 Bd. 1; dort auch weiteres Material.

³ Die diesbezüglichen Schriftstücke konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

⁴ Rep. 90, Nr. 90, Bl. 105–110 und 113. Dort auch zwei Schreiben des Fürsten sowie ein Schreiben des Staatsministeriums v. 28.3.1827 an Ingersleben und weiteres Material.

Nr. 345 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Februar 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 41–49 [Teilprot.¹ 6a–c, e]; MF 86.

Anwesend²: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U]. — Prot.: [a, e] v. Staegemann; [b, c] [?].

Weitere Teilnehmer: Goßler [zu 2], v. Staegemann.

1. Verwaltungsberichte. Wegen der zahlreichen Personalverminderungen bei den Verwaltungsbehörden im Jahre 1826 sind die Behörden in sämtlichen Provinzen von der Erstellung von Jahresberichten für 1826 entbunden. Eine Verordnung³ betr. Erstellung dieser Berichte soll erlassen

¹ Prot. 6d befindet sich als Anlage zur Sitzung am 18.4.1827, TOP 3 [12c].

² TOP 1–3: Motz [U]; TOP 3: Hake [U].

³ Vgl. das Zirkularreskript des Innen- und Finanzministeriums an die Regierungspräsidenten über die Einsendung der Verwaltungsberichte v. 31.1.1829, in: Kamptz, Annalen, Bd. 13 (1829), S. 1. Vgl. auch Sacks Schreiben v. 20.1.1827, Voten und weiteres Material in: Rep. 90, Nr. 1321.

werden. [B] — 2. Standesherrliche Sache. Die Reklamation⁴ des Fürsten zu Wied [...] wegen angeblicher Beschränkung der Jurisdiktion seines standesherrlichen Obergerichts über die in dem fürstlichen Gebiet wohnenden Eximierten ist unbegründet. [B] — 3. Urkunden für Standesherrschaften. Nach Bedenken des Kronprinzen wird in der Urkunde über die Erhebung der Majoritätsherrschaft Kynast zu einer freien Standesherrschaft der Ausdruck „legitimierte Nachkommen“ in „rechtmäßige Nachkommen“ geändert. Künftig sollen dergleichen Urkunden dem Kurator des Staatsministerialbüros zur Prüfung hinsichtlich der formellen Fassung [...] vorgelegt werden. [B] — 4. Standesherrliche Sache. Das Abkommen⁵ mit dem Fürsten zu Salm-Horstmar soll vom Finanzministerium ausgefertigt und Vincke übersendet werden. [B]

⁴ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden; vgl. jedoch Voten und Schreiben an den Fürsten sowie Ingersleben v. 13.3.1827 in: Rep. 90, Nr. 39.

⁵ Rep. 90, Nr. 207, n.f.

Nr. 346 Sitzung des Staatsministeriums am 7. März 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 51–59v [Teilprot. 7a–d]; MF 86. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b–d] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger [zu 2], Bierdemann [zu 3], Frick [zu 4], v. Staegemann [zu 1 und 3].

1. Steuerkonventionen. Befugnisse des Finanzministers im Falle der subsidiarischen Verhaftung für die Geldstrafe. [B] — 2. Beamte. Reise- und Umzugskosten bei unfreiwilligen Versetzungen. [B] — 3. Mahlzwang. Aufhebung der Mühlenmetzgelde im Kulm- und Michelauschen Kreise. Diese würde den Müllern einen Vorteil bringen, und bevor eine weitere Beratung stattfinden kann, sollen deren Verträge vom Finanzministerium geprüft werden. [B] — 4. Stempelsteuer bei Maklergeschäften. Die beantragte Ermäßigung wird zurückgewiesen. Der Schlußzettel ersetzt unter Kaufleuten bei abgeschlossenen Geschäften den schriftlichen Vertrag. [B]

Nr. 347 Sitzung des Staatsministeriums am 14. März 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 60–66 [Teilprot.¹ 8b–d]; MF 86. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1], Altenstein [V, zu 1–2; U], Schuckmann, Lottum [beide zu 1–2; U], Hake [zu 1; U], Danckelman [zu 1–2; U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Eimbeck [zu 1], Frick [zu 2–3], v. Rochow, Simon [beide zu 1; U], v. Staegemann [zu 1], Streckfuß [zu 1; U].

1. Justizorganisation im Herzogtum Westfalen, im Fürstentum Siegen mit den Ämtern Burbach und Neunkirchen und in den Wittgensteinschen Grafschaften: Petition² der westfälischen Provinzial-

¹ Teilprot. 8a als Anlage zur Sitzung am 18.4.1827, TOP 1, Bl. 109–110v.

² Rep. 77, Tit. 523g Nr. 4 Bd. 1, Bl. 94–97v und Rumpf, Verhandlungen, Folge 3 (Westfalen 1826), S. 94.

stände wegen *Beschleunigung dieser Organisation*. Aussetzung bis zur beendigten Revision der Gesetze über das Gerichtsverfahren.³ [B] — **2.** Auflösung der *Gewerbesteuerverbände zwischen Koblenz und Ehrenbreitstein sowie Köln und Deutz*: Petition⁴ der rheinischen Provinzialstände. [B] — **3.** Stempelgesetz in Westfalen. Petition⁵ der Provinzialstände auf Deklarationen zur Gleichstellung des *Wertstempels bei Kontumazialbescheiden* und Kognitionsresolutionen mit denen bei Vergleichen. *Herabsetzung des Exekutionsstempels*. Erbschaftsstempel. Stempel zu den Urkunden über die Constitution der *tituli mensae*⁶ der katholischen Geistlichen. [B]⁷

³ Am Anfang dieses TOP steht die Bemerkung (Bl. 61): das Protokoll sei Streckfuß und [...] Rochow zur gefälligen Mitzeichnung vorzulegen.

⁴ Rep. 77, Tit. 523h Nr. 5 Bd. 1, n.f. und Rumpf, Verhandlungen, Folge 3 (Rheinprovinz 1826/27), S. 214 und 243 f.

⁵ Rep. 77, Tit. 523g Nr. 4 Bd. 2, Bl. 37–38v; dort auch das Gutachten des landständischen Ausschusses zu den eingereichten Anträgen, die Änderung der Stempel-Steuer betreffend, Bl. 39–45. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 3 (Westfalen 1826), S. 94 und 123.

⁶ Die Urkunden zur höheren Ordination für katholische Geistliche. Vgl. das Publikandum v. 6.12.1825 des Oberlandesgerichts Hamm zum Stempelgebrauch zu den Urkunden über den *titulus mensae* der Geistlichen, in: Kamptz, Annalen, Bd. 9 (1825), S. 926 f.

⁷ Der Prot.-teil wurde nur von Motz vollzogen. Nach der Bemerkung Altensteins (Bl. 64) v. 12.7.1827 wurde das Protokoll von den übrigen Staatsministern in Absicht der Redaction für richtig nicht anerkannt. Er wies auf das Protokoll v. 27.5.1827 hin.

Nr. 348 Sitzung des Staatsministeriums am 21. März 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 67–72v [Teilprot. 9a–c]; MF 86/87. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend: Altenstein [V, zu 1–2; U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [zu 1–2; U], Danckelman [U], Motz [zu 1–2; U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger [zu 2], Eimbeck [zu 3], v. Schoeler [für Hake zu 3; U], v. Staegemann [zu 1].

1. *Standesherrliche Sache*. Bestätigung der von *Hatzfeldtschen Erbvereinigung* von 1598.¹ [B] — **2.** *Pensionsverfahren für Zivilpensionäre*. Analog zum Verfahren bei *Militärpensionären*; Wegfall der Pension bei Annahme eines *Kommunaldienstes*. [B] — **3.** Unzulänglichkeit des für die Justizbehörden ausgesetzten *Pensionfonds*. Pensionen für *Beamte* anderer Behörden, insbesondere in den Rheinprovinzen, im *Regierungsbezirk Arnberg* und in *Neuvorpommern*.² [B]

¹ Vgl. Sitzungen am 4.6.1823, TOP 3 mit Anm. und am 15.3.1826, TOP 3 mit Anm.

² Notiz v. 6.8.1827, Bl. 72, daß die schriftlichen Bemerkungen des Finanzministers v. 14.5.1827, den Justizminister bewogen haben, seinen Antrag entsprechend zu ändern.

Nr. 349 Sitzung des Staatsministeriums am 28. März 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 49v–50 und 73–88v [Teilprot. 10a–g]; MF 86 und MF 87.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 2–7], Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b–g] [?].

Weitere Teilnehmer: Frick [zu 7], Kühne [zu 3 und 4], v. Rochow [zu 2, 5–6], Sack [zu 5–6; U], Simon [zu 2], v. Staegemann [zu 1–2, 5–6], Streckfuß [zu 2, 5–6].

1. Standesherrliche Sache. Abkommen mit dem Fürsten zu Salm-Horstmar. [B] — **2. Rechtsangleichung in Neuvorpommern und Rügen.** Fragen² der Stände zum Publikationspatent, Spezialdiskussion. [B] — **3. Kontingentierung der Klassensteuer in der Rheinprovinz.** Antrag³ der Provinzialstände abgelehnt, da die Bestimmung eines feststehenden Kontingents und dessen weitere Verteilung unter Mitwirkung ständischer Organe in der Ausführung zu schwierig ist. Die Stände sollen bei ihrem nächsten Zusammentritt ihre Bedenken ausführlich erörtern. [B] — **4. Pensions-sache. Grundsatzdiskussion.** [B] — **5. Rechtsangleichung im Herzogtum Westfalen.** Bei der Einführung des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichtsordnung ist die bewilligte Sportel- und Stempelfreiheit für die vorgeschriebene Anmeldung der älteren Realrechte nicht auf diejenigen Geschäfte ausgedehnt worden, welche zu dem Zweck bei den Gerichten extrahiert werden, um die gedachten Realrechte anmelden zu können. Beschwerde⁴ der Westfälischen Provinzialstände. [B] — **6. Hypothekenordnung von 1783 in Westfalen:** Anträge⁵ der Provinzialstände auf einige [...] vereinfachenderen Modifikationen, v. a. auf Aufhebung der zwangsweisen Berichtigung des Besitztittels, da in Westfalen das Grundeigentum sich nicht aus großen zusammenhängenden Flächen zusammensetzt, sondern aus Parzellen. [B] — **7. Stempelfreiheit der Kirchen, Schulen und milden Stiftungen;** Unterschied zwischen [...] Familienstiftungen und Familienfideikommissen. [B]

¹ TOP 6: Altenstein [U].

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch Danckelmans Votum in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 24 Bd. 1; dort auch weiteres Material.

³ Rep. 77, Tit. 523h Nr. 5 Bd. 1, n.f. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 3 (Rheinprovinz 1826/27), S. 213 und 242.

⁴ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. aber Rumpf, Verhandlungen, Folge 3 (Westfalen 1826), S. 96.

⁵ Rep. 77, Tit. 523g Nr. 4 Bd. 1, Bl. 165–169v. Vgl. Rumpf, ebd., (Westfalen 1926), S. 95 f. und 124.

Nr. 350 Sitzung des Staatsministeriums am 11. April 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 90–102v [Teilprot. 11a–f]; MF 87. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1–2], Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [e] Kahle [U]; [b–d, f] [?].

Weitere Teilnehmer: Frick [zu 6], Kahle [zu 5; U], Kühne [zu 3–4], v. Staegemann [zu 1 und 5].

1. Beitrag des ersten [...] Standes der Provinz Westfalen zur Entrichtung der allgemeinen Landtagskosten. [B] — **2. Staatsministerialgebührenkasse und Kanzlei.** Zuständiges Ministerium für die Erhebung der Stempel und Gebühren für die vom Staatsministerium kontrasignierten Urkunden. Höhe der Gebühren und Stempel bei Urkunden wegen Erteilung von Viril- und Kollektivstimmen. Anfertigung der Reinschriften der vom König zu vollziehenden Urkunden. [B] — **3. Erstattung der in den Jahren 1815 bis 1825 im Fürstentum Siegen vermeintlich zu viel erhobenen Grundsteuer:**

Antrag¹ der westfälischen Provinzialstände. [B] — **4. Gütereinziehung in Folge** des § 37 des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803, v. a. *hinsichtlich der Kölnischen Schul- und Stiftungsfonds. Diesbezüglicher Antrag*² der rheinischen Provinzialstände. [B] — **5. Entwurf**³ eines Statutes für *einen Verein der Patrimonialgerichtsinhaber in der Neumark zur gemeinschaftlichen Tragung der Kriminaluntersuchungskosten. Spezialdiskussion*. [B] — **6. Befreiung der Witwer**, die unter der Herrschaft der alten Statuten *geheiratet haben, vom Erbschaftsstempel: Petition*⁴ der Rheinischen Provinzialstände. [B]

¹ Rep. 77, Tit. 523g Nr. 4 Bd. 1, Bl. 123–126. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 3 (Westfalen 1826), S. 84 f. und 120 f. Vgl. auch Voten in: Rep. 90a, XV 2 Nr. 1 Bd. 1.

² Rep. 77, Tit. 523h Nr. 5 Bd. 1, n. f. Vgl. auch Rumpf, ebd. (Rheinprovinz 1826/27), S. 223 f. und 256–258.

³ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden; vgl. jedoch den Immediatbericht v. 18.4.1827 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 47, n. f.; dort auch Voten. Eine Abschrift des Immediatberichts in: Rep. 89, Nr. 17055, Bl. 1–2.

⁴ Rep. 77, Tit. 523h Nr. 5 Bd. 1, n. f. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 3 (Rheinprovinz 1826/27), S. 215 f. und 247.

Nr. 351 Sitzung des Staatsministeriums am 18. April 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 103–108v, 114–114v und 124–124b [Teilprot. 12a–e], Anlagen¹: Bl. 104, 109–112 und 115–122; MF 87/88. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n. f.

Anwesend [U]²: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Bernstorff, Danckelman, Motz [zu 1–4]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Eimbeck [zu 2], Frick [zu 4–5], Kuhlmeier [zu 1], v. Staegemann [zu 2].

1. Versteigerungen in den Rheinprovinzen. Aufhebung *derjenigen* gesetzlichen Bestimmungen, wonach alle Versteigerungen von Mobilien durch Notarien, Gerichtsschreiber oder Gerichtsvollzieher geschehen müssen: Antrag³ der Provinzialstände. [B] — **2. Herabsetzung** des Preises *bei der bevorstehenden neuen Herausgabe der preußischen Gesetzbücher: Antrag*⁴ der westfälischen Provinzialstände. *Nochmalige Beratung* [B]. Verlagsrecht der Justizoffizianten-Witwenkasse in Rücksicht auf das *Allgemeine Landrecht* und die *Allgemeine Gerichtsordnung*. [B] — **3. Bedenken Motz' zur Allerhöchsten** Bestimmung, nach welcher *dem Fürsten zu Bentheim-Tecklenburg eine Entschädigung für die niederen Regalien bewilligt worden ist, da nur landesherrliche Abgaben und nicht gesetzlich wegfallende Leistungen der Untertanen zu entschädigen sind.*⁵ *Nochmalige Beratung.* [B] — **4. Stempelgesetz.** *Eine Deklaration des Stempelgesetzes zur Frage der Erbschaftsstempel für den im Inlande sich befindenden Nachlaß eines Ausländers ist nicht nötig. Diese Frage*

¹ Bl. 104 (TOP 2) Bemerkung Lottums, daß er zwar das Protokoll gezeichnet hat, aber daß der Beschluß über die im Landtagsabschiede aufzunehmende Entscheidung in der Fassung etwas *anders* ausgefallen ist. Bl. 109–110v (TOP 2) Protokoll der Sitzung am 14.3.1827 (Prot. 8a), wo der Antrag zur Herabsetzung des Preises der preußischen Gesetzbücher zum ersten Mal beraten wurde. Dieses Protokoll wurde nur von Danckelman vollzogen. Bl. 111–112: Voten. Bl. 115–117 (TOP 3) unvollzogenes Protokoll der Sitzung am 28.2.1827 zur Entschädigung des Fürsten zu Bentheim-Tecklenburg für den Verlust Hohenlimburgs und Rhedas. Bl. 118–119: Votum Motz' v. 7.5.1827; Bl. 120–122: Verzeichniß der niederen Regalien in [...] Rheda und Limburg sowie die vorläufige Berechnung der Entschädigungen.

² Bei der Abschrift von TOP 5 in Rep. 84a, Nr. 4384, steht auch der Kronprinz auf der Anwesenheitsliste.

³ Rep. 77, Tit. 523h Nr. 5 Bd. 1, n. f. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 3 (Rheinprovinz 1826/27), S. 223 und 256.

⁴ Rep. 77, Tit. 523g Nr. 4 Bd. 1, Bl. 114–116. Vgl. auch Rumpf, ebd. (Westfalen 1826), S. 96 f. und 124.

⁵ Weiteres Material zu dieser Entschädigung in: Rep. 90, Nr. 240.

wurde veranlaßt durch den Tod des Fürstbischofs von Hildesheim und Paderborn, Franz Egon v. Fürstenberg.⁶ [B] — 5. Stempelgesetz. Berechnung des Erkenntnistempels in Schwängerungs- und Alimenten-Prozessen; Art des Stempels bei Lizitationsverhandlungen. [B]

⁶ Vgl. das Promemoria (o.D.) Staegemanns sowie die KO v. 19.12.1826 und 8.1.1827 in: Rep. 89, Nr. 27555; dort auch der Immediatbericht v. 31.3.1827, Bl. 153–154, der Bericht Motz' v. 15.12.1826 und das Gesuch des Theodor Freiherr v. Fürstenberg wegen der geforderten Erbschafts-Stempel-Steuer von dem Nachlaß seines Oheims v. 13.8.1826 sowie weiteres Material.

Nr. 352 Sitzung des Staatsministeriums am 25. April 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 125–133 [Teilprot. 13a–d]; MF 88. — GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Bernstorff, Danckelman, Motz. — Prot.: [a–b, d] v. Staegemann; [c] [?].

Weitere Teilnehmer: Bethe [zu 3], v. Staegemann [zu 1–2, 4].

1. Allgemeine Preußische Staatszeitung.¹ Verbesserte Einrichtung. Umbildung zum nützlichen Organ der Regierung sowie Steigerung ihres Absatzes. Besprechung der Vorschläge Bernstorffs. Verzicht Dorows auf die Redaktion.² [B] — 2. Bedenken der Hauptverwaltung der Staatsschulden wegen der Bestimmungen einer Kabinettsordre³ bezüglich der Veräußerung von Domänengrundstücke. Beschlossen wird, daß die Befolgung des königlichen Befehls jedem einzelnen Ministerium in dessen Ressort zu überlassen ist. [B] — 3. Majorats- und Fideikommissbesitzer in Schlesien beantragen, die ihnen bei Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse ohne Konsens der Agnaten nachgelassene Verschuldung der bäuerlichen Abfindungen auch auf die Substanz der Hauptgüter, auf welche bloß Pfandbriefe oder gar keine Schulden haften, zu gestatten. Erstreckung dieser Maßregel [...] auf die übrigen Provinzen. Danckelman sieht hierin Gefahren für den Fideikommissbesitzer. Unter einigen Beschränkungen soll dieser Vorschlag auch in anderen Provinzen angewendet werden.⁴ [B] — 4. Disziplinarrecht der Beamten. Bei gänzlicher Freisprechung ist die Entlassung eines zur gerichtlichen Untersuchung gezogenen Beamten im administrativen Wege nicht möglich. Wenn jedoch bei der Untersuchung sich ein moralisches Gebrechen des Beamten zeigt, welches auf seinen öffentlichen Ruf einwirkt und seine Amtswirksamkeit gefährdet, so bleibt es dem Urteil der Dienstbehörde vorbehalten, die unfreiwillige Pensionierung derselben zu beantragen. Wiedereröffnung einer Untersuchung. Diese Vorschläge beziehen sich weder auf Geistliche und Schullehrer noch auf richterliche Beamte.⁵ [B]

¹ Die „Allgemeine Preußische Staatszeitung“ erschien zum ersten Mal am 2.1.1819. Das Staatsministerium beschloß schon Januar 1823, dieses amtliche Organ einzustellen, ihr Weiterbestehen wurde jedoch durch eine KO am 12.1.1823 gesichert. Vgl. hierzu Lantzsch, Rudolf, Zur Geschichte des Deutschen Reichsanzeigers und Preußischen Staatsanzeigers. Ein Rückblick zu seinem 120-jährigen Bestehen = 1. Beilage zum Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger v. 2.1.1939; Struckmann, Johann Caspar, Staatsdiener als Zeitungsmacher. Die Geschichte der Allgemeinen Preußischen Staatszeitung, Berlin 1981, v. a. S. 92 und 95 f.

² Bernstorffs Schreiben sowie das v. Dorow v. 12.3.1827 in: Rep. 89, Nr. 15169, Bl. 31–33v. Bernstorff hatte seit Ende 1823 die Aufsicht über die Zeitung, vgl. Struckmann, ebd., S. 97.

³ Die KO v. 17.6.1826, GS, S. 57; die KO v. 13.3.1827 in: Rep. 90, Nr. 1625, Bl. 100. Vgl. auch Sitzung am 13.12.1826, TOP 2 mit Anm.

⁴ Vgl. KO v. 30.6.1827, GS, S. 78.

⁵ Vgl. Sitzung am 23.3.1825, TOP 10 mit Anm.

Nr. 353 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Mai 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 137–152 [Teilprot. 14a, c–h]; MF 88/89. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Schuckmann [zu 1–6], Lottum, Bernstorff, Danckelman, Motz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Eimbeck [zu 5], v. Grunenthal [zu 1], Kühne [zu 3–4, 6], v. Rochow, Sack, Streckfuß [alle zu 2 und 7], Zwicker [zu 1].

1. Disziplinarsache. [B] — **2. Erleichterung der gesetzlichen Bestimmungen¹ zur Todeserklärung** der aus den Kriegen von 1806 bis 1815 *verschollenen* Militärpersonen: Antrag² der westfälischen Provinzialstände. [B] — **3. Herabsetzung der Grundsteuer in der Altmark:** Gesuch³ der märkischen Provinzialstände. [B] — **4. Steuervergütung in Pommern** für exportierten Branntwein: Gesuch⁴ der Provinzialstände. [B] — **5. Reparaturkosten für das Gebäude** des Oberlandesgerichts zu Glogau. *Da das Justizministerium [...] keine Fonds zu diesem Bau besitzt, sollen hierzu einmalig Gelder aus dem Generalaufonds verwendet werden. Keine Bildung eines Fonds für das Justizministerium zur Unterhaltung der Lokalien der Justizbehörden.* [B] — **6. Disziplinar- und Pensionssache.** [B] — **7. Änderung des Gesetzes vom 22. Mai 1822 zur Todeserklärung** der aus den Kriegen von 1806 bis 1815 *verschollenen* Militärpersonen. *Verordnung zur Aufhebung der Ediktalvorladung solcher Personen; weitere Beratung vertagt.*⁵ [B]

¹ *Vgl. das Gesetz v. 22.5.1822, GS, S. 148.*

² *Rep. 77, Tit. 523g Nr. 4 Bd. 1, Bl. 31–34v. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 3 (Westfalen 1826), S. 95 und 123 f. sowie das Gesetz v. 2.8.1828, GS, S. 93.*

³ *Rep. 77, Tit. 523b Nr. 17 Bd. 2, n.f. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 4 (Brandenburg 1827), S. 24 und 47.*

⁴ *Vgl. Rumpf, ebd. (Pommern 1827), S. 75 und 89 f.*

⁵ *Vgl. Sitzung am 24.10.1827, TOP 1.*

Nr. 354 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juni 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 153–166v [Teilprot. 16a–d]; MF 89. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Lottum, Danckelman. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b–d] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Goßler [zu 4], Sack [zu 3], v. Schoeler [für Hake U], Simon [zu 2], v. Staegemann [zu 1–3], Streckfuß [zu 3].

1. Amtliche Löschung des Getränke- und Mahlzwangs der Pleishammerschen Hüttenarbeiter im Hypothekenbuch des Oberlandesgerichts zu Frankfurt. Antrag¹ *Schuckmanns*. *Meinungsverschiedenheit mit Danckelman. Eine weitere Beratung soll erst, nachdem der Bericht des Oberlandesgerichts vorliegt, stattfinden.* [B] — **2. Rechtsangleichung in Neuvorpommern.** *Nach abgeschlossener Begutachtung des Publikationspatents durch den Staatsrat² soll die Einführung der preußischen Gesetze trotzdem erst im Laufe des Jahres 1828 erfolgen. Außerdem wünschen die Stände die*

¹ *Der Antrag Schuckmanns konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch sein Promemoria v. 23.3.1827 in: Rep. 90, Tit. XXV Nr. 5; dort auch Voten Schuckmanns und Danckelmans sowie weiteres Material.*

² *Vgl. Rep. 80, I Justiz Nr. 65 Bd. 1 und Rep. 80, I Justiz Nr. 65 Bd. 1 Adhib.*

Aussetzung dieser Einführung [...] bis nach beendiger *Gesetzrevision*. Eine weitere Beratung zu diesem Gegenstand soll erst nach der Erstellung eines *Votums* seitens Schuckmanns stattfinden. [B] — 3. Anstellung von Schiedsmännern zur Schlichtung von Streitigkeiten in Ost- und Westpreußen sowie Litauen: Antrag³ der Provinzialstände. *Spezialdiskussion* zum Entwurf⁴ einer Verordnung. [B] — 4. Bei der Erweiterung der Jurisdiktionsgerechtsame des standesherrlichen Obergerichts des Fürsten zu Neuwied gibt es noch zu klärende Fragen über den eximierten [...] Gerichtsstand. Der Justizminister ist gegen eine solche Erweiterung. *Befürwortung* durch die Majorität, da dem Grafen zu Stolberg-Wernigerode eine gleiche Jurisdiktionsbefugnis zugestanden wurde. [B]

³ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch Rumpf, *Verhandlungen*, Folge 4 (Preußen 1827), S. 120.

⁴ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch die VO der Justiz- und Innenministerien v. 7.9.1827 in: *Kamptz, Annalen*, Bd. 11 (1827), S. 609–616; dort auch KO v. 13.12.1826, S. 608 f.

Nr. 355 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Juni 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 13, Bl. 167–175v und 177–183 [Teilprot. 17a–f], Anlage¹: Bl. 176; MF 89. — *Abschr.*: *GStAPK*, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend [U] Altenstein [V], Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: [f] v. Staegemann; [a–e] [?].

Weitere Teilnehmer: Behrnauer [zu 2–3; U], Bierdemann [zu 5], Jacobi [zu 1; U], v. Lamprecht [zu 4], v. Schoeler [für Hake U], v. Staegemann [zu 4–6].

1. Aufhebung eines Verbots² in der Provinz Preußen, wonach der Branntwein nicht ohne vorherige Bestellung nach den Märkten der Städte verkauft werden darf. Versenden von Branntweinproben. *Gesuch*³ der Provinzialstände. [B] — 2. *Blutegel* sind als Heilmittel von Apothekern anzuwenden. Die gesetzlich gültigen Bestimmungen für den Heilmittelhandel beziehen sich auch auf den Egelhandel.⁴ [B] — 3. Die Hauptverwaltung der Staatsschulden beansprucht Befriedigung für Gelder, die die Kommission zur Verwaltung des Vermögens der vormaligen Jesuiten Congregation zu Köln sich 1791/92 vom dortigen, jetzt aufgehobenen [...] St. Andreas Stift [...] lieh. Die Entscheidung hierzu steht nicht dem Staatsministerium, sondern den richterlichen Instanzen [...] zu. [B] — 4. *Agendenstreit*. Verweis oder Disziplinaruntersuchung gegen zwölf Berliner Geistliche (Jablonski, Joeler, Hossbach, Hetzel, Deibel, Noodt, Pischon, Schleiermacher, Couard, Schulz, Schleemüller und Wilmsen), die sich in einer Vorstellung v. 17. Oktober 1825 an das Brandenburger Konsistorium gegen die Einführung der Agenda äußerten. Danckelman und Schoeler sind für eine Disziplinaruntersuchung. Altenstein sowie die Mehrheit sind für die Erteilung eines nachdrücklichen Verweises.⁵ [B] — 5. Regulierung der Jagdverhältnisse in den Landesteilen, die ehemals der fran-

¹ Ein Schreiben zur Abschrift von TOP 4. Unterschrift nicht lesbar.

² Vgl. § 14, Nr. 1 im Regulativ über den Gewerbsbetrieb im Umherziehen v. 28.4.1824, GS, S. 130, wonach der Hausierhandel sowie der Verkauf des Branntweins auf Wochenmärkten verboten war.

³ Rep. 77, Tit. 523a Nr. 8 Bd. 1, n.f.; dort auch die Denkschrift v. 18.2.1827. Vgl. auch Rumpf, *Verhandlungen*, Folge 4 (Preußen 1827), S. 134. Vgl. ferner das Zirkularreskript der Ministerien des Innern und der Finanzen an alle Regierungen zur Aufsuchung von Bestellungen auf Branntwein im Umherziehen v. 15.7.1827, in: *Kamptz, Annalen*, Bd. 11 (1827), S. 767–768.

⁴ Vgl. das Zirkularreskript des Ministeriums der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten an alle Regierungen v. 17.9.1827, in: *Kamptz, Annalen*, Bd. 11 (1827), S. 778 f.

⁵ Vgl. die Schreiben Altensteins an den König v. 10.2.1827 und 28.3.1827 in: Rep. 89, Nr. 23455, Bl. 142–144 und 152–156v. Ein Schreiben Altensteins, Schuckmanns, Danckelmans und Kamptz' an den König v. 8.5.1827 ebd., Bl. 173–180.

zösischen Herrschaft unterworfen waren.⁶ [B] — 6. Regulierung der standesherrlichen Verhältnisse des Fürsten zu Bentheim-Tecklenburg *bezüglich Rheda und Hohenlimburg. Wegen des Separatvotums des Kronprinzen wird der nächste Vortrag hierzu bis zur Anwesenheit des Kronprinzen ausgesetzt.*⁷ [B]

⁶ Zu den Landesteilen am linken Rheinufer vgl. das Gesetz v. 17.4.1830, GS, S. 65.

⁷ Vgl. Sitzung am 26.9.1827, TOP 1.

Nr. 356 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Juni 1827.

Vollz. Reinschr., Bd. 13, Bl. 184–186 [Prot. 18a]; MF 89/90.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake U], v. Staegemann.

*Stempelsteuer bei der Urkunde des titulus mensae eines katholischen Geistlichen. Verschiedenheit der Meinungen.*¹ [B]

¹ Vgl. Sitzung am 14.3.1827, TOP 3 mit Anm.

Nr. 357 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Juli 1827.

Vollz. Reinschr., Bd. 14, Bl. 1–6 [Prot. 19]; MF 90. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Jacobi, Kühne, v. Rochow, v. Schoeler [für Hake U], v. Staegemann, Streckfuß.

Landtagsabschiede¹ für die rheinischen und westfälischen Provinzialstände. Nach Bemerkungen des Kronprinzen und Vinckes Änderungen in den Konzepten: u. a. kein Erlaß eines Gesetzes zum Schutze aller Fabrikzeichen in der ganzen Monarchie; [...] Vereinigung der Provinzen Westfalen und Rheinland zur gemeinsamen Benutzung der Irrenheilanstalt zu Siegburg; zehnjährige Befreiung Westfalens von der Verbrauchssteuer für inländische Tabaksblätter; Erbauung einer Kunststraße von der Lützel nach Ferndorff; Aufhebung der im Herzogtum Westfalen und den Wittgensteinschen Grafschaften noch bestehenden Banngerechtigkeiten; Einschränkung der Mühlenanlagen; Einrichtung von Fabrikgerichten, [...] Handelskammern und Fabrikenordnungen. [B]

¹ Die Landtagsabschiede für die rheinischen bzw. westfälischen Provinziallandtage v. 13.7.1827, in: Rumpf, Verhandlungen, Folge 3 (Rheinprovinz 1826/27; Westfalen 1826), S. 227–260; S. 101–146.

Nr. 358 Sitzung des Staatsministeriums am 15. August 1827.

Vollz. Reinschr., Bd. 14, Bl. 7–8; [Prot. 20]; MF 90. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 210, Bl. 186; Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend [U]: Schuckmann, Danckelman. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

Rechtsverhältnis des Fürstentums Trachenberg. *Berichte des schlesischen Oberpräsidiums und des Oberlandesgerichts zu Breslau¹ sollen eingeholt werden. Da das Rechtsverhältnis der Herrschaft Wildenburg-Schönstein schon geordnet ist, hier keinen Bericht des Oberpräsidiums nötig.* [B]

¹ *Die Berichte des Oberlandesgerichts und des Oberpräsidiums in: Rep. 90, Nr. 212, Bl. 4–14 und 103–106v; dort auch weiteres Material.*

Nr. 359 Sitzung des Staatsministeriums am 21. August 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 14, Bl. 9–20v [Teilprot. 21a–e]; MF 90. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U]. — Prot.: [a, e] v. Staegemann; [b–d] Jacobi [U].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 5], Jacobi [zu 2–4; U], v. Rochow [zu 2–4], v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann, Streckfuß [zu 2–4].

1. *Untersuchungskosten für unvermögende Verbrecher, die bei den zu Eigentümern gewordenen Bauern wohnen: Petition¹ der preußischen [...] Provinzialstände.* [B] — **2.** *Gesinde. Beschränkung der von Dienstboten und Tagelöhnern zu früh und leichtsinnig geschlossenen Ehen: Antrag² der Stände der Mark Brandenburg. Die Eheschließung für Personen männlichen Geschlechts soll erst mit dem vollendeten 21. und nicht wie im Allgemeinen Landrecht dem 18. Lebensjahr zugelassen werden. Festsetzung dieses Alters als Majorennität. Diese Angelegenheit soll bei der Revision des Allgemeinen Landrechts in nähere Erwägung genommen werden.* [B] — **3.** *Der Antrag³ der Stände der Mark Brandenburg auf Änderung der Gesindeordnung hinsichtlich des zu frühen Mietens des Gesindes wird abgelehnt.* [B] — **4.** *Der Antrag⁴ der Stände der Mark Brandenburg auf Entschädigung der durch Aufhebung des Mahlzwangs benachteiligten Mühlenbesitzer wird abgelehnt.* [B] — **5.** *Polizeistrafen. Unterschied zwischen den Polizeivergehungen gegen Landes- und Lokalpolizeiverordnungen; Gerichtsbarkeit der Lokalpolizeibehörde, Rekurs an die Regierung oder Verweis auf die Gerichte⁵. Differenzen [...] zwischen Schuckmann und Danckelman.* [B]

¹ *Rep. 77, Tit. 523a Nr. 8 Bd. 2, n.f. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 4 (Preußen 1827), S. 160–161. Vgl. auch das Conclusum des Staatsministeriums v. 21.8.1827 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 32 Bd. 1.*

² *Rep. 77, Tit. 523b Nr. 17 Bd. 2, n.f. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 4 (Brandenburg, 1827), S. 30 und 53 sowie die Gesindeordnung v. 8.11.1810, GS, S. 101.*

³ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch Rumpf, ebd., S. 32 und 54 f.*

⁴ *Rep. 77, Tit. 523b Nr. 17 Bd. 2, n.f. Vgl. auch Rumpf, ebd., S. 18 und 40 f.; dort auch das Gutachten des Staatsministeriums v. 21.8.1827, S. 58–62. Vgl. auch Sitzung am 4.5.1825, TOP 6 mit Anm.*

⁵ *Vgl. das Schreiben Schuckmanns an Danckelman v. 23.1.1827 in: Rep. 77, Tit. 349a Nr. 1 Bd. 3, n.f.; dort auch weiteres Material. Vgl. auch Lüdtko, Polizei und Festungspraxis, Göttingen 1982, S. 203–204.*

Nr. 360 Sitzung des Staatsministeriums am 12. September 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 14, Bl. 21–33v [Teilprot. 22a–e]; MF 90. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend [U]¹: Schuckmann, Lottum, Danckelman. — Prot.: [a–c] v. Staegemann; [d] [Unterschrift nicht lesbar, Goßler?]; [e] [?].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 5], v. Goßler [zu 4; U ?], v. Schönberg [für Bernstorff zu 1–5; U], v. Staegemann [zu 1–5].

1. Verwaltung des Dorfs Irlich und des Kondominats Mayscheid durch die Regierung des Fürsten zu Wied. [B] — **2.** Die Uniform der bei der Wiedschen Regierung angestellten [...] Beamten sowie deren Rangverhältnis zu den landesherrlichen Beamten. [B] — **3.** Subhastationsbefugnis der landschaftlichen [...] Kreditinstitute bei bepfandbrieften Gütern. Meinungsverschiedenheit zwischen [...] Schuckmann und Danckelman. Laut Danckelman verstößt die Subhastationsbefugnis gegen den Geiste der Kreditassoziation. Die Mehrheit glaubt jedoch, daß den Kreditinstituten als Gläubigern der einzelnen Pfandbriefschuldnern das Recht eingeräumt werden müsse, die bepfandbrieften Güter auch gerichtlich subhastieren zu lassen, zumal der Fonds dieser Institute sich sonst erschöpfen würde.² [B] — **4.** Bestätigung der Hatzfeldt'schen Erbvereinigung vom Jahre 1598. Einfordern von Akten des Oberlandesgerichtes zu Breslau zu einem Prozeß im 17. Jahrhundert wegen der Herrschaft Trachenberg.³ [B] — **5.** Die Baronin v. Hagen fordert die Zurückgabe der Waldungen, die ehemals zu der Herrschaft Motten gehörten und jetzt Staatseigentum sind sowie eines Kupferbergwerks bei Düppenweiler. [B]

¹ TOP 1 und 3: Hake [U]; TOP 5: Motz [U].

² Der Immediatbericht v. 26.10.1827 in: Rep. 89, Nr. 30116, n.f.; dort auch weiteres Material, u. a. das Schreiben der pommerschen General-Landschaftsdirektion v. 29.8.1827, der von Schuckmann und Danckelman vollzogene Bericht v. 28.2.1827 mit einer beigelegten Abschrift der Zirkularverordnung (1771) des schlesischen General-Landschaftspräsidenten v. Carmer. Vgl. ferner KO über die Befugnis der landschaftlichen Kreditinstitute zur Auswirkung der gerichtlichen Subhastation bepfandbrieft Güter v. 14.2.1829, GS, S. 22. Zu den Subhastationen adliger Güter in diesen Jahren vgl. auch Neugebauer, Wolfgang, Politischer Wandel im Osten. Ost- und Westpreußen von den alten Ständen zum Konstitutionalismus, Stuttgart 1992, S. 178 f. und 182 mit weiterführender Literatur.

³ Der Bericht des Oberlandesgerichts Breslau in: Rep. 90, Nr. 212, Bl. 4–14; dort auch ein Bericht Merckels. Vgl. auch Sitzungen am 4.6.1823, TOP 3 und 15.3.1826, TOP 3 mit Anm.

Nr. 361 Sitzung des Staatsministeriums am 19. September 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 14, Bl. 34–43 [Teilprot. 23a, c–d]; MF 91. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend [U]¹: Schuckmann, Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: [c] Jacobi [U]; [a, d] [?].

Weitere Teilnehmer: Jacobi [zu 2; U], Maassen [zu 3], v. Schönberg [für Bernstorff zu 1–3; U], v. Staegemann [zu 2].

1. Denkschrift² der preußischen Provinzialstände wegen Aufhebung der Zwangszahlung in Kassenanweisungen bei den Abgaben oder eventueller Ermäßigung des Strafagios. *Allgemeine*

¹ TOP 1: Hake [U].

² Rep. 77, Tit. 523a Nr. 8 Bd. 1, n.f. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 4 (Pommern 1827), S. 138 f.

*Herabsetzung des Strafagios.*³ [B] — **2.** *Der Getränkehandel der Viktualienhändler auf dem Land soll gänzlich untersagt werden.*⁴ *Beschränkung des Material- und Kramhandels in Brandenburg: Petition*⁵ *der Provinzialstände. Verzögerte Emanierung des beabsichtigten neuen Gewerbepolizeidikts, weil die Provinzialstände darüber zuerst gehört werden müssen.* [B] — **3.** *Die Provinzialstände Preußens überreichen Beschwerde*⁶ *und Gesuche der Kaufmannschaft in Königsberg und in Danzig zu Mißgriffen und Einseitigkeiten der Behörden bei der Verwaltung der indirekten Abgaben und zu einigen Bestimmungen der Zollordnung. Rügen der Danziger Kaufleute wegen ihres Tones* [B]. *Wiederherstellung der Verbindung zwischen den Geschäften der Provinzialsteuer-Direktoren und der Regierungen* [B]. *Größere Einwirkung und Kontrolle des Oberpräsidenten bei Abgabensachen. Schön ist kürzlich vom König eröffnet worden, wie er seine Stellung zu nehmen und, statt sich als Widersacher der Steuerektoren [...] darzustellen, diese zu unterstützen und beizutragen hat.* [B]

³ Vgl. KO v. 14.10.1827, GS, S. 166.

⁴ Vgl. KO zur Beschränkung des Handels mit Getränken auf dem Lande v. 28.10.1827, GS, S. 174.

⁵ Rep. 77, Tit. 523b Nr. 17 Bd. 1, n.f. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 4 (Brandenburg 1827), S. 33 und 56 f.

⁶ Rep. 77, Tit. 523a Nr. 8 Bd. 1, n.f.; dort auch ein Gutachten Schöns zu diesen Beschwerden. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 4 (Preußen 1827), S. 126–128 und 192 f.

Nr. 362 Sitzung des Staatsministeriums am 26. September 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 14, Bl. 44–45v und 47–50v [Teilprot. 24a–c]. Anlage¹: Bl. 46; MF 91. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c] [?].

Weitere Teilnehmer: Oswald [zu 3], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

1. *Standesherrliche Sache.* Regulierung der standesherrlichen Verhältnisse des Fürsten zu Bentheim-Tecklenburg bezüglich Rheda und Hohenlimburg.² [B] — **2.** *Schutzgeld für neuansiedelnde Personen auf regulierten bäuerlichen Besitzungen. Ermittlung von Auskunft hierzu für die Provinzen Brandenburg, Pommern [...], Preußen und Schlesien. Bezüglich der Domänen soll der Finanzminister berichten, bezüglich der Kammereibesitzungen der Innenminister.*³ [B] — **3.** *Legitimationspatent für uneheliche Kinder in den Rheinprovinzen. Übereinstimmung mit dem Gutachten*⁴ *des Justizministers.*⁵ [B]

¹ TOP 1: Entschädigungsansprüche des Fürsten zu Bentheim-Tecklenburg bezüglich Rheda und Hohenlimburg.

² Vgl. die gedr. Darstellung (27.7.1827) Recke-Volmarsteins über die Entschädigungsansprüche des Fürsten bezüglich Hohenlimburg in: Rep. 90, Nr. 54, n.f.; dort auch die Resolution des Staatsministeriums an Recke v. 27.9.1827 und Staegemanns Bemerkung hierzu.

³ Die im Protokoll (Bl. 48) erwähnte Beschwerde des Grafen von Hardenberg v. 1.9.1826 und der Antrag des Grafen von Blankensee v. 11.8.1827 in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 9 Bd. 1, Bl. 3–6v und 48–51v; dort auch der Immediatbericht v. 28.5.1827, Voten und weiteres Material.

⁴ Vermutlich ist Danckelmans Votum v. 3.8.1827 gemeint. Vgl. Rep. 84a, Nr. 49185, Bl. 112–127v.

⁵ Vgl. den Immediatbericht v. 26.10.1827 in: Rep. 89, Nr. 17651, Bl. 3–11v; dort auch das gedr. Gutachten des Staatsrats v. 19.10.1826. Vgl. ferner die KO wegen der Legitimationen in den Rheinprovinzen v. 6.11.1827, GS 1828, S. 1.

Nr. 363 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Oktober 1827.

Vollz. Reinschr., Bd. 14, Bl. 51–53v [Prot. 25]; MF 91. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Graevenitz, v. Schönberg [für Bernstorff U].

1. Ausfuhrprämien für wollene Waren, Leinwand und Mehl: Petition¹ der Provinzialstände der Mark Brandenburg und des Markgrafentums Niederlausitz. *Eine solche Bewilligung ist unzulässig, vor allem, weil der Staat dabei eine wachsende Ausgabe ohne Gewähr eines entsprechenden Gewinns hätte.* [B] — **2.** Die Stände beantragen² auch einige Änderungen in der Chausseeverwaltung bezüglich der Herabsetzung des Chausseegeldtarifs; *Chausseegeld bei Anwohnern der Chausseen, die diese nur auf kurze Strecken benutzen; Ausführung der Chausseebauten im Wege der Privatunternehmung.* [B]

¹ Rep. 77, Tit. 523b Nr. 17 Bd. 2, n.f. Vgl. auch Rumpf, *Verhandlungen, Folge 4 (Brandenburg 1827)*, S. 15 f. und 38 f.

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

Nr. 364 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Oktober 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 14, Bl. 54–63 [Teilprot. 26a–b, d–e]; MF 91. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend [U]: Schuckmann, Danckelman, Motz. — Prot.: [d–e] v. Staegemann; [a–b] [?].

Weitere Teilnehmer: Kühne [zu 1–2], v. Staegemann [zu 2–4].

1. Pensionssache. [B] — **2.** Wartegeldetat. *Spezialdiskussion zum Berichtsentwurf¹ zur Verminderung der bisherigen Abgaben. Motz' Vorschläge sollen erstmals auf die Wartegeldempfänger des Berliner Verwaltungsbezirks angewendet werden.* [B] — **3.** Rekursache. [B] — **4.** *Standesherrliche Sache.* Ansprüche auf die Fräuleinsteuer² in den vormals reichsunmittelbaren Häusern³. [B]

¹ Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

² Bei Vermählung einer Fürstentochter dem Steuerzahler auferlegt.

³ Weiteres Material zu dieser Frage sowie zu den Rechtsverhältnissen der vormals reichsunmittelbaren Häuser, in: Rep. 90, Nr. 81.

Nr. 365 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Oktober 1827.

Vollz. Reinschr., Bd. 14, Bl. 64–68 [Prot. 27]; MF 91. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Unterschrieben: Schuckmann, Lottum, Bernstorff, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Maassen.

Zollpolitik. Erhebungsrolle¹ der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangsabgaben für 1828–30. *Spezialdiskussion zu Steuersätzen u. a. auf Baumwollgarn, Getreide, [...] Hopfen, [...] Hering, [...], Vieh [...], Tabak zum Kran- und Wegegeld zu Wittenberge, zur Vergütung für inländischen Zucker bei dessen Ausfuhr sowie zur Änderung des § 108² der Zollordnung [B]. Die Erhöhung der Steuersätze für Getreide in den westlichen Provinzen ist staatswirtschaftlich nicht unbedingt ratsam, dennoch ist dem Verlangen der Provinzialstände in den westlichen Provinzen nach einer solchen Erhöhung [...] nachzugeben, [...] weil damit eine Gleichstellung mit den östlichen Provinzen erwirkt wird. Zudem hat man schon in vielen anderen Fällen ihre Anträge abgewiesen; die Stände würden auch späterhin die etwaigen Nachteile dieser Erhöhung erkennen. Aus gleichen Gründen sollen auch die Steuersätze für Vieh mit denen in den östlichen Provinzen gleichgestellt werden. Bei dem großen Bedarf nach Hering in den Provinzen Preußen und Posen soll die Steuer auf fremden Hering, der durch die Häfen von Danzig, Pillau und Memel eingeführt wird, ermäßigt werden. Der König hat seine Willensmeinung, daß dem gemeinen Mann dieser gewohnte Artikel nicht überteuert werden soll, auch schon sattsam ausgesprochen. [B]*

¹ Vgl. die Erhebungsrolle für 1828–30 v. 30.10.1827, GS, S. 133.

² Vgl. die Zoll- und Verbrauchssteuerordnung v. 26.5.1818, GS, S. 131.

Nr. 366 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Oktober 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 14, Bl. 69–81v [Teilprot. 28a–d]; MF 91/92.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl von Mecklenburg-Strelitz [zu 1–3], Altenstein [V, U], Lottum [U], Bernstorff [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [b] v. Staegemann; [a, c–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 3], v. Goßler [zu 4], Sack [zu 1], v. Staegemann [zu 1–3].

1. *Änderung des Gesetzes zu den Todeserklärungen der aus den Kriegen von 1806 bis 1815 nicht zurückgekehrten Militärpersonen.*¹ [B] — **2.** *Aufhebung des in der Magdeburgischen Polizeiordnung enthaltenen Verbots des bäuerlichen Hordenschlags, Gesetzesentwurf.*² *Die Vorschrift ist nur als Polizeiordnung aufzuheben. Die Bestimmungen der Gemeinheitsteilungsordnung kann man nicht ausschließen. Wenn die Änderungen entsprechend erfolgen, ist Danckelman auch mit dem Entwurf einverstanden. Spezialdiskussion.* [B] — **3.** *Staatspapiere. Die Hauptverwaltung der Staatsschulden beantragt die Ausdehnung der Vorschriften über das Aufgebot der Staatsschuldscheine auf alle anderen Staatspapiere; dies wird abgelehnt. Einige Vorschläge werden jedoch als zweckmäßig anerkannt.*³ [B] — **4.** *Der Antrag*⁴ *der Hauptverwaltung der Staatsschulden, unter gewissen Bedingungen die Obligationen des vormaligen Danziger Freistaats von der Beglaubigung auszuschließen, wird zurückgewiesen.* [B]

¹ Vgl. Sitzung am 16.5.1827, TOP 2 mit Anm.

² *Hordenschlag: Eine Düngungsmethode, bei der die Weideschafe während der Nacht in einem mit Horden gefertigten Pferch eingeschlossen werden. Der Gesetzesentwurf konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden; vgl. jedoch das Gesetz v. 22.6.1830, GS, S. 109.*

³ *Erwogen wurde, die §§ 18–21 der VO v. 16.6.1819 aufzuheben. Vgl. VO v. 3.5.1828, GS, S. 61.*

⁴ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

Nr. 367 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Oktober 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 14, Bl. 82–86 [Teilprot. 29a–c]; MF 92. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Lottum [U], Bernstorff [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Grunenthal, Oswald [beide zu 3], v. Rochow, Streckfuß [beide zu 1], v. Staegemann.

1. Regulierungen der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse und deren Kosten in Pommern: Petition¹ der Provinzialstände nach einer anderweitigen Einrichtung. Da eine andere Regulierung dieses Gegenstandes von mehreren Provinziallandtagen gefordert worden ist, soll hierzu eine Beratung des Staatsrats stattfinden. [B] — **2.** Die Wiederherstellung des Gymnasiums zu Emmerich ist nur möglich [...], wenn die niederländische Regierung die Beschlagnahme des Fonds des vormaligen Gymnasiums aufhebt. [B] — **3.** Disziplinarsache. [B]

¹ *Rep. 77, Tit. 523c Nr. 4 Bd. 2, Bl. 2–6v. Dort auch ein Votum des Staatsministeriums. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 4 (Pommern 1827), S. 80–82 und 92. Möglicherweise hat der bei der Sitzung verhinderte Schuckmann die Beratung beim Staatsrat nicht weiter gefördert.*

Nr. 368 Sitzung des Staatsministeriums am 14. November 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 14, Bl. 87–97v [Teilprot. 30a–c]; MF 92. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 2–3], Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Bernstorff [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [b–c] Koehler [U]; [a] [?].

Weitere Teilnehmer: Koehler [zu 2–3; U], v. Nagler, v. Rochow, v. Staegemann, Streckfuß [alle zu 1].

1. Postporto anlässlich der Meilengebühr der Lohnfuhrleute. Anträge¹ des brandenburgischen Provinziallandtags auf Zurücknahme der neuesten Erhöhungen. Nach Ausführungen Naglers lehnt das Staatsministerium die Anträge ab. [B] — **2.** Beschränkung des Eigentums bei Bauten in Westfalen. Da es hier erforderlich ist, eine für ganz Preußen gültige Bestimmung zu erlassen, soll die Sache zur allgemeinen [...] Gesetzrevision verwiesen werden. [B] — **3.** Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse. Verlust der Heimfalls- und Laudemialrechte im ehemaligen Großherzogtum Berg. Eine Entschädigung soll erfolgen, die Petition² des rheinischen Provinziallandtages wird aber abgelehnt. [B]

¹ *Rep. 77, Tit. 523b Nr. 17 Bd. 2, n.f. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 4 (Brandenburg 1827), S. 55.*

² *Die Petition v. 5.1.1827 zur Ablösung der Reallasten in: Rep. 77, Tit. 523h Nr. 5 Bd. 1, n.f. Vgl. auch die §§ 75 und 76 in der Ordnung wegen Ablösung der Reallasten in diesem Landesteil v. 13.7.1829, GS, S. 80.*

Nr. 369 Sitzung des Staatsministeriums am 21. November 1827.

Vollz. Reinschr., Bd. 14, Bl. 98–98v [Prot. 31]; MF 92.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Lamprecht, Mühler, v. Staegemann.

Pensionierung des Regierungsrats Janke. [B]

Nr. 370 Sitzung des Staatsministeriums am 28. November 1827.

Vollz. Reinschr., Bd. 14, Bl. 99–105 [Prot. 32]; MF 92. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Schuckmann [U], Lottum [U], Bernstorff [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Berger, Kühne.

Kassenwesen. Entwurf zum Regulativ¹ wegen künftiger Einrichtung des Kassenwesens in Beziehung auf die Disposition über die Einnahmen zum Staatshaushalt und die Nachweisung der Geld- und Verwaltungsergebnisse. Spezialdiskussion. [B]

¹ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch das Material in: Rep. 151, I A Nr. 1124 sowie das Regulativ v. 17.3.1828, in: Kamptz, Annalen, Bd. 12 (1828), S. 285. Dieses Regulativ sollte im wesentlichen bestimmend für das preußische Etats- und Kassenwesen sein. Vgl. hierzu auch Petersdorff, Motz, Bd. 2, S. 18 f.*

Nr. 371 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Dezember 1827.

Vollz. Reinschriften mit Korrektur¹, Bd. 14, Bl. 106–132v [Teilprot. 33b–d], Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 34 Bd. 1, Bl. 31 [Prot. 33a]; MF 92/93 und MF-Suppl. 3.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1 und 4], Schuckmann [U], Lottum [U], Bernstorff [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Pfeiffer [zu 3], Pomowitz [zu 2], Restorff [zu 3], Sack [zu 4], v. Staegemann.

1. Patrimonialgerichtsbarkeit. *Die Frage der Zustimmung des Innenministeriums bei Veränderungen in den Patrimonial-Jurisdiktionsverhältnissen soll diesem Ministerium erneut vorgelegt werden. Hierbei sollen auch Differenzen mit dem Justizministerium, namentlich über die Anstellung der Justizkommissarien als Patrimonialrichter, erwogen werden.*² [B] — **2. Regreßanspruch des Fiskus [...]** gegen die Mitglieder der vormaligen Berliner [...] Regierung wegen Erstattung des

¹ TOP 3.

² *Vgl. Material dazu in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 34 Bd. 1.*

durch die Veruntreuungen des ehemaligen Landrats Pape *entstandenen* Schadens. *Die Klage soll abgeschlagen werden.*³ [B] — **3.** *Pensionsansprüche* der vormalig in herzoglich Warschaischen Diensten gestandenen Offiziere. Gesuch⁴ des ehemaligen polnischen Oberstleutnants von Niegolewski. — **4.** *Fideikommiss* in den zum vormaligen Großherzogtum Berg *gehörenden* Landesteile, *welche* vor Einführung der französischen Gesetze *dort bestanden.* *Diese sollen gesetzlich für nicht aufgehoben erklärt werden.*⁵ [B]

³ *Der Immediatbericht v. 31.12.1827 in: Rep. 90, Tit. XI Litt. P Nr. 1, n.f.; dort auch Voten, die Immediatvorstellung der Witwe Le Coq sowie weiteres Material.*

⁴ *Konnte in den vorhandenen Akten nicht nachgewiesen werden, vgl. jedoch den Immediatbericht v. 31.1.1828 in: Rep. 90, Tit. XLIII A Nr. 20, Bl. 85–94v; dort auch Voten und weiteres Material. Vgl. auch die Konvention zwischen Preußen und Rußland v. 22.5.1819, GS, S. 197.*

⁵ *Vgl. den Bericht an den Präsidenten des Staatsrats v. 13.12.1827 sowie die Verhandlungen des Staatsrats, in: Rep. 80, I Justiz Nr. 57. Vgl. auch das Gesetz v. 23.3.1828, GS, S. 38.*

Nr. 372 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Dezember 1827.

Vollz. Reinschriften, Bd. 14, Bl. 133–147v [Teilprot. 35a–g]; MF 93. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3662, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 2–7], Carl v. Mecklenburg-Strelitz [zu 1–3, 5–7], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a–c] v. Staegemann; [d–g] [?].

Weitere Teilnehmer: Günther [zu 7], Kahle [zu 4], Kühne, [zu 6], Oswald [zu 4; U], v. Staegemann [zu 1–4, 6].

1. *Immediateingaben.* *Der König sieht keine Veranlassung zum vorgeschlagenen Publikandum mit Vorschriften zur Verhütung von Beschwerden. Es könnte sich das Mißverständnis verbreiten, daß man hiermit den Weg zum Thron beschränken will. Verfahrensweise bei Bescheiden der Provinzialbehörden, die ein Gesuch ablehnen bei denjenigen Personen, welche wider einen abschlägig erhaltenen Bescheid die höhere Behörde anzutreten beabsichtigen; in den Ministerien, bei einer vom König remittierten [...] Immediateingabe.* [B] — **2.** *Pensionsansprüche der Witwen und Waisen der Beamten in den neu oder wiedererworbenen Provinzen. Spezialdiskussion zu einem Bericht.*¹ — **3.** *Verrechnungsmodus* der Einkaufsgelder bei Erbverpachtungen von Domänen auf den Schuldenetat gemäß § 5 des Edikts² über die Veräußerlichkeit der Domänen. *Meinungsverschiedenheit* zwischen den Ministerien der Justiz und der Finanzen *soll vom König entschieden werden.*³ [B] — **4.** *Disziplinarsache.* [B] — **5.** *Bei der Fouragelieferung für marschierende Truppen sind Landräte und Ortsbehörde verpflichtet, diese Fürsorge zu übernehmen und den Fouragebedarf zu den möglichst billigen Preisen anzukaufen.* [B] — **6.** *Pensionssache.* [B] — **7.** *Maß der Mauer- und Dachsteine in Westfalen. Die Stände wünschen, daß die Regierungen ermächtigt werden, für ihren Regierungsbezirk dieses festzusetzen. Nach Vinckes Dafürhalten soll es ein gleichförmiges Maß für alle Regierungsbezirke geben, was von der Majorität befürwortet wird.*⁴ [B]

¹ *Der Immediatbericht v. 17.3.1828 in: Rep. 90, Tit. XLIII A Nr. 22, n.f.; dort auch Voten.*

² *Vgl. das Edikt und Hausgesetz über die Veräußerlichkeit der königlichen Domänen v. 6.11.1809, GS, S. 606.*

³ *Vgl. den Immediatbericht v. 29.2.1828 in: Rep. 90, Nr. 1625, Bl. 117–119; dort auch weiteres Material.*

⁴ *Der Immediatbericht v. 29.2.1828 in: Rep. 80, I Handel Nr. 7, Bl. 2–3; dort auch weiteres Material. Der im Protokoll erwähnte (Bl. 145) Bericht Vinckes in: Rep. 120, A IX Nr. 26 Bd. 1; dort auch das Gutachten der Stände, Bl. 175–176v sowie Voten und weiteres Material. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 3 (Westfalen 1826), S. 86 f.*

Nr. 373 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Januar 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 15, Bl. 1–9v [Teilprot. 1a–c] und Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXX B Sachsen Nr. 4, Bl. 16–17 [Prot. 1d]; MF 94 und MF-Suppl. 3.

Anwesend: Schuckmann [U], Lottum, Hake, Danckelman [alle drei zu 1–3; U], Motz [zu 2–4; U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b] v. Graevenitz [U]; [c–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 4], Cammerer [zu 3], v. Graevenitz [zu 2; U], v. Staegemann [zu 1, 3–4].

1. Anlässlich eines Rechtsstreits zwischen dem Fürsten von Liechtenstein und dem Fürsten von Kaunitz wegen des Lehnfolgerechts des ersteren in der Grafschaft Rietberg wird die Rechtsgültigkeit der Hausverträge reichsständischer Familien debattiert. Wegen der Verschiedenheit der Ansichten soll die Sache bei der Anwesenheit Bernstorffs wieder aufgenommen werden. Unangemessene Anrede Liechtensteins in seiner Eingabe¹ an den König. [B] — **2. Chausseebau.** Verpflichtung der Grundbesitzer zur unentgeltlichen Herausgabe von Feldsteinen, auch für solche Strecken, die nicht unmittelbar von ihren Grundstücken begrenzt werden.² [B] — **3. Pensionierung** der beurlaubten Landwehroffiziere.³ [B] — **4. Rechtliche Natur** der Domänen in den neuen und wieder eroberten Provinzen. In dem Streit mit der Familie von Eberstein wegen des Amts Mohrunge wird beschlossen, daß aus Billigkeitsgründen diese Domäne geteilt werden soll.⁴ [B]

¹ Das besprochene Gutachten des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten v. 27.6.1826 in: Rep. 90, Nr. 161, n.f.; dort auch weiteres Material, u. a. Voten und die Eingabe Liechtensteins v. 27.6.1827, in welchem er den König mit „Vetter“ anredete. Vgl. auch VO wegen streitig gewordener Auslegung von Staatsverträgen v. 25.1.1823, GS, S. 19.

² Vgl. KO zur Hergabe von Feldsteinen, Sand und Kies zu Chausseebauten in den Marken v. 9.2.1828, in: Kamptz, Annalen, Bd. 12 (1828), S. 546.

³ Voten und weiteres Material in: Rep. 90a, Y V 2f Nr. 1 Bd. 1.

⁴ Der Immediatbericht v. Januar 1828 in: Rep. 90, Tit. XXX B Sachsen Nr. 4, Bl. 18–22v; dort auch Voten und weiteres Material, u. a. ein Votum Danckelmans, in welchem er eine andere Meinung als das Staatsministerium vertritt. Vgl. auch das Gesetz v. 9.3.1819, GS, S. 73.

Nr. 374 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Januar 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 15, Bl. 11–20v [Teilprot. 2a–f]; MF 94. — Abschr: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1–4, 6], Carl von Mecklenburg-Strelitz, Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a–d, f] v. Staegemann; [e] [?].

Weitere Teilnehmer: Müller [zu 5], v. Staegemann [zu 1–4, 6].

1. Ablösung der mittleren und niederen Domänenjagd. Entwurf² eines Gesetzes. Keine Einwände. [B] — **2. Bestimmung einiger Gegenstände** im Landschaftsreglement für das Großherzogtum Posen. Bei der derzeitigen Krise der Posenschen Landschaft ist es nicht ratsam, ein Gesetz zu erlassen, das den Kredit der Pfandbriefe bei der Mehrheit der Pfandbriefinhaber leicht gefährden [...]

¹ TOP 2: Bernstorff [U].

² Rep. 80, I Finanz Nr. 22, Bl. 3. Vgl. auch VO v. 29.3.1829, GS, S. 23.

könnte. Entwurf³ eines Gesetzes. *Spezialdiskussion*. [B] — **3.** Die Übertragung der Patrimonialgerichtsbarkeit an den Staat ruft eine Differenz zwischen Schuckmann und Danckelman hervor über die Beteiligung des ersteren. Die Sache soll zur Revision der Gerichtsordnung verwiesen werden. [B] — **4.** Wappenfarben der fürstlichen Häuser in Westfalen und den Rheinprovinzen, die für ihre Verwaltungsangelegenheiten besondere Regierungen gebildet haben oder [...] bilden werden. [B] — **5.** Einzelrichter sollen Patrimonialgerichte verwalten dürfen. Die Aufhebung des § 469 des Anhangs zur Gerichtsordnung, der den Justizkommissarien die Annahme der Patrimonialgerichte verbietet, soll dem König nicht angetragen werden. [B] — **6.** Bernsteinarbeiter-Zunft in Stolp. Staatliche Unterstützung entweder dadurch, daß beim neuen Vertrag zur Verpachtung des Bernsteinregals in Ostpreußen den Pächtern zur Bedingung gemacht wird, den Zünften zu Königsberg und Stolp den Arbeitsstein zu günstigen Preisen zu überlassen, oder dadurch, daß das Regal an die Zünfte selbst verpachtet wird. Der Bericht Schöns ist noch abzuwarten.⁴

³ Gemeint ist vermutlich ein Entwurf v. 7.8.1827, vgl. Rep. 87, B Nr. 11233, n.f. Das Votum Schuckmanns in: Rep. 87, B Nr. 11234, n.f. In beiden Bänden befindet sich weiteres Material zur Lage der landschaftlichen Kreditordnung Posens in dieser Zeit.

⁴ Zur Verpachtung des Bernstein-Regals und den Aktivitäten der Stolper Zunft in dieser Zeit vgl. Tesdorpf, Wilhelm, Gewinnung, Verarbeitung und Handel des Bernsteins in Preußen, Jena 1887, S. 42–48; dort auch eine Abschrift der Denkschrift Auerswalds v. 5.10.1822 zu den Verhältnissen des Bernstein-Regals, S. 130–135.

Nr. 375 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Februar 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 15, Bl. 21–37 [Teilprot. 3a–e]; MF 94. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl von Mecklenburg-Strelitz [beide zu 4–5], Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Motz [U]. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c–e] [?].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 3], Frick [zu 4–5], v. Staegemann [zu 3].

1. Der Rittmeister v. Schmiterlow ersucht um die Verleihung der Landtagsfähigkeit und zu dem Ende der Gerichtsbarkeit für die von ihm erworbenen ehemaligen Domänenvorwerke Draheim und Katzwerder. Die Sache soll Schuckmann zur Bearbeitung [...] überlassen werden.² [B] — **2.** Löschung der amtlich verfügten Eintragung des Oberlandesgerichts zu Frankfurt in das Hypothekenbuch des Hüttenwerks zu Pleishammer zur Verpflichtung der dortigen Arbeiter, das zu ihrer Konsumtion bestimmte Getränk aus der Fabrikationsstätte des Dominii zu Beutnitz zu nehmen. [B] — **3.** Verwandtschafts- und Erbschaftsverhältnisse der Familie v. [...] Hagen bezüglich der Waldungen, die ehemals zur Herrschaft Motten gehörten. Weil viele der Interessenten [...] französische Untertanen sind, sollen diese nicht weiter verfolgt werden. Das Gnadengeschenk, welches der Reklamantin [...] bewilligt wurde, ist auch nur auf die Baronin von Hagen in Büren zu beschränken. [B] — **4.** Schankgewerbe und Gewerbesteuer. Es muß unterschieden werden zwischen dem gewerbesteuerfreien bloßen Detailverkauf seitens der Produzenten, und dem jederzeit gewerbesteuerpflichtigen Verkauf zum Genuß auf der Stelle. Eine Deklaration der entsprechenden Paragraphen³ des Gewerbesteuergesetzes ist nicht nötig. Eine Bestimmung, daß der Verkauf solcher Weinproduzenten, welche ihren Weingewinn in der Herbstzeit zum Genuß auf der Stelle anbieten,

¹ TOP 5: Danckelman [U].

² Vgl. Schuckmanns Bericht an den Oberpräsidenten Sack v. 9.5.1828 in: Rep. 77, Tit. 438 Nr. 28 Bd. 1, n.f.; dort auch weiteres Material zur Verleihung der Landtagsfähigkeit an das ehemalige Domänenvorwerk.

³ Vgl. § 10 und 11 im Gewerbesteuergesetz v. 30.5.1820, GS, S. 149.

als Schankgewerbe nicht anzusehen ist, soll erlassen werden.⁴ [B] — 5. Deklaration⁵ zur Zollordnung vom 26. Mai 1818 u. a. zur Bestrafung der Zollkontravention auch bei Vernachlässigung der vorgeschriebenen Form der Deklaration. [B]

⁴ Vgl. das Zirkularreskript der Innen- und Finanzministerien an alle Regierungen, bezüglich freien Verkauf des von Weinbauern selbst gewonnenen Weins v. 17.6.1827, in: Kamptz, Annalen, Bd. 12 (1828), S. 526 f.

⁵ Vgl. VO zur Erläuterung und Ergänzung einiger Bestimmungen der Zollordnung v. 26.5.1818, v. 13.7.1829, GS, S. 95.

Nr. 376 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Februar 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 15, Bl. 38–39 [Teilprot. 4a–b]; MF 95. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Motz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Jacobi [zu 2], Oswald [zu 2; U].

1.–2. Disziplinarsachen. [B]

Nr. 377 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Februar 1828.

Vollz. Reinschr., Bd. 15, Bl. 39a–39b [Prot. 4c]; MF 95. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Carl von Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Frick.

Wechselstempel. Entwurf¹ zu einer Deklaration des Stempelgesetzes.² *Spezialdiskussion u. a. zu Stempelkontraventionen bei trockenen Wechslern.* [B]

¹ Vermutlich (o. D.) in: Rep. 151, III Nr. 11259, n.f.; dort auch das Konzept eines Immediatberichts (o. D.).

² Vgl. auch das Gesetz v. 7.3.1822, GS, S. 57 sowie die KO v. 3.1.1830, GS, S. 9.

Nr. 378 Sitzung des Staatsministeriums am 5. März 1828.

Vollz. Reinschr., Bd. 15, Bl. 40–44 [Prot. 5]; MF 95. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 1 Bd. 3, Bl. 1–3v; Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl von Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Sack, Streckfuß.

Rechtsangleichung in den Rheinprovinzen. Spezialdiskussion zu den Vorschlägen der Kommission zur Beratung der Modifikationen der Einführung der preußischen Gesetze. Diese beruhen v. a. auf

der Beibehaltung der Eigentümlichkeiten der Rheinprovinzen. Diese sollen neben dem Allgemeinen Landrecht als Provinzialrecht gelten. Die Beendigung der Gesetzrevision ist abzuwarten.¹ [B]

¹ Vgl. den Immediatbericht v. 31.3.1828 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 1 Bd. 3. Vgl. auch Danckelmans Bericht v. 3.2.1827 an das Staatsministerium mit Vorschlägen zu Kommissionsmitgliedern, in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 12. Landsberg beschreibt diese Beratung als die „entscheidende Sitzung des Staatsministeriums“. Vgl. Landsberg, Rheinisches Recht und die rheinische Gerichtsverfassung, in: Die Rheinprovinz 1815–1915, hrsg. von Hansen, Bd. 1, S. 163. Dort auch eine Besprechung dieser Sitzung.

Nr. 379 Sitzung des Staatsministeriums am 11. März 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 15, Bl. 45–53 [Teilprot. 6a–b]; MF 95. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl Herzog von Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [zu 1; U]. — Prot.: [a] Bode¹; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Bode [zu 1], v. Rochow, Sack [beide zu 2], v. Staegemann, Streckfuß [zu 2].

1. Strafgesetzbuch für die preußischen Staaten. Entwurf², welcher sich jedoch erst auf den sogenannten allgemeinen Teil des Strafkodex' beschränkt. Spezialdiskussion, v. a. zu Fragen über das Verfahren bei ausländischen Verbrechen und Verbrechen von preußischen Untertanen im Ausland. Auslieferung, Landesverweis. Kein definitiver Beschluß, da der Gegenstand mehr in das Gebiet der Kriminalordnung als des materiellen Strafrechts gehört. [B] — 2. Rechtsangleichung in den Rheinprovinzen. Fortsetzung der Beratung. Motz ist der Meinung³, daß die Revision des ganzen privatrechtlichen Teils des Allgemeinen Landrechts abzuwarten ist, ehe von einer Einführung desselben in die neuen Provinzen die Rede sein kann. Dieser Vorschlag wird abgelehnt.⁴ [B] Die Wiederherstellung früher aufgehobener Provinzialgesetze ist von den Abgeordneten des ersten und zweiten Standes beantragt.⁵ Es handelt sich um die Gesetze über die kirchliche Trauung als ein wesentliches Erfordernis einer gültigen Ehe, über gemischte Ehen, über die Rechte unehelich geschwängerter Personen gegen ihren Schwängerer. Das Staatsministerium ist der Meinung, daß diese Vorschriften sich doch nicht zu einem Provinzialrecht eignen. Die Wünsche der Abgeordneten werden zum Teil durch Einführung des revidierten Landrechts erfüllt. Nur bezüglich der kirchlichen Trauung glaubt Altenstein ein Gesetz beantragen zu können. Die Anträge auf die Wiederherstellung der Gesetze über die eheliche Gütergemeinschaft nach Jülich-Bergischen, Klevischen und Gelderschen Statuten, die statuarische Intestaterbfolge, die Befugnis der Eltern, durch Ehe- und Einkindschaftsverträge die Erbfolge unter den Kindern festzusetzen, [...] verdienen Rücksicht. Die weitere Beratung soll vom Landtag vorgenommen werden. Eine nähere Erklärung der Ritterschaft zur Erbfolge ist erforderlich. Die beantragte Wiederherstellung der Schöffengerichte kann

¹ Als Protokollführer bei den Beratungen zur Revision des Strafgesetzbuches genannt, vgl. Danckelmans Schreiben an den König v. 25.2.1828 in: Rep. 89, Nr. 17721, Bl. 17.

² Der als Manuskript gedr. Entwurf des Strafgesetzbuches, Berlin 1828, in: Rep. 84, II 4 I Nr. 3, Bl. 1 f.

³ Das Separatvotum Motz' in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 1 Bd. 3, Bl. 8–15v; dort auch KO v. 20.4.1828 und weiteres Material. Zu den Einwänden Motz' zur Einführung des Allgemeinen Landrechts in die Rheinprovinzen vgl. auch Petersdorff, Motz, Bd. 2, S. 356 f.

⁴ Vgl. auch Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung, S. 491–493.

⁵ Vgl. die verschiedenen Anträge in: Rep. 77, Tit. 523h Nr. 11, n.f.

nur zur näheren Erwägung kommen, wenn über die Einrichtung der Gerichte in den Rheinprovinzen ein Beschluß gefaßt wird.⁶ [B]

⁶ Zur Geschichte der Revision des Strafprozeßrechts unter dem Ministerium Danckelman vgl. Quellen zur preußischen Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts, hrsg. v. Werner Schubert und Jürgen Regge. Gesetzrevision (1825–1848), 1. Abt., Bd. 1–2, Vaduz 1981.

Nr. 380 Sitzung des Staatsministeriums am 12. März 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 15, Bl. 54–63v [Teilprot. 7a–c]; MF 95. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: [U]¹: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn [zu 3], Klaatsch [zu 1], v. Staegemann [zu 2–3].

1. Agiotage im Klevischen und in den Rheinprovinzen mit fremdem Kurantgelde, namentlich dem Brabanter Kronentaler. Dies ist bedrückend für die ärmere Volksklasse, besonders für die Fabrikarbeiter.² [B] — 2. Besoldungen. Wegen der fehlenden Gleichförmigkeit im Zahlungsverfahren beantragt Ladenberg, bei allen Beamten ein Prinzip vorwalten zu lassen und außer den Beamten bei den Landesjustizkollegien allseits eine monatliche Vorausbezahlung zu leisten. Der Zahlungstermin ist lediglich Sache der Verwaltung und nicht vom Gesetz [...] abhängig.³ [B] — 3. Der Graf von Schladen wurde als Gesandter am niederländischen Hof des Falschspiels mit Karten beschuldigt. Zwar stellte ein gerichtliches Verfahren am niederländischen Tribunal keine Schuld fest, aber nach dem Urteil des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten war doch der Schein des Verdachts auf Schladen gefallen. Eine weitere [...] Untersuchung in Preußen würde die Sache nicht entscheidend aufklären. Da ein Gesandter einen fleckenlosen Ruf genießen muß, eignet sich Schladen nicht zu weiterer Anstellung; ihm gebührt aber eine Pension.⁴ [B]

¹ TOP 1: Bernstorff [U]; TOP 1–2: Hake [U].

² Vgl. KO zur Beseitigung der wucherischen Agiotage mit den Brabanter Kronentalern in den westlichen Provinzen v. 10.5.1828, GS, S. 69.

³ Der Bericht Ladenbergs v. 27.10.1827 in: Rep. 89, Nr. 3860, n.f.; dort auch der Immediatbericht v. 21.4.1828. Vgl. ferner das Zirkularreskript der Innen- und Finanzministerien an allen Regierungen über die Vorauszahlung bei den Besoldungen der Staatsdiener v. 27.6.1828, in: Kamptz, Annalen, Bd. 12 (1828), S. 309.

⁴ Eine von Bernstorff unterzeichnete vollständige Übersicht der den Grafen von Schladen betreffenden Vorfälle im Klub zu Brüssel im März und April 1827 v. 16.1.1828, in: Rep. 90, Tit. XI Litt. S Nr. 10, n.f.

Nr. 381 Sitzung des Staatsministeriums am 19. März 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 15, Bl. 64–66 [Teilprot. 8a–b]; MF 95. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Motz [U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 2], v. Staegemann, Zwicker [zu 2].

1. Zinsfuß in der Provinz Preußen. Anweisung an die betreffenden Gerichte, daß entsprechend dem Antrag der Stände die Herabsetzung¹ des Zinsfußes in der ganzen Provinz und nicht nur in den Teilen, wo das Ostpreußische Provinzialrecht angewendet wird, stattfinden soll.¹ [B] — **2. Disziplinarsache.** [B]

¹ Vgl. Sitzung am 27.12.1826 mit Anm.; vgl. auch die Petition v. 12.2.1827 in: Rep. 77, Tit. 523a Nr. 8 Bd. 1, n.f.

Nr. 382 Sitzung des Staatsministeriums am 26. März 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 15, Bl. 67–73 [Teilprot. 9a–c]; MF 95. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 2–3], Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, zu 1–2; U], Schuckmann [U], Motz [zu 1–2; U]. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Staegemann.

1. Bernsteinarbeiter. Wie das Staatsministerium ist auch Schön der Ansicht, daß weder die Überlassung des Arbeitssteins an die Bernsteinarbeiter in Stolp und Königsberg gegen Erlegung der ehemaligen Preise noch eine Verpachtung des Regals an die Bernsteinarbeiter ein geeignetes Mittel für die staatliche Unterstützung ist. Motz wird die beiden Vorschläge näher prüfen. Die Beförderung der Exporte des Bernsteins ist zur Zeit von Seiten der Regierung nicht möglich. Das Staatsministerium ist nicht zuständig für die Frage, ob die frühere Administration des Bernsteinregals der gegenwärtigen Verpachtung vorzuziehen ist. [B] — **2. Standesherrliche Sache.** Bestätigung der Hatzfeldt-Trachenbergschen Erbvereinigung. Suspendierung der Kuriatstimme auf dem schlesischen Landtag, die dem Fürsten von Hatzfeldt wegen des Fürstentums Trachenberg erteilt worden ist.² [B] — **3. Rechtsverhältnisse der standesherrlichen Besitzungen in Beziehung auf den Kommunalverband.**³ [B]

¹ TOP 3: v. Schoeler [für Hake U].

² Der Immediatbericht v. 28.4.1828 in: Rep. 90, Nr. 212, Bl. 112–117v; dort auch Voten und weiteres Material.

³ Vgl. KO v. 14.7.1829, GS, S. 117.

Nr. 383 Sitzung des Staatsministeriums am 2. April 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 15, Bl. 74–92v [Teilprot. 10a–h]; MF 95/96. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 2–3, 7–8], Carl v. Mecklenburg-Strelitz [zu 2–3, 5–8], Altenstein [V, zu 1–7; U], Schuckmann [U], Lottum [U], Motz [U]. — Prot.: [a–b, d, h] v. Staegemann; [c, e–g] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Grunenthal [zu 5–6], Jacobi [zu 2–3], Oswald [zu 3 und 6], Sack [zu 7], v. Staegemann.

¹ TOP 8: Danckelman [U].

1. *Standesherrliche Sache*. Rechtsverhältnisse des Fürsten [...] zu Bentheim-Steinfurt.² [B] — 2. Einquartierungslasten in Friedenszeiten und Befreiung der Grundstücke. *Bedürfnis einer gesetzlichen Bestimmung*. Beratung zu speziellen Bestimmungen soll erst bei Anwesenheit Hakes und Danckelmans stattfinden. Zur Abfassung eines entsprechenden Gesetzes wünscht das Staatsministerium Vorlage der Begründung des Geheimen Ober-Tribunals für seine Erkenntnis im Prozeß des Kaufmanns Pascal gegen den Fiskus.³ [B] — 3. *Pensionssache*. Grundsatzdiskussion zur Entziehung von Pensionen. [B] — 4. *Der Anspruch des Herzogs von Braunschweig auf das Prädikat eines regierenden Fürsten wegen des Fürstentums Oels wird befürwortet*. [B] — 5. Entschädigungsforderung des Kaufmanns Jastrzemski und des Landvogteigerichtsrats Garzke gegen den Fiskus für veruntreute Lieferungsscheine. Regreßpflichtigkeit der Mitglieder der Regierung zu Königsberg für diese Veruntreuung. Ein Prozeß soll nicht durchgeführt werden.⁴ [B] — 6. *Disziplinarsache*. [B] — 7. *Polizeiliches Strafrecht der Patrimonialgerichtsherren*. Die Regierung zu Marienwerder wünscht eine öffentliche Bekanntmachung der Kompetenz der Patrimonialgerichtsherren bei ihrer Ausübung des polizeilichen Strafrechts. Schuckmann und Danckelman sind im wesentlichen hiermit einverstanden, jedoch scheint dem Kronprinzen die vorgeschlagene Bestimmung eine sehr nachteilige Schmälerung des Rechts der Patrimonialgerichtsherren zu enthalten und überhaupt hält er eine solche Bekanntmachung [...] nicht für angemessen. Gegebenenfalls soll die Sache an die Revision der Gesetze verwiesen werden. Wegen einiger Bestimmungen in einer Kabinettsordre⁵ vom 13. Januar 1828 soll ein neues Gesetz erlassen werden. Der vollständige Vortrag der Sache kann nur in Gegenwart Danckelmans erfolgen.⁶ [B] — 8. *Der Fürst zu Bentheim-Tecklenburg beschwert sich über die Einrichtung von Katasterkosten*. Die Mehrheit des Staatsministeriums ist der Meinung, daß die Standesherrn hierzu nicht zu verpflichten sind.⁷ [B]

² Vinckes Bericht v. 22.11.1827 in: Rep. 90, Nr. 71, n.f.; dort auch Voten und weiteres Material.

³ Eine Abschrift des Urteils des Geheimen Ober-Tribunals in: Rep. 77, Tit. 332cc Nr. 19 Bd. 1, n.f.; dort auch der Bericht des Staatsministeriums v. 10.9.1825, der für die geplanten Bestimmungen grundlegend sein sollte, sowie weiteres Material. Vgl. auch Sitzung am 17.8.1825, TOP 2 mit Ann.

⁴ Der Immediatbericht v. 26.4.1828 in: Rep. 89, Nr. 25242, n.f.; dort auch weiteres Material.

⁵ Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 34 Bd. 1, Bl. 49–49v; Rep. 77, Tit. 349a Nr. 1 Bd. 3.

⁶ Schuckmanns Votum in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 34 Bd. 1; dort auch Entwürfe der Verfügungen. Weitere Voten und Material in: Rep. 77, Tit. 349a Nr. 1 Bd. 3. Zum polizeilichen Strafrecht der Patrimonialgerichtsherren vgl. auch das Gesetz v. 10.2.1827, GS, S. 26.

⁷ Vgl. KO 14.7.1829, GS, S.117.

Nr. 384 Sitzung des Staatsministeriums am 9. April 1828.

Vollz. Reinschr., Bd. 15, Bl. 93–94v [Prot. 11a]; MF 96. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 7 Bd. 2, Bl. 69; Rep. 77, Tit. 114 Nr. 162 Bd. 2, Bl. 106; Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Streckfuß.

Rückgabe der Patrimonialgerichtsbarkeit an den Grundherren in den sächsischen Mediatstädten. Meinungsdivergenz zwischen [...] Schuckmann und Danckelman, ob hierfür als Bedingung die Zurücknahme der Kriminalgerichtsbarkeit seitens der Grundherren verlangt werden sollte, was jedoch verneint wird.¹ [B]

¹ Material hierzu in: Rep. 90, Tit. XXXIII B Nr. 7 Bd. 2.

Nr. 385 Sitzung des Staatsministeriums am 22. April 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 15, Bl. 95–101 [Teilprot. 12a–b]; MF 96. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Lottum, Hake [zu 1; U], Danckelman, Motz. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn [zu 1], Eimbeck [zu 2], v. Staegemann [zu 1].

1. Hausverträge reichsständischer Familien. *Frage der Rechtsgültigkeit veranlaßt durch den Rechtsstreit zwischen den Fürsten von Liechtenstein und v. Kaunitz wegen des Familienvertrages von 1726 über das Lehnsfolgerecht für die Grafschaft Rietberg.¹ Entsprechend der Ansicht Bernstorffs wird gegen Lottum und Danckelman entschieden, daß § 14 der Bundesakte von 1815 die Aufrechterhaltung dieses Familienvertrages nicht rechtfertigt. Danckelmans Antrag, die Verordnung wegen streitig gewordener Auslegung eines Staatsvertrages ganz aufzuheben, wird abgelehnt, jedoch einer Modifikation zugestimmt, wonach das Außenministerium in solchen Fällen, wo die Auslegung eines Staatsvertrages ein fortwirkendes Rechtsverhältnis bildet, darüber zuvor mit dem gesamten Staatsministerium beraten werden muß. [B] — 2. Pensionssache. Grundsatzdiskussion. [B]*

¹ *Bei dieser Sitzung war Bernstorff wegen Krankheit abwesend (vgl. Bl. 95v). Der Immediatbericht v. 24.5.1828 in: Rep. 90, Nr. 161, n.f. Vgl. ferner Sitzung am 2.1.1828, TOP 1 mit Anm.*

Nr. 386 Sitzung des Staatsministeriums am 25. April 1828.

Vollz. Reinschr., Bd. 15, Bl. 102–105v [Prot. 13]; MF 96. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, XIV Nr. 1 Bd. 1, Bl. 22–25v; Rep. 84, II 4 I Nr. 3, Bl. 9–10v; Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: Bode.

Weitere Teilnehmer: Bode.

Fortgesetzte Beratung zum Entwurf¹ des Strafgesetzbuches für die preußischen Staaten. Spezialdiskussion u. a. zur Todesstrafe. Zur Abschaffung der bisher üblichen s. g. qualifizierten Todesstrafen des Rades, Feuers und Stranges wurde zwar das Bedenken geäußert, hierdurch könnte leicht die bisherige abschreckende Wirkung des Gesetzes auf den gemeinen Mann geschwächt werden. Jedoch wird dagegen erwogen, daß auch schon jetzt diese gesetzlichen Drohungen nicht mehr den vermeinten Eindruck machten, da es wohl völlig allgemein bekannt ist, daß die zum Rade oder Feuer-Verurteilten jedesmal unmittelbar vor der Exekution heimlich erdrosselt würden. Das Gesetz soll sich einer Art der Todesstrafe bedienen, die für den Verurteilten nicht qualvoll ist. Beibehaltung der bisher [...] üblichen [...] Enthauptung mit dem Beil statt mit dem Fallschwerte oder der Guillotine. Erfahrungsgemäß ist die Guillotine nicht unfehlbar, es ist auch hier die Hand eines Menschen, welche das tötende Werkzeug bedient und die Einführung dieser, an so viele Greuel erinnernden Todesmaschine würde unstreitig einen üblen Eindruck auf das Volk machen. Die Bei-

¹ *Der als Manuskript gedr. Entwurf des Strafgesetzbuches, Berlin 1828, in: Rep. 84, II 4 I Nr. 3, Bl. 1 f.*

behaltung der Öffentlichkeit bei der Hinrichtung *ist* durchaus notwendig. Beratung *soll fortgesetzt werden*. [B]

Nr. 387 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Mai 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 15, Bl. 106–110 [Teilprot. 14a–b], Anlage¹: Bl. 111–111v; MF 96. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend²: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl von Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a] [Bode]; [b] v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Staegemann.

1. Fortgesetzte Beratung zum Entwurf³ des allgemeinen Teiles des Strafgesetzbuches für die preußischen Staaten. Weitere Spezialdiskussion zur Todesstrafe, insbesondere zur Hinrichtungsart. Das Werkzeug, d. h. das Beil zur Vollziehung der Todesstrafe durch Enthauptung soll im Gesetz genannt werden. Altenstein beantragt eine spätere Beratung zur Frage, ob nicht die Teilnahme der Öffentlichkeit bei Vollziehung der Todesstrafe eingeschränkt werden soll. Was die Art der Todesstrafe angeht, wird einerseits erwogen, daß die einfache Todesstrafe, ohne [...] schärfende Zusätze, das Rechtsgefühl des Volkes verletzen würde. Von einer anderen Seite wird erwidert, daß das Gesetz den Vorurteilen des Volkes bzw. seinem Rachegefühl [...] nicht nachgeben darf, sondern ihm eher entgegenzutreten sollte. Die Mehrheit stimmt jedoch dafür, daß Schärfungen der Todesstrafe in dem Gesetz aufgestellt werden, z. B. Schleifung des Verbrechers zur Richtstätte, die öffentliche [...] Ausstellung des Kopfes und bei Elternmördern der rechten Hand des Verbrechers. [B] — 2. Kompetenzkonflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden. Von der Bildung einer organischen Behörde ist abzusehen. Dem König soll angetragen werden, daß das Staatsministerium selbst in jedem einzelnen Fall die Sache zur königlichen Entscheidung vorbereitet. Unklar bleibt, ob und in welchen Fällen das Gutachten des Staatsrats zu erfordern *ist* sowie die Entscheidung über den Konflikt dem Geheimen Ober-Tribunal bzw. dem Rheinischen Revisionshof zu übertragen *ist*.⁴ [B]

¹ *Promemoria des Herzogs Carl von Mecklenburg-Strelitz zur Frage der Notwendigkeit der Deklaration eines Gesetzes. TOP 2 beigelegt.*

² *TOP 2: Carl von Mecklenburg-Strelitz, Schuckmann, gelesen.*

³ *Vgl. §§ 10–11 des gedr. Entwurfs des Strafgesetzbuches, Berlin 1828, in: Rep. 84, II 4 I Nr. 3, Bl. 1 f.*

⁴ *Der Immediatbericht v. 12.6.1828 in: Rep. 89, Nr. 16865, Bl. 19–21v. Dort auch das Separatvotum des Kronprinzen sowie ein Bericht des Präsidenten des Staatsrats, Carl von Mecklenburg-Strelitz, v. 19.1.1827.*

Nr. 388 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Mai 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 15, Bl. 112–116 [Teilprot. 15a–c]; MF 96/97. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Altenstein [V, U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Lamprecht, Oswald [beide zu 3], v. Staegemann.

1. Entschädigungsanspruch des Herzogs von Rovigo wegen der ihm entzogenen Donation des ehemaligen Domänenamts Sommerschenburg. Motz *ist* der Ansicht, daß das Kammergericht in Abfassung der Sentenz *hierzu* seine Kompetenz überschritten *hat*; *Zustimmung der* anwesenden Mitglieder des Staatsministeriums. *Das* Urteil der zweiten Instanz *ist abzuwarten*.¹ [B] — 2. *Forderung* des Fürsten zu Kaunitz-Rietberg *nach seinem* Eigentum *hinsichtlich des* Franziskanerklosters zu Rietberg. *Die* Angelegenheit *gehört* nicht zur Kompetenz des Staatsministeriums, *sondern ist dem* Ministerium der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten [...] zu überlassen. [B] — 3. *Disziplinarsache*. [B]

¹ Vgl. das Schreiben Motz' v. 18.2.1828 an das Staatsministerium in: Rep. 84a, Nr. 47946, Bl. 189–190v; dort auch weiteres Material zum Thema, v.a. die Druckschrift: Prozeß zwischen dem Herzog von Rovigo und dem Königl. preußischen Fiskus, Paris 1829, Bl. 210 f.

Nr. 389 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Mai 1828.

Vollz. Reinschr., Bd. 15, Bl. 117–125 [Prot. 16a]; MF 98. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, XIV Nr. 1 Bd. 1, Bl. 29–37; Rep. 84, II 4 I Nr. 3, Bl. 13–18v.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: Bode.

Weitere Teilnehmer: Bode.

Fortgesetzte Beratung zum Entwurf¹ des Strafgesetzbuches. *Spezialdiskussion*. *Folgende Gegenstände wurden besonders ausführlich erörtert*: Viele Festungen *sind zur* Aufnahme von Baugefangenen [...] ungeeignet. In der Regel *sollen die* Verurteilten Zwangsarbeit in Zuchthäusern *leisten*. *Mehrfach wird die* Verwerfung aller Ehrenrechte *bezweifelt, besonders der* Rechte des Adels, der Orden und der öffentlichen Ämter *als Folge der* Verurteilung zur Zwangsarbeit oder Zuchthausstrafe. *Meinungsdifferenz, ob die* Entscheidung *hierzu dem* Richter beizulegen ist *oder ob nur der* König *den* Adelsverlust *sowie den* Verlust von Orden und öffentlichen Ämtern *aussprechen kann*. *Öffentliche* Bekanntmachung *des* Urteils. *Die* körperliche Züchtigung *als eine* durch den Richter zu erkennende Strafe *soll abgeschafft werden*, doch die Notwendigkeit der körperlichen Züchtigung *als* Disziplinarmittel in der Strafanstalt *wird anerkannt*. *Erinnerungen Motz' zur* Geldstrafe. [B]

¹ Vgl. §§ 12–29 im gedr. Entwurf des Strafgesetzbuches, Berlin 1828, in: Rep. 84, II 4 I Nr. 3, Bl. 1 f.

Nr. 390 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Mai 1828.

Vollz. Reinschr., Bd. 15, Bl. 126–127 [Prot. 16b]; MF 98. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Carl von Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckman [U], Lottum [U], Bernstorff [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

*Viehseuche-Maßregeln gegen Rußland, Polen, Krakau und Österreich. Aufhebung der Grenzsperrung gegen Polen hinsichtlich des Viehs und Gestattung der zuletzt verboten gewesenen Einführung von giftfangenden Stoffen, namentlich der Wolle aus dem Königreich Polen.*¹ [B]

¹ Vgl. *Voten und weiteres Material in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 100 (1) Bd. 1.*

Nr. 391 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Mai 1828.

Vollz. Reinschr., Bd. 15, Bl. 128–132v [Prot. 17]; MF 98. — Abschriften.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, X IV Nr. 1 Bd. 1, Bl. 38–43v; Rep. 84, II 4 I Nr. 3, Bl. 19–22v; Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: Bode.

Weitere Teilnehmer: Bode, v. Staegemann.

Fortgesetzte Beratung zum Entwurf¹ des Strafgesetzbuches. Spezialdiskussion u. a. zur Umwandlung verwirkter Geldstrafen in Gefängnisstrafen; zur Deutung des Begriffs „Bildung“ in Bezug auf die vorgesehene Festungsstrafe statt Zwangsarbeit und Zuchthausstrafe für Personen, welche nach ihren bürgerlichen Verhältnissen zu dem gebildeten Stand gehören; zur Verlängerung der Strafdauer bei der Umwandlung der Zwangsarbeit in Festungsstrafe als Ungerechtigkeit gegen die höheren Stände, da diese hierbei nicht nur ihre physische und körperliche Freiheit, sondern auch ihre Ehrenrechte verlieren würden. Landesverweisung bei Ausländern. Konfiskation.

¹ Vgl. §§ 29–41 im gedr. Entwurf des Strafgesetzbuches, Berlin 1828, in: *Rep. 84, II 4 I Nr. 3, Bl. 1 f.*

Nr. 392 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Juni 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 15, Bl. 133–140v [Teilprot. 18a–c]; MF 98. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1 und 3; 1 U], Carl von Mecklenburg-Strelitz [zu 1 und 3], Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Bernstorff [zu 1–2; U], Hake, Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b–c] [?].

Weitere Teilnehmer: Müller [zu 3], v. Scheibler [zu 2], v. Staegemann.

1. Rechtsverhältnisse der *ehemals* reichsunmittelbaren Fürsten. Bemerkungen des Kronprinzen. *Es soll keine Maßregel zur Veränderung des Rechtszustandes des Besitztums dieser Fürsten geben. Abänderungen im geplanten Rezeß mit dem Fürsten zu Salm-Horstmar.*¹ [B] — **2.** *Öffentliche Vorladung der Legatäre vor Gericht zwecks ihrer Legitimation. Die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichtsordnung sollen auch auf sie angewendet werden.*² [B] — **3.** *Beiträge aus der Sporteltaxe für die Strafanstalt in Luckau und die Irrenanstalt in Sorau.*

¹ Eine Abschrift des im Protokoll erwähnten Bericht Vinckes v. 8.2.1828, in: *Rep. 90, Nr. 207, n.f.*

² Vgl. die Deklaration der §§ 148–154 Tit. 51, T. 1 der Allgemeinen Gerichtsordnung zur öffentlichen Vorladung unbekannter Erbschafts-Interessenten v. 29.3.1829, GS, S. 23.

Danckelman lehnt eine Verbindlichkeit dieser Beiträge für die Salarienkasse in Frankfurt ab. Die Mehrheit bestätigt die entsprechende Übereinkunft der Ministerien des Innern und der Justiz aus dem Jahre 1818.³

³ Vgl. den Immediatbericht v. 10.8.1828 in: Rep. 89, Nr. 12680, Bl. 76–78v.

Nr. 393 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Juni 1828.

Vollz. Reinschr., Bl. 141–147 [Prot. 19]; MF 98. — Abschriften.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, XIV Nr. 1 Bd. 1, Bl. 44–51v; Rep. 84, II 4 I Nr. 3, Bl. 23–28v; Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake, Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: Bode.

Weitere Teilnehmer: Bode, v. Staegemann.

Fortgesetzte Beratung zum Entwurf¹ des allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches. Spezialdiskussion, u. a. zu Vorsatz und Fahrlässigkeit, Vollendung und Versuch eines Verbrechens, [...] Urheber und Teilnehmer, Aufhebung oder Ausschließung der Strafbarkeit.

¹ Vgl. §§ 42–85 im gedr. Entwurf des Strafgesetzbuches, Berlin 1828, in: Rep. 84, II 4 I Nr. 3, Bl. 1 f.

Nr. 394 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Juni 1828.

Vollz. Reinschr., Bd. 15, Bl. 148–163 [Teilprot. 20a–e]; MF 98.

Anwesend: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, zu 1–4; U], Schuckmann [zu 5; U], Lottum [U], Bernstorff [zu 5; U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [e] v. Staegemann; [a–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Sack [zu 1–4], v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff zu 4; U], v. Staegemann.

1. Deportation von Schwerverbrechern in Schlesien: Antrag¹ der Stände auf Festsetzung dieser Strafe. Prüfung bei der Revision der Strafgesetze. [B] — 2. Gerichtsverfassung Schlesiens: Antrag² der Stände auf Einführung von Schiedsmännern zur Schlichtung streitiger Angelegenheiten wird abgelehnt. Dieser Gegenstand ist bei der Revision der Gerichtsordnung wieder zu erwägen. [B] — 3. Anlässlich der Verordnung³ wegen Einführung der preußischen Gesetze in Enklaven ist die Frage umstritten, ob der mainz'sche Anteil von Treffurt und Dorla schon 1803 unter preußischer [...] Landeshoheit stand. — 4. Diebstähle unter Kameraden im Militärstande. Verschiedene Ansichten der Militär- und Zivilgerichte zur Art der Bestrafung. Befugnisse der Zivilgerichte bei der Untersuchung und Bestrafung des Holzdiebstahls in Ansehung der aktiven Militärpersonen.⁴ [B] — 5. Vorschläge⁵ Motz' zur Beschleunigung der Revision des Allgemeinen Landrechts durch Aufteilung in

¹ Rep. 77, Tit. 523d Nr. 12, n.f. Vgl. auch Rumpff, Verhandlungen, Folge 5 (Schlesien 1828), S. 11.

² Rep. 77, Tit. 523d Nr. 12, n.f. Vgl. auch Rumpff, ebd., S. 12.

³ Vgl. VO v. 25.5.1818, GS, S. 45. Diese VO wurde irrtümlich im Protokoll auf 1808 datiert. Vgl. auch Sitzung am 29.10.1828, TOP 2 mit Anm.

⁴ Vgl. das Gesetz v. 7.6.1821, GS, S. 89.

⁵ Vgl. den Entwurf Steltzers zu dieser Aufteilung in: Rep. 151, I C Nr. 540, Bl. 2–5v.

die Revisionen des reinen allgemeinen Zivilrechts und die der Partikularrechte. Besondere Gesetzbücher sollten hierzu angefertigt werden. Wegen Unausführbarkeit werden diese Vorschläge abgelehnt. [B]

Nr. 395 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juni 1828.

Vollz. Reinschr., Bd. 15, Bl. 164–171 [Prot. 21]; MF 98. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, XIV Nr. 1 Bd. 1, Bl. 52–57; Rep. 84, II 4 I Nr. 3, Bl. 29–34; Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann, Lottum [U], Hake, Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: Bode.

Weitere Teilnehmer: Bode.

Fortgesetzte Beratung zum Entwurf¹ des allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches. Spezialdiskussion, u. a. zur Aufhebung der Strafbarkeit beim Tod des Verbrechers. Verjährung. Die Bestrafung von jugendlichen [...] Verbrechern. Festsetzung der kriminellen Mündigkeit. Körperliche Züchtigung bei Unmündigen: Von einigen Seiten wird mißbilligt, daß dieses Strafmittel im Entwurf nicht vorgesehen ist und deren Gestattung wird beantragt; von der andern Seite wird erläutert, daß die körperliche Züchtigung als Erziehungs- und Besserungsmittel während der Strafzeit nicht auszuschließen ist, jedoch dem Richter verwehrt werden soll, diese als eigentliche Strafe anzuwenden. Bei den Unmündigen soll die körperliche Züchtigung als gesetzliche Strafe nicht angedroht werden. Altenstein ist dagegen, die unter zwölf Jahre alten Verbrecher mit Kriminalstrafen zu belegen. Seiner Meinung wird zugestimmt. Auch bei Verbrechern zwischen dem 12. und 16. Lebensjahr soll es eine Beschränkung der Gefängnisstrafe geben. Die Obrigkeit soll auf die Erziehung und Besserung der unter zehn Jahr alten jugendlichen Verbrecher einwirken. [B]

¹ Vgl. §§ 86–100 im gedr. Entwurf des Strafgesetzbuches, Berlin 1828, in: Rep. 84, II 4 I Nr. 3, Bl. 1 f.

Nr. 396 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Juni 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 15, Bl. 172–174 und 178–187 [Teilprot. 22a–d], Anlage¹: Bl. 175–177v; MF 98. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann, Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Grunenthal [zu 3], v. Lamprecht [zu 4], v. Schoeler [für Hake U], Simon [zu 2], v. Staegemann, Wolfart [zu 1], Zwicker [zu 3].

1. Aufgebote und Präklusionen. Vorbereitung einer Beratung und Beschlußnahme über die rechtlichen Folgen. Ein Gesetz hierzu ist wünschenswert, aber nicht notwendig. Fragen der Prozeßfähigkeit in bestimmten Fällen. Für einen weiteren Beschluß ist das Votum Danckelmans abzuwarten. [B] — 2. Rechtsangleichung in Neuvorpommern. Die Einführung der preußischen Gesetze ist

¹ Zu TOP 1: Einige Notizen Motz' (24.6.1828) für die Behauptung, daß es das allgemeine Staatswohl erheischt, und es für die Verwaltung wichtig ist, die im administrativ geordneten Liquidations-Weg abgemachten oder präkludierten Forderungen an den Staat nicht durch Einschreiten der Gerichte wieder hervortreten zu lassen.

beabsichtigt für 1828, jedoch soll diese Einführung erst nach vollendeter Revision der Allgemeinen Gerichtsordnung, der Hypothekenordnung, des Kriminalrechts, der Kriminalordnung und der drei ersten Titel des zweiten Teils des Allgemeinen Landrechts stattfinden. Ob das Oberlandesgericht für Neuvorpommern seinen Sitz in Greifswald oder Stralsund haben wird bleibt offen.² [B] — 3. Disziplinarsache. [B] — 4. Die Gültigkeit einzelner Gesetze, die im Herzogtum Sachsen und in den Lausitzen vor der Einführung des Allgemeinen Landrechts herrschten, wird bei der Revision der Provinzialgesetze geprüft. Altenstein beantragt ein Provinzialgesetz zur gründlichen Bestimmung der Kostenbeiträge, welche die Patrone und Gerichtsherrschaften als Eingepfarrte zu den geistlichen und Schulbauten beizutragen haben. Deklaration³ soll erfolgen. Proposition⁴ für die Stände. [B]

² Der Immediatbericht v. 26.7.1828, die im Protokoll (Bl. 179) erwähnte KO (29.4.1828) sowie ein Promemoria v. 4.6.1828 des GehOjusR Simons, in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 24 Bd. 1.

³ Vgl. die Bekanntmachung der königl. Ministerien über die Beitragspflichtigkeit zu den Kirchen- und Schulbauten in den ehemals Königl. Sächsischen Landesteilen v. 28.4.1829, in: Kamptz, Annalen, Bd. 13 (1829), S. 291.

⁴ Vgl. Rumpf, Verhandlungen, Folge 8 (Sachsen 1829), S. 18–21.

Nr. 397 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Juni 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 15, Bl. 188–204 [Teilprot. 23a–g]; MF 98/99.

Anwesend: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, zu 1–6; U], Lottum [U], Bernstorff [zu 5–6; U], Danckelman [U], Motz [zu 1–4, 6; U]. — Prot.: [e–g] v. Staegemann; [a–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Behrnauer [zu 1], Jacobi, Oswald [beide zu 2], v. Rochow [zu 1], v. Schoeler [für Hake U], v. Staegemann [zu 1–3, 5–7], Streckfuß [zu 1].

1. Kollaturrechte der Stände des ehemaligen Herzogtums Magdeburg für den Freitisch an der Universität Halle: Antrag¹ der sächsischen Provinzialstände im Interesse der Inwohner des ehemaligen Herzogtums. Anspruch auf Wiederherstellung dieses Freitisches und der diesbezüglichen Kollaturrechte abgelehnt. Altenstein soll die Hilfsquellen der Universität zur Unterstützung bedürftiger Studierender des ehemaligen Herzogtums mit dem Zustand von 1806 vergleichen. [B] — 2. Pensionssache. [B] — 3. Keine Bedenken gegen die Benennung des Gebiets des Fürsten zu Wied als Grafschaft.² [B] — 4. Mahl- und Schlachtsteuer.³ — 5. Freikuxe in Schlesien für Religions- und Schulunterricht. Die Kirchen und Schulen haben hierauf keinen rechtlichen Anspruch. Verwaltung der Einkünfte aus diesen Freikuxen durch die entsprechende Provinzialbehörde.⁴ [B] — 6. Gerechtsame der Stadt Stralsund. Die bevorstehende Einführung der Städteordnung sowie der preußischen Gesetzgebung und Gerichtsverordnung soll diese Frage klären. [B] — 7. Verpflichtung der Kommunen zur Unterhaltung der Gerichtsbehörden. Weigerung zur Hergabe eines Zimmers des Rathauses Kempen für das Friedensgericht; Differenzen hierzu zwischen Schuckmann und Danckelman. Das Staatsministerium ist der Meinung, daß die Vermietung des Kommunallokals eigentlich nicht zu den Kommunalbestimmungen gehört, jedoch muß diese Frage immer einzeln entschieden werden. [B]

¹ Rep. 77, Tit. 523f Nr. 12, n.f.; dort auch ein Schreiben (31.12.1827) des Oberpräsidenten Klewiz. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 5 (Sachsen 1825), S. 127 f. und 149 f.

² Das im Protokoll erwähnte Schreiben des Fürsten v. 21.4.1828 in: Rep. 90, Nr. 52, Bl. 92–92v.

³ Das Protokoll zu diesem TOP ist in der Hauptreihe nicht überliefert, vgl. jedoch den Immediatbericht v. 21.7.1828 zum Mahl- und Schlachtsteuergesetz in: Rep. 90a, F IV 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 216–219v.

⁴ Die im Protokoll erwähnte (Bl. 198) Petition des Provinziallandtags in: Rep. 77, Tit. 523d Nr. 12, n.f. Vgl. auch VO v. 9.3.1830, GS, S. 48.

Nr. 398 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Juli 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 16, Bl. 1–17 [Teilprot. 24a–d, ff]; MF 99. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

*Anwesend*¹: *Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 2–4], Altenstein [V, U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a, f] v. Staegemann; [b–d] [?].*

Weitere Teilnehmer: Behrnauer [zu 2], v. Rochow [zu 2 und 4], v. Schoeler [für Hake U], v. Staegemann, Streckfuß [zu 2 und 4], Zwicker [zu 3].

1. Standesherrliche Sache. Rechtsverhältnisse der Grafen zu Stolberg-Stolberg und zu Stolberg-Roßla. Die Urkunde hierzu soll nicht als Rezeß, sondern als eine vom König zu vollziehende Deklaration und Konzession ausgefertigt werden.² [B] — **2. Der geistliche Zehnte wird in den Hypothekenbüchern Posens als Zugzehnte eingetragen, auch dann, wenn diese Abgabe sich in eine Natural- oder Geldzehnte verwandelt hat. Der Landtag [...] bestreitet**³ die Zulässigkeit der Eintragung. *Schuckmann meint, daß die Abschaffung des Zugzehnten für die Landeskultur vorteilhaft wäre, weil aber die Zehnten in vielen Provinzen noch Gültigkeit besitzen, ist deren Aufhebung ein allgemeines Bedürfnis, das nicht nur für eine einzelne Provinz sondern durch die Revision der allgemeinen Gesetzgebung zu leisten ist. Auch die Aufhebung der Zehntpflicht der evangelischen Besitzer zehntpflichtiger Grundstücke an katholische Kirchenanstalten in einer einzelnen Provinz ist nicht [...] ratsam. Im Landtagsabschied ist dieser Punkt zu verschweigen, weil der Landtag die Aufhebung dieses Zustandes nicht beantragt hat.* [B] — **3. Pensionssache.** [B] — **4. Landtagsabschiede**⁴ für Posen, [...] Schlesien und Sachsen. *Baumann und Klewiz sollen im September zu den diesbezüglichen Verhandlungen nach Berlin einberufen werden. Wegen der größeren Anzahl der noch rückständigen Sachen für den Landtagsabschied Schlesiens ist der Zeitpunkt für die Einberufung Merckels weiter unbestimmt. Angabe der noch offenen Gegenstände der drei Landtagsabschiede. Diese Angelegenheiten sollen so schnell als möglich erledigt werden.* [B] — **5. Verträge mit dem Fürsten zu Salm-Horstmar über das Vermögen des ehemaligen Jesuitenkollegiums zu Coesfeld sollen einstweilen dem Ministerium der geistlichen und Unterrichtsgelegenheiten vorgelegt werden.**⁵ [B]

¹ TOP 4: Vermutlich Koehler für Schuckmann [U].

² Vgl. auch Bornhak, Conrad, *Die Mediatisierung der Grafschaften Stolberg-Stolberg und Stolberg-Roßla*, in: FBPG Bd. 19 (1906), S. 353–370.

³ Rep. 77, Tit. 523e Nr. 5, Petition Nr. 21, n.f. Vgl. auch Rumpf, *Verhandlungen, Folge 5 (Posen 1827)*, S. 201–205 und 251.

⁴ Vgl. Rumpf, *Verhandlungen, Folge 5 (Posen 1827; Schlesien, 1828; Sachsen, 1827)*, S. 213–255; 138–161; 1–23.

⁵ Vgl. die endgültige Vereinbarung v. 8.2.1829 in: Rep. 90, Nr. 207, n.f.

Nr. 399 Sitzung des Staatsministeriums am 3. September 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 16, Bl. 18–27v [Teilprot. 25a–e]; MF 99.

*Anwesend [U]*¹: *Schuckmann, Lottum, Danckelman. — Prot.: [a–b, d] v. Staegemann; [c, e] [?].*

Weitere Teilnehmer: Oswald [zu 3 und 5], Peschke [zu 5], v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann, Streckfuß [zu 3].

¹ TOP 4: Motz [U].

1. Rechtsverhältnisse der Grafen zu Stolberg-Stolberg und Stolberg-Roßla.² [B] — 2. *Standesherrliche Verhältnisse des Fürsten v. Kaunitz wegen der Grafschaft Rietberg. Spezialdiskussion.* [B] — 3. *Disziplinarsache.* [B] — 4. *Gewerbsteuergesetz (§ 30) von 1810 und Verluste der schlesischen [...] Gutsbesitzer. Kein klarer Unterschied zwischen den aufgehobenen Gewerbeabgaben und Grundabgaben. Die Grundsteuer, die aus den aufgehobenen Gewerbeabgaben herrührt, soll künftig im Steuerkataster abgeschrieben werden. Keine Entschädigung der Gutsbesitzer. Eine Deklaration des § 30 soll entworfen werden.*³ [B] — 5. *Dienstentlassung und Grundsatzdiskussion darüber, daß die Entlassung von Seelotsen nicht zur Kompetenz des Staatsministeriums gehört. Die Bedingungen ihrer Anstellung und Entlassung sollen künftig beraten werden.* [B]

² *Der Immediatbericht v. 23.9.1828 in: Rep. 90, Nr. 197, n.f.; dort auch Voten.*

³ *Das Votum Motz' in: Rep. 90, Tit. XL A Nr. 18; dort auch der Bericht des Ober-Tribunals v. 10.11.1824 sowie weiteres Material.*

Nr. 400 Sitzung des Staatsministeriums am 10. September 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 16, Bl. 28–32v [Teilprot. 26a–b]; MF 99/100. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend [U]: Schuckmann, Lottum, Danckelman. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

1. Rechtsstreit über die Grafschaft Rietberg. *Kabinettsordre¹ hierzu, u.a. Mitteilungen an die Fürsten v. Liechtenstein und Kaunitz. Befugnis des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zur Auslegung eines Staatsvertrages.*² [B] — 2. *Stempelpflichtigkeit bei Gesuchen. Befugnis des Berliner Magistrats bei der Fideikommißverwaltung der Familie Struve Bescheide auf Stempelpapier zu schreiben. Meinungsdivergenz zwischen Motz und Danckelman. Die Majorität befürwortet die Meinung von Motz um so mehr, als andernfalls jede, auch die höhere Behörde häufig in den Fall geraten würde, ihre Amtsautorisation vor dem Gerichte verteidigen und erweisen zu müssen. Eine Deklaration³ des Tarifs soll beantragt werden.* [B]

¹ *Die KO v. 14.7.1828 in: Rep. 90, Nr. 161, n.f.; dort auch Voten sowie mehrere Schreiben des Staatsministeriums an Liechtenstein und Kaunitz.*

² *Vgl. VO v. 25.1.1823, GS, S. 19 sowie die Sitzung am 22.4.1828, TOP 1.*

³ *Der Immediatbericht v. 29.10.1828 in: Rep. 89, Nr. 27556, Bl. 48–57v. Vgl. KO zur Erläuterung der Rubriken des Stempel-Tarifs: 'amtliche Ausfertigungen' und 'Gesuche' sowie der gesetzlichen Vorschriften wegen des Rechtswegs in stempelpflichtigen Angelegenheiten v. 18.11.1828, GS 1829, S. 16.*

Nr. 401 Sitzung des Staatsministeriums am 24. September 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 16, Bl. 33–39v [Teilprot. 27a–d]; MF 100. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend [U]: Schuckmann, Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Herrmann [zu 4], Jacobi [zu 3], v. Schoeler [für Hake U], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann, Zwicker [zu 3].

1. Stempelpflichtigkeit. Verhandlungen *des Berliner Magistrats* in der Struveschen Fideikommiß-administration. *Der Kompetenzkonflikt* der gerichtlichen und der stempelverwaltenden Behörden *soll noch beraten werden.* [B] — 2. Der Anspruch der Stadt Stralsund an die Staatskasse wegen Verpflegung der dortigen Militärrainen *wird nicht anerkannt, jedoch soll die Stadt mit einem Zuschuß im Wege der Gnade unterstützt werden.* [B] — 3. *Pensionssache.* [B] — 4. *Regulierung* der altmärkschen Kriegsschuld, *die in den Kriegsjahren 1806/07 bis zum Tilsiter Frieden [...]* kontrahiert wurde. *Aufhebung dieser Ansprüche, [...] da ein deshalb an die Stände der Altmark zu richtendes Ansinnen ohne Erfolg bleiben würde.* [B]

Nr. 402 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Oktober 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 16, Bl. 40–51 [Teilprot. 28a–e]; MF 100. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

*Anwesend*¹: *Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Schuckmann [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [zu 2, 4–5; U]. — Prot.: [a–c] v. Staegemann; [d–e] [?].*

Weitere Teilnehmer: Frick [zu 4], Oswald, Peschke [beide zu 5], v. Schönberg [für Bernstorff zu 1–4; U], v. Staegemann [zu 1–3, 5].

1. Uniform für die Regierungsbeamten *der Fürsten zu Wied und zu Solms.* [B] — 2. *Petitionen*² des schlesischen Landtages *zum Bergwerkswesen: Anstellung der Schichtmeister, [...] Steinkohlentaxen, [...] Befreiung der Zinkhüttenwerke von Entrichtung zweier Kuxe, [...] Ausbeutezählgelder, [...] Rechnungslegung über die Bergbauhilfsgelder.* [B] — 3. *Löschung im Hypothekenbuch. Die Notwendigkeit einer gerichtlichen oder notarischen Beglaubigung soll vom König entschieden werden.* [B] — 4. *Entschädigung der altberechtigten Branntweimbrennereien für den durch die Anlage neuer Branntweimbrennereien erlittenen Schaden: Petition*³ *des schlesischen Provinziallandtages. Ermäßigung des Steuersatzes in der Branntweinfabrikation.* [B] — 5. *Disziplinarsache.* [B]

¹ TOP 5: Bernstorff [U].

² *Konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch Rumpf, Verhandlungen, Folge 2 (Schlesien 1825), S. 63–67 sowie das Promemoria der Oberberghauptmannschaft im Mdl v. 16.3.1827, S. 80–89. Vgl. ferner ebd., Folge 5 (Schlesien 1829), S. 16–17*

³ *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

Nr. 403 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Oktober 1828.

*Vollz. Reinschriften, Bd. 16, Bl. 52–65, 68 [Teilprot. 29b–d], Anlage*¹: *Bl. 66–67; MF 100.*

Anwesend: Carl von Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman, Motz [beide 1–2 U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 2], v. Ingersleben [zu 1–2], v. Rochow [zu 2–3], v. Schönberg [für Bernstorff zu 1–2; U], v. Staegemann [zu 1–2], Streckfuß [zu 2–3].

¹ *Schreiben Danckelmans an den General-Prokurator in Köln, [...] Ruppenthal, über den Antrag der Stände wegen Erneuerung der Hypotheken.*

1. *Straßenbau in den Rheinprovinzen: Petition² des Provinziallandtages zum Bau von Bezirksstraßen am linken Rheinufer, insbesondere von Brühl nach Liblar, zugunsten von Landwirtschaft und Kohlentransport. Die Kosten trägt hier das Bezirksstraßenfonds der Regierung zu Köln, aber nicht, wie gefordert, auch für den Bau jeder anderen zur Umgehung der Festung Jülich benutzbaren Straße. [B] — 2. Rechtsangleichung in den Rheinprovinzen. Spezialdiskussion zur gutachtlichen Äußerung³ der Stände zu modifizierten landrechtlichen Bestimmungen, die bei Einführung des Allgemeinen Landrechts als Provinzialrecht [...] sanktioniert werden können. Die Majorität entscheidet sich dafür, daß die modifizierten Bestimmungen als feststehend [...] anzusehen sind. Die Beibehaltung des jetzt geltenden Handelskodex bis zur Einführung der preußischen Gesetze soll in nähere Erwägung gezogen werden. Die Bitte der Stände, die Einführung des Landrechts bis nach dessen Revision auszusetzen, wird als nicht begründet erachtet. Die Bitte um Zuziehung rheinischer Rechtsgelehrter bei der Revision wird abgelehnt. Ihrem Wunsch gemäß sollen den Ständen die künftig als Provinzialrecht einzuführenden preußischen Gesetze vorher zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Antrag wegen Ermäßigung der Gerichtsgebühren und Gleichstellung der Sätze für alle Beitragspflichtigen sowie wegen Aufhebung der Kassenfreiheit des Fiskus soll bei der Revision der Gesetze [...] in nähere Erwägung gezogen werden. Zurückgewiesen werden die Anträge wegen Aufhebung der Verordnung, die den Gerichten die Entscheidung über Verwaltungsansprüche aus der Zeit vor 1815 entzieht, wegen Aufhebung der Exekutionsbefugnisse der Domänenverwaltung sowie wegen Gleichstellung der Privat- und Kommunalforster mit den königl. Forstbedienten hinsichtlich der Glaubwürdigkeit ihrer Protokolle. Zu einer Erklärung, daß in den Rheinprovinzen keinem Gesetz eine rückwirkende Kraft gegeben werden kann, besteht kein Bedarf. Die Vorschläge über die Befugnis der Eltern, durch Ehe- und Erbverträge die Erbfolge unter ihren Kindern festzusetzen, werden näher geprüft. Der Antrag auf Wiedereinführung der früher bei den Hypothekenämtern üblichen Mitteilung an die Hypothekengläubiger über den bevorstehenden Ablauf der zehnjährigen Inskriptionsfrist bezüglich ihrer Forderungen wird abgelehnt, jedoch soll durch eine Bekanntmachung in den Amtsblättern daran erinnert werden.⁴ [B] — 3. Westfälischer Provinziallandtag. Entsprechend Vinckes Vorschlag soll Freiherr vom Stein als Landtagsmarschall und der Freiherr von Romberg auf Brüninghausen als dessen Stellvertreter in Antrag gebracht werden. [B]*

² Rep. 77, Tit. 523h Nr. 11, n.f. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 5 (Rheinprovinz 1828), S. 294 und 324 f.

³ Zu den ständischen Vorschlägen über Modifikationen der Gesetzgebung vgl. Rep. 77, Tit. 523h Nr. 11 sowie Rumpf, ebd., S. 266–270 und 303–306.

⁴ Zur Inskriptionsfrist bei den Hypotheken vgl. Rumpf, Verhandlungen, Folge 5 (Rheinprovinz 1828), S. 290 und 322; dort (S. 335–337) auch das Reskript (o. D.) Danckelmann an Ruppenthal wegen Erneuerung der Hypotheken.

Nr. 404 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Oktober 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 16, Bl. 69–77 [Teilprot. 30a–d]; MF 100/101. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a] Jacobi [U]; [b–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 4], Jacobi [zu 1–2; 1 U], Oswald [zu 2], Sack [zu 3], v. Schönberg [für Bernstorff U].

1. Hilfspendarmarie in den Rheinprovinzen: Petition¹ des Landtages wegen Übernahme der *Unterhaltungskosten* auf die Staatskasse. Die *Einwilligung* im Landtagsabschied soll noch bestimmter als in der vorigen Konferenz verfaßt werden. [B] — 2. *Pensionssachen*. [B] — 3. *Gültigkeit der preußischen Gesetze im preußisch gewordenen Anteil von Treffurt und Dorla. Die Zweifel des Oberlandesgerichts zu Halberstadt hierzu sind nicht gehörig begründet und überhaupt unerheblich.*² [B] — 4. *Erstattung der einbehaltenen Besoldung eines zur Untersuchung gezogenen, suspendierten jedoch freigesprochenen Beamten.*³ [B]

¹ Rep. 77, Tit. 523h Nr. 11, n.f. Vgl. auch Rumpf, *Verhandlungen, Folge 5 (Rheinprovinzen, 1828)*, S. 297 und 328.

² Der Bericht des Oberlandesgerichts zu Halberstadt in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 52, Bl. 3–3v; dort auch *Voten und der Immediatbericht*.

³ Der Immediatbericht v. 28.11.1828 in: Rep. 90, Tit. XI Litt. D Nr. 1, Bl. 17–17v; dort auch das *Gesuch des Beamten Detert v. 18.3.1828, das ablehnende Schreiben der Regierung Potsdam, Voten und weiteres Material*.

Nr. 405 Sitzung des Staatsministeriums am 5. November 1828.

Vollz. Reinschr., Bd. 16, Bl. 78–79v [Prot. 31]; MF 101. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Carl von Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Baumann, Eimbeck, v. Rochow, v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann, Streckfuß.

Gerichtsverfassung in der Provinz Posen: Die Petition¹ der Stände auf die Einrichtung eines besonderen Appellationsgerichts wird bewilligt. [B]

¹ Rep. 77, Tit. 523e Nr. 5, n.f. Vgl. auch Rumpf, *Verhandlungen, Folge 5 (Posen 1827)*, S. 209 und 254.

Nr. 406 Sitzung des Staatsministeriums am 12. November 1828.

Vollz. Reinschr., Bd. 16, Bl. 80–80v [Prot. 32]; MF 101.

Anwesend: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Dritter Pommerscher Provinziallandtag im Jahre 1829. Berichte¹ Sacks. Eröffnungstermin. Ernennung Sacks zum königlichen Kommissar; Landtagsmarschall sowie seine Stellvertreter. [B]

¹ Rep. 77, Tit. 523c Nr. 12, Bl. 9–10v und 16–19; dort auch weiteres Material zur *Eröffnung des dritten Pommerschen Provinziallandtags*.

Nr. 407 Sitzung des Staatsministeriums am 19. November 1828.

Vollz. Reinschr., Bd. 16, Bl. 81–82 [Prot. 33]; MF 101. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

Standesherrliche Verhältnisse des Fürsten v. Kaunitz-Rietberg. Anspruch auf eine Rente gegen Verzicht auf die standesherrlichen Verwaltungsrechte wird abgelehnt. [B]

Nr. 408 Sitzung des Staatsministeriums am 26. November 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 16, Bl. 83–90 [Teilprot. 34a–c]; MF 101. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Carl von Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Grunenthal [zu 1], Nagler [zu 3], Simon [zu 2], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann, Zwicker [zu 1].

1. Disziplinarsache. Die Entlassung des Bürgermeisters von Liegnitz kann nur stattfinden, wenn die Kommune ihm eine jährliche Pension aus Kommunalfonds bewilligt. [B] — **2.** Die Stempel-freiheit bei den Erneuerungen der früheren Hypotheken in Westfalen¹ ist auch im Arnberger Hofgerichtsbezirk gültig. [B] — **3.** Allgemeine Befreiung der Postbeamten und Postillonon vom Landwehrdienst. Antrag² Naglers wird abgelehnt. Die Unentbehrlichkeit der Postangestellten wird allgemein anerkannt. Spezialdiskussion zu Naglers Pro Memoria. [B]

¹ Nach dem Patent v. 21.6.1825, GS, S. 153.

² Als Teil von Naglers Promemoria in: Rep. 103, Nr. 449, Bl. 25–31v. Vgl. auch den Immediatbericht v. 31.1.1829 in: Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 1, Bl. 92–97v; dort auch Naglers Schreiben v. 26.11.1828, Hakes Votum und weiteres Material.

Nr. 409 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Dezember 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 16, Bl. 91–100v [Teilprot. 35a–e]; MF 101. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend¹: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U]. — Prot.: [a–b, d] v. Staegemann; [c, e] [?].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 5], v. Schönberg [für Bernstorff 1, 3, 5 U], v. Staegemann.

1. Verfahren bei Polizeivergehungen. Spezialdiskussion zum Entwurf² einer Verordnung; u. a. sollen Polizeigerichte als bloße Polizeibehörden verstanden werden. Die Anträge³ der Regierung

¹ TOP 1, 3 und 5: Motz [U]; TOP 2 und 4: Bernstorff [U]; TOP 2–3: Hake [U].

² Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. jedoch die allgemeinen Bestimmungen über das Verfahren bei Untersuchung der Polizeivergehen v. 2.1.1849, GS, S. 8.

³ Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 34 Bd. 1.

zu Marienwerder und die Oberpräsidenten *der* preußischen Provinzen *wegen der Deklaration*⁴ *über die Anwendbarkeit einiger Paragraphen im Allgemeinen Landrecht zur Bestrafung geringerer Polizeivergehen sollen auf sich beruhen.* [B] — **2.** *Standesherrliche Sache. Die Sache wegen des Anspruchs des Fürsten v. Hatzfeldt auf die Oberaufsicht des Standesgerichtes zu Trachenberg soll auf sich beruhen. Bestimmte Vorschriften zur Revision der Gerichtsordnung sollen erteilt werden.* [B] — **3.** *Pensionssache.* [B] — **4.** *Landschaften. Die Aufnahme [...] assoziationsfähiger Güter kann nicht verweigert werden, sobald der König diese gewährt. Verfahren bei der Einverleibung eines assoziationsfähigen Grundstückes in einer anderen Provinz.*⁵ [B] — **5.** *Rechtliche Natur der Domänen in den neuen und wieder vereinigten Provinzen. Ausgleich mit der Familie v. Eberstein wegen der Güter Leinungen und Mohrungen. Der fiskalische Anspruch wird durch das Recht des Lehnherrn [...] begründet und nicht durch den Wiederkaufvertrag.*⁶ [B]

⁴ Vgl. die Deklaration v. 10.2.1827, GS, S. 26.

⁵ Der Immediatbericht v. 31.12.1828 in: Rep. 89, Nr. 31835; dort auch die im Protokoll erwähnte KO v. 30.9.1828 sowie das Gesuch des Majors Seydlitz wegen Schermiesel und der Bericht Schuckmanns hierzu.

⁶ Der Immediatbericht v. 14.1.1829 in: Rep. 90, Tit. XXX B Sachsen Nr. 4, Bl. 117–121v; dort auch Voten und weiteres Material u. a. ein Separatvotum des Kronprinzen.

Nr. 410 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Dezember 1828.

Vollz. Reinschr., Bd. 16, Bl. 101–102 [Prot. 36]; MF 101. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3663, n.f.

Anwesend: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

*Fleischsteuer in der Stadt Suhl bei einem möglichen Fleischbann. Nähere Auskünfte werden eingeholt.*¹ [B]

¹ Voten in: Rep. 90, Tit. XL Sachsen Nr. 5; dort auch weiteres Material.

Nr. 411 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Dezember 1828.

Vollz. Reinschriften, Bd. 16, Bl. 103–115v [Teilprot. 37a–f]; MF 101/102.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c–f] [?].

Weitere Teilnehmer: Cammerer [zu 4], v. Lamprecht, Oswald [beide zu 5], v. Rochow [zu 3], v. Schönberg [für Bernstorff zu 1–2, 4–6; U], v. Staegemann [zu 2, 4–5].

1. *Disziplinar- und Pensionssache.* [B] — **2.** *Stadtgemeinden sind berechtigt, geringe Geldstrafen zu erheben. Motz' Vorschlag, den Städten sämtliche Lasten der Gerichtsbarkeit und damit auch die Früchte dieser Gerichtsbarkeit [...] abzunehmen, soll an die Revision der Gesetzgebung verwiesen*

werden.¹ [B] — **3.** *Gemeinheitsteilungsordnung. Gesetzentwurf² zur Provokationsbefugnis. Proposition³ für den brandenburgischen Provinziallandtag 1829. Der Entwurf soll auch den Ständen Preußens und Pommerns vorgelegt werden.* [B] — **4.** *Anspruch versorgungsberechtigter Invaliden, die aus dem Zivildienste wegen Vergehen [...] entlassen werden, auf Wiedergewährung von Militärwartegeld oder Gnadengehalt.*⁴ [B] — **5.** *Disziplinarsache; Grundsatzdiskussion.* [B] — **6.** *Verwaltungsberichte der Oberpräsidien. Gang und die Benutzung bei den Ministerien, zunächst beim Innen- und Finanzministerium.* [B]

¹ *Der Immediatbericht v. 14.1.1829 in: Rep. 90, Tit. XVIII Nr. 11, Bl. 19–19v; dort auch Voten, die im Protokoll erwähnte KO v. 11.10.1821 und weiteres Material.*

² *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

³ *Vgl. Rumpf, Verhandlungen, Folge 7 (Brandenburg 1829), S. 1–4 sowie die Gemeinheitsteilungs-Ordnung v. 7.6.1821, GS, S. 53.*

⁴ *Vgl. KO v. 17.3.1829, GS, S. 42.*

Nr. 412 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Januar 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 1–8 und 12 [Teilprot. 1a–c, 2b]; MF 102. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [zu 1–3; U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [c, 2b] v. Staegemann; [a–b] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Grunenthal, Oswald [beide zu 1], Sack [zu 2], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

1. *Disziplinarsache.* [B] — **2.** *Bestrafung der kleinen [...] Diebstähle unter Kameraden im Militärstande.¹ Wiederberatung wurde vom Kronprinzen veranlaßt. Jeder von einem Soldaten begangene Diebstahl, ganz gleich um welchen Betrag es sich handelt, soll nach den Kriegsartikeln² bestraft werden. Dagegen sind gewaltlose Diebereien, die durch ein augenblickliches Bedürfnis oder Gelüste veranlaßt sind, nur disziplinarisch bis zu einem achttägigen strengen Arrest zu ahnden. Die Revision der allgemeinen und der Militärgesetze soll die unterschiedliche Auslegung der Militär- und Ziviljustizbehörden in dieser Sache beseitigen [B].³ Aktive Militärpersonen sind nicht vom Gesetz⁴ wegen Bestrafung der Holzdiebstähle betroffen. Jedoch soll dieses auf die bei den Invalidenkompanien stehenden dergestalt angewendet werden, daß von den Militärgerichten, welche nach wie vor die Untersuchung zu führen haben, die im Gesetz verordneten Strafen in Militärstrafen zu verwandeln und zu vollstrecken sind.* [B] — **3.** *Homagialeid. Abänderung der bisherigen Eidesformel. Grundbesitzer im Großherzogtum Posen, die ausschließlich persönliche Untertanen [...] Rußlands oder Österreichs sind, müssen einen solchen Eid nicht ablegen.⁵ Keine Änderungen im Huldigungseid für die übrigen Provinzen.*⁶ [B] — **4.** *Standesherrliche Sache. Rechtsverhältnisse*

¹ *Vgl. KO v. 1.10.1829, GS, S. 126.*

² *Vgl. die Kriegsartikel für die Unteroffiziere und gemeinen Soldaten v. 3.8.1808, GS, S. 253.*

³ *Die Beschlüsse hierzu änderten die der Beratung am 11.6.1828, TOP 4.*

⁴ *Vgl. das Gesetz v. 7.6.1821, GS, S. 89.*

⁵ *Der Immediatbericht v. 19.5.1829 in: Rep. 89, Nr. 15691. Vgl. auch das Reskript v. 23.6.1829 des Ministeriums des Innern an den Oberpräsidenten Baumann zur Entbindung der in Polen oder Galizien sich aufhaltenden, im Großherzogtum Posen aber mit Grundeigentum angesessenen ehemals polnischen Untertanen von Leistung des Homagialeids, in Kamptz, Annalen, Bd. 13 (1829), S. 228.*

⁶ *Die Berichte zu den Verfahren in anderen Provinzen und in Österreich und Rußland in: Rep. 77, Tit. 98 Nr. 20 Bd. 2; dort auch weiteres Material.*

der Grafen zu Stolberg-Stolberg und Stolberg-Rosla. Der Entwurf, der den Grafen zur Erklärung vorzulegenden Deklaration, soll im Finanzministerium ausgearbeitet werden. [B]

Nr. 412a Sitzung des Staatsministeriums am 7. Januar 1829.

Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XX C Nr. 6, n.f. (2 Bl.); MF Suppl. 3.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl von Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: v. Schönberg, v. Staegemann.

Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Sachsen. Die Meinungsverschiedenheit zwischen Schuckmann und Danckelman über die Weigerung des Oberlandesgerichts zu Magdeburg, das Übereinkommen zwischen dem Landrat v.d. Schulenburg und den Kossäten zu Drüsedau über ihre Dienstablösung in das Hypothekenbuch einzutragen, weil hiermit die Rechte der Realgläubiger beeinträchtigt werden, wird erneut beraten. Zuvor wird Danckelmans Ansicht, daß diese Sache nur die Justizadministration betrifft, abgelehnt. Auch das Ressort des Innenministeriums ist hier beteiligt. In der Sache selbst wird beschlossen, daß das Verfahren des Oberlandesgerichts zu Magdeburg nicht gegen die Hypothekenordnung und das Landrecht verstößt. Eine Erleichterung bei der Hypothekenaufnahme von Ablösungen soll der Revision der Hypothekenordnung vorbehalten bleiben.¹ [B]

¹ Vgl. den Immediatbericht v. 7.1.1829 in: Rep. 90, Tit. XX C Nr. 6, n.f.

Nr. 413 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Januar 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 9–10 und 13–17 [Teilprot. 2a, c–d]; MF 102. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1], Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Bernstorff [zu 3; 2 U], Hake [U], Danckelman [U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [c–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Jacobi, Oswald [beide zu 2], v. Restorff [zu 3], v. Schönberg [für Bernstorff zu 1–2; 1 und 3 U], v. Staegemann.

1. Deklaration² der Verordnung zur streitig gewordenen Auslegung von Staatsverträgen. *Spezialdiskussion.* [B] — **2.** Pensionssache. [B] — **3.** Pensionsgesuche der vormals herzoglich-warschauer Offiziere. Schwierigkeiten sollen durch eine Kommission zur Vorprüfung aller bis dahin, wegen Unvollständigkeit der Beweismittel zweifelhaft gebliebenen Fälle geregelt werden.³ [B]

¹ TOP 1: Motz [U].

² Der Immediatbericht v. 28.2.1829 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 2, n.f.; dort auch die Modifikationen Bernstorffs, Voten und weiteres Material. Vgl. auch VO v. 25.1.1823, GS, S. 19.

³ Der Immediatbericht v. 16.4.1829 mit Vorschlägen zu Kommissionsmitgliedern, in: Rep. 90, Tit. XLIII A Nr. 20; dort auch Voten sowie weiteres Material. Vgl. auch die Bekanntmachung v. 9.4.1828, GS, S. 45.

Nr. 414 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Januar 1829.

Vollz. Reinschr., Bd. 17, Bl. 18–20 [Prot. 3]; MF 102. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [U], Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Schuckmann [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Rochow.

Mögliche Propositionen¹ für den Pommerischen Provinziallandtag 1829. Errichtung einer Erziehungsanstalt für verderbte Jugend in Verbindung mit der Straf- und Besserungsanstalt in Naugard [...]; Errichtung von Taubstummeninstituten in Verbindung mit den Schullehrerseminarien [...]; Errichtung einer Siechenanstalt in Oberwieck bei Stettin. Wegen Zeitmangels sollen diese Gegenstände nicht den Ständen vorgelegt werden. [B]

¹ *Vgl. Rep. 77, Tit. 523c Nr. 13, n.f.*

Nr. 415 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Februar 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 21–32 [Teilprot. 4a–d]; MF 102/103. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1–2, 4], Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Boetticher [zu 2], Kühne [zu 3], v. Lamprecht [zu 4], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

1. Die Abfassung der Urkunde über die *kommunalen* Rechtsverhältnisse der Stadt Stralsund ist bis zur Publikation der Städteordnung ausgesetzt. [B] — **2.** *Rechtsangleichung* in Neuvorpommern. Das im Publikationspatent *angeordnete* Verzeichnis¹ der nach der Publikation der preußischen Gesetze noch *gültigen* Provinzialgesetze soll dem Neuvorpommerschen Kommunallandtage *vorgelegt* werden. Danckelman will dieses Verzeichnis dem Staatsrat vorlegen, aber Schuckmann schlägt vor, dieses sofort den Ständen mitzuteilen. Meinungsverschiedenheit über die *Zweckmäßigkeit* eines solchen Verzeichnisses. Dieses kann die Aufstellung eines vollständigen Provinzialrechts niemals ersetzen. Vorzuziehen ist ein *Verfahren*, wonach eine Kommission aus königlichen Beamten und ständischen Deputierten ein Provinzialrecht sammeln soll. *Andererseits* ist durch die Anlegung eines solchen Verzeichnisses wenigstens der Anfang zur Aufstellung eines Provinzialrechtes gemacht, was auch für die diesbezüglichen Verhandlungen mit den Ständen wichtig ist. Den Ständen soll dieses Verzeichnis [...] vorgelegt werden und sie sollen Gelegenheit zur *Ergänzung* noch fehlender Gesetze haben. [B] — **3.** *Reisekosten* der Beamten. Oberregierungsräte sollen künftig drei statt zwei Taler *Diäten* täglich erhalten. Beamte der gleichen Rangklasse, außer Oberforstmeister, sollen aber diese Erhöhung nicht bekommen. [B] — **4.** *Beitragspflicht* der Patrone und Gerichtsherren zu den Kirchen- und Schulbaukosten in den *ehemals* sächsischen Gebieten.

¹ *Vgl. das Verzeichnis in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 24 Bd. 1, Bl. 272–275v; dort auch eine Abschrift des Gutachtens des Justiz-Organisations-Kommissars v. Hempel v. 8.9.1828 sowie Voten und weiteres Material.*

*Schwebende Prozesse wurden durch königl. Suspension unterbrochen und der König soll diese Frage entscheiden.*² [B]

² Vgl. die Bekanntmachung der königl. Ministerien über die Beitragspflichtigkeit zu den Kirchen- und Schulbauten in den ehemals Königl. Sächsischen Landesteilen v. 28.4.1829, in: Kamptz, *Annalen*, Bd. 13 (1829), S. 291.

Nr. 416 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Februar 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 33–40v [Teilprot. 5a–d]; MF 103. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Carl v. Mecklenburg-Strelitz [zu 2–4], Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Eichhorn [zu 4], v. Grunenthal, Kuhlmeier [beide zu 3], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

1. Stempelpflicht. Die Unzulässigkeit des Rechtswegs, die in einer Kabinettsordre¹ festgelegt wurde, wird von Danckelman in Frage gestellt. Die Majorität beschließt, diesen Befehl zu vollziehen. Danckelman tritt diesem Beschlusse nicht bei, und trägt an, solches zum Protokoll zu bemerken. Bestimmungen des Stempeltarifs zu amtlichen Ausfertigungen und Gesuchen sollen noch beraten werden. [B] — **2. Gewerbeabgaben.** Entwurf² zur Deklaration über die Aufhebung der bisherigen Gewerbeabgaben im Gewerbesteuergesetz³, v.a. die Abgaben gewerbetreibender Gutsuntertanen an die Gutsherrschaften. Spezialdiskussion. [B] — **3. Disziplinarsache.** [B] — **4. Souveränität des Königs und der Rechtsweg.** Der Stettiner Kaufmann Wegener hat wegen des ihm versagten Rechtswegs bei der Bundesversammlung [...] Beschwerde gegen die Regierung eingereicht. Schuckmann und Motz sind der Ansicht, daß der Wegener hierauf keinen Anspruch hat; Danckelman ist anderer Meinung. Das Staatsministerium beschließt, daß der verlangte Rechtsweg unzulässig ist, weil es sich hier um eine Bestimmung des Souveräns handele, worüber die Gerichte nicht entscheiden dürfen. Danckelman ist hiermit einverstanden. [B]

¹ Vgl. KO v. 18.11.1828, GS, 1829, S. 16.

² Vgl. den Immediatbericht v. 31.3.1829 in: Rep. 90, Tit. XL A Nr. 18, Bl. 114–114v; dort auch weiteres Material. Vgl. auch die Bekanntmachung der Regierung Breslau wegen Abschreibung der auf den katastrierten, den Dominien entzogenen Gewerbeabgaben ruhenden Grundsteuern v. 30.7.1829, in: Kamptz, *Annalen*, Bd. 13 (1829), S. 493.

³ Vgl. das Gesetz v. 2.11.1810, GS, S. 79.

Nr. 417 Sitzung des Staatsministeriums am 4. März 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 41–48 [Teilprot. 6a–e]; MF 103. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1 und 4], Carl von Mecklenburg-Strelitz, Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a, d] v. Staegemann; [b] Jacobi [U]; [c, e] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Grunenthal [zu 5], Jacobi [zu 2–3; 2 U], Oswald [zu 2–3, 5], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

¹ TOP 4: Hake [U].

1. Kreditinstitute. *Die Direktionen sind nicht berechtigt das Prädikat „königlich“ zu führen. Da die Kreditinstitute Pommerns und Ost- und Westpreußens dieses Prädikat seit geraumer Zeit aber führen, soll es in diesen Fällen hierbei bleiben.* [B] — 2. Pensionssache. [B] — 3. Disziplinarsache. [B] — 4. Ziviluniformen. *Zur Abfassung des Uniformreglements wäre die Revision des Rangreglements erforderlich. Vereinfachung der Uniformen bezüglich der Epauletten.* [B] — 5. Disziplinarsache. [B]

Nr. 418 Sitzung des Staatsministeriums am 18. März 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 49–69v [Teilprot. 7a–g]; MF 103/104. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Lottum [U], Hake [zu 1–7; 1, 3–7 U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [b, d–e] v. Staegemann; [a, c, f–g] [?].

Weitere Teilnehmer: Boetticher [zu 7], Sack [zu 1, 3, 6], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann, Streckfuß [zu 3 und 6].

1. Diebstähle unter Kameraden im Militärstand. *Hake beantragt eine engere Auslegung des Begriffs des gewaltsamen Diebstahls als im Zivilgesetz. Allgemeine Zustimmung.* [B] — 2. Schutzgeld in Schlesien. *Nach einer Verordnung¹ von 1809 ist der Gutsherr berechtigt, von Schutzverwandten (Hausleute, Anlieger, Ausgedingere) auf seinem Gut die Lasten der Gerichtsbarkeit als Schutzgeld zu erheben. In vielen Orten werden noch Schutzdienste geleistet, obwohl sie nach dieser Verordnung sich in Schutzgeld hätten verwandeln sollen. Das Rechtsverhältnis soll von Danckelman geprüft werden. Verhältnisse in den übrigen Provinzen. Die Frage, ob die Gutsherrschaft berechtigt ist Schutzgeld von denen, die auf reguliertem bäuerlichem Grunde sich neu ansiedelten, zu fordern, muß noch geprüft werden und soll zusammen mit der nach der Erhebung des Schutzgeldes durch die Regierungen und Kammereien von den auf dominial- und städtischen Grund anziehenden Leuten [...] beraten werden. Die Petition² der brandenburgischen Provinzialstände zu dieser Frage ist noch abzuwarten.* [B] — 3. Fideikommiss im vormaligen Großherzogtum Berg. *Petition³ der Stände Westfalens auf eine Änderung des diesbezüglichen Gesetzes⁴, so daß die unterlassene Anmeldung fideikommissarischer Rechte nicht zu deren gänzlichen Verlust führt. Widersprüche zum Hypothekenpatent⁵. Antrag abgelehnt, jedoch soll die Anmeldefrist verlängert werden.*⁶ [B] — 4. Kompetenz des Oberlandesgerichts zu Glogau im Erbenstreit der Geschwisterkinder des Grafen v. Schlabrendorf. *Nach der Unzuständigkeitserklärung des Oberlandesgerichts soll der König diesem seine Zuständigkeit befehlen. Die Frage nach der Zuständigkeit bei Widerstreit zwischen sachlichem und persönlichem Gerichtsstand soll zur Revision der Gerichtsordnung verwiesen werden.*⁷ [B] — 5. *Die Dienstekünfte der Staatsdiener für Untersuchungskosten sind erst ab einem Einkommen von 300 Rtlr. zu beschlagnahmen.* [B] — 6. Fidei-

¹ *Vgl. die Bestimmungen über die Entrichtung eines Schutzgeldes an die Gutsherrschaften in Schlesien und der Grafschaft Glatz §§ 5, 7e–f v. 8.4.1809, GS, S. 558. Merckels Bericht v. 13.11.1828 in: Rep. 90, Tit. XX A Nr. 9 Bd. 1; dort auch Voten, eine Abschrift der Petition der brandenburgischen Stände und weiteres Material. Vgl. auch Rep. 89, Nr. 16939.*

² *Rep. 77, Tit. 523b Nr. 26, n.f. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 7 (Brandenburg 1829), S. 44–50 und 69 f.*

³ *Rep. 77, Tit. 523g Nr. 10, Bl. 113–119. Vgl. auch Rumpf, ebd., Folge 6 (Westfalen 1826), S. 64 und 97.*

⁴ *Vgl. das Gesetz v. 23.3.1828, GS, S. 38.*

⁵ *Hypotheken-Patent v. 22.5.1815, GS, S. 185.*

⁶ *Vgl. KO v. 28.4.1829, GS, S. 45.*

⁷ *Der Immediatbericht v. 28.4.1829, Voten und weiteres Material, in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 9 n.f. Eine Abschr. des Immediatberichts auch in: Rep. 89, Nr. 17654; dort auch weiteres Material zum Erbschaftsstreit Schlabrendorf.*

kommission in Westfalen. Antrag⁸ der Ritterschaft, daß die Verordnungen⁹ für die ehemals französischen, westfälischen und bergischen Gebiete auf die Fideikommissionen der adligen Gerichtsherren im Herzogtum Westfalen dort ausgedehnt werden, wo diese Fideikommissionen durch das Großherzoglich-Hessische Gesetz von 1807 ihre Gültigkeit verloren haben. Dieser Gegenstand soll zum legislativen Verfahren vorbereitet werden. [B] — 7. Kredit für Gutsbesitzer in den Landesteilen, wo es kein landschaftliches Kreditsystem gibt. Solchen Gutsbesitzern soll gestattet werden, sich den erforderlichen Kredit innerhalb der gesetzlich bestimmten Grenzen zu verschaffen.¹⁰ [B] Taxprinzipien. Dort, wo landschaftliche Taxprinzipien vorhanden sind, sind diese bei der Abschätzung der Abfindungen zu Grunde zu legen, sonst soll dies von der Generalkommission nach den landesüblichen [...] Grundsätzen erfolgen.

⁸ Rep. 77, Tit. 523g Nr. 10, Bl. 200–204. Vgl. auch Rumpf, ebd., Folge 6 (Westfalen 1828), S. 8 f. und 80–82 sowie die KO v. 5.1.1830, GS, S. 5.

⁹ Vom 11.3.1818, GS, S. 17 und 23.3.1828, GS, S. 38.

¹⁰ Der Immediatbericht v. 28.4.1829 in: Rep. 89, Nr. 30770, Bl. 48–50; dort auch weiteres Material, u. a. das Gesuch Arensdorffs. Vgl. ferner KO v. 30.6.1827, GS, S. 78 und v. a. die modifizierende KO v. 13.5.1829, GS, S. 44.

Nr. 419 Sitzung des Staatsministeriums am 4. April 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 70–77v [Teilprot. 8a–c]; MF 104. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl von Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, U], Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Gofler [zu 2–3], v. Rochow [zu 1], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann, Streckfuß [zu 1].

1. Ständische [...] Archive in Westfalen: Antrag¹ auf Aushändigung der zum Landesarchiv genommenen Archive wird abgelehnt, da weder für ein Archivlokal noch für das erforderliche Personal gesorgt ist. Der Landtag soll entscheiden, ob für diese Requisite auf Kosten der Provinz zu sorgen ist. Vorerst ist aber ein öffentliches Landesarchiv am angemessensten. [B] — 2. Errichtung von Fabrikgerichten in Westfalen. Spezialdiskussion zum Entwurf². [B] — 3. Sukzession fremder Untertanen in preußische Lehne und Fideikommissionen; keine Änderung der Verordnung³ von 1818.⁴ [B]

¹ Rep. 77, Tit. 523g Nr. 10, Bl. 165–167v; vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 6 (Westfalen 1828), S. 99 f.

² Rep. 84a, Nr. 47589, Bl. 35–41v; dort auch weiteres Material. Der Immediatbericht v. 12.11.1829 in: Rep. 89, Nr. 27721.

³ Vgl. VO v. 11.3.1818 über die Lehn- und Fideikommissionen in den jenseits der Elbe gelegenen Provinzen, GS, S. 17.

⁴ Die Immediatvorstellung v. 17.5.1824 des Landrats von der Borch, in: Rep. 84a, Nr. 49866; dort auch KO v. 16.2.1826. Weiteres Material hierzu und zur Frage der Sukzession fremder Untertanen ebd. sowie in: Rep. 89, Nr. 30779.

Nr. 420 Sitzung des Staatsministeriums am 14. April 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 78–86 [Teilprot. 9a–d]; MF 104. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend [U]: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Hake, Danckelman, Motz. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: Skalley [zu 4], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

1. Witwen-Verpflegungs-Anstalt. *Keine* Ausnahme von der gesetzlichen Verpflichtung der Staatsdiener zur Teilnahme, *auch wenn die künftige Witwe mit einem angemessenen Lebensunterhalt anderweit fest versichert ist.* [B] — **2.** Für die Erbauung eines Wachtschiffes zum Dienst an den Neuvorpommerschen Küsten *gibt es keinen Bedarf.* [B] — **3.** *Homagialeid. Eingrenzen der preußischen Untertanenschaft.* Da es gegenwärtig hauptsächlich nur darauf *ankommt*, sich wegen des Großherzogtums Posen mit der russischen Regierung zu verständigen, *soll es* bei den bereits gefaßten Beschlüssen verbleiben.¹ [B] — **4.** *Kaufmännischer Kassenverein zu Berlin. Keine* Polizeikontrolle oder Sicherheitsmaßregeln gegen *diesen* Verein, *u. a. auch weil die Hauptbank mit ihm lebhaft verkehrt. Ein Vorgehen gegen diesen Verein könnte auch eine indirekte – und nicht rätliche – Genehmigung dieser Verbindung von Seiten des Staats involvieren. Eine besondere legislative Beratung soll zu den Befugnissen solcher Verbindungen stattfinden.*² [B]

¹ *Vgl. Sitzung am 7.1.1829, TOP 3. Von Schönberg wurde am Rand des Protokolls (Bl. 83) vermerkt, daß, obwohl Kommunikationen zu diesem Gegenstand [...] hauptsächlich [...] zwischen den Innen- und Außenministern stattgefunden haben, der Justizminister sich hierzu auch geäußert habe.*

² *Vgl. den Immediatbericht v. 22.5.1829 in: Rep. 89, Nr. 29987, n.f.; dort auch weiteres Material zu diesem Kassenverein, u. a. dessen Gründungsvertrag v. 31.3.1826.*

Nr. 421 Sitzung des Staatsministeriums am 22. April 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 87–93v [Teilprot. 10a–d]; MF 104. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend [U]¹: Altenstein [V], Schuckmann, Lottum, Danckelman, Motz. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Bernuth [zu 2], v. Grunenthal, Oswald [beide zu 1], Paalzow [zu 3], Peschke [zu 4], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann, Zwicker [zu 2].

1.–2. *Zwei Pensionssachen.* [B] — **3.** *Verbot des Spielens in auswärtigen Lotterien. Spezialdiskussion zum Entwurf² einer Deklaration zur Verordnung vom 7. Dezember 1816.* [B] — **4.** *Stempel-pflicht bei Quittungen über Zahlungen aus städtischen Kämmereikassen in Beträgen ab 50 Rtlr. Die Stadtverordneten sind als eine öffentliche Behörde anzuerkennen; Quittungsstempel kann hier verlangt werden.* [B]

¹ *TOP 2: Hake [U].*

² *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden, vgl. jedoch KO v. 6.6.1829, GS, S. 63.*

Nr. 422 Sitzung des Staatsministeriums am 29. April 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 94–99 [Teilprot. 11a–b]; MF 104. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend¹: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V, zu 1; U], Lottum [U], Danckelman [U]. — Prot.: [a] [Sack]; [b] v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: Sack [zu 1], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

1. Die Bestrafung der Verfälschung der Kassenanweisungen und deren Verbreitung *soll durch ein Gesetz geregelt werden.*² [B] — 2. Rechtsverhältnisse derjenigen vormals reichsunmittelbaren Fürsten, welche den Kommunalverband ihrer Domänialbesitzungen bestreiten. *Eine Diskussion zu den Grafschaften Rietberg und Hohenlimburg der Fürsten zu Bentheim-Tecklenburg und v. Kaunitz. Deklaration zur diesbezüglichen Instruktion soll erfolgen.*³ [B]

¹ TOP 2: Motz [U].

² Vgl. den Immediatbericht v. 27.5.1829 in: Rep. 90, Tit. LIV Nr. 4, Bl. 22–26v; dort auch Voten. Das Gutachten des Staatsrats und weiteres Material in: Rep. 80, I Justiz Nr. 86 u. 86a Adhib. Vgl. auch das Gesetz v. 24.2.1830, GS, S. 21.

³ Vgl. den Immediatbericht v. 30.5.1829 in: Rep. 90a, A XI I Nr. 9 Bd. 2, n.f.; dort auch Voten und weiteres Material.

Nr. 423 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Mai 1829.

Vollz. Reinschrift, Bd. 17, Bl. 100–102v [Prot. 12]; MF 104. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, X VI 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 44–48; Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Altenstein [V], Schuckmann [U], Wittgenstein, Lottum [U], Hake, Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: v. Staegemann.

Weitere Teilnehmer: Fischenich, v. Kamptz, v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

Polizeistrafgewalt. Schuckmann erklärt seinen Widerspruch zur Absicht Danckelmans, im Entwurf¹ der Strafprozeßordnung eine Einrichtung der französischen Gerichtsverfassung [...] aufzunehmen, wodurch die Polizeistrafgewalt an die Gerichte überwiesen wird. Danckelman bemerkt, daß der allgemeine [...] Grundsatz, wonach die Ausübung des Strafrechts ohne Unterschied der zu bestrafenden Handlung ein Attribut der Gerichte sei, ihm als die angemessenste Einrichtung erscheint, räumt jedoch gerne ein, daß der Gegenstand nun zu einer definitiven Beratung und Beschlußnahme noch nicht reif ist. Kamptz trägt über die innere Zweckmäßigkeit des Polizeiverfahrens in den landrechtlich verwalteten Provinzen vor. Eine Beratung etwaiger Modifikationen der Bestimmungen über die Polizeigerichtsbarkeit und Polizeistrafgewalt soll an die Beratung über die diesen Gegenstand betreffenden Vorschriften des Allgemeinen Landrechts anschließen. Ein Immediatbericht soll nicht erstattet werden. [B]

¹ Vgl. den Entwurf (mit Datum 1826 von Schuckmann und Danckelman vollzogen) zu einer Verordnung über das den Polizeibehörden in den Rheinprovinzen beizulegende Strafrecht in Konventionssachen, in: Rep. 89, Nr. 14917. Schuckmann hatte dem Staatsministerium schon am 2.9.1828 Danckelmans Absicht, die Strafgerichtsbarkeit von der Polizei zu trennen, mitgeteilt (vgl. Rep. 90a, X VI 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 9–9v; dort auch weiteres Material zu diesem Thema, u. a. Voten). Am 3.10.1828 berichtete er dem König, daß Danckelman beabsichtige, die polizeiliche Strafgewalt künftig ganz von der Polizei zu trennen und selbige nach dem Muster der französischen Verfassung den Gerichten zu übertragen (ebd., Bl. 33–34v) und am 26. 3.1829 machte er die Mitteilung, daß Danckelman dem Staatsministerium einen Entwurf zu einer Strafprozeßordnung zur Beratung vorgelegt hätte, in welchem § 7 der Einleitung obigen Grundsatz ausspräche. Schuckmann, der von der Schädlichkeit dieses Projektes überzeugt, aber wegen seiner Krankheit noch sehr geschwächt war, beantragte die Zuziehung Kamptz' bei der Beratung als Vertreter seines Ministeriums. Dieser Antrag wurde durch KO v. 5.4.1829 gestattet. Vgl. Rep. 77, Tit. 349a Nr. 1 Adhib. 2, n.f.; auch in Rep. 89, Nr. 17721, Bl. 27–29.

Nr. 424 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Mai 1829.

Vollz. Reinschriften und Reinschr. [f], Bd. 17, Bl. 103–124 [Teilprot. 13a–f]; MF 104/105. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend¹: Carl v. Mecklenburg-Strelitz [zu 2–3, 6], Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 3 und 6; 3 U], Altenstein [V, zu 1–2; 1–2, 4 U], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [zu 3 und 6; 3 U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [c] [v. Gerlach]; [d–e] [Sack]; [f] v. Staegemann; [a–b] [?].

Weitere Teilnehmer: Bethe [zu 1–2], v. Gerlach [zu 3], v. Rochow [zu 1–2, 4–5], Sack [zu 4–5], v. Schönberg [für Bernstorff zu 1–3, 5; U], v. Staegemann, Streckfuß [zu 1–2, 4–5].

1. Exekutionsordnung in Westfalen. Der Antrag² des Landtags auf Abänderung des Gesetzes vom 4. Juli 1822 und die Substation der Renten des Schuldners ist zu gestatten.³ Definitiver Beschluß erst nach Eingang der noch fehlenden Berichte der Provinzialbehörden. [B] — **2.** Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Gerichten und den Generalkommissionen bei der Regulierung der Rechtsverhältnisse der Grundbesitzer in den Landesteilen des ehemaligen Königreichs Westphalen. Antrag⁴ der Stände auf Entscheidung dieser Frage. Meinungsdivergenz zwischen Danckelman und Schuckmann. In der Revisionsinstanz soll das Ober-Tribunal Dispute über die Verhältnisse des Grundbesitzes beurteilen.⁵ [B] — **3.** Waffengebrauch des Militärs bei der Unterstützung der Zivilbehörden. Eine ausreichende Vorschrift ist hierzu erforderlich, u.a. hinsichtlich des Waffengebrauchs bei Fluchtversuchen, wobei in solchen Fällen den Zivilbehörden keine Einwirkung zusteht. Eine königliche Bestimmung soll folgen.⁶ [B] — **4.** Kriminaljustizpflege in der Provinz Preußen. Anträge⁷ der Stände auf das mündliche Verfahren sowie auf die Beibehaltung und weitere Ausbildung der positiven Beweistheorie. Beide Anträge sollen bei der Revision der Kriminalordnung geprüft werden. Da es bei solchen Anträgen [...] nicht um ein spezielles Interesse der Provinz geht, haben die Stände hiermit die gesetzlichen Grenzen der ständischen Tätigkeit überschritten, was ihnen vorgehalten werden soll. [B] — **5.** Geschlechtsvormundschaft in Westpreußen. Antrag⁸ der Stände auf Aufhebung wird befürwortet. [B] — **6.** Portofreiheit. Spezialdiskussion zum Entwurf eines Regulativs. Verhandlung soll fortgesetzt werden. [B]

¹ TOP 4: Bernstorff [U].

² Rep. 77, Tit. 523g Nr. 10, Bl. 195–197v. Zum früheren (1826) ähnlichen Antrag vgl. Rumpf, Verhandlungen, Folge 3 (Westfalen 1826), S. 64 f. und 110.

³ Vgl. die Gesetze v. 4.7.1822, GS, S. 178 und 5.4.1825, GS, S. 73.

⁴ Rep. 77, Tit. 523g Nr. 10, Bl. 97–102v. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 6 (Westfalen 1828), S. 66 f. und 98 f. Zu den Kompetenzen der Generalkommission in Westfalen vgl. ferner die Ordnung wegen Ablösung der Reallasten v. 13.7.1829, GS, S. 68.

⁵ Der Immediatbericht v. 6.6.1829 in: Rep. 89, Nr. 30118, Bl. 26–27; dort auch ein Schreiben Schuckmanns v. 17.6.1828 an den König, Voten und weiteres Material. Vgl. ferner das Reskript des Justizministeriums an die Oberlandesgerichte zu Magdeburg, Halberstadt, Paderborn, Münster und Hamm bezüglich die Kompetenzen der Gerichte und Generalkommissionen v. 15.6.1829, in: Kamptz, Annalen, Bd. 13 (1829), S. 275 f. Vgl. auch das Gesetz v. 21.4.1825, GS, S. 74.

⁶ Vgl. das Gesetz v. 20.3.1837, GS, 60.

⁷ Rep. 77, Tit. 523a Nr. 12, Bl. 138–142. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 6 (Preußen 1829), S. 299 f. und 355.

⁸ Rep. 77, Tit. 523a Nr. 12, Bl. 38–40v. Vgl. auch Rumpf, ebd., S. 312 und 357 sowie das Gesetz v. 28.6.1829, GS, S. 52. Der Immediatbericht v. 17.6.1829 in: Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 23, Bl. 3–5.

Nr. 425 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Mai 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 124–130 [Teilprot. 14a–d]; MF 105. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Altenstein [V, zu 1–3; U], Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [zu 1 und 3; U], Danckelman [U], Motz [U], Schöneberg [für Bernstorff U]. — Prot.: [a–b, d] v. Staegemann; [c] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Grunenthal, Oswald [beide zu 3], v. Staegemann.

1. Pensionssache. [B] — **2. Standesherrliche Sache.** Rezesse¹, die mit dem Fürsten zu Salm-Horstmar abgeschlossen worden sind. Ordenssachen. [B] — **3. Disziplinarsache.** [B] — **4. Portofreiheit: Abschluß der Spezialdiskussion zum Entwurf eines Regulativs.** [B]

¹ Eine Abschrift der Rezesse in: Rep. 90, Nr. 207, n.f.; dort auch der Immediatbericht v. 10.7.1829, der Bericht Vinckes v. 16.2.1829 sowie Voten und weiteres Material.

Nr. 426 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Juni 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 131–133v [Teilprot. 15a–b]; MF 105. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Schuckmann [U], Lottum [U], Hake, Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Bötticher [zu 2], Kahle, Oswald [beide zu 1], v. Rochow [zu 2], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann, Streckfuß [zu 2].

1. Disziplinarsache. [B] — **2. Rechtsangleichung in den Rheinprovinzen.** Der Bericht¹ der Kommission zur Beratung der Modifikationen ist eingegangen. [B]

¹ Vgl. Rep. 90, Tit. XXXIII A Nr. 1 Bd. 3, Bl. 61–82v; dort auch Voten und weiteres Material.

Nr. 427 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Juni 1829.

Vollz. Reinschr., Bd. 17, Bl. 134–136 [Prot. 16a]; MF 105. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Schuckmann [U], Lottum [U], Hake, Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Pleschke, v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann.

Die Stände der Provinz Preußen beantragen¹ legislative Anordnungen über die Anwendung der Abgabengesetze zu Gunsten der Abgabepflichtigen. [B]

¹ Rep. 77, Tit. 523a Nr. 12, Bl. 86–88. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 6 (Preußen 1829), S. 309 f. sowie die ablehnende Antwort auf diesen zu allgemein gehaltenen Antrag im Landtagsabschied, S. 357.

Nr. 428 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Juli 1829.

Vollz. Reinschr., Bd. 17, Bl. 137–148v [Teilprot. 18a–c]; MF 105/106. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Schuckmann [zu 1–2; U], Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Beelitz, Boetticher [beide zu 3], Bierdemann [zu 1], Peschke [zu 2], v. Staegemann.

1. Lehnverhältnisse in der Provinz [...] Preußen: Antrag¹ der Stände auf eine früher angeordnete Aufhebung der Lehnverbindung zwischen den Lehnsherrn und Vasallen bei allen in Ermland noch bestehenden Immediatlehen. Eine allgemeine unentgeltliche Aufhebung wird abgelehnt. [B] — **2.** Befreiung der Lehns- und Fideikommißanfälle vom Erbschaftsstempel in der Provinz Preußen: Antrag² der Stände wird abgelehnt. [B] — **3.** Aufgebots- und Amortisationsverfahren bei Staatspapieren, die im Auslande eröffnet oder durch Staatsverträge als Anleihen übernommen wurden, jetzt aber verloren oder vernichtet sind. Die Hauptverwaltung der Staatsschulden beantragt, die gleiche Verfahrensweise wie bei anderen Staatspapieren, das Staatsministerium bevorzugt jedoch alternative Vorschläge. Verpflichtungen des Staates und der Staatsgläubiger. Verhältnisse der Handlungshäuser hierzu. Hauptsächlich [...] kommt es hier auf die möglichen Folgen an, die ein Aufgebotsverfahren bei der sogenannten englischen Anleihe von 1818 [...] haben könnte. Ein englischer Rechtsgelehrter soll ein Gutachten erstellen. [B]

¹ Rep. 77, Tit. 523a Nr. 12, Bl. 120–122. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 6 (Preußen 1829), S. 310 f. und 357.

² Rep. 77, Tit. 523a Nr. 12, Bl. 128–130. Vgl. auch Rumpf, ebd., S. 315 f. und 358 f.

Nr. 429 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Juli 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 149–155v [Teilprot. 19a–b]; MF 106. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Schuckmann [U], Lottum [U], Danckelman [U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Maassen [für Motz zu 1; U], v. Rochow [zu 2], v. Staegemann, Streckfuß [zu 2].

1. Fleischsteuer in Suhl zur Finanzierung kirchlicher Bedürfnisse. Obwohl dort kein Fleischbann existiert, wäre bei Wiedereinführung dieser Steuer eine Torkontrolle unumgänglich und die vom Parochialzwang entbundenen Einwohner würden sich über die Verwendung dieser Steuer beschweren. Statt dessen soll – auch im Falle Schleusingen – ein angemessener Zuschlag zur Klassensteuer

erhoben werden¹ [B]. Der Antrag² des Schleusingenschen Presbyteriums *soll* der Bestimmung des Ministeriums der *geistlichen* Angelegenheiten überlassen bleiben. — 2. Unerledigte Anträge³ der märkischen Stände: *vermeintliche Abweichungen* der Generalkommissionen vom *gesetzlich vorgegebenen* Kostenreglement. Ermäßigung der Sporteln für das Hypothekenwesen. Entschädigung der Patrimonialgerichtsherren für den Verlust der Abschoßgefälle.

¹ *Der Antrag des Magistrats der Stadt Suhl in: Rep. 90, Tit. XL Sachsen Nr. 5, Bl. 21–26v; dort auch der Immediatbericht v. 28.7.1829, Bl. 37–38, Voten und weiteres Material.*

² *Ebd., Bl. 16–17v.*

³ *Voten in: Rep. 77, Tit. 523b Nr. 25. Zu den Generalkommissionen vgl. Rumpf, Verhandlungen, Folge 7 (Brandenburg 1829), S. 26 und 62–64. Voten hierzu in Rep. 77, Tit. 523b Nr. 25; zur Ermäßigung der Sporteln für das Hypothekenwesen vgl. auch Rumpf, ebd., S. 27 und 64–65; zur Entschädigung der Patrimonialgerichtsherren wegen Verlust der Abschoßgefälle vgl. Rumpf, ebd., S. 27 und 64.*

Nr. 430 Sitzung des Staatsministeriums am 29. September 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 156–173v [Teilprot. 20a–f]; MF 106.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 3–6], Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [c–f] [?].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 4], Boetticher [zu 5], Klaatsch [zu 3], Koehler [für Schuckmann U], Sack [zu 6], v. Schoeler [für Hake zu 1–4, 6; U], v. Schönberg [für Bernstorff zu 2–6; U], v. Staegemann.

1. *Standesherrliche Sache.* Die Unterhandlungen mit dem Fürsten zu Bentheim-Steinfurt [...] wegen der Grafschaft Steinfurt *soll* der Regierungspräsident Richter übernehmen; das Weitere ist den Ministern des Innern und der Finanzen zu überlassen. [B] — 2. *Standesherrschaften und Kommunalverhältnisse.* Die Deklaration des § 32 der Instruktion vom 30. März 1820 *soll* in die Gesetzessammlung aufgenommen werden.² Vincke *soll* die Regierungen zu Münster und Minden über die speziellen Verhältnisse der Fürsten zu Bentheim bezüglich Rheda und Steinfurt unterrichten. [B] — 3. *Münzwesen.* Umlauf fremder Scheidemünzen in den östlichen Provinzen. *Spezialdiskussion zu einer Kabinetsordre ähnlich der, die für die westlichen Provinzen erlassen wurde. Besondere Anordnung für Neuvorpommern bezüglich der noch im Umlaufe befindlichen alten schwedisch-pommerschen Münzen.*³ [B] — 4. *Pensionsbeiträge.* *Ehemalige Johanniterordens-Offizianten der Ballei Brandenburg, die in den Staatsdienst übergetreten sind, sind zur Entrichtung des gesetzlichen Beitrages zum Pensionsfonds nicht verpflichtet.*⁴ [B] — 5. *Justizwesen* in Neuvorpommern. *Sitz des künftigen Oberlandesgerichts soll Greifswald und nicht Stralsund werden.* [B] — 6. *Verlust des Titels und der Dienstprädikate bei verabschiedeten Militär- und Zivilbeamten.*⁵ [B]

¹ *TOP 1: Bernstorff [U].*

² *Vgl. GS 1829, S. 117. Vgl. auch Sitzung am 29.4.1829, TOP 2, Anm. 3.*

³ *Die KO v. 25.11.1826 für die westlichen Provinzen in: GS, S. 115; v. 30.2.1829 für die östlichen Provinzen in: GS 1830, S. 3; die besondere Anordnung für Neuvorpommern v. 28.2.1830, GS, S. 22.*

⁴ *Der Beschluß des Staatsministeriums (14.6.1826), wonach die auf Grund des Reichsdeputationshauptschlusses an Preußen übergegangenen Beamten nicht verpflichtet sind Pensionsbeiträge zu zahlen, wurde als ein Zirkularreskript (26.8.1826) der Ministerien des Innern und der Finanzen an sämtliche Regierungen und Oberpräsidenten geschickt. Vgl. Kamptz, Annalen, Bd. 10 (1826), S. 597 f.*

⁵ *Vgl. KO v. 21.11.1829, GS 1830, S. 2.*

Nr. 431 Sitzung des Staatsministeriums am 29. September 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 174–176 und 178v [Teilprot. 21a–d], Anlage¹: Bl. 177; MF 106. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Lottum [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Duesberg [zu 2], v. Grunenthal [zu 3], Koehler [für Schuckmann U], Kahle, Kuhl [beide zu 4], v. Lamprecht, Oswald [beide zu 1], Skalley [zu 2], v. Schoeler [für Hake zu 3], v. Schönberg [für Bernstorff U], v. Staegemann, Zwicker [zu 3].

1. Disziplinarsache. [B] — 2.–3. Pensionsachen. [B] — 4. Disziplinarsache. [B]

¹ *Eine Bemerkung des Oberstleutnants v. Restorf v. 22.10.1829 zur Abwesenheit v. Schoelers und Rückgabe der Verhandlungen.*

Nr. 432 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Oktober 1829.

Vollz. Reinschr., Bd. 17, Bl. 179–186v [Prot. 22]; MF 106/107. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Lamprecht, v. Schönberg [für Bernstorff], v. Staegemann, Streckfuß, v. Rochow.

Beitragspflicht der Patrone in den vormals königlich sächsischen Landesteilen zu den Geistlichen- und Schullasten. Anwendung des Allgemeinen Landrechts oder der sächsischen [...] Gesetzgebung. Spezialdiskussion zum Entwurf² einer Verordnung.

¹ *Altenstein, Danckelman, Lottum und Bernstorff konnten der Beratung nicht beiwohnen (Bl. 186v), erklärten sich jedoch mit dem Beschluß einverstanden.*

² *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden, vgl. jedoch Schuckmanns Voten und die Petition der sächsischen Stände v. 28.11.1827 in: Rep. 77, Tit. 123 Nr. 222 Bd. 1; dort auch weiteres Material. Vgl. auch KO v. 11.11.1844, GS, S. 697.*

Nr. 433 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Oktober 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 187–192 [Teilprot. 23a–b]; MF 107. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Schuckmann [zu 1; U], Lottum [U], Bernstorff [zu 1; U], Hake [zu 2; U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Goßler [zu 1], Kuhlmeier [zu 2], v. Staegemann [zu 1].

1. *Fideikomnisse* im Herzogtum Westfalen. Antrag¹ der Ritterschaft auf Generalisierung oder Aufhebung des *Verbots* der in Familienstiftungen bedungenen ritterbürtigen und konfessionellen Heiraten. Die Frage wird im Zusammenhang mit der bereits eingeleiteten *Gesetzrevision* erledigt werden; den betreffenden Familien bleibt es aber unbenommen, ihre auf die vorhandenen Stiftungen gegründeten Rechtsverhältnisse durch gesetzmäßig abzufassende Familienbeschlüsse abzuändern oder näher zu bestimmen. [B] — 2. Grundsteuer in Westfalen. Anträge² der Stände auf Erlaß der Zulagszentimen und auf die Vorlegung von *Nachweisen* über die Verwendung der für die Katasteraufnahme und den Remissionsfonds aufzubringenden Steuerbeischläge. [B]

¹ Rep. 77, Tit. 523g Nr. 10, Bl. 205–206. Zum Antrag und zur Antwort des Königs im Landtagsabschied vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 6 (Westfalen 1828), S. 2 und 80–82.

² Vgl. Rep. 77, Tit. 523g Nr. 10, Bl. 122–142. Vgl. auch Rumpf, ebd., S. 31–42, 86 f.; dort auch eine Denkschrift Motz' v. 30.11.1829 zur Zulagscentime in Westfalen, S. 104–131.

Nr. 434 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Oktober 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 193–205 [Teilprot. 23c–d, 24a–b]; MF 107. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 1–3], Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Kuhlmeier [zu 4], Peschke [zu 1–2], v. Rochow [zu 3], v. Staegemann [zu 1–3], Streckfuß [zu 3].

1. Stempelfreiheit für Schiedsmänner der Provinz Preußen in allen zu ihren Gerichtsstand gehörenden Gegenständen: Antrag² der Stände. *Stempelpflicht* bei den betreffenden Gerichten, wenn die durch Schiedsmänner aufgenommenen Vergleiche den Gerichtshöfen zur Vollstreckung der Exekution derselben überwiesen würden. [B] — 2. Stempelfreiheit in der Provinz Preußen: Anträge³ der Stände. Erlaß des *Erbschafts- oder Kaufstempels* bei den Immobilien einer dem überlebenden Ehegatten zufallenden köllmischen Hälfte; bei allen Verhandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, und besonders bei Erbschaften bis auf einen Wert von 100 Rthl. [B] — 3. Dispen-sations-Gelder-Fonds in Pommern: *Petition*⁴ des Provinziallandtages, diesen Fonds, den ursprünglichen Absichten gemäß, hauptsächlich wieder an hilfsbedürftige adlige Wittwen und Waisen zu verteilen. [B] — 4. Katasterwesen in Westfalen: Eingabe⁵ der Stände. *Landtagsabschied*.

¹ TOP 3: Schuckmann [U].

² Rep. 77, Tit. 523a Nr. 12, Bl. 35–37v. Zum Antrag sowie der Antwort des Königs im Landtagsabschied vgl. Rumpf, Verhandlungen, Folge 6 (Preußen 1829), S. 306 f. und 355 f.

³ Ebd., Bl. 103–105v. Zum Antrag sowie der Antwort des Königs im Landtagsabschied vgl. Rumpf, ebd., S. 313–315 und 358.

⁴ Rep. 77, Tit. 523c Nr. 17 Bd. 2, n.f. Zum Antrag sowie der Antwort des Königs im Landtagsabschied vgl. Rumpf, Verhandlungen, Folge 6 (Pommern 1829), S. 247–250 und 265 f. Vgl. auch den *Immediatbericht* v. 31.10.1829 in: Rep. 90, Tit. XXVI B Pommern Nr. 2, n.f.

⁵ Der ständische Antrag zum Katasterwesen in: Rep. 77, Tit. 523g Nr. 10, Bl. 148–150. Zum Antrag sowie der Antwort des Königs im Landtagsabschied vgl. Rumpf, ebd. (Westfalen 1828), S. 16–31 und 84–86; dort auch eine Denkschrift Motz', S. 104–131.

Nr. 435 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Oktober 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 206–219 [Teilprot. 25a–e]; MF 107.

*Anwesend*¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a] v. Bernuth; [d] v. Staegemann; [b–c, e] [?].

Weitere Teilnehmer: v. Bernuth [zu 1], Glesecker [zu 2], Klaatsch [zu 5], v. Staegemann [zu 1, 3–4].

1. Wahl der Landräte- und Kreisdeputierten in der Provinz Preußen: Antrag² der Stände. [B] — **2.** Gewerbesteuer der Krämer; Heranziehung der städtischen Material- und Schnittwaren-Händler zur Gewerbesteuer vom Handel mit kaufmännischen Rechten: Beschwerde³ der westfälischen Stände. [B] — **3.** Pensionssache. [B] — **4.** Schulwesen in der Provinz [...] Preußen. Errichtung eines Gymnasiums in Hohenstein in Ostpreußen: Antrag⁴ der Stände. *Obwohl hier ein Bedürfnis der Provinz anerkannt wird, ist die Vermehrung der Gymnasien nicht ratsam, weil sie dem schon jetzt übermäßigen Hang zum Studieren in den unteren Ständen Nahrung gibt. Zudem scheint der gegenwärtige Studienplan für die Gymnasien einer gründlichen Revision und Reform zu bedürfen. Mittlere oder höhere Bürgerschulen in der Provinz sollen aus den allgemeinen Staatsfonds unterstützt werden.* [B] — **5.** Münzwesen in Neuvorpommern. Alte schwedisch-pommersche [...] Münzen befinden sich noch im Umlauf.⁵ [B]

¹ TOP 2: Einverstanden Schuckmann [U] (vermutlich).

² Rep. 77, Tit. 523a Nr. 12, Bl. 73–77v. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 6 (Preußen 1829), S. 316–318 und 359 f. Die KO zur Wahl der Landräte und Kreisdeputierten in der Provinz Preußen v. 19.10.1828, in: Kamptz, Annalen, Bd. 12 (1828), S. 956.

³ Rep. 77, Tit. 523g Nr. 10, Bl. 80–85, vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 6 (Westfalen 1828), S. 44 f. und 88 f.

⁴ Vgl. die Antwort des Königs im Landtagsabschied in: Rumpf, ebd., (Preußen 1829), S. 348. Voten Schuckmanns in: Rep. 77, Tit. 127 Nr. 1.

⁵ Vgl. KO v. 28.2.1830, GS, S. 22.

Nr. 436 Sitzung des Staatsministeriums am 4. November 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 219a–228v [Teilprot. 26a–b, d–e]; MF 107/108. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664 n.f.

*Anwesend*¹: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 4], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a–b] v. Staegemann; [d–e] [?].

Weitere Teilnehmer: Peschke [zu 3–4], v. Staegemann.

1. Verleihung des Hofrats- und Rechnungsratstitels an Subalternbeamte. Hofratstitel für die Subalternen der Justizverwaltung. [B] — **2.** Anspruch eines Zivilbeamten auf den Rechtsweg [...] wegen ihm vermeintlich entzogener Dienstehelkünfte. *Danckelman ist der Ansicht, daß dies gesetzlich zulässig ist; die Majorität ist entgegengesetzter Meinung, da das dem Zivildienst zugrunde liegende Rechtsverhältnis nicht auf einem Dienstvertrag sondern auf der Staatsverfassung beruht, die den Rechtsweg nicht zuläßt. Die Besorgnisse Danckelmans sollen beseitigt werden, indem das Staats-*

¹ TOP 4: Schuckmann [U].

ministerium bei solchen Ansprüchen die Entscheidung trifft. Einzelne Fälle.² [B] — 3. Stempelstrafen. Die Ober-Rechnungs-Kammer ist befugt, diese gegen Staats- und Kommunalbehörden für Verabsäumen der Stempelvorschriften bei ihrer Amtsverwaltung festzusetzen, jedoch soll dies der zunächst vorgesetzten Behörde überlassen werden. Dem betreffenden Ministerium soll eine Mitteilung gemacht werden.³ [B] — 4. Wechselstempel. Detailregelung für verschiedene Arten von Wechseln und des Cessionsstempels.⁴ [B]

² Vgl. die Immediatberichte v. 29/31.12.1829; 17.6.1830; 30.11.1831 und 28.3.1835, in: Rep. 89, Nr. 3865, n.f.; dort auch weiteres Material.

³ Der Immediatbericht v. 28.11.1829 in: Rep. 89, Nr. 27585, n.f.; dort auch weiteres Material.

⁴ Vgl. KO über die Stempelabgaben beim Verkehr mit Wechseln v. 3.1.1830, GS, S. 9.

Nr. 437 Sitzung des Staatsministeriums am 11. November 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 229–233 [Teilprot. 27a–b]; MF 108. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b] [?].

Weitere Teilnehmer: Eimbeck [zu 2], v. Staegemann.

1. Stempel bei der Verleihung der Urkunden der tituli mensae in Westfalen. Die Frage nach dessen Zulässigkeit soll als ein Gegenstand des katholischen Kirchenrechts zur Gesetzrevision verwiesen werden. Die ständischen Petitionen¹ in Stempelsteuersachen sollen bei der Revision des Stempelgesetzes [...] näher erwogen werden. [B] — 2. Kaufmännische Mitglieder eines Gerichts müssen aktive Kaufleute sein. Der frühere Kaufmann Marquard aus Danzig soll nicht weiter Mitglied des dortigen Kommerz- und Admiralitätsgerichts sein. Verfassung der Handelsgereichte in den Provinzen. [B]

¹ Rep. 77, Tit. 523g Nr. 4 Bd. 2, Bl. 37–38v. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 3 (Westfalen 1826), S. 94.

Nr. 438 Sitzung des Staatsministeriums am 25. November 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 234–246v [Teilprot. 28a–d]; MF 108. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm [zu 2–4], Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [zu 1–2, 4; U]. — Prot.: [a] v. Staegemann; [b–d] [?].

Weitere Teilnehmer: Bierdemann [zu 2], v. Rochow, Sack [beide zu 3–4], v. Staegemann.

1. Medizinalpolizeiliche Kontrolle der chemischen Fabriken. Meinungsdivergenz zwischen Altenstein und Schuckmann über das zuständige Ressort für die Erlaubnis zur Anlegung einer Fabrik chemischer Präparate, die zum großen Teil zu arzneilichen Zwecken bestimmt sind. Altenstein fordert eine technische Prüfung, jedoch einstimmiger Beschluß, daß die Apothekerprüfung und die Kontrolle der Medizinalverwaltung für die chemischen Fabrikanten weder als gesetzlich vorgeschrieben anzusehen, noch ein Bedürfnis sind. Falls der Apotheker seine Medizinalwaren von dem

chemischen Fabrikanten *kauft*, so *muß* er selbst von ihrer Güte und ihrer Brauchbarkeit zu Medikamenten sich versichern. *Eine staatliche Kontrolle liegt nicht im gewerblichen Interesse.*¹ [B] — **2.** Ansprüche *der* Familie der Grafen v. Kolowrath *auf* die ehemalige Malteserordens-Kommende ad corpus christi in Schlesien. *Danckelman ist der Meinung, daß wegen eines Eigentumsrechts auf einzelne, zu der Kommende gehörigen Realitäten, der Besitztitel der Familie [...] so lange zusteht, bis die Einwilligung entweder gütlich erteilt, oder die Sache zu Gunsten des Fiskus durch den Richter entschieden wird. Motz ist der Meinung, daß es nur auf den Entschädigungsanspruch der Grafen v. Kolowrath ankommt, der mit der Berichtigung des Besitztittels nicht in Verbindung steht.* Diese Kommende *war schon seit* 1810 ein Staatsgut. *Beschluß, daß, wenn keine gütliche Einigung stattfindet, die Familie [...] wegen ihrer Ansprüche gerichtliche Entscheidung verlangen kann.* [B] — **3.** Antrag² *der* westfälischen Ritterschaft *auf* eine Deklaration des § 3 des Großherzoglich Hessen Darmstädtischen Gesetzes vom 1. Dezember 1807 betreffend die staatsrechtlichen Verhältnisse der vormaligen Reichsritterschaft und der adligen Gerichtsherren. [B] — **4.** Fideikommission im vormaligen Großherzogtum Berg: Antrag³ *der* Stände [...] Westfalens *auf* eine Modifikation *des diesbezüglichen* Gesetzes. [B]

¹ *Schriftstücke hierzu in: Rep. 76, VIII A Nr. 657 Bd. 1.*

² *Rep. 77, Tit. 523g Nr. 10, Bl. 200–204. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 6 (Westfalen 1828), S. 8 f. und 80–82 sowie die KO v. 5.1.1830, GS, S. 5.*

³ *Rep. 77, Tit. 523g Nr. 10, Bl. 113–119. Vgl. auch Rumpf, ebd., S. 64 und 97 sowie das Gesetz v. 23.3.1828, GS, S. 38.*

Nr. 439 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Dezember 1829.

Vollz. Reinschr., Bd. 17, Bl. 247–248v [Prot. 29]; MF 108. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

*Anwesend*¹: *Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: v. Staegemann.*

Weitere Teilnehmer: v. Staegemann.

*Einrichtung einer Irrenheil- und Irrenverwahranstalt in Posen. Proposition*² *für den zweiten Landtag.* [B]

¹ *Vermutlich Kronprinz Friedrich Wilhelm [U], Bernstorff [U].*

² *Rep. 77, Tit. 523e Nr. 8 Bd. 1, n.f.; dort auch Voten. Vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 8 (Posen 1830), S. 66 f. und 97 f.*

Nr. 440 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Dezember 1829.

Vollz. Reinschriften, Bd. 17, Bl. 249–255v [Teilprot. 30a–c]; MF 108. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: v. Staegemann.

1. *Disziplinarsache.* [B] — **2.** *Prozeß* des Fürsten von Hatzfeldt wider den Grafen von Schönborn über das Fürstentum Trachenberg. Bestätigung des Familienvertrags von 1598. [B] — **3.** *Editions-*

eid¹ bei Steuerkonvention veranlaßt durch eine fiskalische Untersuchung wider den Rittmeister von Stutterheim. Meinungsverschiedenheit [...] zwischen Danckelman und Motz. Danckelman unterstützt die Ansicht des untersuchenden Gerichts, wonach Stutterheim nicht zur Ableistung des Editionseids verpflichtet ist. Er wehrt sich zugleich dagegen, daß über diesen einzelnen, im Verwaltungswege von ihm entschiedenen Fall eine Beschlußnahme des Staatsministeriums und eine Berichterstattung an den König erfolgt. In diesem Einzelfall ist Motz hiermit einverstanden, für künftige Fälle ist es jedoch nötig, einen Beschluß darüber zu fassen, ob das von Danckelman gebilligte Verfahren der Gerichte gesetzlich begründet ist, denn die Steuerverwaltung muß sich demgemäß verhalten. Majorität ist der Meinung, daß das Verfahren des Gerichts dem jetzt bestehenden Gesetze nicht gemäß ist. Das Verfahren in solchen Steuerkonventionsfällen soll bei der Revision der Gesetzgebung geregelt werden. [B]

¹ Der Eid, daß man außer Stande sei, eine Urkunde vorzulegen.

Nr. 441 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Dezember 1829.

Vollz. Reinschr., Bd. 17, Bl. 256–257 [Prot. 31]; MF 108. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 3664, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Carl v. Mecklenburg-Strelitz, Schuckmann [U], Lottum [U], Hake [U], Danckelman [U], Motz [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: v. Bassewitz, Kuhlmeier.

Kreiskassen und Steuereinrichtung in den Marken: Gesuch¹ der brandenburgischen Stände auf Wiederherstellung des Zustandes vor 1805. [B]

¹ Rep. 77, Tit. 523b Nr. 17 Bd. 2, n.f. Zum Antrag von 1827 vgl. auch Rumpf, Verhandlungen, Folge 4 (Brandenburg 1827), S. 24–27. Im Landtagsabschied wurden nähere Verhandlungen für den nächsten Landtag vorgesehen, vgl. Rumpf, ebd., S. 48. Die Proposition von 1829 in Rumpf, ebd., Folge 7 (Brandenburg 1829), S. 4–18; dort auch der Landtagsabschied, S. 57f.

Sachregister

Aachen (Regierung) 4/1 9, 11/1 38v; 26/2 107–108; 55/3 218v, 219v; 112/5 17, 18, 20–20v; 132/6 47–48, 52, 147/6 188; 177/7 290v; 329/12 70–70v

- Auflösung 48/3 163, 165v–167, 165v; 139/6 109v

- Haushalt 132/6 47–48, 52

- Kölner Dezernat, eventuelle Übernahme 139/6 109v–110

Aachen (Regierungsbezirk) 78/4 72, 88/4 164

- Staatswaldungen 55/3 219v; 294/10 159–160

Aachen (Stadt) 26/2 107–112, 111v–112v; 31/3 12–12v; 123/5 152v–153

- Abtei Rolden 55/3 218

- Ansprüche auf das ehemalige Kloster Mariental 123/5 152v–153

- Bauten, Vorschuß lt. Konferenz von Engers 281/10 104v

- Gemeindeabgaben 67/3 358

- Rente für Fabrikanten 55/3 218–220v; 77/4 65–65v

- Trinkbrunnen am Friedrich-Wilhelm-Platz, Finanzierung 122/5 137–139v

Aarau (Schweizer Kanton) 8/1 23v–24

Abgaben

→ Steuer; Zehnte

Ablösung

- Reallasten in den ehemals Westphälischen, Bergischen und Französisch-Hanseatischen Landesteilen 368/14 97–97v

Agendenstreit

- Disziplinierung 355/13 178–179v

Agio

- Agiotage 380/15 55–57v

- Goldagio 53/3 197

- - Einnahmen (1821, 1822–24) 85/4 130v–131, 134v, 88/4 170; 135/6 82v, 147/6 188–188v; 189/7 399v–400

- - Festsetzung (1826) 320/11 188

Agnaten

- Aufgebot bei Veräußerungen pommerscher Lehne 258/9 169

- Erbfolgerechte in Lehne und Fideikommissen jenseits der Elbe 306/11 44–44v

Agrarkrisen 10/1 32v–33, 11/1 35v

- (1817)

- - Rheinprovinz 5/1 12, 8/1 25v–26v

- - Westfalen 3/1 6v–7, 6/1 17v, 8/1 25v–26v

- (1823) 146/6 176v; 184/7 361–366, 187/7 380–383v

Allenstein (Regierung) 169/7 217v

Allgemeine Gerichtsordnung (AGO) 92/4 192v–194, 99/4 242–244; 409/16 94

- Prozeßkosten

- - Kirchen, Pfarren, Schulen, Küstereien 221/8 280–282v

- - Stempel 3/1 6

- Teil I, Tit. 50 255/9 115

Allgemeine Literatur Zeitung 15/2 15v

Allgemeine Preußische Staatszeitung 352/13 125–126

Allgemeine Witwen-Verpflegungsanstalt

→ Witwen-Verpflegungsanstalt

Allgemeines Landrecht (ALR) 99/4 242–244

- Revision 233/8 382–383, 384–384v; 394/15 154–155

Altenberg (Amt) 323/11 218

Altenkirchen (Stadt) 8/1 25v

Alt-Flemming (Kreis)

→ Cammin, Pommern (Kreis)

Altmark

- Grundsteuer, Herabsetzung 353/13 141

- Kriegsschulden, ältere 401/16 39–39v

→ Westphalen (Königreich)

Amtsblätter 147/6 188v

- Gesetzeskraft (24.7.1826) 315/11 128–129

- Publikation von Gesetzen 211/8 161–162v

Anhalt-Dessau (Herzogtum) 146/7 179v

- Zollverhältnisse bis 1828 144/6 150v–151

Anhalt-Köthen (Herzogtum) 146/7 179v

- Verbrauchssteuer (1819–21) 54/3 200–201v; 201/8 23v–28v

Anholt (Herrschaft) 274/10 35, 276/10 50–51, 52

Anschuldigungen

- der Arzt Weinschenk (Magdeburg) wegen Mitarbeit bei der frz. Geheimpolizei und Abtreibung 121/5 114–121v

- Stückgießer Krieger (Breslau) wegen Veruntreuung von Staatseigentum 137/6 90v–92

Apotheker 438/17 235–237v

- Bluteigel, Anwendung und Handel 355/13 171–172v

- Militärapotheken 438/17 237–237v

Arbeiter 380/15 55v

- Notstand (1817) 7/1 19v

- staatliche Unterstützung bei Bernsteinarbeiter 374/15 20–20v, 382/15 68–68v

Arenberg (Herzogtum)

- Landesschulden 38/3 67–69

Armenwesen 319/11 181

- Armenfonds, Ausgaben (1823) 150/6 224v

- Gesetzentwurf (1825) 285/10 131–131v, 289/10 138

Arnsberg (Hofgericht/Hofgerichtsbezirk) 63/3 315v; 210/8 154, 237/8 435v; 314/11 118; 331/12 88v; 347/13 61, 349/13 83–83v; 408/16 85–86; 418/17 65v–66

Arnsberg (Regierung) 8/1 26v–27; 48/3 167v, 63/3 314v, 64/3 329v–330v; 112/5 26–27v; 132/6 47, 48, 52; 168/7 193

- Antrag auf Ankauf von Hafersaat (1817) 3/1 6v–7, 6/1 17v

Arnsberg (Regierungsbezirk) 7/1 21v–22; 47/3 153, 63/3 315v; 208/8 217v; 331/12 88

- Justizorganisation, Pensionierung 348/13 72–72v

- Schleichhandel mit Salz 157/7 51v, 54

Arnsberg (Stadt)

- Kommunallasten, Beamte 237/8 434–435v

Asien

- Handel 139/6 115

Assekuranzgesellschaften

→ Versicherungsgesellschaften

Ausgangsabgaben

→ Erhebungsrolle; Zoll

Ausländer

- Landesverweis 391/15 131v–132

- Strafbestimmungen 379/15 46–49

Auswanderungen 4/1 8, 6/1 16v–17v, 7/1 19v, 8/1 23–23v, 10/1 32v

- Durchwanderer 8/1 23v–24v, 11/1 37v–38v

- Gegenmaßnahmen 9/1 28–28v

- landwehrpflichtigen Personen 284/10 119–120v

- Pommern (1819) 23/2 81v

- RegBez. Trier (1817) 5/1 11–11v

→ Kolonisten

Baden (Großherzogtum) 7/1 19v, 8/1 25v

Bannrecht

→ Mahlzwang

Barbaresken (Marokko, Tunesien, Algerien, Libyen) 139/6 116

Barmen (Stadt) 60/3 275v

Barten (Stadt) 129/6 3

Bauhilfegelder

- Arnsberg 30/2 153v; 64/3 328v–331; 152/7 7, 193/7 427

- Gnesen 30/2 153v; 64/3 328v–331; 152/7 7, 193/7 127

- Köslin 30/2 153v; 64/3 328v; 152/7 7, 329v, 193/7 427

- Kur- und Neumark 63/3 316–319v

- Oppeln 30/2 153v; 64/3 328v, 329v; 152/7 7

- Reichenbach 30/2 153v; 64/3 328v, 329v; 193/7 427

Bauholz

- aus Staats- bzw. königlichen -Forsten für öffentliche und Staatsbauten 274/10 30–32v

Baumwolle/Baumwollewaren 5/1 12v

- Konjunktur (1822) 139/6 113

- Zoll (1828–30) 365/14 65

- Zolltarif, Neuchâtel 164/7 134–139v

Bauten

- Eigentumsverhältnisse 368/14 95

Bayern (Königreich)

- Handel 139/6 114

- Hypothekenordnung 210/8 156v

Beamte (Staatsdiener)

- Amtspflicht, Verletzung durch Arbeit für die feindliche Armee 137/6 91v–92v

- - Regreßmaßnahmen 240/8 471–471v

- Amtssuspension, Anspruch auf Erstattung der Besoldung 404/16 76–77

- Anciennität (Dienstalter) 47/3 152

- Anstellung 39/3 81–83; 50/3 181–183v, 54/3 202–203

- Bauräte 14/2 2–3v; 55/3 220v–221v; 92/4 197v; 123/5 156v–157v; 143/6 139–139v; 196/7 444–445; 311/11 102–103

- Beschwerden 28/2 137v–140v

- Besoldung 4/1 8v; 31/3 8v–9v, 56/3 231–231v; 114/5 48–48v; 380/15 59–59v

- - Beschlagnahme mittels Exekution 273/10 21–21v

- - Disposition bei Ministerien und Verwaltungsbehörden 279/10 87–89

- - Entschädigung, Präklusionstermin 56/3 224–225; 135/6 77–77v

- - Erhöhung, Aussterbeetat 277/10 59–59v
- - Geistliche, Schul- und Medizinalräte 92/4 194–197v; 145/6 162–163, 148/6 190
- Chausseewärter 27/2 133–134b
- Diäten/Reisekosten 14/2 2–3v; 36/3 46v
- - Reglement (28.2.1816), Revision 222/8 298–299v
- - (VO 28.6.1825), Entwurf u. Erläuterungen 245/9 16–18v, 246/9 19–20v; 415/17 222–222v
- Diätarien, ehemaliger Freiwilliger, Regulativ (12.7.1823) 167/7 166v–167
- Dienstverhältnisse in anderen Staaten, Ansprüche 26/2 108–110; 155/7 46–46v
- Dienstwohnungen, Regulativ zu Unterhaltungskosten (1822) 136/6 87–88v
- Disziplinaruntersuchungen, Gehaltrückgabe 233/8 375–376v
- Disziplinierung
- - Johann Ludwig Klüber 184/7 374–375
- - Kritik am Staat 3/1 7–7v
- - RegPräs. Hippel 52/3 196
- - Schladen, Gesandter 380/15 61–63v
- - Sympathieadresse für Friedrich Jahn 15/2 14v–15
- Entlassung 352/13 132–133
- - auf administrativen Wege trotz richterlichen Freispruch 254/13 134–136v; 287/10 134
- - Geistliche und Schulbediente 8/1 25; 40/3 86v–90
- - hierüber muß der Staatsrat entscheiden 121/5 126v–127, 129–130v
- - Militärbeamte 234/8 387–390; 299/11 11–12; 335/12 125–129
- - Provinzial-Steuer-Direktoren 262/9 190–190v
- - unfreiwillige (21.2.1823), Entwurf 140/6 121–122v
- Entschädigungen 56/3 225–228; 73/4 18v–20
- - unfreiwillige Versetzungen, Reise- und Umzugsgelder 346/13 54–55v
- Erziehungsgelder 59/3 259–260
- Freifahrt, Rhein 82/4 102v, 104
- Gratifikationen und Remunerationen 55/3 221v–222v; 178/7 293–296, 186/7 297–299; 198/7 453–458, 204/8 59–61, 222/8 301–304; 240a/Fundort 32–36v; 254/9 89–89v; 280/10 92–93v
- Karenzjahre 38/3 78v–81
- Kautionen 128/5 303–303v; 334/12 123
- Kommunallasten 94/4 205–207
- - Herzogtum Westfalen 237/8 434–437
- Konkurseröffnung 269/9 253
- Konvention mit Rußland (22.5.1819, § 11), Rechtsverfahren gegen Rechnungsbeamte 80/4 81v–84v
- Krankheit, Unterstützungen 198/7 453–458, 204/8 59–61
- Moers (ehem. Fstm.) 214/8 187
- Neuvorpommern 268/Fundort
- Rechtsweg bei entzogener Diensteinkünfte 436/17 222–222v
- - Untersuchungskosten 418/17 63–63v
- - staatliche für einen bei der Reg. Stralsund angestellten Schulrat 62/3 306v–308v
- - Zahlungstermine 380/15 59–59v
- Seelotsen 399/16 27–27v
- Titelverleihung an Subalternbeamte 436/17 220–220v
- Titelverlust verabschiedeter Zivilbeamten bei einem begangenen Vergehen 430/17 172–173v
- Uniform 4/1 8v–9; 182/7 328–328v; 281/10 98; 417/17 46–47
- Unterstützungsfonds 254/9 86–87
- Untersuchungskosten 315/11 133–135
- Versorgungsansprüche, Nachweise 210/8 144–144v

- Vertretungsverbindlichkeit 213/8 173–174
- Waffengebrauch 424/17 112–113
- Wartegelder 56/3 228–231; 364/14 57–59v
- Witwen-Verpflegungsanstalt 420/17 79
- - Beitritt in die Witwenkasse 130/6 23–28v
- Generalkommissionen; Militärbeamte; Pensionen
- Benneckenstein** (Stadt)
- Zollgesetz (1818), Surrogatsteuer 316/11 142–142v
- Berg** (Großherzogtum) 5/1 14; 27/2 122v, 126; 48/3 167, 64//3 323; 107/4 321v–322v, 326, 328v; 306/11 47v, 51; 351/13 105–105v
- gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse 51/3 187–187v, 189; 368/14 97–97v
- Jagdverhältnisse 311/11 98, 99
- Kriegssteuer (1814) 60/3 272–281v
- Lehne und Fideikommiss 173/7 269–269v; 303/11 27–28v; 418/17 57–59v, 438/17 246–246v
- - ältere Fideikommiss (23.8.1828) 371/14 124–132v
- Pensions- bzw. Wartegeldansprüche 142/6 130–131v
- Verwaltungsschulden 66/3 351–356
- Zünfte und Innungen, ehem., Vermögen 47/3 153, 155–156v, 157–158v; 254/9 96–96v
- Berge** (Kloster, Krs. Magdeburg) 397/15 189v
- Bergheim** (Kreis) 139/6 109v
- Bergwerks-, Hütten- und Salinenwesen**
- Bergwerksverwaltung, Etat (1823) 146/7 179–180v
- Einnahmen und Ausgaben (1821, 1824) 85/4 128, 136, 88/4 169; 189/7 397v
- Hammerwerke, Gewerbesteuer 144/6 149–149v
- Hüttenwerke 144/6 149–149v
- Schlesien
- - Bergbau 144/6 149–149v; 402/16 43–44v
- - Bergordnung 397/15 198–199
- Veräußerung 45/3 139v–140
- Berlin** (Regierung) 54/3 205–205v; 81/4 95, 101/4 272, 107/4 319v
- Auflösung 48/3 163v–164, 165–165v, 168
- Gebäude 80/4 89–90
- Regreßklage gegen Mitglieder wegen Veruntreuungen des Landrats Pape 371/14 107–110v
- Berlin** (Stadt) 48/3 168; 76/4 57
- Akademie der Wissenschaften 75/4 44
- Armenverpflegung 26/2 117–120v
- Bauakademie 75/4 42–45v
- Bürgermilitär 5/1 13
- Bürgerwache, Gesetzentwurf (1822) 129/6 7v–10
- Charité 317/11 176v
- Etat (1822/24) 150/6 221–221v
- Friedrichs-Waisenhaus 317/11 176v
- Gendarmerie 80/4 89–90
- Gewerbefreiheit 75/4 35
- Hackesches Haus, Ankauf 101/4 271v
- Juden, Gerichtsbarkeit 307/11 69v
- „Lagerhaus“ 54/3 203–204v; 80/4 87, 101/4 271–272v; 112/5 22–23v
- - Adjustierungsamt (HandMinm.) 54/3 204
- - Archiv des Generaldirektoriums 80/4 86v–87, 101/4 271v, 272v; 112/5 23v
- - Eichungskommission (HandMinm.) 54/3 204

- - „Graues Kloster“ (kölnisches Gymnasium) 54/3 203v–204; 101/4 272; 112/5 22v, 23v
- - Landwehrzeughaus (KrMinm.) 54/3 204, 101; 101/4 272v
- - Steuerkasse (FinMinm.) 54/3 204
- - Straßenbeleuchtungsanstalt (Mdl) 54/3 204–204v; 101/4 272; 112/5 22–22v
- - Werkstatt für Maler und Bildhauer 101/4 272
- Landwehrgraben 30/2 153v
- Mahl- und Schlachtsteuer 81/4 95–96
- Magistrat 81/4 95; 400/16 31–32v, 401/16 33
- Marienkirche 215/8 197v
- Medizinalwesen 150/6 221
- Militär
- - Artilleriewerkstatt 70/3 385v; 134/6 75–76
- - freies Brennholz für kommandierende Offiziere, Beschwerde des Magistrats 95/4 214v–215
- - Gebäude 30/2 152v
- - Kadettenanstalt 30/2 165v
- - Servis 72/4 3–8v
- - Neue Wache 6/1 15v
- Schauspielhaus
- - Bau 156/7 48v
- - Heizung 173/7 252v
- Schloß Bellevue (Prinz-August-Palais)
- - Heizung 173/7 253–253v
- Stadtschloß (königliches Schloß) 80/4 86v
- - Beheizung der Sitzungszimmer des StMinm. und des StR 173/7 251–254v, 256–258
- Straßen 134/6 75; 152/7 3
- - Pflasterungsfond (1820) 30/2 155
- Taubstummen-Institut 148/6 195v
- Überbevölkerung 54/3 205–205v
- Wächterhaus beim Siegesdenkmal, Unterhaltungskosten 138/6 105–106
- Waisenhaus 150/6 221–221v
- Wartegeldempfänger des Verwaltungsbezirks 364/14 58v–59
- Wohnungsnot 26/2 117, 118–119
- Berlin** (Stadtgericht)
- Beschwerde über Vollstreckungsbefugnis des Magistrats 321/11 196
- Berlinchen** (Stadt)
- Kosten für die Untersuchung wider den Bürgermeister Jacobi 279/10 82–82v
- Berliner Kaufmännischer Kassenverein** 420/17 85–86
- Bernstein** 374/15 20–20v, 382/15 68–68v
- Bier- und Branntweinsteuer** 35/3 32v–33
- Anordnungen 315/11 128
- Einnahmen (1824) 194/7 434v–435v, 195/7 438v
- Vergütung für Export 353/13 143
- Maisch-/Maischbottichsteuer
- Biereigenrechte**
- Braurechte
- Bierzwang**
- Getränkezwang
- Bilstein** (Amt) 408/16 85–85v
- Bitschin** (Herrschaft) 418/17 54–54v
- Blucher** (Fort) 30/7 153v

- Blutegel** 355/13 171–172v
- Boeddeken** (Kloster im ehem. Fürstentum Paderborn)
- Meßfundations-Kapitalien der Familie Westphalen 306/11 53–55v
- Bonn** (Stadt)
- Bauten, Vorschuß lt. Konferenz von Engers 281/10 104v
- Brandenburg** (ehemaliges Domstift) 24/2 87–87v
- Brandenburg** (Mark) 73/4 19v
- Brandenburg** (Provinz) 29/2 146, 30/2 160; 48/3 163; 141/6 136; 253a/Fundort 115v; 362/14 48
- Allodifikation der Lehne in der Niederlausitz 269/9 248; 314/11 116
 - Denkmäler 215//8 197–198v
 - gutsherrliche und bäuerliche Verhältnisse
 - - Niederlausitz, Amt Senftenberg (21.7.1821), Entwurf 55/3 208–208
 - Kommunallandtage, Kur- und Neumark 319/11 181v
 - Kreiskassen 441/17 257
 - Landräte und Kreisdeputierte, Wahl 305/11 40–41
 - Landtag 179/7 307/307v
 - - (1824) 208/8 129–130
 - - Abschied (1825) 319/11 181
 - - Eröffnung 221/8 272–272v
 - - Wahl 205/8 78–78v, 208/8 127–130v, 221/8 272
 - Militärlieferungen 240/8 463–469v; 302/11 22v; 327/12 23–24
 - Münzwesen 430/17 161–164
 - Schutzgeld 418/17 53–53v, 55
 - Stände 179/7 305, 306v
 - - Gemeinheitsteilungen 411/16 107–107v
 - - Parzellierung von Bauernhöfe 336/12 141
 - Stände, Anträge:
 - - Ausfuhrprämien, Wollwaren, Leinwand, Mehl 363/14 52–52v
 - - Chausseeverwaltung 363/14 52–53v
 - - Eheschließung, Alter bei Dienstboten und Tagelöhnern 359/14 12–12v
 - - Fonds der Landschaft, Ansprüche 319/11 181v; 338/12 156–158v
 - - Fuhrleute, Meilengebühr bei der Post 368/14 88–93
 - - Generalkommissionen 429/17 152–154v
 - - Gesindeordnung, Änderung wegen des zu frühen Mietens 359/14 14–14v
 - - Grundsteuer, Herabsetzung in der Altmark 353/13 141
 - - Handelsbeschränkung auf dem platten Land 361/14 37–38
 - - Hypothekenwesen, Sporteln 429/17 154v
 - - Mahlzwang, Entschädigung für Aufhebung 262/9 195–196; 323/11 222–223; 359/14 16
 - - Patrimonialgerichtstsherren, Entschädigung 429/17 154v–155v
 - - Postporto 368/14 88, 91–93
 - Straßenbau 191/7 410
 - Verwaltungsbehörden
 - - Organisation 288/10 136–136v
 - - Personaletat (1826) 288/10 136–136v
 - Viehseuchen, Kosten zur Unterdrückung in der Kurmark 299/11 8–10
 - Zollpolitik (1820) 70/3 381v–385
- Branntwein**
- Preußen (Prov.), Verkauf 355/13 165–166v
 - Schlesien 402/16 49–50v

Branntweinbrennereien

- Anlegung 25/2 99v–102
- Rheinprovinz 1/1 1v–2

Brasilien

- Handel 139/6 114, 116v

Brauereien

- Anlegung 25/2 99v–102

Braunfels (Amt) 277/10 56**Braunfels (Kreis)**

- Zollgesetz (1818), Surrogatsteuer 316/11 142–142v

Braunfels (Solms-)

- Landesschulden 325/12 8v–9

Braunschweig (Herzogtum)

- Schleichhandel 157/7 52v

Braurechte

- Ablösung der Braugerechtigkeiten in Neisse 323/11 220
- Erfurt 90/4 179–182; 159/7 80–80v
- - Predigerwitwe 46/3 147v–149v; 226/8 325–326v

Bremer Zeitung 15/2 15**Breslau (Bistum) 28/2 142v–143**

Breslau (Oberlandesgericht) 28/2 143v; 46/3 139v, 59/3 258v; 113/5 33v, 34v–37v, 118/5 96–96v, 98–98v; 137/6 91v–93; 199/7 486; 340/13 5, 341/13 9–9v; 358/14 8, 360/14 30; 383/15 81, 82

- Gewerbeabgaben an Gutsbesitzer 270/9 260
- Kolowrath, Eigentumsrecht auf eine ehemalige Kommende des Malteser-Ordens 438/17 239v
- Schutzgeld 418/17 54

Breslau (Regierung) 8/1 24–24v; 25/2 97v–98, 27/2 132av; 48/3 164, 52/3 196, 62/3 306; 107/4 319v; 132/6 48, 52v, 149/6 209; 266/9 227; 270/9 259–260v; 284/10 119–119v, 296/10 95

- Haushalt 62/3 306
- Kolonisten 10/1 32v

Breslau (Regierungsbezirk) 30/2 154; 48/3 164

- Entschädigungen, Müller 309/11 83
- Wasserwerkfonds 152/7 4v

Breslau (Stadt) 76/4 57; 137/6 89–89v

- Generalvikariatsamt 118/5 96–96v
- Malteser Kommende ad Corpus Christi 317/11 155v
- Medizinialkollegium 309/11 85, 86
- St. Elisabeth Hospital im Matthias-Stift 113/5 32v–37v; 206/8 94–99v, 220/8 253, 269

Bromberg (Kreis) 46/3 142; 76/4 60v**Bromberg (Regierung) 46/3 142v, 143v; 132/6 48, 52v; 208/7 124****Bromberg (Regierungsbezirk) 32/3 17; 306/11 58v**

- Kanäle 152/7 4–4v, 158/7 58–58v

Brücken/Brückenbau 152/7 2, 7

- Friedrichsbrücke 152/7 2
- Havelbrücke (bei Potsdam) 152/7 7, 10, 11, 193/7 426, 429
- Koblenz 152/7 3v–4, 158/7 57–57v, 58, 191/7 410v; 237/8 446–448
- Köln 237/8 447–448
- Köln-Deutz 82/4 104v–107; 204/8 54–57
- Lippe 298/11 6–6v
- Marstallbrücke 30/2 152v; 134/6 75

- Oder/bei Glogau 167/7 168–169
- Schloßbrücke 152/7 7, 10v–11, 193/7 426–426v, 429
- Teltower 30/2 153
- Brückengelder**
- Kommunikationsabgaben
- Brüdergemeinde**
- Herrnhuter
- Bubainsche Mühlenwerke** (Ostprien) 277/10 61–61v, 63
- Bunzlau** (Stadt)
- Kriminalgerichtsbarkeit 239/8 460–461v
- Burbach** (Amt/Krs. Siegen) 254/9 84; 347/13 61–61v
- Bürgermilitär**
- Berlin 129/6 7v–10
- Bürgschaften**
- Schlesien, Ehefrauen für Ehemänner, Aufhebung 233/8 378, 379–380
- Bütow** (Kreis) 21/2 67v–70v

- Calbe** (Land- und Stadtgericht)
- Gemeinheitsteilung in Unseburg, Kostenrechnungen 321/11 203–204
- Cammin, Pommern** (Kreis)
- Landtagswahl (1824) 205/8 73v
- Cansteinische Bibel-Anstalt** (Halle) 62/3 308v–309
- Chausseebau**
- Straßenbau
- Chausseebau-Fonds** 38/3 71–72, 65/3 344–346v
- Chausseegeld**
- Befreiung von Entrichtung 98/4 236v–237, 254/9 89–89v
- Bezirksstraßen, linksrheinische 280/10 95–96v
- Einnahmen (1821, 1824–25) 85/4 132, 138v; 189/7 398; 241/8 491
- Erhöhung (1824) 190/7 403–403v
- Postdepartement 207/8 104–107
- Tarif 14/2 6v–8v
- Wegemaut, Grottkau 325/12 9–9v
- Straßenbau und -unterhaltung
- Coesfeld** (Stadt)
- Vermögen des ehemaligen Jesuitenkollegiums 398/16 17
- Corvey** (Stadt) 48/3 167v
- Cosel** (Kreis) 418/17 55
- Coslar** (Gemeinde) 82/4 107v, 108v
- Cottbus** (Kreis) 205/8 73v
- Crossen** (Kreis) 205/8 73v

- Dänemark** 25/2 97v
- Handel 139/6 114, 116
- Danzig** (Regierung) 113/5 43–43v; 132/6 48, 52v; 200/8 4, 5
- Aufhebung 48/3 163v, 168v
- Mahlsteuer 235/8 402v, 406–406v
- Schulwesen 165/7 141–141v
- Zinsfuß, Senkung 381/15 65

- Danzig** (Regierungsbezirk) 28/2 140–140v; 200/8 4, 240/8 473, 474; 306/11 58v
 - Agrarkrise (1823), staatliche Unterstützung 187/7 383–383v
- Danzig** (Stadt) 30/2 155v–156v, 159; 366/14 81–81v
 - Entschädigungen 60/3 288–295
 - - Abschoß Mai (1815) 200/8 11–11v
 - Kirchenbau 30/2 151v
 - Kommerz- und Admiralitätsgericht 437/17 232–233
 - Medizinalkollegium 296/10 163
 - Mehlhandel, steuerfreier Handel mit speziell angefertigtem Zwieback 235/8 399–407
 - Provinzial-Steuer-Direktoren, Zollordnung, Beschwerden der Kaufmannschaft 361/14 40–43
 - Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse (8.4.1823), Entwurf 111/5 10v–15v
- Delitzsch** (Kreis) 247/9 28
- Demagogische Umtriebe** 15/2 14v–15
 - Burschenschaften, ehemalige Teilnahme eines Predigers 171/7 236–237v
 - Untersuchungskosten 162/7 117–118
- Demmin** (Stadt) 112/5 17–17v, 20–20v
- Denkmäler**
 - Brandenburg 215/8 197–198v
- Denunziationen**
 → Anschuldigungen
- Departement Ober- und Niederrhein** 85/4 125v
- Depositverwaltung**
 - Prozesse mit Ansprüchen am Fiskus, zuständige Behörde 161/7 103–104, 109–111
- Deutsche Bundesakte** (1815)
 - Familienverträge zwischen ehemaligen Reichsunmittelbaren 373/15 2–5v, 385/15 95–98
 - Pensionen an Mitglieder aufgelöster Stifte 298/11 3–3v, 300/11 16–16v
- Deutscher Beobachter** 4/1 9
- Deutscher Bundestag** 10/1 32v–33, 11/1 34v; 116/5 61–62; 416/17 39–40v
- Deutscher Orden**
 - Güterfonds-Stiftung 201/8 20–39
- Deutz** (Stadt) 347/13 63–63v
- Diplomaten**
 - preuß. Gerichtsbarkeit 279/10 80–80v
- Disziplinarsachen** 3/1 6v, 7v, 5/1 12v, 6/1 17v–18, 9/1 28; 15/2 15–16v, 22/2 75v–78, 26/2 107–108, 111v–112; 31/3 11–12v, 40/3 86–86v, 88v–89, 52/3 196; 153/7 27–28, 171/7 234–234v, 172/7 239–239v, 243, 177/7 285–285v, 178/7 301–302, 197/7 450, 452; 212/8 165–165v, 167–168v, 223/8 305, 306, 307, 236/8 412–412v, 414–414v, 237/8 438, 439, 239/8 454; 260/9 170, 175, 261/9 179–179v, 262/9 200–200v, 270/9 256–257; 272/10 10, 273/10 17–17v, 274/10 27, 28, 275/10 44, 287/10 134, 295/10 161–161v; 335/12 125–129; 341/13 10, 344/13 40–40v, 148–151, 353/13 137; 364/14 55–55v, 367/14 86, 372/14 139; 376/15 38, 39, 381/15 66–66v, 383/15 86, 388/15 116, 396/15 182; 399/16 23, 27, 402/16 51, 408/16 83, 411/16 104, 113–114; 412/17 1, 416/17 37, 417/17 44–44v, 48, 425/17 130, 426/17 131–131v, 431/17 174, 178–178v, 440/17 250
- Domänen** 85/4 134
 - Abgaben, Schlesien, Müller 143/6 146–147; 218/8 224–225v
 - Einnahmen 111/5 4–4v, 6v–7
 - Feuerversicherung, Gebäude 326/12 14–14v
 - Gumbinnen (RegBez.), Abgaben 203/8 46–49v
 - Jagden, Ablösung (29.3.1829), Entwurf 374/15 11
 - Neuvorpommern, „Bauernlegen“ 23/2 80–81
 - Pacht und Geldzinsen, Errichtung eines Teils in Tresorscheinen 109/4 346v–348v

- rechtliche Natur, neue und wieder vereinigte Provinzen 373/Fundort 16–17; 409/16 100–100v
- rheinische und westfälische Provinzen, Pfandgüter 240/8 478–479v
- Rheinprovinz 249/9 71–71v
- Staatsschulden 169/7 197–199v
- Veräußerungen 46/6 178v–179; 169/7 205–206v; 337/12 154–154v
- - Erbverpachtung 372/14 137–138
- - im Rheinland, Kompetenzen der Gerichte bei Streitigkeiten 239/9 70–71
- - Rittergutsqualität 235/8 409–410v; 328/12 34–53

Domänen- und Forstverwaltung

- Einnahmen (1820–25) 85/4 127v–128, 132v, 134, 135v, 140, 142v, 90/4 175v; 146/6 176–178v, 147/6 189; 159/7 61–66, 187/7 385–386, 192/7 415v; 241/8 487–487v
- Kreisschulden 233/8 372–373v
- Veräußerungen und Ablösungen 135/6 81v; 187/7 386–386v
- Verwaltung 259/9 148–149v

Dominien

→ Gutsbesitzer

Dorla 394/15 154–155; 404/16 74–74v

Dorow (Sammlung Altertümer)

- Klage gegen den Fiskus 215/8 200–203v

Dortmund (Reichsstadt)

- Pensions- bzw. Wartegeldansprüche 142/6 130–131v

Dosse (Fluß) 208/8 120

Dotationsgüter 118/5 89–91v, 128/5 297v

- Forderungen von Pächtern aus der Zeit vor (30.5.1814) 118/5 89–91v, 128/5 297–297v
- Hzg. v. Rovigo, Gut Sommereschenburg 126/5 265–273v; 170/7 218–219; 388/15 113–113v
- Kompetenz der Gerichte bei Veräußerungen 126/5 265–273v

Dramburg (Kreis)

- Kriegsschulden 233/8 372–373v
 - Landtagswahl (1824) 208/8 127–127v
- Dreschgärtnerstellen** (Oberschlesien) 227/8 330–332

Drüsedau 305a/Fundort; 412a/Fundort

Dülmen (Herrschaft) 44/3 115; 336/12 136

Durchgangsabgaben

→ Schifffahrt, Abgaben

Düsseldorf (Regierung) 3/1 7, 9/1 28v, 11/1 38v; 48/3 167, 49/3 176v–177, 178, 60/3 276v–277v, 281v; 109/4 349; 123/5 153v; 132/6 47, 48, 52

- eventuelle Übernahme des Kölner Dezernats 139/6 109v–110
- Zurechtweisungen 7/1 20–20v

Düsseldorf (Regierungsbezirk) 49/3 177v; 88/4 164; 123/5 173; 240/8 478v; 306/11 58v

- Staatswaldungen 294/10 159–160

Düsseldorf (Stadt) 76/4 57–57v

- Entfestigung, Kosten 329/12 62–63

Eberstein, von (Familie)

- Ausgleich wegen der Güter Leinungen und Mohrungen 373/Fundort 16–17; 409/16 100–100v

Ehe

- Gütergemeinschaft in der Grafschaft Werden und im ehemaligen Stift Elten 272/10 5
- Majorennität 359/14 12–12v
- Rheinprovinz 379/15 52–52v
- Scheidung, ALR, Opposition des Kronprinzen 233/8 384–384v

Ehrenbreitstein (bei Koblenz)

- Bauten, Vorschuß lt. Konferenz von Engers 281/10 104v

Eichsfeld (Fürstentum) 394/15 154–154v

Eichungskommissionen und -ämter 112/5 16–20v

Eide 440/17 254–255v

- auswärtige Untertanen mit Grundeigentum in Preußen 340/13 2–3

- Homagial- 412/17 7–8

- Huldigungs- 420/17 83–83v

- Mennoniten 326/12 18v–19v

- provinzielle Vorschriften 340/13 2–3

Eigentumsansprüche

- Wietersheim 104/4 286–90

Einwanderungen 7/1 19v

Eisen

- Fabrikzeichen und Schauanstalten 70/3 385v–387; 357/14 2v

- Schlesien 1/1 2–2v

- Westfalen, Fabrikzeichen 343/13 23–25

Elbe (Fluß) 30/2 154v; 68/3 366; 83/4 117v, 109/4 349; 135/6 79, 165/6 152, 154–154v; 212/8 170v

- Handel 75/4 26–40; 217/8 220–222v, 225/8 317–317v

- Regulierung des Verkehrs 193/7 427v–429

Elberfeld (Stadt) 347/13 63–63v

- Handelsgericht 214/8 191

- Kriegssteuer (1814) 60/3 272–281v

Elbing (Stadt)

- Kompetenzgelder 129/6 3

- Territoriumsstreit, Entschädigung 21/2 62–65

Elten (ehemaliges Stift, Kreis Rees) 60/3 274v

- Gütergemeinschaft der Eheleute 272/10 5

Emmerich (Stadt)

- Gymnasium 367/14 84–84v

Ems (Fluß) 30/2 154

England

- Handel 139/6 114, 116

Entrepots

→ Niederlagen

Entschädigungen

- Danzig, ehemaliges Posthaus 60/3 288–295

- KO (28.1.1822) zu Entschädigungsansprüchen 199/7 476–477v

- Lieferungen an die Armee (1812–14) 40/3 89v–90

- Periode vor 1805 bis 30.6.1814 200/8 7

- Regierungshauptkasse Düsseldorf für Kriegssteuer (1814, Berg) Elberfeld 60/3 272–281v

- Schiffer, Kriege (1813/14) 14/2 4–6v

- Warschau (Ghzgtm.), Präfekten 254/9 93

- Westphalen (Kgr.), Beamte 213/8 180–180v

Erbfolge

- links der Elbe, Lehngüter 3/1 6

- Preußen (Prov.) 255/9 118; 344/13 33

- Westfalen, bäuerliche Erbfolge 317/11 153–153v

Erbpräbende

- Ansprüche (1825/26) 264/Fundort 118–123; 317/11 155–155v

Erbrecht

→ Fideikommiss

Erfurt (Fürstentum) 5/1 13v

Erfurt (Kreis)

- Zollgesetz (1818), Surrogatsteuer 316/11 142–142v

Erfurt (Regierung) 33/3 23; 80/4 90, 100/4 256v, 258; 120/5 111; 132/6 48, 52v

- Auflösung 48/3 163v, 166, 167v–168v

- Scheidemünze, fremde 274/10 23–26v

- Regierungskommissar 139/6 110

Erfurt (Regierungsbezirk) 47/3 153; 100/4 256v, 259

- Schleichhandel mit Salz 157/7 51v–52v, 54

- Straßen, Unterhaltungskosten 152/7 3

Erfurt (Stadt)

- Abfindung, von Kur-Mainz entzogenen Eigentum 63/3 319v–320v; 120/5 111–112v

- Braurechte 159/7 80–80v

- - Predigerwitwen 46/3 147v–151; 90/4 179–182

- Zollgesetz (1818), Surrogatsteuer 316/11 142–142v

Erhebungsrolle (Abgaben) 162/7 113–115; 365/14 65–68

Ermland

- Lehnverhältnisse 428/17 138–139

→ Ostpreußen

Ernennungen

- Regierungspräsidien, Königsberg 266/9 221

Essen (Stadt) 60/3 274v

Etat

→ Staatshaushalt

Etat- und Rechnungswesen 74/3 23–24v

- Aussterbeetats 320/11 188–188v

- Pensionsbeiträge 320/11 187–187v, 189–192

- Vereinfachung (1826) 320/11 187–192

Ewerswinkel (Kirchspiel) 264/Fundort 122

Exekution

- Personalarrest von Standesherrn bei Schuldsachen 314/11 120–121

- Regierungen und Verwaltungsbehörden 257/9 140–143; 275/10 37–38v

- Veräußerung von Staatspapieren 92/4 192–194

- Westfalen, Subhastation der Renten 424/17 104–105v

Fabrikgerichte

- Westfalen 357/14 5v; 419/17 74–75

Fährleute

- Köln, Fährrechtenterte, Ansprüche 237/8 447v–448

- Köln/Deutz, Fährberechtigte, Entschädigungsansprüche 204/8 54–57

Familienstiftungen

- Galen, von 218/8 235–243

- Koch (Unterstützung hilfsbedürftiger Gymnasiasten, RegBez. Aachen) 218/8 242v–243

- Stempelfreiheit 349/13 87v–88

Feldjäger

- Forstverwaltung 248/9 40

Festungen (allgemein) 47/3 152v, 62/3 310–310v

- Aufseher/Dotierung 75/4 51
- Einrichtung und Benutzung von Holzhöfen 113/5 37v–43v
- Grundstücksentschädigungsfonds 126/5 275–281
- Kommandanten, Jagdrechte 82/4 107–109
- Lizitationen für Bauten von Ausländern 97/4 230–230v
- Pläne 4/1 8
- Verpflegungskosten für Festungsbauefängene, Zuständigkeit 177/7 287–291

Festungen (einzelne)

- Breslau 137/6 89–90
- Deutz 82/4 105
- Düsseldorf 329/12 62–63
- Glogau 75/4 53
- Jülich 82/4 107v; 403/16 53–54
- Kolberg 75/4 51, 53
- Kosel 137/6 92
- Neiße 137/6 92; 274/10 31v
- Saarlouis 65/3 344–346v
- Schweidnitz 75/4 53
- Silberberg 75/4 53
- Spandau 75/4 53
- Stettin 75/4 51, 53
- Thorn 96/4 227v; 126/5 280v; 184/7 362, 363v; 242/9 1m–1mv
- Torgau 274/10 31v
- Wesel 30/7 153v

Feuersozietäten 319/11 181v

- allgemeine VO (1826), Entwurf 301/11 18–18v, 308/11 73
- Herzogtum Westfalen 5/1 12v–13

Fideikommisse

- Agnationsrechte 183/7 346–346v
- Aufnahme von Pfandbriefen bei Verschuldung durch Regulierung 352/13 129–130v
- Berg (ehem. Hzgtm.) 173/7 269–269v; 303/11 27–28v; 418/17 57–59v, 438/17 246–246v
- - VO (23.3.1828) 371/14 124–132v
- Darlehen 418/17 68–69
- Erbfolgerecht in Lehnen und Fideikommissen jenseits der Elbe 231/8 349–351; 330/12 75–76
- Kriegsschäden 5/1 13v
- Rheinprovinz 292/10 152–152v
- Stempelfreiheit 349/13 87v–88
- Struve 400/16 31–32v, 401/16 33–33v
- Sukzession fremder Untertanen 306/11 44–44v; 419/17 77–77v
- Westfalen 418/17 65–66, 433/17 188–189

Filehne (Herrschaft) 55/3 209–209v

Finanzministerium

→ Ministerium der Finanzen

Fischerei

- staatliche Beförderung 139/6 117v–118v

Forst- und Jagdbeamte 5/1 13v–14

- als Denunzianten bei Holzdiebstählen, Glaubwürdigkeit vor Gericht 257/9 131; 317/11 169
- Holzanfuhr 172/7 245–247v
- Oberforstmeister 415/17 29–30

- Pensionsansprüche der von Frankreich übernommenen 342/13 13v–14
- Untersuchungskosten 315/11 133–135
- Waffengebrauch 424/17 112–113
- Forstwesen**
- neue Organisation (1819), Verwaltungs- und Besoldungskosten 24/2 90–94
- Rheinprovinz, Staatswaldungen 294/10 159–160
- Frankenstein** (Kreis) 418/17 55
- Frankfurt/O.** (Oberlandesgericht) 202/8 42; 279/10 82–82v; 354/13 154–155v; 375/15 24–25v; 418/17 68v
- Defraudationssachen 307/11 69–69v
- Eintragungen in das Hypothekenbuch, Löschen 354/13 154–155v
- Frankfurt/O.** (Regierung) 8/1 24–24v, 10/1 32v; 57/3 243v, 63/3 319v; 76/4 59, 94/4 205, 97/4 230, 107/4 319; 132/6 48, 52v; 191/7 408v
- Krugverlagsrecht 57/3 343v
- Frankfurt/O.** (Regierungsbezirk) 30/2 154; 106/4 307–307v, 312v–313, 314; 150/6 222; 212/8 170–170v; 306/11 58v; 328/12 45
- Steuereinnahmen (1823) 147/6 185v
- Wasserbaufonds 152/7 6
- Frankreich** 8/1 27–27v; 22/2 72v; 27/2 130v, 131v; 51/3 187, 60/3 292, 293, 64/3 340, 66/3 351, 352v, 353v–354, 355, 71/3 391; 103/4 280, 107/4 324–324v; 113/5 39v, 41v, 42v–43, 122/5 138v, 126/5 269v, 278; 133/6 57–58v, 59v, 60v; 134/Fundort; 200/8 11v, 202/8 43, 240/8 478–478v; 254/9 96v; 342/13 13v
- Aversionalfonds 68/3 369–370
- Entschädigungszahlungen an die Erben des ehem. Erbpächters der Insel Holm 113/5 38–41v
- Handel 139/6 114, 115
- Kriegskontribution 6/1 15v
- Regulierung der Ansprüche der Donatarien 4. und 5. Klasse 316/11 137–140v
- Zollgesetze 330/12 80–80v
- Französisch-Hanseatisches Departement**
- gutsherrliche-bäuerliche Verhältnisse 51/3 187–187v, 188v–189
- Fräuleinstifte**
- Pommern 268/9 236–238
- Freckenhorst**
- Erbpräbende, Familie von Galen 264/Fundort 121v
- Fuhrleute**
- Berlin, Abgabe an die Postkasse, Beeinträchtigung ihres Gewerbes 229/8 336–337
- Kompetenzen 387/15 110; 424/17 107–110
- - Forderungen von Pächtern auf ehemaligen Dotationsgütern 118/5 89–91v, 128/5 297–297v
- Requisition, Kosten 307/11 64
- Schiedsmänner (Schiedsrichter)
- - Ost- und Westpreußen 255/9 117–117v; 354/13 160–163; 434/17 194–195v
- - Schlesien 394/15 151–152
- Strafgewalt 423/17 101–102v
- Fabrikgerichte; Land- und Stadtgerichte
- Gehaltssachen** 50/3 181–183v, 64/3 333–332v, 335v–336; 73/4 17–18, 92/4 198; 200/8 9–10v; 257/9 161–162
- Geheimes Kabinett des Königs** (Zivilkabinett) 252/9 77e
- Ausgaben (1821, 1823–24) 85/4 136v, 88/4 170v; 150/6 215, 218–218v, 219v; 192/7 419

Geistliche

- Entlassung 140/6 121v; 352/13 133
- - Burschenschaft-Teilnahme 171/7 236–237v
- Naturalverabreichung, Geldentschädigung 64/3 337–339
- Pensionen 83/4 112–115v
- Steuerbefreiung 165/7 151–155, 168/7 190–191v
- - Dienstgesinde, Klassensteuer 95/4 221v–222v
- Verbesserung deren Lage 168/7 190–191v, 183/7 338–339v
- Witwenkasse 38/3 69–70v

Geistliche Behörden- und Güter

- Schlesien, Klagen gegen den Fiskus wegen Bezahlung der Schulden 118/5 96–98v

Gemeinden

- Verantwortlichkeit 231/8 352

Gemeindeverfassung

→ Städteordnung

Gemeinheitsteilungen 208/8 120–122v

- Gerichtskosten bei den Hypothekenbehörden 321/11 203–204
- Provokationsbefugnis, Niederlausitz 411/16 107–107v

Gemeinnütziges Wochenblatt (Tilsiter Wochenblatt) 9/1 28–28v

Gemen (Herrschaft) 206/8 92–92v

Gendarmerie 36/3 45–45v, 38/3 67, 42/3 105–105v, 106v, 107, 46/3 138–138v

- Besoldung 84/4 121v; 292/10 148v–149
- Grenz- 45/3 129–130; 157/7 51, 52
- - Etat (1821) 85/4 130v–131
- Invaliditätsgehälter 84/4 121–121v
- Pension 84/4 121–122; 244/9 11v–12v; 292/10 147–149
- Rheinische 84/4 121
- - Hilfsgendarmerie 404/16 70
- Sächsische 84/4 121v
- Wartegelder 84/4 121–121v; 292/10 147–148v

General-Direktorium 63/3 316v–317v, 318v; 95/4 215v

- Archiv 36/3 46v–47; 192/7 419v;
- Ausgaben (1823) 150/6 219–219v

General-Gouvernement Berg 60/3 276–277, 278v–279, 280

General-Gouvernement vom Mittel- und Niederrhein 26/2 108v, 109v, 110v, 27/2 122v–123, 125v–126

- Jagd- und Fischerei-Gerechtigkeiten 103/4 280–281

Generalkommission zur Verwaltung sämtlicher Depositen in den Rheinprovinzen

38/3 68–68v

Generalkommissionen zur Regulierung der gutsherrl. u. bäuerl. Verhältnisse

- Besoldung 108/4 333–338
- Brandenburg 208/8 122; 429/17 152–154v
- Breslau 71/3 394
- Magdeburg 51/3 187, 189, 71/3 394
- Münster 51/3 187, 189, 71/3 394
- Soldin 418/17 68, 429/17 154v
- Westfalen, Kompetenzverhältnisse 424/17 107–110

General-Kontrolle für die Finanzen 24/2 90–91, 92–94, 30/2 149–169v; 31/3 8v–9v, 34/3 25v, 38/3 67, 70v, 171, 50/3 181–183v, 55/3 218–220v 221, 56/3 224–225, 226, 228–231v, 57/3 239–240, 60/3 285–286, 61/3 299, 62/3 306–306v, 309v, 64/3 324, 325, 334v, 338v, 341, 65/3 348–348v, 68/3 364–365, 366v–368v, 71/3 389–389v; 75/4 43, 82/4 102v, 90/4 174–174v, 92/4 196–196v, 96/4 226v, 101/4 270v–271, 104/4 290v–292, 108/4 333v, 337v; 123/5 173–174, 175v, 126/5 276v–277 278, 127/5 288–291; 129/6 1v–2, 4v, 150/6 216; 165/7 141v, 142v, 166/7 160–163v, 167/7 167v, 168/7 181v, 183–183v, 193, 175/7 276–277, 176/7 278, 183/7 338, 187/7 384, 386, 188/7 389, 189/7 396v, 399, 400, 191/7 406v–407, 410v, 192/7 420, 196/7 440–441v; 205/8 66, 207/8 101, 210/8 144, 212/8 170–170v, 232/8 361; 242/9 1s, 246/9 19v, 20v, 248/9 59; 251b/Fundort 101, 102; 252/9 77a, 77b 77c; 252a/Fundort 105; 260/9 173–174; 278/10 75, 279/10 87v; 298/11 3v; 331/12 90; 353/13 145–145v

- Anfertigung der Regierungshaushalte 132/6 47–54v
- Ausgaben (1821, 1823–24) 85/4 136v–137, 138v, 88/4 170v; 150/6 219–220; 192/7 419v
- Befugnisse 73/4 11–18v; 145/6 166–168
- Differenz mit dem KuMinm. über Pensionsansprüche 83/4 112–116
- Etatsform 74/4 23–24v
- Etats der Oberpräsidenten 80/4 84v–86v
- Neujahrsgeschenke an Dienerschaft 280/10 92–93v
- Pensionen 49/3 171–171v, 59/3 258–263
- - Beamtenwitwen 130/6 23–28v
- - Bewilligungen 315/11 122v
- - Mitglieder aufgelöster Stifte 298/11 3–3v
- Regierungshauptkassen, Buchhaltung 138/6 95–104v
- Remunerationen 240a/Fundort 35v
- Staatshaushalt (1818 u. 1823) 50/3 183v–185v; 150/6 215v–216, 224
- Staatsministerium 33/3 23v–24, 61/3 299–299v
- Verwaltungen, Übersicht aller Fonds 180/7 309–313

General-Lotterie-Direktion

- Beamte, Belohnung 178/7 294
- Einnahmen (1821, 1823–25) 85/4 129–129v, 136; 146/6 181–181v; 189/7 397, 192/7 415; 241/8 489v

General-Ordens-Kommission

- Ausgaben (1821, 1823–24) 85/4 136v–137, 88/4 170v; 150/6 215–215v, 219v; 192/7 419

General-Postamt 10/1 31; 60/3 288–295; 172/7 243

- Beamte 171/7 234–234v, 178/7 294v
- - Nebeneinkünfte 175/7 274–274v
- Befreiung der Beamten und Postillionen vom Landwehrdienst 408/16 88–90
- Chausseegeld 207/8 104–107
- - Aversa 237/8 443–444; 254/9 89–89v
- Etat (1821, 1823–24) 85/4 128v–129; 146/6 180v–181, 147/6 183–184; 152/7 11v–12v, 189/7 396v, 398v–399v, 192/7 414–414v
- Express 105/4 295–297v
- Fuhrleute, Meilengebühr 368/14 88–91
- Pakete, Postzwang 330/12 82–83
- Porto 128/5 294–295v; 175/7 274–274v; 368/14 88, 91–93
- Portofreiheit 424/17 121–124, 425/17 126–127
- zusätzliche Mittel 147/6 183–184

General-Salz-Direktion

- Beamte, Belohnung *178/7* 294
- Einnahmen (1821, 1823–25) *85/4* 128–128v, 135v–136; *146/6* 179v, 181v; *189/7* 396–397; *241/8* 489v

Generalstaatskasse

- (1820–22) *176/7* 278–281v
- Buchhaltung, Regulierung (1822) *138/6* 95–104v
- Etat (1820) *90/4* 174–176v
- Staatshaushalt

Gerichte

- Dorfgerichte, Preußen (Prov.), Dienstinstruktion (1824) *213/8* 182v–183
- Einregistrierung, Gesetz für die Rheinprovinz (23.4.1824), Entwurf *183/7* 348–359
- Exekution *275/10* 38–38v; *321/11* 196
- Gebühren
- - Tantiemen der Angestellten, Prozeßstempel *260/9* 173–174
- Gerichtsherren
- - Befugnisse *340/13* 5–5v
- - Beweisaufnahme *424/17* 117–117v
- Inquisitoriate *102/4* 277v

Gerichtsbarkeit

- Kriminalgerichtsbarkeit

Gerichtsbehörden

- Kompetenzkonflikte mit Verwaltungsbehörden *297/10* 165–166v; *304/11* 32, *321/11* 205–206v
- - Kommission zur Entscheidung *321/11* 205, 206–206v; *329/12* 58
- Kompetenzkonflikte; Verwaltungsbehörden

Gerste

- Getreidesperre

Gesetzgebung

- Einführung in Enklaven *394/15* 154–155
- Gesetze, Bekanntmachung *211/8* 161–162v
- Treffurt, Dorla *404/16* 74–74v

Gesetzsammlung für die königlichen Preußischen Staaten *135/6* 77–77v

- Einnahmen (1821, 1823–24) *85/4* 130, 136, *88/4* 170; *147/6* 188v; *192/7* 414v–415v
- Publikation von Gesetzen *211/8* 161–162v
- Superintendenten *122/5* 140–141

Gesinde

- Aufgebot *11/1* 35
- Eheschließung, Alter bei Dienstboten und Tagelöhnern *359/14* 12–12
- Erbschaftsstempelgebühren *138/6* 108–108v
- Gesindeordnung (1810), Änderung wegen des zu frühen Mietens *359/14* 14–14v

Getränkesteuer *180/7* 318–318v, 319v

- Erlaß *180/7* 315–316v, 318–319v
- Bier- und Branntweinsteuer

Getränkezwang *5/1* 13v; *354/13* 154–155v

- Müller, Entschädigung *129/6* 10–14v
- Pleishammer (Eisenhütte) *375/15* 24–25v

Getreide

- Einfuhrverbot *184/7* 361–361v
- Ernte (1823) Überschuß *203/8* 46–49v
- Handel, Bundesstaaten *11/1* 34v

- Mehl, Export, Prüfung durch das Handelsministerium 209/8 136
- Steuerfreiheit bei der Ausführung 192/7 413–413v
- Teuerung und Lieferung (1817) 8/1 25v–27v, 9/1 28v–30v, 10/1 32v–33v, 11/1 35v–37v, 12/1 44

- Zoll (1828–30) 365/14 65–66

Getreidesperre

- Frankreich 8/1 27–27v
- Hessen (Ghzgtm.) 7/1 21v, 8/1 27–27v
- Österreich 3/1 7, 7/1 21, 10/1 33

Gevelsberg (ehemaliges Stift) 248/9 42–43v

Gewerbe 5/1 12v

- Gewerbefreiheit 33/3 23–23v
- - Elbschiffahrt, Monopol 75/4 26–40
- - Neuvorpommern 208/8 112–113
- - Schankgerechtigkeit 27/2 132v–132c
- - Schlesien 322/11 208
- Gewerbepolizei-Edikt (1811), Gültigkeit im Erfurter Gebiet 90/4 179–182; 159/7 80–80v
- Glasfabrikation 31/3 5v–6v
- Sachsen 33/3 23–23v

→ Hausierer

Gewerbepolizei-Gesetz

- Entwurf (1826) ständische Begutachtung 322/11 208–208v
- geplante Revision (1825) Kommission 292/10 154–154v

Gewerbesteuer 33/3 23v, 35/3 31, 37; 416/17 36–36v

- Befreiung des Bergbaues, sowie des Hütten- und Hammerbetriebes 144/6 149–149v
- Bier- und Branntweinschenker 194/7 432v–433, 434v
- Domänenämter, Schankwirte 210/8 146–151
- Einnahmen (1823, 1825/26) 147/6 186v; 306/11 58–59
- Entrichtung 306/11 59–59v
- Erhöhung der Sätze (1826) 306/11 57–59
- Koblenz/Eberfeld, Köln/Deutz, Verbände 347/13 63–63v
- Pommern 264/Fundort 178–179v; 264/9 216–217
- Preußen (Prov.) 264/9 213–213v
- Schankgewerbe 375/15 30–33v
- Schlesien 322/11 212–212v
- - Dominien 218/8 224v–225v; 270/9 258–260v; 399/16 25–26
- Westfalen, Krämer 435/17 210–210v

Gilden

→ Zünfte

Gladbach (Kreis) 139/6 109v

Glatz (Grafschaft)

- Gewerbepolizeiliche Verhältnisse, Leinen (2.6.1827), Entwurf 315/11 131–131v
- Steuerwesen 319/11 183v–184

→ Schlesien

Glewitz (Kreis) 418/17 54–54v

Glogau (Oberlandesgericht) 247/9 28

- Dienstwohnung für den Präsidenten 130/6 30–33v
- Domänenamt Liegnitz, Einkaufsgelder 372/14 137–138
- Gebäude, Reparaturfonds 353/13 145–146v
- Gewerbeabgaben an Gutsbesitzer 270/9 260

- Schlabrendorf, Erbstreit der Geschwister *418/17* 61–61v
- Schutzgeld *418/17* 54
- Gnadengehalt** *411/16* 109–112v
- Graudenz** (Armenhaus) *319/11* 181v
- Greifenhagen** (Kreis)
 - Landtagswahl (1824) *205/8* 74–74v
- Greifenstein** (Amt) *277/10* 56
- Greifswald** (Oberappellationsgericht) *233/8* 364; *349/13* 75
- Greifswald** (Stadt)
 - geplantes OLG *430/17* 169–170
 - Schiffahrtsschule *209/8* 135, 136
- Grenzbezirke**
 - Erweiterung *241/8* 481–481v
- Grevenbroich** (Kreis) *139/6* 109v
- Gronau** (Herrschaft) *198/7* 461v–466v
 - Grundsteuer *257/9* 159–159v
- Grossburschla** (Dorf)
 - Zollgesetz (1818), Surrogatsteuer *316/11* 142–142v
- Grottkau** (Stadt)
 - Wegemaut *325/12* 9–9v
- Grünberg** (Stadt)
 - Schankgewerbe und Gewerbesteuer *375/15* 30
- Grundsteuer** *35/3* 31v, 33; *180/7* 318–318v, 319v
 - Altmark, Herabsetzung *353/13* 141
 - Baukosten, geistliche und Schulbauten *64/3* 341–342
 - Berg (ehem. Hzgtm.) *5/1* 14
 - Preußen (Prov.) *265/9* 219–219v
 - Sachsen, Erlaß für die ehemaligen westphälischen Landesteile *336/12* 146–147
 - Schlesien, Dominien, aufgehobene Gewerbesteuer *399/16* 25–26
 - Verwaltung *259/9* 148–148v, 149v
 - Westfalen, Kataster *433/17* 191v–192
 - - Hzgtm. Westfalen *248/9* 55–55v
 - - Zulagszentimen *433/17* 191–191v
- Guben** (Stadt) *284/10* 122
- Gumbinnen** (Regierung) *25/2* 97; *122/5* 140; *132/6* 48, 52v; *169/7* 217v, *180/7* 315, *187/7* 381v; *203/8* 46
- Gumbinnen** (Regierungsbezirk) *22/2* 74v–75; *122/5* 140–141; *240/8* 473, 474
 - Kanalbau *152/7* 4, *158/7* 57v
 - Unterstützung, staatliche *161/7* 98v; *168/Fundort* 151v
 - Wege- und Brückenbaufonds *152/7* 5v
- Gutsbesitzer** (Grundbesitzer)
 - Abgaben *416/17* 36–36v
 - Ein- und Ausfuhrzölle (1820) *70/3* 381–385
 - Patrimonialgerichtsbarkeit *275/10* 38–38v
 - Schlesien, Gewerbeabgaben *270/9* 258–260v
 - Schutzgeld, v. a. Schlesien *418/17* 52–55v
 - Straßenbau *262/9* 204; *373/15* 5–7
- Gutsherrliche-bäuerliche Regulierungen** *321/11* 203–204
 - Berg *51/3* 187–187v, 189; *368/14* 97–97v
 - - Fideikommission, Regulierungskosten *418/17* 68–69

- Danzig, Regulierung im Landgebiet (8.4.1823), Entwurf *111/5* 10v–15v
- frz.-hanseat. Departement *51/3* 187–187v, 188v–189
- Gemeinheitsteilungen, Gerichtskosten bei den Hypothekenbehörden *321/11* 203–204
- Neuvorpommern, „Bauernlegen“ *23/2* 80–81
- Niederlausitz, Amt Senftenberg *55/3* 208–208
- Pommern *6/1* 16
- Posen, Kulm-Michelausche Kreise (8.4.1823), Entwurf *111/5* 10–15v
- Preußen (Prov.) *6/1* 15v 6
- - Scharwerkbefreiung *264/9* 209v
- Prozeß der Bauern zu Wugarten gegen Gf. von Blankensee, Revision *220/8* 264–265
- Rönnebeek *221/8* 277–278v
- Sachsen, Oberlausitz *55/3* 208–208
- - Drüsedau, Dienstablösung *305a/Fundort; 412a/Fundort*
- Schlesien
- - Dreschgärtnerstellen *227/8* 330–332
- - Gärtnerstellen *324/11* 235–237v
- - Gesinde-Zwangdienst *21/2* 65–67vz
- - Oberlausitz *55/3* 208–208
- Staatsrat, Beratung *367/14* 82–82v
- Taxprinzipien *418/17* 69–69v
- Westfalen (Hzgtm.) *51/3* 187–187v, 189
- Westphalen (Kgr.) *51/3* 187–189
- - Kompetenzstreitigkeiten zwischen Gerichten und Generalkommissionen *424/17* 107–110
- Westpreußen *227/8* 331–331v
- Generalkommissionen

Gymnasien

- Preußen (Prov.), Reform *435/17* 212a

Hafenbau *30/2* 153, 154v–155; *59/3* 247–256

Hagen (-Motten)

- Vermögensrückgabe-Ansprüche *360/14* 32–33v; *375/15* 27–28

Halberstadt (ehem. Domstift) *234/8* 394

- Erbpräbende

- - Familie von dem Bussche-Ippenburg *264/Fundort* 118–118v
- - Familie Spiegel zum Desenberg *264/Fundort* 119

Halberstadt (Oberlandesgericht) *124/5* 203v–206; *404/16* 74–74v

Halberstadt (Stadt) *309/11* 81

Halle (Oberbergamt) *57/3* 237v

Halle (Stadt)

- Botanischer Garten *209/8* 138
- Irrenanstalt, Gelder (1821) *85/4* 137v, 139v
- Kommunalabgaben *67/3* 358

Halle (Waisenhaus Buchhandlung) *62/3* 308v–309

Hamm (Oberlandesgericht) *32/3* 15–15v; *314/11* 118; *422/17* 95

Hamm (Stadt) *32/3* 15–15v

Handel/Handelspolitik *70/3* 381–385

- Ausfuhrprämien *363/14* 52–52v
- Beförderungsmittel *139/6* 115v–116v
- Brandenburg *361/14* 37–38
- Bundesstaaten *11/1* 34v

- Elbe 217/8 220–222v
- Juden 221/8 284–285
- Mittelmeerraum, Friedensvertrag mit den Barbaresken 282/10 107–108; 335/12 130–134
- Niederlausitz 221/8 285–285v
- Oder 217/8 220–222v
- Preußen (Prov.) 361/14 40–43
- Zollabgaben 139/6 112–117v
- Zoll
- Handelsgerichte** 437/17 232v
- Elberfeld 214/8 191
- Naumburg 267/9 231
- Handelskammer**
- Westfalen 357/14 5v
- Handelsverträge**
- mit Österreich (22.3.1817) 134/Fundort
- mit Rußland, Auflösung des Vertrags v. (19.12.1818) 134/Fundort
- Handlungshaus Hope** (Amsterdam) 6/1 15v
- Handwerker**
- Bauhandwerker, Instruktionen zur Prüfung (18.6.1821), Zünfte 49/3 171v–173v, 64/3 326–328v
- Gewerbesteuer 180/7 315–316v
- im staatlichen Dienst, Anspruch deren Witwen auf Pensionen 83/4 112v–113, 115v–116
- Westphalen (Königreich)
- Hannover** (Königreich) 64/3 340–340v
- Handel 139/6 114
- Schleichhandel 157/7 52–52v
- Hartum** (Kirchspiel) 266/9 223
- Haupt- und Landgestüte** 36/3 46, 46v
- Ausgaben (1821, 1823–24) 85/4 142; 152/7 15v–16, 192/7 422–422
- Bauholz aus Staatsforsten 274/10 32v
- Beamte, Belohnung 178/7 294v
- Hauptbank** (königliche) 420/17 85–86
- Reklamationsachen 211/8 163
- Hauptfinanz-Etat**
- Staatshaushalt
- Hauptschatzkasse** 90/4 175v
- Ausgaben (1824) 192/7 419
- außergewöhnliche Einnahmen (1824) 189/7 400
- Einnahmen (1821) 88/4 170
- Zahlungen (1823) 156/7 48–49
- Hauptverwaltung der Staatsschulden** 63/3 320, 64/3 324–325, 333v, 70/3 380, 381, 71/3 390v, 395; 75/4 43, 45v, 99/4 253, 106/4 314v; 111/5 4, 6, 118/ 97–98v; 140/6 124v; 160/7 82v, 84, 85v, 87–87v, 163/7 132v–133, 169/7 198v–199, 181/7 326–326v; 252/9 77e; 252a/Fundort 109; 273/10 14, 278/10 70–70v; 306/11 54–55; 327/12 30v, 337/12 154–154v; 352/13 127; 422/17 95–96, 428/17 143–148v
- Ausgaben (1821, 1823–24) 85/4 141v; 152/7 13v–14, 192/7 419v–420
- Befugnisse 80/4 90–90v
- Bergsche Zwangsanleihe (1814) 327/12 30
- Danzig, Obligationen 366/14 81–81v
- Etatsanschlag (1823/32) 146/6 175v–176, 151/6 227–251
- Höxter, Schulden 153/7 31v

- Kölner Schulfonds 355/13 173–175v
- Kriegsschulden Königsberg 268/9 240
- Staatspapier, Aufgebot 366/14 74–79
- Wied (Fstm.) mit Nassau, Schulden 336/12 138–139v
- Haus- und Mietssteuer**
- Mietssteuer
- Hausierer** 35/3 37–37v
- Regulativ (28.4.1824), Entwurf 119/5 104–109v; 135/6 79–79v
- - Modifikationen (11.6.1826) 306/11 59v–62
- Havel** (Fluß)
- Regulierung 152/7 7, 193/7 427, 429; 278/10 77–78
- Schiffbarkeit 315/11 125–126v
- Havelberg**
- ehemaliges Domstift 24/2 87–87v
- - Erbpräbende, Familie von Möllendorf 264/Fundort 123
- Stadtgericht, Etat (1821–23) 199/7 487–487v
- Heiligenstadt** (Regierung)
- Regierungskommissar 139/6 110
- Heimfallsrecht**
- Berg, Ablösung 368/14 97–97v
- Hela** (Halbinsel) 30/2 154v
- Helfenstein** (Herrschaft) 310/11 91
- Henneberg** (Grafschaft) 141/6 133
- Hering**
- Handel 257/9 133–138v
- Salzbonifikation für die Salzereien 257/9 133–138v
- Unterstützung, staatliche 209/8 135–135v
- Zoll (1828–30) 365/14 66–66v
- Hermann, Zeitschrift für Deutschland** 3/1 7v
- Herrnhuter**
- Schenkungen 266/9 227–228v
- Hessen** (Kurfürstentum Hessen-Kassel) 8/1 24v; 104/4 286–287, 289–290; 116/5 61–62; 399/16 21v
- Handel 139/6 114
- Pensionen 298/11 3, 4v
- Hessen-Darmstadt** (Großherzogtum) 8/1 27–27v; 49/3 174v; 112/5 27; 248/9 55; 418/17 65–65v, 438/17 243–244
- Ausfuhrverbot, Gerste 7/1 21v
- Zollfragen 219/8 245–245v
- Hessen-Rotenburg** (Landgrafschaft) 394/15 154v
- Hille** (Kirchspiel) 266/9 223
- Hofjagdamt** 78/4 68–71, 106/4 305–316v; 144/6 153–155ov
- Hofmarschallamt**
- außerordentliche Ausgaben (1820) 128/5 299
- Hohenlimburg** (Grafschaft) 44/3 115; 163/7 125v–126v, 198/7 466v–468; 310/11 91; 351/13 114–122, 355/13 183; 362/14 45–46; 383/15 92; 422/17 98–98v
- Gerechtsame gegenüber der preußischen Krone 124/5 183v–187v
- Zahlungen für die Gfscht. Mark 124/5 184
- Hohenstein** (Gymnasium) 319/11 181v; 435/17 212a–212av
- Holland** 9/1 28v, 11/1 38

Holm (Insel)

- Ansprüche und Rechte der Erben des ehemaligen Erbpächters Simpson 113/5 37v–43v

Holz

- Diebstahl 4/1 8; 41/3 99v–100v; 317/11 169
- - Gesetz (7.6.1821), Ergänzung 284/10 126, 292/10 150; 308/11 73
- - Militär 394/15 157, 159v–161; 412/17 5v–6v
- Holzungsrecht bei Gemeinheitsteilungen 208/8 120–122v
- Bauholz

Hordenschlag 340/13 7–7v; 366/14 72–72v

Horstmar (Grafschaft) 44/3 115

Höxter (Stadt)

- Entschädigung für verlorene indirekte Abgaben 153/7 30–31v

Hundeshagensche Zeichnungen

- Sammlung Dorow, Bonn 215/8 202v

Hypotheken

- Agnationsrechte 183/7 346–346v
- Brandenburg 429/17 154v
- Eintragungen, löschen 221/8 277–278v; 354/13 154–155v; 375/15 24–25v; 402/16 46–47v
- Rechte 31/3 4–5v
- Revision 210/8 154–159v, 221/8 278; 248/9 119–119v, 255/9 49v, 117v,
- Sachsen 15/2 11v–14v
- Westfalen 99/4 242v–244, 210/8 152–154; 349/13 85–86v; 408/16 85–86
- Subhastation

Immediat-Justizkommission 36/3 44

Immediat-Kommission zur Untersuchung des Staatshaushalts (1823–24) 98/4 237v–238

- Haushalt (1825) 241/8 485–496; 242/9 1–1s, 245/9 15a–15ev, 246/9 22, 252/9 77a–77e
- Sparvorschläge für die Verwaltungsbehörden 111/5 3–8

Immediat-Kommission für die abgesonderte Restverwaltung (ca. 1824/25) 232/8 366–367; 273/10 14

Immediat-Kommission für die ständischen Angelegenheiten

- Rittergutsqualität der veräußerten Domänen 328/12 34, 44v, 49

Immediat-Kommission zur Regulierung des Staatshaushalts (1823) 71/3 393v

Immobilien (unbewegliche Güter)

- keine staatliche Bestätigung beim Verkauf (23.4.1821), Entwurf 46/3 138v–140v

Indult (Aufhebung)

- Neuvorpommern 59/3 265–267v; 102/4 275–277
- Ostpreußen 127/5 283–284v
- Posen, Kulm-Michelau, Thorn 46/3 140–144v; 76/4 60–62

Industrie 319/11 181v

Innungen

- Zünfte

Inowraclaw (Hohensalza) (Kreis) 76/4 60v

Insterburg (Oberlandesgericht) 127/5 283v–285; 150/6 221v; 277/10 62

Invaliden 27/2 134v–134b

- Gnadengehalt, Verlust (17.3.1829) 411/16 109–112v
- Holzdiebstahl 412/17 5v–6v
- Revision des Versorgungswesens 60/3 283–283v
- Urlaubs-Traktament 246/9 22–23v

- Versorgung im Zivildienst 262/9 182–183v
- Wartegeld oder Gnadengehalt 237/8 427–428; 262/9 184–186v

Irrenheilanstalten

- Brandenburg, Sorau 392/15 140–140v
- Posen 439/17 248–248v
- Rheinprov., Siegburg 173/7 260–267; 220/8 252–253v; 357/14 3
- Schlesien, Leubus 163/7 120–121, 173/7 260–267; 220/8 252–253v; 439/17 248

Isenburg (Sammlung Altertümer) 215/8 200v–201, 202v

Italien

- Handel 139/6 114, 116
- Land- und Stadtgerichte, Organisation 212/8 170–171
- städtische Bediente, Pensionsanspruch 59/3 258–258v
- Stempel als Tantieme der Angestellten 260/9 173–174
- Untergerichte 8/1 23

Jagd

- Ablösung 199/7 472–475v
- Ablösung der Domänenjagden (29.3.1829), Entwurf 374/15 11
- Gerechtigkeiten, ehemals frz. Landesteile 311/11 97–100v; 355/13 181–182
- - Gesetzentwurf 103/4 280–282v; 112/5 24, 25v
- Verwaltung 78/4 68–71
- Hofjagdamt

Jerichow I, II (Kreise)

- Kriegsschulden (Hzgtm. Magdeburg) 27/2; 307/11 66

Johanniterorden

- Kommende Steinfurth, Schulden 222/8 292–294v
- Pensionsbeiträge 430/17 166–167

Juden

- Ausschließung vom Staatsdienst 154/7 38–45
- Berlin, Gerichtsbarkeit 307/11 69v
- Emanzipationsedikt (11.3.1812) 117/5 68–69v
- Handel 221/8 284–285
- Niederlassungsrecht 85/4 125–126v; 221/8 2–285
- Posen, Judenordnung (1.6.1833), Entwurf 117/5 64–87v

Jülich (Gemeinde) 82/4 107v, 108v

Jülich (Herzogtum) 48/3 167

Jülich, Kleve, Berg (Provinz)

→ Rheinprovinz(en)

Justizkommissarien (Anwälte)

- Gebühren 4/1 8–8v
- Patrimonialgerichte 374/15 19–19v

Justizminister

- Kompetenzen 233/8 364; 283/10 110–111v, 297/10 165–166v

Justizministerium

- Ausgaben (1823) 150/6 221v–223v
- Bauten, Fonds 183/7 343–345; 353/13 146–146v
- Einführung Danckelmans 261/9 181
- Etat (allg.) 132/6 51–51v

- Etat (1820–25) 30/2 160–160v; 36/3 44–44v; 37/3 62v, 39/3 76–77, 71/3 392–392v; 85/4 137–137v, 88/4 171; 150/6 221–223v; 189/7 400v, 191/7 407v–409v, 193/7 429–429v, 199/7 486–486v; 252/9 77a–77bv
- General-Justiz-Salarien-Kasse, Einkünfte, Abgabe an das SchMinm. 101/4 269–271
- Pensionsfond 348/13 72–72v
- Prozeßleitung bei Prozessen mit Ansprüchen am Fiskus 161/7 103–111
- Tantieme der Sportelkassenrendanten 330/12 73–73v
- Justiz-Offizianten-Witwenkasse**
- Gesetzbücher, Verlagsrecht 351/13 108–108v, 111–112
- Justizverwaltungskosten** 36/3 44–44v
- Vollstreckungskosten bei Deserteure 21/2 60–61v
- Justizwesen**
- Aufgebot 396/15 172–177v
- Kontumazialerkenntnisse 5/1 13v

- Kalender** 40/3 91–93
- Stempel 225/8 315–315v
- Kalender (Königl.) Deputation**
- Einnahmen (1821, 1824–25) 85/4 130, 88/4 170; 189/7 398v; 241/8 491
- Kammergericht** 137/6 92
- Kanäle**
- Bromberger Kanal 152/7 2, 4–4v, 158/7 58–58v
- Einnahmen von Gefällen (1825) 241/8 490v
- Finow Kanal 152/7 2, 10, 158/7 59–59v, 193/7 427v; 315/11 125
- Klodnitz 30/2 153v; 71/3 393v; 152/7 6v–7, 9; 214/8 195–195a
- bei Malz (Krs. Niederbarnim) 193/7 427–427v, 429
- Ost- und Westpreußen 158/7 57v
- Plauer Kanal 152/7 2
- Posen 158/7 58–58v
- Westpreußen 152/7 2
- Kanzelbekanntmachungen** 47/3 152–152v, 52/3 196
- Karlsbader Beschlüsse** 18/2 41b–41dv
- Kassen**
- Kassenwesen, Regulativ (17.3.1828), Entwurf 370/14 100–105
- Unterschlagungen 175/7 276–277
- Kassenanweisungen** 238/8 450; 361/14 35–35v
- Verfälschung 422/17 95–96v
- Kassenbeutel**
- Strafe für Verfälschung (9.12.1826) 275/10 40–40v
- Kassenrendanten**
- Sportelkassenrendanten, Tantieme 330/12 73–73ve
- Kataster**
- Standesherrn 383/15 92–92v
- Westfalen 434/17 204–205
- Katzenelnbogen** (Niedergrafschaft)
- Revenüe an den Landgraf von Hessen-Rothenburg 254/9 84–84v
- Kempen** (Kreis) 139/6 109v
- Kempen** (Stadt) 397/15 203, 204
- Kinder**
- uneheliche, Legitimationen in der Rheinprovinz (6.11.1827) 307/11 71–71v, 313/11 111

Kirche (allgemein)

- Konfessionswechsel einer Gemeinde 269/9 244–246
- Prozeßkosten der Kirchen 221/8 280–282v, 232/8 359–359v
- Geistliche; Patronat

Kirche (evangelische)

- Kirchenbau, Magdeburg-Neustadt 145/3 130–131
- Konsistorien, Besoldung der Mitglieder 62/3 306v–308v
- Schleusingen, Suhl 429/17 150–150v
- Superintendenten, Gesetzsammlung 122/5 140–141

Kirche (katholische)

- Bistümer, Dotierung (1823) 148/6 194–195
- Bulle: De salute animarium 201/8 17–23
- Dotation des Kirchensystems aus säkularisierten geistlichen Korporationen 64/3 331–336
- Kanzleigeühren 220/8 255–256
- Meßfundations-Kapitalien 181/7 326–327v
- Säkularisierte Güter
- - St. Elisabeth Hospital im Matthias-Stift Breslau, Klage gegen den Fiskus 113/5 32v–37
- - staatliche Übernahme baulicher Verpflichtungen bei ehem. Stiftskirchen 248/9 42–43v

Klassensteuer 35/3 31, 33, 35v–37; 90/4 176

- Einnahmen (1823) 147/6 186–186v
- keine Befreiung für Dienstgesinde bei Pfarrern und Schullehrern 95/4 221v–222v
- Pommern 264/Fundort 178–179v
- Preußen (Prov.) 264/9 211–212
- Revision 87/4 158–158v, 95/4 217v–221v
- Schlesien 329/12 67–68

Kleve (Regierung) 8/1 23v, 9/1 30, 11/1 37v, 38v; 22/2 75v, 76, 77v; 68/3 366v

- Auflösung 48/3 163v
- Bekämpfung des Schleichhandels, Vorschläge 83/4 119v

Kleve (Regierungsbezirk) 30/2 153v; 78/4 71v–72, 88/4 164; 123/5 152v, 173**Kleve** (Stadt) 32/3 15–15v

- Aushilfe (1824) 214/8 189–189v
- Gymnasium 214/8 189–189v

Klöster

- Beibehaltung für Bettelmönche 201/8 14–15v

Kniphausen (Herrschaft) 310/11 91**Koblenz** (Generalkommando) 48/3 166v**Koblenz** (Oberpräsidium) 48/3 166v; 311/11 97**Koblenz** (Regierung) 8/1 25v, 11/1 38–38; 48/3 166v, 50/3 186, 68/3 366v; 82/4 103, 92/4 198, 99/4 246v, 248–248v, 110/4 354v, 356, 357; 132/6 47, 48, 52, 133/6 63; 212/8 168–168v; 248/9 45–46; 278/10 75

- Bauten, Vorschuß lt. Konferenz von Engers 281/10 104
- Differenzen mit dem Fürst zu Wied-Runkel 169/7 210–213v

Koblenz (Regierungsbezirk) 22/2 74v; 76/4 57v, 99/4 246v–247, 103/4 280v; 123/5 173; 135/6 83; 205/8 67

- Kunststraßen 152/7 3v
- Staatswaldungen 294/10 159–160

Koblenz (Stadt) 82/4 108v, 105/4 298; 133/6 57, 63v–64; 236/8 415, 416v, 237/8 446–448; 347/13 63–63v

- Bauten, Vorschuß lt. Konferenz von Engers 281/10 104v
- Wohnung des kommandierenden Generals 248/9 47

Koch'sche Familienstiftung (Köln) 264/Fundort 123

Köln (Erzbistum)

- Dotation (1824) 201/8 17–23

Köln (Landgericht) 204/8 56–56v

Köln (Regierung) 1/1 1v, 8/1 26–27v, 9/1 28v, 11/1 38v; 48/3 165v–167, 60/3 276, 68/3 366v, 279, 71/3 395v; 72/4 3; 132/6 47, 48, 52; 273/10 17, 21v, 281/10 104

- Auflösung 48/3 165v–167; 139/6 109–110

- Beamte, Vertretungsverbindlichkeit 213/8 173–174

- Bürokostenfonds 55/3 221v

- Juden, Niederlassungsrecht 85/4 125v–126v

- „Pappenheim-Entschädigung“ 99/4 246v, 247–248v, 251–251v, 110/4 354–357, 359v

- Tadel 197/7 450

- Untersuchung demagogischer Umtriebe, Kosten 162/7 117v

- Wege- und Brückenbaufonds 152/7 5v

Köln (Regierungsbezirk) 22/2 74v; 76/4 57v, 99/4 246v; 123/5 173

- Staatswaldungen 294/10 159–160

Köln (Stadt) 237/8 446–448; 347/13 63–63v

- Bauten, Vorschuß lt. Konferenz von Engers 281/10 104v

- Dom 196/7 442–442v

- Hebammen-Lehrinstitut 145/6 159–160

- Schulfonds, Gelder der Kommission zur Verwaltung des Vermögens der vormaligen Jesuiten-Kongregation 355/13 173–175v

Kolonisation 23/2 83v

- Fabrikarbeiter 7/1 19v

- Kolonisten 8/1 23v–24v, 10/1 32v

Kolowrat (Familie)

- Breslau, Malteser Kommende ad Corpus Christi 317/11 155v; 438/17 239–241v

Kommunalkassen

- Einrichtung und Erhaltung der Eichungskommissionen und Ämter 112/5 16–20v

Kommunallasten 67/3 358

- Beamte 94/4 205–207

- - Herzogtum Westfalen 37/8 434–437

- Militärbeamte, Befreiung 129/6 7–7v

- Militär-Magazingut 79/4 78–79

- Prélèvements in Aachen, Überlassung der Rückstände 122/5 137v–139v

- Standesherrschaften, Kosten zur Gestellung der Pferde der Kavallerie 263/9 206–206v

Kommunalverband

- Standesherrn, Besitzungen 382/15 72–73; 422/17 98–99

- Standesherrn, Katasterkosten 383/15 92–92v

Kommunalverhältnisse

- Sachsen 337/12 152–152v

Kommunikationsabgaben

- Einnahmen (1823–24) 147/6 187–187v; 189/7 398–398v, 192/7 415–415v

- Posen 53/3 197

- Wasserweggefälle, Einnahmen (1821) 85/4 132, 135v

Kompetenz-Gelder

- ost- und westpreußische sowie litauische Städte 129/6 1–5v

Kompetenzkonflikte

- zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden 297/10 165–166v; 304/11 32, 321/11 205–206v
- - Kommission zur Entscheidung 321/11 205, 206–206v; 329/12 58
- Gerichtsbehörden; Verwaltungsbehörde

König/Königliches Haus

- Adelsverlust, Aussprechung 389/15 121v–124
- Beamte
- - Remunerationen 240a/Fundort 32–36v
- - Überschreitung des Normalgehalts nur mit kgl. Genehmigung 114/5 48–48v
- - Wartegelder, Bewilligung 234/8 389v–390
- Bestätigung der Errichtung von Familienfideikommissen in der Rheinprovinz 292/10 152–152v
- Dienstentlassung wegen Sympathieadresse für Dr. Jahn, Zurücknahme 15/2 14v–15
- Domäne, Disposition hinsichtlich der Staatsschulden 169/7 197–197v
- Einschränkung durch eine Verfassung 22/2 76–76v
- Entscheidungen
- - Anspruch gering verdienender Geistlicher und Schullehrer unter Privatpatronat auf staatliche Beiträge zur Witwenkasse 38/3 69–70v
- - Befreiung des Militär-Magazinguts von der Kommunalsteuer 79/4 78–79
- - Beitragspflicht der Patrone und Gerichtsherren zu den Kirchen- und Schulbaukosten in den ehemals sächs. Gebieten 415/17 32
- - Entschädigung der Kommunen für Naturalquartier 95/4 213–214v
- - Mennoniten, Zerstückelung der Grundstücke 200/8 4–5v
- - Verrechnungsmodus der Einkaufsgelder bei Erbverpachtungen von Domänen auf den Schulden-Etat 372/14 137–138
- Immediateingaben, keine Vorschriften zur Beschränkung 372/14 133–133v
- Klassensteuer, Revision 87/4 158–158v
- Kompetenzstreitigkeiten zwischen Verwaltungs- und Justizbehörden 329/12 58
- Kriegsministerium, Bewilligung des Etat 30/2 160–166v; 36/3 45v–46, 37/3 62–62v
- Landschaften, Aufnahmeverfahren 409/16 97–98
- Prinz August Ferdinand, Rente 146/6 177v–178v
- Prinzessin Charlotte, Aussteuer 1817 in Friedrich d'or 6/1 15–15v
- Religion, Kirche 83/4 113v–114
- Souveränität des Königs schließt den Rechtsweg aus 416/17 39–40v
- Staatsministerium, Konflikt u. a. wegen der Karlsbader Beschlüsse 18/2 41b–41dv
- Strafanstalten, Festungen 47/3 152v
- Zolltarife 139/6 112–117v
- Hofjagdamt

Königsberg (Oberlandesgericht) 46/3 139v; 127/5 283v–285; 150/6 221v; 210/8 158; 277/10 62, 64

- Baufonds 353/13 146

Königsberg (Regierung) 25/2 97–97v; 57/3 245, 59/3 269, 62/3 306v; 132/6 48, 52v; 169/7 215–215v, 216v, 217–217v

- Erstattung vom Hafer am Staat 187/7 380v–381v
- Regreß, veruntreute Lieferungsscheine durch den Domänenbeamten Kreyszig 383/15 84–85
- Zinsfuß, Senkung 381/15 65

Königsberg (Regierungsbezirk) 21/2 68; 203/8 47–47v, 240/8 473

- Kanäle 152/7 4, 158/7 57v
- Unterstützung, staatliche 161/7 98v–99v; 168/Fundort 150–152v

- Königsberg** (Stadt) 30/2 155v–156v, 159
- Beschwerde der Kaufmannschaft über die Provinzial-Steuer-Direktoren 361/14 40–43
 - Brauwesen 59/3 269–269v
 - Schuldenwesen 29/2 146
 - - Kriegsschulden 268/9 240–240v
 - - Stadtbligationen 140/6 124–124v; 163/7 129–134
 - - Tilgungsplan (1825) 269/9 241–242
 - Taubstummen-Institut 336/12 146–147
- Königstein** (Grafschaft) 399/16 18
- Konkurs** 1/5 13
- Offiziere 269/9 252–253v
 - Präklusionserkenntnis beim Prozeß (VO v. 16.5.1825) 255/9 115
 - Zivilbeamte 269/9 253
- Köslin** (Oberlandesgericht) 105/4 295, 296, 297–297v; 257/9 164–165
- Köslin** (Regierung) 13b/Fundort; 21/2 68; 31/3 7v–8, 57/3 243v; 132/6 48, 52v
- Köslin** (Regierungsbezirk) 306/11 58v
- Köslin** (Regierungspräsidium) 28/2 138–139v, 140v
- Krakau** (Freistaat) 390/15 127
- Zollsätze 162/7 113–115
- Kredit-Institute**
- Beilegung des Prädikats „königlich“ 417/17 42–42v
 - Landschaften
- Kreisdeputierte**
- Preußen (Prov.), Wahl 435/17 207–208v
 - Wahlverfahren 305/11 40–41v, 321/11 201
- Kreise** (allgemein) 98/4 234v–235; 305/11 40v–41v
- Kreuzburg** (Kreis) 52/3 196
- Kriegslasten** (Kriegsschulden, -entschädigungen) 50/3 185v–186v, 52/3 194–195, 53/3 197
- Altmark 401/16 39–39v
 - Befugnisse der Regierungen 262/9 192–193
 - Forderung der ehem. Kölner Kaufleute Caspary und Breuer (1825) 270/9 264
 - gerichtliches Verfahren bei Entschädigungsansprüchen zwischen 1806 und 1812 118/5 89–94v
 - Jerichow Kreis I, II (Hzgtm. Magdeburg) 27/2 126v–129v; 307/11 66
 - Königsberg 269/9 241–242
 - Kreise Bütow und Lauenburg in Hinterpommern 21/2 67v–70
 - Kur- und Neumärkisches Provinzial-Kriegsschuldenwesen 151/6 214
 - Lehns- und Fideikommißbesitzer 5/1 13v
 - Lieferung v. Metall an Militärgouvernement Schlesien (1809) 137/6 89–94
 - Ostpreußische und Litauische Kriegsschulden 151/6 214
 - Präklusionstermin bei Zwangslieferungen 81/4 96–99
 - Prozesse gegen den Fiskus 239/8 456–458v; 283/10 110–111v
 - Schlachtvieh an die Armee in Stettin (1806) 118/5 91v–92v
 - Zuständigkeit der niederländischen Regierung 55/3 211–213v
 - Entschädigungen; Hauptverwaltung der Staatsschulden
- Kriegsministerium** 138/6 105–106; 161/7 99, 100v–101
- Artilleriewerkstatt Berlin, Kosten 134/6 75–76
 - Etat (1820–24) 30/2 160–166v; 36/3 45v–46, 37/3 62–62v, 68/3 365–365v, 71/3 394v–395v; 85/4 139v–140; 135/6 81v; 152/7 11–11v, 191/7 410v, 192/7 416–417v; 242/9 1–1s
 - Gendarmerie 292/10 149

- Remunerationen 240a/Fundort 35v
- Wartegeld, Invaliden 237/8 427–428
- Kriminalgerichtsbarkeit**
- Patrimonialgerichtsbarkeit, sächsische Mediatstädte 202/8 41–42v; 384/15 94–94v
- Rittergutsqualität 328/12 34–53
- Schlesien 172/7 249–251; 239/8 460–461v
- Schmiedeberg 81/4 99–99v
- Kriminalordnung** 27/2 130–132v
- Revision 424/17 117–117v
- Kronfideikommißfonds**
- Deckung des Defizits (1821) 135/6 81v
- Erstattung einiger Ausgaben (1820) 128/5 299–301v
- Forderungen (1824) 195/7 438
- Krugverlagsrecht** 13b/Fundort; 57/3 243–246
- Aufhebung 220/8 260–262v
- Schlesien 57/3 243–246; 322/11 212–212v
- Kulm** (Bistum)
- Dotation (1824) 201/8 18v, 22v
- Kulm** (Stadt)
- Kadettenanstalt 30/2 165v
- Kulm und Michelau** (Kreise) 267/9 233–234v
- Indult 46/3 140v–144v; 76/4 60–62
- Mahlzwang 332/12 101–102; 346/13 57
- Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse (8.4.1823), Entwurf 111/5 10–15v
- Steuerwesen 264/9 208–208v
- Kulmer Land**
- Forderungen von Gutsbesitzern, Artikel 9 der Konvention mit Rußland (22.5.1819) 76/4 61–62
- Kurmainz** 63/3 319v–320v; 120/5 111
- Kurmark** 46/3 138v; 98/4 234v
- landschaftliche Obligationen 151/6 229, 230v, 234, 236
- Pfandschulden 7/1 20v–21
- Stände 92/4 192–192v
- Brandenburg (Provinz)
- Kurmärkisches Pupillenkollegium**
- Vormundschaft
- Küstereien**
- Küsterämter 77/4 64–65
- Prozeßkosten 221/8 280–282v
- Kynast** (Standesherrschaft)
- Erhebung zur reinen Standesherrschaft 322/11 214–214v; 345/13 47–47v

- Landräte** 102/4 278
- Boten- und Bürokosten (allg.) 98/4 234–236
- Bürokosten (1822–23) 135/6 83v, 150/6 225
- Chausseegeld 98/4 236v–237
- Preußen (Prov.), Befugnisse 264/9 212–212v
- Steuerverwaltung 35/3 36v–37
- Wahlverfahren 305/11 40–41v, 321/11 201; 435/17 207–208v

Landschaften (ritterschaftlich-ständische Kreditinstitute) 418/17 68–69

- Aufnahmeverfahren 409/16 97–98
- Kur- und Neumark 402/16 46, 47v
- Posen 52/3 196, 53/3 197; 374/15 13–13v
- Sachsen 402/16 46, 47v
- Substation bei bepfandbrieften Gütern 360/14 27–28v

Landtag (allgemein)

- Bestreitung der Kosten 338/12 157v–159
- Rittergutsqualität der veräußerten Domäne 328/12 34–53

Landwehr

- Befreiung, Postbeamte, Postillione 408/16 88–90
- Landwehrmänner 5/1 13
- - Auswanderung 284/10 119–120v
- Offiziere
- - bei kommunalen Dienstleistungen 97/4 23
- - Pensionierung, beurlaubte 373/15 8–9v
- Standesherrschaften, Kosten zur Gestellung der Pferde der Kavallerie 263/9 206–206v
- Zeughäuser, Finanzierung 68/3 363–365v

Laudemien (Lehngeld)

- Rechte, Berg, Ablösung 368/14 97–97v
- Schlesien 218/8 227–229; 248/9 57–58

Lauenburg (Kreis) 21/2 67v–70v

Lechenich (Kreis) 139/6 109v

Legatäre (Vermächtnisnehmer)

- Legitimation 392/15 138

Lehnswesen

- Allodifikation
 - - Niederlausitz 269/9 248; 314/11 116
 - - Oberlausitz 330/12 78
 - Aufnahme von Pfandbriefen bei Verschuldung durch Regulierung 352/13 129–130v
 - jenseits der Elbe (9.6.1827) 330/12 75–76
 - Kriegsschäden bei Lehnsbesitzern 5/1 13v
 - Muthung 214/8 189–189v
 - Pommern
 - - Aufgebot der Agnaten bei Veräußerungen an Familienglieder (28.11.1826) 258/9 169
 - - Erbverpachtung 257/9 164–167
 - Steuer 206/8 84
 - Sukzession fremder Untertanen (9.6.1827) 306/11 44–44v
- Fideikommiss; Heimfallsrecht

Leinengewerbe

- Konjunktur (1821) 139/6 114v
- Schlesien (Grafschaft Glatz) 241/8 483–484
- - gewerbepolizeiliche Verhältnisse (2.6.1827), Entwurf 315/11 131–131v

Liegnitz (Domänenamt) 372/14 137

Liegnitz (Regierung) 48/3 164, 365v, 62/3 306, 68/3 364v; 130/6 30v–31v, 132/6 48, 52v; 270/9 259–260v

- Reparatur des OLG-Gebäudes, Glogau 353/13 146v
- Wege- und Brückenbaufonds 152/7 5v

Liegnitz (Regierungsbezirk) 30/2 154; 48/3 164; 306/11 58v

- Müller, Entschädigungen 309/11 83

Liegnitz (Stadt)

- Bürgermeister, Entlassung 408/16 83

Lingen (Grafschaft) 310/11 91

- Kosten für kirchliche und Schulbauten 64/3 339–342

Lippe (Fluß) 30/2 154

- Brückenbau

- - Anleihe 298/11 6–6v, 321/11 198–200v

- Schiffbarmachung 71/3 393v; 152/7 7, 9v–10, 11, 193/7 425v–426, 429

Liquidations-Prozeß

- Präklusionserkenntnis (VO 16.5.1825) 255/9 115

Litauen

→ Ostpreußen

Loebehün (Stadt)

- Steinkohlengrube 209/8 138

Lotterie

- auswärtige 229/8 342–342a

- Spielverbot in auswärtigen Lotterien (7.12.1816), Deklaration (6.6.1829, §§ 1, 3) 421/17 90–91

Lübisches Recht 306/11 42

- Pommern 313/11 111

Maas (Fluß) 78/4 73, 109/4 349

Magdeburg (ehem. Domstift) 234/8 394

- Erbpräbende, Familie von dem Bussche 264/Fundort 118

Magdeburg (Herzogtum) 27/2 126v

- Stände, Kollaturrechte 397/15 189–192

→ Westphalen (Königreich)

Magdeburg (Oberlandesgericht) 118/5 89v, 121/5 120–121, 124/5 203v–206, 126/5 266; 208/8 122; 257/9 142; 305a/Fundort; 412a/Fundort

- Berichtigung des Besitztittels von der Stadt abgetretener Domänen 320/11 186–186v

Magdeburg (Regierung) 27/2 127, 133–133v, 134v; 57/3 243v; 72/4 3, 80/4 90–90v, 107/4 319v; 118/5 89–89v, 121/5 114, 122, 125, 133; 132/6 48, 52v; 212/8 171, 234/8 394v; 277/10 58

Magdeburg (Regierungsbezirk) 27/2 127; 47/3 153; 106/4 307–307v, 312v–313, 314

- Schleichhandel mit Salz 157/7 51v–52, 54

Magdeburg (Stadt) 309/11 81

- Amtsblatt 124/5 196–197

- Domänengrundstücke als Retablissemmenthilfe 320/11 186–186v; 332/12 104–106

- Elbschiffahrts-Assekuranzverein 75/4 26–40

- Hebammen-Lehrinstitut 220/8 258–258v

- Medizinalkolleg 121/5 113v, 121v, 124–124v, 126–126v

- St. Nikolai Kirche, Wiederaufbau, Retablissemmentsgelder 30/2 151v; 45/3 130–131, 71/3 391v

- Strafbesserungsanstalt 30/2 160

Mahl- und Schlachtsteuer 35/3 31, 34–35v; 81/4 95–96, 90/4 176

- Militär 89/4 172; 215/8 205–205v

- Preußen (Prov.) 264/9 212v–213

- Stadt Suhl, Fleischsteuer 410/16 102; 429/17 150–150v

Mahlsteuer (Gesetz v. 30.5.1820)

- Befreiung

- - Bromberg 235/8 399v

- - Danzig 235/8 399–402

- Erhöhung *177/7* 292–292v; *194/7* 434v, 435v–436
- Verstöße *168/7* 195–195v
- Mahlzwang** (Aufhebung) *5/1* 13; *354/13* 154–155v
- Entschädigungen *129/6* 10–14v; *218/8* 224–225v; *262/9* 195–196v; *309/11* 83, *323/11* 222–231; *359/14* 16
- - Kreis Marienwerder *25/2* 102–105v
- - Kulm und Michelau *332/12* 101–102; *346/13* 57
- - Ostpreußen *25/2* 102–105v; *277/10* 61–68v
- - Posen *332/12* 101–102
- - Schlesien, Domanalabgaben *143/6* 146–147
- Polizeiliche Genehmigung bei der Anlegung neuer Mühlen *119/5* 100–103v
- Mährische Brüder**
- Herrnhuter
- Maisch-/Maischbottichsteuer**
- Anordnungen *315/11* 128
- Kreditbewilligung *253/9* 81–82v
- Majorennität**
- Erfurt (Fstm.) und Wandersleben (Amt) *5/1* 13v
- Termin *359/14* 12–12v
- Makler**
- Aufhebung der Stempelfreiheit *189/7* 396
- Stempelsteuer, Schlußzettel *346/13* 59–59v
- Marienburg** (Stadt)
- Schulwesen *165/7* 141–141v, 142v–143v
- Marienwerder** (Oberlandesgericht) *46/3* 143v, *52/3* 193–193v, *55/3* 209, *60/3* 288–288v, 290v; *150/6* 221v; *277/10* 62
- Mahlzwang in Posen und den Kreisen Kulm und Michelau *332/12* 101–102
- Marienwerder** (Regierung) *46/3* 143v, *52/3* 193–194, *55/3* 222, *57/3* 243v; *132/6* 48, 52v, *135/6* 77–77v; *185/7* 378e
- Aufhebung *48/3* 163v, 168v
- Befugnisse *232/8* 361–361v
- Gratifikationsfonds *55/3* 221–222v
- Polizeigerichtsbarkeit der Patrimonialgerichtsherren *383/15* 88–90; *409/16* 92v
- Wege und Brückenbauten *152/7* 5
- Zinsfuß, Senkung *381/15* 65
- Marienwerder** (Regierungsbezirk) *32/3* 17; *185/7* 378b; *203/8* 47v, *240/8* 473; *306/11* 58v
- Kanalbau *152/7* 4, *158/7* 57v
- Unterstützung, staatliche *187/7* 383–383v
- Marienwerder** (Stadt)
- Schulwesen *165/7* 141, 142
- Marine** *420/17* 81–81v
- Kriegsschooner Stralsund *242/9* 1jv
- Mark** (Grafschaft) *3/1* 7v
- Hohenlimburg
- Marokko** *335/12* 133–133v
- Mauer- und Dachsteine**
- Maß, Westfalen *372/14* 145–147v
- Mecklenburg** (Herzöge) *310/11* 91
- Mecklenburg-Schwerin** (Großherzogtum)
- Zollpolitik *70/3* 381v

Mecklenburg-Strelitz (Großherzogtum) *116/5* 61–62

- Zollpolitik *70/3* 381v; *206/8* 84v–90, *219/8* 246; *284/10* 124

Medizinalpolizei

- chemische Fabrikanten *438/17* 235–237v

Meliorationsfonds

- Ostpreußen und Litauen *161/7* 99v

- Pommern *23/2* 81v–85; *434/17* 201v–202

Memel (Stadt)

- Kompetenzgelder *129/6* 3

Mennoniten

- Eidesleistungen *326/12* 18v–19v

- Grundstücke

- - emphyteutische Rechte in Ost- und Westpreußen *240/8* 473–474v

- - Erwerb- und Zerstückelung *200/8* 4–5v, *203/8* 51v–52v

- Militärdienst *46/3* 144v–147; *203/8* 50–52v, *234/8* 396–397; *326/12* 16v–18v

- Preußen (Prov.), Geldabgaben *326/12* 16–16v

Meppen (Amt) *107/4* 321v

Merseburg (Regierung) *33/3* 23, *48/3* 168, *62/3* 306v; *75/4* 46, *81/4* 99–99v; *132/6* 48, 52v; *172/7* 239–239v; *237/8* 427–427v; *366/14* 76

- reklamiert Zahlungen an Justizbeamten im Regierungsdept. Naumburg *199/7* 486–486v

Merseburg (Regierungsbezirk) *48/3* 168; *106/4* 307–307v, 312v–313, 314; *278/10* 70

- Schleichhandel mit Salz *157/7* 51v–52v, 54v

- Wegebau und Brückenfonds *152/7* 5v–6

Michelau (Kreis)

→ Kulm und Michelau

Mietssteuer

- Berlin *72/4* 3–8v

Militär *11/1* 34

- Bauwesen *196/7* 447–448v

- - Häuser *79/4* 79–79v

- - Kasernenbau *30/2* 155v–159v; *123/5* 146–159v

- Besatzungstruppen, Frankreich *7/1* 19v–20

- Deserteure verurteilt u. vermögenslos, Vollstreckungskosten *21/2* 60–61v

- Diebstahl *394/15* 157–160v; *412/17* 3–5v, *418/17* 50–50v

- - Holzdiebstahl *412/17* 5v–6v

- Dienst bei fremder Landeshoheit *4/1* 8v

- Einquartierung

- - Friedenszeiten *383/15* 77–78

- - Naturalquartier bei der Bürgerschaft *35/3* 34v

- - Offiziere, Berechtigung *87/4* 156

- - Realbefreiung, ländliche Besitzungen *276/10* 48–49v

- - Sachsen *309/11* 81

- Etat (1823) *111/5* 5

- Feuerpolizei *11/1* 34

- Fourage *319/11* 181v; *372/14* 141–142

- - Preußen (Prov.) *255/9* 107–107v

- Freiwillige, Unterstützungsfonds *254/9* 86–87

- Garnisonen in Berlin, Potsdam, Charlottenburg, Preußen (Prov.) *242/9* 1b, 1gv

- Gewehrgelder, Erstattung *247/9* 32–34v

- Intendanturen, Geschäftskreis *149/6* 198–214

- Justiz-Departement 137/6 90–90v, 91v
- katholische Angelegenheiten 2/1 4v
- Militärpflicht, Befreiung
 - - ehemalige Reichsstände 96/4 227v
 - - Mennoniten 203/8 50–52v, 234/8 396–397
 - - Philipponen 284/10 128–128v
 - - Quäker 237/8 441–441v
- Mobilmachungsfonds 22/2 72–75v
- Offiziere
 - - Konkurseröffnung 269/9 252–253v, 255
 - - Pensionen für ehem. hzgl. Warschauische Dienste 371/14 112–122v; 413/17 15–17
 - - Unteroffiziere, Versorgung im Zivildienst 262/9 182–183v
- Paß-Angelegenheiten 1/1 1–1v, 2/1 4v
- Remonte 242/9 1iv–11
 - - Ankauf des Bedarfs in der Preußen (Prov.) 255/9 121–123
- Schlachtsteuer, Befreiung 215/8 205–205v
- Stempelfreiheit beim Gesuch zum Eintritt in den Kriegsdienst 277/10 58
- Truppenanzahl 255/9 106–106v
- Verpflegung 255/9 107v–108, 111–113
 - - Getreidelieferungen (Land-) 229/8 340–340v, 230/8 344–347, 240/8 463–469v; 302/11 20, 22–23, 309/11 79; 327/12 23–24
 - - Preußen 255/9 121, 123v–126
 - - Rheinprovinz 255/9 124, 126
 - - Westfalen 255/9 124, 126
- Waffengebrauch im Dienst der Zivilbehörden 424/17 112–115v
- Zeichnungen 4/1 8
- Zensur 206/8 80–80v
- Zivildienst, Versorgung
 - - Eskadron-Chirurgen 262/9 182–183v
 - - Hornisten 262/9 182–183v
 - - Tambour 262/9 182–183v
- Berlin (Stadt); Feldjäger; Invaliden
- Militärbeamte**
 - Bataillionsärzte, Befugnisse 234/8 387–389v
 - Dienstentlassungen 234/8 389v–390; 299/11 11–12; 335/12 125–129
 - Kommunalabgaben 129/6 7–7v
 - Pension 64/3 342–342v; 348/13 70–70v
 - Pensionsregulativ, Entwurf 244/9 8–14v
 - Titelverlust verabschiedeter Militärpersonen wegen begangener Verbrechen 430/17 172–173v
 - Wartegeld 411/16 109–112v
- Militär-Waisenhaus** (Potsdam)
 - Anleiheplan zur Schiffbarmachung der Lippe 321/11 200v
 - Etat (1823–25) 152/7 11–11v, 192/7 416–416v, 417v; 252/9 77c
- Minden** (ehem. Domstift) 64/3 332, 335v
 - Erbpräbende 234/8 394–394v
 - - Familie v. d. Bussche-Hünefeld 264/Fundort 120–121
 - - Familie von Galen 264/Fundort 119v–120
- Minden** (Land- und Stadtgericht) 266/9 223

Minden (Regierung) 64/3 332, 334v; 79/4 78, 104/4 287v; 132/6 47, 48, 52; 165/7 147, 168/7 193, 181/7 324; 212/8 171, 234/8 394v; 254/9 96; 430/17 159

- Aufhebung 48/3 163v, 166, 167v, 168v

- Regierungskommissar 139/6 110

Minden (Regierungsbezirk) 47/3 153, 64/3 332; 78/4 71v–72, 88/4 164; 167/7 166; 237/8 441

- Schleichhandel mit Salz 88/4 163–163v; 157/7 51v–52, 54

- Wegebau und Brückenfonds, Wasserbaufonds 152/7 6–6v

Minden (Stadt)

- Kaufmanns-Korporation (ehem. Gilde), Vermögen 254/9 95v–96v

Ministerien (allg., inkl. die ihnen zugeordneten Behörden)

- außerordentliche Bedürfnisse (1820–22) 34/3 25–26, 37/3 59v–61v

- Dienerschaft der Ministerialbehörden, Neujahrsgeschenke 280/10 92–93v

- Etatbefugnis 331/12 90–92

- Gesetzgebung und Justiz in der Rheinprovinz 36/3 43v–44

- Kompetenzen 352/13 127

- Neuorganisation (1817) 12/1 44v

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten

- Etat (1820–24) 30/2 150v; 85/4 137, 142v; 135/6 82v–83, 150/6 220–220v; 192/7 415v–416

- Befugnisse 400/16 29–29v

- - Beratung von Staatsverträgen mit dem Staatsministerium 385/15 97v–98

- - Staatsverträge bei Gerichtsprozessen 115/5 58–59v

- Zoll 8/1 25–25v

Ministerium der Finanzen 36/3 41v–42, 47–48, 37/3 61, 39/3 76–77, 78–78v

- Archiv des ehem. FinMinm., Ausgaben (1823) 150/6 219–219v

- Beamte, Pensionen 251/9 72v–73v

- Befugnisse 81/4 95–96; 241/8 481–481v

- - Steuerkonventionen, Geldstrafe 346/13 52–52v

- Ernennung Motz? 269/9 250

- Etat (1820–25) 30/2 150v–151v; 71/3 394; 85/4 127–127v, 140–141, 143, 88/4 171; 135/6 83v–84, 85–86; 152/7 11v–16v, 159/7 69–78v, 160/7 82–85v, 192/7 417v–419, 193/7 425–425v, 429v–430; 241/8 486–489v; 252/9 77c

- Gendarmen 292/10 148v–149

- Kassenabschluß (1821) 159/7 69–73v

- Militärverpflegung (1818) 159/7 70v

- Räumlichkeiten 80/4 89–90

- Remunerationen 240a/Fundort 35v

- Verhältnis zur Seehandlung 333/12 113v

- Verwaltungskosten (1822–23) 159/7 73v–75v

- Wachtmeister 292/10 148–148v

- Zoll 8/1 25–25v

Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten

- Befugnisse, Gehälter 73/4 17–18v

- Dotationszuschüsse 207/8 101–102

- Etat (1820–25) 36/3 42–43, 37/3 61v, 71/3 391v–392; 85/4 137v–138v, 88/4 171; 148/6 194–196, 151/6 220v–221v; 166/7 160–163v, 191/7 406v–407v, 193/7 425–425v; 245/9 15av–15ev

- Ministerium der Medizinal-Angelegenheiten, Ressort 438/17 235–237v

- Prüfung der Etats der Institute durch die General-Kontrolle 73/4 11–18v

- Remunerationen 240a/Fundort 35v

- Schulwesen 165/7 141v–142

Ministerium des Handels, der Gewerbe und des gesamten Bauwesens

- Artilleriewerkstatt Berlin, Kosten *134/6* 75–76
- Befugnisse
 - - Beförderung des Straßenbaus *93/4* 201, 202
 - - Erteilung von Mühlenkonzessionen *207/8* 109–110
 - - Prüfung des zu exportierenden Mehls *209/8* 136
 - - Wegebauangelegenheiten *185/7* 378b–378e
- Etat (1820–25) *30/2* 151–155v; *36/3* 43–43v, *68/3* 366–369, *71/3* 392v–394; *85/4* 138v, *88/4* 171; *135/6* 83v; *152/7* 1–11, *158/7* 56–60, *191/7* 409v–410v, *193/7* 425v–429, 430v–431; *245/9* 15bv–15c, *252/9* 77bv–77c, 77dv–77e
- Generalbaufonds *152/7* 1v–2v, 18
- Räumlichkeiten *80/4* 90
- Remunerationen *240a*/Fundort 35v
- Schiffsabgaben *189/7* 393–393v; *209/8* 135–136
- Stiftung für Fabrikanten in Aachen *55/3* 218–220v
- Unterhaltungskosten f. d. Wächterhaus beim Siegesdenkmal in Berlin *138/6* 105–106
- Wasserbauten *49/3* 176–178v
- Straßenbau und -unterhaltung

Ministerium des Innern und der Polizei *36/3* 44v, 56, *37/3* 60v

- Befugnisse *438/17* 235–237v
- - Erteilung von Mühlenkonzessionen *207/8* 109–110
- - gutsherrliche und bäuerliche Verhältnisse *412a*/Fundort
- - Patrimonialgerichtsbarkeit *374/15* 15
- - Wegebauangelegenheiten, Landstraßen *185/7* 378b–378g
- Etat (1820–25) *30/2* 160, 167v; *71/3* 394; *85/4* 139–139v, 142v, *88/4* 171; *135/6* 83–83v, 84v–85, *150/6* 221, 223–225v; *191/7* 410v–411, *193/7* 430; *245/9* 15a–15c
- Gendarmerie *292/10* 148v–149
- Remunerationen *240a*/Fundort 35v
- ständische Angelegenheiten *179/7* 305–306
- - Abteilung für provinzial-ständische Angelegenheiten *342/12* 16–19
- Wachtmeister *292/10* 148–148v

Ministerium des Schatzes

- Etat (1820–23) *30/2* 166v; *36/3* 46v, *37/3* 61v, *39/3* 78, *71/3* 394v; *85/4* 142v, 143; *152/7* 13–13v

Ministerium für ständische Angelegenheiten

- außergewöhnliche Ausgaben (1820), Kasernenbau *30/2* 155v–159v

Ministerium zur Revision der Gesetzgebung und zur Justiz-Organisation in den neuen Provinzen *12/1* 44v; *30/2* 160v

Moers (Mörs) (ehemaliges Fürstentum)

- Zahlungen an Beamte *202/8* 43–44v, *214/8* 187

Möllendorf v. (Familie)

- Erbpräbende des Domstifts Havelberg, Anspruch *317/11* 155v
- Stiftung *264*/Fundort

Moresnet (Stadt) *88/4* 166

- Differenzen Preußens mit den Niederlanden *198/7* 468–469v

Morsbach (Morsbourg) (Grafschaft) *3/1* 7–7v, *7/1* 20–20v

Mosel (Fluß) *68/3* 366; *103/4* 280v, *109/4* 349

Motten (Herrschaft) *360/14* 32–33v; *375/15* 27–28

Mühlen

- Konzessionen 207/8 109–110

- Westfalen, Anlage 357/14 4v–5

Mühlhausen (Kreis) 394/15 154–155

Mulde (Fluß) 247/9 30

Münster (Bistum) 234/8 394–394v

- Dotation (1824) 201/8 17–23

Münster (Fürstentum) 65/3 348–349v

Münster (Gouvernement) 60/3 274v

Münster (Oberlandesgericht) 150/6 222; 424/17 104–105

Münster (Regierung) 8/1 25v, 26v–27; 22/2 76; 31/3 9v–11, 46/3 138, 139, 48/3 167v, 60/3 284, 285–286; 78/4 71, 79/4 79–79v, 107/4 326v; 127/5 288; 132/6 47, 48, 52; 168/7 193; 208/8 115, 116, 117–117v, 212/8 171; 344/13 35, 37; 422/17 99, 430/17 159

Münster (Regierungsbezirk) 7/1 21v–22; 22/2 76; 38/3 71, 47/3 153; 78/4 72, 88/4 164, 107/4 321; 171/7 234; 240/8 478v

- Münztarif (28.2.1816), Entschädigung der Steuerpflichtigen 208/8 115–118

- Schleichhandel mit Salz 157/7 51v–52, 54

- Zulagscentimen 293/10 156–157

Münster (Stadt)

- Domstift, Erbpräbende 264/Fundort 120v–123v

- Martini-Stift, Erbpräbende der Familie Busch 264/Fundort 122–122v

- Ökonomiekommissar (1823) 150/6 224

Münzwesen

- Agiotage mit Brabanter Kronentaler 380/15 55–57v

- fremde Münzen, Annahme 110/4 360v–361; 113/5 45v–46; 141/6 118v–119, 146/6 128–128v

- - Sachsen (Erfurt) 274/10 23–26v

- Friedrich d'or, Prägung (1817) 6/1 15–15v

- Münzfuß 2/1 4–4v

- Münzgesetz (30.9.1821), Entwurf 76/4 56–59

- - Einführungsdatum der entsprechenden Rechnungsführung 108/4 340–341v

- - Vergleichungstabelle 99/4 244–245v

- Neuvorpommern 435/17 214–219

- Scheidemünze

- - Einführung, bes. in den westl. Provinzen 88/4 167v–168v, 91/4 188–188v; 123/5 142–145v; 165/7 145–149; 326/12 11–12v

- - Maßregel gegen die Agiotage 122/5 135

- - neue, in den östlichen Provinzen 91/4 187–188v; 430/17 161–164

- - Remedium 91/4 184–185

- - schnelle Verbreitung 91/4 185–186v

- Tarif (28.2.1816)

- - Umrechnung in Westfalen 208/8 115–118

- Verbrechen

- - Gesetz (8.4.1823), Entwurf 114/5 49v–54

- - Rheinprovinz 422/17 95–96v

Muskau (Herrschaft) 210/8 156

- Gerichtsbarkeit des Fst. v. Pückler-Muskau 240/8 476–476v; 247/9 28

Nachdruck 170/7 221–230v

Namensänderungen 94/4 209v–210v

- Nassau** (Herzogtum; inkl. Nassau-Saarbrücken, -Usingen- u. -Weilburg) 49/3 174v, 50/3 185v–186v, 64/3 323; 76/4 57v; 205/8 68–70; 248/9 45, 46–46v; 350/13 94; 354/13 165v
 - Katzenelnbogen 254/9 81–82v
 - Pensionsansprüche ehemaliger Beamter 142/6 130–131v; 342/13 13v
 - Übernahme der Landesschulden des Hauses Saarbrücken 163/7 123–125v
- Naugard** (Stadt)
 - Erziehungsanstalt 414/17 19–20
- Naumburg** (Oberlandesgericht) 15/2 15, 16–16v; 45/3 133v–134v; 150/6 221v; 353/13 146; 366/14 76
- Naumburg** (Stadt)
 - Handelsgericht, Abänderungen (28.6.1825) 267/9 231
- Neisse** (Stadt)
 - Ablösung der Braugerechtigkeiten 323/11 220
- Netzdistrikt** 46/3 142v
- Neuchâtel/ Neuenburg** (Fürstentum) 114/5 50
 - Einnahmen und Ausgaben (1821, 1823–25) 85/4 134, 136, 137, 142v, 88/4 170–170v; 147/6 188, 150/6 218–219v; 189/7 399v, 192/7 419v; 241/8 490–490v
 - Zollsätze 164/7 134–39v
- Neuenkirchen** (Amt) 347/13 61–61v
- Neufahrwasser** 30/2 155
- Neumark**
 - Pfandschulden 7/1 20v–21
 - Stände 92/4 192–192v
 - Verein der Patrimonial-Gerichtsinhaber, Kriminal-Untersuchungskosten 350/13 99–100v
- Neunkirchen** 254/9 84
- Neustettin** (Kreis)
 - Landtagswahl (1824) 205/8 75
- Neuvorpommern** (und Rügen) 99/4 245; 280/10 91v
 - Beamte, Beschlagnahme des Dienstinkommens im Wege der Exekution 273/10 21–21v
 - Domäne, „Bauernlegen“ 23/2 80–81
 - Erlaß älterer Abgaben 123/5 160–161
 - Gewerbefreiheit, Hekenämter 208/8 112–113
 - Indultaufhebung 59/3 265–267v; 102/4 275–277
 - Justizorganisation, Pensionierung 348/13 72–72v; 430/17 169–170
 - - Oberlandesgericht 396/15 180v–181
 - - Patrimonialgerichtsbarkeit, Wiedereinführung 317/11 162–167v
 - - Rechtsangleichung 13c/Fundort; 233/8 382–385; 314/11 115–115v, 317/11 162–167v; 349/13 74–76, 354/13 157–158v; 396/15 179–180v; 415/17 24–27
 - Kommunallandtag (1827) 354/13 157v
 - Kopfstand- und Viehsteuer 218/8 231–234
 - Münzwesen 91/4 187–188v; 435/17 214–219
 - Provinzialrechte 415/17 24–27
 - Provinzialschulden 218/8 231–234
 - Provinzialstände
 - - Beschwerde, über die von dem JMinm. verfügte interimistische Besetzung der vierten Ratsstelle im OAppGer., Greifswald 233/8 364
 - ständische Kassen, Unterstützungsfonds 123/5 161–161v
 → Pommern
- Neuwied**
 → Wied

Neuzell'sche Stiftungsfonds

- Entschädigung der westpreußischen Dominialschulfonds *165/7* 142

Niederlagen (Niederlags-Anstalten) *139/6* 116v

Niederlande *11/1* 38; *27/2* 131v; *55/3* 211–213v; *134/Fundort*; *198/7* 468–469v

- beschlagnahmte Gelder *367/14* 84–84v

- Handel *139/6* 114, 115–116

- Schleichhandel *78/4* 73–74, *83/4* 118; *157/7* 52

Niederlausitz (Markgrafentum)

- Gerichtsorganisation *150/6* 222–222v

- Juden, Handel, Niederlassungsrecht *221/8* 284–285v

→ Brandenburg

Niederrhein (Provinz)

→ Rheinprovinz(en)

Nordamerika *8/1* 25v

- Handel *139/6* 115, 116; *209/8* 135–136

Nordhausen (Stadt)

- Kreuz-Stift *298/11* 3, 4

Norwegen

- Handel *139/6* 114

Notare (Notarien)

- Gebühren *4/1* 8–8v

Nottuln (Fräuleinstift)

- Erbpräbende der Familie von Galen *264/Fundort* 121–121v

Oberbau-Deputation *130/6* 30v–31v

- Militärbauwesen *196/7* 447–448v

- Personalzuwachs (1824) *213/8* 176–178

Ober-Berg-Ämter

- Ausgaben (1823) *150/6* 219–220

Ober-Examinations-Kommission *28/2* 137v–138v

Oberlandesgerichte (allgemein)

- Gebäude, Reparaturfonds *353/13* 145–146v

- Kompetenz bei Widerstreit zwischen sachlichem und persönlichem Recht *418/17* 61–61v

- Reskriptenstil *102/4* 277–278

Oberlausitz

- Lehne, Allodifikation *330/12* 78

→ Schlesien; Sachsen

Oberpräsidenten

- Befugnisse *31/3* 6–8, *47/3* 159–159v; *169/7* 205–206v

- Berichte *52/3* 196

- Etatsvollziehung *80/4* 84v–86v

- Instruktion (31.12.1825), Entwurf *247a/Fundort* 54–62; *259/9* 145–153

- Regierungsinstruktion (31.12.1825) *250a–250b/Fundort* 84–92; *251a–251b/Fundort* 92–102v; *252a–252b/Fundort* 102v–112v; *253a–253b/Fundort* 112v–118v

- Rekursache, Verfahrensart *259/9* 151v–152

- Steuerverwaltung, Zusammenarbeit *361/14* 42–43

Oberpräsidien *39/3* 78; *80/4* 87v–88v

- Berichte *411/16* 115–115v

- Rheinprovinz *48/3* 165v

- Verwaltungskosten (1822) *135/6* 84–84v

- Ober-Rechnungs-Kammer** 36/3 47; 73/4 15, 80/4 86v; 251b/Fundort 101, 102–102v; 252a/Fundort 104v–105; 278/10 75, 279/10 87–87v, 280/10 92v–93v
- Ausgaben (1821, 1823–24) 85/4 137, 142v, 88/4 170v; 150/6 218v, 219v; 192/7 419v
 - Etatrevision 331/12 90–90v, 92
 - Etatsabschriften der Regierungen 60/3 285–286; 127/5 288–289, 290v
 - Graftifikationen, Bewilligung 254/9 89–89v
 - Pensionsbewilligungen 315/11 123; 329/12 65–65v
 - Pensionsbeiträge 320/11 187v
 - Position gegenüber den Ministerien 330/12 73–73v
 - Rechtsweg gegen Monita 31/3 10–11
 - Revision der Rechnungen für Mehrausgaben (1818) 104/4 290v–292
 - Revision der Versorgungsansprüche 210/8 144–144v
 - Stempelstrafen, Befugnisse 436/17 225–225v
 - Tresorscheine 109/4 348–348v
- Ober-Tribunal** (Geheimes Ober-Tribunal) 21/2 65v; 249/9 71–71v; 277/10 61–61v, 62v, 65
- Geschäftsgang 307/11 68–69v
- Oberwieck** (Stadt)
- Siechen-Anstalt 414/17 19v–20
- Oder** (Fluß) 45/3 131, 132
- Handel 217/8 220–222v, 225/8 317–317v
 - Regulierung 30/2 154; 152/7 7, 9, 158/7 58v, 193/7 425v–426, 429; 278/10 77–78
- Oels** (Herzogtum)
- Schankgerechtigkeit 27/2 132v–132c
- Oels** (Stadt)
- Unterstützung der Abgebrannten (1823) 193/7 430
- Offizier-Witwenkasse** 60/3 283; 113/5 30v–32
- Stand (1824) 237/8 425–425v
 - Wechsel-Berichtigung 237/8 419–421
- Ökonomiekommissarien** 108/4 337–337v; 150/6 224–224v
- Oldenburg** (Herzogtum) 131/6 45v
- Oppeln** (Regierung) 8/1 24–24v; 62/3 306; 132/6 48, 52v, 149/6 209; 181/7 326; 212/8 165; 270/9 259–260v
- Haushalt 62/3 306
 - Wasserbaufonds 152/7 6v
- Oppeln** (Regierungsbezirk) 30/2 154
- Meßfundations-Kapitalien 181/7 326–327v
- Oppeln** (Stadt) 193/7 427
- Ordenssachen** 425/17 129
- Österreich** 8/1 25v; 104/4 289v; 371/14 113v; 412/17 7–8
- Eidformel für auswärtige Untertanen 340/13 2–2v
 - Getreidesperre 3/1 7, 7/1 21, 10/1 33
 - Handel 70/3 381v; 390/15 127
 - Zollsätze 134/Fundort; 139/6 114, 115; 162/7 114v; 335/12 133
- Ostfriesland** 79/4 79
- Ostpreußen** (Provinz) 48/3 163; 188/7 388v, 189/7 395–395v
- Agrarkrise 148/6 193–193v; 184/7 361–366
 - Ansiedlung 8/1 24–24v
 - bedrängte wirtschaftliche Lage
 - Branntweinsteuer 253/9 81v–82
 - Ehegeld/Witwen 255/9 118

- Getreidepreise (1823) *184/7* 361v–362
- Gutsbesitzer
- - Gewerbesteuer bei Getränkefabrikation, Erlaß *180/7* 318–319v
- - Hypothekenschulden *148/6* 193–193v
- - Zuschüsse für Regulierungskosten (1822) *135/6* 83v
- Kanäle *152/7* 4
- Mahlzwang, Aufhebung, Entschädigung *25/2* 102–105v; *277/10* 61–68v
- Münzwesen *91/4* 187–188v
- Pfandbriefe, Indult *270/10* 264
- Städte, Kompetenz-Gelder *129/6* 1–5v; *165/7* 143v; *252/9* 77cv–77d
- Stände, Anträge
- - Indult *127/5* 283–284v
- - Sukzessionsrecht *127/5* 283, 285
- Straßenbau *96/4* 227–227v; *131/6* 39–41, *143/6* 141–144v; *161/7* 100
- Tribunal *169/7* 217
- Unterstützung, staatliche *161/7* 98–101v; *168/Fundort* 150–152v; *184/7* 364v–366, *187/7* 380–383v
- Wege- und Brückenbaufonds *152/7* 5–5v
- Wegeunterhaltung *169/7* 215–217v
- Zollpolitik (1820) *70/3* 381v–385
- Preußen
- Ourthe Departement** *123/5* 170v–171v

Paderborn *48/3* 167v

- Busdorf, Zahlung des Rektors an der Trivialschule *181/7* 324–324v

Paderborn (Bistum)

- Dotation (1824) *201/8* 17–23

Paderborn (Fürstentum) *351/13* 124

Paderborn (Oberlandesgericht) *237/8* 441

- Klage v. Westfalen wegen Meßfundations-Kapitalien am Kloster Boedeken *306/11* 53–53v
- Rechtsstreit Liechtenstein/Kaunitz wegen Rietberg *385/15* 95, 96v; *400/16* 29–29v

Paderborn (Stadt)

- Unterhaltungskosten des Inquisitorats-Gefängnisses *150/6* 223v

Papier

- Abnahme einer Fabrik in Dombach *256/9* 119

Parzellierung *336/12* 141–144

- Westfalen *317/11* 153–153v

Paß-Angelegenheiten *1/1* 1–1v, *2/1* 4v

- Paß-Reglement (1817) *10/1* 32–32v
- Wanderbücher *10/1* 32v

Patrimonialgerichtsbarkeit *371/Fundort*

- Erbpächter, Petershagen *226/8* 319–322; *266/9* 223–223v
- Krs. Kulm, Michelau *267/9* 233–234v
- Neuvorpommern, Wiedereinführung *317/11* 162–167v
- Patrimonialgerichte *374/15* 19–19v
- Patrimonialgerichtsherr
- - Brandenburg, Entschädigung *429/17* 154v–155v
- - Neumark *350/13* 99–100v
- Polizeigerichtsbarkeit *262/9* 188; *275/10* 42–43; *383/15* 88–90; *409/16* 92v
- Pommern *268/Fundort*

- Richter 374/15 19–19v
- Sachsen 284/10 115–117
- - Herzogtum Sachsen, Mediatstädte 239/8 453–453v; 270/9 262–262v; 342/13 12
- Schlesien 31/3 3–4
- - Standesherr 41/3 96–100v
- Übertragung an den Staat 374/15 15
- Kriminalgerichtsbarkeit
- Patronat**
- ehemals königlich sächsische, jetzt preußische Landesteile
- - Kostenbeitrag zu geistlichen und Schullasten 415/17 32, 432/17 180–186v
- Herzogtum Sachsen
- - Kostenbeitrag zu geistlichen und Schulbauten 396/15 184v–187
- Pensionen** 39/3 75–76; 49/3 171–171v, 54/3 200, 202; 56/3 224–231, 64/3 342–342v; 152/7 14v–15; 315/11 122–123
- Beamtenwitwen 196/7 440–441v
- beschlagnahmte Gehälter, Abzüge 272/10 7
- Bewilligungsverfahren 315/11 122–123
- ehemalige Domicellarpräbende 206/8 81–82v
- ehemalige Johanniter-Orden-Offizianten 430/17 166–167
- Entschädigung, Präklusionstermin 56/3 224–225
- Forderung auf dem Rechtsweg 276/10 46
- Geistliche und deren Witwen 83/4 112–115v
- Gendarmerie 292/10 147–149
- Gnadensache, nicht gesetzlich zu bestimmen 109/4 344–346v
- Goldanteil 239/8 451c–451cv
- Justizbehörden 348/13 72–72v
- Kirchendiener 62/3 309–310
- Kommunaldienst 348/13 70–70v
- Landwehroffiziere, beurlaubte 373/15 8–9v
- Militärbeamte, Regulativ 244/9 8–14v
- neue und wiedererworbene Landesteile 65/3 348–349v; 112/5 26v–27; 130/6 38–37, 142/6 130–131v; 329/12 65–65v
- - Anspruch der Witwen und Waisen von Beamten 342/13 13–15v; 372/14 135–135v
- - ehemalige herzoglich-warschauische Offiziere 413/17 15–17
- Pensionäre, Verpflichtungen 303/11 30–30v
- Pensionfonds
- - Ausgaben (1824) 192/7 420–421v
- - Berichte der Ministerien, Nachweisungen 57/3 239–240
- - Einnahmen (1825) 241/8 490
- - Verteilung 192/7 421; 251/9 72–76
- Pensionierung bei Dienstunfähigkeit 349/13 80–81v
- Reglement (30.4.1825) 49/3 171v; 109/4 344–346v; 308/11 74–74v
- - Entwurf 243/9 2–7v, 257/9 128–129
- Reichsdeputationshauptschluß 183/7 338–339v; 317/11 150–151
- standesherrliche Beamte 205/8 66–70
- Stifte, Mitglieder ehemaliger 222/8 290; 298/11 3–4v, 300/11 16–16v
- unfreiwillige 329/12 54–56
- Wachtmeister 292/10 147–149
- Wartegeldempfänger 239/8 451–451v
- Wegfall 348/13 70–70v

- Witwen von Handwerkern, die dem Staat dienen 83/4 112v–113, 115v–116
- Zahlung 36/3 41v–43
- Pensionssachen** 47/3 158v–159, 59/3 258v–259, 260–263, 62/3 309–310, 64/3 323–323v; 83/4 112–115v; 121/5 113–133; 199/7 480–484; 234/8 387–388v; 248/9 45–46v; 288/10 136–136v, 290/10 140–141v, 291/10 143–143v, 296/10 163–163v; 329/12 70–71, 334/12 123–123v; 349/13 80–81v, 353/13 148–151; 364/14 55–55v, 367/14 86, 369/14 98–98v, 372/14 143; 383/15 79–79v, 385/15 100–101, 397/15 193; 398/16 10–11, 401/16 33, 404/16 71–72, 409/16 95–95v, 411/16 104; 413/17 13, 417/17 43, 421/17 87–87v, 88, 425/17 126–127, 431/17 175–176v, 435/17 212–212v
- anlässlich der neuen Organisation der Provinzialbehörden 308/11 74–77v, 309/11 88–89v, 311/11 94–95v, 319/11 193–194
- Perleberg** 26/2 113v–114, 116v–117
- Petershagen** (Amt, Stadt)
- Patrimonialgerichtsbarkeit 226/8 319–322; 266/9 223–223v
- Pfandbriefe**
- Aufnahme, Besitzer von Lehn- und Fideikommissgütern bei Regulierungen 352/13 129–130v
- Indult, Ost- und Westpreußen 270/9 264
- Posen 374/15 13–13v
- Pfandschulden**
- Kur- und Neumark 7/1 20v–21
- Pfändung**
- Exekution bei bezahlten Schulden 221/8 274–275, 232/8 368–369
- Pfaueninsel** (bei Berlin)
- Mehrausgaben (1820) 128/5 299–301v
- Pferdezucht** 277/10 54–54v
- Philipponen** 284/10 128–128v
- Pleishammer** (Eisenhütte)
- Getränkezwang (1828) 375/15 24–25v
- Pleß** (Fürstentum)
- Erhebung zum Fürstentum 323/11 233–233v
- Erhebung zum Mediat-Fürstentum 317/11 147–148
- Polcher Dingtag** 237/8 430v–432
- Polen** (Königreich) 21/3 61v, 32/3 16; 76/4 61v, 80/4 82, 84v; 284/10 128v; 371/14 114v
- Handel 139/6 112v, 114, 115, 117v; 390/15 127
- Zollsätze (1822–24) 134/Fundort; 162/7 113–115
- Polizei**
- Kompetenzen der Landespolizei bei der Anlegung neuer Mühlen 119/5 100–103v
- Ortspolizei, Rittergutsbesitzer der Altmark 337/12 152v
- Patrimonialgerichtsbarkeit 275/10 42–44
- Pensionswesen 314/11 113
- Standesherrn, Verwaltungsbefugnisse 216/8 207–210, 211–211v
- Strafgewalt 359/14 18–20v; 409/16 92–92v; 423/17 101–102v
- Pommern** (Provinz) 48/3 163, 70/3 381v; 98/4 234v; 141/6 136; 345/13 42; 362/14 48
- Agrarkrise (1823) 184/7 364
- Forstbeamte 257/9 131
- gutsherrliche und bäuerliche Verhältnisse 6/1 16
- Heringshandel 257/9 134v–136
- Kreisstände
- - Kriegslasten 21/2 67v–70v
- - Landräte und Kreisdeputierten, Wahl 305/11 40–41

- Landeskulturverbesserung, Meliorationsfonds 23/2 81v–85
- Landtag (1824)
 - Eröffnung 208/8 130
 - Marschall 221/8 271–271v
 - Wahl 205/8 72–78
- Landtag (1829) 406/16 80–80v
 - Propositionen, Sozialeinrichtungen 414/17 19–20
- Landtagsabschied (1825) 319/11 181v
- Landtagsfähigkeit, Domänenämter Draheim u. Katzwerder 375/15 22
- Lehnswesen 257/9 164–167, 258/9 169
- Lübisches Recht 313/11 111
- Militärlieferungen 302/11 22v; 327/12 23–24
- Münzwesen 110/4 360v–361
- Schutzgeld 418/17 53–53v, 55
- Stände 179/7 305, 306v
 - Einführung der preußischen Gesetzgebung in Neuvorpommern 349/13 74–76
 - Parzellierung von Bauernhöfe 336/12 141
- Stände, Anträge:
 - Dispensations-Gelder-Fonds 434/17 201–202
 - Entschädigung für Aufhebung des Mahlzwangs 323/11 222, 223
 - Gewerbesteuer 264/Fundort 178–179v; 264/9 216–217
 - gutsherrliche-bäuerliche Regulierung 367/14 82–82v
 - Justizwesen 268/Fundort
 - Klassensteuer 264/Fundort 178–179v
 - Personensteuer 264/9 216–217
 - Steuervergütung auf exportierten Branntwein 353/13 143
- Straßenbau, Verpflichtungen der Gutsbesitzer 131/6 43–43v
- Verwaltungsbehörden
 - Organisation 288/10 136–136v
 - Personaletat (1826) 288/10 136–136v
- Zollpolitik (1820) 70/3 381v–385
- Neuvorpommern und Rügen

Portugal

- Handel 139/6 114, 116v

Porzellanmanufaktur 30/2 155–155v; 57/3 234–235, 59/3 261–261v

- Einnahmen (1821–25) 85/4 129v–130, 135v; 88/4 169–169v; 135/6 82–82v, 146/6 177v–178v, 147/6 189; 189/7 397v–398; 241/8 491

Posen (Bistum)

- Entschädigung der Cessionärs des Bischofs Raczyński 169/7 201–203

Posen (Oberappellationsgericht/Oberlandesgericht) 46/3 143v; 150/6 222; 262/9 193; 405/16 79–79v

Posen (Provinz, Großherzogtum) 10/1 31; 30/2 160; 32/3 16v, 35/3 33, 48/3 163, 52/3 196, 53/3 197, 70/3 382; 99/4 245; 126/5 280v; 141/6 136; 167/7 165v; 201/8 14, 221/8 284–284v; 324/11 240; 371/14 112–112v

- Agrarkrisen (1823–24) 150/6 222; 184/7 364
- Ansiedlung 8/1 24–24v
- Forstverwaltung 146/6 177v
- Gerichte 146/6 172–172v
- Getreidesperre gegen Österreich 7/1 21, 10/1 33
- Gewerbesteuer, bei Schankwirte auf Domänen 210/8 146–151

- Huldigungseid *412/17* 7–8, *420/17* 83–83b
- Indult (1818), Aufhebung *46/3* 140v–144v; *76/4* 60–62
- Irrenanstalten *163/7* 120–121, *173/7* 260–262v; *439/17* 248–248v
- Judenordnung (auch für Kulm, Michelau und Thorn) *117/5* 64–87v
- Landschafts-Reglement *374/15* 13–13v
- Landtagsabschied (1828) *398/16* 13–15
- Mahlzwang *332/12* 101–102
- Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse (8.4.1823), Entwurf *111/5* 10v–15v
- Stände, Anträge:
 - - Appellationsgericht *405/16* 79–79v
 - - Geistliche Zehnte, Eintragung im Hypothekenbuch *398/16* 4–8
- Straßenbau (1822) *96/4* 227–227v; *152/7* 8v
- Verwaltung, Etatsentwurf (1826) *286/10* 133
- Zollpolitik (1820) *70/3* 381v–385
- Posen** (Regierung) *26/2* 114; *46/3* 143v; *132/6* 48, 52v; *191/7* 408v, *197/7* 452; *309/11* 88–88v
- Posen** (Regierungsbezirk) *32/3* 12; *152/7* 4; *306/11* 58v
- Posen** (Stadt) *53/3* 197, *71/3* 161
- Posten**
 - Befreiung vom Chausseegelde *254/9* 89–89v
- Potsdam** (Regierung) *26/2* 114, *27/2* 134–134v; *63/3* 319v, *64/3* 327–327v; *95/4* 215v, *107/4* 319v; *128/5* 294–295v; *132/6* 48, 52v; *208/8* 120v–121v; *299/11* 8; *359/14* 14
- Aufhebung der Berliner Regierung *48/3* 164, 165
- Potsdam** (Regierungsbezirk) *78/4* 69, *106/4* 307–307v, 312v–313, 314; *129/6* 12v–13v; *306/11* 58v; *328/12* 45
- Potsdam** (Stadt)
 - Bauten *30/2* 153, 154v; *71/3* 392v–393v; *152/7* 10v–11, *193/7* 426v–427, 429; *278/10* 78
 - Kadettenanstalt *30/2* 165v
 - Magistrat *26/2* 117v
 - Polizeidirektorium *26/2* 117v
- Potsdam** (Stadtgericht)
 - Etat (1821–23) *199/7* 487–487v
- Präbende**
 - Ansprüche aus aufgehobenen
 - - v. d. Busche *234/8* 394v
 - - Drachter *234/8* 394v
 - - v. Galen *234/8* 394–394v
 - - v. Spiegel *234/8* 394v
 - Entschädigung bei den Domstiften Brandenburg und Havelberg *24/2* 87–89v
- Präklusion/-termine** *396/15* 172–177v
 - Gehalts- und Pensionsentschädigungen *56/3* 224–225; *135/6* 77–77v
 - Militärbedürfnisse in der Periode vor 1805 bis 30.6.1814 *200/8* 7
 - Staatsgläubiger *205/8* 63–64v; *273/10* 14
 - Wartegeldentschädigungen *56/3* 224–225
- Preußen** (Provinz) *35/3* 33, *70/3* 382; *141/6* 136; *242/9* 1gv; *362/14* 48
 - Agrarkrise *150/6* 222; *336/12* 142
 - Heringshandel *257/9* 134v–136
 - gutsherrliche und bäuerliche Verhältnisse *6/1* 15v–16
 - Landtagsabschied (1825) *319/11* 181v
 - Landtagswahl (1824) *220/8* 267–268v
 - Mennoniten *326/12* 16v

- Militärlieferungen 302/11 22v; 327/12 23–24
- Schulwesen 435/17 212a–212av
- Schutzgeld 418/17 53–53v
- Stände 179/7 305, 306v
- - Dorfgerichte, Dienstinstruktion (1824) 213/8 182v–183
- Stände, Anträge:
 - - Abgaben 427/17 135–136
 - - Branntwein, Verkauf 355/13 165–166v
 - - Einkommensteuer für Kapitalisten 265/9 219–219v
 - - Erbfolge 344/13 33
 - - Gerichtsverfassung 267/9 233–234v
 - - Geschlechtsvormundschaft, Aufhebung 424/17 119
 - - Grundsteuer hinsichtlich der klimatischen Lage 265/9 219–219v
 - - Gymnasium zu Hohenstein 435/17 212a–212av
 - - Justizverwaltung 255/9 117–118v
 - - Kassenanweisungen 361/14 35–35v
 - - Kriminal-Justizpflege 424/17 117–117v
 - - Landräte, Kreis-Deputierte, Wahl 435/17 207–208v
 - - Lehnverhältnisse 428/17 138–139
 - - Militärangelegenheiten 255/9 106–113n, 121–126
 - - Parzellierung von Bauernhöfe 336/12 141
 - - Provinzial-Steuer-Direktoren, Beschwerden über 361/14 40–43
 - - Schiedsmänner, Anstellung 354/13 160
 - - Stempelfreiheit 428/17 141, 434/17 194–195, 197–199
 - - Steuerwesen 264/9 208–209v, 211–214
 - - Strafagio 361/14 35–35v
 - - Taubstummen-Institut zu Königsberg, Überlassung eines Gebäudes 336/12 146–147
 - - Untersuchungskosten 359/14 10
 - - Zinsfußsenkung 339/12 162–162v
 - - Zollordnung, Beschwerde der Kaufmannschaft Danzigs 361/14 40v–41
- Steuerwesen, Kreise Kulm u. Michelau 264/9 208–208v
- Verwaltungsbehörden, Etats (1826) 296/10 163–163v
- Zinsfußsenkung 381/15 65–65v
- Preußische See-Assekuranz Kompagnie** (Stettin) 68/3 370–371
- Preußische-Staatszeitung**
 - Allgemeine Preußische Staatszeitung
- Provinzen** (allgemein)
 - Baufonds (1820) 68/3 367–367v
 - Instruktion (31.12.1825), Entwurf 259/9 145–157v
 - Neuordnung, geplant (1820) 48/3 163–168v
 - Verwaltungsbehörden
 - - Etat (1820–24) 36/3 46v; 85/4 141v–142, 88/4 171–171v; 192/7 421v–422; 252/9 77cv
 - - Etats (nach 1825) 286/10 133 f.
- Provinzialschuldenwesen** 27/2 126v–129v
 - Brandenburg 29/2 146
 - Neuvorpommern 218/8 231–234
 - Ostpreußen 27/2 127, 29/2 146
 - - Königsberger Stadtschulden 163/7 129–134
- Provinzialstände**
 - Stände

Provinzial-Steuer-Direktoren *168/7* 193–193v, *194/7* 432v–433

- Beschwerden der Kaufmannschaft Königsbergs und Danzigs *361/14* 40–43
- Entlassung von Beamten auf administrativem Wege *262/9* 190–191

Pulverfabrikation

- Berlin *184/7* 369, 370–371v
- Magazine *10/1* 31v–32
- Neisse *184/7* 368–372v

Putbus (Herrschaft)

- Allodifikationssteuer *206/8* 84

Pyritz (Kreis)

- Landtagswahl (1824) *205/8* 72–73v, 74–74v

Quäker

- Militärdienstbefreiung, Bestrafung *237/8* 425–425v

Ragnit (Strafbesserungsanstalt) *30/2* 160

Randow (Kreis)

- Landtagswahl (1824) *205/8* 73v

Ratibor (Herzogtum) *317/11* 147, 148

Ratibor (Oberlandesgericht) *118/5* 96, 98–98v

- Gewerbeabgaben an Gutsbesitzer *270/9* 260
- Schutzgeld *418/17* 54–54v

Rauden (Stift) *118/5* 96

Ravensberg (Grafschaft) *55/3* 225v

Ravensburg (Stadt) *48/3* 167v

Recklinghausen (Grafschaft) *107/4* 321, 322, 323v, 327–327v; *115/5* 57–60

Regierungen (allgemein)

- Abteilungen *259/9* 153–157v
- aufgelöste, Entschädigungsansprüche *73/4* 18v–20
- Aufhebungen, geplante *48/3* 163–168v; *80/4* 87v–88v, 91–92; *139/6* 109–110
- Ausgaben (1821–22) *62/3* 302–306v
- Auswanderungskonsens *284/10* 119–120v
- Beamte, Einsenden der Nachweisungen von neu angestellten *278/10* 75
- Befugnisse/Kompetenzen *47/3* 159–159v, *54/3* 202–203; *208/8* 124–125v
- Berichte *52/3* 196
- Buchhaltung, Regulierung (1822) *138/6* 95–104v
- Bürokostenfonds *55/3* 220v–221v; *143/6* 139–139v
- Einstellungsbeschränkung *34/3* 28, *39/3* 77
- Etat (1820–24) *85/4* 134, 135–136, *88/4* 170, *90/4* 174–176; *147/6* 188; *189/7* 400–400v
- Etatsabschriften, Einsendung an die General-Kontrolle *60/3* 285–286; *127/5* 288–291
- Etatwesen *132/6* 47–54v; *259/9* 149v
- fiskalische Exekutionsbefugnis *257/9* 140–143v
- Haftung für Kassendefekte *213/8* 173–174v
- Instruktion (31.12.1825)
- - Beratungen mit den Oberpräsidenten *250a–250b*/Fundort 84–92; *251a–251b*/Fundort 92–102v; *252a*/Fundort 102v–112v; *253a–253b*/Fundort 112v–118v
- Kriegsschulden-Sachen gegenüber den Untergerichten *262/9* 192–193
- Medizinalräte *121/5* 121–133
- Regierungskommissarien *139/6* 110
- Reskriptenstil *102/4* 277–278

- Sekretäre 212/8 165v
- Verwaltungskosten 57/3 240–240v
- - (1822) 135/6 84–84v
- - (1823) 152/7 15–15v
- Verwaltungsmaßnahmen 60/3 285–286
- Reichenbach** (Regierung) 57/3 245, 62/3 306; 73/4 18v–20
- Aufhebung 48/3 163v–164
- Reichenbach** (Regierungsbezirk) 28/2 143–143v; 48/3 163v
- Reichsdeputationshauptschluß**
- Erbpräbende 317/11 155
- Gehalts- und Pensionsrückstandszahlungen 64/3 323v–325
- Pensionen 317/11 150–151
- Pensionen an Mitgliedern aufgelöster Stifte 298/11 3–3v
- Beamte; Pensionen
- Reichskammergericht** (Wetzlar)
- Archiv, Reparaturarbeiten 97/4 231–231v
- Reichsstände/Reichsunmittelbare**
- Standesherrn
- Reklamationssachen** 112/5 26–27v, 121/5 121–133; 137/6 89–94; 205/8 63–64v, 210/8 150–150v
- Rekurssachen** 39/3 81–83; 52/3 193–194, 56/3 225–228, 231–231v; 167/7 165–166v; 254/9 93; 364/14 61–61v
- Religionsgesellschaften** 266/9 227–288
- Residenten**
- Diplomaten
- Revision**
- Beifügung der Entscheidungsgründe bei Revisionserkenntnissen 255/9 117v
- Beschränkung der Rechtsmittel 178/7 304–304v
- Ober-Tribunal 307/11 68v–69
- Streitigkeiten über gutsherrliche und bäuerliche Verhältnisse 220/8 264–265
- Rheda** (Herrschaft) 44/3 115; 310/11 91v, 92v; 351/13 114–122, 355/13 183; 362/14 45–46; 383/15 92; 422/17 99, 430/17 157
- Rhein** (Fluß) 30/2 153v, 159; 59/3 254v, 68/3 366; 78/4 71v, 72v, 82/4 105, 83/4 117–117v, 88/4 165, 99/4 246–246v, 103/4 280v, 107/4 324v, 109/4 349, 110/4 356, 357v; 139/6 116v; 191/7 410; 212/8 170v
- Handel 189/7 395v
- Rhein- und Mosel Departement** 123/5 171
- Rheinbach** (Kreis) 139/6 109v
- Rheinischer Revisions- und Kassationshof** (Berlin) 27/2 123, 126
- Rheinoktroi** 163/7 126v–127v, 189/7 395v–396
- Rheinprovinz(en)** 48/3 163v, 53/3 197, 68/3 363v; 122/5 138v; 191/7 409–409v; 201/8 14, 208/8 115–116, 117–117v, 233/8 382; 246/9 19v, 248/9 47; 275/10 40–40v; 342/13 14
- Agrarkrise (1817) 1/1 1v–2
- Bauten, Vorschuß lt. Konferenz von Engers 281/10 104–105v
- Beamte
- - Beschlagnahme des Dienstekommens im Wege der Exekution 273/10 21–21v
- - Bürgermeister/Maires 26/2 107–112v
- - Pensionen 348/13 72–72v
- Bettler und Vagabunden, Bestrafung 27/2 122–126v
- Domänen, Pfandgüter 240/8 478–479v

- Domänenverkäufe, Gerichte 239/9 70–71, 249/9 71–71v
- Ehe 379/15 52–52v
- Einregistrierung 183/7 348–359
- Etatentwurf (1826) 286/10 133
- Fideikommiss 292/10 152–152v
- Forstwesen/ frz. Forstordnung 294/10 159–160
- Getreidemangel- Lieferungen und Teuerung (1817) 5/1 12, 8/1 25v–26v, 9/1 28v–30, 10/1 33v, 11/1 35v–37v, 12/1 44
- Güterversteigerungen in der letzten Zeit der frz. Herrschaft, Gültigkeit 94/4 207–208
- Irrenanstalten 173/7 260–267
- Jagdgerechtigkeiten 103/4 280–282v; 112/5 24, 25v; 311/11 97–100v
- Juden, Niederlassungsrecht 85/4 125–126v
- Justizwesen
 - - Gerichtsstand 131/6 45–46v; 185/7 377–378av
 - - Rechtsangleichung 27/2 130–132v; 262/9 198; 279/10 84–85, 283/10 113–114v, 292/10 152–152v; 302/11 25; 378/15 40–44, 379/15 53; 403/16 56–65; 426/17 133–133v
 - Kasernenbau 30/2 157v; 123/5 146–157v
 - Kinder, Legitimation unehelicher 307/11 71–71v, 313/11 111; 362/14 50
 - Kirchengut, Normaljahr 299/11 14–15
 - kirchliche (katholische) Verhältnisse 201/8 17–23
 - Kommunalabgaben (Mahl- und Schlachtsteuer), Befreiung des Militärs 215/8 205–205v
 - Kommunalschuldenwesen, linkes Rheinufer, Wesel 94/4 208–209v
 - Landlieferungen 309/11 79
 - Landtagsabschied (1827) 357/14 2–3, 5v–6
 - Mennoniten 326/12 16v–18v
 - Mobilmachungsfonds 22/2 72–75v
 - Münzwesen 76/4 57v–59, 91/4 188–188v, 109/4 348–350v; 113/5 43–43v, 123/5 142–145v; 165/7 147v; 326/12 11–12v; 422/17 95–96v
 - Oberpräsidenten 72/4 3
 - Provinzialrechte 283/10 113–114v
 - Salzpreise (1817) 5/1 13v
 - Schleichhandel mit Salz 88/4 163–167; 157/7 51–52
 - Schulden, Fstm. Wied 336/12 138–139v
 - Schulzwang 249/9 67–68v
 - Servis 281/10 100–102v
 - Standesherrn 44/3 115v; 374/15 17
 - Stände
 - - Bezirksstraßen, Unterhaltung 280/10 95
 - - Rechtsangleichung 279/10 84–85v, 403/16 56–65
 - Stände, Anträge:
 - - Ablösung Berg, Entschädigungen 368/14 97–97v
 - - Auflösung der Gewerbesteuerverbände Koblenz/Elberfeld, Köln/Deutz 347/13 63–63v
 - - Domänen-Verwaltung, Exekutionsbefugnis 403/16 62v–63
 - - Erbfolge 403/16 63v–64
 - - Erbschaftsstempel, Witwer 350/13 102–102v
 - - Gerichte, Kompetenzen 403/16 62–62v
 - - Gerichtsgebühren 403/16 62
 - - Gütereinziehung, (1803) Kölner Schul- und Stiftungsfonds 350/13 96–97v
 - - Hilfs-Gendarmerie 404/16 70
 - - Hypothekenwesen 403/16 64–65

- - Klassensteuer, Kontingenz 349/13 78–78v
- - Privat- und Kommunalförster, Glaubwürdigkeit vor Gericht 403/16 63
- - Straßenbau 403/16 53–54
- - Versteigerungen, Mobilien 351/13 105–106
- Stempelfreiheit bei Verfügungen für Gemeinde 292/10 145
- Stempelgebühren bei Besitzveränderungen 248/9 49v
- Steuerdirektion 189/7 395v
- Straßen
- - Bezirksstraßen, Unterhaltungskosten 280/10 95–96v
- - Chausseegeld 123/5 164–164v
- - Einteilung in Staats- oder Bezirks- 123/5 164–165
- Straßenbau- und Unterhaltung 14/2 8v–9v; 65/3 344–346v; 96/4 227–227v, 103/4 280; 152/7 1v, 4v, 2v, 6v, 158/7 59v, 191/7 410; 272/10 9; 403/16 53–54
- - Zulagscentimen 147/6 185v–186; 189/7 398v; 208/8 117v; 248/9 53–53v
- Umrechnung fremder Währung 208/8 115–116, 117–117v
- Vermögen der ehemaligen Zünfte in den rechtsrhein. Gebieten 47/3 153, 155–156v, 157–158v
- Verwaltung
- - Ressortkompetenzen der Justiz- und Verwaltungsbehörden (20.7.1818), Entwurf 13f/Fundort 12–18v
- Rheinschiffahrt**
- Durchgangsabgaben 82/4 102–104v
- Gefälle, Einnahmen (1823) 188/7 388
- Verbesserungen 49/3 176–178v
- Rhin** (Fluß) 208/8 120
- Richter** (richterliche Beamte)
- Entlassung 352/13 133
- Patrimonialgerichte 374/15 19–19v
- Rietberg** (Grafschaft) 373/15 2–3v, 385/15 95–98; 399/16 21–22v, 400/16 29; 422/17 98–98v
- Kloster 399/16 22v
- Riexhoof** 30/2 154v
- Roer Departement** 55/3 218–218v, 219v–220; 77/4 65, 85/4 125v
- Rothschild** (Handlungshaus) Frankfurt/M. 151/6 237, 243v; 428/17 148v
- Rothschild** (Handlungshaus) London
- Anleihe (1818) 428/17 146, 147–148
- Rügen**
- Neuvorpommern
- Ruhrort**
- Hafenausbau 59/3 247–256
- Ruppin** (Kreis)
- Landtagswahl (1824) 208/8 128–128v
- Rußland** 8/1 23v, 25v, 10/1 33; 32/3 15v; 86/4 146v; 126/5 280v; 371/14 113–113v, 114v; 412/17 7–8
- Eidformel für auswärtige Untertanen 340/13 2–2v
- Gebiet des ehem. Hsgtm. Warschau (Konvention 24.4.1819), Forderungen 32/3 15v–20
- Handel/Handelspolitik 70/3 381v, 382v–383, 384–385; 134/Fundort; 139/6 112v, 114, 115, 116, 117v; 390/15 127
- Zollsätze (1823) 162/7 113–115
- Saale** (Fluß)
- Schiffbarmachung 30/2 152v; 57/3 236–239

- Saar** (Fluß) *109/4* 349
- Saarbrücken** (Stadt)
- Forderungen an preuß. Staat *163/7* 123–125v
- Saar-Departement** *99/4* 245v
- Saarlouis**
- Militärmagazin *30/2* 163v
- Saatzig** (Kreis)
- Landtagswahl (1824) *205/8* 73v, 74v
- Sachsen** (Herzogtum) *15/2* 11; *39/3* 79, 80v
- Deutsche-Ordens-Güter-Fonds *201/8* 29–39
 - Gewerbezwang *33/3* 23–23v
 - Gottesdienste *247/9* 28
 - Hypothekenpatent *210/8* 153
 - Justizwesen *141/6* 134; *239/8* 453–453v; *270/9* 262–262v; *342/13* 12
 - Kirchen- und Schulpatronat, Kostenbeitrag zu geistlichen und Schulbauten *396/15* 184v–187
 - Lehnswesen *214/8* 189–189v
 - Provinzialgesetze, Revision *396/15* 184–184v
 - Quatembersteuer *100/4* 256–259v
 - Servis *180/7* 321–322v
- Sachsen** (Königreich) *221/8* 285v; *278/10* 71v; *371/14* 113v
- Deutsche-Ordens-Güter *201/8* 32–32v
 - Gewerbefreiheit *133/6* 55–55v
 - Handel/Handelspolitik *70/3* 381v, 383; *139/6* 114
 - Schleichhandel *157/7* 52
- Sachsen** (Kur-) *399/16* 18–18v
- Sachsen** (Provinz) *22/2* 74v; *48/3* 163v; *108/4* 333; *141/6* 136
- Altmark
 - - Herabsetzung der Grundsteuer *353/14* 141
 - - Rittergutsbesitzer, Ortspolizei *337/12* 152v
 - gutsherrliche und bäuerliche Verhältnisse, Oberlausitz *55/3* 208–208
 - - Drüsedau, Dienstablösung *305a/Fundort*; *412a/Fundort*
 - Hypothekenwesen *15/2* 11v–14v
 - Justizwesen
 - - Gültigkeit der kgl. sächsischen Gesetze *432/17* 180–181
 - - Kriminalgerichtsbarkeit *81/4* 99–99v
 - - Patrimonialgerichtsbarkeit, Mediatstädte *202/8* 41–42v; *384/15* 94–94v
 - - Patrimonialgerichtsherren *284/10* 115–117
 - - Rechtsangleichung *337/12* 152–152v
 - - Unterhaltung der Gerichtsgefängnisse *150/6* 223v
 - Kammer-Kreditkassenscheine *43/3* 109–110v
 - Kirchen- und Schulpatronat, Kostenbeitrag in den ehemals kgl. sächs. Landesteilen *415/17* 32, *432/17* 180–186v
 - Landesschulden aus der Zeit des Kgr. Sachsens *14/2* 2, *15/2* 11–11v
 - Landtagsabschied (1828) *398/16* 13–15
 - Münzwesen *76/4* 58, *91/4* 187–188v; *430/17* 161–164
 - Oberpräsident *72/4* 3
 - Polizei *284/10* 115–117
 - Schleichhandel mit Salz *157/7* 51v–52, 54–54v, *189/7* 397
 - Servis *281/10* 100–102v

- Stände Anträge:
- - Einquartierung 309/11 81
- - Grundsteuererlaß für die ehemaligen westphälischen Landesteile 336/12 146–147
- - Kommunalverhältnisse 337/12 152–152v
- - Militärlieferungen 302/11 20
- - Patrimonialgerichtsbarkeit, Mediatstädte 342/13 12
- - Städteordnung 325/12 6–8
- - Universität Halle, Freitisch 397/15 189–192
- - Viehfutterdiebstahl, Gegenmaßnahmen 317/11 145
- Steuerwesen, Berechnung der Abgaben im „Erb- und Nebenlande“ 100/4 257v
- Straßenbau 152/7 7, 8v
- Verwaltungsbehörden
- - Organisation, Etats (1826) 290/10 140–141v, 291/10 143
- Zollpolitik (1820) 70/3 381v–385
- Zünfte 133/6 55–55v
- Flecken Schwarzta; Sachsen (Herzogtum); Westphalen (Königreich)
- Sachsen-Weimar-Eisenach** (Großherzogtum)
- Deutsche-Ordens-Güter 201/8 29–39
- Salm-Salm** (Fürstentum) 22/2 75v–76
- Salz** 250/9 62–62v, 64
- Bonifikation für die Herings-Salzereien 257/9 133–138v
- Hausierhandel, Verbot 135/6 77–77v
- Preise (1817) 5/1 13v
- Schleichhandel 78/4 74, 88/4 163v–167v; 133/6 66–66v; 157/7 51–51v
- Westfalen, Produktion 343/13 21
- „**Sanitätskommission**“ 92/4 197–197v
- Schaffhausen & Co.** (Bank in Köln) 99/4 249
- Schafsucht**
- Königl. Stamm-Schäfereien, Einnahmen (1823–24) 147/6 188; 189/7 399v
- Westfalen, Schäfer, Bestrafung bei Haltung von Vorvieh 343/13 27–31v
- Schankgewerbe**
- Brandenburg, Getränkehandel der Viktualienhändler auf dem platten Land 361/14 37–38
- Gerechtigkeiten der herzoglichen Domäne zu Oels 27/2 130v–130c
- Gewerbesteuer auf Wein 375/15 30–33v
- Schankwirte, Gewerbesteuerpflichtigkeit bei Domänenämtern 210/8 146–151
- Schenkungen**
- an Herrnhuter im Ausland 266/9 227–228v
- Donatarien der 4. und 5. Klasse 316/11 137–140v
- Schickler Spiegel-Manufaktur**
- Holzungsrecht 208/8 120–122v
- Schiffahrt**
- Abgaben 189/7 393–393v
- - Etat (1821) 85/4 132, 135v
- - rechts der Oder 261/9 177–178
- - Rheinschiffahrt 82/4 102–104v
- Schiffe**
- Frachtlöhne 139/6 116
- Wachtschiffe 145/6 157–157v
- Schiffsregister**
- Gesetzentwurf wegen Aufnahme fremder Seeschiffe 125/5 259–263v

Schivelbein/Schievelbein (Kreis)

- Landtagswahl (1824) 208/8 127–127v

Schleichhandel 189/7 395v

- Gegenmaßregel 42/3 104–107, 46/3 138–138v; 133/6 66–73v; 157/7 51

- - Rhein 78/4 71v–75v, 83/4 116v–119v

- - Vorschläge der Regierung Kleve 83/4 119v

- - Vorschlag der Regierung Minden 88/4 163–163v

- Grenzgendarmerie 45/3 129–130

- - Waffengebrauch 78/4 75v

- Mecklenburg-Strelitz 206/8 88–89v

Schlesien (Provinz) 30/2 160; 48/3 163v, 64/3 333v; 113//5 37–37v; 141/6 136; 191/7 408v; 362/14 48

- Chausseegeldtarif 14/2 6v–8v

- Dotationszuschüsse bei Veräußerung von geistlichen Gütern 207/8 101–102

- - Meßfundations-Kapitalien 181/7 326–327v

- Eisen 1/1 2–2v

- Getreidesperre, Österreich 7/1 21, 10/1 33

- Gutsbesitzer

- - Gewerbeabgaben 270/9 258–260v

- - Gewerbesteuer bei Getränkefabrikation, Erlaß 180/7 318–319v

- - Schutzgeld 418/17 52–55v

- gutsherrliche und bäuerliche Verhältnisse

- - Gärtnerstellen 227/8 330–332; 324/11 235–237v

- - Gesinde-Zwangdienst 21/2 65–67v

- - Oberlausitz (21.7.1821), Entwurf 55/3 208–208v

- Hypotheken 317/11 171–172

- Irrenanstalten 163/7 120–121, 173/7 260–267

- Justizwesen 41/3 96–100v; 341/13 9–9v

- - Gerichtsorganisation, Patrimonialgerichtsbarkeit 31/3 3–4

- - Klage der Feuer-Sozietät (Breslau) 283/10 110–111v, 297/10 166v

- - Städte, Kriminalgerichtsbarkeit, Untersuchungskosten 172/7 249–251

- Landtag

- - Virilstimmen 222/8 287–287v

- Landtagsabschied (1829) 398/16 13, 14–15

- Lehn- und Fideikomnisse

- - Aufnahme von Pfandbriefen bei Verschuldung durch Regulierung 352/13 129–130v

- Leinengewerbe 241/8 483–484

- - gewerbepolizeiliche Verhältnisse (2.6.1827), Entwurf 315/11 131–131v

- Laudemien 218/8 227–229; 248/9 227–229

- Militärverpflegung 327/12 23–24

- Provinzialrecht 341/13 9

- Quarantäne 25/2 97–99v

- Säkularisation 113/5 32v.37

- Schulden, ehem. geistlicher Behörden 118/5 96–98v

- Schulwesen 333/12 116–121

- Stände, Anträge:

- - Bergbauwesen 402/16 43–44v

- - Brandstifter 333/12 108

- - Branntwein 402/16 49–50v

- - Deportation von Schwerverbrecher 394/15 149–149v

- - Dorfgerichte, Zählgelder 341/13 9–9v
- - evangelische Schullehrer 333/12 116–121
- - Freikuxen, Religion- und Schulunterricht 397/15 198–199
- - Gerichtsverfassung, Einführung von Schiedsmännern 394/15 151–152
- - Gewerbefreiheit 322/11 208
- - Militärlieferungen 302/11 22–23
- - Pferde für das Militär 322/11 210–210v
- - Provinzialrecht 341/13 9–9v
- - Regulierung der Gärtnerstellen 324/11 235–235v, 237
- - Steuerverfassung 319/11 183–184, 322/11 212–212v; 329/12 67–68
- - Städteordnung 325/12 6–8
- - Verlagsrecht 322/11 212–212v
- - Waisenkassen 341/13 9–9v
- Straßenbau 152/7 8v
- - Waldenburg nach Maltsch 93/4 201–202
- Verwaltungsbehörden
- - Etats (1826) 291/10 143–143v; 309/11 85–87v
- Wasserbaufonds 152/7 6
- Zollpolitik (1820) 70/3 381v–385

Schleusen

- Gefälle, Einnahmen (1825) 241/8 490v
- bei Kamen 193/7 426
- Oranienburger 315/11 125
- Wriezen 28/2 141v–142v; 45/3 131–132v; 76/4 59–60

Schleusingen (Kreis)

- Zollgesetz (1818), Surrogatsteuer 316/11 142–142v

Schleusingen (Stadt)

- Kriminal- und Zivilgerichtsbarkeit 141/6 133–134

Schlüsselburg (Amt) 266/9 223

Schmiedeberg

- Kriminalgerichtsbarkeit 81/4 99–99v; 141/6 133v

Schnellmannshausen (Dorf)

- Zollgesetz (1818), Surrogatsteuer 316/11 142–142v

Schuldverschreibungen (Staatsschuldenscheine)

- Bordereaux 86/4 146–148v, 150–150v
- Forderungen an den Staat 154/7 35–36v
- Gehalts- und Pensionsrückstände 64/3 324–325
- als pupillen- und depositalmäßige Sicherheit, Einwand der schles. Gutsbesitzer 317/11 171–172
- Tilgung 183/7 341

Schulen

- Deutscher-Orden-Güterfond, Sachsen 201/8 30, 32
- Konitz 40/3 86–86v
- Prozeßkosten 221/8 280–282v
- Schulzwang, Rheinprovinzen 249/9 67–68v
- Westpreußen, Domänenschulfonds 129/6 1v, 4–5v; 165/7 141–143v

Schullehrer

- Dienstgesinde, Klassensteuer 95/4 221v–222v
- Entlassung 140/6 121v; 352/13 133
- Naturalverabreichung, Geldentschädigung 64/3 337–339
- Schlesien, Dotation 333/12 116–121

- Steuerbefreiungen *165/7* 151–155, *168/7* 190–191v
- Verbesserung deren Lage *168/7* 190–191v
- Witwenkasse *38/3* 69–70v
- Schulpforta** *201/8* 32
- Schutzgeld** *362/14* 48–48v
- v. a. Schlesien *418/17* 52–55v
- Schwanen-Anstalt** (Spandau) *106/4* 305v; *144/7* 153v
- Schwarza** (Flecken) *45/3* 133–136v; *331/12* 94–96v
- Schwarzburg-Rudolstadt** (Fürstentum)
 - Deutsche-Ordens-Güter *201/8* 31v
 - Handelspolitik *70/3* 383–383v
- Schwarzburg-Sondershausen** (Fürstentum)
 - Handelspolitik *70/3* 383–383v
- Schwarzhandel**
 - Schleichhandel
- Schweden** *62/3* 307; *102/4* 276
 - Handel *139/6* 114, 116
- Schwedt** (Herrschaft) *106/4* 307v, 312
- Seehandlung** *57/3* 239; *123/5* 156; *151/6* 248v–249; *160/7* 82v, 83v–84, 85v, 87–87v, *161/7* 98v, *176/7* 282; *247/9* 30
 - Deckung des Staatshaushalts (1824) *194/7* 434–434v, *195/7* 437–437v, 439
 - Erwerbsmonopol auf ausländische Produkte *177/7* 283–283v
 - Forderungen an das Finanzministerium *159/7* 77–78
 - Veräußerung verpfändeter Effekte *333/12* 113–114
- Seelotsen**
 - als Beamte *399/16* 27–27v
- Seidenfabrikation** *139/6* 113–113v
- Senftenberg** (Amt) *55/3* 207–208
- Servis**
 - Berlin *72/4* 3–8v
 - ehemalige erbländische sächsische Städte *180/7* 321–322v
 - Etat (1821) *85/4* 132v
 - Garnisonseinrichtungen *220/8* 248–250
 - - in den neuen und wieder eroberten Provinzen *281/10* 100–101v
 - Preußen (Prov.) *255/9* 106v–107, 109–110
 - Städte/Kommunen, Entschädigung für Naturalquartier *95/4* 213–214v
 - Überschüsse aus den ehemaligen Provinzial-Servis-Sublevationskassen *95/4* 215–217v
 - Mietssteuer; Militär; Steuer
- Sieg** (Fluß) *48/3* 167
- Siegen** (Fürstentum) *254/9* 84; *347/13* 61–61v
 - Grundsteuer (1815–25), Erstattung *350/13* 94–94v
 - Hypothekenordnung (20.12.1783) *210/8* 152–154, 158v–159v
 - Rechtsangleichung *63/3* 313–316; *99/4* 242v–244; *210/8* 158v
- Siegen** (Stadt und Kreis)
 - Haubergswirtschaft *227/8* 328–330
- Solms-Braunfels** (Fürstentum)
 - Organisation *323/11* 216–218v
- Sorge** (Hüttendorf)
 - Zollgesetz (1818), Surrogatsteuer *316/11* 142–142v

Spanien

- Handel *139/6* 114, 116–116v

Spielkarten

- Stempel, Entschädigung von Fabrikanten in der Rheinprovinz *182/7* 330–331; *210/8* 142–143

Sporteln

- Einnahmen (1821–24) *85/4* 134–135v, 142, *88/4* 170; *147/6* 188; *189/7* 399v

- Verwaltungsbehörden *220/8* 255v–256

→ Gericht, Gebühren

Sporteltaxe *392/15* 140–140v

- Sporteltax-Ordnung für die Oberpräsidien usw. (25.5.1825), Entwurf *253/9* 78–79v

Spremberg (Kreis) *314/11* 116**Staatsbuchhaltere** *12/1* 44v

- Aussterbeetats *320/11* 188–188v

- Pensionsbeiträge *320/11* 187v

Staatsdiener

→ Beamte

Staatshaushalt (allgemein) *111/5* 1–8

- Aussterbeetat *277/10* 59–59v

- eiserne Bestände *36/3* 51, *39/3* 78–78v; *160/7* 82, 83v

- Periodizität, jährliche Anfertigung des Etats *132/6* 47–54v

- Staatsschatz, General-Justiz-Salarien-Kasse *101/4* 269–271

- Übersicht aller Fonds, die nicht im Hauptfinanzetat vorgesehen waren *180/7* 309–313

Staatshaushalt (einzelne)

- (1818): *12/1* 44v; *50/3* 183v–185v

- (1820): *29/2* 147, *30/2* 149–169v; *34/3* 25–28, *36/3* 40–51, *37/3* 59–62, *39/3* 75–78v, *54/3* 202, *57/3* 234–235, *68/3* 366–369, *70/3* 380–381

- (1821): *34/3* 26–27v, *37/3* 59–62, *61/3* 299, *62/3* 302–306, *71/3* 389–396; *80/4* 88v–89, *85/4* 127–143, *87/4* 157–158, *88/4* 159–162v, 168v–171v, *96/4* 226–227, *98/4* 237–239; *135/6* 81–82

- (1822): *34/3* 26–27v, *37/3* 59–62, *62/3* 302–306; *111/5* 4, 5v, 7–7v; *135/6* 81–86

- (1823): *145/6* 164–164v, *146/6* 175–181v, *147/6* 185–189v, *150/6* 215–225v; *152/7* 1–17, *158/7* 56–60, *159/7* 61–63v, 75, *160/7* 82–97, *166/7* 160–163v, *177/7* 292–292

- (1824): *187/7* 384–387v, 395–401, *188/7* 388–391, *189/7* 400, *191/7* 406–411, *192/7* 415v–422v, *193/7* 425–431, *194/7* 432–436, *195/7* 437–439v

- (1825): *241/8* 485–495v; *242/9* 1–1s, *245/9* 15a–15ev, *252/9* 77a–77o; *278/10* 78

- (1826): *286/10* 133, 140–141v

Staatskanzleramt

- Büro *167/7* 170, 175, *168/7* 187–187v

- - Ausgaben (1820–24) *36/3* 41v; *85/4* 136v–137, *88/4* 170v; *150/6* 215v–218, 219v–220; *192/7* 419–419v

Staatsministerium *252/9* 77e

- Befugnisse/Kompetenzen *278/10* 75; *366/14* 72–72v; *388/15* 115–115v

- - Beamte, Entscheidung bei Beanspruchung entzogener Diensteinkünfte *436/17* 222–223

- - Dienstentlassungen *140/6* 121–122v; *299/11* 11–12; *399/16* 27–27v

- - Finanzangelegenheiten *8/1* 25

- - gegenüber anderen Ministerien *55/3* 209–209v

- - gegenüber der General-Kontrolle *145/6* 166–168

- - Kompetenzkonflikte zwischen Verwaltungs- u. Gerichtsbehörden *297/10* 165–166v, *387/15* 110

- - Pensionen *222/8* 290

- - Reklamationssachen *211/8* 163

- - Schulden beim Fiskus *355/13* 174–175v

- - Staatshaushalt (1821) 98/4 237–239
- - Standesherrschaften, Prüfung der Urkunden 345/13 47–47v
- - ständische Angelegenheiten 179/7 305–306; 213/8 182–182v; 342/12 16–19
- - Untergerichte, Einrichtung 212/8 170–171
- - Zolltarifsätze 139/6 117v
- Büroausgaben (1821, 1823) 88/4 170v; 150/6 215v–216, 219v
- Einführungen 12/1 44
- - Bernstorff 13g/Fundort 8–8v
- - Danckelman 261/9 181
- - Klewiz als Staatssekretär 1/1 1
- - Motz 269/9 250
- Gebührenkasse 331/12 86
- - Erteilung v. Viril- und Kollektivstimmen 350/13 91–92
- General-Kontrolle 33/3 23v–24
- Geschäftsgang 4/1 8v; 13a/Fundort; 13e/Fundort; 24/2 95–95v; 105/4 301–301v; 167/7 170–175, 168/7 187–188, 172/7 241–241v
- Hauptverwaltung der Staatsschulden, Forderungen an die 151/6 249–250
- Immediatberichte 11/1 35v
- Kanzlei, Aufgaben 350/13 91–92
- Karlsbader Beschlüsse 18/2 41b–41dv
- Meinungsdivergenzen mit OPräs. sind kein Beratungsgegenstand 169/7 206v–206
- Sitzungssaal 173/7 251–254v, 256–258
- Staatsverträge, Beratung 385/15 97v–98
- Wunsch nach Beratung des Staats-Schulden-Tilgungs-Etats (1823) 111/5 6–6v
- Staatsrat** 3/1 6–6v, 4/1 8–8v, 5/1 12–14, 6/1 17v–18, 7/1 19, 8/1 23, 9/1 28, 10/1 31, 32–32v, 11/1 34; 13d/Fundort 44v; 13f/Fundort 18; 22/2 77, 26/2 108, 116v; 31/3 6v, 46/3 144v–145v, 146v, 63/3 313, 315v, 70/3 385v–386v; 75/4 31v, 76/4 56–56v, 80/4 81v, 88/4 167v–168v, 92/4 193, 94/4 208–209v, 95/4 218, 99/4 244, 100/4 262v, 105/4 296v, 106/4 313v; 111/5 15v, 116/5 61v, 119/5 100v, 125/5 263v; 129/6 7–7v, 14v, 135/6 79v, 143/6 146v; 183/7 351v–352, 188/7 390; 233/8 382v–383, 384; 248/9 59v, 252/9 77e, 261/9 181; 306/11 44, 307/11 6, 308/11 73, 311/11 97–97v, 100–100v, 313/11 111, 317/11 162, 164v, 166 v, 324/11 235–235v, 237; 340/13 7v; 362/14 50, 371/14 124, 125v–126
- Ausgaben (1821, 1823) 85/4 137, 142v; 150/6 215v, 219v
- Befugnisse/Kompetenzen
 - - Dienstentlassungen 121/5 126v–127, 129–129v–130v; 140/6 121
 - - Entsetzung von Geistlichen und Schulbedienten 8/1 25
 - - Kompetenzkonflikte zwischen Verwaltungs- u. Gerichtsbehörden 387/15 110
- Begutachtungen
 - - Mauer- und Dachsteine, Westfalen 372/14 147
 - - Mennoniten, Befreiung von Militärpflicht 46/3 144v–145v
 - - Publikations-Patent zur Einführung der AGO u. des ALR in Neuvorpommern 354/13 157
 - - Verfälschung öffentlicher Papiere 422/17 96v
- Grävell 15/2 15–16v
- gutsherrliche-bäuerliche Regulierungen 367/14 82
- Kompetenzkonflikte zwischen Verwaltungs- u. Gerichtsbehörden 297/10 165v–166
- Sitzungssaal 173/7 251, 253, 254v–255v, 256–258
- Staatsschatz** 111/5 4v
- Bildung gemäß der KO (17.1.1820) 129/6 16–22

Staatsschulden 33/3 23v–24; 120/5 111–112v

- altmärkische Kriegsschuld 86/4 148v–150v; 128/5 305–305v
- Danziger Stadtbligationen 60/3 292–295
- Domäne 169/7 197–199v
- Gläubiger (9.8.1823) 154/7 35–36v
- Präklusionen bei Staatsgläubigern 273/10 14
- Rheinprovinz 281/10 104–105v
- Staatspapiere/Staatsschuldsscheine 22/2 72v, 74v, 75v
- - Aufgebot 366/14 74–79
- - Aufgebot, Amortisation und Ersatz verlorener oder vernichteter 278/10 70–71; 428/17 143–148v
- - des Königreichs Sachsen 278/10 70v–71; 366/14 76
- - Veräußerung im Wege der Exekution 92/4 192–194
- Westphalen (Kgr.) 86/4 150–154; 128/5 305–305v

Staatssekretariat

- Ausgaben (1821, 1823–24) 85/4 137, 142v, 88/4 170v; 150/6 215v, 219v; 192/7 419

Staatsverträge

- Auslegung streitig gewordener 413/17 10
- bei Gerichtsprozessen 115/5 58–59v; 146/6 170–174
- - Forderungen von Pächtern ehemaliger frz. Dotationsgüter aus der Zeit vor dem 30.5.1814 118/5 89–91v, 128/5 297–297v

Städte/Kommunen

- Bürgerschaft soll Kosten zur Bewachung der Staatskassen tragen 26/2 113–114, 116v–117
- Einquartierung 276/10 48–49v
- - Garnisonseinrichtungen 220/8 248–250
- - in den neuen und wieder eroberten Provinzen 281/10 100–101v
- Erhebung geringerer Geldstrafen, Gerichtsbarkeit 411/16 106–106v
- gerichtliche Angelegenheiten 7/1 19
- Justizverwaltungskosten 279/10 82–82v
- Kompetenzgelder für ost- und westpreußische sowie litauische Städte 129/6 1–5v
- Magistrate 325/12 8–8v
- Polizei, Pensionen 314/11 113
- Sicherheit 10/1 31v
- Servis
- - Entschädigung für Naturalquartier 95/4 213–214v
- - Überschüsse aus den ehemaligen Provinzial-Servis-Sublevationskassen 95/4 215–217v
- Stadtverordnete, als öffentliche Behörden 421/17 93–93v

Städteordnung

- Einführung und Modifikationen (1826) 325/12 6–8
- Stralsund, Einführung 397/15 201
- Westfalen 157/7 53

Stände (allgemein) 63/3 315–316v

- Abteilung provinzial-ständischer Angelegenheiten im MdI 342/12 16–19
- Gesetz zur Einrichtung 179/7 306–306v
- Gewerbepolizei-Edikt 361/14 37v–38
- Kontrolle des Salzverbrauchs 157/7 53–53v
- Landlieferungen für das Militär 229/8 344–347
- Mitteilungen des Staatsministeriums, Ministerien 213/8 182–182v
- Städteordnung 325/12 6–8

Standesherrn (allg., inkl. preuß. freie Standesherrn, fürstl. u. gräfl. Häuser) 42/3 104

- Arrest 314/11 120–121
- Beamte 360/14 24–25
- - Mitwirkung bei Steuer- und Militärsachen 169/7 210–212
- - Pensionen 205/8 66–70
- - Uniform 281/10 98; 360/14 24–25; 402/16 41
- - Urlaub 254/9 98
- Behörden
- - Gebühren 216/8 211–211v
- - Unterhalt 216/8 215–218v
- - Verwaltungsbefugnisse 216/8 207–210
- Beilegung des Prädikats „regierend“ 318/11 179–179v; 383/15 81–82
- Besitzungen, Kommunalverband 382/15 72–73; 430/17 159
- Entschädigungsansprüche 105/4 297v–300v, 107/4 321–330
- Erbschaftsstempel, Befreiung 44/3 117
- Familienverträge, Rechtsgültigkeit 373/15 2–5v, 385/15 95–98; 400/16 29
- Fräuleinsteuer 364/14 63
- Gemeindeangelegenheiten 422/17 98–99
- Gerichtsstand 344/13 37
- Huldigungseid 273/10 17; 344/13 35
- Instruktion (30.5.1820), Entwurf 44/3 113–128v, 49/3 173v–176
- Katasterkosten 383/15 92–92v
- Kommunallasten, Gestellung der Pferde der Kavallerie 263/9 206–206v
- Kommunalverhältnisse 344/13 37; 430/17 159
- Militärpflicht 96/4 227v
- Patrimonialgerichtsbarkeit, Schlesien 31/3 3–4, 41/3 96–100v
- Personalarrest bei Schuldsachen 314/11 120–121
- Rechtsverhältnisse 198/7 460–461v; 254/9 103–103v, 257/9 103v–104v
- Rekursverfahren 216/8 209v–210
- Titelverleihung 169/7 212v–213v
- Urkunden, Standesherrschaften 345/13 47–47v
- Verwaltungsbefugnisse 216/8 207–210, 211–211v
- Wappenfarben 374/15 17

Standesherrn (einzelne)

- Anhalt-Bernburg
- - Familienverträge, Rechtsgültigkeit 385/15 96v
- Anhalt-Cöthen-Pleß
- - Befugnisse 340/13 5v
- - Erhebung der freien Standesherrschaft Pleß zum Mediat-Fürstentum 317/11 147–148
- Aren(m)berg
- - Entschädigungsrente 107/4 321–330; 115/5 57–60; 146/6 170–170v; 206/8 84–84v
- - Rezeß 274/10 34–35
- Bentheim-Steinfurt 430/17 157, 159
- - Rechtsverhältnisse 383/15 75
- Bentheim-Tecklenburg 430/17 159
- - Entschädigungen 163/7 125v–126v, 198/7 466v–468; 216/8 215–218v; 257/9 159–159v; 351/13 114–122, 355/13 183; 362/14 45–46
- - Gronau 198/7 461v–466v
- - Katasterkosten 383/15 92–92v

- Bentheim-Tecklenburg-Rheda 344/13 37
- - Huldigungseid, Weigerung 344/13 35
- - Regulierung der Verhältnisse 44/3 115; 310/11 91–93
- - Unterdrückung der Titel v. Lingen, Hoya, Anburg, Uchte, Itter, Freudenberg, Schwerin und des Erbvogts zu Köln 310/11 91v
- Boos-Waldeck
- - Reklamationen wegen Gehaltsrückstand bei Ämtern seines verstorbenen Vaters, Besitzungen des Polcher Dingtages 237/8 430–432
- Braunschweig-Oels
- - Beschwerde wegen Rangordnung 222/8 287v–288
- - Prädikat „regierend“ 383/15 81–82
- Carolath-Beuthen
- - Virilstimme auf dem schlesischen Landtag 220/8 287–287v
- Croy
- - Entschädigung für standesherrliche Gerechtsame 336/12 136
- - Herrschaft Dülmen 44/3 115; 336/12 136
- Hatzfeldt
- - Befugnisse 340/13 5–5v
- - Erbvereinigung (1598) 170/7 232; 306/11 46–50; 348/13 68; 360/14 30; 382/15 70–70v; 440/17 252
- - Rechtszustand, Wildenburg-Schönstein 306/11 46–47, 50–51
- - Trachenberg, Standesgericht 409/16 94
- - Virilstimme Trachenbergs auf dem schlesischen Landtag 220/8 287–287v
- Hessen-Rheinfels-Rothenburg
- - Herzogtum Ratibor 317/11 147, 148
- Hohenlohe-Ingelfingen
- - Gerechtsame 271/10 2–3v
- Kaunitz
- - standesherrliche Verhältnisse 399/16 21v–22v
- Kaunitz-Rietberg
- - Entschädigungsrente 407/16 82
- - Forderungen, Franziskaner-Kloster Rietberg 388/15 115–115v
- - Grafschaft Rietberg 373/15 2–3v, 385/15 95–98; 400/16 29–29v
- Landsberg-Velen
- - Gerechtsame über Gemen 206/8 92–92v
- Leiningen-Westerburg (Neuleiningen)
- - Rhein-Octroi-Rente 163/7 126v–127v
- Leyen v. d.
- - Entschädigung für zwei Häuser in Koblenz 105/4 298–301; 133/6 57–64; 234/8 393–393v, 236/8 415–417; 248/9 47
- Liechtenstein
- - Grafschaft Rietberg 373/15 2–3v, 385/15 95–98; 400/16 29–29v
- - unangemessene Kuralien 373/15 3–3v; 400/16 29
- Loos-Cors 44/3 115
- Pappenheim, Entschädigung 99/4 245v–253, 110/4 354–360
- Pückler- Muskau
- - Muskau, Gerichtsbarkeit 247/9 28
- - Rechtsverhältnisse 392/15 134–135
- - Regierungsrechte 198/7 461v–466v

- Salm-Horstmar 44/3 115
- - Entschädigung 169/7 208–208v; 345/13 49, 349/13 49v–50; 398/16 17
- - Gronau 198/7 462, 463v–466v
- - Rechtsverhältnisse 331/12 85–85v
- - Rezesse 392/15 134, 135–136v; 425/17 129
- Salm-Kyrburg 44/3 115–115v
- - Entschädigung 209/8 140; 254/9 100–101v; 273/10 12; 349/13 49v
- - Rezeß 276/10 50–52; 312/11 108; 392/15 135v
- Salm-Salm 44/3 115–115v
- - Entschädigung 209/8 140; 254/9 100–101v; 273/10 12; 349/13 49v
- - Rentenforderung 274/10 34–35
- - Rezeß 266/9 225; 276/10 50–52; 312/11 108; 338/12 160–160v; 392/15 135v
- Solms
- - Beamte 402/16 41
- Solms-Baruth-Klitschdorf
- - Befreiung von Militärpflicht 96/4 227v
- Solms-Braunfels
- - Beschwerde wegen Rangordnung 222/8 288–288v
- - Verwaltungsbehörde, Organisation 344/13 39
- Stolberg-Roßla
- - Rechtsverhältnisse 398/16 2–2v, 399/16 18–19; 412/17 12
- Stolberg-Stolberg
- - Rechtsverhältnisse 398/16 2–2v, 399/16 18–19; 412/17 12
- Stolberg-Wernigerode
- - Entschädigungen 216/8 213, 222/8 296
- - Justizwesen 354/13 166
- - Schwarza 45/3 133–136v; 331/12 94–96v
- Rezeß (17.9.1822) 254/9 103–103v, 257/9 103v–104v
- - Entwurf 124/5 180–257v
- Wallmoden-Gimborn 44/3 115v
- Westphalen
- - Meßfundations-Kapitalien, Kloster Boedeken 306/11 53–55v
- Wied (Neuwied) 397/15 195
- - Beamte 254/9 98; 402/16 41
- - Jurisdiktion der Obergerichte 345/13 44–45
- - Justizwesen 354/13 165–166v
- - Organisation der Verwaltungsbehörden 273/10 19; 311/11 105–106
- - Übernahme der Aktivschulden mit Nassau 336/12 138–139v
- - Verwaltung Irlichs und Mayscheids 360/14 22
- - Wappenfarben 374/15 17
- Wied-Runckel
- - Amt Altwied (Altenwied) 336/12 138
- - Amt Neuenburg 336/12 138
- - Gerechtsame gegenüber der Reg. Koblenz 169/7 210–213v
- - Übernahme der Aktivschulden mit Nassau 336/12 138
- Trachenberg; Wernigerode; Wied; Wildenburg-Schönstein
- Stapelrecht**
- Köln 9/1 30v
- Stargard (Stadt)**
- Erhebung geringerer Geldstrafen 411/16 106

Statistisches Büro

- Ausgaben (1821, 1823–24) 88/4 170v; 150/6 217v–218, 219v; 192/7 419

Steinfurt (Grafschaft) 422/17 99, 430/17 157

Stempel 35/3 32v; 356/13 185–186

- Befreiung 22/2 75–78; 31/3 11–11v; 199/7 479–479v; 317/11 174–177; 428/17 141

- - Gesuche wegen Eintritts in den Kriegsdienst 277/10 58

- - Kirchen, Schulen, milde Stiftungen usw. 349/13 87–88

- - neue und wieder erworbene Provinzen 317/11 174, 177–177v

- - Preußen (Prov.), Schiedsmänner, Erbschafts- oder Kaufstempel 434/17 194–195v, 197–199

- - Rheinprovinz, Verfügungen für Gemeinden 292/10 145

- - Westfalen, Anmeldung von älteren Realrechten 349/13 83–83v

- - Westfalen, Hypotheken 408/16 85–86

- Berechnung und Anwendung, Differenzen zwischen den Ministerien 351/13 124a–124av

- Cessionen 436/17 227–227v

- Einnahmen (1821, 1823–24) 85/4 131v–132, 135v, 136 140, 88/4 169v–170; 147/6 186v–187, 188/7 389–391

- Erbschaftsstempel 22/2 75v–78; 232/8 363–363v; 333/12 110–111; 434/17 197–199

- - Dienstboten, welchen eine Pension vermacht wurde 138/6 108–108v

- - Lehn- und Fideikommißanfänge 428/17 143

- - Nachlaß bei Ausländern 351/13 124

- - Witwer, Rheinprovinz 350/13 102–102v

- Fiskale, Befugnisse 232/8 357, 358–358v

- Gnadenstempel-Tarif 182/7 333–336

- Kalender 225/8 315–315v

- Lizitations-Verhandlungen 351/13 124b

- Pacht- und Mietsverträge, Ungültigkeit durch den Nichtgebrauch 248/9 59–60

- Quittung

- - Entrichtung des Stempels 327/12 26–32

- - Zahlungen aus städtischen Kammereikassen 421/17 93–93v

- Revision 437/17 230–230v

- Schlußzettel der Makler in Berlin 232/8 357–358v; 346/13 59–59v

- Schwängerungs- und Alimentenprozesse 351/13 124av–124b

- Spielkarten 182/7 330–331

- Stempelgesetz (7.3.1822) 5/1 12; 95/4 222v–223v; 111/5 4v–5

- - Entwurf 92/Fundort; 100/4 262–266v

- Stempelpflicht, Einwand auf Rechtsweg 400/16 31–32v, 401/16 33–33v; 416/17 34–34v

- Strafen, Ober-Rechnungs-Kammer 436/17 225–225v

- Strafresolute 154/7 33

- Wechsel (3.1.1830), Entwurf 377/15 39a–39b; 436/16 227–228v

- Viril- und Kollektivstimmen auf dem LT 350/13 91–92

- - Urkunden 331/12 86

Stettin (Oberlandesgericht) 52/3 194; 105/4 295, 296, 297–297v; 118/5 92v–93

Stettin (Regierung) 21/2 68, 70v, 23/2 82v; 52/3 194, 57/3 245, 70/3 381–385; 112/5 17–17v, 21, 118/5 91v–93; 132/6 48, 52v

Stettin (Regierungsbezirk) 106/4 307–307v, 312–314; 306/11 58v

Stettin (Stadt) 68/3 370, 70/3 383v

- Institut der Nordseeherringsfischerei, Christoffelscher Konkurs 139/6 117v–118v

- Magistrat 325/12 8–8v

- Schifffahrtsschule 209/8 135, 136

Steuer

- Abschloß 85/4 134; 200/8 11–12v
- Akzise
- - Aufhebung, Entschädigung der Stadt Höxter 153/7 30–31v
- Arten
- - Kasernensteuer 30/2 157–157v, 159v
- - Konsumtionssteuer 139/6 116v
- - Papiersteuer 62/3 308v–309
- - Personensteuer, Pommern 264/9 216–217
- - Quatembersteuer, Sachsen 100/4 256–259v
- - Vermögenssteuer 166/7 158–158v
- - Weinsteuern, Einnahmen (1824) 189/7 396
- Einnahmen (1820–21, 1824–25) 85/4 130, 132v–133v, 136, 140, 141, 142v, 88/4 169v, 90/4 175v–176; 187/7 386–387v, 189/7 396, 195/7 437–437v, 438v–439; 241/8 487v–489v
- Entschädigungen 192/7 422v
- Erhöhung, erwogene (1826) 306/11 58–59
- Generalinspektor für die westlichen Provinzen 78/4 74v–75
- Gesetze (1818) 13f/Fundort
- Gesetze (1820) 34/3 26–26v, 27v
- - Entwürfe 35/3 31–38v
- indirekte, Erlaß von Oberpräsidenten 31/3 6–8
- Preußen (Prov.), Einkommensteuer, Kapitalisten 265/9 219–219v
- Steuerfreiheit, Getreide 192/7 413–413v
- Zahlungsweisen 133/6 65–65v
- Zuschlag, geplanter (1823) 177/7 292–292v
- [einzelne]; Provinzial-Steuer-Direktoren

Steuerkonvention 47/3 159–159v

- Editionseid 440/17 254–255v
- Geldstrafe 346/13 52–52v
- Steuerverfassung** (Kommission) 5/1 12–12v, 8/1 24v–25

Stifte (ehemalige)

- Pensionsansprüche 222/8 290; 298/11 3–4v, 300/11 16–16v
- Sterbe- und Gnadenmonat, Anspruch Hinterbliebener ehemaliger Mitglieder aufgelöster Stifte und Präbenden 200/8 2–2v

Stiftungen

- Herzoglich Merseburgischer Kanzler Wex 80/4 81–81v
- Pommern, Dispensations-Gelder Fonds 434/17 201–202
- Präbende

Stolpemünde 30/2 154v**Strafanstalten**

- Danzig 177/7 290
- Glatz 177/7 289v–290
- Graudenz 177/7 290
- Jülich 177/7 290–290v
- Köln 177/7 289v–290
- Kosel 177/7 290
- Luckau 392/15 140–140v
- Magdeburg 177/7 290
- Neisse 177/7 290
- Pillau 177/7 290

- Weichselmunde 177/7 290
- Wesel 177/7 289v–290

→ Festungen

Strafbarkeit

- Aufhebung 393/15 143v–147
- jugendliche Verbrecher 395/15 167v–171
- preuß. Untertanen im Auslande 393/15 146–147
- Strafbestimmungen im Ausland 379/15 46–47
- Zurechnungsfähigkeit 392/15 144, 395/15 169v–170

Strafgelder 85/4 134

- Herzogtum Warschau, Gnadengesuche 324/11 239–240
- Umwandlung in Gefängnisstrafe 391/15 129–129v

Strafrecht

- Adel, Verlust 389/15 118v
- Bettler/Vagabunden, Rheinprovinz 27/2 122–126v
- Deportation von Schwerverbrechern 394/15 149–149v
- Festungsstrafe 389/15 118–118v
- - Personen der höheren und gebildeten Stände 391/15 129–130v
- - Strafdauer 391/15 130v–131v
- Prozeßordnung (1829) 423/17 101–102v
- Strafgesetzbuch (1851)
- - Entwurf (1828) 379/15 46–49, 386/15 103–105v, 387/15 107–108v, 389/15 118–125, 391/15 129–132v, 393/15 142–147, 395/15 166–171
- - Notwehr 393/15 145v
- - Todesstrafe 386/15 104–105v, 387/15 107–108v
- - Verjährung 395/15 166v–167

Stralsund (Regierung) 23/2 80; 59/3 265, 62/3 306v–307v; 102/4 275, 110/4 360v–361; 132/6 48; 208/8 112v, 224/8 309v; 354/13 158

- Aufhebung 48/3 163v, 166, 168v; 430/17 169v
- Münzwesen 435/17 214–219
- Regierungskommissar 139/6 110
- Wege- und Brückenbauten 152/7 5

Stralsund (Regierungsbezirk) 123/5 160; 306/11 58v

Stralsund (Stadt)

- Gerechtsame 280/10 91–91v; 397/15 201
- Grundstücksverkaufs- und Erbschaftssteuer, Aufhebung 224/8 309–310
- Militärarme, Verpflegung 401/16 35–36
- Rechtsverhältnisse, Städteordnung 415/17 22

Straßenbau und -unterhaltung 103/4 280

- Ausgaben (1822, 1824) 135/6 83v; 193/7 428v–429
- Beamte, Gehalt 224/8 312–313v
- Brandenburg, Chausseebauten/-geld 363/14 52v–53v
- Chausseewärter, Status als Beamte 27/2 133–134b
- Finanzierung 38/3 70v–72; 254/9 89–89v
- - Kosten 152/7 1v, 2v–3, 7–8v, 9, 10v, 158/7 59v–60
- Grundbesitzer
- - Entschädigung bzw. Vergütung für Materialien 262/9 204
- - Herausgabe von Feldsteinen 373/15 5–7
- Landstraßen 185/7 378cv–378dv
- Ostpreußen 131/6 39–41, 143/6 141–144v; 169/7 215–217v

- Pommern *131/6* 43–43v
- Post-Departement *207/8* 104–107
- Privatbauunternehmer *190/7* 403–405v
- Rheinprovinz *65/3* 344–346v; *123/5* 162–163v, 165–179v; *280/10* 95–96v; *403/16* 53–54
- Sachsen *247/9* 30–30v
- Schlesien *93/4* 201–202
- staatliches Darlehen *93/4* 201–202
- Unterhaltungsfonds (1821) *85/4* 138v
- Vizinalwege *285/10* 130–130v
- Wegereglement *67/3* 358–359v
- Westfalen *214/8* 189–189v
- Westpreußen *131/6* 39–41; *250/9* 64–65v
- Zulagscentimen *28/2* 137–137v
- zuständiges Ministerium *185/7* 378b–378g
- Styrum** (Herrschaft) *310/11* 91
- Subhastation**
- landschaftlicher Kredit-Institute bei bepfindbrieften Gütern *360/14* 27–28v
- Hypotheken
- Süd- und Neustpreußen** *10/1* 31
- Beamte, Gehalts- bzw. Entschädigungsansprüche *155/7* 46–46v
- Säkularisation, Entschädigungen *169/7* 201–203
- Suhl** (Stadt)
- Mahl- und Schlachtsteuer (Fleischsteuer) *410/16* 102; *429/17* 150–150v
- Swinemünde** (Stadt)
- Badeanstalt *209/8* 131–133
- Hafenausbau *30/7* 153; *152/7* 7, 9–9v, 11, *158/7* 58v–59, *192/7* 415
- Tabak**
- Westfalen, Steuer *357/14* 3v–4
- Zoll (1828–30) *365/14* 67–67v
- Tapiau** (Armenhaus) *319/11* 181v
- Teuchern** (Stadt)
- Patrimonialgerichtsbarkeit *270/9* 262–262v
- Theaterbau-Kasse**
- Vorschuß (1823) *156/7* 48–49
- Thorn** (Stadt)
- Indult *46/3* 140v–144v
- Kompetenzgelder *129/6* 3
- Tilsiter Wochenblatt**
- Gemeinnütziges Wochenblatt
- Titelverleihungen** *7/1* 20
- Adel
- - Salm-Kyrburg *123/5* 159–159v
- - Stolberg-Roßla *123/5* 159v
- - Stolberg-Stolberg *123/5* 159v
- - Stolberg-Wernigerode *123/5* 159v
- Kommerzienrat *5/1* 11v
- Subalternbeamte *436/17* 220–220v
- Verlust des Titels verabschiedeter Militärpersonen und Zivilbeamten *430/17* 172–173v

Todeserklärungen

- Kriege (1806–15) 4/1 8v; 353/13 139–139v, 152; 366/14 70

Torgau (Stadt) 193/7 427v–428

- Regulierung des Vorfluts 278/10 77–78

Trachenberg (Fürstentum) 360/14 30; 382/15 70–70v; 409/16 94; 440/17 252

- Rechtsverhältniß 358/14 8

Tranksteuer

→ Bier- und Branntweinsteuer

Trebnitz (Domänenamt) 62/3 309–310

Treffurt 394/15 154–155; 404/16 74–74v

Treptow (Krs. Demmin) 112/5 17v

Tresorscheine

- Domäneninsassen 109/4 346v–348v

Trier (Bistum)

- Dotation (1824) 201/8 17–23

- - Meßfundationsfonds, Domkirche 201/8 18v–19, 23

Trier (ehemaliges Domstift)

- Pensionsansprüche ehemaliger Domicellarpräbenden 206/8 81–82v; 248/9 45–46v

Trier (Regierung) 11/1 38v; 65/3 344, 345; 99/4 246v, 110/4 354v, 356; 132/6 47–48, 52; 249/9 67–67v; 281/10 104

- Anfrage wegen Pensionsabzüge bei beschlagnahmten Gehältern von Beamten 272/10 7

- Haushalt, Anfertigung 132/6 47–48, 52

- Motten, Waldungen 360/14 32v–33

- Staatswaldungen 294/10 159–160

Trier (Regierungsbezirk) 7/1 19v–20; 94/4 207v, 99/4 246v, 103/4 280v; 123/5 173; 272/10 9; 306/11 58v

- Auswanderungen (1817) 5/1 11–11v

- Handel 330/12 80–80v

- Staatswaldungen 292/10 159–160

- Straßenunterhaltung, Kosten 272/10 9

Trier (Stadt)

- Bauten, Vorschuß lt. Konferenz von Engers 281/10 104v

Tuchfabrikation

- Guben 284/10 122

- Schauanstalten, Aufhebung (5.1.1823), Entwurf 141/6 136–137

Universitäten

- Berlin 73/4 13–13v, 75/4 43–43v

- Bonn

- - Ernennungen 327/12 21–21v

- - Fakultät der kath. Theologie, Dotation 201/8 19v–21

- Breslau

- - Entschädigung für abgetretene Gebäude 168/7 177–186v

- Frankfurt/O. 168/7 177, 186–186v

- Greifswald 62/3 306v–308

- Halle 73/4 17; 121/5 121v

- - Deutscher-Ordens-Güterfonds 201/8 32

- - Entschädigungssumme, Festungsrayon zu Wittenberg 75/4 45v–49

- - Freitisch, Stände des ehem Herzogtums Magdeburg 397/15 189–192

- Helmstedt 397/15 189–189v
- Leipzig 201/8 30
- Wittenberg 73/4 17; 201/8 30, 32
- - juristische Fakultät, Reklamation ehem. Mitglieder 39/3 78v–80

Untersuchungskosten (Kriminalkosten) 359/14 10

- Ausgaben (1823) 150/6 222v–223
- Forstbeamte 315/11 133–135
- schlesische Städte 172/7 249–251
- Steuerbeamte 315/11 133–135

Untertanen-Eid

- auf fremde Staaten 248/9 51

Urheberrecht

→ Nachdruck

Vagabunden

- Bestrafung 27/2 122–126v

Verbrauchssteuer

- Anhalt-Köthen (1819–21) 71/3 389–396
- Einnahmen (1823) 147/6 186v–187

Verfassung 22/2 76–76v

Versicherungsgesellschaften

- Berlinische Assekuranz-Kompagnie 107/4 319–321
- Preußische See-Assekuranz Kompagnie Stettin 68/3 370–371

Versteigerungen

- Rheinprovinz 351/13 105–106

→ Subhastation

Verträge

- keine staatliche Bestätigung beim Verkauf von Immobilien (23.4.1821), Entwurf 46/3 138v–140v

Verviers (Belgien) 55/3 211–213v

Verwaltungsbehörden

- Abschlußtermine für Ausgabenfonds 159/7 67–68v
- Berichte 345/13 42
- Bewilligung von Gratifikationen 254/9 89–89v
- bei der fiskalischen Exekution 275/10 37–38v
- Kommission für die anderweitige Einrichtung der Provinzial-Verwaltungs-Behörden (1824/25) 259/9 146–146v, 153, 155v
- Kompetenzkonflikte mit Gerichtsbehörden 297/10 165–166v; 304/11 32, 321/11 205–206v; 387/15 110
- - Kommission zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte 321/11 205, 206–206v; 329/12 58
- Kosten 1/1 2v
- Pensionsbewilligungen 315/11 122–123
- Gerichtsbehörden; Kompetenzkonflikte

Vieh

- Diebstähle von Viehfutter 317/11 145
- Rinderquarantäne 25/2 97–99v; 62/3 306v; 278/10 73
- Schlachtvieh, Handel, Bundesstaaten 11/1 34v

- Seuche
- - Krakau Österreich, Rußland, v. a. Polen 390/15 127
- - Kosten zur Unterdrückung in der Kurmark 299/11 8–10
- Zoll (1828–30) 365/14 66v
- Volkmarsen** (Stadt) 8/1 24v, 9/1 28v
- Volljährigkeit**
- Majorennität
- Vormundschaft**
- Geschlechtsvormundschaft (Aufhebung) 233/8 378–379, 380
- - Westpreußen 424/17 119
- Preußen (Prov.) 255/9 117
- Zuständige Behörde bei Prozessen mit Ansprüchen am Fiskus 161/7 104–111
- Vossische Zeitung** 15/2 15

- Wachtmeister** 292/10 147–148v
- Waldordnungen**
- Regierungsbezirk Arnberg (1666) 331/12 88–89
- Wandersleben** (Amt) 5/1 13v
- Warschau** (ehemaliges Herzogtum) 32/3 16, 17; 76/4 61, 80/4 82–82v; 111/5 10v, 112/5 26v, 126/5 280v; 129/6 3; 221/8 284v; 254/9 93; 324/11 239–240
- Ansprüche ehemaliger süd- und neuostpreußischer Beamte 155/7 46–46v; 234/8 391
- Juden, rechtliche Verhältnisse 117/5 66–67
- Pensionsansprüche ehemaliger Offiziere 371/14 112–122v; 413/17 15–17
- Rechtswesen 5/1 13v
- Schuldenwesen 232/8 366–367
- Wartegelder/Wartegeldempfänger** 56/3 228–231
- Ansprüche aus Dienstverhältnissen in anderen Staaten 142/6 130–131v
- Entschädigung, Präklusionstermin 56/3 224–225
- Etatverminderung (1827) 364/14 57–59v
- Gendarmen 292/10 147–148v
- Goldzahlungen 239/8 451c–451cv
- Invaliden 237/8 427–428; 262/9 184–186v
- Offiziere mit Inaktivitätsgehalt 239/8 451cv
- Pensionsbeitrag 239/8 451c
- Wachtmeister 292/10 147–148v
- Warthe** (Fluß)
- Schiffbarmachung 30/2 155
- Weberei**
- Gewerbesteuer 4/1 8
- Wegefrohen**
- Straßenunterhaltung im Regierungsbezirk Trier 272/10 9
- Wegemaut**
- Chausseegeld
- Wegereglement** 67/3 358–359v
- Wagengeleise 4/1 8
- Wehlau** (Kreis) 161/7 99
- Weichsel** (Fluß) 175/7 274
- Weimar**
- Sachsen-Weimar-Eisenach

Weinschank

→ Schankgewerbe

Werden (Grafschaft)

- Gütergemeinschaft der Eheleute 272/10 5

Werden (Stadt) 60/3 274v

- Zuchtanstalt 177/7 290v

Wernigerode (Grafschaft) 45/3 133v, 135–136; 124/5 180–257v; 254/9 103–103v, 257/9 103v–104v; 273/10 19

- Gebrauch des Prädikats „gräflicher Fiskus“ 312/11 109

- Regierungskosten 257/9 104v

Wernigeroder Intelligenzblatt 124/5 195v–196, 197, 218**Wesel** (Stadt) 8/1 24

- Gültigkeit der frz. Gesetzgebung in dessen Rayon 51/3 187, 189

- Militärmagazine 30/2 163v

- Proviantamt 8/1 26, 9/1 30

- Schuldenwesen 94/4 208–209v

Weser (Fluß) 88/4 166; 123/5 153v**Westfalen** (Herzogtum) 112/5 26–26v; 331/12 88; 347/13 61–61v

- Banngerechtigkeiten, Aufhebung 357/14 4v

- Beamte

- - Beitrag zu Kommunallasten 237/8 434–437

- - Beschlagnahme des Dienstekommens im Wege der Exekution 273/10 21–21v

- Brandsozietät 5/1 12v

- Fideikommiss 418/17 65–66

- Grundsteuer 248/9 55–55v

- gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse 51/3 187–187v, 189

- Hypothekenordnung 210/8 152–154, 158v–159v

- Justizorganisation 314/11 118–119v

- - Rechtsangleichung 63/3 313–316; 99/4 242v–244; 210/8 158v, 233/8 382v–383, 385; 279/10 85; 349/13 83–83v

Westfalen (Provinz) 48/3 163v; 108/4 333; 201/8 14

- Agrarkrise (1817)

- - Getreidemangel, -Lieferung und -Teuerung 6/1 7v, 7/1 21v–22, 8/1 25v–27, 9/1 28v–30v, 10/1 33v, 11/1 35v–37v, 12/1 44

- - Haferausaat, Regierungsbezirk Arnsberg 6/1 17v

- Bauten 368/14 95

- Beamte, Beitrag zu Kommunallasten 237/8 434–437

- Domänen, Pfandgüter 240/8 478–479v

- Gerichtsorganisation 150/6 222–222v

- Gesetzbücher 347/13 109–110v

- Grenzbezirk 241/8 481–481v

- Hypothekenwesen 408/16 85–86; 418/17 57v, 58v

- Irrenanstalten 173/7 260–262v, 263v

- Jagdgerechtigkeiten 311/11 97–100v

- Justizwesen 314/11 118–119v

- - Oberlandesgericht Hamm 32/3 15–15v

- - Organisation, Beschleunigung 347/13 61–61v

- kirchliche (katholische) Verhältnisse 201/8 17–23

- Kirchspiele
- - Altenberge 199/7 482v–483v
- - Böesensell 199/7 482v–483v
- - Harsewinckel 199/7 481–482
- Landlieferungen 309/11 79
- Landtagsabschied (1827) 357/14 2, 3–6
- Landtagskosten 350/13 90
- Landtagsmarchall (1828/29) 403/16 68
- Mennoniten 326/12 16v–18v
- Meßfundations-Kapitalien 306/11 54–55
- Mobilmachungsfonds 22/2 72–75v
- Morsbach 3/1 7
- Münzwesen 76/4 57v–59, 88/4 167v–168v, 91/4 188–188v; 123/5 142–145v; 165/7 145–149v; 326/12 11–12v
- - Münztarif (28.2.1816), Entschädigung der Steuerpflichtigen 208/8 115–118
- Parzellierung, ständische Begutachtung 317/11 155–155v
- Salz
- - Schleichhandel 88/4 163–167; 157/7 51v, 53, 54, 189/7 397
- - Preise (1817) 5/1 13v
- Servis 281/10 100–102v
- Standesherrn 44/3 115–115v, 125; 374/15 17
- Städteordnung 157/7 53
- Stände 99/4 242–244
- Stände, Anträge:
 - - Archive, Auslieferung 419/17 71–72
 - - Exekution mittelst Subhastation der Renten 424/17 104–105v
 - - Fabrikgerichte, Errichtung 419/17 74–75
 - - Fabrikzeichen 343/13 23–25
 - - Fideikomnisse, Ehebedingungen 433/17 188–189
 - - Fideikomnisse, ehem. Ghzgtm. Berg 418/17 57–59v, 438/17 246–246v
 - - Fideikomnisse, Großherzoglich-Hessisches Gesetz (1807) 418/17 65–66, 438/17 243–244
 - - Generalkommissionen, Gerichte, Kompetenzstreitigkeiten 424/17 107–110
 - - Gesetzbücher, Preissenkung 351/13 108–112
 - - Gewerbesteuer, Krämer 435/17 210–210v
 - - Grundsteuer Fstm. Siegen (1815–25), Erstattung 350/13 94–94v
 - - Grundsteuer-Kataster 433/17 191v–192
 - - Grundsteuer, Zulagscentimen 433/17 191–191v
 - - Hypothekenordnung, Modifikationen 349/13 85–86v
 - - Justizorganisation, Beschleunigung 347/13 61–61v
 - - Katasterwesen 434/17 204–205
 - - Mauer- und Dachsteine, Maß 372/14 145–147v
 - - Remissionsfonds 433/17 191v–192
 - - Salzproduktion 343/13 21
 - - Schäfer, Bestrafung bei Haltung von Vorvieh 343/13 27–31v
 - - Stempel, u. a. titulus mensae 437/17 230–230v
 - - Stempel und Sportelfreiheit bei Anmeldung älterer Realrechte 349/13 83–83v
 - - Stempelgesetz, Deklarationen 347/13 64–66
 - - Todeserklärungen, Kriege (1806–15) 353/13 139–139v, 152
- Steuerdirektion 189/7 395v
- Steuerverwaltung 133/6 67v

- Straßenbau 152/7 8; 357/14 4
- - Zulagscentimen (1820) 248/9 53–53v
- Verwaltung, Etatentwurf (1826) 286/10 133
- Westfalen (Herzogtum); Wesphalen (Königreich)
- Westphalen** (Königreich) 56/3 225v; 116/5 61–62, 118/5 89, 121/5 113v, 115v; 208/8 116, 117–117v; 364/14 61–61v; 424/17 107–110
- Aufgehobene Zünfte, Vermögen 47/3 153–154v, 156v–157; 254/9 95–96v; 284/10 116
- Entschädigungen, Beamte 213/8 180–180v
- Erbpräbende, Lippe-Detmold (Departement) 317/11 155
- Gerichtsorganisation 150/6 222–22v
- Landesschulden 128/5 305–305v
- - Altmark 86/4 148v–150v; 128/5 305–305v
- - Amtskautionen 86/4 150–154
- - Bordereaux 86/4 146–148v, 150–150v
- - Pensionen an Mitglieder aufgelöster Stifte 298/11 4–4v, 300/11 16v
- Steuerbeschwerden 3/1 6–6v
- Verwaltungsschulden 66/3 351–356
- Westpreußen** (Provinz) 32/3 16v, 48/3 163v; 98/4 234v; 141/6 136; 201/8 14
- Agrarkrise (1823) 184/7 361–366
- - staatliche Unterstützung 184/7 364v–366, 187/7 383–383v
- Ansiedlung 8/1 24–24v
- Armut 188/7 388v, 189/7 395–395v; 250/9 62–62v, 64, 65
- Bergwerk 189/7 397v
- Domänenschulfonds 129/6 1v, 4–5v; 165/7 141–143v; 232/8 361–361v, 240/8 361v
- Getreidepreise (1823) 184/7 361v–362
- Gütergemeinschaft der Eheleute 272/10 5
- Gutsbesitzer
- - Gewerbesteuer bei Getränkefabrikation, Erlaß 180/7 318–319v
- - Sukzessionsrecht 127/5 283, 285
- - Zuschüsse für Regulierungskosten (1822) 135/6 83v
- Kanäle 152/7 4
- Münzwesen 91/4 187–188v
- Pfandbriefe, Indult 270/10 264
- Städte, Kompetenzgelder 129/6 1–5v; 165/7 141v–142v, 143v; 252/9 77cv–77d
- Straßenbau 96/4 227–227v; 250/9 64–64v
- Zollpolitik (1820) 70/3 381v–385
- Wetzlar** (Kreis)
- Zollgesetz (1818), Surrogatsteuer 316/11 142–142v
- Braunfels
- Wetzlar** (Stadt) 97/4 231–231v
- Regulierung der Steuern 157/7 55
- Stadtgericht 183/7 343–345
- Wied** (Fürstentum) 254/9 98; 323/11 216, 217, 218
- Kosten zur Gestellung der Pferde für die Landwehr-Kavallerie 263/9 206–206v
- Verwaltung, Organisation 273/10 19; 345/13 44–45
- Wiedertäufer**
- Mennoniten
- Wildenburg-Schönstein** (Herrschaft) 306/11 46–47, 50–51; 358/14 8
- Wittenberg** (Stadt)
- Predigerseminar 73/4 17, 75/4 48

Wittenberge (Stadt)

- Krahn- und Wegegelder 365/14 67v

Wittgenstein (Grafschaften Wittgenstein-Berleburg, Wittgenstein-Wittgenstein) 347/13 61–61v

- Anleihen 428/17 146, 147

- Banngerechtigkeiten, Anleihen 357/14 4v

- Rechtsangleichung 63/3 313–316; 99/4 242–244; 210/8 152–154, 158v–159v

Witwen-Verpflegungsanstalt 38/3 69–69v; 174/7 271–272, 196/7 440–441v; 237/8 420–421

- nachträglicher Beitritt ehemals gering verdienender Beamter 130/6 23–28v

- Offiziere im Zivildienst, Eintritt 113/5 30–32

- Teilnahme der Beamten 420/17 79

Witwenversorgung

- Predigerwitwen in Erfurt, Pensionen, Braurechte; Erfurt 46/3 147v–151; 226/8 325–326v

- Unterstützung für Prediger- u. Schullehrerwitwen 165/7 151, 155–156

Wolle

- Ausfuhr 4/1 8

- Konjunktur (1821) 139/6 114v

- Schauanstalten, Aufhebung (5.1.1823), Entwurf 141/6 136–137

Württemberg (Königreich) 7/1 19v, 8/1 23v

Zählgelder 214/8 193–193v

Zehnte

- Posen, Geistliche 398/16 4–8

Zensur 4/1 9

- Buchhandlung Reimer 248/9 51

- Militärschriften 206/8 80–80v

- staatsrechtliche Schriften 184/7 374–375

Ziegenrück (Kreis)

- Zollgesetz (1818), Surrogatsteuer 316/11 142–142v

Zinsfuß (Zinssatz)

- Preußen (Prov.) 339/12 162–162v; 381/15 65–65v

Zivilgesetzbuch (Rheinprovinz)

- Beschränkung des Artikels 14 (2.5.1823), Entwurf 31/6 45–46v; 185/7 377–378av

Zivilkabinett

→ Geheimes Kabinett des Königs

Zivil-Witwenkasse

→ Witwen-Verpflegungsanstalt

Zoll 70/3 381–385

- Befreiungen 8/1 25–25v

- Einnahmen (1821, 1823) 85/4 130–131v; 147/6 186v–187

- Elbzoll 176/7 281v, 177/7 292–292v

- Ermäßigung (1824) 194/7 432v–433

- Grenzbezirke 241/8 481–481v

- Kommunal, Entschädigung, Züllichau 248/9 36–37

- Landgüter durch Grenzlinie geteilt 144/6 149v–150v

- Retorsionszölle 139/6 115v–116, 117

- Sätze

- - (1825–27) 228/8 333–334v, 231/8 353, 354v–355

- - Revision 139/6 112–117v, 141/6 118v–119

- - russ. u. poln. Produkte (1822–24) 134/Fundort; 162/7 113–115

- Waren über Hamburg 194/7 432v–433

→ Erhebungsrolle

Zollordnung (26.5.1818)

- § 108 365/14 67v–68

- Anhalt-Köthen (Hzgtm.) 54/3 200–201v

- Deklaration (13.7.1829), Entwurf 375/15 35–37

- Durchgangsabgaben 261/9 177–178

- Einrichtungen 13d/Fundort 44–44v

- Ergänzungen 231/8 353–354v

- Hessen (Ghzgtm.) 219/8 245–245v

- Mecklenburg-Strelitz 206/8 84v–90; 284/10 124

- Neuchâtel 164/7 134–139v

- Surrogatsteuer bei ausgeschlossenen Landesteilen 316/11 142–142v

Zollpolitik

- Heringsbedarf des gemeinen Mannes 365/14 66–66v

- westliche Provinzialstände 365/14 65–66v

Zuchthäuser

- Preußen (Prov.) 255/9 118–118v

Zucker

- Schleichhandel 133/6 66–66v

- Zoll (1828–30) 365/14 67v

Zugzehnte

→ Zehnte

Züllichau (Stadt)

- Aufhebung des Zollrechts 248/9 36–37

Zünfte 35/3 38

- Bauhandwerker 49/3 171v–173v, 64/3 326–328

- Vermögen, Kaufmannsgilde, Minden 254/9 95v–96v

- Vermögen, Westphalen (Kgr.), frz. Provinzen, Berg 47/3 153–158v; 254/9 95–96v

- Zwang, Sachsen 133/6 55–55v

Zusatzcentimen (Zulags-) 14/2 6v–9v, 28/2 137–137v; 36/3 43–43v

- (1820) 248/9 53–53v

- Einziehung zur Staatskasse 293/10 156–157

Zwangs- und Bannrechte (Aufhebung)

- Schlesien, Entschädigung, Branntweinbrennereien 402/16 49–49v

- Westfalen 357/14 4v

→ Mahlzwang

Personenregister

Die Umlaute ä, ö, ü werden computertechnisch bedingt im Alphabet wie a, o, u und nicht wie ae, oe, ue behandelt.

Abel, Hofrätin zu Wetzlar 183/7 343

Aders, Kaufmann zu Elberfeld 9/1 30v

Agar, Jean Antoine Michael

→ Mosbourg, Comte de

Ahé v. d., Sekr. OLG Insterburg, 1825 Pensionsache 290/10 140

Albeck, Steuerassessor in Angerburg 166/7 158

Alberti, Carl (gest. 1829), ca. 1818–28 Dir. d. General-Salz-Direktion, GehOFinR SchMinm. bzw. FinMinm. 17/2

Albrecht, Daniel Ludwig (1765–1835), 1784–87 Studium der Rechte Halle, Stadtger. Berlin, 1793 HofGerR Bromberg, 1797 RegR Thorn, 1798 KGR Berlin, 1804 VotrR JMinm., 1807 KGR Königsberg, 1808 VotrR für Rechtsangelegenheiten bei Friedrich Wilhelm III., 1809 GehOJusR JMinm., 13.12.1810–1835 Leiter (GehKabR) des Kgl. Zivilkab., 1817 MdStR 173/7 255–255v

Alexander I. (1777–1825), 1801 Kaiser von Rußland 371/14 117

Alopeus, David Graf v. (1769–1831), 1815–31 russ. Gesandter in Berlin 162/7 113v–114

Altenstein, Karl Frh. v. Stein zum (1770–1840), 1793 Ref. Kriegs- und Domänenkammer Ansbach, 1799 Übersiedlung nach Berlin, 1803 GehOFinR u. Mitgl. Generaldirektorium, 1806 mit dem Hof nach Königsberg, Juli 1807 Mitgl. Immediatkomm., 1807 Rigaer Denkschrift, 24.11.1808–4.6.1810 FinMinr., März–Juni 1813 Zivilgouv. Schlesien, 1815 Leiter eines Ausschusses zur Rückforderung von Kunstschätzen u. Manuskripten in Paris, 1817 MdStR, Bereisung der rheinischen Gebiete wegen Berichterstattung über die dortigen ständischen Verhältnisse an den König, 3.11.1817–14.5.1840 KuMinr. 12–13/1; 13a/Fundort; 13e–13f/Fundort; 13g/Fundort 8–8v; 14–16/2, 17/2 3, 18/2, 25/2 98; 31–58/3, 61–71/3; 72–77/4, 79–96/4, 99–110/4; 111–119/5, 121–128/5; 129–131/6, 135/6, 138/6 95–95v, 139/6 109, 141–151/6; 152–183/7, 184/7 361, 185–199/7; 200–201/8, 203/8, 217–220/8, 229/8, 231–240/8; 240a/Fundort; 241/8; 242–247/9; 247a/Fundort; 248/9 36, 249–250/9; 250a–250b/Fundort; 251/9; 251a–251b/Fundort; 252/9; 252a–252b/Fundort; 253/9 78; 253a–253b/Fundort; 254–258/9, 260–268/9; 268/Fundort; 269–270/9; 274/10 31, 278/10, 283–297/10; 298–305/11; 305a/Fundort; 309/11 88v, 311–319/11; 327–336/12, 338–339/12; 341–348/13, 350–356/13; 357/14, 364/14 55v, 57, 366–369/14; 375–397/15; 398/16, 403–408/16, 410–411/16; 412/17; 412a/Fundort; 413/17; 419–425/17, 434/17 201, 202, 435/17 212a

Altenstein, Sigmund August Ludwig Frh. v. Stein zum (1772–1835), 1797 bayreuth. RegR, 1809 KGR, 1810–31 GehJusR u. GehOJusR JMinm., 1832–34 Wirkl.GehOJusR JMinm., Bruder Karls 52/3; 205/8

Altvater (gest. 1817), Kreisrichter zu Loitz in Neuvorpommern 161/7 103v

Alvensleben, Johann August Ernst v. (1798: **Graf**) (1758–1826), 1781 Ref. Kriegs- und Domänenkammer Magdeburg, 1784 Deputierter des engeren Ausschusses zur Revision des kur- und neumärkischen ritterschaftlichen Kreditreglements Berlin, 1793–96 Mitgl. Komitee für das märkische Gesetzbuch, StMinr., 1796–1810 Dechant des Domstifts Halberstadt, nach 1810 und Aufhebung des Domstifts auf seinem Stammgut Erxleben, 1820–23 braunschweigischer StMinr. 1824

- LT-Marschall Brandenburg, MdStR, Vater des späteren preußischen Finanzministers 208/8 129–129v
- Anders, Balthasar Adam Gotthelf** (geb. ca. 1782), Servisrendant zu Liegnitz, 1829 Disziplinarsache 431/17 176–176v
- Andreae, Paul Christoph Gottlieb** (1772–1824), Jurist, seit 1815 Prof. jur. Jena 39/3 79v–80
- Anhalt-Bernburg, Alexius Friedrich Christian Herzog v.** (1767–1834), 1796 Fürst, 1806 reg. Hgz. 385/15 96v
- Anhalt-Bernburg-Schaumburg, Prinzessin,** führte vor 1828 einen Prozeß gegen den Hgz. zu Anhalt-Bernburg 385/15 96v
- Anhalt-Köthen-Pleß, Ferdinand Fürst v.** (1769–1830), 1818 reg. Fürst, 1818–24 LandR Pleß 54/3 200; 201/8 25–29, 227/8 330; 340/13 5v
- Anhalt-Köthen-Pleß, Heinrich Herzog v.** (1778–1847), 1818 folgte seinem Bruder Ferdinand im Besitz des Fstm. Pleß, 1830 Hgz. zu Anhalt-Köthen 317/11 147–147v
- Anhalt-Köthen-Pleß, Ludwig Fürst zu** (1783–1841), 1830 durch Cession im Besitz des Fstm. Pleß 317/11 147–147v
- Anna v. Schlesien** (gest. 1327), seit 1310 Gemahlin von Hgz. Heinrich VI. v. Schlesien 113/5 32v
- Anz,** ca. 1818–25 RegR Minden, Justitiar, vormaliger kurmainzischer Beamter, 1826 Pensionsreklamation 308/11 75v
- Arenberg (Aremberg), Prosper Ludwig Herzog v.** (1785–1861), Standesherr, 1793–1849 Domherr Köln, 1803 reg. Hgz., 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1854 MdH (nicht eingetreten) 38/3 67v–68v; 107/4 321–330; 115/5 57–60; 146/6 170; 206/8 84–84v; 254/9 100–100v; 274/10 34–35, 276/10 51–51v
- Arenstorff (Arntsdorff), Andreas v.,** Gutsbesitzer auf Drebkau, OLTn., 1829 beantragt er einen Kredit, obwohl es in seinem Gebiet keine Landschaft (Kreditinstitut) gibt 418/17 68–69v
- Arnim, Friedrich v.** (1785–1857), 1813 OLTn., 1815 Rittm. 1816 Kauf der Güter Criewen u. Densen, 1824 Mitgl. ProvLT Brandenburg, 1830 Kreisdeputierter Angermünder Krs., 1834 Maj., 1841 Oberstltm., 1856 MdH 208/8 127v–128
- Arnim-Heinrichsdorf, Heinrich August v.** (1760–1834), 1805–ca. 1829 westpreuß. Generallandschafts-Dir. Jastrow (ab 1824 Schneidemühl) für die Kreise Deutsche Krone u. Kammin, ca. 1818 GehJusR, 1824 Mitgl. ProvLT Pommern u. LT-Marschall 205/8 75, 221/8 271–271v
- Aschrott,** Kaufmann zu Düsseldorf 85/4 125v, 126v
- Auerswald, Hans Jakob v.** (1757–1833), 1770 Militärdienst, 1773 Studium in Königsberg, 1774–83 Militärdienst, 1784 landrätlicher Assistent, 1788 Landschafts-Dir., 1797 Präs. der Kammern in Marienwerder u. Bromberg, 1802 in Königsberg, 1806 GehOFin-, Kriegs- und Domänenrat, Kurator der Univ. Königsberg (bis 1819), 1808 GehStR, Generallandschaftspräs., OPräs. Ostpreußen u. Litauen, auch Westpreußen (bis 1814), 1811 Landhofmeister, Mitarbeiter Steins, 1815–24 OPräs. Ostpreußen 70/3 384; 131/6 39–39v; 168/Fundort 150, 152; 203/8 46, 48v
- August Ferdinand** (1779–1843), Prinz von Preußen 146/6 177v–178v; 173/7 253; 242/9 1g–1gv
- Baaden, Gerhard,** Feldwebel Kurköln, Kanzleidiener Ghzgtm. Hessen, Hauptkassendiener zu Arnsberg, 1822 Pensionsreklamation 112/5 26, 27
- Bading** (1770–1837), ca. 1818–ca. 1836 GehOFinR u. VortrR General-Kontrolle bzw. Staatsbuchhaltere 57/3, 62/3, 68/3; 80/4; 112/5; 130/6, 132/6, 135–136/6, 146/6; 167/7, 174/7, 183/7, 186/7, 196/7; 205/8, 213/8, 222/8, 234/8; 279/10; 315/11, 320/11
- Bagewitz, Gustav Friedrich v.** (1778–1856), Rittm., Gutsbesitzer in Neuvorpommern 23/2 81
- Balde,** Prediger zu Zirke, 1821 Pensionssache 83/4 113
- Balg,** ca. 1818–20 Domänen-Rentmeister zu Köln 213/8 173–174v; 355/13 174
- Balkow,** ca. 1818–ca. 1821 RegR, Baudirektor, ab ca. 1824–ca. 1827 Land- und Wasserbaudirektor Marienwerder, 1820 Gratifikation 55/3 222–222v

- Ball, Daniel**, Bruder des jüdischen Kaufmanns Meyer Ball, 1824 in der Stadt Calau 221/8 284v
- Ball, Meyer**, jüdischer Kaufmann, seit 1809 in der Stadt Calau 221/8 284v–285
- Bamihl**, Obersteuerkontrolleur zu Brandenburg/H., 1828 Pensionssache 397/15 193
- Bassewitz, Magnus Friedrich Graf v.** (1773–1858), 1795 Eintritt in den preuß. Staatsdienst, Ref. kurmärkischen Kammer, 1798 Kriegs- und Domänenrat, 1809 Erster Dir. u. Vizepräs. der Regierungskollegien in Potsdam, 1810–24 RegPräs. Potsdam, 1824–42 OPräs. Brandenburg, 1831 Wirkl.GehR (Exz.), 1835 Ehrenbürger Potsdams, 1842 Ehrenbürger Berlins 27/2 134; 247a/Fundort 55v, 59; 250a/Fundort 85; 250b/Fundort; 251a–251b/Fundort; 252a–252b/Fundort; 253a/Fundort; 253b/Fundort 118v; 259/9 146v; 319/11 181; 328/12 34, 36v–38, 44–45, 47, 49, 338/12 156, 157; 350/13 99; 363/14 52v, 368/14 88v; 441/17 257
- Bauer**, ca. 1818–ca. 1821 RegR, Wasserbaurat Düsseldorf, Oberaufsicht beim Bau des Hafens Ruhrort 59/3 254
- Bauer**, Torwärter Porzellanfabrik Berlin, 1820 Pensionssache 59/3 261
- Baumann, Johann Friedrich Theodor** (1828: v.) (1768–1830), 1793 Ass. HofGer. Bromberg, 1795 Rat bei der südpreuß. Reg. Thorn, 1796 Oberrichter Warschau, 1806 GehJusR, 1810 GehRegR Liegnitz, 1815–18 Vizepräs. Reg. Posen, 1818–24 RegPräs. Königsberg, 1825–30 OPräs. Posen 168/Fundort 150, 152; 203/8 47; 247a/Fundort 55v, 59v; 250a–250b/Fundort; 251a–251b/Fundort; 252a–252b/Fundort; 253a–253b/Fundort; 259/9 147; 324/11 240; 398/16 13, 405/16 79; 413/17 17
- Baumhauer** (geb. ca. 1790), Reg.-Registrator Aachen, 1826 Pensionsreklamation 309/11 89
- Beck**, ca. 1818–20 Oberförster Andernach, dann bis ca. 1830 Inspektions-Oberforstmeister 425/17 126–127v
- Becker**, Baukondukteur zu Koblenz, 1820 Pensionssache 59/3 260–261
- Becker**, GehR auf Regow [?], 1824 zum LT Brandenburgs gewählt 208/8 127v
- Becker, Karl Ferdinand**, ca. 1818–ca. 1823 GehORegR MdI 19/2
- Beelitz, Karl Ludwig** (1774–1841), 1818 2. Dir., 1820–39 1. Dir. Stadtger. Berlin, 1821–39 2. Mitgl. Hauptverwaltung der Staatsschulden 428/17
- Beguelin, Wilhelm Franz Heinrich v.** (1769–1840), ca. 1818–34 GehOFinR FinMinm., MdStR 13b/Fundort
- Behnisch** (geb. ca. 1765), RegKanzlist Oppeln, 1826 Pensionsreklamation 319/11 193v
- Behrnauer, Karl Friedrich Emil** (1784–1842), JusKom. Görlitz, dann Landsyndikus Bautzen, 1816 RegR Liegnitz, 1821–31 GehORegR MdI, Mitgl. Ober-Zensur-Kollegium, 1821 MdStR 107/4; 177/7; 333/12; 355/13; 397/15; 398/16
- Behr-Negendank, Karl v.** (1791–1827), Gutsbes. auf Semlow, Kammerherr, 1824 stellv. Mitgl. ProvLT Pommern 205/8 74v–75
- Beirich**, Gärtnergehilfe, 1823 nach Brasilien geschickt 193/7 425v
- Benedict, Philipp**, Gerichtsvollzieher zu Aachen 154/7 38
- Bentheim-Steinfurt, Alexius Friedrich Fürst zu** (1781–1866), Standesherr, 1817 reg. Fürst, Mitgl. Vereinigter LT, 1854 MdH (nicht eingetreten) 222/8 292–294v; 344/13 35, 37; 383/15 75; 422/17 98, 99, 430/17 157, 159
- Bentheim-Tecklenburg-(Rheda), Emil v.** (1805: **Graf**) (1817: **Fürst**) (1765–1837), 1805 reg. Gf., 1817 reg. Fürst 16/2 19–19v, 20v, 22v; 44/3 115; 124/5 183v–187v; 163/7 125v–126v, 198/7 461v, 462v–468; 216/8 215–218v; 257/9 159–159v; 310/11 91–93; 351/13 114–122, 355/13 183; 362/14 45–46; 374/15 17, 383/15 94–94v; 399/16 21v; 422/17 98, 99, 430/17 159
- Bentinck, Wilhelm Gustav Friedrich Reichsgraf v.** (1762–1835) 310/11 91
- Bergenroth**, RegR Marienwerder, 1826 Pensionsreklamation 296/10 163v; 311/11 95
- Bergenroth, Carl Ernst**, Premierltn. 1818–19 RegAss. Köslin, Danzig, 1819/20 Disziplinar- und Pensionssache, 1822 JusKom. Breslau 28/2 137v–141v; 47/3 158v–159

Berger, Klemens August Ritter und Edler v. (1779–1848), RechR, Dir. der Geheimen Kalkulation der Ober-Rechnungs-Kammer, 1815 GehFinR FinMinm., 1822 GehOFinR, 1837 Mitgl. Hauptverwaltung der Staatsschulden, 1842 Dir. FinMinm. u. Wirkl.GehOFinR 57/3, 60/3, 62/3; 85/4, 90/4; 130/6, 146–147/6, 150/6, 152/7, 158–159/7, 176/7, 187–189/7, 191–195/7; 241/8; 245/9; 304/11; 346/13, 348/13; 370/14

Bergmann, subalterner Beamte, 1826 Pensionsreklamation 311/11 95

Berka, Kanzleidiener KrMinm. 244/9 13v–14

Bernard, Mai 1815 in Frankreich lebend, erbt von ihrer Großmutter ein Haus in Danzig 200/8 11–11v

Bernauer, Ltn., Mitunterzeichner der Erklärung zu Gunsten Dr. Jahns in der Bremer Zeitung v. 1.8.1819 15/2 15

Berner, Daniel (geb. ca. 1767), KrsSchr. Quedlinburg, 1825 Disziplinarsache 274/10 23

Bernstorff, Christian Günther Graf v. (1769–1835), 1789 dän. Gesandter in Berlin, 1794 Stockholm, 1797 Nachfolger seines Vaters als StS, 1800–10 AMinr., 1811–16 Gesandter in Wien, 1817 Berlin, 1818 Eintritt in preuß. Dienste, 16.9.1818–1832 AMinr. 13f/Fundort 8–8v; 18/2, 27/2 131; 53–54/3, 56–62/3, 66/3 353, 70/3 384v–385; 83–86/4, 88/4, 90–94/4, 96–98/4, 104/4; 112/5, 115–116/5, 118/5, 122/5, 124–127/5; 129–130/6, 132/6; 134/Fundort; 146/6 170v, 172, 173, 150/6; 154/7, 159/7, 161–173/7, 175–176/7, 179/7, 189/7, 192/7, 196–198/7; 200–202/8, 209/8, 212–216/8, 218/8, 221–225/8, 237/8; 240a/Fundort; 242/9, 244–247/9; 247a/Fundort; 249/9, 253/9 78, 254–255/9; 280–287/10, 289–290/10, 297/10; 300–304/11, 311–313/11, 315–316/11, 323–324/11; 325–327/12; 340/13 2–3, 351–353/13; 365–368/14, 370–371/14; 385/15 95v–97, 390/15, 392/15, 394/15, 397/15; 400/16 29; 413/17, 433/17

Bernstorff, Ernst Graf v. (1768–1840), Gutsbesitzer auf Gartow, Kammerherr, LegR 8/1 25–25v

Bernuth, August v. (Bernuth II) (1782–1857), 1809 Unterpräfekt Bielefeld, 1813–16 Leitung der Provisorischen Königlich-Preußischen Regierungskommission für die Grafschaft Ravensberg, 1816 MinR Dept. des Innern, 1819 GehORegR MdI, 1843 Wirkl.GehORegR, 1848 a. D. 13e/Fundort

Bernuth, Ludwig v. (1770–1857), 1797–1803 Kriegs- und Domänenrat Hamm, 1803–09 Kriegs- und Domänenrat Hamm u. Minden, 1809–15 Domänenrat des Ruhrdepts., 1816 MinR Finanzdept., 1817 Titel eines GehOFinR FinMinm., 1835 VortrR HausMinm., 1842 Wirkl.GehOFinR 51/3; 98/4 234, 99/4 245v; 117/5 64, 66, 71, 86v; 172/7 243, 177/7 285; 268/9 240; 305/11 40; 329/12 54; 421/17 88, 435/17 207

Beroldingen, Josef Ignaz Frh. v. (1800: Graf) (1780–1868) 248/9 45v

Bescagny, 1813 Präfekt Magdeburg 121/5 118

Bethe, Karl Gottlieb (1778–1840), 1798–1804 Justizdienst, Assistenzrat Stettin u. Kammerjustizdeputation, 1805–08 Ass. Kriegs- und Domänenkammer Stettin, 1809 Justitiar Stargard, 1811 Bearbeitung der landwirtschaftl. Gesetze in Berlin, 1815 GehRegR MdI, 1817–ca. 1839 GehORegR, Wirkl.GehORegR MdI 17/2, 23/2, 26/2; 60/3, 70/3; 80/4; 111/5; 184/7; 218/8, 227/8; 298/11, 299/11; 336/12, 338/12; 343/13, 352/13; 424/17

Beugnot, Jacques Claude Comte de (1761–1835) 218/8 240

Beuth, Christian Peter Wilhelm (1781–1853), 1798 Studium der Rechts- und Kammerwissenschaften Halle, 1801 Ref. kurmärk. Kammern, dann im Manufaktur- und Kommerzkollegium, 1806 Kammerass. Bayreuth, 1809 RegR Potsdam, 1811 OSteuerR FinMinm., 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1814 GehOFinR, 1817 im HandMinm., ab 1825 im MdI, 1819 Dir. „Technischen Deputation für das Gewerbe“, 1821 Gründer u. Dir. der Technischen Gewerbeschule Berlin (seit 1827 „Gewerbeinstitut“), „Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes in Preußen“, MdStR, 1830 Dir. Abt. für Handel u. Gewerbe, „Allgemeine Bauschule“ (nach 1845 „Bauakademie“), 1844 Wirkl.GehR 33/3, 57/3; 77/4, 81/4; 241/8

Beutnitz, Gutsbesitzer bei Plesheim, Besitzer einer Getränkefabrik 354/13 154–154v, 155v

Beyme, Karl Friedrich (1816: v.) (1765–1838), 1788 Ass. KG, 1791 KGR u. Mitgl. Examinations-Komm., 1798 KabR, 1806 AMinr., 1807 Präs. KG, 1808–10 JMinr. mit dem Titel „Großkanzler“, 1813/14 Zivilgouv. Pommern, 1816–19 Organisation des Justizwesens in den preußisch gewordenen Rheinprovinzen, 1817 MdStR, 3.11.1817–31.12.1819 JMinr. für Gesetzrevision 12–13/1; 13a/Fundort; 13c/Fundort; 13f–13g/Fundort; 14–17/2; 36/3 44, 40/3 84, 46/3 139–140, 66/3 352v; 75/4 33v–34

Bibbach, Schiffer zu Landsberg 14/2 4

Bielcke (geb. ca. 1769), Kassenschreiber Posen, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94v

Bierdemann, Heinrich (1772–1838), 1800–01 RegAss. Neu-Ostpreuß. Reg. Thorn, 1802–06 RegR Küstrin, ca. 1818–20 GehOFinR SchMinm., ab ca. 1824–34 FinMinm. 1835–ca. 1838 HausMinm. 14/2; 47/3; 81/4, 109/4; 260/9, 270/9; 272/10, 274–275/10, 294/10; 299/11, 317/11, 320–321/11; 331–332/12, 335/12; 346/13, 355/13; 360/14, 373/Fundort; 375/15, 381/15; 404/16, 409/16; 428/17, 430/17, 438/17

Bismarck-Briest, Lewin Friedrich Christoph August v. (1771–1847), 1809–13 Staatsdienst Kgr. Westphalen: Maire Kantonpräfekt, Stendal dann 1816–24 LandR, seit 1821 Mitgl. Generalkomm. der Prov. Sachsen, 1825 RegVizepräs., 1826–38 RegPräs. Magdeburg 290/10 14

Bitter, Friedrich Wilhelm (1783–1855), ab 1819 GehOFinR FinMinm., 1828 Generalverwaltung für Domänen u. Forsten, 1841–ca. 1850 VortrR HausMinm. 145/6 166; 290/10 140v–141v

Blankensee, Georg Friedrich Alexander Graf v. (1792–1867), Dr. jur., Dichter, Kammerherr, Erbherr auf Wugarten u. Zemlin 362/14 48–48v; 418/17 55

Blankensee, Wilhelm Graf v. (1788–1850), 1824 beschwert sich, daß ihm das Revisionskollegium die Revision in seinem Prozeß wider die bäuerliche Gemeinde zu Wugarten verweigerte 55/3 209–209v; 220/8 264–265

Bloch, Holzhändler im RegBez. Frankfurt/O. 421/17 87

Blümel (gest. 1844), RegR Merseburg, 1825 erwähnt bei der Beratung des Verwaltungsetats Sachsens 290/10 241v

Bode, Friedrich (1793–1877), 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1814 Premierltn., 1818 Ref. KG, 1820 dort Ass., JusR Stadtger. Berlin, 1825 KGR, 1832–40 GehJusR bzw. GehOJusR JMinm., 1840 Chef-Präs. OLG Stettin, 1842 Dir. Revisionskollegium, 1842 MinDir. u. Wirkl.GehORegR MdI, 1844 MdStR, 1845 Präs. Ober-Zensur-Gericht u. StS StR, Wirkl. GehOJusR, 1845 Mitgl. Gesetz-Komm., Okt. 1848 z. D., Nov. 1848–1852 UStS (interim.) Mitgl. GerHof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, 1857 Vors. Justiz-Examinations-Komm., 1861 Wirkl.GehR (Exz.), Vors. Zentral-Komm. für die Rentenbanken, 1870 i. R.. 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1855–58 MdA (bkF), 379/15, 386/15, 389/15, 391/15, 395/15

Bodelschwingh-Plettenberg, Carl Frh. v. (1765–1850), 1796 Kammerherr 173/7 269; 426/17 133

Boeltzig, Gustav Dietrich Friedrich v. (1768–1832), ehem. Obersalzfaktor, Rittm. der Landgendarmarie 130/6 35v, 36v

Böhlendorff, ca. 1818–21, ca. 1822–ca. 1824 RegPräs. Stettin, ca. 1826–48 ProvSteuer-Dir., GehOFinR, Wirkl.GehOFinR FinMinm. 288/10 136

Böhm, Organist an der kath. Pfarrkirche in Trebnitz 62/3 309–310

Böhn, [vermutlich: **Ernst Wilhelm**] v. (1783–1863), Gutsbes. in Pommern, schließt 1824 einen Vertrag mit dem Gerichtshalter Wegner ab 286/Fundort

Bonin, Wilhelm v. (1786–1852), RegAss. Stettin, 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1816 Entlassung als Rittm., 1816–19 RegR Koblenz, Vizepräs. Reg. Stettin, 1824 Mitgl. ProvLT Pommern, 1832–34 RegPräs. Köslin, 1834–35 RegPräs. Merseburg, 1835–52 OPräs. Pommern, 1843 Wirkl.GehR (Exz.) 205/8 72

Boos-Waldeck, Clemens Wenzel Reichsgraf v. (1773–1842) 1830 Stellv. ProvLT Rheinprovinz 237/8 430–432

- Boos-Waldeck, Ludwig Joseph Wilhelm Graf v.** (1734–1813), Wirkl.GehR u. Oberhofmarschall Kurtrier, Vater von Clemens Wenzel 237/8 430–431v
- Borch, Adrian Alhard v. d.** (1769–1833), Herr auf Langendreer, arbeitet 1790 beim Dept. der westl. Provinzen im Generaldirektorium Berlin, 1792 aus dem Staatsdienst ausgeschieden, 1808 Kantonsbeamter der Kantone Nielheim u. Steinheim, 1816 provis. Kreiskommissar des Krs. Brakel, 1817–29 LandR Brakel, April 1829 aus dem Staatsdienst mit Pension entlassen 231/8 349v, 350v; 419/17 77–77v
- Borcke, Ernst August Philipp v.** (1766–1850), 1818–31 LandR Krs. Regenwalde 306/11 44
- Borgstede, August Heinrich v.** (1800: v) (1758–1824), 1791 GehOFinR, vorsitzender Rat im Generaldirektorium, 1807–09 Zivilgouv. Pommern u. der Neumark, dann Rückzug aus dem öffentlichen Leben, 1822 vom König zur Beratung der Einrichtung der Provinzialstände berufen, 1823 MdStR, vom König zum LT-Marschall für Pommern ernannt, Mitgl. Akademie der Wissenschaften, Verfasser einer „statisch-topographischen Beschreibung der Kurmark Brandenburg“ (1788) 184/7 361, 365v, 187/7 380v; 205/8 74v–75, 208/8 130, 221/8 271
- Borsian**, Steueraufseher zu Ratibor, 1827 Disziplinarsache 341/13 10
- Bose v.**, GehStR, 1819 Präs. Ober-Examinations-Komm. 28/2 138v
- Bothe** (geb. ca. 1763), Dr., ca. 1818–35 RegR Breslau, 1826 Pensionsreklamation 308/11 77, 309/11 85
- Bötticher, Karl** (1864: v.) (1791–1868), Jurist, 1817 GerAss., 1819 OLGR Naumburg, 1820 KGR, 1826 OLG Insterburg, 1830–40 Präs. OLG Stettin, GehOJusR, 1. VortrR StMinm., Tätigkeit im KuMinm., 1842–48 OPräs. Prov. Preußen, 1850 Bundeskommissar Frankfurt/M. 1851–55 RegPräs. Frankfurt/O., Präs. Ober-Rechnungs-Kammer, 1855 Wirkl.GehR (Exz.), 1849 Mitgl. 1. Kammer, 1854/55 MdA 366/14; 403/16; 415/17, 418/17, 426/17, 428/17, 430/17
- Boyen v.** (geb. ca. 1768), zu Grünwiese, Hptm., 1796 Abschied, Gutsbesitzer auf Hanswalde Ostpreußen 169/7 197, 199v
- Boyen, Hermann v.** (1771–1848), 1788 Sekondeltn., 1794–96 Adjutant bei Gen. v. Wildau bzw. v. Günther in Polen, 1796 Hptm., 1799 Stabskapitän, 1806 Schlacht bei Auerstedt (schwer verwundet), 1808 im GenStab unter Scharnhorst tätig, 1808 Maj., 1810 Dir. 1. Abt. d. Allg. Kriegs-Dept., Mitarbeit an Reformen Scharnhorsts, 1812 Oberst und a. D., 1812 in russ. u. 1813 wieder in preuß. Diensten, 1813 GenMaj., 3.6.1814–26.12.1819 KrMinr., 1817 MdStR, 1818 GenLtn., 1819 a. D., 1840 Gen.d.Inf., 1841 Chef Direktorium Militärwaisenhaus Potsdam, 1841–47 erneut KrMinr. u. Vors. StMinm., auch GehStMinr., 1842 Ehrenbürger Berlins, 1847 GenFeldmarschall u. Gouv. d. Invalidenhauses Berlin 2–13/1; 13a/Fundort; 13e/Fundort; 14–27/2
- Boyneburgk** (Boemelburg) [vermutlich: **Friedrich Wilhelm Carl**] **Frh. v.** (1761–1844) 206/8 92
- Bracht, Johann Franz Anton** (1773–1862), Hof- und RegR Kurköln, 1828 Mitgl. Komm. zur Beratung der Einführung der preußischen Gesetze in die Rheinprovinzen, 1847/48 Mitgl. Vereinigter LT, preuß. NatVers., 1849/50 Mitgl. 1. Kammer 378/15 41v
- Brahe, Magnus Graf v.** [vermutlich] (1790–1840), Gutsbes. in Neuvorpommern 23/2 81
- Brandhorst**, Kommissariatsexpedient zu Düsseldorf, 1820 Rekursache 39/3 81–82v
- Brandt, Ernst Karl Albrecht v.** (1773–1844), 1793 Ltn., 1805–14 Landschaftsrat der Ostpreußischen Landschaft Königsberg, 1814–44 Dir. derselben, 1824 Stellv. u. 1840 LT-Marschall Prov. Preußen 220/8 267v
- Brauchitsch, Ludwig Matthias Nathanael Gottlieb v.** (1757–1827), seit 1764 langj. Dienst im Regiment des Prinzen Ferdinand u. beim Oberkreiskollegium, 1797 Maj., 1807–08 Kommandant von Graudenz, 1809 Oberstltn., Kommandant von Berlin, 1810 Oberst, 1812 GenMaj. u. Chef der Gendarmerie, 1814/15 GenLtn., 1820 Führung der Gouvernementsgeschäfte von Berlin, Chef der Land- und Grenzgendarmarie, 1822 Ehrenbürger Berlins 38/3 67, 46/3 138; 80/4 89; 129/6 8; 244/9 12v; 292/10 147, 148v
- Braun** (1768–1851), GehSekt. u. Kalkulator Minr.dI, 1820 erörtert das StMinm. seine Besoldung 36/3 45v, 56

- Braun, Ernst Samuel**, 1816–44 GehOJusR JMinm. 59–60/3, 60/3; 92/4, 102/4; 113/5, 127/5
- Braun, Johann** (1771–1835), 1799 Adjutant der reitenden Artillerie, 1804 Inspektionsadjutant bei der Artillerie-Generalinspektion, 1806 Generalstabsoffizier des Gen. von Rüchel, 1807 Kapitän der Armee, Maj. schles. Artilleriebrigade, 1810 Aufsicht über die Anfertigung der Gewehre in der Gewehrfabrik Neisse, 1813 Kdr. der mobilen Artillerie in Schlesien u. Oberst, 1815 Kdr. der Artillerie des IV. AK u. GenMaj., 1816 Brigadechef der beiden rhein. u. der westfäl. Artilleriebrigaden, 1825 GenLtn., 1832 GenInspektor der Gewehr- und Pulverfabriken sowie der Artilleriewerkstätten, Mitarb. Scharnhorsts u. Gneisenaus 184/7 368–370, 371, 372–372v
- Braunschweig-Lüneburg-Wolfenbüttel, Karl Herzog v.** (1804–1873), 1815 Thronfolger unter Vormundschaft, 1826 reg. Hzg. von Braunschweig u. Besitzer des Fstm. Oels 222/8 287v–288; 383/15 81–82
- Breidbach zu Bürresheim Frh. v.** (gen. v. Riedt), ehem. Trierischer Domcellar 248/9 45–45v
- Brencken**, Justizbedienter LG Warburg 349/13 85v
- Brese-Winiary, Johann Ludwig Leopold** (1856: v.) (1787–1878), 1807 Sekondeltn., 1813 Premierltn., 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1815 Kapitän, 1816 Mitgl. u. 1819 Dirigent Ingenieur-Abt. Kriegs-Dept., 1820 Maj., 1835 Oberstltn., 1837 Oberst, 1842 Inspektor der Artillerie- und Ingenieurschule u. Präs. der Prüfungskomm. für Ingenieurhauptleute, 1843 GenMaj., 1849 GenInspektor der Festungen u. Chef der Ingenieure u. Pioniere, GenLtn., 1854 1. Kurator der Vereinigten Artillerie- und Ingenieurschulen 75/4, 82/4; 113/5; 177/7
- Breuer**, ehem. Kaufmann zu Köln 270/9 265b
- Brewing**, Ltn., auf Botenhagen, Vormund der geisteskranken Besitzerin des Ritterguts Karsbaum in Pommern, [vermutlich: Briesen], Christian Heinrich Ludwig (1773–1859), auf Botenhagen, 1818–24 LandR Krs. Schivelbein 208/8 127–127v, 129
- Brockhausen, Karl Christian v.** (1766–1829), 1786 LegR, 1787–88 in Paris u. Den Haag, 1791 Gesandter in Schweden, 1795–ca. 1806 Dresden, 1807–10 nach dem Tilsiter Frieden preuß. StMinr., 1810 Gesandter in Paris, 1814–16 Den Haag, März 1817 MdStR 150/6 215v; 152/7 14; 335/12 132
- Brösigke, Friedrich Maximilian Ernst v.** (1774–1837), DeichHptm. 166/7 158
- Brückmann**, Spielkartenfabrikant im Rheinland 182/7 330v; 210/8 142v
- Brüggemann**, ca. 1828–ca. 1842 Justitiar Reg. Merseburg, ca. 1843–ca. 1849 GehRegR ebd., 1825 erwähnt bei der Beratung des Verwaltungsetats Sachsen 290/10 140v–141
- Brüning**, Gerichtsschreiber zu Paderborn, 1825 Gehaltssache 257/9 161v
- Brüstlein, Johann Jacob**, Berliner Kaufmann, Vetter des Bankiers Johann Ernst Schickler, soll 1817 zum Kommerzienrat vorgeschlagen werden 5/1 11v, 7/1 20
- Bülow, Friedrich Wilhelm August Werner v.** (1762–1827), 1790 Mitgl. OAppGer. Celle, 1805 Übertritt in den preuß. Staatsdienst, GehRegR Münster, 1806 Mitgl. Organisations-Komm. für Hannover, 1809 Dir. OLG von Litauen in Insterburg, 1810 RegPräs. Soldin, 1812 GehStR, Mitgl. Oberfinanzkollegium, 1813 Mitgl. Regierungs-Komm. unter Hardenberg, 1814 GenSekr. des Generalgouvernements in Sachsen, 1820 Wirkl.GehR, 1816–21 OPräs. Sachsen u. RegPräs. Magdeburg, Mitgl. Ministerialausschuß zur Untersuchung staatsgefährdender Umtriebe, 1817 MdStR 27/2 127–128v; 60/3 275; 72/4 3, 80/4 84v; 121/5 114v–115–116, 117–118, 123v
- Bülow, Hans Graf v.** (1774–1825), 1796 Ass. Kammerkollegium Bayreuth, 1801 Kriegs- und Domänenrat Generaldirektorium, 1805 Kammerpräs. Magdeburg, nach 1807 im Dienst des Kgr. Westphalen, 1808 ebd. FinMinr., 1813–3.11.1817 preuß. FinMinr., 1817 MdStR, 2.12.1817–11.8.1825 HandMinr., 1825 OPräs. Schlesien, Vetter Hardenbergs 1–2/1, 4/1, 6–10/1, 12–13/1; 13a/Fundort; 13e–13g/Fundort; 14/2 8v, 15–18/2; 31–56/3, 58/3 253v, 60/3 275, 64–71/3; 72–74/4, 76–78/4, 81–84/4, 86–100/4, 101/4 271v, 103–110/4; 111–116/5, 118–128/5; 129–131/6, 133–136/6, 139–143/6, 145–151/6; 152–175/7, 178–183/7, 185–199/7; 200–218/8, 221–223/8, 224–240/8; 240a/Fundort; 241/8; 242–247/9; 247a/Fundort; 248/9 36, 249–250/9; 250a–250b/Fundort; 251/9; 251a–251b/Fundort; 252/9; 252a–252b/Fundort; 253/9 78; 253a–253b/Fundort;

254–265/9, 267–268/9; 268/Fundort; 269/9, 270/9 260; 277/10 61, 278/10 77, 280/10 95, 291/10 143; 298/11 63, 315/11 131; 353/13 146

Bülow, Heinrich Frh. v. (1791–1846), ab 1815 Mitarb. Wilhelm von Humboldts, 1820 VortrR MAA, 1827–41 Gesandter Preußens in London, 1841 Bundestagsgesandter, 2.4.1842–Aug. 1845 AMinr., Gatte Gabriele v. Humboldts 162/7; 219/8; 282/10, 284/10; 335/12; 416/17 39v

Bürgen, Spielkartenfabrikant im Rheinland 182/7 330v

Burghoff v. (Burghof) (geb. ca. 1777), Regierungs-Hauptkassen-Buchhalter Danzig, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94v

Busch, JusR, 1818 Land- und Stadtrichter Dülmen, seine Kinder erheben Anspruch auf das Martini-Stift Münster 264/Fundort 122v

Busch, Adolf, Erbe der Präbende des Martini-Stifts Münster 264/Fundort 122v

Bussche-Hünnefeld, Werner (Wilhelm) Clamor Dietrich Ludwig (1778–1815), Hannov. Oberstltn. gefallen bei Waterloo 264/Fundort 120v

Bussche-Hünnefeld-Streithorst, Christoph v.d. (1643–1695), LandR des Stiftes Osnabrück, Stifter des Majorats Hünnefeld 264/Fundort 120

Bussche-Hünnefeld-Streithorst, Werner Ludwig Clamor v.d. (1748–1816), ehem. Domsenior zu Halberstadt 264/Fundort 118v

Bussche-Ippenburg-Hünnefeld, Georg Viktor Clamor Ernst (1774–1827), erhält 1816 die Erbpräbende aus dem ehem. Domstift Halberstadt, 1817 LandR Meppen, 1825 Benutzer der von seiner Familie gestifteten Erbpräbende im Domstift Magdeburg 264/Fundort 118v

Busse, Johann Gottfried David (1776–1860), 1797 Auskultator Reg. Magdeburg, 1799 Ref., 1802 Beisitzer Reg. Paderborn, 1803 Ass., 1804 Stadt- und Justizdir., 1808 Richter AppHof Kassel, Präs. Kriminalhof Weserdept., 1810 interim. Präs. Tribunal Uelzen, 1814 interim. Prokurator Stendal, Mitgl. OLG-Komm. Magdeburg, OLGR, 1816 GehOTribunalR, 1816–46 Mitgl. Immediat-Justiz-Examinations-Komm., 1827 deren Vorsitz, 1827–47 Vizepräs. Geh. Ober-Tribunal, 1847 Wirkl.GehOJusR 20/2 56

Butte, Wilhelm (1772–1833), 1816–ca. 1826 RegR Köln, Verfasser zahlreicher Schriften über die Statistik u. Staatswissenschaften, 1826 für eine Beschäftigung bei der Univ. Bonn vorgeschlagen, 1826 folgt nicht einer Aufforderung, über einen Gegenstand aus seinen früheren Amtsverhältnissen Aufschluß zu geben 308/11 75; 327/12 21–21v

Büttner, ca. 1806 GehOKrR u. DomänenRechR, ca. 1818–ca. 1824 GehORechR Ober-Rechnungs-Kammer 303/11 30–30v

Callenberg, Kaufmann zu Breslau 275/10

Cammerer, ca. 1824–31 GehKrR KrMinm., 1832–52 Wirkl.GehKrR, 1835–52 Mitgl. Direktorium Militärwaisenhaus Potsdam 262/9; 373/15; 411/16

Carmer, Johann Heinrich Casimir (1788: v.) (1791: Frh.) (1798: Graf) (1720–1801), 1751 Dir., 1763 Präs. Oberamtsregierung Breslau, 1768 Chef-Präs. sämtlicher schles. Regierungen mit dem Titel eines JMinr., 1779–95 Großkanzler u. Chef der Justiz 360/14 28

Carolath-Beuthen, Heinrich Fürst v. (1783–1864), 1817 reg. Fürst, freier Standesherr, 1837 MdStR, LT-Marschall Schlesien, Mitgl. Vereinigter LT, 1854 MdH 222/8 287–287v

Caspary, ehem. Kaufmann zu Köln 270/9 265–265b

César, Graf, frz. Gen., im Kgr. Westphalen, ihm wurde das Amt Brumby verliehen 118/5 89

Champy, Baron, zu Düsseldorf 184/7 370, 372

Charlotte (1789–1860), Prinzessin v. Preußen, als Alexandra Feodorowna seit 1817 Gemahlin des nachmaligen Zaren Nikolaus I., 1825 Kaiserin von Rußland 6/1 15

Christoffel, Johann Friedrich Wilhelm, Kaufmann, Inhaber der Nordseeheringsfischerei, Stettin 139/6 118

Cochius, ca. 1818 GehOBauR HandMinm., ab 1825–ca. 1828 im MdI 173/7 254

- Coels v. d. Brügghe, Friedrich Josef Frh. v.** (1784–1856), 1812 Unterpräfekt Jever, 1815 Leiter des gesamten Armeefuhrparkwesens u. Landesdeputierter für die Rheinprovinzen u. Mitgl. Zentralkommission der Armee für das Rheinland u. Westfalen in Köln, 1816 LandR Blankenheim, 1818–31 PolDir. Aachen, 1818–48 LandR Aachen, Mitgl. Vereinigter LT 26/2 107–107v
- Coeverden, Anton Johann Nepomuck Joseph v.** (geb. 1780), 1805 Dr. jur., 1806 ProvSchr. Ghzgtm. Berg, 1815 Kriminalrichter beim Inquisitoriat zu Münster, 1818 RegR Kleve, dann Trier, GehRegR 22/2 75v–76v; 31/3 11–11v
- Cölln, Friedrich Wilhelm v.** (1801–1883), PolSchr. in Koblenz, Sohn des KrR u. Schriftstellers Friedrich v. Cölln, 1825 Disziplinarsache 274/10 28
- Coninx, Peter Heinrich** (1813: **Baron**), StR im Kgr. Westphalen 104/4 286v, 288–288v
- Cordel, Anton** (1760–1826), 1803–16 u. 1824–26 GenVikar Trier, 1816–24 Kapitularvikar Trier 201/8 19
- Cornberg, Georg Philipp v.**, LandR, Dompropst zu Minden, erwarb 1799 das Gut Wietersheim 104/4 286
- Cornicker**, Bankier, 1822 ist ein Vertrag über den Bau einer Straße von Bitterfeld nach Halle mit ihm abzuschließen 152/7 7v
- Cosmar, E. C. W.**, JusKom., Notar, Rechtskonsulent bei der General-Salz-Direktion u. der General-Direktion der Seehandlung 5/1 12v, 9/1 28
- Cotzhausen, Agnes v.** (1792–1863), geb. Raitz von Frenz, ehem. Stiftsfräulein zu Vilich, 1810 vermählt mit E. L. v. Cotzhausen 64/3 323–323v
- Couard, Christian Ludwig** (1793–1865), ev. Theologe, Pastor an der Georgenkirche Berlin, Vorstellung am 17.10.1825 an das Brandenburger Konsistorium gegen die Einführung der neuen Agende 355/13
- Courths, Martin Nicolaus** (geb. ca. 1779), Ober-Grenzkontrolleur zu Sachsa, 1825 Disziplinarsache 261/9 179–179v
- Cranach, Lucas d. Ä.** (1472–1553), Maler 215/8 197v
- Crater, Theodor**, 1646 Stifter des Martini-Stifts zu Münster 264/Fundort 122
- Crelinger** [?], KrR, GehR 9/1 29–29v, 13/1 46v
- Crelle, August Leopold** (1780–1855), Mathematiker u. Bautechniker, Architekt, 1816–ca. 1818 OBauAss., ca. 1820 OBauR, 1821–ca. 1825 GehOBauR HandMinm., ab 1825 MdI, 1828 Mitgl. Akademie der Wissenschaften, 1826–55 Hrsg. „Journal für reine u. angewandte Mathematik“, Verfasser div. Lehrbücher u. Rechentafeln sowie Komponist, nach seinen Entwürfen wurde die erste preuß. Bahnlinie Berlin–Potsdam gebaut 19/2 47
- Croy-Dülmen, Alfred Franz Herzog v.** (1789–1861), Standesherr, 1822 reg. Hzg., 1854 MdH 336/12 136
- Croy-Dülmen, August Philipp Herzog v.** (gest. 1822), Standesherr 44/3 115
- Crull, Wilhelm Ludwig** (1779–1830), vor 1818 RegR, ca. 1820–ca. 1821 GehOFinR SchMinm., 1821–ca. 1828 2. Dir. Seehandlungs-Sozietät 44/3
- D’Alquen** (geb. ca. 1773), RegR Arnsberg, ehem. in großhzgl.-hess. Diensten, 1826 Pensionsreklamation 308/11 76, 311/11 94v–95
- Dalberg, Carl Theodor v.** (1744–1817), kath. Priester, 1772 Wirkl.GehR u. Statthalter von Erfurt, 1788–1800 Koadjutor des Fürstbischof von Konstanz, 1788–1802 Koadjutor des Erzbischofs v. Mainz u. Fürstbischofs v. Worms, 1800–17 Fürstbischof v. Konstanz, 1802–17 Fürstbischof v. Worms, 1802 Kurfürst u. Erzbischof v. Mainz, Erzkanzler des Heiligen Römischen Reichs, 1803–17 Administrator u. Erzbischof (1805) v. Regensburg, 1806 Fürstprimas des Rheinbundes 105/4 298; 163/7 127
- Danckelman, Heinrich v.** (1797: **Graf**) (1768–1830), Sohn des kleveschen RegPräs. u. nachmaligen schles. JMinr., 1786 Auskultator schles. Oberamtsregierung, 1792 OAmtsRegR bei dieser Behörde, auch schles. Konsistorial- und Pupillenrat sowie Mitgl. Haupturbarienkommission u.

- Repräsentant der schles. Generallandschaft, 1800 Präs. der schles. Oberamtsregierung, des Puppenkollegiums u. des Oberkonsistoriums, 1805–06 Präs. der südpreuß. Regierung Warschau, 1807/08 Mitarbeit an der Regulierung der Grenze mit Hzgtm. Warschau, 1808 Präs. Oberamtsregierung, später OLG Glogau, 23.4.1825–19.12.1830 JMinr., 1825 Dir. des Berliner Bürgerrettungsinstituts, Vizepräs. Hauptbibelgesellschaft, Mitgl. Verein für die Louisenstiftung 130/6 30–33v; 261/9 177, 181, 266–268/9; 268/Fundort; 269–270/9; 271–289/10, 292–297/10; 298–305/11; 305a/Fundort; 306–324/11; 325–339/12; 340–356/13; 357–371/14; 371/Fundort; 372/14; 373–374/15, 377–380/15, 384–397/15; 398–405/16, 407–411/16; 412/17; 412a/Fundort; 413–441/17
- Danco** (geb. ca. 1772), Reg.-Registrator Arnsberg, 1826 Pensionsreklamation 309/11 89v
- Dänell**, Stadtrichter zu Berlinchen 279/10 82
- Daniel** (gest. 1842), 1803 Kriegs- und Domänenkammer Heiligenstadt, VortrR Kammer- und Handelsdeputation, Distriktkontrolleur der direkten Steuern Kgr. Westphalen, 1809 Inspektor der direkten Steuern des Harz-Dept., 1813 Rendant der Gouvernementshauptkasse, Mitgl. Finanzkommission Halberstadt, 1815 Landrentmeister Erfurt, 1818 RegR, Kassenrat Erfurt, ca. 1828–ca. 1841 ORegR 290/10 141
- Daniels, Heinrich Gottfried Wilhelm** (1754–1827), 1770 Dr. phil., 1776 Advokat am kurkölnischen HofR Bonn, 1780 Kom. weltliches Hofgericht, 1783 o. Prof. der Rechte an der Akademie zu Bonn (seit 1784 Univ.), 1786 wirkl. kurkölnischer Hof- und RegR, Landtagssyndikus des Hzg. von Aremberg, 1792 Wirkl.GehR, Mitgl. kurkölnisches OAppGer. Bonn, 1798–1804 Lehrer der Gesetzgebung Zentralschule Köln, 1805 substitut du procureur général Paris, später avocat-général, 1813 GenProkurator AppHof Brüssel, 1817 Berlin, erster Präs. rhein. AppGer. Köln, 1817 GehStR, MdStR, 1819 erster Präs. des Rhein. AppHof Köln 8/1 23; 13f/Fundort; 31/3 12v; 183/7 350v
- Daubert**, Ober-Zoll-Inspektor Barby, 1822 Mitgl. einer Kommission zum Rezeß mit dem Fst. v. Stolberg-Wernigerode (1822) 124/5 247v
- Dedekind** (geb. ca. 1766), RegDir. Düsseldorf, 1827 Pensionssache 364/14 55–55v
- Deibel, August** (1790–1858), Prediger an der Jerusalemkirche Berlin, Prof., 1825 Vorstellung an das Brandenburger Konsistorium gegen die Einführung der neuen Agende 355/13
- Delbrück**, RegR, Leiter einer Komm. zum Rezeß mit dem Fst. v. Stolberg-Wernigerode (1822) 124/5 241, 247v
- Delius, Friedrich** [vermutlich] (1770–1823), 1812 Geh. Kommerzienrat, 1812–14 preuß. Konsul in Bremen 10/1 32v
- Delius, Heinrich** (1773–1832), 1800 Kriegs- und Domänenrat Minden, 1806 Organisationskom. Osnabrück, 1806–13 im frz. Dienst, 1812 bei dem General-Kommissariat der westf. Provinzen Münster, 1814 GehRegR, 1816 RegPräs. Trier, 1825–32 RegPräs. Köln 99/4 246v, 110/4 355v; 371/14 125, 127, 128, 129
- Dessau**, Amtsrichter, in den ehem. westphälischen Provinzen 20/2 55
- Dessau**, Besitzer der Norkittenschen Güter Krs. Insterburg 277/10 61
- Detert, Carl Friedrich** (geb. ca. 1790), Rendant der Forstkasse in Rheinsberg, 1828 Entscheidung über die Erstattung seiner während einer Untersuchung eingezogener Besoldung 404/16 76–77
- Deutschmann**, RegKalkulator Merseburg, 1823 Pensionssache 199/7 477–477v
- Deybert** (geb. ca. 1779), RegKalkulator Posen, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94
- Dickmann**, Predigerwitwe 83/4 113
- Diederichs, Christoph Leopold** (1816: v.) (1772–1839), 1795 RegR Posen, 1808 RegR Marienwerder, ca. 1818 GehOJusR JMinm., ca. 1820–34 Wirkl.GehOJusR, 1817 MdStR 249/9 71v, 252/9 77e, 254/9 89v, 98, 101v
- Diekelmann**, Maj. bei der Marine 145/6; 420/17 81
- Dietrich, Conrad** (geb. ca. 1794), Kreisbote zu Wetzlar, 1829 Disziplinarsache 417/17 48
- Dillmann, Georg Herrmann Friedrich** (geb. ca. 1793), Postsekr. zu Münster, 1829 Disziplinarsache 425/17 130, 440/17 250

- Dippel, Anna Catharina**, geb. Ebel, Schwester v. J. G. Ebel, als Erbin des Dechanten Ebel erhebt sie 1826 Anspruch auf seine Pensionsrückstände 298/11 3–4v, 300/11 16–16v
- Ditmar** (1776–1850), ca. 1820–ca. 1821 Justitiar, RegR Erfurt, ca. 1824 GehRegR, 1828 GehORegR, 1825 bei der Beratung des Verwaltungsetats Sachsen erwähnt 290/10 241v
- Dobschütz, Wilhelm Leopold v.** (1764–1836), 1818 GenLtn. 130/6 30–33v
- Dogge**, Kassenverwalter beim Hofgericht Bromberg 80/4 83–84
- Dohna-Schlobitten, Alexander Burggraf u. Graf zu** (1771–1831), 1790 Kriegs- und Domänenkammer Berlin, 1798 Rat bei derselben, 1801 Dir. in Marienwerder, 1807 Präs. der Kriegs- und Domänenkammer, 1808–10 Minr.dI, Mitverfasser d. Landwehrordnung f. Ostpreußen, 1813 Präs. des Ständetages in Königsberg, Zivilgouv. für Preußen östlich der Weichsel, nach 1814 kein weiteres Staatsamt, ab 1824 Abg. Krs. Mohrungen 40/3 87; 220/8 267v
- Dohna-Wundlacken, Heinrich Ludwig Adolf Graf zu** (1777–1843), 1802 KrR Königsberg, 1818–31 RegPräs. Köslin, 1835–43 RegPräs. Königsberg, Obermarschall d. Kgr. Preußen, 1843 Präs. d. Konsistoriums d. Prov. Preußen 28/2 140; 55/3 211v, 213; 353/13 148–150v
- Dönhoff-Friedrichstein, August Friedrich Wilhelm Graf v.** (1763–1838), 1829 LT-Marschall Prov. Preußen 427/17 135v
- Donjert**, 1820 Rekursache 52/3 196
- Dörnberg, Carl Ludwig Frh. v.** (1749–1819), GehR, bis 1807 OAmtn. Hersfeld, 1806–09 Komtur der Deutsch-Ordens-Kommende zu Schiffenberg, später diplomat. Tätigkeit für Kurhessen, 1808–13 Kgr. Westfalen 201/8 34
- Dorow, Wilhelm** (1790–1846), Dr. phil., Ende 1811 Bekanntschaft mit Hardenberg, der ihn später fördert, 1812 Attaché Paris, 1813 Freiwilliger bei den Befreiungskriegen, 1816 LegSekr. Dresden, 1817 Kopenhagen, seit 1817 tätig in der Archäologie, 1817–18 Leitung von Ausgrabungen in Wiesbaden u. Sammlung vieler Altertümer, 1819 HofR, 1820 Dir. der Verwaltung für Altertumskunde im Rheinland u. in Westfalen, Dez. 1824 pensioniert, 1825–26 Ausgrabungen in Neuwied, 1827–28 Ausgrabungen u. Sammlungen in Italien, 1829–46 Schriftsteller in Halle 215/8 200–203; 352/13 125v
- Drabitius/Drabizius, Wilhelm v.** (gest. 1841), KrsJusR auf Zels, 1824 Stellv. Mitgl. ProvLT Brandenburg 208/8
- Drachter, Johann Ludger**, Dr., 1624–73 Dechant Dülmen, ca. 1681 Stifter des Kollegiatstifts alter Dom zu Münster 264/Fundort 122v
- Drachter, Nicolaus**, Syndikus, ca. 1681 Stifter des Kollegiatstifts alter Dom zu Münster 264/Fundort 122v
- Dressler**, Geh. Kanzleiinspektor 196/7 440
- Dressler**, Witwe des Kanzleiinspektors 196/7 440–440v
- Droste-Vischering, Adolf Heidenreich Graf zu** (gest. 1826) 264/Fundort 121
- Droste-Vischering, Caspar Max Frh. v.** (1770–1846), 1825–46 Bischof von Münster, 264/Fundort 119v
- Droste-Vischering, Klemens August Frh. v.** (1773–1845), 1805–20 Vikar Münster, 1827 Weihbischof Münster, 1835–37 Erzbischof Köln, 1837–39 infolge der „Kölner Wirren“ Festungshaft in Minden 2/1 4v
- Duesberg, Franz** (1840: v.) (1793–1872), Dr., 1813 Mitgl. d. garde d’honneur, 1814/15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1815 preuß. Premierltn., 1816–17 Auskultator, Ref. OLG Münster, 1818 Kapitän der Landwehr, 1819 Ass. Ratibor, 1821 OLGR Paderborn, 1831–32 GehJusR JMinm., 1832 GehFinR, 1834 GehOJusR u. Geh. ORevisionsR, 1836 MdStR, 1837 stellv. StS StR, 1838 StS, 1841–46 Dir. (kath. Abt. sowie der Abt. Medizinal-Angelegenheiten) KuMinm., Juni 1842–Nov. 1846 auch VotrR StMinm. u. Zivilkab. 1846–48 FinMinr., 9.3.1848–1.7.1849 a. D., 1849 Kom. der preuß. Krone u. Vors. des provis. Bundesschiedsgerichts des Erfurter Unionsparlaments, 1850–71 OPräs. Westfalen, 1855 Kom. f. d. Regulierung der Rechte vormals unmittelbarer

- dt. Häuser, 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1851–54 Mitgl. 1. Kammer (Fraktion Alvensleben), 1854 MdH, Kronsyndikus *431/17 175*
- Duncker, Johann Friedrich Leopold** (gest. 1842), ca. 1820–ca. 1840 GehORegR Zivilkab., VotrR StMinm., 8.9.1819–30.1.1822 Protokollant der staatsministeriellen Sitzungen *14–17/2, 19–20/2; 31–51/3, 52/3 190, 54/3, 60–64/3, 67–70/3; 72–107/4, 109–110/4; 111/5, 112/5 21, 113–115/5; 167/7 172, 172/7 241–241v, 173/7*
- Durand**, 1815–16 Stabsarzt, Vorsteher des Lazarets in Luxemburg *200/8 9, 10*
- Ebel, Johann Georg** (gest. 1818), Dechant des Kreuzstiftes zu Nordhausen *298/11 3–4v, 300/11 16–16v, 306/11 55*
- Eck, G. Salomon** (1770–1833), Kassenrendant, 1829 beansprucht den Rechtsweg wegen ihm vermeintlich entzogener Dienstehkünfte *436/17 222v*
- Egeling, Martin**, Unterförster zu Sinzlow, 1828 Disziplinarsache *399/16 23*
- Eichhorn, Friedrich** (1779–1856), 1800 Auskultator Reg. Kleve, später Hildesheim, 1806 Ass. KG, 1810 KGR, 1811–19 zugleich Syndikus Univ. Berlin, 1813 Mitgl. Zentralverwaltung unter Stein, 1816 GehLegR MAA, 1817 MdStR, 1831–40 Dir. 2. Abt. MAA, Wirkl.GehLegR, 1840–48 KuMinr., 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus *13f/Fundort; 44/3, 49/3, 51/3; 123–124/5, 126/5; 163/7, 170/7, 185/7, 198/7; 206/8, 216/8; 271/10; 300/11, 316/11; 380/15, 385/15; 416/17*
- Eimbeck, Carl Wilhelm** (gest. 1840), 1816 GehJusR JMinm., ab ca. 1818 GehOJusR, ca. 1824 auch RevisionsR beim rheinischen Revisions- und Kassationshof, ca. 1828 ORevisionsR, 1835 GehORevisionsR, 1836 MdStR, ca. 1838–ca. 1839 Präs. KG *17/2; 46/3; 101/4; 118/5; 178/7, 191/7, 199/7; 260/9, 266/9, 268/9; 268/Fundort; 286/Fundort; 307/11; 347–348/13, 351/13, 353/13; 385/15; 405/16; 437/17*
- Elbers, Johann Heinrich**, Stahlwerksbesitzer zu Hagen *70/3 386v*
- Ellinger**, ca. 1817–ca. 1821 Konsul in Riga *10/1 32v*
- Elsner**, Predigerwitwe *83/4 113*
- Emphinger** (geb. ca. 1765), RegKanzlist Oppeln, 1826 Pensionsreklamation *319/11 193v*
- Endell** (Endel), [vermutlich: **August Ferdinand**], Großkaufmann, ca. 1817–ca. 1868 niederländ. Konsul- und Handelsagent Stettin *8/1 25v, 9/1 29–29v*
- Engel, Philipp**, OPostSekr. zu Koblenz, 1823 Disziplinarsache *172/7 243*
- Engelmann, Jakob Wilhelm** (ca. 1794), Warenrevisor zu Schmallingken, 1823 Disziplinarsache *177/7 285–285v*
- Erbrich**, Regierungs-Hauptkassen-Kassierer Oppeln, 1826 Pensionsreklamation *319/11 193v*
- Erdmannsdorff, Alexander Ferdinand v.** (1774–1845), OForstmeister zu Hohenahlsdorff, 1829 Disziplinarsache *417/17 43*
- Ernst**, 1825 Steueraufseher zu Liebenwerda, 1824 Disziplinarsache *239/8 454*
- Ernst**, Dr., Arzt u. MedR Reichenbach, 1821 Gehaltssache *73/4 18v–20*
- Esch**, Polizeiwachtmeister zu Waldbroel, 1824 Disziplinarsache *223/8 306*
- Essen, August Heinrich v.** (1774–1834), vor 1824 Ass. OLG Stettin, 1824 Stellv. Mitgl. ProvLT Pommern *205/8 73v*
- Ewald** (ca. 1792–1849), 1820 RegR Danzig, 1831 ORegR, 1832–38 ORegR Königsberg, 1839–ca. 1848 ORegR Oppeln *21/2 62v*
- Ewald**, Bankier, 1822 ist ein Vertrag über den Bau einer Straße von Bitterfeld nach Halle mit ihm abzuschließen *152/7 7v*
- Ewald**, Berliner Kaufmann *107/4 319*
- Eytelwein, Friedrich Albert** (1796–1888), 1813 Regierungskondukteur u. Feldmesser Potsdam, 1813/15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1816 Land- und Wasserbauinspektor Königs-Wusterhausen, 1824 Regierungs- und Wasserbaurat Merseburg, 1829 OBauR FinMinm. 1831 GehOBauR, 1838 GehOFinR HausMinm., 1863 Wirkl.GehOFinR FinMinm., 1876 a.D. *290/10 141v*

Eytelwein, Johann Albert (1765–1849), 1794 OBauR, ca. 1812 GehOBauR, ca. 1816–48 OLBauDir., 1825 Mitgl. Akademie der Wissenschaften u. der Akademie der Künste 14/2, 19/2, 28/2; 45/3, 49/3, 54/3, 64/3, 68/3; 76/4, 80/4, 82/4, 101/4; 112/5; 131/6, 143/6; 196/7; 213/8

Falk, Peter Alois Benedikt (1767–1851), ca. 1818–21 JusR Reg. Berlin, ca. 1824–ca. 1850 JusR FinMinm. 20/2 53–53v

Fallenstein (Fischart an Langer), RegSekt. Düsseldorf, 1817 soll wegen eines Aufsatzes im „Hermann“ nach Bromberg versetzt werden 3/1 7v

Ferber, Carl Wilhelm (1766–1838), 1790–1800 sächs. Richter, Zwickau, Bgm., 1810 sächs.HofR, 1813–15 Gouvernementsrat u. Zentralsteuer-Kom. f. Sachsen, 1816 Stellv. FinMinr., 1819 VortrR u. Mitgl. HandMinm., GehOFinR, 1820 pens., 1817 MdStR., 1817–21 Mitgl. versch. Komm., diverse Abhandlungen zur Gewerbepolitik 40/3, 68/3, 70/3; 139/6; 209/8; 335/12

Fernow, Ernst Otto Friedrich (geb. 1771), OAmtm., 1824 Stellv. ProvLT Pommern 205/8 73v

Ficken, Kammerdir., Bevollm. des Fst. zu Salm-Horstmar 392/15 134, 136; 425/17 129

Fischart an Langer

→ Fallenstein

Fischenich, Bartholomäus Ludwig (1768–1831), 1792–97 Prof. des Staats- und Naturrechts Bonn, 1793 Wirkl. Hof- und RegR Köln, Deputierter Kölner LT, 1800–04 Prof. der Gesetzgebung, „Zentralschule“ Bonn, 1811 Präs. BezGer. Aachen, 1816 Mitgl. Immediatkomm. für die Rheinprovinz, 1819 nach Berlin berufen, GehOJusR JMinm. zuständig für rheinische Angelegenheiten, 1819–31 Mitgl. rheinischen Revisions- und Kassationshof, enger Vertrauter Friedrich Schillers 27/2 130; 423/17 101

Fischer (geb. ca. 1755), RegR Liegnitz, 1826 Pensionsreklamation 308/11 77–77v

Fischer (geb. ca. 1756), Kommerzienrat u. Registraturvorsteher Marienwerder, 1826 Pensionsreklamation 309/11 88v–89

Flatow, Holzhändler in Breslau, 1829 Pensionssache 421/17 87v

Fleischhauer, RegR Erfurt, 1825 bei der Beratung des Verwaltungsetats Sachsen erwähnt 290/10 141

Flesche, Ernst (1769–1831), 1817 PolDir. Memel, ca. 1818–31 LandR Memel, Rittm. 9/1 28

Flottwell, Eduard Heinrich (1861: v.) (1786–1865), Dr. jur., 1807 GerRef., 1808 RegAss. Königsberg, 1808–12 Ass., 1812 OLG, 1812–16 Justitiar u. RegR Gumbinnen, 1816–26 RegR Danzig, 1817 GehRegR, 1826–30 RegPräs. Marienwerder, 1830–40 OPräs. Posen, 1840–44 OPräs. Sachsen (erst im Frühjahr 1841 nach Schluß des ProvLT Posen wirksam), 1840 Wirkl.GehR, 1844 MdStR, 18.5.1844–Juli 1846 FinMinr., dann Entlassung aus StMinm., 15.7.1846–21.7.1850 OPräs. Westfalen u. zugl. RegPräs. Münster, 1849–50 (interim.) OPräs. Prov. Preußen, 1850–58 OPräs. Brandenburg, 1856 Ehrenbürger Berlins, 6.11.1858–3.7.1859 Minr.dI, 1859–62 wieder OPräs. Brandenburg, 1862 i.R., 1848–49 Mitgl. dt. NatVers., 1849–50 Mitgl. 1. Kammer, 1859 MdA (bkF) 21/2 62v; 296/10 163

Fock v., Maj., RegR, Forstmeister Erfurt, 1825 bei Beratung zum Verwaltungsetat Sachsen erwähnt 290/10 241v

Francke, August Wilhelm (1785–1851), 1807 Ref. bei der Kriegs- und Domänenkammer Magdeburg (westphäl. Reg.), 1808 1. Sekr. der Unterpräfektur in Magdeburg, 1808 Präfekturrat Göttingen, GenSekt. der Präfektur des Elbdepartements zu Magdeburg, 1813 Notarpräfekt in Osterode, 1817 RegR Erfurt, 1817–48 OB u. LandR Magdeburg, 1849/50 MdA (Centrum) 121/5 124v

Francois, August v. (1772–1833), kgl. sächs. Hptm. a. D. auf Eckartswalde, 1824 Mitgl. ProvLT Brandenburg 208/8 128

Frank, Entrepreneur zu Lüttich 55/3 211–212v

Franke, Dr. jur., Wittenberg 39/3 79v–80

Franz, RechR Stettin 21/2 70

Franzmadhes (geb. ca. 1767), RegR Arnberg, 1826 Pensionsreklamation 308/11 76

- Fraudendienst**, ca. 1818–ca. 1839 RegR u. OPräsR Stettin, ca. 1824 GehRegR, ca. 1828 GehORegR 205/8 78
- Frese**, 1822 Kanzlei-Ass., zum Staatshaushalt 1823 wird seine Besoldung besprochen 150/6 216v
- Freter**, MedR Posen, 1826 Pensionsreklamation 309/11 88v
- Frey, Johann Gottfried** (1762–1831), 1785 Eintritt in die Verwaltung Königsbergs, 1801 Kriminal-, Stadt- und MedR, Polizeinspektor, stellv. Mitgl. Kriegs- und Domänenkammer, 1806 PolDir., stellv. Stadtpräs., 1808 Mitwirkung an der Städteordnung, 1809–26 RegDir. Königsberg, 1817 Dr. phil. h. c. 296/10 163
- Freytag, Sophia Rebecca** (gest. 1840), geb. Winckler, verw. Nehbel, Mühlenbesitzerin in Ostpreußen (Neumühl) 277/10 64
- Frick, Georg Friedrich Wilhelm** (1783–1834), 1815 KGR, ca. 1818–24 GehORegR u. Justitiar KuMinm., 1824–34 GehORegR u. Justitiar FinMinm. 40/3, 44/3; 77/4; 215/8, 232/8; 248/9; 306/11, 317/11; 327/12, 334/12; 346–347/13, 349–351/13; 375/15, 377/15; 402/16
- Friedheim**, Kaufmann in Köthen 54/3 200
- Friedrich August I.** (1670–1733), „der Starke“, 1694 Kurfürst von Sachsen, 1697 Übertritt zum Katholizismus u. bis 1706 als August II. König von Polen 81/4 99
- Friedrich August I. (III.)** (1750–1827), 1763 Kurfürst, 1806 König von Sachsen 201/8 30
- Friedrich I.** (1371–1440), 1417 Kurfürst von Brandenburg 215/8 197v
- Friedrich II.** (1712–1786), „der Große“, 1740 König von Preußen 17/2 33; 129/6 4; 165/7 141, 143; 247/9 33; 319/11 184
- Friedrich Wilhelm I.** (1688–1740), 1713 König von Preußen 21/2 61v; 208/8 120; 247/9 32v; 416/17 40
- Friedrich Wilhelm III.** (1770–1840), 1797 König von Preußen 128/5 299–299v; 220/8 264
- Friedrich Wilhelm IV.** (1795–1861), 1797 Kronprinz, 1840–61 König, seit 1857 durch seinen Bruder Wilhelm vertreten 1/1, 3–7/1, 9/1 28v, 10–13/1; 13f/Fundort; 16/2, 19/2, 27/2 126; 31–32/3, 34–37/3, 39–42/3, 44–46/3, 48/3, 54/3, 63/3, 70/3; 75/4, 78–81/4, 85–86/4, 100/4, 102–110/4; 111/5, 113–115/5, 117/5, 121/5, 125/5; 140/6 124, 144–151/6; 152/7, 158/7, 160/7, 162/7, 163/7 132, 164/7, 169/7, 173/7 252, 253v, 256, 180/7 315, 188–189/7, 192/7, 193/7; 204/8, 207/8, 233/8, 235/8 409, 238/8, 241/8; 246/9; 247a/Fundort; 266/9; 269/9; 275/10, 284/10, 289/10, 292–293/10, 295/10, 297/10; 298–300/11, 302–304/11; 305a/Fundort; 306–309/11, 311–312/11, 314–315/11, 321/11, 323/11; 326/12, 328/12, 330/12, 333/12, 336–339/12; 342–345/13, 347/13, 349–350/13, 355/13 183; 357/14, 359/14, 362–363/14, 366–372/14; 374–375/15, 378–379/15, 382–383/15, 386–389/15, 392/15; 398/16; 412/17; 412a/Fundort; 413–415/17, 417–419/17, 423–424/17, 425/17 129, 426/17, 429–430/17, 432–438/17, 440–441/17
- Friese, Karl Ferdinand** (1770–1837), 1796 Kriegs- und Domänenkammer Marienwerder, 1805 VortrR Generaldirektorium, 1808/09 engster Mitarbeiter Schroetters, Entwürfe für Reform der Regierungs- und Verwaltungsordnung, 1813 Zentralverw. für die befreiten Gebiete, 1814 Leitung des Finanzwesens im Kgr. Sachsen, Dez. 1817–1837 StS im StR, Vors. Ober-Examinations-Komm. für den höheren Verwaltungsdienst, Präs. der preuß. Bank, ca. 1818 Präs. SchMinm. 13e–13f/Fundort; 36/3 47; 150/6 215v; 420/17 85
- Fritsche, August Ludwig Leopold** (1843: v.) (1780–1855), 1809–16 RegR Stettin, 1816–17 RegR Koblenz, 1817 GehRegR, 1825–34 Vizepräs. Reg. Koblenz, 1834–52 Vizepräs. Reg. Köslin 323/11 216, 218–218v
- Froitzheim, Heinrich** (geb. ca. 1777), Kommunal- und Steuerempfänger zu Hersel, 1823 Disziplinarsache 198/7 471–472
- Fürstenberg Frh. v.**, ehem. Trierischer Domcellar 248/9 45v
- Fürstenberg, Ferdinand Maria Joseph Frh. v.** (1739–1800), 1797 Inhaber einer Erbpräbende der Familie v. Galen im Domstift zu Münster 264/Fundort 121

Fürstenberg, Franz Egon Frh. v. (1737–1825), 1776–89 GenVikar Hildesheim, 1786–89 Koadjutor des Fürstbischofs von Hildesheim u. Paderborn, 1789–1825 Fürstbischof von Hildesheim u. Paderborn, 1789–1825 Apostolischer Vikar der Nördlichen Mission 201/8 20; 351/13 124

Galen, Anna Maria v. (1803–1884), geb v. Ketteler, 1825 vermählt mit Gf. Mathias v. Galen Besitzerin einer Präbende am Fräuleinstift Freckenhorst, 1825 noch in Besitz der Pension 264/Fundort 121v

Galen, Christoph Bernhard Frh. v. (1606–1678), 1650 Fürstbischof von Münster 153/7 30

Galen, Clemens August v. (1803: **Graf**) (1748–1820) 264/Fundort 120

Galen, Ferdinand Graf v. (1803–1881), 1828 LegSekr. Stockholm 380/15 61v

Galen, Franz Wilhelm v. (1648–1716), 1665 Stifter des Domstifts zu Minden 264/Fundort

Galen, Johann Heinrich v. (1609–1694), 1665 Stifter des Domstifts zu Minden 264/Fundort 119v

Galen, Mathias Graf v. (1800–1880), 1806 Kollator der Erbpräbende des Domstiftes zu Münster, 1824 reg. Graf, 1825 Erbkämmerer des Bischofs von Münster v. Droste-Vischering 218/8 238v; 264/Fundort 119v, 121–121v

Gall, 1815 Schreiber im Hypothekenbüro zu Cleve, April 1815–Okt. 1816 Lazarett-Kassenrendanten Luxemburg, 1819 Verurteilung wegen Unterschlagung, 1819 Buchhändler zu Trier, 1824 Gehaltssache 200/8 9–10v

Gallwitz (geb. ca. 1769), RegSekr. Koblenz, 1826 Pensionsreklamation 309/11 89

Gampert, Michael (geb. ca. 1777), Schleusenmeister zu Breiskow, 1829 Pensionssache 421/17 87–87v

Gansauge v., (Geschwister), Besitzer einer Ziegelscheune in Magdeburg, die 1806 für Kriegszwecke zerstört wurde, 1824 Klage gegen den Fiskus auf Schadenersatz 239/8 456v

Ganzer, Reg- und BauR Minden, 1827 Rekursache 364/14 61–61v

Ganzer, Witwe zu Brandenburg, 1825 Reklamationssache 205/8 63–64

Garzke (Gartzki), Landvogtei-GerR in Heilsberg, 1828 Pensionssache 383/15 84–85

Gase [?], HofR, zum Staatshaushalt 1823 wird seine Besoldung besprochen 150/6 216v

Gattermann, Johann Gerhard (geb. ca. 1787), Salzfaktor zu Koblenz, 1827 Disziplinarsache 344/13 40–40v

Gené, PolBgm. zu Neuenburg (Schweiz), 1820 Rekursache 52/3 190, 191, 193–194, 196

Gerlach, ca. 1821 Premierltn. zur Dienstleistung im KrMinm., ca. 1824 Hptm., Rat u. Assistent im Ministerialbüro, ca. 1831–ca. 1832 GehKrR 424/17 112

Gerlach, Carl Heinrich v. (1783–1860), 1818–39 LandR Krs. Fürstentum, 1824 Mitgl. ProvLT Pommern, stellv. LT-Marschall, 1854 MdH 205/8 75, 221/8 271v; 406/16 80

Gerresheim, 1795 Stadtrichter Berlin, ca. 1797 JusR, ca. 1800–20 GehJusR u. Stadter.-Präs., 75/4 32v; 375/15 24

Getkandt (geb. ca. 1765), RegR Gumbinnen, 1826 Pensionsreklamation 309/11 88v

Glesecker, Ass. OLG Stettin, 1829 Pensionssache 435/17 210

Gneisenau August Neithardt v. (1814: **Graf**) (1760–1831), seit 1785 im preuß. Dienst, 1813 GenQuartiermeister, 1825 GenFeldmarschall, Mitorganisator der Heeresreformen 126/5 265v

Goecker, Bgm. Petershagen, 1823 Rekursache 167/7 166

Goedeken (geb. ca. 1784), Ober-Grenzkontrolleur zu Dierdorf, 1824 Disziplinarsache 212/8 167–168v

Goedeler (1775–1827), 1802–03 Ass. HofGer. Insterburg, 1804 RegR Magdeburg, 1806 RegR Kriminalsenat Magdeburg, ca. 1818 GehJusR OLG Magdeburg, 1820 RevisionsR Minm. f. d. Gesetzrevision, 1821–ca. 1824 GehORvisionsR JMinm. 53/3, 55/3; 212/8; 260/9

Goelkel, Kaufmann zu Kolberg 52/3 190, 191, 193, 194–194v, 196

Goldbeck, Heinrich Julius v. (1733–1818), 1795–1807 Großkanzler 101/4 269v; 248/9 58

- Goltz, August Graf v.** (1765–1832), 1787 LegR, ca. 1789 GehLegR, 1790–91 preuß. Geschäftsträger in Warschau, 1792–97 Gesandter in Kopenhagen, Mainz, Stockholm, 1802–07 dsgl. Petersburg, 1807–14 AMinr., 1814 Oberhofmarschall, 1816–24 Bundestagsgesandter, 1817 MdStR, 1824–32 Oberhofmarschall *116/5* 62; *170/7* 221, 231v
- Görke** (gest. zwischen 1817–24), Dr., GenStabsarzt beim 1. Bataillon des 7. Rheinischen Landwehrregiments *234/8* 387, 388, 389
- Gorzenski, Tymoteusz Pawel Graf v.** (1743–1825), 1790–1809 Titularbischof von Smolensk, 1809–21 Bischof von Posen, 1821–25 Erzbischof von Gnesen u. Posen *169/7* 201v–202, 203
- Gossen**, ca. 1818–ca. 1824 RegR Köln, ca. 1828–34 ORegR, ab 1832 auch Stellv. d. RegPräs. *110/4* 354v; *213/8* 173, 174
- Goßler, Konrad Christian** (1813: v.) (1769–1842), 1816–20 GehOJusR JMinm. 1834–ca. 1841 Wirkl.GehOJusR, Ehrenbürger Magdeburgs *38/3*, *44/3*, *51/3*; *104–105/4*; *115/5*, *118/5*, *126/5*; *154/7*, *177/7*, *185/7*, *198/7*; *236/8*; *257/9*, *261–262/9*; *275/10*; *306–308/11*, *314/11*, *321/11*, *322/11*; *345/13*, *354/13*; *360/14*, *366/14*; *419/17*, *433/17*
- Gottschalk**, KrsSekr. zu Czarnikau, 1828 Pensionssache *383/15* 86
- Grashoff**, RegR Oppeln, 1826 Pensionsreklamation *309/11* 85
- Grävell, Maximilian Karl Friedrich Wilhelm** (1781–1860), 1803 Ref. KG, 1803–04 Regimentsquartiermeister u. Auditor beim Füsilierbataillon von Sobbe in Essen, 1804 Ass. KG, 1804–06 RegAss. Plock, 1806–07 auf Gut Starckow bei Stolp, 1807–09 Advokat Cottbus, 1809–11 Justizbeamter Dresden, dann Ass. Berlin u. Plock, 1809–11 Justizbeamter Dresden, Ass. Soldin, 1812 Justitiar Stargard, 1816 Justitiar Reg. Merseburg, 1818–20 Suspension, dann Amtsentsetzung, zahlreiche Schriften *15/2* 15v–16v; *288/10* 136v
- Grävenitz v.**, ca. 1818–ca. 1824 RegR Potsdam, ca. 1828–ca. 1834 GehRegR MdI, ab ca. 1831 Hilfsarb. des StR *321/11*; *363/14*; *373/15*
- Grinda**, ostpreuß. Gutsbesitzer *25/2* 101v
- Grollmann, Heinrich Dietrich** (1786: v.) (1740–1840), 1785 KG, 1787 Mitgl. Gesetzgebungs-Komm., 1793 GehOTribunalR, 1804–33 Präs. Ober-Tribunal, 1817 MdStR, Vater des Gen. *51/3*
- Grollmann, Karl Wilhelm Georg v.** (1777–1843), Sohn des OTribunalPräs., 1804 Ltn., 1805 Kapitän, 1807 Maj., 1809–12 österr.-span. Kriegsdienst, frz. Gefangenschaft, 1812 Maj. im preuß. Kriegsdienst, 1814 GenMaj. 1815 GenQuartiermeister bei der Armee Blücher, 1815–19 im KrMinm. 1817 MdStR, 1819–25 Rückzug auf sein Landgut in der Niederlausitz, 1825 GenLtn., 1832 interim., 1835 definitiv kommissar. Gen. des V. AK, 1837 Gen.d.Inf., Anteil an die Reorganisation des Heeres unter Scharnhorst *205/8* 73v
- Grunenthal, Friedrich Sigismund v.** (geb. 1780), geb. Siebmann, 1812 adoptiert von Ernst v. G., 1803 Auskultator Stadtger. Berlin, ca. 1818–20 RegR Berlin, 1821–28 GehFinR General-Kontrolle bzw. ab 1829 FinMinm. (Ober-Rechnungs-Kammer), GehOFinR, 1848 a.D., Publizist *128/5*; *129/6*, *148/6*; *165/7*, *175/7*, *180/7*; *207/8*, *220/8*; *353/13*; *367/14*; *383/15*, *396/15*; *408/16*; *412/17*, *416–417/17*, *421/17*, *425/17*
- Gruner, Justus v.** (1777–1820), 1809 PolPräs. Berlin, 1811 GehStR in der preuß. Polizeiverw. u. Chef d. preuß. Staatspolizei, 1812 verabschiedet, 1813 GenGouv. Berg, 1814 des Mittelrheins, 1816–19 Gesandter in der Schweiz *27/2* 123; *60/3* 272–275; *351/13* 105
- Grunow** (geb. ca. 1790), RegKanzlist Trier, 1826 Pensionsreklamation *309/11* 89
- Guaita, Cornel Maria Paul** (1813: v.) (1766–1821), 1808 Maire bzw. 1814–20 OB Aachen *26/2* 107–108, 111v–112; *31/3* 12
- Güldner**, Bauinspektor *166/7* 158v
- Günther** (gest. 1842), ca. 1818–38 OBauR, GehOBauR, ca. 1839–41 VizeOBauDir., ca. 1841 OBauDir. *134/6*; *278/10*; *298/11*, *315/11*; *372/14*
- Gustav Adolf IV.** (1778–1837), 1792–1809 König von Schweden *280/10* 91v
- Guttentag**, Holzhändler in Breslau, 1829 Pensionssache *421/17* 87

- Haase**, StadtGerDir. Stargard, 1819 Disziplinarsache 28/2 138
- Hacke, Julie Gräfin v.** (1795–1854), geb. von Marschall, vermählt (1814) mit Wilhelm Gf. v. Hacke (1785–1841) 161/7 104–105, 106v–107v
- Hackelberg**, ca. 1828 Geh. exped. Sekr., Kalkulator KrMinm., 1825 Disziplinarsache 287/10 134
- Hackenber** (gest. 1823), RegR, JusAmtm., Richter zu Neuwied 205/8 68–68v
- Hackenber**, Witwe des RegR zu Neuwied, 1824 Forderung einer Pension 205/8 68–70
- Haenseler** (gest. vor 1821), Erbpächter zu Solicante 118/5 92–92v
- Hagemeyer, Friedrich**, Reg.-Registrator zu Köln, 1825 Disziplinarsache 273/10 17–17v
- Hagen v.**, auf Nackel, 1824 Mitgl. ProvLT Brandenburg 208/8 128v
- Hagen, Hans Wilhelm Siegmund Leopold v.** (1775–1851), 1787 Armee, 1817 Bataillonskommandeur des 1. Bataillon des 7. rheinischen Landwehrregiments, 1828 GenMaj. a. D. 234/8 387
- Hagen, Johann Frh. v.** (gest. 1794), 1778 RHofR-Präs., 1791 Besitzer des Lehns Motten 360/14 32
- Hagen, Karl Heinrich** (1785–1856), ca. 1818–35 RegR MdI, Revisionskolleg zur Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Ostpreußen, 1811–49 Prof. der Staatswirtschaft u. Gewerbekunde Königsberg 296/10 163
- Hagen, Ludwig Philipp Wilhelm Frh. v.** (1770–1842), 1792–1806 Kammerref., Ass. Kriegs- und Domänenrat Halberstadt, bis 1815 Organisationskom. Hannover, im Dienste d. Kgr. Westphalen, GenInspektor Domänen u. Forsten Kassel, 1815 im preuß. FinMinm. Abt.-Dirigent, 1816 RegDir. Köln, 1817 Vizeprä., 1818 RegPräs., 1825–31 RegPräs. Erfurt 110/4 355; 197/7 450; 213/8 173, 174; 290/10 241v
- Hagen, Maria Franziska Baronin v.**, 1827 Rückforderung der Waldungen der ehem. Herrschaft Motten und des Kupferwerkes bei Duttweiler 360/14 32, 33; 375/15 27–28
- Hake, Karl Alexander Wilhelm Graf v.** (gest. 1835), kgl. Kammerherr u. Hofmarschall des Prinzen Friedrich v. Preußen 128/5 299
- Hake, Karl Georg Albrecht Ernst v.** (1768–1835), 1797 Kapitän, 1804 Adjutant bei Prinz Heinrich, 1809 Dir. 1. Division Allg. Kriegs-Dept., 1810 Chef Allg. Kriegs-Dept., 1812 GenMaj., 1819/20–20.10.1833 KrMinr. 19/2 48; 53–60/3, 62–68/3, 71/3; 72–100/4, 102–110/4; 111–118/5, 120–123/5, 125–128/5; 129–143/6, 145–151/6; 152–154/7, 156/7, 158/7, 167/7 165v, 176–199/7; 200–203/8, 206–210/8, 212–213/8, 215–216/8, 224/8, 226/8, 229–240/8; 240a/Fundort; 241/8; 242–247/9; 247a/Fundort; 248/9 36, 250/9, 254–255/9, 257/9, 259/9, 261–262/9; 283–287/10, 289–292/10, 294–295/10, 297/10; 298–299/11, 301–305/11; 305a/Fundort; 306/11, 308–309/11, 311–312/11, 314/11; 327/12, 330–335/12, 337–339/12; 342–343/13, 347–348/13, 350/13; 365–372/14; 373–375/15, 377/15, 379/15, 381/15, 384–387/15, 389–390/15, 392–393/15, 394/15 157v–160, 395/15; 402–406/16, 408/16, 411/16; 412/17; 412a/Fundort; 413–414/17; 418/17, 420/17, 423–427/17, 430/17 172, 432–441/17
- Halle**, Reg.-Registrator Frankfurt/O., 1826 Pensionsreklamation 311/11 94
- Hanisch, Friedrich Wilhelm**, Wegebaukondukteur zu Sangerhausen, 1829 Disziplinarsache 416/17 37
- Hantel** (geb. ca. 1774), RegKanzlist Königsberg, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94v
- Hardenber**, **Friedrich August, Graf v.** (1770–1831), auf Pohlschildern bei Parchwitz 362/14 48
- Hardenber**, **Karl August v.** (1814: Fürst) (1750–1822), bis 1782 im hannov. Staatsdienst, 1783–90 Mitgl. Geheimratskollegium in Braunschweig, 1790 Minr. in Ansbach-Bayreuth, 1792 nach Rücktritt des Markgrafen dirigierender preuß. StMinr., 1795 Aushandlung des Baseler Friedens, 1798 nach Berlin berufen, 1803 vertretungsw., 1804/06 definitiv AMinr., April 1807 leitender Minr., Juli 1807 nach dem Tilsiter Frieden auf Verlangen Napoleons entlassen, 3.6.1814–16.9.1818 AMinr., 1817 MdStR, 4.6.1810–26.11.1822 Staatskanzler, 3.11.1817–26.11.1822 SchMinr. (1818 Chef des SchMinm.), 3.11.1817–26.11.1822 Chef der General-Kontrolle, führt nach 1810 die innere Reformpolitik weiter 1–13/1; 13b–13c/Fundort; 13f/Fundort 12v, 17v, 18v;

13g/Fundort; 14/2 2, 3, 4, 6v, 8, 15/2 15, 16/2 19, 20, 22v, 17/2 28v, 34v, 23/2 30v, 24/2 89, 90, 25/2 100–100v, 102, 104, 26/2 119, 28/2 137–137v, 30/2 151v, 156, 159v, 169; 31/3 3v, 6, 8v, 10, 33/3 23–23v, 34/3 25–25v, 26v, 39/3 80, 41/3 97v–98, 44/3 113, 45/3 133, 57/3 243–256, 58/3 253v, 59/3 269, 63/3 316–316v, 320, 66/3 352, 67/3 358v, 359v, 68/3 363v; 78/4 71, 81/4 97v, 82/4 102, 104v, 107, 83/4 118, 86/4 151, 88/4 171v, 87–92/4, 93/4 201, 94/4 207v–208, 209v, 95/4 216, 98/4 236v, 237v–238, 239, 99–104/4, 105/4 296v, 301–301v, 106/4 305, 306v, 308, 310, 107/4 323, 108/4 337, 110/4 354, 355v, 356v; 111/5, 112/5 17v, 20v, 22–23, 113/5 30, 32, 34v, 39, 115/5, 116/5 61–61v, 117/5, 118/5 97–98, 119/5, 120/5 111, 121/5 122, 122/5 137v, 139–139v, 123/5 146v–148v, 156–156v, 159, 124/5 180, 125–126/5, 127/5 288–288v, 290v, 128/5 294, 299v–300v, 301v; 129/6 1v, 4v, 10–11, 130–133/6, 135/6 81, 141/6 131v, 145/6, 147/6 184, 148/6, 150/6 215v–217v; 152/7 4v, 8v, 153/7 30, 155/7 46, 159/7 69, 70v, 76, 78, 162/7 117, 163/7 125v, 165/7 141v–142, 151, 167/7 166v, 170, 168/7 179v, 169/7 205v, 172/7 243v, 173/7 260, 175/7 274, 180/7 310, 182/7 333; 200/8 11v, 201/8 31, 204/8 54v, 56, 206/8 92–92v, 215/8 202–202v, 220/8 255, 240/8 475–475v; 248/9 36v; 280/10 92; 303/11 30–30v, 305/11 40v, 324/11 240; 371/14 108v, 109v; 417/17 46

Hardenberg-Reventlow, Christian Heinrich August Graf v. (1775–1840), kgl. dän. Geh. Konferenzrat u. Hofjägermeister, verzichtete am 3.1.1823 mit kgl. Genehmigung auf den erblichen Fürstentitel des Vaters 179/7 307–307v

Hardt, Carl Ludwig, Kämmerer in Belgard, 1825 Disziplinarsache 260/9 175

Hartenfels, Wilhelm, PolKom. zu Wesel, 1829 Disziplinarsache 412/17 1

Hartmann, Bauinspektor in Koblenz, 1820 Pensionssache 59/3 262v–263

Hartung, Ernst (geb. ca. 1794), RegSekr. Düsseldorf, 1829 Disziplinarsache 431/17 174

Hatzfeldt, Franz Ludwig Graf v. (1803: **Fürst**) (1756–1827), Standesherr, 1803 reg. Fürst kurmainz. GehR u. GenFeldmarschall-Ltn. u. Kommandant v. Berlin, später Gesandter in den Niederlanden u. in Wien 10/1 33v; 170/7 232; 222/8 287–287v; 306/11 46–51; 340/13 5–5v, 348/13 68; 360/14 30, 368/14 97

Hatzfeldt, Hermann Fürst v. (1804–1874), Standesherr, 1827 reg. Fürst 382/15 70–70v; 409/16 94; 440/17 252

Hatzfeldt, Hermann Graf v. (1658–1677), führte einen Prozeß mit Lucia von Nesselrode bzw. ihrem Gemahl Bertram v. Nesselrode über die Erbfolge in Bezug auf Trachenberg 360/14 30

Hatzfeldt, Melchior v. (1635: **Reichsgraf**) (1641: **Graf**) (1593–1658), 1635 Feldmarschall, 1641 erhält die Herrschaft Trachenberg vom Kaiser 360/14 30

Haubner, Diener beim Predigerseminar zu Wittenberg, 1821 Gehaltssache 73/4 17

Hauschild, Predigerwitwe, 1821 Pensionssache 83/4 113v

Hausknecht (geb. ca. 1778), Kanzleiinspektor Posen, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94

Hausleitner, Ernst Sigismund Friedrich (1760–1833), 1815 MedAss., Apotheker Reichenbach 73/4 18v–20

Haxthausen, August Franz Ludwig Maria (1792–1866), RegR Köln, 1826 Pensionsreklamation 308/11 75

Heegewaldt, ca. 1818–ca. 1828 HofR u. Geh. Kanzleidir. Staatssekretariat 168/7 187v–188

Heidefeld, ca. 1824 RegR Oppeln, 1826 Pensionsreklamation 309/11 85

Heiligenstaedt v. (geb. 1779), Reg.-Journalist Magdeburg, 1826 Pensionsreklamation 309/11 89v

Heim (gest. 1815), Witwe zu Danzig 200/8 11–11v

Heine, Berliner Kaufmann 107/4 319

Heinemann, Kramer, 1780–83 sind ihm Gegenstände aus dem Kirchensbestand Stendals verkauft worden 215/8 197v

Heinersdorff, Holzhändler in Breslau 421/17 87

Heinrich III. (1241–1266), Herzog von Schlesien-Breslau 113/5 32v

- Heinrich**, 1767 Akzise- und Zolldienst Sprottau, 1768 premier Commis aux Exercices Goldberg, 1769 Kontrolleur der Akzise- und Zollkassen Raudten, 1770 Stadtinspektor Greiffenberg, 1771 Stadtinspektor Bunzlau, 1772 Stadtinspektor Liegnitz, 1787 KrR u. 2. Dir. b. d. Oberschles. Provinzialakzise- und Zolldirektion Neisse, 1793 GehR u. 1. Dir. Provinzialakzise- und Zolldirektion Glogau, 1796 RegDir. Breslau, 1817 50-jähriges Amtsfest 5/1 11v
- Heinrich, Christian**, ehem. Grenzaufseher, 1828 Pensionssache 383/15 79–79v
- Hellen zur** (geb. ca. 1766), RegR Posen, 1826 Pensionsreklamation 309/11 88
- Hempel, Johann Friedrich** (1806: v.) (gest. 1831), ca. 1817 OLG Vizepräs. Stettin, ca. 1831 Chef-Präs. 13c/Fundort; 233/8 383v–385; 314/11 115v; 349/13 74, 75–75v
- Henckel v. Donnersmarck, Karl Lazarus Graf** (1772–1864), Oberlandmundschenk in Schlesien 227/8 330
- Hennigs, Gustav Bernhard Ritter v.** (1773–1885), Großgrundbesitzer, Herr auf StremLOW u. Techlin, Oberst a. D. 23/2 80
- Hennings** (geb. ca. 1776), KrR Köln, 1826 Pensionsreklamation 308/11 75v
- Heppner** (geb. ca. 1788), Haupt-Kassen-Kontrolleur Posen, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94–94v
- Herrmann**, KrsSchr. zu Stargard, 1824 Disziplinarsache 223/8 305
- Herrmann, Johann Friedrich** (geb. ca. 1776), ca. 1816 RegR, ca. 1818 GehFinR SchMinm., ca. 1820 GehOFinR, 1823–48 GehOFinR FinMinm. 107/4; 155/7; 401/16
- Herrmann, Victorie v.**, Cessionar (Erbe) von Igor Gf. v. Raczynski (1741–1823), Bischof von Posen 169/7 201v–203
- Hertel**, GehRegR Magdeburg, 1825 Pensionssache 290/10 140v
- Hertmann** (geb. ca. 1776), RegKalkulator Arnberg, 1826 Pensionsreklamation 309/11 89v
- Hesselbarth** (geb. ca. 1766), RegKalkulator Potsdam, 1826 Pensionsreklamation 319/11 193v
- Hessen-Rheinfels-Rothenburg, Victor Amadeus Landgraf v.** (1779–1834) 254/9 84–84v; 317/11 147, 148
- Hetzel, Wilhelm** (1789–1888), Prediger, Superintendent, 1825 Vorstellung an das Brandenburger Konsistorium gegen die Einführung der neuen Agenda 355/13
- Hetzrodt** (geb. ca. 1752), RegR Trier, 1826 Pensionsreklamation 308/11 75
- Heydebreck, Georg Friedrich v.** (1765–1828), 1808 Kammerdir. Stettin, 1810 StR in der Gewerbesektion, 1815–24 OPräs. Brandenburg, vor 1818 Wirkl.GehR (Exz.) 5/1 12v; 25/2 98v; 205/8 77v–78, 208/8 127, 129v, 221/8 272
- Heyden v. d.**, Dr., 1824–25 Ass. Oppeln, ca. 1828–38 RegR Breslau, 1843–51 ORegR, 1828–51 ausw. Mitgl. kgl. deutschen Gesellschaft zu Königsberg 291/10 143v
- Hilgers, Johann Josef**, Spielkartenfabrikant zu Köln 182/7 330v; 210/8 142–143
- Hippe**, Mühlenmeister zu Prenzlau, Verlust durch den aufgehobenen städtischen Getränkezwang 129/6 12v–13v
- Hippel, Theodor Gottlieb v.** (1775–1843), 1797 GerRef., 1799–1804 u. a. Land- und KrsJusR Marienwerder, 1804 auf seinen Gütern, 1811 ritterschaftlicher Deputierter des LT Königsberg in Berlin, Mitarb. Hardenbergs, VotrR StMinm., 1813 Verfasser des Aufrufs „An mein Volk“, 1814–23 Chef-Präs. Reg. Marienwerder, 1823–37 RegPräs. Oppeln, zahlr. Schriften 52/3 196; 319/11 193v
- Hoensbroech, Clemens Wenzeslaus Graf v.** (1776–1844) 248/9 46
- Hoffmann, Johann Gottfried H.** (1765–1847), 1792–98 Leiter der Pinnauer Mühlenwerke, 1798 Lehrer Collegium Fridericianum Königsberg, 1801 Lehrer Kunstschule für Bauhandwerker, 1803 BauAss. Ostpreuß. Kriegs- und Domänenkammer, 1807 Prof. für Staatswissenschaft Univ. Königsberg, 1808 StR, in der Sektion für Gewerbepolizei im MdI, 1810–44 Dir. des Statistischen Büros, 1810–15 u. 1821–32 Prof. für Staatswiss. Univ. Berlin, 1816–21 GehLegR, 1817 MdStR, 1825 Mitgl. Komm. zur Revision der gewerbepolizeilichen Gesetzgebung, 1832 Mitgl. Akademie der

Wissenschaften 17/2 40, 27/2; 34/3 25, 35/3 31, 48/3, 54/3 200, 70/3 384v; 75/4; 150/6 217v; 292/10 154

Hohenhausen, Leopold Frh. v. (ca. 1779–1848), Geh. Kriegs- und Domänenrat Herford, RegR Minden, 1826 Pensionsreklamation 56/3 225–228; 308/11 76

Hohenlohe-Ingelfingen, Adolph Prinz zu (1797–1873), Standesherr, 1854 MdH, 1862 MinPräs. 271/10 2–3v

Hohenlohe-Öhringen, Friedrich Ludwig Fürst v. (1744–1818), Standesherr 104/4 290

Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein, Joseph Christian Fürst v. (1740–1817), 1795–1817 Fürstbischof Breslau 28/2 142v–143

Hohenzollern-Hechingen, Joseph Prinz v. (1776–1836), 1809–17 Kapitularvikar von Ermland, 1817–36 Fürstbischof von Ermland, von Papst Pius VII. am 16.7.1821 zum Exekutor der Bulle „De salute animarum“ ernannt 201/8 17–17v, 19, 20, 21v–22, 23

Hommer, Josef v. (1760–1836), 1816–17 GenVikar im rechtsrheinischen Teil des Erzbistums Trier, 1817–24 dort apostolischer Vikar, 1824–36 Bischof von Trier 201/8 19–19v

Hönsbrock

→ Hoensbroech

Hopf, Christian Wilhelm (geb. 1780), KrsSekr. zu Soest, 1827 Disziplinarsache 367/14 86

Hossbach, Peter Wilhelm (1784–1846), ev. Theologe, Prediger, 1825 Vorstellung an das Brandenburger Konsistorium gegen die Einführung der neuen Agenda 355/13

Hosson (geb. ca. 1771), Hauptkassenkontrolleur Münster, 1826 Pensionsreklamation 309/11 89v

Hoym, Karl Georg Friedrich Graf v. (1739–1807), 1770–1806 Minr. für Schlesien 248/9 58

Hülsenbeck (geb. 1751), Kassendiener Posen, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94

Humboldt, Wilhelm Frh. v. (1767–1835), Gelehrter, 1806–08 Gesandter am Vatikan, 1809–10 GehStR, Leiter der Kultus- und Unterrichtsabt. im MdI, Initiator von Bildungsreformen, Gründung der Univ. Berlin, 1810–15 Gesandter in Wien, 1814/15 neben Hardenberg preuß. Vertreter auf dem Wiener Kongreß, 1817 MdStR, 1817–18 Gesandter in London, 1818 Teilnahme am Aachener Kongreß, 11.1.1819–31.12.1819 StMinr. für ständische u. kommunale Angelegenheiten, bis 1830 Privatmann, dann wieder Teilnahme an Sitzungen des StR 5/1 12; 14–20/2; 36/3 45, 68/3 363v; 75/4 31v–33v, 35, 37, 110/4 355v

Huscher, Steuer-Aufseher zu Liebenwerda, 1824 Disziplinarsache 239/8 454

Illing, Wundarzt Reichenbach 73/4 18v–20

Imbsen, Bernhardine v. (1786–1833), geb. von Schmissing-Kerssenbrock, Stiftsdame im ehem. Stift zu Freckenhorst 222/8 290

Ingersleben, Karl Frh. v. (1753–1831), 1779 Adjutant des Gen. v. d. Marwitz, 1786 auf eigenen Wunsch als Rittm. verabschiedet, 1787 LandR Tangermünde, 1795 Präs. Kriegs- und Domänenkammer Halberstadt, 1798–1806 Präs. pomm. Kriegs- und Domänenkammer Stettin, 1806 Vorsitz der Administrations-Komm. für das Kfstm. Hannover, StMinr., Okt. 1806 nach Stettin, wegen Verwicklung in der Kapitulation der Festung bis 1812 ohne Amt, 1812 Präs. der Reg. Stargard, 1815/16 OPräs. Pommern, 1816 OPräs. Prov. Niederrhein, 1822 zugleich OPräs. Jülich-Kleve-Berg, 1824–31 OPräs. Rheinprovinz 1/1 1v, 5/1 11–11v, 6/1 16v–17, 7/1 19v, 21v, 8/1 25v–26v, 9/1 28v, 29v, 10/1 33v, 11/1 37–37v, 12/1 44; 19/2 48; 72/4 3; 113/5 45v, 123/5 146v–147v; 173/7 260v–261, 263v, 264v; 220/8 253v; 247a/Fundort 57, 59v–60; 250a/Fundort; 252a–252b/Fundort; 253a–253b/Fundort; 259/9 146v, 150, 153–153v, 155v, 263/9 206–206v; 273/10 19, 277/10 56, 280/10 96–96v, 292/10 145; 311/11 103, 105; 326/12 11v, 12v, 16v, 327/12 21; 344/13 37, 345/13 44, 351/13 105v; 360/14 22, 24–24v, 364/14 55–55v, 371/14 124v–125, 127–128, 129; 374/15 17, 397/15 195; 403/16 53, 56, 411/16 115

Itzenplitz, Henriette Charlotte Gräfin v. (1772–1848), geb. von Borcke, 1792 vermählt mit Peter Gf. v. Itzenplitz, auf Cunersdorf 220/8 260–262v

Itzenplitz, Peter Ludwig Graf v. (1769–1834), 1790 Ref. kurmärk. Kammer, 1792 Ass. Fabrikdept., 1795 LandR Havelland, 1808–12 Verw. der Domänen u. Forsten in Schlesien, Rittergutsbes. auf Cunersdorf 28/2 142; 76/4 59–60

Jablonski, Ludwig Heinrich [vermutlich] (gest. 1840), Prediger, 1825 Vorstellung an das Brandenburger Konsistorium gegen die Einführung der neuen Agende 355/13

Jacobi (II) (geb. ca. 1771), 1794–1806 Regiments-Quartiermeister, 1808 Mitgl. Kriegskommissariat, 1809 Kriegskom., 1803 Oberkriegskom. im Felde, 1815 Wirkl. Oberkriegskom., Mitgl. 5. Dept. KrMinm., 1829–34 Wirkl.GehKrR 39/3 82

Jacobi, Bgm. zu Berlinchen 279/10 82

Jacobi, Gottfried Heinrich (geb. 1784), 1820 Rat MdI, 1823–54 GehORegR, 1825 stellv. Mitgl. Komm. zur Revision der gewerbepolizeilichen Gesetzgebung 95/4; 119/5; 129/6, 143/6; 237/8; 277/10, 280–281/10, 284/10, 287/10 134, 292/10 154, 293/10; 302/11, 309/11, 315/11, 322–323/11; 326–327/12; 341/13, 344/13, 355/13; 357/14, 359/14, 361/14; 376/15, 383/15, 397/15; 401/16, 404/16; 413/17, 417/17

Jacobi, Maximilian (1775–1858), 1793 u. 1795/96 Medizinstudium in Jena, Edingburgh u. London, 1797 Promotion Erfurt, 1799 Stiftsarzt in Eutin, 1802 chirurgische Weiterbildung in London, 1803 praktische Tätigkeit in Hamburg, 1804 in Eutin, 1805 MedR, Leiter des bayer. Gesundheitswesens München, 1812 ärztliche Leitung des St. Johann-Spitals Salzburg, 1816 RegR u. MedR Düsseldorf, 1822 bestimmt zum Dir. d. Irrenanstalt zu Siegburg, 1831–56 Dir. 173/7 260v

Jagow, Ludwig Friedrich Günther Andreas v. (1770–1825), 1785 Fähnrich, 1807 Oberstltm., 1810 Wirkl.Oberstallmeister, 1813 GenMaj. 36/3 46; 152/7 15v, 192/7 422; 277/10 54v

Jagow, Wilhelm v. (1771–1847), 1818 GenLtn., 1832 Gen.d.Inf. 24/2 89

Jahn, Friedrich Ludwig (1778–1852), „Turnvater Jahn“, Pädagoge u. Politiker, Gründer der deutschen Turnbewegung 15/2 14v–15

Janke, Johann Ernst Theodor (1781–1841), bis 1812 Studium der Theologie Halle, als Prediger, Konrektor u. Hofmeister beschäftigt, 1812 HofR, Expedient im Büro des Staatskanzlers, 1822 RegR Köslin, 1826 Entlassung vom Dienst, 1826 Pensionsreklamation, 1827 pensioniert 288/10 136v; 308/11 77; 369/14 98–98v

Jaroszewki, Grenz-Zoll-Kontrollleur u. Magazinverwalter zu Schneidemühl, 1823 Rekursache 167/7 165–166v

Jastrzemski, Joseph, Kaufmann in Heilsberg 383/15 84–85

Jecker, Fabrikant zu Aachen 55/3 218

Jentsch, 1826 bei der Gesandtschaft Madrid 335/12 133v

Jérôme Bonaparte (1784–1860), 1807–13 König v. Westphalen, Bruder Napoleon Bonapartes 104/4 286–287v, 289v; 116/5 61

Joeler, Theologe, 1825 Vorstellung an das Brandenburger Konsistorium gegen die Einführung der neuen Agende 355/13

Jonas, Ludwig (1797–1859), 1814/15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1815–19 Studium der Theologie Berlin, Mitgl. Burschenschaft, Unterzeichnung der öffentl. Erklärung zugunsten Dr. Jahns (1.8.1819), 1820–23 Lehrer Militärwaisenhaus Potsdam, 24.9.1823 Predigerstelle in Schwerinsburg u. Wusseken, 1829 Heirat mit der ältesten Tochter des Gf. von Schwerin, 1833 bis zum Tod dritter Diakonus St. Nikolai Berlin, 1850 Ehrendoktor Marburg, 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1858 MdA (Vincke), Herausgeber der Schriften Schleiermachers 171/7 236–237v

Jordan, ehem. Buchhalter bei dem Montierungsdepot, Düsseldorf 39/3 81–83

Jordan, Johann Ludwig (1816: v.) (1773–1848), 1802 KrR, 1810 StR MAA, 1817 MdStR, Jan. 1819–48 Gesandter in Dresden 14/2 2, 15/2 10v

- Kage**, Fuhrmann, ca. 1828 Zollkontravention 375/15 35v–36
- Kahle, Hans Martin** [vermutlich] (gest.1848), ca. 1818–38 GehORegR Mdl 21/2, 27/2; 45/3; 102/4; 169/7, 171/7; 248/9, 261/9; 350/13; 372/14; 426/17, 431/17
- Kamp, Heinrich** (1786–1853), Mitgl. Komm. zur Beratung der Modifikationen der Einführung der preußischen Gesetze in die Rheinprovinzen 378/15 41v
- Kamptz, Karl v.** (1769–1849), 1790 Ass. in Strelitz, 1792 Rat bei der Justizkanzlei, 1793–94 Referent des Geh. Rats- und Regierungskollegiums, 1798 Beisitzer am Hofgericht zu Güstrow, 1805 kurbrandenburg. Ass. beim Reichs-KG Wetzlar, 1811 Mitgl. Oberappellationssenat beim KG, 1812 VotrR im Polizeiparlament des Innenministeriums, 1817 Wirkl.GehORegR u. Dir. im PolMinm., MdStR, 1822 Dir. Unterrichtsabt. KuMinm., 1824 Wirkl.GehR JMinm., 1832–42 JMinr., 1849 Ehrenbürger Berlins 13f/Fundort; 116/5 61; 423/17 101, 102v
- Karl** (1733–1796), Prinz von Sachsen, 1758–63 Hzg. von Kurland u. Semgalen, morgantische Ehe 371/14 113v
- Karl** (1801–1883), Prinz von Preußen, 1816 Premierltm., 1818 Kapitän, 1822 Oberst, 1824 GenMaj., 1832 GenLtn., 1844 Gen.d.Inf., 1853 Chef der preuß. Artillerie, 1864–66 Gouv. v. Mainz 128/5 299v
- Karl XIII.** (1748–1818), 1772 Herzog von Södermanland, 1792–96 Regent für seinen Neffen Gustav Adolf IV., 1809 zum König von Schweden gewählt, seit 1814 auch König von Norwegen 280/10 91v
- Karstein, Georg Alexander**, 1810–27 Bgm. zu Fraustadt, 1827 Disziplinarsache 353/13 137
- Kaunitz-Rietberg-Questenberg, Aloys Fürst v.** (1774–1848), Standesherr, 1828 Rechtsstreit mit dem Fst. v. Liechtenstein wegen des Erbfolgerechts f. d. Grafschaft Rietberg 373/15 2–3v, 385/15 95–98, 388/15 115; 399/16 21–22v, 400/16 29–29v, 407/16 82; 422/17 98
- Keindorff**, invalider Feldwebel, 1820–23 mit Rechnungs- und Kanzleiarbeiten bei der Reg. Merseburg beschäftigt 237/8 427–427v
- Keisenberg** (Kaisenberg), **Johann Adolf Leopold v.** (1766–1835), ca. 1820–ca. 1830 Präs. OLG Halberstadt 162/7 117v
- Kelch** (geb. ca. 1773), wohnhaft Königsberg, Kommissionsrat, bis 1822 Besitzer der Bubainschen Mühle in Ostpreußen, Schwiegersohn des BauR Kern 277/10 61–63v, 66, 68v
- Kelch, Wilhelm Friedrich** (1770–1831), ca. 1818–ca. 1824 GehRegR Königsberg 296/10 163
- Kelleter, F. T.** (gest.1835), Kaufmann u. Tuchfabrikenbesitzer zu Aachen 31/3 12
- Kerll, August Ludwig**, ca. 1818 RegR HandMinm., 1820 GehRegR, ca. 1828–38 GehOFinR FinMinm. 14/2; 38/3, 46/3, 49/3, 55/3, 64–65/3; 75/4, 82/4, 93/4, 98/4; 119/5; 207/8
- Kerp** (geb. ca. 1763), Postwagenmeister zu Koblenz, 1823 Disziplinarsache 172/7 243
- Kersenbrock-Schmiesing, v.**
→ Schmiesing
- Kesselstatt, Franz Ludwig Hyacinth Graf v.** (1753–1841), ehem. Trierischer Domherr 248/9 45v–46
- Kesselstatt, Friedrich Karl Graf v.** (1756–1829), ehem. Trierischer Domherr 237/8 431; 248/9 45v
- Kesselstatt, Hugo Graf v.** (geb. 1785–gest. nach 1840), Domherr des ehem. Domstifts Trier u. auch in Bamberg 248/9 45v
- Keßler, Georg Wilhelm** (1782–1846), 1810 RegR, 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1816 RegDir. Münster, 1819 RegDir. Frankfurt/O., 1825 Vizepräs. des Konsistoriums u. des Schulkollegiums Brandenburg, GehOFinR FinMinm., Dir. Domänen- und Forstverwaltung, 1830 Wirkl.GehOFinR, 1835–44 RegPräs. Arnsberg, 1845 Wirkl.GehR, Abschied, auch als Übersetzer u. Publizist tätig 342/13 13
- Kiehl**, Dr., 1816–17 Landwehrbataillonsarzt beim 1. Bataillon des 7. rheinischen Landwehrregiments, 1824 Pensionssache 234/8 387–388, 389–389v
- Kientoff**, Fischer zu Küstrin 14/2 6

Kind, Bgm. zu Lübecke, 1823 Entschädigungs-Gesuch für Tätigkeiten vor 1806 167/7 166–166v

Kirchseisen, Friedrich Leopold (1798: v.) (1749–1825), 1776 Ass. Oberrevisionskollegium, 1777 ORevisionsR, 1787 Dir. Instruktionssenat, 1795 Einrichtung der preuß. Justizorganisation in Ansbach u. Bayreuth, Vizepräs. KG, 1809 Präs. KG, 1817 MdStR, 1810–18.3.1825 JMinr. 1–13/1; 13a/Fundort; 13d/Fundort; 13f/Fundort; 13g/Fundort 8–8v; 14–21/2, 27/2; 31–42/3, 44–53/3, 55–57/3, 58/3 247, 59–60/3; 72–73/4, 75–87/4, 90/4, 92–107/4, 109/4; 111–128/5; 129–136/6, 138–146/6, 151/6; 153–154/7, 162–163/7, 166/7, 176/7, 178–183/7, 184/7 361, 185–192/7, 194/7, 196–199/7; 200–201/8, 203/8, 205–206/8, 210/8, 212–214/8, 217–218/8, 221–222/8, 225–227/8, 229/8, 232–237/8, 239–240/8; 240a/Fundort; 241/8; 243/9, 247/9; 247a/Fundort; 248/9 36, 250–251/9; 306/11 53v

Kirchhof, Johann Wilhelm, Wegebaukondukteur zu Gumbinnen, 1828 Disziplinarsache 381/15 66–66v

Kirchner (geb. ca. 1781), Haupt-Kassen-Buchhalter Posen, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94v

Klaatsch, Johann Gottlieb (1753–1834), ca. 1818–21 GehFinR u. 2. Kurator des Kassen- und Rechnungsbüros SchMinm., 1824 GehOFinR, VotrR General-Kontrolle, ca. 1828–34 in der Staatsbuchhalterei 91/4, 108/4; 123/5; 156/7, 162/7, 165/7; 222/8; 274/10; 326/12; 380/15; 430/17, 435/17

Klebs (geb. ca. 1787), RegR u. Justitiar Köslin, 1827–29 Disziplinar- und Pensionssache 288/10 136v; 353/13 148–151; 385/15 100–101; 411/16 104; 435/17 212

Kleine, Franz Anton, ehem. Notar zu Wiedenbrück, 1824 Rekursache 257/9 161

Klewiz, Wilhelm (1803: v.) (1760–1838), Dr. phil., 1783 Kriegs- und Domänenkammer Magdeburg, 1786 Ass., 1790 Kriegs- und Domänenrat, 1793 VotrR beim südpreuß. Dept. Berlin., 1795 2. Kammerdir. Magdeburg, 1798 GehOFinR Berlin., 1807 Präs. Immediatkomm. für Finanzen u. Armeeverpflegung, 1808–10 Chef der Gesetzgebungs-Komm., Mitverf. der VO über die veränderte Verfassung aller obersten Staatsbehörden v. 27.10.1810, Nov. 1810 StS im StR, 1813–16 Zivilgouv. der Länder zwischen Weser u. Elbe, 2.12.1817–30.6.1825 FinMinr., 1817 MdStR, 1825–37 OPräs. Sachsen 1–11/1; 13a/Fundort; 13d–13g/Fundort; 12–20/2; 31–42/3, 44–71/3; 72/4, 75/4, 78–89/4, 91/4, 94–102/4, 104–110/4; 111–128/5; 129–133/6, 135–142/6, 144–151/6; 152–158/7, 166–172/7, 176–183/7, 184/7 361, 185–199/7; 200–203/8, 205/8, 209–216/8, 223–240/8; 240a/Fundort; 241/8; 243–247/9; 247a/Fundort; 248/9 36, 249–252/9, 253/9 78, 254–265/9, 266/9 223, 267–268/9; 270/9; 278/10 77, 290/10 140–141v; 302/11 20, 306/11 57, 308/11 76v; 336/12 150; 398/16 13

Klien, Karl K. (1776–1839), 1798 Dr. jur., 1803 ao. u. 1807 o. Prof. Univ. Wittenberg, Sitz im Schöffentuhl, o. Prof. Leipzig 39/3 79v–80

Klingsporn (Klingsporre) **Graf v.** (gest. 1840), RegR Danzig, 1825 erwähnt bei der Beratung des Verwaltungsetats der Prov. Preußen 296/10 163

Klüber, Johann Ludwig (1762–1837), Dr. jur., 1787 Prof. der Rechte Erlangen, 1805 Kab.- und StR des Markgf. Karl Friedrich in Karlsruhe, 1807 Prof. der Rechte Heidelberg, 1814/15 Wiener Kongreß, 1817 Eintritt in preuß. Dienste als Wirkl.GehLegR, 1817–20 Leitung der Verhandlungen mit den Standesherrn Westfalens u. des Rheinlandes, 1822 preuß. Bevollm. bei den Verhandlungen zur Auflösung des Ghzgtm. Frankfurt, nach 1824 Privatgelehrter in Frankfurt, zahlr. staatsrechtliche Schriften 44/3, 45/3 133v–134, 135v–136; 184/7 374–375

Klügel, Dr. jur., Wittenberg 39/3 79v

Knesebeck, Karl Friedrich Frh. v. d. (1768–1848), 1782 Eintritt in das Regiment des Hzg. v. Braunschweig, 1792–94 Teilnahme als Lt. an den Feldzügen, 1797 Premierlt. n., 1799 Hptm., 1802 Maj., in den GenStab. versetzt, 1807 Oberstlt. n., nach dem Abschied Rückzug auf Karwe, 1813 GenLt. u. erster Adjutant des Königs, 1817 MdStR, 1822 Chef des reitenden Feldjägerkorps, 1825

Gen.d.Inf., 1831 Oberbefehlshaber des Beobachtungsheeres in Posen, 1847 GenFeldmarschall 248/9 40

Knobelsdorff-Brenkenhoff, Friedrich Wilhelm Jobst v. (1774–1840), ca. 1825 RegDir. Köslin, 1828 RegDir. Marienwerder, stellv. RegPräs. 288/10 136–136v, 296/10 163

Knöpfler, ca. 1824–28 Oberförster Reppen, ca. 1825 Rekursache 297/10 165v; 436/17 222v–223

Knorr, hess. RegR zu Gießen 163/7 126v

Koehler (Köhler), **Christian Philipp** (gest.1852), GehORegR, Wirkl.GehORegR MdI, 1817 MdStR, 1821 Mitgl. Komm. für das Provinzial- und Kommunal-Schulwesen, Dir. des PolPräsidioms von Berlin für Gewerbepolizei 26/2, 28/2; 46/3, 48/3, 51–53/3, 58/3; 76/4, 85/4; 139/6, 140/6 122v; 245–246/9, 253/9; 286/10, 288/10, 290–291/10, 296/10; 301/11, 308–309/11, 311/11, 319/11, 321/11; 368/14; 430–431/17

Koenen, Johann Wilhelm v. (1774–1842), GehOFinR FinMinm. 25/2

Köhler, Rendant FinMinm., 1828 Pensionsache 398/16 10–11, 401/16 37

Köhler, Ferdinand Wilhelm (geb. ca. 1781), Reg.-Registrator Köln, 1823 Disziplinarsache 197/7 450

Kolowrat, Ernst Graf v. (1792–1826) 438/17 239–239v, 240v

Kolster (gest. vor 1821), LegR 75/4 30

Könen, um 1806 GehOJusR, General-Auditeur bei den Militär-Justiz-Dept. 137/6 90, 91v

Koppe, GehRegR zu Minden 383/15 75; 430/17 166

Korff-Schmising, Clemens August v. (1816: **Graf**) (1791–1864), Domkapitular zu Münster u. Halberstadt, Kammerherr, 1817/1819–31 LandR Warendorf, 1831–64 LandR Münster 264/Fundort 121

Korff-Schmising, Kaspar v. (1816: **Graf**) (geb. 1790), Domkapitular zu Minden u. Halberstadt, Maj. 264/Fundort 119v

Korff-Schmising, Maria-Anna Gräfin v. (geb. 1792), Stiftsdame Freckenhorst 264/Fundort 122

Kornicher, Berliner Kaufmann 107/4 319

Köster (geb. ca. 1783), Reg.-Registrator Bromberg, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94v

Krabbes, Prediger zu Dahldorf, 1821 Pensionsache 83/4 113

Krause (geb. ca. 1767), RegKalkulator zu Frankfurt/O., 1826 Pensionsreklamation 311/11 94

Kreft, Michael, Seelotse zu Neufahrwasser, 1828 Disziplinarsache 399/16 27

Kretschmer, Rentmeister auf der Domäne Waltersdorf, 1829 Rekursache 436/17 222v–223

Kretschmer, Franz Johann Karl Andreas (1775–1839), KrR, Komponist u. Musiktheoretiker, ab ca. 1824 Untersuchung der alten Kunstdenkmäler Brandenburgs 215/8 197–198v

Kreyssig, W. A. K. [vermutlich] (1770–1854), Domänenintendantur-Beamter, Landwirt u. landwirtschaftlicher Schriftsteller 383/15 84

Krieger, Stückgießer bei der Geschützgießerei in Breslau 137/6 89–94

Krohne (Krone), Gastwirt zu Berlin 75/4 32v 42, 45v; 375/15 24

Krüger (geb. ca. 1763), HofR, Kalkulator Minden, 1826 Pensionsreklamation 308/11 76

Krüger, Christian Friedrich, Fabrikant chemischer Präparate in Hoyerswerda 438/17 235

Krüger, Johann Christian (gest. 1842), Kanzleidir., HofR 257/9 164, 165, 167

Kuhlmeyer, August Heinrich (1781–1868), Jurist, Unterpräfekt Heiligenstadt, 1816 RegDir. Minden, dann Trier, 1827 GehOFinR FinMinm., 1830 Wirkl.GehOFinR u. GenDir. der Steuern, 1833 MdStR, 1842–52 Chef-Präs. Ober-Rechnungs-Kammer, 1847 Wirkl.GehR (Exz.), 1850 i. R. 311/11 100; 433–434/17, 441/17

Kuhlmeyer, Theodor Friedrich, ca. 1821 Dir. Stadt- u. Landgericht Brandenburg, KGR, ca. 1824 Vormundschafts-Gerichtsdirektor Berlin, 1832 GehJusR, ca. 1834 Vizepräs. OLG Marienwerder, 1836–ca. 1840 Präs. OLG Bromberg 351/13; 416/17; 431/17 178

Kühne, Ludwig (1786–1864), 1806 Ref. Kriegs- und Domänenkammer Plock (Neustpreußen), 1807 Kriegs- und Domänenkammer Magdeburg, 1808–14 im Dienst des Kgr. Westphalen, 1814–16 Reg. Halberstadt, 1816 RegR Erfurt, 1819 Hilfsarb. FinMinm., Arbeit an Steuerreform, 1820 GehFinR, 1828 GehOFinR, 1825–30 wichtigster Mitarb. Motz’, 1830–34 preuß. Bevollm. bei Verhandlungen zum Zollverein, 1842 GenSteuerdir. u. Wirkl.GehOFinR, 1841 MdStR, 19.–29.3.1848 u. 8.11.1848–22./23.2.1849 interim. Verwalter FinMinm., 1858/59 Wirkl.GehR (Exz.), 1849 i. R., 1850 u. 1853 Vors. Staatsschuldenkomm., 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1852–63 Mitgl. 2. Kammer/MdA (Linke, Vincke, Grabow) *24/2; 44/3, 60/3; 95/4, 100/4; 123–124/5; 180/7; 206/8, 210/8; 245/9, 248/9; 308/11, 311/11, 319/11; 329/12, 331/12, 336/12, 338/12; 349–350/13, 353/13; 357/14, 364/14, 370/14, 372/14; 415/17 29*

Kunth, Gottlob Johann Christian (1757–1829), 1777–89 Erzieher Alexander u. Wilhelm v. Humboldts, 1789 Ass. Manufaktur- und Kommerzienkolleg, 1801 Leiter des Manufaktur- und Kommerzkollegiums des Generaldirektoriums, 1809–16 Leitung der Sektion Gewerbepolizei, 1816 Wirkl.GehORegR u. General-Handelskom., Mitgl. Akademie der Wissenschaften, 1825 Mitgl. Komm. zur Revision der gewerbepolizeilichen Gesetzgebung, Verfasser zahlreicher botanischer Schriften *5/1 12v; 292/10 154*

Kunze, Julius August Albert (geb. ca. 1792), Kanzlist Merseburg, 1823 Disziplinarsache *172/7 239–239v*

Kunzenmüller, Ref. zu Berlinchen *279/10 82*

Kürschner (geb. ca. 1770), RechR Merseburg, 1826 Pensionsreklamation *308/11 76*

Küster, Johann Emanuel (1815: v.) (1764–1833), 1817 MdStR, ca. 1818–ca. 1832 außerord. Gesandter in Stuttgart u. München *8/1 23v*

Küttner, RegR Merseburg, 1825 Pensionssache *290/10 141*

L’Estocq, Anton Wilhelm (1738–1815), GenLtn., Revenüen aus dem Domstift Brandenburg *24/2 89*

Ladenberg, Philipp (1817: v.) (1769–1847), 1789 Auskultator Stadtger. Berlin, 1792 Ref. kurmärk. Kriegs- und Domänenkammer, 1794 Ass., 1795–1806 Kriegs- und Domänenrat Ansbach, 1806 Dir. Kriegs- und Domänenkammer Bialystock, 1807 Marienwerder, 1809 RegDir. Potsdam, 1810 Dir. der Abt. f. direkte u. indirekte Steuern im FinMinm., 1817 MdStR, 3.11.1817 Dir. der General-Kontrolle der Finanzen, ca. 1820–ca. 1823 Dir. SchMinm., 1823 Präs. der Ober-Rechnungs-Kammer u. Dir. der Kronfideikommiß-Verwaltung, 1825 Wirkl.GehR u. Leitung der General-Kontrolle bis zu deren Aufhebung am 29.5.1826, 1835–42 Chef der Domänen u. Forsten, (2. Abt.) HausMinm., 1837 GehStMinr., 1839 Ehrenbürger Berlins *12/1 44v; 29–30/2; 34/3, 36/3 46–46v, 39/3, 65/3; 123/5 173, 127/5 288; 145/6, 147–148/6, 150/6, 151/6 227v–228v, 229v, 231v–232, 233, 234v, 235v–236, 237; 152/7 13v, 158/7, 159/7 61, 160/7 82; 206/8 84v, 208/8 115, 210/8 144v, 212/8 170, 232/8 361, 240/8 361v; 240a/Fundort; 245/9 18v, 246/9 19–20; 250a–250b/Fundort; 251a/Fundort; 251b/Fundort 102v; 252a–252b/Fundort; 253a–253b/Fundort; 275/10 40, 297/10 165v; 299/11 14, 303/11 30, 306/11, 311/11 102v; 380/15 59; 436/17 225*

Ladislaus (gest. 1270), Erzbischof von Salzburg, Bruder Heinrichs III. *113/5 32v*

Lambrecht, OAMtm., 1810 kauft die Güter des Hzg. v. Rovigo *126/5 265–265v, 269, 270, 271; 170/7 218v–219*

Lamprecht, Gustav Eduard Ferdinand v. (1790–1864), 1806 Justizdienst, 1820/21 Ass. OLG Frankfurt/O., 1824 OLGR, 1826 GehRegR KuMinm., 1831 Mitgl. Hauptverwaltung der Staatsschulden, 1833 GehORegR, 1837 Präs. Hauptbankdirektorium *355/13; 369/14; 388/15, 396/15; 411/16; 415/17, 431–432/17*

Landsberg-Velen, Johann Ignaz Franz Frh. v. (1840: **Graf**) (1788–1863), Standesherr, Besitzer der Standesherrschaft Gemen u. der Herrlichkeit Velen, 1826 Mitgl. ProvLT Westfalen, 1830–32 stellv. LT-Marschall, 1832–58 LT-Marschall, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1854 MdH (nicht eingetreten), 1857 Wirkl.GehR *206/8 92–92v*

- Lange** (geb. ca. 1764), RegR Breslau, 1826 Pensionsreklamation 308/11 77
- Langenberg van, Aloys** (1768–1843), RegR, Justitiar Münster 398/16 17
- Lankisch** (geb. ca. 1779), PolKom. zu Posen, 1823 Disziplinarsache 197/7 452
- Lausberg**, Wegebaukondukteur zu Münster, 1828 Disziplinarsache 396/15 182–182v
- Le Coq, Charlotte**, geb. le Fevre, Witwe des ehem. Berliner RegPräs. 371/14 108, 110
- Le Coq, Paul Louis** (1773–1824), 1806 VortrR MAA, 1807 GehLegR, 1809 StR, bis 1814 PolPräs. Berlin, 1816–18 RegPräs. Berlin, 1821 Bearbeitung der Neuchâteller Angelegenheiten, 1822 Wirkl.GehLegR MAA 54/3 203v, 204 164/7 141
- Le Marois, Graf**, Gouv. Magdeburg 121/5 118–119
- Leesemann** (geb. ca. 1775), RegKanzlist Münster, 1826 Pensionsreklamation 309/11 89v
- Lehmann**, AmtsR zu Wollup 76/4 59–59v
- Lehnert**, 1821 GehOFinR FinMinm., Mitgl. General-Salz-Direktion für das gesamte Salz-Debits-Wesen 88/4; 157/7; 343/13
- Leiningen-Westerburg** (Neuleiningen), **August Graf zu** (1770–1849), österr. GenMaj. 163/7 126v–127v
- Leipold**, Bauininspektor zu Brieskow, 1829 Pensionssache 1829 421/17 87
- Leipziger, August Wilhelm v.** (1766–1829), RegDir. Bromberg, 1826 Pensionsreklamation 309/11 88v
- Lemke** (geb. ca. 1776), Oberforstmeister Frankfurt/O., 1826 Pensionsreklamation 308/11 76v
- Leo XII.** (1760–1829), 1823–29 Papst 201/8 17
- Leo**, RegDir. Gumbinnen, 1825 erwähnt bei der Beratung des Verwaltungsetats der Prov. Preußen 296/10 163
- Leopold Friedrich** (1794–1871), Herzog von Anhalt Dessau, 1817 reg. Hzg. 144/6 150v–151; 277/10 61
- Lesse, Karl Gottlob**, 1818–31, LandR Schlochau, 1831–34 LandR Neustadt/Westpr., 1834–40 PolPräs. Danzig 250/9 64, 65v
- Lestwitz, Johann Sigismund v.** (1718–1788), 1765 Oberst, 1767 GenMaj., „Held von Torgau“, Großvater der Gräfin Itzenplitz 220/8 260
- Levin, Marcus**, Kaufmann zu Friedland (Krs. Lübben) 221/8 285
- Leyen und Hohengeroldseck, Karl Eugen Damian Fürst v. d.** (1798–1879), Standesherr, 1829 reg. Fürst 105/4 300; 133/6 58v
- Leyen und Hohengeroldseck, Philipp Franz v. d.** (1806: Fürst) (1766–1829), Standesherr 105/4 298–301; 133/6 57–64; 234/8 393–393v, 236/8 415–417; 248/9 47
- Liechtenstein, Johann Joseph Fürst v.** (1760–1836), Standesherr, Besitzer v. Troppau u. Jägern-dorf in Schlesien, 1828 Rechtsstreit mit dem Fst. v. Kaunitz-Rietberg-Questenberg wegen des Erb-folgerechts f. d. Grafschaft Rietberg 31/3 3v, 41/3 97v–98v; 222/8 287v–288; 373/15 2–3v, 385/15 95–98; 399/16 21, 400/16 29
- Limberg** (geb. ca. 1760), Reg.-Registrator Arnberg, 1826 Pensionsreklamation 309/11 89v
- Linden**, RegDir. Düsseldorf, 1826 Pensionsreklamation 311/11 95
- Lindenthal**, 1824 Mitgl. ProvLT Brandenburg 208/8 128v–129
- Lindgens, Anton**, Kaufmann zu Lüttich 55/3 211
- Lindstaedt**, Oberkontrolleur im RegBez. Minden, 1824 Disziplinarsache 223/8 307
- Linz** (gest. 1805), Witwe, Steuerrezeptorin des Kirchspiels Harsewinkel 199/7 481–482
- Linz, Bernhardine**, jüngste Tochter der Witwe Linz 199/7 481–482
- Linz, Johann Wilhelm**, Sohn der Witwe Linz 199/7 481v
- Loer**, Rektor zu Paderborn 213/8 180
- Loeser, Ball**, jüdischer Kaufmann zu Lübben 1824 221/8 285
- Loeser, David**, zu Friedland in der Niederlausitz, Schwiegervater des Ball Loeser zu Lübben 221/8 285

Löffler, Samuel Ludwig (1769–1836), 1787 Supernumerarius Zollamt Züllichau, 1789 Zollassistent Küstrin, 1790 Kalkulatorstelle neumärk. Akzise- und Zolldirektion, 1798 Oberkalkulator, 1800 Oberakzise- und Zollrat, 1806–09 Akzise- und Zolldir. Warschau, 1809 Hilfsarb. FinMinm. in Königsberg, 1809 Direktion des Generalrechnungsbüros FinMinm., 1810 GehOSteuerR, 1817 GehOFinR General-Kontrolle, 1825–36 Provinzial-Steuer-Dir. Posen 50/3, 60/3, 71/3; 74/4, 90/4, 104/4; 114/5, 126–127/5; 129/6, 135/6, 138/6, 145–148/6, 150–152/6; 158–160/7, 175–176/7, 178/7, 198/7; 204/8, 222/8; 240a/Fundort; 280/10

Loos, Gottfried Bernhard (1774–1843), Münzrat, Medailleur, ca. 1818–43 General-Wardein bei der General-Münz-Direktion 208/8 116

Looz-Corswarem, Joseph Arnold Herzog v. (1770–1827), Standesherr, 1803 reg. Hzg. u. Fst. von Rheina-Wolbeck 44/3 115, 199/7 483

Lorenz, KrR Frankfurt/O., 1826 Pensionsreklamation 311/11 95

Lottum, Karl Friedrich Heinrich Graf. v. Wylich u. (1767–1841), 1784 Fähnrich Inf.-Rgt. Anhalt-Bernburg, 1787 Sekondeltn., 1794 Adjutant bei GenLtn. Gf. v. d. Schulenburg, 1794 Kapitän, 1800 Maj., 1807 Oberstltn., 1810 GenMaj. u. Dir. Potsdamer Militärwaisenhaus, 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1814 GenLtn., 1817–26.10.1840 MdStR, Jan. 1819 Chef des SchMinm., 1822–1.6.1823 SchMinr., ca. 1820–29.5.1826 Chef der General-Kontrolle, 1823–14.2.1841 KabChef., 1828 Gen.d.Inf., 1834 Ehrenbürger Berlins 13d–13f/Fundort; 14–20/2; 31–51/3, 54–71/3; 72–101/4, 104–110/4; 111–117/5, 123–127/5; 129/6, 131–143/6, 145–151/6; 152–182/7, 183/7 338, 185–199/7; 200–240/8; 240a/Fundort; 241/8; 242–247/9; 247a/Fundort; 250/9; 250a–250b/Fundort; 251/9; 251a–251b/Fundort; 252/9; 252a–252b/Fundort; 253/9 78; 253a–253b/Fundort; 254–265/9, 266/9 223, 267–268/9; 268/Fundort; 269–270/9; 271–290/10, 292–294/10; 301–302/11, 314/11, 315/11 122, 316–319/11, 321–324/11; 325–339/12; 340/13, 342–356/13; 359–363/14, 364/14 55v, 57, 58v, 365–372/14; 373–376/15, 378–381/15, 383–390/15, 392–397/15; 398–401/16, 403–406/16, 408–411/16; 412/17; 412a/Fundort; 413/17, 415–431/17, 433–441/17

Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Georg Fürst v. (1775–1855) 133/6 57v

Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Carl Thomas Fürst v. (1783–1849), Standesherr 133/6 57v

Lüdemann, KrR zu Danzig 60/3 288v

Lüdicke (gest. 1822), Landesökonomierat, beim Staatshaushalt 1823 wird seine Besoldung besprochen 150/6 216v–217

Ludolf, Friedrich August (geb. 1774), 1812–16 Dir. Domänenkammer, 1817 GehOFinR SchMinm., 1821–25 FinMinm. 63/3; 187/7; 203/8

Ludwig (Louis) XVIII. (1755–1824), 1814/15 König v. Frankreich 316/11 139v

Ludwig, Amtm., Erbe des Amtm. Möller, der das Domänenamt Petershagen innehatte 226/8 320, 321

Lünick, Ferdinand Frh. v. (1755–1825), 1795–1821 Fürstbischof von Corvey, 1820–25 Bischof von Münster 201/8 18v, 20v

Luttermann, MedR zu Danzig 60/3 289v–290v

Lynar, Hermann Rochus Graf zu (1797–1878), Standesherr, 1801 folgte seinem Bruder im Besitz der freien Standesherrschaft Lübben 214/8 193

Lyssow, Carl Leopold Theodor Ludwig (geb. ca. 1785), ehem. Feldwebel im schles. Schützen-Bataillon, Geh. Kanzleiassistent bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden, 1825 Disziplinarsache 270/9 256–257v

Maass, Johann Gebhard Ehrenreich (1766–1823), ca. 1806–13 Rektor Univ. Halle 397/15 195v

Maassen (Maaßen), Karl Georg (1769–1834), 1791 Auskultator Kleve, 1795 GehRegArchivar u. Hoheitssekr. Kleve, 1799 KriminalR, 1804 Kriegs- und Domänenrat Hamm, 1807 Entlassung aus preuß. Dienst, 1808 VortrR MdI u. des Kultus im Ghzgtm. Berg, 1809 RegDir. bzw. ab 1810

- Vizepräs. Potsdam, 1816 Dir. Generalverwaltung f. Gewerbe u. Handel u. Wirkl.GehOFinR (Titel), 1817 MdStR, Entwurf der neuen Steuergesetze, 1818–30 GenDir. der Steuern, 1825 Mitgl. Komm. zur Revision der gewerbepolizeilichen Gesetzgebung, 1.7.1830–2.11.1834 FinMinr. 5/1 12v; 34–35/3, 48/3; 88/4 159, 160v, 162; 147/6; 159/7, 162/7, 187–189/7, 193–195/7; 219/8 246, 241/8; 261/9; 292/10 154; 361/14, 365/14; 417/17 46, 429/17
- Madai, Friedrich Wilhelm Gottlob August v.** (1781–1825), RegR Merseburg, 1825 Pensionsache 290/10 141
- Maier, Gottlieb,** Wegewärter zu Kammendorf, 1825 Disziplinarsache 275/10 44
- Malczewski, Franciszek Skarbek v.** (1754–1819), 1807–09 Apostolischer Administrator in Posen, 1818–19 Erzbischof von Warschau 169/7 201v, 203
- Mallinckrodt, Arnold** (1768–1825), 1788 Dr. jur Jena, 1803 RegR Dortmund, 1798–1805 Redakteur „Westfälischer Anzeiger“, 1799–1816 Teilhaber der Buchhandlung „Gebrüder Mallinckrodt“, 1817–19 Universitätslehrer Jena, 1819 Redakteur des „Neuen Rheinischen Merkur“, Lokalhistoriker, Publizist, politischer Schriftsteller 142/6 130–131v
- Maltza(h)n, Carl Hans Friedrich Frh. v.** (1797–1868), Wirkl.GehR, Hofmarschall 173/7 251, 254v
- Maltza(h)n, Joachim Karl Graf v.** (1793–1843), Standesherr auf Militsch 46/3 141
- Manasse, Marcus,** zu Schlepzig, einziger Sohn Marcus Levins 221/8 285
- Mandel,** BauR, 1822 bei der Verteilung der Räume des ehem. Lagerhauses Berlin für die Bedürfnisse der Erleuchtungsanstalt zuständig 112/5 22–22v
- Manteuffel, Karl Ferdinand August** (1776–1839), 1803 RegR Oels, 1828 GehRegR, 1838 Austritt aus dem Dienst 290/10 141; 309/11 85
- Marpurg, Gottlieb Wilhelm,** Kaufmann zu Berlin 139/6 117v–118v
- Marquard** (Marquardt), kaufmännisches Mitgl. Kommerz- und Admiralitäts-Gericht zu Danzig 437/17 232–233
- Marschall, Carl v.** (gest. 1819), Rittm., 1792 Kammerherr 161/7 104–104v
- Martens, Carl Christoph Friedrich,** RegKanzlist zu Köslin, 1825 Disziplinarsache 295/10 161–161v
- Martini,** Arzt, zum Dir. der Irrenheilanstalt zu Leubus vorgeschlagen 220/8 252v
- Marwitz, Ludwig v.d.** (1777–1837), 1791 Eintritt in die preuß. Armee, 1802 Rückzug ins Private, mehrere innovative landwirtschaftliche Maßnahmen, 1806/07 Rittm. im Stab des Fst. Hohenlohe, 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1824 stellv. Mitgl. ProvLT Brandenburg, 1827 LT-Marschall, MdStR u. Abschied als GenLtn., 1831 Rückzug aus dem öffentlichen Leben, Verfechter adeliger Privilegien u. ständischer Rechte 208/8 129
- Masars,** ehem. Postmeister zu Berleburg, 1820 beantragt Gehaltsentschädigung 50/3 181, 183v
- Massenbach, Christian Frh. v.u.z.** (1758–1827), 1792 als Ltn. im Quartiermeisterstab, 1806 Stabchef des Fst. Hohenlohe, mitschuldig an der Kapitulation von Jena u. verantwortlich für die Kapitulation der Hohenloheschen Korps bei Prenzlau, versuchte die preuß. Regierung zur Zahlung einer namhaften Geldsumme zu zwingen, drohte sonst den preuß. Hof u. Staat in seinen Memoiren bloßzustellen, Verhaftung in Frankfurt/M. u. Überführung nach Küstrin, wo er wegen Hochverrat, Beleidigung des Königs u. Gehorsamverweigerung zu 14-jähriger Festungshaft verurteilt wurde, 1826 Begnadigung, Verfasser mehrerer mathematischer und v.a. militärtheoretischer Schriften 3/1 5v
- Massow, Wilhelm v.** (1750–1816), 1798–1807 JMinr., 1802 Chef-Präs. KG, 1803 Chef-Präs. Ober-Tribunal, zahlreiche juristische Schriften 40/3 86v; 268/9 237
- Mecklenburg-Strelitz, Carl Herzog v.** (1785–1837), 1799 preuß. Stabskapitän von der Armee, 1805 Kompaniechef, 1813 Chef des Infanterieregiments u. GenLtn., 1816–37 Kdr. des Gardecorps, 1816 reg. Hzg., 1817 MdStR, 1827 Präs. StR 116/5 61–62; 206/8 84v; 289/10 138; 308/11, 313/11; 340/13; 366/14, 371/14 132v, 372/14 133, 135, 137, 141, 143, 145; 375/15, 377–379/15,

- 381–384/15, 386–387/15, 389–397/15; 402–404/16, 406–410/16; 412/17; 412a/Fundort; 413–419/17, 422–428/17, 430/17, 432–435/17, 439/17, 441/17
- Meding, Friedrich Ferdinand** (1774–1838), (1821)–1825 RegVizepräs. Marienwerder, 1825–35 RegPräs. Königsberg 266/9 221; 296/10 163
- Megede zur** (gest. 1832), RegR Potsdam, 1816 Hilfsarb. FinMinm., GehRegR, 1818–32 GehFinR GehOFinR 197/7; 206/8
- Mellin**, Bauinspektor zu Halberstadt, 1825 Pensionssache 59/3 262
- Melzer**, Salzfaktor zu Düsseldorf, 1826 Pensionsreklamation 334/12 123–123v
- Mengersen, Friedrich Wilhelm Bruno, Graf v.** (1777–1836), Kammerherr, 1828 als möglicher LT-Marschall Westfalen erwogen 183/7 346; 403/16 68
- Mennemann**, Bgm., Steuerrezeptor des Kirchspiels Altenberge, 1823 Pensionssache 199/7 482v–484
- Mennemann**, verwitwete Uphues, Bürgermeistergattin seit 1798, Steuerrezeptorin der Kirchspiele Bösensell u. Altenberge 199/7 482v–484
- Menz, Johann Christian Ferdinand**, ca. 1818–34 GehOFinR FinMinm., 1835–ca. 1848 GehOFinR HausMinm. 16/2 24; 60/3 283
- Merckel** (Merkel), **Friedrich Theodor** (1828: v.) (1775–1846), Studium der Rechte u. Staatswiss., 1795 Auskultator, 1798 JusKom. u. Notar, 1799 Ass. Kriegs- und Domänenkammer Breslau, 1800 Hof- und Kriminalrat, 1801 Oberlandtschaftssyndikus bei der schles. Haupt-Landschaftsdirektion, 1804 Kriegs- und Domänenrat Breslau, 1809 Mitarbeit in Königsberg an der Reformgesetzgebung, 1809 Vizepräs. Reg. Breslau, 1813 Chef-Präs. Reg. Breslau, Zivilgouv. Schlesien, 1816–20 u. erneut 1825–45 OPräs. Schlesien, 1828 Wirkl.GehR (Exz.) 3/1 7, 7/1 21; 25/2 98v; 62/3 306; 291/10 143; 302/11 22v–23, 308/11 77, 309/11 85, 315/11 131–131v, 317/11 171, 319/11 183, 324/11 235, 236v; 333/12 117–117v; 382/15 70–70v, 394/15 151; 398/16 13, 15, 399/16 26, 402/16 44, 50; 418/17 52
- Mess**, Pfarrer, Geistlicher- und Schulinspektor Krs. Neuwied 169/7 212v–213
- Meyer** (geb. ca. 1754), GehRegR Breslau, 1826 Pensionssache 319/11 193
- Meyer**, Witwe des Stallwärters von der Tierarzneischule zu Berlin 83/4 113v
- Meyer, Johann Friedrich George** (geb. ca. 1772), ehem. Salineninspektor zu Königsborn, 1815/17 Disziplinarsache 6/1 18
- Mildner**, Erbe, 1826 Reklamation wegen der Stempelsteuer 333/12 110
- Miller**, Domänenbeamter zu Sommerau in Ostpreußen 275/10 37v
- Minuth** (gest. 1839), 1808 RegR MdI, 1814 GehRegR, ca. 1818–38 GehOFinR FinMinm. 9/1 29–29v, 11/1 36–36v, 37v
- Mirbach-Harff, Wilhelm Frh. v.** (1784–1849), 1822–23 Mitgl. Komm. zur Bildung der Provinzialverfassung, 1826–27 Mitgl. Komm. für die Gesetzrevision, 1826–30 Mitgl. ProvLT Rheinprovinz 426/17 133–133v
- Mohnike, Gottlieb Christian Friedrich** (1781–1841), Nordist, ev. Theologe 62/3 307
- Möller**, Amtm., 1768 Inhaber des Domänenamts Petershagen 226/8 319, 320
- Moltke, Friedrich Detlev v.** (1776: **Reichsgraf**) (1750–1825), 1786 Ritter des JohanniterO, Oberjägermeister 78/4 68–68v, 69v–71, 106/4 305–316v; 144/6 153–155
- Moritz Wilhelm** (1664–1718), Herzog zu Sachsen-Zeitz, letzter reg. Hzg. 141/6 133
- Morrath** (geb. ca. 1771), Reg.-Journalist Aachen, 1826 Pensionsreklamation 309/11 89
- Mosbourg, Jean Antoine Michael Agar Comte de** (1771–1844) 3/1 1, 7/1 20
- Moschinsky**, Viehkastrierer aus Bogkowitz, Mähren 353/13 149v
- Motz, Friedrich v.** (1775–1830), 1795 Auskultator Reg. Halberstadt, dann Kriegs- und Domänenkammer, 1801 LandR Halberstadt, 1803 LandR Eichsfeld, nach 1806–13 Steuerdir. Harzdept. Kgr. Westpfalen. u. Mitgl. Reichsversammlung, nach 1813 Verwaltung der Finanzen Reg. Halberstadt, 1816 Vizepräs. u. 1817 RegPräs. Erfurt, 1824–25 OPräs. Sachsen, 1.7.1825–30.6.1830 FinMinr., 1828 MdStR 247a/Fundort 57, 60; 250a/Fundort 85; 250b/Fundort; 251a–251b/

Fundort; 252a–252b/Fundort; 253a–253b/Fundort; 259/9 146v, 150–150v, 151v, 153, 269/9; 271–297/10; 298–301/11, 304–305/11; 305a/Fundort; 306–311/11; 315–316/11, 317/11 145, 318–320/11; 326–338/12; 340–344/13, 346–353/13, 355–356/13; 357/14 2, 359/14 16, 361–372/14; 373–397/15; 398/16, 401–408/16, 410–411/16; 412/17; 412a/Fundort; 414–421/17, 423–428/17, 430–441/17

Müffling (gen. Weiß), **Karl Frh. v.** (1775–1851), 1790 Eintritt in die Armee, Sekondeltn., 1804 Stabskapitän, 1807–13 in hzgl. sächs.-weimar. Diensten als Vizepräs. der Domänenkammer, 1813 als Oberstlttn. im kgl. preuß. GenStab wieder angestellt, 1813 Oberst u. Oberquartiermeister bei der schles. Armee, 1813 GenMaj. u. GenQuartiermeister, 1814 Chef des GenStabs beim Heer am Niederrhein, 1818 GenLtn., 1821 Chef des GenStabs, 1822 MdStR, 1829–38 kommand. Gen. VII. AK (Münster), 1832 Gen.d.Inf., 1836 Chef des 27. Inf.-Rgt., 1838 Gouv. Berlin, 1837–47 Präs. StR., 1842 Ehrenbürger von Berlin, 1847 Abschied mit dem Charakter als GenFeldmarschall 173/7 251v, 254v, 256, 190/7 404; 206/8 80, 219/8 246, 241/8 481; 242/9 1f

Mühlbach, ORegR Posen, 1829 Pensionssache 413/17 17

Mühlenfels, Johann Jakob v. (1746–1830), 1808–ca. 1828 Präs. OAppGer. in Greifswald 59/3 265v

Mühler, Heinrich Gottlieb v. (1780–1857), 1802 Ref. Oberamtsregierung Brieg, 1804 Ass., 1810 OLGR Brieg, 1815 KGR, 1817 Mitgl. Rhein. Revisions- und Kassationshof, 1818 Dir. Vormundschafthof Berlin, 1819 GehRevisionsR Rhein. Revisions- und Kassationshof, 1822 Vizepräs. OLG Halberstadt, 1823 MdStR, 1824 Vizepräs. OLG Breslau, 1832–1844 JMinr (Justizverwaltung), 1844–1848 GehStMinr., 1844–54 Chef-Präs. Geheimes Ober-Tribunal, 1849 Präs. Disziplinarhof für nicht richterliche Beamte, 1854 MdH 369/14

Müller (gest. ca. 1840), ca. 1818–21 GehOTribunalR, 1821 MdStR, 1825 stellv. Mitgl. Komm. zur Revision der gewerbepolizeilichen Gesetzgebung 292/10 154

Müller (II), Georg Emanuel, RegKanzlist zu Köslin, 1825 Disziplinarsache 295/10 161–161v

Müller, 1825 GehRegR Magdeburg, 1825 Pensionssache 290/10 140v

Müller, Bauinspektor zu Trier, 1820 Pensionssache 59/3 261v–262

Müller, ca. 1818 KrR, 1828–40 Wirkl.GehKrR Geheimes Militärkabinett u. KrMinm., GenProviandmeister 79/4 78, 79; 302/11; 327/12 23

Müller, Carl Christian (1775–1849), 1798 Ass. KG., 1799 KGR, 1816–34 GehJusR bzw. GehOJusR JMinm, 1817 Mitgl. Immediat-Examinations-Komm., 1832 Mitgl. Ober-Zensur-Kollegium, 1834 GehKabR, 1835 MdStR, 1844 Wirkl.GehR (Exz.) 141/6; 171/7 234, 172/7, 202/8, 212/8, 214/8; 257/9, 269/9; 274/10, 284/10, 287/10; 306/11, 314–315/11, 321/11 205; 330/12; 374/15, 392/15

Müller, F.H., ca. 1818–ca. 1821 Justitiar Köslin, ca. 1824–ca. 1832 Justitiar, GehRegR, GehORegR, stellv. Präs. 258/9

Müller, Gustav, Papierfabrikant zu Dombach 256/9 119

Müller, Johann Ludwig, Regierungskanzlei-Inspektor zu Köslin, 1825 Disziplinarsache 295/10 161–161v

Mundt, Senator, 1824 Mitgl. ProvLT Brandenburg 208/8 128v–129v

Nagler, Karl Friedrich Ferdinand (1824: v.) (1770–1846), im Dienst des Markgrafen von Ansbach u. Bayreuth, Ass. beim 1. Senat des Kriegs- und Domänenkammer Ansbach, danach Expedient der Verw. des fränkischen Dept. KabMinm. Berlin, 1804 Rat, 1809 VizeGenPostmeister, KabSekr. für Privatkorrespondenz der Königin Luise, GehStR, 1811–21 auf Reisen, 1821 Präs. General-Post-Amt, 1822 MdStR, 1823 GenPostmeister, 1824–35 Bundesgesandter Frankfurt/M., 16.1.1836–13.6.1846 GehStMinr., Schwager Altensteins 113/5 30–30v; 146/6 181, 147/6 183–184, 188v–189; 175/7 274v, 189/7 399–399v, 192/7 414–414v, 193/7 430v; 207/8 104–107, 229/8 336, 237/8 443–444, 211/8 161–162v, 241/8 492v; 330/12 82v–83; 368/14 88–93; 408/16 88–90; 416/17 39v, 421/17 90v, 424/17 121, 122–122v, 123v, 425/17 124v

- Naglich**, RegSchr. Gumbinnen, ehem. Neuostpreuß. Akzise- und Zollrat, 1823 Disziplinarsache 153/7 27–28
- Napoleon I.** (1769–1821), 1804–14 Kaiser der Franzosen 104/4 287v; 107/4 321v; 254/9 100; 316/11 137v–138
- Nathusius, Johann Gottlob** (1760–1835), Gutsbesitzer, Kaufmann, in den ehem. westphälischen Provinzen 20/2 55, 56v
- Nesselrode, Lucia v.** (1605–1670), geb. von Hatzfeldt, vermählt in der zweiten Ehe mit Bertram Frh. von Nesselrode, führte 1664 einen Prozeß gegen Herrmann von Hatzeldt 360/14 30
- Nettler**, (1779–1849), ca. 1818–ca. 1824 GehJusR OLG Magdeburg, ca. 1828–47 HofGerDir. Arnberg 419/17 74
- Neuenborn**, Wasserbauinspektor in Mühlheim a.d. Ruhr, 1820 Aufsicht des Hafenbaus bei Ruhrort 58/3 254
- Neuhoff, Peter**, seit 1810 Polizeidiener zu Attendorn, 1828 Disziplinarsache 376/15 38
- Neumann**, RegR Oppeln, 1826 Pensionsreklamation 319/11 193–193v
- Neumann, Johann**, zu Niehmen (Krs. Ohlau), I. Garde-Landwehrmann, Grenadier 284/10 119–119v
- Nicolai**, 1815 KrsDir. zu Verviers Belgien 55/3 211, 213
- Niedermeyer**, 1824 Domschullehrer zu Paderborn 213/8 180
- Niederstetter** (geb. ca. 1756), seit 1806 RegDir. Königsberg, ca. 1818 Geh. Akzise- und Zollrat, 1819–ca. 1824 Vizepräs., 1828 Ehrenmitgl. 296/10 163–163v
- Niederstetter**, 1822 RegR Stettin 125/5
- Niegolewski, A. v.**, ehem. poln. Oberst-Leutnant, 1827 beansprucht eine Pension 371/14 122–122v
- Nitschmann, Wilhelm**, Kreiskassen-Rendant zu Oletzko, 1828 Pensionssache 409/16 95–95v
- Nitzsch**, Diener am Predigerseminar in Wittenberg, 1821 Gehaltsache 73/4 17
- Noailles**, 1808 frz. Artillerie Kapitän Breslau 137/6 89v
- Noël, Jeremias Gottfried v.** (1768–1836), GehR beim Fst. zu Salm-Salm 338/12 160; 425/17 129
- Noeldechen**, RegR Erfurt, 1825 erwähnt bei der Beratung des Verwaltungsetats Sachsen 290/10 241v
- Noessel** (geb. ca. 1771), RegSchr. Königsberg, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94v
- Nolze, Johann Andreas**, Magazin-Aufseher, 1828 Pensionsache 404/16 71–71v
- Noodt**, 1825 Vorstellung an das Brandenburger Konsistorium gegen die Einführung der neuen Agende 355/13

Oels

→ Braunschweig-Wolfenbüttel-Oels

- Oelssen, Frh. v.**, ca. 1818 GehStR, Kammerherr, Gesandter in Dresden 10/1 32v
- Osten, Alexander Moritz Christoph v. d.** (1772–1863), Gutsbes. auf Martenshof 328/12 46
- Oswald**, ca. 1820 AppGerR Köln, ca. 1824–ca. 1828 Präs. LG Köln, ca. 1831 GehJusR AppGerHof Köln, 1832–ca. 1834 GehORvisionsR JMinm. (Rhein. Revisions- und Kassations-Hof) 341/13, 344/13; 362/14, 367/14, 372/14; 376/15, 383/15, 388/15, 397/15; 399/16, 402/16, 404/16, 411/16; 412–413/17, 417/17, 421/17, 425–426/17, 431/17
- Otterstedt, Georg Ulrich Ludwig Joachim Friedrich Frh. v.** (1769–1850), 1783 Eintritt in die Armee, 1801 Abschied als Kapitän, Verwaltung des Donnerberg-Departements in Worms, 1815 Geschäftsträger Frankfurt/M., 1816 Gesandter in Darmstadt u. Wiesbaden, später Vertretung Preußens in der Schweiz, 1823 Vertretung Preußens in Baden, 1835 Wirkl.GehR 219/8 245–245v

Paalzow, Friedrich Wilhelm (geb. ca. 1772), nach 1797 Kriegs- und Domänenrat Marienwerder, 1808 RegR, 1811 GehRegR u. VortrR General-Dept. für die Staatseinkünfte, 1812 Wirkl. Mitgl. in

den Domänen-, Forst- und Abgaben-Sektionen des Einkommen-Dept., 1817–48 Chef der General-Lotterie-Direktion im SchMinm. bzw. FinMinm. mit dem Rang GehOFinR 163/7; 229/8; 421/17
Pape, Friedrich Wilhelm Heinrich v. (1771–1860), 1810 Festungsarrest, 1821 Generalkomm. für gutsherrliche u. bäuerliche Verhältnisse Berlin, Bürovorsteher Militär- und Baukomm. 371/14 107–110v

Pappenheim, Carl Theodor Friedrich Graf v. (1771–1853), nach seiner Mediatisierung ReichsR des Kgr. Bayern, GenFeldzeugmeister u. GenAdjutant des bayer. Königs 99/4 245v–253, 110/4 354–60

Pascal (Paskal), **Johannes Bartholomaeus**, Kaufmann zu Pankow, 1825 Klage gegen den Fiskus wegen Einquartierungslasten 276/10 48v, 49v; 383/15 78

Paulinus, zu Lindow, 1824 Mitgl. ProvLT Brandenburg 208/8 128v

Peitsmeier, Ernst, Quäker im RegBez. Minden 237/8 441–441v

Peschke, ca. 1818–28 RegR u. Justitiar Frankfurt/O., ORegR, 1828–31 GehFinR FinMinm., 1835–36 GehOFinR 399/16, 402/16; 421/17, 427–428/17, 434/17, 436/17

Pestel, Philipp v. (1767–1835), 1802–07 Kriegs- und Domänenrat Paderborn u. Minden, 1808 Präfekt des Weser Dept., 1814 Kriegs- und Domänenrat, Dir. Gouvernementsrat des Generalgouvernements Berg, 1815 GehKrR u. preuß. Organisationskommissar für das Moselland in Koblenz, danach in Köln, GehRegR, 1816–31 RegPräs. Düsseldorf, 1831–34 OPräs. Rheinprovinz 371/14 125–125v, 127–128, 129–129v; 380/15 55, 56; 423/17 102

Peter, Stadtrichter Schippenbeil, 1820 Pensionssache 59/3 258

Peters, Mennonit zu Elberfeld 326/12 18v

Petri, HofR 383/15 81, 82

Peucker (geb. ca. 1766), RegR Oppeln, 2 Jahre ao. Prof. Halle, 1826 Pensionsreklamation 319/11 193v

Peucker, Eduard v. (1816: v.) (1791–1876), 1809 Freiwilliger bei der schles. Artilleriebrigade, 1813/14 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1815 Premierltm., 1816 Kapitän u. Assistent KrMinm., 1822 Maj., 1825 Vorstand Artillerieabt. KrMinm., 1834 Oberstltm., 1836 Oberst, 1842 GenMaj., 1843 als Wirkl. Mitgl. des KrMinm. dem KrMinr. zur Verfügung gestellt, Mai 1848 Militärbevollm. bei der Bundesversammlung, Juli 1848–Mai 1849 RKrMinr., 1849 GenLtn., Sommer 1849 Feldzug in Baden u. (Aug.) Chef GenStab d. Prinzen von Preußen, 1850 Mitgl. Bundeszentalkomm., 1850–54 preuß. Kom. in Kassel, 1854 GenInspektor des Militärerziehungs- und Bildungswesens, 1858 Gen.d.Inf., 1872 a. D. u. MdH 177/7, 184/7

Pfeiffer, 1821–ca. 1848 GehLegR MAA 371/14

Pfotenhauer, Ernst Friedrich (1771–1843), Dr. jur., 1802 o. Prof., 1803 HofGerR u. Ass. des Schöffengerichts Wittenberg, 1816–25 Prof. Halle, 1825–40 tätig am Schöffenstein (1839 Dir.), 1841 GehJusR 39/3 79v

Piautaz, Joseph Maria (1774–1825), Gouvernements-Kom. der Maas u. Ourthe Departements, ca. 1817 GehRegR, ca. 1820 GehORegR Mdl 55/3 211; 277/10

Pirch II, Otto Karl Lorenz v. (1765–1824), GenLtn., 1817 Mitgl. der Generalordenskomm., 1819 Präs. derselben, ODir. der Kadettenanstalten, der Allg. Kriegsschule u. Präs. der Militär-Studienkomm. 60/3 283

Pischon, Friedrich August (1785–1857), 1815 Prediger am großen Friedrichs-Waisenhaus Berlin, 1816 Lehrer u. 1825 Prof. der Geschichte am Kadettenhaus, 1827 Diakonus, 1832 Archidiakon an der St. Nikolai- und Klosterkirche, 1836 KonsAss., 1841 Dr. theol. Univ. Berlin, 1843 KonsR, zahlr. Schriften, 1825 Vorstellung an das Brandenburger Konsistorium gegen die Einführung der neuen Agende 355/13

Pius VII. (1740–1823), 1800 Papst 201/8 17

Pluyk (geb. 1775), RegKalkulator Danzig, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94v

Podien, ehem. Feldwebel, 1823 Disziplinarsache 411/16 109–110, 112v

Pohl, Ratsverwandter zu Bartenstein 47/3 152

- Pomowitz, Karl Johann** (1791–1837), 1814 HofR, 1815 Ass. u. 1818 RegR Mdl, 1820 GehKrR, 1828 Wirkl.GehKrR, 1837 GehOFinR bei der Staatsbuchhalterei 22/2; 36/3 45v, 56; 112/5 22, 123/5, 126/5; 138/6; 281/10; 371/14
- Poninski, Josef Adam Tomasz v.** (1778–1829), 1809–12 Präfekt Ghzgtm. Warschau, beantragt 1816 eine Pension 254/9 93; 324/11 239–240
- Pourroy** (Pourray) (geb. ca. 1768), RegSekt. Düsseldorf, 1826 Pensionsreklamation 309/11 89v
- Preiss** (geb. ca. 1766), RegKalkulator zu Arnswalde, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94
- Prescher**, ca. 1820 OKrKom., ca. 1821–ca. 1824 Intendant VIII. AK Koblenz 39/3 81v; 200/8 9
- Prittwitz und Gaffron** (gen. Kreckwitz), [vermutlich] **Johanne Albertine Henriette v.** 266/9 227–227v
- Prittwitz und Gaffron, Friedrich Wilhelm Bernhard v.** (1767–1815), GehOFinR, auf Groebing in Schlesien 57/3 243, 246
- Prittwitz v.**, Familie/Gutsbesitzer in Schlesien 266/9 227
- Prüdemann**, 1822/23 Kanzleidiener im Statistischen Büro 150/6 217v–218
- Pückler-Muskau, Hermann Ludwig Heinrich Graf v.** (1822: **Fürst**) (1785–1871), Gartenkünstler u. Schriftsteller, Ltn. u. Rittm. in sächs. Diensten, 1814/15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen in russ. weimar. u. niederl. Diensten, danach Reise nach England, 1822 Verleihung der Fürstenwürde als Entschädigung für aufgegebene Standesrechte bei Eingliederung der Lausitz nach Preußen, 1828–40 Weltreisen, 1845 Verkauf von Muskau u. Umzug nach Branitz, 1863 MdH 240/8 475–476v; 247/9 28
- Putbus, Wilhelm Malte v.** (1807: **Fürst**) (1783–1854), 1813 GenGouv. von Schwedisch Pommern, 1817 MdStR, Kanzler der Univ. Greifswald, auch unter preuß. Herrschaft, Gründung eines Pädagogiums, LT-Marschall Pommern 13c/Fundort; 23/2 81; 123/5 160; 206/8 84, 218/8 231; 257/9 133, 134v, 138v; 354/13 158; 406/16 80
- Pütter, Heinrich** Marseilles, 1826 Gutachten zum Abschluß eines Friedens mit den nordafrikanischen Raubstaaten 335/12 132
- Quast**, [vermutlich: **Otto Christoph Leopold**] v. (1765–1842), GehStR 208/8 128v
- Raczynski, Ignacy Graf v.** (1741–1823), 1793–1807 Bischof von Posen, 1806–18 Erzbischof von Gnesen 169/7 201–202v
- Radefeldt**, RegR Königsberg, 1826 Pensionssache 296/10 163
- Radolinski v.**, Präfekt zu Bromberg im ehem. Ghzgtm. Warschau, fordert 1825 eine Gehaltsentschädigung 254/9 93
- Radziwill, Anton Heinrich Fürst v.** (1775–1833), 1815 preuß. Statthalter Ghzgtm. Posen, 1817 MdStR 46/3 143
- Raack**, Besitzer eines Teils des Rittergutes Rönnebeek vor 1824, das Rittm. v. Winterfeld kaufte 221/8 277
- Rappard v.** (geb. ca. 1778), RegR Aachen, 1826 Pensionsreklamation 308/11 75
- Rauch, Christian Daniel** (1777–1857), Bildhauer, bezog 1819 die neu errichtete Werkstatt im alten Lagerhaus zu Berlin 101/4 272; 112/5 22–22v
- Rauch, Gustav v.** (1774–1841), 1790 Ltn. Ingenieurkorps, 1803 Kapitän, 1805 Maj., 1806–07 Kriegsteilnehmer, Mitarbeiter Scharnhorsts bei Umgestaltung des Heerwesens, 1812 Oberst, 1813 Chef des GenStabs v. Yorck, 1813 GenMaj. 1814 Chef Ingenieurkorps u. GenInspektor der Festungen, 1829 Gen.d.Inf., 1831 MdStR, 1837–41 KrMinr. 242/9 1fv
- Raumer, Karl George v.** (1753–1833), 1785 KGR, 1787 Rat kurmärkisches Pupillenkollegium, 1789 Rat frz. OGer., 1792 im KabMinm., für die Reichs- und Rechtsangelegenheiten zuständig, 1797 GehLegR, 1803–14 GehJusR, 1810 Mitgl. Generalordenskomm., 1811 VortrR beim Staatskanzleramt mit dem Rang eines GehStR, 1814 Wirkl.GehLegR, Chef der zweiten Sektion d. MAA, 1818 MdStR, 1819 Präs. Ober-Zensur-Kollegium, 1822 Dir. im HausMinm. u. Dir. des Geheimen

- Staats- und Kabinettsarchiv u. der Provinzialarchivverw., 1825 Wirkl.GehR (Exz.) 317/11 147–147v
- Recke, Eberhard Friedrich Reichsfrh. v.d.** (1744–1816), JMinr., 1815 GenGouv. Sachsen 268/9 237
- Recke, Philipp Heinrich Christian Frh. v.** (1751–1836) 16/2 19–19v, 20v, 22v
- Recke-Volmarstein, Gotthard Karl Ludwig v.d.** (1787–1857), Maj. a.D., LandR Bochumer Kreis, vermählt seit 1817 mit Karoline Amalia, Prinzessin v. Bentheim-Tecklenburg, Bevollm. des Fst. Bentheim-Tecklenburg 163/7 125v, 198/7 461v–462, 466v–467; 248/9 58, 257/9 159; 351/13 114v, 355/13 183; 362/14 45–46; 383/15 94–94v
- Reder, Jakob Dietrich v.,** Gutsbes. Kedenhagen 328/12 46
- Rehdiger, Frh. v.,** 1817–ca. 1824 MdStR, zum Staatshaushalt 1823 wird seine außergewöhnliche Besoldung besprochen 150/6 215v; 152/7 14
- Rehfeld, Pfarrer,** 1821 Pensionssache 83/4 113
- Reiche, August Friedrich v.** (1774–1854), Jan.–Sept. 1815 Chef des GenStabs III. AK, 1821 GenMaj., 1836 GenLtn., 1842 Gen.d.Inf. 270/9 265b–265bv
- Reimann, August v.** (1771–1847), 1797 Ass. Kriegs- und Domänenkammer Kleve, 1803 Kammer Münster, 1806 Mitgl., 1808 Präfekt des Werra-Depts., 1812 Präfekt Braunschweig, 1814 Generalgouvernement Aachen, 1816–34 RegPräs. Aachen, 1834 MdStR 26/2 107–107v, 112; 48/3 165v; 122/5 139; 319/11 193v; 329/12 70–70v
- Reimer, Georg Andreas** (1776–1842), Verleger zu Berlin 248/9 51
- Reinbeck, ca.** 1818 GehOFinR Ober-Rechnungs-Kammer 50/3, 54/3, 56/3, 59/3
- Reinhartz, Frl. v.** (gest. ca. 1819), verlobt mit dem RegR. v. Coeverden 22/2 75v
- Reitzenstein Frh. v.,** 1824 RegAss. Potsdam, 1825 RegAss. Merseburg, RegR Magdeburg, 1825 erwähnt bei der Beratung des Verwaltungsetats Sachsen 290/10 141v
- Rendenbach, Schiffer** zu Trier 422/17 95
- Renesse, Franz Carl Graf v.** 248/9 45v
- Restorff, Friedrich Ludwig Julius v.** (gest. 1848), Maj., als Schriftsteller bekannt, durch mehrere geographische Werke besonders über die Rheinprovinzen u. Pommern 97/4 230; 371/14 112; 413/17 15
- Retenbacher, Titularpostmeister** zu Rheine, 1823 Disziplinarsache 171/7 234–234v
- Rettel, Steueraufseher** zu Pyritz, 1825 Disziplinarsache 262/9 200–200v
- Reuß-Schleiz-Köstritz, Heinrich LX. Fürst v.** (1784–1833) 208/8 128
- Reuter, Wehrmann** beim 1. Bataillon des 7. rheinischen Landwehrregiments 234/8 387
- Rhades, 1820 RegDir.,** Köln 213/8 173–174v
- Ribbentrop, Friedrich Wilhelm Anton Christian** (1823: v.) (1768–1841), 1790 Ass. Kriegs- und Domänenkammer Hamm, 1793 Kriegs- und Domänenat, ab 1798 mehrfach Feldkriegskommissar, 1808 Chef des ständigen Kriegskommissariats u. Titel Staatsrat, 1815–35 Generalintendant der Armee, 1817 MdStR, 1835–39 Chef-Präs. Ober-Rechnungs-Kammer, auch Publizist 30/2; 38/3 67, 60/3 283; 247/9 32, 270/9 265b–265bv; 309/11 88
- Richelieu, Armand du Plessis Herzog v.** (1766–1822) 316/11 138
- Richter, Carl** (geb. ca. 1783), RegSekr. Oppeln, 1824 Disziplinarsache 212/8 165–165v
- Richter, Karl Gottlieb** (1777–1847), 1794–96 Studium der Theologie u. Rechte Halle, 1796 Auskultator KG, 1797 Ref. KG, 1798 Ass. KG, RegR Posen, 1800 Rat bei der Kammer-Justiz-Deputation Posen, 1804 Mitgl. südpreuß. Regierung Posen, 1807 Justizdirektor Potsdam, 1808 Dir. des Stadtger. Potsdam, 1810 RegR, Justitiar Reg. Potsdam, 1814–16 Dir. bei der Gouvernements-Komm. Halberstadt, 1816 RegDir. Breslau, 1820–25 Vizepräs. Reg. Breslau u. (auftrw.) OPräs., 1825–47 RegPräs. Minden 430/17 166
- Richthofen, Andreas Karl Samuel Frh. v.** (1763–1836), 1818–20 LandR Bolkenhain, Schriftsteller 21/2 65
- Riemschneider, Balleisekretär** Deutscher Orden 201/8 34

- Rieß**, Berliner Bankier 366/14 81
- Rings** (geb. ca. 1766), Reg.-Journalist Düsseldorf, 1826 Pensionsreklamation 309/11 89v
- Ritter**, Kaufmann zu Münster 85/4 125v, 126v
- Rivallière-Fraundorf, Charles Comte de la** (1815: Frh.) 229/8 342
- Rochow-Reckahn, Gustav Rochus v.** (1792–1847), 1814/15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, dann Verwalter der väterlichen Güter (Reckahn), 1816 Kammerherr bei der Kronprinzessin, 1822 zum Deputierten der Neumark u. Protokollführer bei den Provinzialständen berufen, ca. 1824 GehRegR, Mitgl. Hauptverwaltung der Staatsschulden, Protokollführer ständischer Immediatkomm., seit Sept. 1824 in der Abteilung für die Verhandlungen mit den Provinzialständen im MdI zuständig. ca. 1828 GehRegR MdI, 1831 RegPräs. Merseburg, als OPräs. Posen in Gespräch, 28.4.1834–1.5/13.6. 1842 Minr.dI., 1835 MdStR, bis zu seinem Tode StMinr., 1843 2. Präs. StR, Ämter in versch. ritterschaftlichen u. landständischen Gremien 343–344/13, 347/13, 349/13, 353/13; 357/14, 359/14, 367–368/14; 379/15, 397/15; 398/16, 403/16, 405/16, 411/16; 414/17, 419/17, 424/17, 426/17, 429/17, 432/17, 434/17, 438/17
- Röder**, Grenzaufseher zu Wolgast, 1824 Disziplinarsache 237/8 438, 439
- Roeder, Friedrich Erhardt v.** (1768–1834), 1790 Premierltm., 1799 Maj., 1808–11 Flügeladjutant Friedrich Wilhelms III., 1809 Oberstltm., 1812 Oberst, 1813 GenMaj., 1815 GenLtn., 1827 Gen.d.Kav., 1832 mit Pension z. D. 129/6 7–7v; 413/17 15–16v
- Rohlf**s, 1821 Geh. Kanzleisekr. im 2. Dept. d. KrMinm., zum Staatshaushalt 1823 wird seine Besoldung besprochen 150/6 216v
- Rohr, Leopold v.** (geb. ca. 1772–1850), vor 1824 RegVizepräs. Stettin, 1825–32 RegPräs. Stralsund 319/11 181v; 401/16 35v
- Romberg, Conrad v.** [vermutlich] (gest. 1833), Oberst, 1824 stellv. Mitgl. ProvLT Brandenburg 208/8 128v
- Romberg, Gisbert Frh. v.** (1773–1859), auf Brünninghausen, Rittergutsbes., Landesdir., Kammerherr, 1828 stellv. LT-Marschall Westfalen 403/16 168
- Roscius**, GehRegR Marienwerder, 1825 erwähnt bei der Beratung des Verwaltungsetats der Prov. Preußen, 1826 Pensionsreklamation 296/10 163v; 311/11 95
- Rosenstiel, Friedrich Philipp** (1754–1832), 1778 Ass. Bergwerks-u. Hüttenadministration Berlin, 1781 BergR, 1787 OBergR, 1791 GehOBergR, 1803 Geh. Finanz-, Kriegs- und Domänenrat Generaldirektorium u. Mitgl. des Salz-, Berg- und Hüttendepts., 1810 StR, 1817 Dir. kgl. Porzellanmanufaktur, GehOFinR SchMinm. 76/4 56
- Rothe**, RegR u. Justitiar Breslau, 1826 Pensionsreklamation 309/11 85
- Rother, Christian** (1837: v.) (1778–1849), 1797 Assistent Kriegs- und Domänenkammer, 1806 Kanzleiinspektor Polizeimagistrat Warschau, 1810 Kalkulator Berliner Generalstaatskasse, 1812 RechR, 1815 Dir. Zentralbüro FinMinm. u. GehOFinR, 1817 MdStR, 1818 Dir. SchMinm., 1820 Chef der Preuß. Seehandlung u. Präs. der Hauptverw. der Staatsschulden, dazu ab 1837 Präs. der Kgl. Bank, 1836–48 StMinr., 1847 Ehrenbürger Berlins 71/3 395v; 123/5 156; 151/6 227v, 246v; 159/7 78, 163/7 131v–132, 195/7 437; 209/8 136; 268/9 240, 269/9 241–241v; 282/10 107v; 333/12 113–114, 335/12 131; 373/15 54; 428/17 143v
- Rothschild**, (Bankiersfamilie) 99/4 249
- Rothschild, Meyer Amschel** (1744–1812), gründete 1766 im Frankfurt/M. ein Bankhaus, übernommen von seinem ältesten Sohn Amschel Meyer (1733–1859) 151/6 243
- Rousselle**, Kaufmann zu Königsberg 163/7 132, 133
- Rovigo, Anne Jean Marie Savary de** (1808: Duc) (1774–1833), 1800 GenAdj. Napoleons, 1802 Ltr. der geheimen Polizei, 1805 Divisionsgeneral, 1807 Gesandter in St. Petersburg, 1810–12 PolMinr. 126/5 265–273v; 170/7 218–219; 388/15 113–113v
- Royer v.**, Maj., Kammerherr, 1826 Gesandter in Lissabon 335/12 133–133v
- Rudolph II.** (1552–1612), 1576 dt. Kaiser 233/8 378, 379
- Rudolph, Edmund**, Oberförster zu Wachstedt, 1828 Disziplinarsache 376/15 39

- Rudzicki** (Rudzicky) (geb. ca. 1770), RegR Posen, 1826 Pensionsreklamation 309/11 88
- Rühle v. Lilienstern, Johann Jakob Otto August** (1780–1847), 1795 Eintritt in die Armee, 1813 Maj., GenKom. f. d. dt. Landesbewaffnung, 1815 Chef der Abt. für Kriegsgeschichte im Gr. GenStab, 1835 GenLtn., 1837 Dir. der Allg. Kriegsschule, 1844 GenInspektor des Militärerziehungs- und Bildungswesens, Militärschriftsteller 131/6 41
- Rumschöttel**, 1824 Buchhalter, Rendant Hauptbank zu Berlin 211/8 163
- Ruppenthal, Karl Ferdinand Friedrich Julius** (1777–1851), Dr. jur., 1803 Advokat in Trier, 1814 GenSekt. General-Kommissariat Trier, 1814 Präs. Liquidationskomm. Kreuznach, 1815 RegR u. Justitiar Reg. Düsseldorf, 1819 GenAdvokat/GehORevisionsR Rhein. Kassations- und Revisionshof Berlin, 1821–24 GehJusR, GehOJusR, u. a. Mitarbeit bei der rhein. Gesetzgebung, 1825 GenProkurator Rhein. AppGerHof Köln, 1834–38 RegPräs. Köln, 1838–47 MinDir. Abt. für das rhein. Recht im JMinm., 1839 MdStR, 1847 Wirkl.GehR 105/4; 113/5, 115/5, 126/5; 133/6, 142/6; 169/7, 199/7; 218/8; 239/9; 371/14
- Rust**, Zimmermeister in Potsdam 64/3 325v, 326v–327v
- Sabarth, Gottlob Ludwig** (1773–1830), OPräsR Breslau, 1826 Pensionsreklamation 309/11 85
- Sachse**, Baukondukteur 154/7 39, 40
- Sack, Johann August** (1764–1831), 1787 RegRef., 1788 BergR Wetter/Ruhr, 1792 Justitiar Kriegs- und Domänenkammer Kleve, 1798 GehOFinR Generaldirektorium Berlin, 1806/07 Zivilgouv. Berlin, 1808 Tätigkeit im kgl. Kab., 1809 GehStR u. OPräs. Kurmark, Neumark u. Pommern, 1813 Zivilgouv. des Landes zwischen Oder u. Elbe (mit Ausschluß Schlesiens), 1814 GenGouv. Niederrhein, 1815 OPräs. Nieder- und Mittelrhein, vor 1818 Wirkl.GehR (Exz.), 1816–31 OPräs. Pommern 13c/Fundort; 17/2 33, 23/2 80v, 81v, 82v, 83–84v; 59/3 265v, 70/3 381, 385; 133/6 58; 179/7 306v; 205/8 72, 73v–74v–75v, 76–78, 209/8 132, 221/8 271v, 233/8 385; 247a/Fundort 54; 257/9 134; 264/Fundort; 288/10 136; 314/11 115; 328/12 46; 345/13 42, 354/13 158; 374/15 20, 382/15 68–68v; 406/16 80–80v; 414/17 19–19v, 415/17 24v, 26v–27
- Sack, Wilhelm Friedrich** (1773–1854), 1796 Ref. KG, 1797 Ass., 1798 RegR Bayreuth, KGR, 1799 VortrR Minm. des Auswärtigen für Haus-, Hoheits- und Lehnssachen, 1802 Mitgl. Hauptorganisations-Komm. für das Fstm. Hildesheim, 1803 General-Justiz-Dept., 1810 GehOJusR JMinm., 1821–35 Mitgl. Ober-Zensur-Kollegium, 1825 MdStR, 1831–38 Wirkl.GehOJusR (Exz.), 1832 2. Präs., 1833–44 Chef-Präs. Ober-Tribunal 15/2; 31/3, 41/3, 45/3, 53/3, 63/3; 97/4, 99/4; 114/5, 121/5; 131/6, 133/6; 172–173/7, 183/7, 197/7; 210/8, 223/8, 233/8, 237/8, 239/8; 248/9, 269–270/9; 299/11, 303/11; 328/12 34v, 38v, 333/12, 335/12, 339/12; 349/13, 353–354/13; 366/14, 371/14; 378–379/15, 383/15, 394/15; 404/16; 412/17, 418/17, 422/17, 424/17, 430/17, 438/17
- Sacken, Christiane Charlotte Sophie Fürstin v.** (1733–1811), Großmutter Prinz Adolph zu Hohenlohe-Ingelfingen 53/3 197; 271/10 2, 3v
- Sagner**, Kutscher des Stuckgießers Krieger in Breslau 137/6 90v–91
- Salm-Horstmar, Wilhelm Friedrich Graf zu** (1817: **Fürst**) (1799–1865), Standesherr, 1799 reg. Fürst, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1855 MdH 44/3 115; 169/7 208–208v, 198/7 462, 463v–464v; 216/8 215–218v; 273/10 16; 331/12 85; 345/13 49, 349/13 50; 392/15 134–136v; 398/16 17; 425/17 129
- Salm-Kyrburg, Cecilie Rosalie Prévôt, Freiin v. Bourdeaux** (gest. 1866), 1815 vermählt mit Ernst Otto Friedrich IV. 254/9 101v
- Salm-Kyrburg, Ernst Otto Friedrich IV. Fürst v.** (1789–1859), Standesherr, 1794 reg. Fürst 123/5 159–159v; 209/8 140; 254/9 100–101v; 273/10 12, 274/10 34, 35, 276/10 50–52; 312/11 108; 349/13 49v; 392/15 135v
- Salm-Reifferscheidt, Josef Graf zu** (1861: **Fürst**) (1773–1861), Majoratsbes. zu Dyck, erbl. Mitgl. ProvLT Rheinprovinz, Mitgl. Vereinigter LT, 1854 MdH (nicht eingetreten) 311/11 97

Salm-Salm, Wilhelm Florentin Ludwig Carl Fürst v. (1786–1846), Standesherr, 1828 reg. Fürst 44/3 115; 209/8 140; 254/9 100, 101, 266/9 225; 273/10 12, 274/10 34, 35, 276/10 50–52; 312/11 108; 338/12 160–160v; 349/13 49v; 392/15 135v

Sayn-Wittgenstein

→ Wittgenstein

Schadow, Friedrich Gottlieb (1761–1831), 1795 Hofbauinspektor Potsdam, 1805 Ober-Hofbauamts-Ass. Potsdam, 1812 Übersiedlung nach Berlin, 1819 Mitgl. Akademie der Künste, kgl. Hofbaurat u. Dir. der kgl. Schloßbaukomm., nicht verwandt mit der Familie des Bildhauers 173/7 251v, 252v–253, 254v, 256–258

Schaeffer (geb. 1766), HofR Köln, 1826 Pensionsreklamation 308/11 75v

Schaffgotsch, Leopold Christian Gotthard Graf v. (1793–1864), Herr der freien Standesherrschaft Kynast 322/11 214

Schan(t)z, Regierungs-Hauptkassen-Buchhalter zu Aachen, 1826 Pensionsreklamation 319/11 193v–194; 329/12 70–71

Scharfenorth, 1824 Ass. Breslau, 1825 bei der Beratung des Verwaltungsetats Sachsen erwähnt 1828 RegR Breslau 291/10 243v

Scharnhorst, Gerhard (1804: v.) (1755–1813), GenMaj. 1808–13 mitverantwortlich für die preuß. Heeresreform 184/7 369

Scharnweber, Christian Friedrich (1770–1822), Mitarb. Hardenbergs an der Agrarreform, 1817 MdStR 150/6 216, 217

Schaumann, 1819 GehFinR beim StMinm., dort 1828–48 GehOFinR 150/6 217; 168/7 187–187v; 350/13 91

Schauss, ca. 1820 RegR, BauR Köln 11/1 37v

Schede, 1806 RegR südpreuß. Reg. Kalisch u. im Kurmärkischen Pupillenkollegium, ca. 1818–32 JusKom. KG 161/7 105

Scheibler, Karl August Ferdinand v. (1779–1848), ca. 1818–21 OLGR Glogau, ca. 1824–31 Vizepräs. OLG Frankfurt/O., ca. 1832–39 Präs. OLG Hamm, 1841–48 Präs. OLG Münster 330/12; 392/15

Scheider (geb. ca. 1794), RegSekt. Arnsberg, 1826 Pensionsreklamation 309/11 89v

Schell

→ Vittinghoff

Schenck, 1828 RegR Magdeburg 330/12 75

Schenfzig, Albert (geb. ca. 1797), Torkontrolleur zu Meseritz, 1829 Pensionssache 417/17 44–44v

Schickler, (Gebrüder), Besitzer einer Spiegelmanufaktur zu Neustadt an der Dosse 208/8 120–122

Schief, Apotheker Danzig 60/3 290v

Schiemann (geb. ca. 1777), RegKalkulator Danzig, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94v; 372/14 143–143v

Schilling, Polizei-Kanzlist zu Elbing, 1825 Disziplinarsache 272/10 10

Schimaizig, Bernhard, glaubte im Schlafzustand ein Schreckgespenst zu sehen u. schlug seine Ehefrau tot 393/15 144v

Schinkel, Karl Friedrich (1781–1841), 1810 BauAss, 1815 GehBauR, ca. 1818–24 GehOBauR HandMinm., ab 1825 in MdI, 1832–41 Dir. der techn. Ober-Bau-Deputation, 1839–41 Oberlandesbaudir., 1820 Prof. Akademie der Künste Berlin, Baumeister des Klassizismus u. Maler 173/7 252v

Schirmeister, RegR Marienwerder, 1825 bei der Beratung des Verwaltungsetats der Prov. Preußen erwähnt 296/10 163

Schiweck, Vater von Gerhard Samuel, 1811 wegen Betrugs verhaftet 203/8 51

Schiweck, Gerhard Samuel (geb. 1807), Mennonit zu Danzig 203/8 51–52v

- Schlabrendorf, Christian Georg Gustav Graf v.** (1750–1824) 418/17 61–61v
- Schlabrendorf, Heinrich Wilhelm Georg Graf v.** (1762–1822), 1787 Ass. Kriegs- und Domänenkammer Magdeburg, 1789 Kriegs- und Domänenrat, 1792 GehKrR Oberkriegskollegium Berlin, 1796 GehORechR Ober-Rechnungs-Kammer, 1798 GehFinR Generaldirektorium, 1807 Leiter d. Hauptbank u. Seehandlung, 1808–22 Präs. Ober-Rechnungs-Kammer, 1817 MdStR, auch Rittergutsbes. 127/5 288–288v
- Schladen, Friedrich Heinrich Leopold v.** (1813: **Graf**) (1772–1845), 1790 LegR, 1794 Kammerherr, 1795 Sekr. b. Lucchesini Wien, 1797–1803 Gesandter in Lissabon, 1803–06 Gesandter in München, 1806 Hauptquartier, 1807–11 Gesandter in St. Petersburg, 1811–17 Wien privat, 1817 Wirkl.GehR, Vertreter Preußens in Konstantinopel, 1820–24 Wien privat, 1824–27 Gesandter in Brüssel 380/15 61–63v
- Schlegel** (geb. ca. 1786), RegKalkulator Merseburg, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94
- Schleiermacher, Friedrich** (1768–1834), führender ev. Theologe, 1825 Vorstellung an das Brandenburger Konsistorium gegen die Einführung der neuen Agende 355/13
- Schleinitz, Johann (Hans) Eduard Christoph Frh. v.** (1798–1869), 1815 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1819 Ref., 1822 Ass., 1822–27 LandR Konitz, 1828 RegR Marienwerder, 1833 ORegR u. Abteilungsdirigent Bromberg, 1837–42 RegVizepräs. Koblenz, 1842–48 RegPräs. Bromberg, 1848 kommissar. RegPräs. Liegnitz, 1848–68 OPräs. Schlesien, zugleich 1848–55 u. 1863–68 RegPräs. Breslau 250/9 64, 65v
- Schlesinger, Adolf Martin** (1769–1838), Berliner Musikalienhändler 170/7 227
- Schlieffen, Heinrich Wilhelm Graf. v.** (1790–1836), Maj. u. Adjutant des Prinzen Wilhelm 128/5 299v
- Schlinckmann, Bernhardine**, geb. von Schmising-Kersenbrock, ca. 1805 Inhaberin einer Galenschen Präbende im Damenstift zu Freckenhorst 218/8 235
- Schlosser** (geb. ca. 1771), RegKanzlist Magdeburg, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94
- Schlössing, Justus Ferdinand**, Steuerinspektor zu Nordenberg, 1829 Pensionssache 413/17 13
- Schlotheim, Carl Ludwig Theodor Frh. v.** (1796–1869), Herr auf Wietersheim, Page am Hof König Jérômes von Westfalen, 1837 Kreisdeputierter Minden, Amtm. Wietersheim, 1849 kommissar. LandR Minden, 1850–69 LandR Minden, 1851–52 Mitgl. 2. Kammer (Rechte) 104/4 287, 288, 289
- Schlotheim, Felicité Melanie** (1803–1876), geb. la Garde, natürliche Tochter König Jérômes von Westphalen, 1810 von ihm zur „Gräfin v. Wietersheim“ erhoben 104/4 286v–287, 288, 289, 290
- Schmalz**, Amtm. 416/16 40–40v
- Schmidt**, Amtm. bei Brumby 118/5 89–89v, 128/5 297–297v
- Schmidt**, ehem. Senator zu Naugard 53/3 197
- Schmidt, Franz Carl**, Rentbeamter u. Forstkassenrendant zu Düben, 1829 Pensionssache 421/17 88
- Schmidt, Johann Karl**, Kreisbote zu Beuthen, 1829 Disziplinarsache 402/16 51
- Schmidt-Phiseleck, Justus v.** (1769–1851), 1814–28 hzgl.-braunsch. GehR 222/8 287v–288
- Schmiededecke** (Schmiedeke) (geb. ca. 1773), Proviant-Kom., KrR zu Stettin, 1826 Disziplinarsache 299/11 11–12; 335/12 125–129
- Schmising, Rosine v.** (gest. 1815), Inhaberin einer Präbende am Fräuleinstift zu Freckenhorst 264/Fundort 122
- Schmitterlöw v.**, Rittm. auf Draheim 375/15 22
- Schmitz** (geb. ca. 1796), RegKanzlist Trier, 1826 Pensionsreklamation 309/11 89
- Schoeler, Friedrich v.** (1772–1840), GenLtn., 1817 MdStR, ca. 1818–ca. 1836 Dir. d. 1. Dept. im KrMinm., häufig Vertreter des KrMinr. Hake bei staatsministeriellen Sitzungen 31–42/3, 45–46/3, 49–50/3; 163/7, 171–172/7, 174–175/7; 218/8, 220–226/8, 228–229/8; 269–270/9; 271–273/10, 274–282/10; 315–324/11; 325/12; 348/13 72v, 354/13, 355/13 165, 168, 178, 182, 183, 356/13 185; 357/14 2, 358/14 8, 359/14; 396–397/15; 398–401/16; 430–431/17

- Schoell** (Schöll) (gest. 1833), ca. 1824–ca. 1832 GehORegR MdI, VortrR StMinm., zum Staatshaushalt 1823 wird eine Zulage zu seiner Besoldung besprochen *150/6* 217
- Schoening** (Schöning), **August Peter Friedrich Sigmund v.** (geb. 1780), Herr auf Ueckershof, GehRegR, 1818–48 LandR Krs. Pyritz, 1824 Mitgl. ProvLT Pommern, Stellv. Puttbus' als LT-Marschall Pommerns *205/8* 72, 74–74v; *406/16* 80
- Scholz, Gottfried**, Prälat Breslau, Obermeister am Elisabeth-Hospital *113/5* 34v–38
- Schön, Theodor** (1792: v.) (1773–1856), 1793 Ref. Königsberger Kammer, 1797 Kriegs- und Domänenrat Bialystock, Marienwerder, 1800 GehFinR Generaldirektorium, 1807/08 bedeutender Mitarbeiter Steins, 1809 GehStR, Leitung des Depts. f. Handel u. Gewerbe, RegPräs. Gumbinnen, 1813 Zivilgouv. der Gebiete zwischen der russischen Grenze u. der Weichsel, Mitgl. Zentralverwaltungsrat für die befreiten Gebiete, 1816–24 OPräs. Westpreußen, 1824–42 OPräs. Prov. Preußen (Ost- und Westpreußen), 1840 Titel StMinr., 1842 Burggraf v. Marienburg, 1844 Gründer u. Dir. landwirtschaftl. Zentralverein Ostpreußen, 1848 Mitgl. u. Alterspräs. preuß. NatVers. *70/3* 381; *131/6* 39–39v; *169/7* 205–206v, *179/7* 184/7; *203/8* 47v, 48v–49v, *220/8* 267–268, *235/8* 399, 402; *247a*/Fundort 56v, 59v, 61v–62; *250/9* 64, 65–65v, *250a*/Fundort 86; *250b*/Fundort; *251a–251b*/Fundort; *253a–253b*/Fundort; *255/9* 106, 117–118v, *259/9* 145v–146v, 153–153v, 155v, *264/9* 209, 211, *266/9* 221, *267/9* 233v, *268/9* 240; *311/11* 95, *319/11* 181v; *344/13* 33, *354/13* 160–160v, 162v; *361/14* 40–40v; *382/15* 68; 42; *409/16* 92v, *427/17* 135–136, *434/17* 197v–198, *435/17* 212a
- Schönberg, Moritz Haubold Frh. v.** (1770–1860), sächs. FinR, 1816–22 RegPräs. Merseburg, 1824/25 OPräs. Schlesien, 1825 2. Dir. MAA, 1831–35 OPräs. Pommern, 1831 Wirkl.GehR (Exz.), häufig Vertreter des AMinr. Bernstorff bei staatsministeriellen Sitzungen *14/2* 2, *15/2* 10–10v; *43/3* 109v; *179/7*; *205/8*, *208/8*, *220–222/8*; *247a*/Fundort 55v, 59; *250a*/Fundort 85; *250b*/Fundort; *251a–251b*/Fundort; *252a–252b*/Fundort; *253a–253b*/Fundort; *259/9*, *269–270/9*; *271–279/10*; *318–322/11*; *335/12*; *352/13*; *358/14*, *360–363/14*; *399–405/16*, *407–411/16*; *412/17*; *412a*/Fundort; *413/17*, *415–412/17*, *423–426/17*, *427/17*, *430–432/17*
- Schönborn, Graf v.**, österr. GehR, im 17. Jh. führte er einen Prozeß mit Melchior v. Hatzfeldt wegen Trachenberg *360/14* 30; *440/17* 252
- Schönermarck, Kaspar Heinrich** (1816: v.) (1776–1832), 1799 Ass. südpreuß. Reg., 1801–06 Rat bei ders., 1808 KGR, 1811 zweiter Stadtger.- u. Kriminaldir. Berlin, 1815 Vizepräs. OAppGer. Posen, 1829 OPräs. desselben *46/3* 141v, 142v
- Schöning, Kurt Wolfgang Wilhelm v.** (1789–1859), 1820 Adjutant des Prinzen Karl v. Preußen, 1827 Oberstlttn., Hofmarschall des Prinzen Karl, Militärhistoriker *128/5* 299v
- Schönwald** (geb. 1778), RegKalkulator Aachen, 1826 Pensionsreklamation *309/11* 89
- Schönwald**, 1825 RegR Merseburg, 1825 erwähnt bei der Beratung des Verwaltungsetats Sachsen *290/10* 141
- Schreiber v.** (geb. ca. 1768), RegR Oppeln, 1826 Pensionsreklamation *319/11* 193
- Schröder**, GehRegR Gumbinnen, Schwager von OPräs. Schön, 1825 erwähnt bei der Beratung des Verwaltungsetats der Prov. Preußen *296/10* 163v
- Schröder**, Jagdzeugmeister zu Berlin *106/4* 306v
- Schroeder, Carl Friedrich**, Dr. phil., Rektor der Stadtschule zu Konitz, 1820 Disziplinarsache *40/3* 86–89
- Schrönn** (Schrön), **Christian Carl** (geb. ca. 1785), Oberförster zu Grünhaus, 1829 Disziplinarsache *431/17* 178–178v
- Schrott v. Schrottenberg, Johann Heinrich Frh. v.** *248/9* 45v
- Schrötter, Friedrich Leopold Frh. v.** (1743–1815), 1795–1806 Dir. ostpreuß. Provinzialdept., wichtiger Mitarbeiter bei der Reformgesetzgebung *428/17*
- Schuckmann, Friedrich v.** (1834: Frh.) (1755–1834), 1779 Auskultator, 1783 Ass., 1785 Assistenzrat KG, 1786 OAmtsRegR Breslau, 1787 Mitgl. Breslauer KG-Deputation, 1790 OBERgrichter schles. OBERgA, 1795 Präs. der Kammer Bayreuth, 1796 auch in Ansbach, 1798 GehOFinR Gene-

raldirektorium, 1810 GehStR u. Chef der Abteilungen für Handel- und Gewerbe sowie für Kultus u. Unterricht im MdI, 1817 MdStR, 3.6.1814–34 Minr.dI, Mitgl. Ministerialausschuß gegen demagogische Umtriebe, 1829 Ehrenbürger Berlins *1–13/1*; *13a/Fundort*; *13c–13f/Fundort*; *13g/Fundort* 8–8v; *14–20/2*; *31–42/3*, *44–63/3*, *67/3*; *72–89/4*, *91/4*, *93–110/4*; *111–128/5*; *129–140/6*, *142–151/6*; *152–175/7*, *178–183/7*, *184/7* 361, *185–199/7*; *200–240/8*; *240a/Fundort*; *241/8*; *242–247/9*; *247a/Fundort*; *248/9* 36, *249–250/9*; *250a–250b/Fundort*; *251a–251b/Fundort*; *252/9*; *252a–252b/Fundort*; *253/9* 78; *253a–253b/Fundort*; *254–265/9*, *266/9* 223, *267–268/9*; *268/Fundort*; *269–270/9*; *271/10*, *274/10* 30–30v, *275/10* 40, *277/10*, *279–289/10*, *290/10* 140v, *291–297/10*; *298–305/11*; *305a/Fundort*; *306–318/11*, *321–324/11*; *325–334/12*, *336–339/12*; *340–353/13*, *355/13* 168; *358–365/14*, *368–372/14*; *373–384/15*, *390–396/15*; *399–411/16*; *412/17*; *412a/Fundort*; *413–416/17*, *419–421/17*, *423–429/17*, *433/17*, *434/17* 201–202, *438–441/17*

Schuhmacher, RegSchr. 276/10 51v

Schulenberg-Angern, Friedrich Christoph Daniel Graf v. d. (1768–1821), 1785–89 Studium der Rechte u. der Staatswissenschaften Halle, 1793–1801 LandR im II. Holzkreis des Hrgtm. Magdeburg, 1804 Kriegs- und Domänenrat, 1806 Kammerdir. Warschau, 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1816–21 RegPräs. Magdeburg 72/4 3

Schulenburg, RegR Magdeburg, 1825 erwähnt bei der Beratung des Verwaltungsetats Sachsen 290/10 140v

Schulenburg, Leopold Wilhelm v. d. (1772–1838), 1825 LandR, Herr auf Drüsedau 305a/Fundort; 412a/Fundort

Schulz (gest. 1835), ca. 1818 RegR Magdeburg, 1825 Generalkomm. Stendal, 1827 Dir. ebd., 1828 GehFinR FinMinm., GehOFinR 290/10 141

Schulz, 1825 Vorstellung an das Brandenburger Konsistorium gegen die Einführung der neuen Agende 355/13

Schulz, 27/2 127

Schulze, Johannes Karl (1786–1869), 1807 Dr. phil. Leipzig, 1808 Prof. am Gymnasium Weimar, 1812 großhzgl. Frankfurter Oberschul- und Studienrat, Prof. der klassischen Literatur am Gymnasium Hanau, 1813 Dir. des Gymnasiums, 1816 Kurfürstlicher OSchulR u. Dir. der Landeschule zu Hanau, 1816 KonsR u. SchulR beim Konsistorium u. ProvSchulKollegium Koblenz, 1817 Ordination als ev. Geistlicher, Juli 1818 Hilfsarb. KuMinm., Nov. 1818 GehRegR, Ref. für das Gymnasialwesen, 1826 Mitgl. Militärstudienkommission, 1830 Mitgl. Charité Kuratorium, 1831 Mitgl. Direktorium der allgemeinen Kriegsschule, 1849–59 Dir. der Unterrichtsabteilung, 1852 Wirkl.GehORegR, 1852 Ehrenmitgl. der Akademie der Wissenschaften, 1809–15 Herausgabe der ersten fünf Bände Winkelmanns 'Geschichte des Altertums', Schöpfer des höheren preußischen Bildungswesens 215/8 197

Schumann (geb. ca. 1780), Reg.-Registrator Magdeburg, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94

Schunken, KrsSchr. zu Mettmann, 1823 Disziplinarsache 178/7 301–302

Schütz v., RegR, Kassenrat Magdeburg, 1825 erwähnt bei der Beratung des Verwaltungsetats Sachsen 290/10 141

Schütz, RegR Königsberg, 1826 Pensionsreklamation 311/11 95

Schütz, Karl August v. (1777–1837), Kriegs- und Domänenrat Bialystock, 1809 RegR Potsdam, 1812 GehOSteuerR, bis 1815 Mitgl. versch. Komm., ca. 1818 GehOFinR FinMinm., 1823–37 Provinzial-Steuer-Dir. für die Rheinprovinz, Ausführung der Zollvereinsverträge mit Ghrgtm. Hessen, Oldenburg wegen Birkenfeld, Nassau u. Frankfurt, 1832 Preuß. Bevollm. bei der Rheinschiffahrtzentralkomm., 1836 Wirkl.GehOFinR *13e/Fundort*; *17/2*; *42/3*; *78/4*, *81/4* 95 *83/4*; *133/6*, *144/6*, *148/6*; *157/7*, *162/7*, *168/7*

Schütze-Schöneich, Friedrich Wilhelm v. (1780–1844), 1802 Auskultator Stadtger. Berlin, ca. 1818 GehRegR Berlin, 1821–39 GehORegR Hauptverw. der Staatsschulden, 1831–39 Mitgl. der ständischen Landarmendirektion 151/6 227v

Schwan, Buchbinder zu Dombach 256/9 119

- Schwarzbach** (geb. ca. 1764), RegR Bromberg, 1826 Pensionsreklamation 309/11 88v
- Schwerin-Putzar, Heinrich Ludwig Graf v.** (1776–1839) 171/7 236, 237
- Seckendorff, Friedrich Bernhard Frh. v.** (1772–1852), 1801 AppR Dresden, 1805 sächs. Kammerherr u. Oberaufseher der sächs. Gfscht. Henneberg zu Schleusingen, 1816 Eintritt in preuß. Dienste als RegDir., Frankfurt/O., 1824–37 Reg. Liegnitz 10/1 33–33v; 291/10 143v
- Seckendorff, Karl Adolf Friedrich Graf v.** (1798–1827), begleitet ca. 1825 Bülow nach Schlesien, 1825 RegR Breslau, Präs. Militär-Baukomm. Berlin 349/13 80
- Seegebarth, Johann Friedrich v.** (1747–1823), GehOFinR, 1767 Dienst in der Geheimen Staatskanzlei, 1770 Beginn des Dienstes im Postwesen, 1807–21 GenPostmeister, 1817 MdStR 10/1 31; 17/2 30, 31v; 85/4 129
- Seemann**, 1817 KrsDir. in Memel 9/1 28v
- Seher-Thoss, Heinrich Graf v.** (1795–1837), Herr auf Bitschin 418/17 54v
- Selle** (geb. ca. 1770), RegKanzlist Oppeln, 1826 Pensionsreklamation 319/11 193v
- Semler (Semmler), Karl Wilhelm Salomon** (1788–1838), GehOFinR 5/2 97; 7/1 20; 54/3 205, 56/3 231–231v; 133/6 55, 141/6 136; 162/7 113; 208/8 112, 209/8 132, 238/8 450, 241/8 483; 261/9 177
- Sethake**, Amtm., 1768 Inhaber des Domänenamts Petershagen 226/8 319–319v
- Sethake**, Kriegskom., Erbe des Inhaber des Domänenamts Petershagen 226/8 320
- Sethake**, Witwe des Inhabers des Domänenamts Petershagen 226/8 319v, 321v
- Sethe, Christoph Wilhelm Heinrich** (1767–1855), 1791 Ass. Reg. Kleve, 1794 GehR, 1803 Reg. Münster, im Dienst des Ghzgtm. Berg u. 1811 GenProkurator OAppGer. Düsseldorf, 1814 Dir. des Gouvernementrats Berg, 1814 Chef-Präs. OLG Münster, 1816 Präs. Rhein. Immediat-Justiz-Komm., 1819–55 Chef-Präs. Rhein. Revisions- und Kassations-Hof, 1820 MdStR, Mitgl. Gesetz-Komm. 27/2 123, 124–125
- Seydewitz, Friedrich Ferdinand Leopold v.** (1787–1872), 1816 RegR Magdeburg, 1818 GehORegR u. VortrR KuMinm., 1826–34 Vizepräs. Sachsen, 1834–48 RegPräs. Stralsund 38–39/3, 62/3, 64/3; 73/4, 75/4, 83/4, 92/4; 122/5; 145/6, 148/6; 165–166/7, 168/7, 173/7, 191/7; 201/8, 220/8; 243/9, 245/9, 257/9
- Seydlitz (Seidlitz), Bernhard Gottlob Sigismund v.** (1788–1860), Maj., Urheber einer Beschwerde über die landschaftliche Zuordnung des Gutes Schermeisel bei Zielenzig, Krs. Oststernberg 409/16 98
- Seyer** (geb. ca. 1770), RegKalkulator Berlin, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94; 353/13 151
- Seyer**, GehSekr. Militär- und Baukomm., 1827 Pensionssache 349/13 80–81v
- Seyring, Johann Georg** (geb. ca. 1795), Postsekr. zu Halle, 1829 Disziplinarsache 431/17 175–175v
- Sieber**, RegR, 1821 Revisionskollegium zur Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, Berlin 112/5 22
- Siegmeyer, Johann Gottlob** (1778–nach 1832), General-Postamts-Kalkulator zu Berlin, Musik-Schriftsteller, 1827 Disziplinarsache 372/14 139
- Silberschlag, Georg Christian** (1730–1790), Theologe u. Mathematiker, Bruder von Johann Esias Silberschlag, 1780 Generalsuperintendent zu Stendal 215/8 197v
- Siméon, Joseph Jérôme Comte de** (1749–1842), 1807 Minr.dI des Kgr. Westphalen, 1809–13 JMinr. 104/4 288v
- Simon, August Heinrich** (1780–1857), 1810 Ass. KG, 1811 JusKom. KG, 1816 OLGR Glogau, Mitgl. Rhein. Immediat-Justiz-Komm., 1819 ORevisionsR JMinm., 1820–49 GehJusR u. GehOJusR, 1844 Wirkl.GehOJusR, 1846–56 Vors. Examinations-Komm., 1849 i. R., 1834–36 gemeinsam mit H. L. v. Strampff Hrsg. der „Rechtssprüche der Preußischen Gerichtshöfe“ 103/4; 112/5; 183/7; 233/8; 239/9; 272–273/10, 295/10; 314/11, 317/11; 347/13, 349/13, 354/13; 396/15; 408/16
- Simpson**, Kommerzienrat in Danzig 113/5 37v–39v, 41–41v, 42

- Skalley, Eugen Friedrich Reinhold** (1785–nach 1834), 1810 OGerR Königsberg, 1811 KGR, 1815 Justitiar FinMinm., 1817 GehOFinR 25/2; 57/3; 90/4; 131/6; 159/7, 172/7, 197–198/7; 204/8, 212/8, 218/8, 223/8, 229/8, 236–237/8; 262/9; 273/10, 295/10; 323/11; 420/17, 431/17
- Skuhr**, Ref. zu Bernstein 279/10 82
- Sohr, Wilhelm Heinrich** (1785–1861), 1812–14 Leitung des Domänenamts Frauenstein, 1815 Eintritt in preuß. Dienste, 1816–17 RegR Reichenbach, 1820 RegR Breslau, 1826 Pensionsreklamation, 1834–58 ORegR, ab 1826 Hrsg. der schlesischen Provinzblätter 291/10 143v; 309/11 85
- Solders, Mathias** (1751–1826), Arzt, 1820–26 Bgm. Aachen 31/3 12
- Solms-Baruth, Hermann Johann Christian Graf zu** (1799–1872), Herr der Herrschaften Klitschdorf, Wehrau u. Hermsdorf 96/4 227v
- Solms-Braunfels, Wilhelm Christian Carl Fürst zu** (1758–1837), Standesherr, 1783 reg. Fürst 216/8 207–210, 222/8 288–288v; 277/10 56; 323/11 216–218v; 344/13 39; 402/16 41
- Solms-Hohensolms-Lich, Alexander Prinz zu** (1763–1830), 1781 Armee, 1810 GenMaj., 1813 GenGouv. Berg 60/3 272v
- Solms-Hohensolms-Lich, Fürstin zu** 336/12 139
- Solms-Laubach, Friedrich Graf zu** (1769–1822), 1791 RHofR Wien, 1797 Gesandter des Wetterauischen Grafenkollegiums, 1803 führende Tätigkeit in der Frankfurter Union, 1806–13 Privatmann, Nov. 1813 Mitarb. Steins, 1814–15 Berater Hardenbergs auf dem Wiener Kongreß, mit der Organisation der rhein. Provinzen beauftragt, 1815–22 OPräs. Jülich-Kleve-Berg (bis 6.12.1817 zugleich RegPräs. Köln), 1815 Verw. der Rheinschiffahrtsangelegenheiten, Okt. 1818 Kurator der Univ. Bonn, 1819 GenDir. der rheinischen Katasterkomm. 1820 Präs. der Ständeversammlung des Ghzgtm. Hessen 1/1 1v, 6/1 16v–17, 8/1 23v, 25–27v, 9/1 28v, 29v, 30v, 10/1 33v, 11/1 37, 12/1 44; 22/2 77 78; 49/3 176v–177; 72/4 3, 78/4 73v; 82/4 104v–105; 123/5 146v–147v; 173/7 260v
- Sommerfeld, Friedrich v.** (1792–1843), Rittm. auf Pulsberg 208/8 127v
- Sotzmann**, GehOFinR 199/7 479
- Sotzmann, Daniel Friedrich** (1754–1840), Kartograph, Geh. exped. Sekr. u. Kalkulator KrR, 1825 Untersuchung wegen einer möglichen Dienstentlassung, ca. 1826–35 zuständig für das Depot der Landkarten sowie der Memoiren u. Schriften der Akademie der Wissenschaften 287/10 134
- Sotzmann, Johann Daniel Ferdinand** (1781–1866), 1802 Ref. kurmärkische Kriegs- und Domänenkammer, 1804 Ass. Kriegs- und Domänenkammer Ansbach u. Bayreuth, 1810 RegR Potsdam, 1816–19 RegDir. Köln, 1819–49 GehOFinR FinMinm. (Steuerverwaltung), auch als Publizist bekannt 138/6; 182/7; 253/9
- Speth Frh. v.** ehem. Domicellar des Domstiftes zu Trier 206/8 81–81v; 248/9 45–46v
- Spiegel-Desenberge** (Diesenberg) v., 1825 einziger männlicher Nachkomme des Stifters 264/9 Fundort 119
- Spiegel-Desenberge** (Diesenberg)-**Canstein, Ferdinand August v.** (1816: **Graf**) (1764–1835), 1813–15 Kapitularvikar Münster, 1824–35 Erzbischof Köln 183/7 346; 201/8 19v–20v
- Sponholz**, Brauer 346/13 52
- Sprengel, Kurt Polycarp Joachim** (1766–1833), 1833 Dir. des botanischen Gartens Halle, zahlr. Schriften v. a. im Bereich der Botanik 209/8 138v
- Sprenger, Heinrich Wilhelm v.**, (1783–1839), Hptm., LandR auf Lieben 208/8 127v
- Staase**, Stadtger.-Dir. Stargard 28/2 138
- Stadion Graf v.** 248/9 46
- Staegemann** (Stägemann), **Friedrich August** (1816: v.) (1763–1840), 1785 Auskultator Königsberg, 1788 Generallandschaftssyndikus, 1798 JusKom. u. Notar Königsberg, 1790 KriminalR u. Ass. des ostpreuß. Hof-Hals-Gerichts, 1806 GehFinR, neben Niebuhr Dir. preuß. Staatsbank u. Seehandlung, 1807 Mitgl. Immediatkomm., Mitarbeit am Entwurf des Edikts zur Befreiung der Bauern, 1808 GehOFinR, 1809 GehStR, 1810 Mitgl. Verfassungskomm., 1817 MdStR, Jan. 1819–Aug. 1820 Leiter Allg. Preußische Staatszeitung, 1822 Dir. des Staatskanzleramtes, 1823 Chef der

Staatskanzlei, 1823–40 VotrR StMinm. u. öfter Protokollführer, Vertrauter Hardenbergs u. Lottums, auch als Dichter bekannt 1835 Ehrenbürger von Berlin 105/4 296v; 116/5; 135/6 77; 167/7 172v, 170/7, 172/7, 175/7, 184–185/7, 187/7, 189/7, 191–192/7, 194/7; 202/8, 204/8, 207/8, 216/8, 222–223/8, 233/8, 239/8; 255/9; 264/9; 264/Fundort; 266–270/9; 272–281/10, 284–285/10, 287/10, 289/10, 292/10, 295/10, 297/10; 298–300/11, 303–305/11; 305a/Fundort; 306–308/11, 310–319/11, 321/11, 323/11; 326–333/12, 335–339/12; 340–342/13, 344–356/13; 357–362/14, 364/14, 366–369/14, 371–372/14; 373–375/15, 380–383/15, 385/15, 387–388/15, 391–394/15, 396–397/15; 398–403/16, 405/16, 407–411/16; 412/17; 412a/Fundort; 413/17, 415–440/17

Stegmann, PolDir. zu Neisse 3/1 6v

Stein, Karl Reichsfrh. v. u. z. (1757–1831), 1780–1787 in der Bergbauverw. Westfalens, 1787 Dir. märk. u. klev. Kriegs- und Domänenkammer, 1793 Präs. märk. Kammer, 1796 Präs. Kammer Minden-Ravensberg, 1802 Präs. der neuen Kammer in Münster, 1804–07 Minr. Akzise-, Zoll-, Kommerz- und Fabrikendpt. im Generaldirektorium, Dir. Seehandlung, April 1806 leitet seine Reformarbeit ein mit der „Denkschrift über die fehlerhafte Organisation des Kabinetts“, Jan. 1807 entlassen, Juni 1807 Nassauer Denkschrift, Okt. 1807 als leitender Minr. zurückgerufen, Okt./Nov. 1807 Gesetzgebung zur Bauernbefreiung, Selbstverw. der Städte u. Organisation der oberen Staatsbehörden, Nov. 1808 auf Verlangen Napoleons erneut entlassen, Flüchtling in Prag u. Böhmen, 1812 auf Einladung Alexanders I. nach Rußland, maßgeblicher Anteil an Vorbereitung der Befreiungskriege, 1812–15 Ratgeber Alexanders I., Sept./Nov. 1812 Petersburger Denkschriften, 1813–14 Chef der Zentralverw. f. d. von den verbündeten Mächten besetzten Gebiete, Aug. 1813 Prager Denkschrift, 1815 Berater des Zaren auf dem Wiener Kongreß, 1816 Rückzug aus dem polit. Leben, 1819 Gründung der „Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde“, 1826 Marschall des ProvLT Westfalen, 1827 MdStR 80/4 83v; 403/16 68

Steinbeck, Witwe des Vizepräs. OLG zu Breslau 59/3 258–259

Steltzer, Ferdinand Wilhelm Ludwig (geb. ca. 1785), 1807 Ref. Kammer zu Magdeburg, 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1816–25 RegR Köslin, 1826 ORegR Breslau 290/10 140v, 291/10 143v

Stengel, Joseph v. 118/5 96

Stephan, Josef (1772–1844), 1795 Amtsass. beim fürstl. JusA Braunfels, 1796–1800 KabSekt., 1800–12 KabR, 1812 Kammerdir., Solms-Braunfelsischer GehR, zugleich seit April 1816 landrätlicher Kom. Braunfels, 1817–20 LandR ebd., 1828–44 RegDir. bei der Solmschen Reg. 323/11 218v

Steuer, Johann Christian (geb. ca. 1778), Grenzaufseher zu Eckartsberga, 1824 Disziplinarsache 236/8 414–414v

Stier, Heinrich, Rendant, Bruder Karls 404/16 71–71v

Stier, Karl, KrR, Bruder Heinrichs 404/16 71–72

Stolberg-Roßla, Johann Wilhelm Graf zu (1776–1826), Standesherr, reg. Gf. 398/16 2–2v, 399/16 18–19; 412/17 12

Stolberg-Stolberg, Joseph Graf zu (1804–1859), Standesherr, reg. Gf. 398/16 2–2v, 399/16 18–19; 412/17 12

Stolberg-Wernigerode, Anton Graf zu (1785–1854), 1804 Rgt. Gardes du Corps, enger Vertrauter des Prinzen Wilhelm, 1806 Teilnahme an den Feldzügen, 1813–15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen u. 2. Adjutant des Prinzen Wilhelm, 1815 Oberstltm. a.D., 1812–34 LandR Landeshut, 1830 Adjutant für Zivilgeschäfte in Köln, 1833 kgl. Kom. beim ProvLT Rheinprovinz, 1834 RegPräs. Düsseldorf, 1837–40 OPräs. Sachsen, enger Vertrauter von Friedrich Wilhelm IV., 1840 MdStR, 1840 Wirkl.GehR HausMinm. u. als dessen Vertreter mit Sitz u. Stimme im StMinm., 1841 GenMaj., 7.6.1842 StMinr. und 1.12.1842–20.3.1848 StMinr. für Landwirtschaft/Ltg. 2. Abt. HausMinm., 7.4.1846 bei der 1. Abt. HausMinm. ausgeschieden, weiterhin Ltg. 2. Abt., 1848 GenLtn. und a.D., 1849 (kommissar.) LandR Landeshut, 1850 GenAdjutant des

Königs, 1851 Ober-Kämmerer, 14.5.1851–11.2.1854 Minr. Kgl. Haus, LT-Marschall Sachsen 331/12 95v

Stolberg-Wernigerode, Christian Friedrich Graf zu (1746–1824), 1778 reg. Gf., 1786–96 Dekan des Domstiftes Halberstadt, 1809 Übergabe der Verw. der Gfscht. an seinen Sohn Heinrich 45/3 133–135v; 124/5 180–258v; 216/8 213, 222/8 296; 331/12 95v

Stolberg-Wernigerode, Heinrich Ernst Graf zu (1772–1854), Mitte Mai 1809 Verwaltung der Gfscht., 26.5.1824 reg. Graf, 1826 MdStR, 1825–45 Marschall des ProvLT Sachsen 257/9 103v–104v; 331/12 94–96v; 354/13 166

Streckfuß, Adolf Friedrich Karl (1779–1844), 1800 Ass. sächs. Dienste, 1801–06 Hofmeister Triest, Wien, 1812 GehRegSekt. beim sächs. GehKab. Dresden, 1813 GehRef. ca. 1814–16 in der Finanzabteilung des russ. Gouvernements, ab 1816 in preuß. Dienste, 1816–19 RegR Merseburg, 1820 GehRegR MdI, 1823 GehORegR, Sept. 1824 in der Abteilung für die Verhandlungen mit den Provinzialständen, 1840 MdStR, 1843 Ehrenbürger von Berlin, auch bekannt als Dichter u. Übersetzer 53/3, 63/3; 72/4, 94/4; 120/5; 321/11; 342–344/13, 347/13, 349/13, 353–354/13; 357/14, 359/14, 367–368/14; 378–379/15, 384/15, 397/15; 398–399/16, 403/16, 405/16; 418–419/17, 424/17, 426/17, 429/17, 432/17, 434/17

Struve, 1829 Fideikommißsache 400/16 31–32, 401/16 33–33v

Stübel, Christoph Karl (1764–1828), 1791 Dr. jur. Wittenberg, 1795 Prof. der Rechte Univ. Wittenberg bis Vereinigung mit Halle, 1795 am Schöffentuhl, 1810 Wirkl. HofR, kgl. sächs. Hof- und JusR, 1815–26 Strafgesetzbuch des Kgr. Sachsen 39/3 79v

Stutterheim v., Rittm. 440/17 254

Tarczinski, Martin, Kanzlist bei der Reg. Bromberg, 1829 Disziplinarsache 411/16 113

Täuber (geb. ca.1776), RegR Posen, 1826 Pensionsreklamation 309/11 85v

Tempelhoff, [Carl Eduard v. oder sein Sohn Friedrich], beide JusKom. zu Berlin, Carl Eduard stand zuerst in preuß. militär. Diensten 220/8 260, 261v, 262–262v

Tenge, Friedrich Ludwig (1793–1865), Gutsbes., Spezialbevollm. des Fst. v. Kaunitz 385/15 98, 388/15 115–115v

Thiele v. 75/4 42

Thielmann, Johann Adolf v. (1812: **Frh.**) (1765–1824), im sächs. u. preuß. Dienst, 1791 Premierltn., 1798 Stabsrittm., 1809 OLtn. u. GenAdjutant des sächs. Königs, GenMaj., dann GenLtn., 1813 Kdr. der Festung Torgau, 10.5.1813 Übertritt zu den Verbündeten, März 1814 kommand. Gen. des dritten deutschen Bundesarmee Korps, ab April 1815 als GenLtn. im preuß. Dienst, Befehlshaber des III. AK, 1816 kommand. Gen. Münster, 1820 desgl. Koblenz, ca. 1820 kommand. Gen. in den Rheinprovinzen 215/8 205; 270/9 265b

Thilo, Anton (gest. 1827), votr. GehFinSekt. 1. Abt. für Forstsachen Dresden, 1811 Entwurf der Pläne zur Forstakademie in Tharandt, 1814/15 Teilnehmer an den Befreiungskriegen, 1815 in preuß. Dienste, Verw. der Forstsachen Merseburg, 1816 HofR FinMinm., GehFinR u. Ref. in den Generalien u. Forstsachen Schlesien, Sachsen, Preußen u. Polen 24/2; 41/3; 172/7; 274/10

Thomas, geb. von Hagen, Witwe, wohnhaft zu Loison, Frankreich 375/15 27–27v

Thurn und Taxis, Friedrich Hannibal Fürst v. (1799–1857) 281/10 98

Tieck, Christian Friedrich (1776–1851), Bildhauer 101/4 272; 112/5 22v

Timme (geb. ca. 1756), RegR Köslin, 1813–14 General-Kriegs-Kommissariat, 1815 Ober-Kriegs-Kommissar bei den kais. russ. Korps von Langeron, 1826 Pensionsreklamation 308/11 76v, 309/11 88

Triest, August Ludwig Ferdinand (1768–1831), 1794–1803 Bauinspektor OHofBauA Berlin, 1803–06 OBauDir. Posen, 1809–14 RegR u. BauDir. Potsdam, 1814 BauDir. Berlin, mehrere Schriften zur Bautechnologie 64/3 327

Troitzheim, Heinrich, Kommunal- und Steuer-Einpfänger zu Hersel, 1824 Disziplinarsache 236/8 412–412v

Troschel, Friedrich Heinrich Gustav (1765–1823), 1805 Kriegs- und Domänenrat, 3. Justitiar neumärkische Kammer, 1816–20 erster Dir., Vizepräs. Reichenbach, 1820 Vizepräs. Liegnitz, 1823 Schlaganfall 291/10 143v

Trosske, Glöckner an der kath. Pfarrkirche in Trebnitz 62/3 309–310

Trowitsch, Buchdrucker Berlin 40/3 91v, 92v

Truchesess-Waldburg-Capustigal, Friedrich Ludwig Graf v. (1776–1844), Gesandter am niederländischen Hof 380/15 62v

Truetzschler, Friedrich Christoph v. (1768–1830), Präs. KG 383/15 81v

Tscheck, Friedrich Wilhelm, Bauinspektor zu Ratibor, 1825 Disziplinarsache 260/9 170

Türpen, 1825 RegR Merseburg, 1828 RegR Erfurt 290/10 141

Tzschoppe, Gustav Adolf (1836: v.) (1794–1842), 1816 Auskultator, 1817 Hilfsexpedient im Büro des Staatskanzlers, 1822 VortR Archivverw., 1823 GehRegR, 1832 GehORegR, 1833 Dir. Geheimes Staats- und Kabinettsarchiv, 1837 Wirkl.GehORegR u. Dir. 1. Abt. HausMinm., seit August 1822 Mitgl. Komm. gegen demagogische Umtriebe, 1830 Mitgl. Ober-Zensur-Kollegium, engster Mitarb. Hardenbergs u. dann Wittgensteins 162/7 118

Ulmenstein v. (geb. 1775), RegR Arnberg, 1826 Pensionsreklamation 308/11 76, 309/11 88

Ulrichs (1776–1826), Reg.-Registrator Aachen, 1826 Pensionsreklamation 309/11 89

Uphues, Steuerrezeptor der Kirchspiele Bösensell u. Altenberge 199/7 482v–484

Uphues, Witwe des Steuerrezeptors

→ Mennemann

Vege sack, Dagobert Roderich Achilles v. (1769–1858), 1816–34 PolPräs. Danzig 113/5 43–43v

Vignau, Justus Wilhelm du (1860: v.) (1793–1866), 1809 exped. Sekr. westf. FinMinm, 1813 Bürochef preuß. Steuerektion Paderborn, 1816 RegAss. Minden, 1819 RegR, 1822 RegR Frankfurt/O., 1824 RegR Breslau, 1826 Pensionsreklamation u. ORegR Liegnitz, 1827 Vorsteher Ministerial-, Militär- und Baukomm., 1834 GehRegR, 1835 Vizepräs. Reg. Münster, GehORegR, 1845 LT-Kommissar Westfalen, 1845 RegPräs. Erfurt, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1850–52 Mitgl. 1. Kammer, 1852–62 MdA (v. Arnim, Fraktion unbekannt, bkF) 210/8 150–151 1822; 319/11 193

Vincke, Ludwig v. (1837: Frh.) (1774–1844), 1795 Ref. kurmärk. Kammer Berlin beim Manufaktur- und Kommerzkollegium, 1797 Ass. kurmärk. Kollegium, 1798 LandR Minden, 1803 Präs. der Kriegs- und Domänenkammer Aurich, 1804 Präs. der Kammer in Münster u. Hamm, 1809 Präs. der kurmärk. Reg. in Potsdam, 1813 Zivilgouv. im Militärgouvernement der Länder zwischen Weser u. Rhein, 1825 Wirkl.GehR, 1815–44 OPräs. Westfalen 6/1 17v, 7/1 21v–22, 8/1 25v–27, 9/1 28v, 29v, 10/1 33v, 11/1 37, 12/1 44; 47/3 152, 58/3 250–251, 62/3 305v–306; 78/4 72v, 79/4 79v, 107/4 327v; 123/5 142, 145v; 152/7 9v–10, 15v, 153/7 31, 157/7 52v–53, 165/7 145–145v, 146v, 173/7 260v, 193/7 426, 198/7 460–461v; 247a/Fundort 57, 60; 250a/Fundort 86; 250b/Fundort; 251a–251b/Fundort; 252a–252b/Fundort; 253a–253b/Fundort; 259/9 146v, 150, 151v, 152v–153v, 155v, 266/9 225; 274/10 34, 35, 276/10 50, 293/10 156v–157; 298/11 6–6v, 303/11 27–28, 317/11 153–153v, 321/11 198–199, 200v; 326/12 12, 331/12 85, 88v, 336/12 136, 338/12 160–160v; 343/13 27–27v, 344/13 37, 345/13 49, 347/13 61, 349/13 83–83v, 85v, 350/13 90, 351/13 108v; 357/14 2, 3v–4, 6, 368/14 95, 371/14 124–124v, 372/14 145–146, 147; 374/15 17, 382/15 72v–73, 383/15 75, 392/15 134, 135v, 136v; 407/16 82, 408/16 85, 86; 418/17 58, 59, 419/17 74, 422/17 98, 99, 424/17 104, 108v, 425/17 129, 430/17 159, 434/17 205

Vittinghoff (gen. Schell von Schellenberg) Frh. v., 1800 ernannt zum Nachfolger des Frh. von Fürstenberg als Präbende im Domstift zu Münster 264/Fundort 121

Voelcker, KrR MdI 36/3 45v, 56; 244/9 13v

Vogten-Westerbach, Franz Anton Frh. v. (gest. 1830), 1828 RegR Liegnitz 291/10 143v

Voigt, Kämmerer zu Schwelm 167/7 166

- Voigtel, Friedrich Wilhelm** (1766–1844), 1793 Landphysikus und Garnisonsarzt Magdeburg, 1795 Hebammenlehrer, 1880 RegMedR Reg. Magdeburg, Verfasser zahlr. Schriften v.a. zum Hebammenwesen *121/5* 113–133
- Voigts-Rhetz, Viktor August Wilhelm Arnold v.** (1775–1841), RegR Forstmeister Minden, 1826 Pensionsreklamation *308/11* 75v
- Vollrath, Adolph Philipp Karl Friedrich** (geb. ca. 1773), RegR Magdeburg, 1826 Pensionsreklamation *308/11* 76–76v
- Voß, Wilhelm Friedrich Heinrich Ludwig Frh. v.** (1784–1818), 1815 Zivilkom. bei dem Generalgouvernement in Aachen u. in der Eigenschaft eines Spezialkom. dem KrsDir. in Kleve beigeordnet, Juni 1816 kommissar. LandR Solingen, 16.1.1817 definitive Ernennung, im Dienst verstorben (sollte abberufen werden) *5/1* 13
- Voß-Buch, Otto Karl Friedrich v.** (1755–1823), Ref. KG, 1782 Rat bei der mittelmärk. Ritterschaft, 1784 Hauptritterschafts-Dir., 1786 Präs. kurmärk. Kriegs- und Domänenkammer, 1789–95 StMinr. im Generaldirektorium, zuständig für die Verwaltung d. Neumark, Neuchâtel, später auch Magdeburgs u. Halberstadts, 1790 kgl. Kom. der Hauptritterschaftsdirektion, Dir. kurmärk. Landfeuersozietät, 1793–95 Organisation der Verw. Südpreußens, 1797–1807 erneut Dept.-Minr. für Südpreußen, 1798 auch für Pommern, Neumark, Kurmark, 1808 Präs. Friedensvollziehungskomm., Gegner Hardenbergs, 1821 Teilnahme an Kronprinz-Konferenzen über die Provinzialstände, 16.9.1822–30.1.1823 Vizepräs. StMinm. u. StR *23/2* 83v; *138–148/6*, *150–151/6*; *152/7*, *162/7* 117v, *167/7* 170
- Waas, Theodor Ferdinand**, RegKalkulator Frankfurt/O., 1828 Disziplinarsache *388/15* 116
- Wach**, *173/7* 255
- Wachholz, Heinrich Theodor Jacob v.**, Gutsbesitzer in Pommern *257/9* 164v
- Walch, Karl Wilhelm** (1787–1845), Berliner Historienmaler, seit 1820 Prof. u. Mitgl. Akademie der Künste *101/4* 272; *112/5* 22v
- Waldbott-Bassenheim, Johann Friedrich Karl Franz Graf v.** (1779–1830) *237/8* 430v–431, 432
- Wallmoden-Gimborn Graf v.** *44/3* 115v
- Wartensleben, Gustav Hermann Graf v.** (1773–1834), GenMaj., Domherr zu Brandenburg *24/2* 89
- Wasserschleben**, 1828 RegR Liegnitz *291/10* 143v
- Weber, Karl Gottlieb** (1828: v.) (1773–1849), kgl. sächs. KonsPräs. u. Schriftsteller *432/17* 182
- Weckbecker, Franz Georg**, Handelsmann aus Münstermaifeld, Käufer der „Pappenheim-Entschädigung“ *99/4* 247, 248, *110/4* 354v, 356, 358
- Wedel, Gottlob Heinrich Magnus v.** (1769–1831), auf Piesdorf u. Bevering, LandR des Saalkreises *7/1* 19v
- Wegeler, Franz Gerhard W.** (1765–1848), 1816 RegMedR Koblenz, 1825 GehMedR u. Dir. der rhein. Ober-Examinations-Komm. *92/4* 198
- Wegener**, Kaufmann in Stettin *416/17* 39–40v
- Wegener**, Stadtrichter in Pommern [vermutlich: Schlawe], schließt 1825 einen interim. Vertrag als Gerichtsherr mit E. v. Böhn ab *286/Fundort*
- Wehrmann**, JusR, Justitiar General-Kommissar zu Stendal *290/10* 140v–141
- Weidemann**, Bauinspektor in Koblenz *59/3* 259v
- Weinschenk**, Arzt, MedR Magdeburg *121/5* 113–133
- Weinschenk**, JusKom. Halle, Sohn des MedR *121/5* 113
- Wenckstern**, [vermutlich: **J. C. H.**] v., Geh. Kanzleisekr. Berlin *137/6* 94
- Wendt**, RegR Breslau, 1826 Pensionsreklamation *309/11* 85
- Werneburg**, 1828 RegR Erfurt *290/10* 241v
- Werner Frh. v.**, österr. Gesandter 1828 *400/16* 29

- Wessing**, Eltern von Witwe Uphues 199/7 483
- Westphal**, OFinR 113/5
- Westphalen zu Fürstenburg, Joseph Clemens Graf v.** (1785–1863) 248/9 45v; 306/11 53–55v
- Wex, Johann Christoph**, Dr., Herzoglich Merseburgscher Kanzler 80/4 81
- Weyher v.**, Gutsbesitzer in Pommern 131/6 43–43v
- Wied-Neuwied, Johann August Carl Fürst zu** (1779–1836), Standesherr, 1802 reg. Fürst von Wied-Neuwied, 1824 Nachfolger seines Vetters Friedrich Ludwig in den Besitzungen der erloschenen Linie Wied-Runkel 216/8 207–210; 254/9 98, 263/9 206; 273/10 19, 277/10 56; 311/11 105–106; 336/12 138v–139v; 345/13 44–45, 354/13 165–166v; 360/14 22, 24–25; 397/15 195; 402/16 41
- Wied-Runkel, Karl Ludwig Fürst zu** (1763–1824), Standesherr, 1791 reg. Fürst 169/7 210–213v; 205/8 67
- Wiesand, Georg Stephan** (1736–1821), Dr. jur. 1764 ao. Prof. Leipzig, 1765 o. Prof. Wittenberg, 1790 AppGerR, Dir. des Konsistoriums, Ordinarius der Juristenfakultät 39/3 79v–80
- Wilbrich** (geb. ca. 1768), Kassensekr. Berlin, 1826 Pensionsreklamation 311/11 94
- Wilckens**, 1804–06 GehOFinR Finanzdept., 1818 GehOFinR FinMinm., 1821–26 Wirkl. GehOFinR, Dir. der Generalverwaltung für Domänen u. Forsten 146/6; 159/7, 187/7
- Wilhelm** (1783–1851), Prinz von Hohenzollern, Bruder Friedrich Wilhelms III. 80/4 86v; 128/5 299v
- Wilhelm I.** (1743–1821), 1785 Regierungsantritt, bis 1802 Wilhelm IX., Landgf. v. Hessen-Kassel, ab 1802 Kurfürst von Hessen-Kassel 8/1 24v; 104/4 286v–287v, 289v
- Wilhelm II.** (1777–1847), 27.2.1821 Kurfürst von Hessen-Kassel 116/5 61–62
- Wilkins**, gesch. Geheimrätin 121/5 115v, 116v, 117v, 118, 119–119v
- Windhorn, Karl Ludolph** (1779–1851), 1795 Supernumerar, 1805 Stadtinspektor in Erfurt, 1816 RegR Erfurt, 1825 GehFinR FinMinm., 1833–39 GehOFinR 330/12
- Winter**, Viehkastrierer zu Bogkowitz, Mähren 353/13 149v
- Winterfeld v.**, Witwe eines Rittm. 221/8 277–278v
- Wintzingerode, August Frh. v.** (geb. 1801), Hptm., RegR Köln, 2. Ober-Landes-Forstmeister FinMinm. 311/11 100
- Wirz, Andreas** (1766–1827), Kurtrierscher Jurist, 1816–27 LandR Ahrweiler-St. Goar, im Protokoll fälschlich als RegPräs. bezeichnet 21/2 62
- Wißmann, Karl Christian Ferdinand v.** (1786–1841), 1827 GehFinR u. ca. 1831 Dir. Ober-Rechnungs-Kammer, 1831/32–41 RegPräs. Bromberg 21/2 62; 349/13 80
- Wißmann, Ludwig Friedrich August** (1816: v.) (1770–1856), 1797 Rat u. 2. Justitiar bei der Ostpreuß. Kriegs- und Domänenkammer Königsberg, 1809–10 Präs. derselben, 1810–13 RegPräs. Marienwerder, 1813–47 RegPräs. Frankfurt/O., Wirkl. GehR, 1847 i. R. 168/7 177v
- Witt**, Kaufmann zu Danzig 235/8 406
- Witte, Otto Carl Heinrich** (geb. ca. 1784), Bgm. Liegnitz 408/16 83
- Wittgenstein, (Sayn-Wittgenstein-Hohenstein), Wilhelm Graf zu** (1804: Fürst) (1770–1851), Studium der Rechtswissenschaften, 1791 kurpfalz-bayer. Wirkl. GehR, 1797–1805 Oberhofmeister der preuß. Königin bzw. Königinmutter, 1810 Ober-Kammerherr, einflußreich bei der Wiederberufung Hardenbergs, 1812 GehStR, Leiter der preuß. Polizei, Mai 1814–Okt. 1819 PolMinr., 1817 MdStR, 11.1.1819–11.4.1851 Minr. Kgl. Haus, enger Vertrauter Friedrich Wilhelms III. 1–5/1, 7–10/1; 13e/Fundort; 13f/Fundort 8–8v; 20/2; 128/5 299v; 179/7 307, 182/7 333v; 247a/Fundort; 317/11 148, 322/11 214, 323/11 233–233v; 423/17
- Witzenhusen**, RegR Oppeln, 1826 Pensionsreklamation 319/11 193
- Witzleben, Karl Ernst Job Wilhelm v.** (1783–1837), 1812 Maj., 1813 Kdr. des Garde-Jägerbataillons, 1815 Oberst, Chef des GenStabs des Norddeutschen Bundesarmee Korps, Dez. 1815 Chef des GenStabs beim Generalkommandant, Okt. 1816 Leitung der persönlichen Angelegenheiten im

KrMinm., 1817 Chef des Militärkabinetts, MdStR, 1818 GenMaj. u. GenAdjutant, 1831 GenLtn., 1833/34–37 KrMinr., enger Vertrauter Friedrich Wilhelms III. 36/3 45v; 128/5 300v

Wladislaw v. Schlesien

→ Ladislaus

Wlömer, Ernst Ludwig (geb. 1773), 1799 Kriegs- und Domänenrat Marienwerder, 1816–25 RegPräs. Gumbinnen 203/8 46, 47v, 48v

Wolcky, Friedrich Gideon v. (1762–1787), GenLtn. u. Chef eines Husarenregiments 247/9 33v

Wolf, Hofagent für die fürstl. Isenburgische Sammlung von Altertümern 215/8 203

Wolfart, Philipp Ludwig (1775–1855), 1813–15 GehOSteuerR (später: GehOFinR) FinMinm., 1817 VotrR SchMinm., 1823–27 Leiter der Immediatkomm. für die abgesonderte Resteverwaltung, 1824–25 Justitiar der geistlichen u. Unterrichtsabteilung im KuMinm., 1825–31 Dir. Generalverwaltung der Restangelegenheiten im FinMinm., 1831–36 RegPräs. Arnberg 32/3, 40/3, 43/3, 52/3, 55/3, 66/3; 81/4, 86/4, 109/4; 114–115/5, 118/5, 128/5; 146/6; 153/7, 161/7, 183/7; 234/8; 269/9; 283/10; 316/11, 321/11; 396/15

Wolff-Metternich, Friedrich Wilhelm v. (1773–nach 1823), 1800 Dompräbende zu Münster, Domherr in Corvey 237/8 430v, 432

Woyrsch, Karl Ludwig Wilhelm v. (1786–1861), 1828 RegR, KrsJusR Breslau, 1855–58 MdA 291/10 143v

Xaver Franz (1730–1806), Prinz von Sachsen, in Frankreich unter dem Namen Comte de Lusace bekannt, 1763–1768 Administrator Sachsens,morganatische Ehe 371/14 113v

Zacha (geb. ca. 1779), RegR Gumbinnen, 1826 Pensionsreklamation 309/11 88v

Zajoczek (Zajonczech), **Jozef** (1752–1826) 80/4 82

Zerboni di Sposetti, Joseph v. (1760–1831), Ass. Kriegs- und Domänenkammer Glogau, 1793 Justitiar südpreuß. Kriegs- und Domänenkammer Petrikau, Konflikt mit Minm. Hoym, Verurteilung, Wiederaufnahme in den Staatsdienst, 1815–24 OPräs. Posen 6/1 16v–17, 7/1 21; 25/2 98v; 46/3 140v

Zieten, Hans Ernst Karl v. (1834: **Graf**) (1770–1848), 1793 Adjutant bei Gf. v. Kalkreuth, 1793 Rittm. von der Armee, 1799 Inspektionsadjutant der West- und Südpreuß. Kavallerieinspektion, 1800 Maj., 1807 Oberstltm., 1809 Kdr. des ersten schlesischen Husarenregiments, 1809 Oberst, 1813 GenMaj., 1815–18 Befehlshaber des preuß. Besatzungsheers in Frankreich, 1818 kommand. Gen. Schlesien, 1825 Gen.d.Kav., 1839 Abschied als GenFeldmarschall, April 1847 Mitgl. des ersten Vereinten LT als Mitgl. der Herrenkurie 7/1 19v

Zimmermann, Erbpächter zu Barlewitz 185/7 378b, 378e

Zösinger, Johann Georg, Forstmeister zu Siegen 426/17 131–131v

Zschock (I), Albert Peter Heinrich v. (geb. ca. 1768), 1790 Auskultator Stadtger. Berlin, KrR, 1818–45 GehFinR FinMinm., GehOFinR 199/7 477

Zschock (II), Karl Friedrich Heinrich v. (1774–1846), 1797 Auskultator Stadtger. Berlin, exped. Sekr. bei dem Präs. der General-Tabaks-Administration, GehOFinR, Pensionszahlung ab 1.8.1841 19/2 43; 109/4 344

Zwicker, ca. 1824–31 KGR, 1832–51 GehOTribunalR 353/13; 381/15, 396/15; 398/16, 401/16, 408/16; 421/17

Ortsregister

Aachen 9/1 30; 26/2 111v; 67/3 358; 77/4 65–65v; 112/5 18, 122/5 137–139v, 123/5 152v–153; 133/6 58; 154/7 38; 281/10 104v, 290/10 140; 329/12 70
Adendorf (Krs. Rheinbach) 236/8 416v
Ahaus 44/3 115–115v
Altenkirchen 8/1 25v
Althof (b. Treptow) (Krs. Greifenberg) 257/9 164
Althöfchen (Krs. Birnbaum) 210/8 146, 147v, 148v
Altewied (Altenwied) (Krs. Neuwied) 336/12 138
Amsterdam 6/1 15v; 255/9 126
Andernach 425/17 126
Angerburg 166/7 158
Anholt (Krs. Borken) 274/10 35
Anklam 257/9 138
Arnsberg 30/2 153v; 37/3 60, 38/3 67v, 71/3 393v; 112/5 26; 152/7 7, 191/7 408–408v, 193/7 427; 237/8 434, 435v; 248/9 55; 314/11 118; 331/12 88v; 347/13 61, 349/13 83; 419/17 74
Aschersleben 201/8 28
Attendorn (Krs. Arnsberg) 376/15 38
Atzbach (Krs. Wetzlar) 254/9 84–84v

Baldeneck (Krs. Zell) 237/8 430
Barenberg (Krs. Neustettin) 48/3 167v
Barlewitz (Krs. Stuhm) 185/7 378b
Barmen 60/3 275v; 327/12 30, 31
Barten 129/6 3
Bartenstein 47/3 152; 131/6 40, 41
Bartscheid (Niederlande, Belgien) 55/3 211
Beelow (Krs. Anklam oder Demmin) 30/2 154v
Beiershorst (Krs. Marienburg) 200/8 4
Belgard 260/9 175
Below (Mecklenburg-Schwerin) 37/3 60v
Benneckenstein (Benneckenstein) (Krs. Hohenstein) 316/11 142
Berge (Krs. Magdeburg)
- Kloster 397/15 189v
Berleburg (Krs. Wittgenstein) 50/3 181
Berlin 5/1 13, 6/1 15v, 7/1 20; 13a/Fundort 73; 26/2 118, 30/2 153v, 155, 159, 165v; 44/3 117v, 48/3 164, 60/3 283; 72/4 3, 73/4 13–13v, 75/4 35, 42–45v, 76/4 57, 80/4 89–90, 81/4 95–96, 88/4 169, 95/4 214v, 101/4 271–272v, 106/4 305v, 108/4 336; 112/5 22, 123/5 154; 129/6 7v–8, 131/6 39v, 134/6 75–76, 138/6 105–106, 144/6 153v, 149/6 208v, 150/6 221; 152/7 2, 3, 7, 10–11, 156/7 48v, 175/7 276, 189/7 400v, 191/7 409v, 193/7 426, 427v, 429; 206/8 85, 87–87v, 208/8 128v, 213/8 177, 215/8 197–197v, 217/8 220–221, 229/8 336, 337, 234/8 387, 240/8 464–464v, 466v, 467v; 245/9 17v, 257/9 149v, 259/9 147v, 149v; 276/10 48v, 291/10 143; 306/11 57v, 307/11 69v, 317/11 176–176v, 321/11 196; 331/12 95v; 346/13 59, 349/13 81v, 353/13 151, 355/13 178;

- 364/14 58v–59, 366/14 81; 373/15 5, 375/15 24; 398/16 13v, 400/16 31, 401/16 33; 419/17 74, 420/17 85
- Berlinchen** (Krs. Soldin) 279/10 82–82v
- Bernburg** 201/8 28
- Bernstein** (Krs. Soldin) 279/10 82
- Berthelsdorf** (Kgr. Sachsen) 266/9 227
- Beuthen** 31/3 3v; 402/16 51
- Beutnitz** (Krs. Krossen) 354/13 154; 375/15 24–25v
- Beverungen** (Krs. Höxter) 7/1 21v
- Bielefeld** 7/1 21v
- Bienen** (Krs. Rees) 276/10 52
- Biersdorff** (Prov. Brandenburg) 328/12 37v
- Bilstein** (Krs. Olpe) 408/16 85–85v
- Birkenfeld** 65/3 344
- Bitschin** (Krs. Tost-Gleiwitz) 418/17 54–54v
- Bitterfeld** 152/7 7v, 8v, 193/7 428v; 247/9 30
- Blankenberg** (Siegkrs.) 306/11 46, 47v, 50
- Blankenburg** (Krs. Niederbarnim) 328/12 37v
- Blankenfelde** (Krs. Teltow) 328/12 37v
- Blesen** (Krs. Birnbaum)
- Kloster 210/8 147
- Blieskastel** (Bayern, bei Zweibrücken) 105/4 300; 236/8 415–416
- Bochholt** 44/3 115–115v
- Boedeken** (Kloster) 306/11 53
- Bogkowitz** (Mähren) 353/13 149v
- Bonn** 9/1 30; 38/3 67–67v; 215/8 200, 202–202v; 281/10 104v
- Botenhagen** (Krs. Schivelbein) 208/8 127
- Brandenburg** (Krs. Heiligenbeil) 143/6 141–144v
- Brandenburg/Havel** 397/15 193
- Braunfels** (Krs. Wetzlar) 216/8 208v; 277/10 56
- Braunsberg** 28/2 138
- Bremen** 6/1 17v, 10/1 32v
- Breslau** 1/1 2v, 8/1 24; 25/2 98; 59/3 258v; 76/4 57; 113/5 32v, 33v, 34v, 36; 137/6 89–94, 150/6 224; 168/7 177–177v, 180v–181, 199/7 486; 206/8 95v, 210/8 150, 217/8 220–221, 220/8 253, 269; 261/9 177v; 283/10 110, 291/10 143, 297/10 167v; 309/11 85, 315/11 128, 317/11 155v
- Bretsch** (Krs. Osterburg) 305a/Fundort
- Brieg** (Krs. Brieg oder Krs. Glogau) 163/7 120, 173/7 260; 398/16 14
- Brieskow** (Krs. Lebus) 421/17 87
- Britz** 215/8 197v
- Bromberg** 80/4 83; 131/6 39v, 40v–41; 167/7 165v; 235/8 399v; 250/9 64v, 254/9 93, 255/9 126
- Brühl** (Krs. Köln) 403/16 53–54
- Brumby** (Krs. Calbe) 118/5 89, 128/5 297
- Brünninghausen** (Krs. Hörde) 403/16 68
- Brüssel** 10/1 33; 380/15 61–61v
- Brussow** 23/2 80
- Bubainen** (Krs. Insterburg) 277/10 61, 63
- Bunzlau** 68/3 364v; 172/7 249–249v; 239/8 460–461v
- Burbach** (Krs. Siegen) 254/9 84
- Büren** (Krs. Trier) 360/14 32; 375/15 27–28
- Burg** (Krs. Jerichow I) 193/7 428v

- Burgweiler** (Baden) 236/8 416v
Butow (Pommern) 105/4 295
- Cadiz** 139/6 116
Calau 221/8 284–284v
Calbe 321/11 203
Cammin 257/9 138
Charlottenburg (Krs. Teltow) 191/7 409v
Clarholz (Krs. Wiedenbrück)
 - Stift 199/7 482
Coesfeld 392/15 136v; 398/16 17
Corvey 48/3 167v
Criewen (Krs. Angermünde) 208/8 127v
Crossen 240/8 464
Czarnikau 383/15 86
- Dahldorf** 83/4 113
Danzig 15/2 11v, 30/2 151v, 155–155v, 156v, 159; 111/5 10v, 113/5 37v–38, 39, 40v, 42, 43; 131/6 39v, 40v, 139/6 116v; 175/7 274, 177/7 290, 184/7 362, 192/7 413; 200/8 11–12v, 203/8 51, 52, 235/8 399–399v, 401, 402v, 403–404v, 406; 255/9 126, 257/9 135–135v, 259/9 146, 261/9 177v; 296/10 163; 361/14 40–41, 42v, 365/14 66, 372/14 143; 437/17 232–232v
 - Neufahrwasser (Hafen u. Vorstadt) 399/16 27–27v
Demmin 112/5 17, 20–20v; 206/8 87
Derenburg (Krs. Wernigerode) 124/5 255v
Dessau 144/6 150v
Deutsch Krone 131/6 39v
Deutsch-Pickau
 → Pickau
Deutz 82/4 104v; 204/8 54–56v; 347/13 63
Dewitz (Krs. Osterburg) 305a/Fundort
Diedenhofen 7/1 20
Dierdorf (Krs. Neuwied) 212/8 167, 168
Dirschau (Krs. Preuß. Stargard) 131/6 39v–41; 250/9 64v
Dittmendorf (Krs. Frankenstein) 418/17 55
Dombach (b. Köln) (Krs. Mülheim) 256/9 119
Dordrecht (Niederlanden) 8/1 25v, 9/1 30
Dorla (Krs. Mühlhausen) 394/15 154–155; 404/16 74–74v
Dortmund 142/6 130, 131–131v
Draheim (Krs. Neustettin) 375/15 22
Drebkau (Krs. Kalau) 418/17 68
Dreetz (Krs. Ruppin) 208/8 120
Dresden 10/1 32v; 75/4 35v; 396/15 185v
Drüsedau (Krs. Osterburg) 305a/Fundort; 412a/Fundort
Düben (Krs. Luckau) 421/17 88
Dülmen 44/3 115
Düppenweiler (Krs. Merzig) 360/14 32, 33
Düsseldorf 9/1 30; 39/3 81,81v, 60/3 273; 76/4 57–57v, 85/4 125v; 123/5 154; 178/7 301; 329/12 62, 63, 334/12 123; 364/14 55; 431/17 174
Duttweiler (Krs. Saarbrücken) 272/10 9

- Eckardsberga** 236/8 414
Ehrenbreitstein 82/4 102; 281/10 104v; 347/13 63
Elberfeld 9/1 30v; 214/8 191; 326/12 18v
Elbing 129/6 3, 131/6 39v, 40v; 184/7 362; 235/8 403v; 272/10 10
Elbing (Krs. Breslau) 206/8 95v
Elten (Krs. Rees) 60/3 274v
Eltville (Elfeld) (Hessen-Nassau) 8/1 27v
Emden 139/6 118
Emmerich (Krs. Rees) 83/4 116v; 367/14 84–84v
Engers (Krs. Neuwied) 123/5 147–148; 281/10 104
Erfurt 63/3 319v, 320v; 90/4 179; 120/5 111–112v; 159/7 80–80v; 226/8 325–325v, 326v;
 274/10 23v, 290/10 141; 316/11 142
Erwitte (Krs. Lippstadt) 152/7 8
Essen 60/3 274v
Essenberg (Krs. Geldern) 68/3 369
- Falkenberg** (Krs. Schivelbein) 13b/Fundort
Ferndorf (Krs. Siegen) 357/14 4
Filehne (Krs. Czarnikau) 55/3 209–209v
Frankenfelde (Krs. Oberbarnim) 147/6 188
Frankfurt/M. 8/1 27–27v; 59/3 254v; 151/6 237, 243v; 222/8 290; 380/15 55; 421/17 90v,
 428/17 148v
Frankfurt/O. 144/6 153; 168/7 177–178, 180–181; 240/8 464; 288/10 136v; 354/13 154; 375/15
 24, 25v, 388/15 116, 396/15 185v
Fraustadt 353/13 137
Freckenhorst (Krs. Warendorf) 222/8 290
 - Fräuleinstift 199/7 482; 218/8 235, 236–237, 234/8 294v; 264/Fundort 121v
Friedeberg 131/6 39v
Friedersdorf (vermutl. Krs. Bitterfeld) 152/7 8v, 193/7 428v
Friedland (Krs. Lübben) 221/8 284, 285
Friedland (Ostpreußen) 255/9 108
Friedrichsfelde (Brandenburg, mehrere Kreise möglich) 328/12 37v
Friedrichsthal (Krs. Wernigerode) 124/5 251v
Fulda 163/7 127
- Gartow** (Krs. Lüchow) 8/1 25
Gemen (Krs. Borken) 206/8 92
Genthin (Krs. Jerichow II) 193/7 428v
Gevelsberg (Krs. Hagen)
 - ehemaliges Stift 248/9 42–43v
Giesdorf (RegBez. Breslau) 30/2 154v
Gießen 163/7 126v
Gindorf (Krs. Grevenbroich) 37/3 60v
Glatz 177/7 289v–290
Glogau 167/7 168; 240/8 475, 476v; 353/13 145–146v; 372/14 137–138; 396/15 185v
 - Schloß 130/6 130
Glücksburg (Krs. Schweinitz) 417/17 43
Gnadenfrei (Krs. Reichenbach) 266/9 227, 228
Gnesen 30/2 153v; 37/3 60, 64/3 328v, 71/3 393v; 152/7 7, 169/7 201, 193/7 427
Görlitz 68/3 364v

- Graditz** (Krs. Torgau) 152/7 15v
Gransee (Krs. Ruppín) 206/8 87
Graudenz 131/6 39v, 40v–41; 177/7 290; 255/9 108; 319/11 181v
Greifenberg (Krs. Löwenberg) 172/7 249–250; 239/8 461
Greifenstein (Krs. Wetzlar) 277/10 56
Greifswald 13b/Fundort; 209/8 135–135v, 233/8 364; 349/13 75; 396/15 180v–181; 430/17 169–170, 435/17 218v
Griefstedt (Krs. Weißensee)
 - Stiftung 201/8 30, 31v, 33v, 34v, 35v
Grimma (Krs. Weißenfels) 201/8 30
Gronau (Krs. Ahaus) 44/3 115; 198/7 461v–467; 257/9 159
Gronau (mehrere Kreise möglich) 310/11 91v
Grossburschla (Groß-Burschla) (Krs. Mühlhausen) 316/11 142
Grottkau 325/12 9–9v
Grünberg 375/15 30
Grünhaus (RegBez. Stettin, Forstinspektion Swinemünde) 431/17 178–178v
Grüssau (Krs. Landeshut) 143/6 146
Guben 221/8 284, 235/8 400v; 284/10 122
Gumbinnen 70/3 386v; 153/7 27; 203/8 46, 240/8 473; 381/15 66
Gütersloh (Krs. Wiedenbrück) 44/3 115; 198/7 462v; 310/11 91v
Guttstadt (Krs. Heilsberg) 131/6 40
- Habelschwerd** 172/7 249v; 239/8 460v
Hagen 3/1 7v; 70/3 386v
Halberstadt 107/4 319; 124/5 203v–206, 253; 234/8 394; 264/Fundort 118; 309/11 81
Halle/S. 39/3 79, 79v, 67/3 358; 73/4 17, 75/4 45v, 48; 85/4 137v, 139v; 121/5 113, 124/5 228–228v; 152/7 7, 8v, 193/7 428v; 201/8 32, 209/8 138; 247/9 30; 431/17 175
Hamburg (Krs. Solingen) 68/3 369
Hamburg 75/4 26v, 27v–28v, 29v, 30v, 33v, 34v, 35, 35v, 37v; 194/7 432; 217/8 221, 222; 373/15 5
Hamm 32/3 15–15v; 152/7 9v; 231/8 349v; 314/11 118
Hanau 163/7 127
Hanswalde (Krs. Heiligenbeil) 169/7 197
Hasserode (Krs. Wernigerode) 124/5 251v, 252v
Haunold (Krs. Frankenstein) 418/17 55
Havelberg (Krs. Westprignitz) 24/2 87–87v; 199/7 487–487v
Havelhausen (Krs. Niederbarnim) 315/11 125
Heilbronn 59/3 254v
Heiligenbeil 107/4 319
Heiligenstadt 48/3 168
Heilsberg 131/6 40
Heinrichsdorf (Krs. Neustettin) 205/8 75
Hela (Krs. Neustadt) 30/2 154v; 71/3 393v
Helfenstein (Krs. Altena) 310/11 91
Herdecke (Krs. Hagen) 59/3 262v;
Herrnhut (Kgr. Sachsen) 266/9 227
Hersel (Krs. Bonn) 198/7 471; 236/8 412
Herzebrock
 - Stift 199/7 482
Hiddensee (Krs. Bergen) 23/2 81

- Hohenahlsdorff** (Mansfelder Gebirgskreis) 417/17 43
Hohenstein (Krs. Osterode) 435/17 212a–212av
Hohenstein (Prov. Preußen) 319/11 181v
Holm (RegBez. Danzig) 113/5 37v–43v
Höxter 153/7 30–30v
Hoyerswerda 438/17 235
- Insterburg** 203/8 47, 49; 277/10 62
Irlich (Krs. Neuwied) 360/14 22
- Jarmen** (Krs. Demmin) 112/5 17v
Jastrow (Krs. Deutsche Krone) 131/6 39v
Jauer 172/7 249–250; 239/8 461
Jessnitz (Krs. Guben) 144/6 150v
Jülich 177/7 290–290v; 403/16 54
- Kamen** (Krs. Unna) 193/7 426
Kammendorf (Krs. Neumarkt) 275/10 44
Kammin
 - Fräuleinstift 268/9 234, 238
Kampe (Krs. Hagen) 199/7 483
Kappenberg (Krs. Lüdinghausen) 403/16 68
Karlsbad 128/5 299–299v
Karlsruhe 59/3 254v
Karsbaum (Krs. Schivelbein) 208/8 127
Karthausen (Krs. Lennep) 193/7 428v
Kassel 210/8 150
Katscher (Krs. Leobschütz) 172/7 249v; 239/8 460v
Katzwerder (Krs. Neustettin) 375/15 22
Kausche (Krs. Kalau) 418/17 68v
Kavelswerder (Krs. Oberbarnim) 220/8 260
Kedingshagen (Krs. Franzburg) 328/12 46
Kempen 397/15, 203, 204
Kjachta 139/6 116v
Kleve 31/3 11–11v, 32/3 15; 200/8 9, 214/8 185–185v
Klitschdorf (Krs. Bunzlau) 96/4 227v
Klodnitz (Krs. Kosel) 37/3 59v; 214/8 195–195a
Kniphausen (Ghzgtm. Oldenburg) 310/11 91
Koblenz 9/1 30; 39/3 81, 82, 59/3 260; 78/4 72v, 82/4 102, 83/4 116v–117v, 105/4 298; 133/6 57–64; 152/7 8, 158/7 57, 172/7 243, 191/7 410v; 234/8 393, 236/8 415, 416v, 237/8 446, 448; 248/9 47, 255/9 125v; 274/10 28, 281/10 104v; 323/11 217v; 345/13 45, 347/13 63, 354/13 165–165v
Kolberg 52/3 193
 - Fräuleinstift 268/9 234
Köln 6/1 16v, 9/1 30–30v; 27/2 125, 126; 78/4 72v, 82/4 104v, 83/4 116v–117v, 85/4 125v; 145/6 159; 173/7 266, 177/7 289v, 196/7 442, 197/7 450; 201/8 18v, 199–20, 204/8 54–57, 210/8 142, 213/8 173, 218/8 242v, 237/8 447–447v; 255/9 125–126; 264/Fundort 123; 270/9 265; 273/10 17, 281/10 104v; 326/12 11v; 347/13 63, 355/13 174

- Königsberg** 30/2 155v, 156v, 159; 131/6 39v–40, 41, 139/6 116v, 140/6 124–124v; 158/7 57v–58, 163/7 129–134, 187/7 380, 382v, 190/7 404; 220/8 267v, 235/8 403v, 240/8 473; 250/9 64v, 255/9 108, 257/9 133, 135–135v, 264/9 212v, 268/9 240, 269/9 241–242; 277/10 62, 64, 296/10 163; 336/12 146–146v; 353/13 146; 361/14 40, 41, 42v; 374/15 20, 382/15 68; 411/16 109
- Königsberg** (Neumark) 168/7 177v–178
- Konitz** 40/3 86; 131/6 39v–41; 250/9 64–65, 255/9 108
- Kopenhagen** 217/8 220–220v
- Köpenick** (Krs. Teltow-Storkow) 328/12 37v
- Kosel** 137/6 92; 177/7 289v–290
- Köslin** 30/2 153v; 37/3 60, 64/3 328v, 71/3 393v; 147/6 185v; 152/7 7, 193/7 427; 257/9 164; 268/Fundort; 288/10 136v, 290/10 140, 141v, 291/10 143v, 295/10 161; 353/13 148; 369/14 98–98v
- Köthen** (Krs. Düsseldorf) 54/3 200
- Kotschanowitz** (Krs. Rosenberg) 206/8 95v
- Kranenburg** (Krs. Kleve) 214/8 185
- Kraskau** (Krs. Rosenberg) 206/8 95v
- Krottoschin** (Krotoszyn) (Krs. Löbau) 281/10 98
- Kuhnau** (Krs. Nimptsch) 206/8 95v
- Kujavien** 169/7 201v
- Kulm** 30/2 165v
- Kummernick** (Schlesien, mehrere Kreise möglich) 53/3 197
- Kunersdorf** (Krs. Oberbarnim) 220/8 260–260v, 262
- Kunzendorf (Nieder-)** (Krs. Schweidnitz) 206/8 95v
- Kunzendorf (Ober-)** (Krs. Schweidnitz) 206/8 95v
- Kupgallen** (Krs. Heiligenbeil) 220/8 267v
- Küstrin** 240/8 464
- Kynast** (Krs. Lüben) 322/11 214
- Kyritz** 299/11 8
- Landeshut** 143/6 146
- Landsberg** 240/8 464
- Langendreer** (Krs. Bochum) 419/17 77
- Langenwaldau** (Krs. Liegnitz) 372/14 137
- Lauban** 68/3 364v
- Lehesten** (Krs. Saalfeld)
- Stift 201/8 30, 31, 33v
- Leiningen** (Krs. St. Goar) 236/8 416
- Leinungen** (Mansfelder Gebirgskreis) 409/16 100
- Leipzig** 15/2 11–11v; 39/3 79v; 144/6 150v; 201/8 30; 248/9 51
- Leobschütz** 31/3 3v, 41/3 97v
- Leubus**
- Kloster (in Schlesien) 439/17 439
- Leubus** (Krs. Wohlau) 163/7 120, 173/7 260, 261v, 262v, 264, 265–265v; 220/8 252, 253–253v; 439/17 248
- Liblar** (Krs. Euskirchen) 403/16 53–54
- Liebenwalde** (Krs. Niederbarnim) 152/7 10, 158/7 59; 278/10 77; 315/11 125
- Liebenwerda** 239/8 454
- Liebstedt**
- Stift 201/8 30, 31, 33v
- Liegnitz** 291/10 143v; 408/16 83; 431/17 176

- Limburg** 216/7 218v
Lindow (Krs. Ruppín) 208/8 128v
Lingen (mehrere Kreise möglich) 310/11 91
Lippstadt 7/1 21v; 152/7 8
Lissabon 335/12 133
Littau 31/3 4v
Livorno 139/6 116
Loebjün (Saalkrs.) 209/8 138
Loffkowitz (Krs. Kreuzberg) 206/8 95v
Loison (Frankreich) 375/15 27v
Loitz (Krs. Grimmen) 161/7 103v
London 139/6 116; 428/17 148–148v
Lötzen 131/6 40
Lübbecke 104/4 286–286v; 167/7 166
Lübbenau (Krs. Kalau) 214/8 193
Lübeck 217/8 220–220v
Lüben 208/8 127v, 221/8 284, 285, 240/8 469; 418/17 68v
Lubus 398/16 14
Lübzin (Krs. Saatzig) 205/8 74v
Luckau 221/8 284; 392/15 140
Lüttich 55/3 211
Lützel (Krs. Siegen) 357/14 4
Luxemburg 255/9 125v
- Madrid** 335/12 133v
Magdeburg 30/2 151v, 160; 42/3 105v, 51/3 187, 189, 71/3 391v; 75/4 26–35v, 37v, 38v–39v, 108/4 334; 121/5 113–114, 115v–116, 124–124v, 126, 130v, 124/5 203v–206v; 144/6 153, 147/6 185v; 177/7 290, 192/7 413; 208/8 122, 217/8 221v, 220/8 258, 225/8 317v, 234/8 394, 239/8 456–456v, 457v, 458v, 240/8 463–463v; 257/9 142; 264/Fundort 118; 290/10 140v–141; 305a/Fundort; 309/11 81, 320/11 186; 332/12 104, 105, 106; 412a/Fundort
Mahndorf (Krs. Wernigerode) 124/5 255v
Mainz 8/1 27; 39/3 81–81v, 82v; 78/4 72v, 82/4 103; 152/7 11v; 255/9 125v
Malaga 139/6 116
Maltsch (Krs. Neumarkt) 93/4 201
Malz (Krs. Niederbarnim) 152/7 7, 10, 158/7 59, 193/7 427, 429
Margareth (Krs. Breslau) 206/8 95v
Marienburg 131/6 39v, 40v; 165/7 141, 142v–143v
Marienfeld (Krs. Warendorf)
 - Stift 199/7 482
Marienfließ
 - Fräuleinstift 268/9 234
Marienwerder 55/3 222; 165/7 141, 142, 184/7 361v; 277/10 62; 332/12 101–101v
Marsberg (Krs. Brilon) 7/1 21v
Martensdorf (Krs. Franzburg) 328/12 46
Mayscheid (Krs. Neuwied) 360/14 22
Meissen 201/8 30
Memel 9/1 28; 129/6 3; 158/7 57v–58, 162/7 113, 115; 261/9 177–177v; 365/14 66
Meppen 107/4 321v
Merseburg 14/2 2, 15/2 11, 15v; 43/3 109v; 144/6 153; 199/7 477; 201/8 31; 290/10 140v
Merten (Siegkrs.) 306/11 46, 47v, 50

- Meschede** 152/7 8
Meseritz (Miedzyrzecz) 152/7 8v; 417/17 44
Messina 139/6 116
Mettmann (Krs. Elberfeld) 178/7 301
Militsch 31/3 3v, 46/3 141
Minden 157/7 51v; 234/8 394–394v; 254/9 95v–96v; 264/Fundort 119v; 266/9 223; 364/14 61
Mohrungen (Mansfelder Gebirgskreis) 373/Fundort 16, 17; 409/16 100
Momberg (Kfstm. Hessen) 298/11 3
Mönchweiler (Baden) 236/8 416–416v
Moresnet 198/7 468–469v
Mühlberg 54/3 200
Mühlhausen (Krs. Preuß. Eylau) 131/6 40v
Muhlheim (mehrere Kreise möglich) 234/8 393–393v
Münster 22/2 75v; 51/3 187, 189, 59/3 256, 65/3 348; 79/4 79, 85/4 125v, 108/4 334; 150/6 224; 199/7 481v; 218/8 242, 234/8 394v; 255/9 125v; 264/Fundort 119v, 120v, 122–122v; 338/12 160; 396/15 182; 424/17 104–105, 425/17 130
Muskau (Krs. Rothenburg) 240/9 476
Mylinghauser Hof (Krs. Hagen) 248/9 42, 43v
- Nägelstedt** (Krs. Langensalza)
 - Stift 201/8 30, 31v
Namslau 25/2 98; 172/7 249v; 239/8 460v
Natangen (Krs. Wehlau) 127/5 284v
Naugard 53/3 197; 414/17 19
Naumburg 133/6 55–55v; 267/9 230, 231; 331/12 95v; 353/13 146
Neidenburg 148/6 193v
Neisse 3/1 6v; 137/6 92; 177/7 290s, 184/7 368–369v; 323/11 220
Neubarnim 220/8 260, 261v, 262
Neuenburg (Hzgtm. Nassau) 52/3 193; 336/12 138
Neufahrwasser
 → Danzig
Neuhardenberg (Krs. Lebus) 179/7 307
Neuhof (Schlesien, mehrere Kreise möglich) 206/8 95v
Neunkirchen (Krs. Siegen) 254/9 84
Neustadt a.d. Dosse (Krs. Ruppín) 208/8 120–120v, 122
Neutrebbin (Krs. Oberbarnim) 220/8 260, 261–262
Nieder-Poischwitz (Krs. Jauer) 21/2 65
Niegripp (Krs. Jerichow I) 135/6 81v, 146/6 177v
Niehmen (Krs. Ohlau) 284/10 119
Nordenberg (Nordenburg) (Krs. Oletzko) 413/17 13
Nordhausen 298/11 3
Norkitten (Krs. Insterburg) 277/10 61, 63
Nottuln (Krs. Münster)
 - Stift 234/8 394–394v; 264/Fundort
- Ober-Niederhof** (Krs. Breslau) 206/8 95v
Oberwesel (Krs. St. Goar) 236/8 416–416v
Oberwieck (spätere Vorstadt von Stettin) 414/17 19v
Ochsenfurth 133/6 58v
Ochsenhausen 105/4 299; 133/6 58v

- Odessa** 139/6 116
Oels 31/3 3v; 193/7 430
Ohl (Krs. Altena) 193/7 428v
Oletzko 409/16 95
Oliva (Krs. Danzig) 113/5 37v
Olpe 152/7 8
Oppeln 30/2 153v; 37/3 60, 64/3 328v, 71/3 393v; 152/7, 193/7 427; 212/8 165; 290/10 141, 291/10 143v
Oranienburg 315/11 125
Ottweiler 99/4 245v, 251, 110/4 355v
- Paderborn** 48/3 167v; 150/6 223v; 181/7 324–324v; 201/8 15, 213/8 180, 231/8 349v, 237/8 441; 257/9 161; 385/15 95, 96v
Pankow (Krs. Niederbarnim) 276/10 48v, 49v
Panschow (Krs. Anklam) 171/7 236
Panthen (Krs. Liegnitz) 147/6 188
Paris 121/5 120v; 170/7 218
Parsow (Krs. Fürstentum) 205/8 75
Peenemünde (Krs. Usedom-Wollin) 209/8 135
Petershagen (Krs. Minden) 167/7 166; 226/8 319; 266/9 223–223v
Pforta (Schulpforta) (Krs. Naumburg) 201/8 30
Pickau (Pitkow) (Krs. Coels) 397/15 198v
Piesdorf (Mansfelder Seekreis) 7/1 19v
Pillau 177/7 290; 261/9 177v; 365/14 66
Pitschen (Krs. Oppeln) 172/7 249v; 239/8 460v
Plagwitz (Krs. Löwenberg) 398/16 14
Pleishammer (Krs. Krossen) 354/13 154–155v; 375/15 24–25
Pleß 31/3 3v, 41/3 97v; 134/Fundort
Pokraken (Krs. Tilsit) 234/8 396
Polch (Krs. Mayen) 237/8 431–431v
Polkwitz (Krs. Glogau) 152/7 8v
Polleiken (Krs. Allenstein) 148/6 193v
Posen 35/3 33, 70/3 382v, 71/3 392; 76/4 60–61, 96/4 227; 152/7 4, 166/7 165, 169/7 201–201v, 197/7 452; 254/9 93, 262/9 193; 324/11 239; 332/12 101
Potsdam 26/2 118, 30/2 152v, 154v, 165v; 37/3 60v, 64/3 325v, 71/3 392v–393; 123/5 153v; 144/6 153–153v; 152/7 7, 10–11v, 171/7 236, 192/7 416v, 417v, 193/7 426–426v, 429, 199/7 487–487v; 213/8 177, 229/8 337, 240/8 463–463v, 466v; 251/9 74v, 252/9 77c; 278/10 78
Prag 113/5 32v
Prenzlau 3/1 6v; 129/6 12v–13
Preußisch Eylau 131/6 40
Priebus (Krs. Sagan) 31/3 3v, 41/3 97v
Priemern (Krs. Osterburg) 305a/Fundort
Prignitz 75/4 35
Pulsberg (Krs. Spremberg) 208/8 127v
Putzar (Krs. Anklam) 171/7 236
Pyritz 23/2 82; 262/9 200
- Quedlinburg** 274/10 27
Querfurt 307/11 64

- Ragnit** 30/2 160; 255/9 118v
Raguhn 144/6 150v
Rastenburg 131/6 40
Ratibor 260/9 170; 341/13 10
Rauden (Krs. Rybnik) 118/5 90
Reckenberg (Krs. Wiedenbrück) 257/9 161v
Regow [?] 208/8 127v
Rehme (Krs. Minden) 7/1 21v
Reichenau (Krs. Freistadt) 143/6 146
Reichenbach 30/2 153v; 37/3 60, 64/3 328v, 71/3 393v; 172/7 249v, 193/7 427; 239/8 460v
Rheder (Krs. Höxter) 403/16 68
Rheine 171/7 234
Rhoden (Krs. Mohrungen) 65/3 345
Rietberg (Krs. Wiedenbrück) 373/15 2–3v, 385/15 96–98
 - Franziskaner-Kloster 388/15 115–115v; 399/16 22
Riga 9/1 30, 10/1 32v
Ringleben (Schwarzburg-Rudolstadt)
 - Stift 201/8 31v, 34v, 35–35v
Rixhöft (Krs. Neustadt) 30/2 154v; 71/3 393v; 152/7 5v, 7
Rönnebeek (Krs. Ruppin) 221/8 277
Rosenthal (Brandenburg, mehrere Kreise möglich) 328/12 37v
Rotterdam 9/1 29–29v, 11/1 36
Rügen 128/5 299–299v; 145/6 157
Ruhrort 59/3 248, 250, 252, 253, 254v, 255v; 321/11 198, 200
Ruppin 26/2 118
Ruschendorf (Krs. Deutsch Krone) 131/6 39v–40v; 250/9 64v
Rußland 32/3 15v; 76/4 61v
Rybnik 60/3 283
- Saarbrücken** 65/3 344; 163/7 123
Saarlouis 30/2 163v; 65/3 344, 345v; 255/9 125v; 360/14 32
Sachsa (Krs. Nordhausen) 261/9 179
Saffig (Krs. Mayen) 236/8 416
Sagan 31/3 3v, 41/3 97v
Sangerhausen 416/17 37
Sarnow (Krs. Anklam) 171/7 236
Schermeisel (Krs. Oststernberg) 409/16 98
Schippenbeil (Krs. Friedland) 59/3 258; 131/6 40
Schlaben (Krs. Guben) 221/8 284v
Schleipzig (Krs. Lübben) 221/8 284, 285
Schleusingen 141/6 133–134; 429/17 150v
Schlochau 250/9 64, 65
Schloppe (Krs. Deutsch Krone) 131/6 39v–41
Schmalleningken (Krs. Ragnit) 177/7 285
Schmiedeberg (Krs. Hirschberg) 39/3 79; 81/4 99; 141/6 133v, 143/6 146
Schneidemühl (Krs. Chodziesen/Kolmar i. P.) 131/6 39v; 167/7 166
Schnellmannshausen (Krs. Mühlhausen) 316/11 142
Schönau (Krs. Schönau) 143/6 146
Schönborn (Krs. Liegnitz) 372/14 137
Schwarza (Krs. Schleusingen) 45/3 133–136v; 331/12 94–96v

- Schwarzwaldau** (Krs. Landeshut) *143/6* 146
Schwarzwasser (Krs. Pr. Stargard) *250/9* 62–62v, 65
Schwedt *106/4* 307v, 312; *328/12* 45
Schweidnitz *172/7* 249–249v; *239/8* 460v
Schwelm (Krs. Hagen) *167/7* 166
Schwerinsburg (Krs. Anklam) *171/7* 236
Semlow (Krs. Franzburg-Barth) *205/8* 75
Siegburg *173/7* 260–260v, 261v, 262v, 263v–265v, 266v; *220/8* 252, 253; *357/14* 3
Siegen *426/17* 131
Sieversdorf (Krs. Ruppin) *208/8* 120
Sinzlow (Krs. Greifenhagen) *399/16* 23
Soest *367/14* 86
Soldin *168/7* 177v
Solikante (RegBez. Frankfurt/O.) *118/5* 92
Solingen *5/1* 13; *343/13* 24; *357/14* 2v
Sommerau (Krs. Ragnit) *275/10* 37v
Sommerschenburg (Krs. Neuhaldensleben) *126/5* 265–273; *388/15* 113–113v
Sondershausen *70/3* 383v
Sorau *392/15* 140
Sorge (Krs. Hohenstein) *316/11* 142
Spandau *78/4* 69v, *106/4* 305v; *144/6* 153v
St. Goar *39/3* 81
St. Ingbert (Bayern/bei Zweibrücken) *236/8* 415v
Stallupönen *161/7* 100
Stapelburg (Krs. Wernigerode) *124/5* 240v, 254v–255
Stargard *28/2* 138; *131/6* 39v; *223/8* 305; *411/16* 106
Steinau *172/7* 249v; *239/8* 460v
Steine (Krs. Beslau) *206/8* 95v
Stendal *108/4* 334; *150/6* 224; *208/8* 122, *215/8* 197v, *221/8* 277; *290/10* 141
Stettin *68/3* 370–371; *118/5* 91v–92; *139/6* 116v, 117v–118v, *144/6* 153; *152/7* 10, *193/7* 427; *209/8* 135–135v, *211/8* 163, *217/8* 220, 221–222v, *225/8* 317v, *235/8* 403v; *255/9* 126, *261/9* 177v–178; *299/11* 11–12, *314/11* 115–115v, *315/11* 126; *325/12* 8–8v, *335/12* 125, 132; *354/13* 157v; *414/17* 19v, *416/17* 39
Stockholm *380/15* 61v
Stolp (Stolpe) *60/3* 283; *105/4* 295; *374/15* 20, *382/15* 68
 - Fräuleinstift *268/9* 234
Stolpemünde (Krs. Stolpe) *30/2* 154v
Stralsund *145/6* 157; *224/8* 309, *241/8* 494v; *242/9* 1jv; *280/10* 91–91v; *354/13* 157v; *396/15* 180v, *397/15* 201; *401/16* 35; *415/17* 22, *430/17* 169–169v
Strasburg (Krs. Prenzlau) *206/8* 87
Strelensee (Krs. Anklam) *171/7* 236
Striegau *172/7* 249–249v; *239/8* 460v
Styrum (Krs. Duisburg) *310/11* 91
Suckow (Krs. Saatzig) *205/8* 74
Suhl (Krs. Schleusingen) *150/6* 223; *410/16* 102; *429/17* 150
Swinemünde *30/2* 153; *152/7* 7, 9, 10, 11, *158/7* 58v, *189/7* 393, *192/7* 415; *209/8* 132–133, 135, *217/8* 221; *257/9* 135v

Tapiau (Krs. Wehlau) *187/7* 382v; *319/11* 181v
Tauer (Krs. Glogau) *163/7* 120, *173/7* 260

- Tempelhof** 215/8 197v
Teuchern (Krs. Weissenfels) 270/9 362
Thionville
 → Diedenhofen
Thorn 96/4 227v; 126/5 280v; 129/6 3; 184/7 362v, 363v; 235/8 403v; 242/9 1m
Tilsit 129/6 3; 203/8 47, 49, 234/8 396
Töplitz (Krain) 128/5 299–299v
Torgau 193/7 427v–428, 429; 278/10 77
Trachenberg (Krs. Militsch) 31/3 3v
Trebnitz 62/3 309–310
Treffurt (Krs. Mühlhausen) 394/15 154–155; 404/16 74–74v
Treptow (Krs. Demmin) 112/5 17v
Treptow (Krs. Saatzig) 257/9 164
Trier 9/1 30; 59/3 261, 60/3 272v, 65/3 344, 345–345v; 200/8 99–10, 201/8 189–19, 206/8 81–82, 237/8 430–431, 432; 255/9 125v; 281/10 104v; 422/17 95
Troppau 128/5 299–299v
Tschesnitz (Schlesien) 206/8 95v
- Ujest Halt** (Krs. Großstrelitz) 324/11 236, 237
Ulm 206/8 81
Unseburg (Krs. Wanzleben) 321/11 203
Uszcz (Krs. Chodiesen/Kolmar) 167/7 166
Uszczmannsdorf (Krs. Chodiesen/Kolmar) 167/7 166
- Verona** 151/6 228; 162/7 113v
Vessra (Krs. Schleusingen) 152/7 15v
Vilich 64/3 323
Vogelsang (Westfalen, mehrere Kreise möglich) 298/11 6
Volkmarsen (Kfstm. Hessen) 8/1 24v, 9/1 28v
- Wachstedt** (Krs. Mühlhausen) 376/15 39
Waldbroel 223/8 306
Waldenburg (Schlesien) 93/4 201
Wansen (Krs. Ohlau) 172/7 249v; 239/8 460v
Warburg 349/13 85v
Warmbrunn (Krs. Hirschberg) 143/6 146
Warschau 21/2 61v, 63, 28/2 137v; 131/6 41; 162/7 113v; 324/11 239
Wartenberg 31/3 3v
Weferlingen (Krs. Gardelegen) 208/8 122
Weichselmünde (Krs. Danzig) 177/7 290
Weißenfels 133/6 55–55v; 307/11 64
Werda (Krs. Rothenburg) 193/7 427v
Werden 177/7 290v
Werder 60/3 274v
Wernigerode 124/5 221, 227, 228–228v
Wesel 8/1 24, 26, 30/2 153v, 163v; 51/3 187, 189; 94/4 208v; 177/7 289v–290; 412/17 1
Wetzlar 97/4 231; 157/7 55, 183/7 343–343v, 344v
Wevelinghofen (Wevelinghoven) (Krs. Grevenbroich) 310/11 91
Wiedenbrück 257/9 161–161v
Wien 128/5 299; 284/10 119; 371/14 113

Wietersheim 104/4 286–286v, 290

Wittenberg 39/3 80; 73/4 17, 75/4 45v, 48; 152/7 8v; 201/8 30, 32, 217/8 221–222v, 228/8 334; 247/9 30

Wittenberge (Krs. Westprignitz) 365/14 67v

Wittstock 157/7 55

Wolfen 144/6 150v–151

Wolgast 208/8 112, 237/8 438, 439

Wollup (Krs. Küstrin) 76/4 59–60

Wriezen (Krs. Oberbarnim) 45/3 131–132v; 76/4 59; 220/8 260–260v

Wugarten (Krs. Friedeberg) 220/8 264

Würzburg

- Hochstift 331/12 96

Wussecken (Krs. Anklam) 171/7 236

Wüstendorf (Krs. Breslau) 206/8 95v

Zechlin (Krs. Ostprignitz) 235/8 409v

Zeitz 133/6 55–55v

Zell 237/8 430

Zels/Zelz (Krs. Sorau) 208/8 127v

Zerbau (Krs. Glogau) 167/7 168

Zingst (Krs. Querfurt) 10/1 33

Zirke (Krs. Birnbaum) 83/4 113

Züllichau 248/9 36

Zwätzen

- Stift 201/8 30, 31, 33v, 35

Die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums November 1817 bis Dezember 1829

Außenminister ¹ :	Hardenberg, Karl August Fürst v. (3.6.1814 ² –16.9.1818) Bernstorff, Christian Günther Graf v. (16.9.1818–1832)
Finanzminister:	Bülow, Hans Graf v. (1813–3.11.1817) Klewiz, Wilhelm v. (2.12.1817 ³ –30.6.1825) Motz, Friedrich v. (1.7.1825–30.6.1830)
Handelsminister ⁴ :	Bülow, Hans Graf v. (2.12.1817 ⁵ –11.8.1825)
Innenminister:	Schuckmann, Friedrich v. (3.6.1814 ⁶ –1834)
Justiz(verwaltungs)minister:	Kircheisen, Friedrich Leopold v. (1810–18.3.1825) Danckelman, Heinrich Graf v. (23.4.1825 ⁷ –19.12.1830)
Justizminister für die Gesetzrevision:	Beyme, Karl Friedrich v. (3.11.1817 ⁸ –31.12.1819)
Kriegsminister:	Boyen, Hermann v. (3.6. ⁹ 1814–26.12.1819) Hake, Karl Georg Albrecht Ernst v. (1819/20–20.10.1833)
Kultusminister ¹⁰ :	Altenstein, Karl Frh. v. Stein zum (3.11.1817 ¹¹ –14.5.1840)
Hausminister ¹² :	Sayn-Wittgenstein, Wilhelm Fürst zu (11.1.1819 ¹³ –11.4.1851)
Kabinettsminister:	Lottum, Karl Friedrich Heinrich Graf v. (1823–14.2.1841)
Minister für ständische Angelegenheiten	Humboldt, Wilhelm v. (11.1.1819 ¹⁴ –31.12.1819)

¹ Die exakte zeitgenössische Bezeichnung lautet *Minister der auswärtigen Angelegenheiten*.

² Durch KO v. 3.6.1814, GS, S. 40, leitete der Staatskanzler das Außenministerium.

³ Vgl. VO v. 2.12.1817, GS, S. 304.

⁴ Die exakte zeitgenössische Bezeichnung lautet *Ministerium des Handels, der Gewerbe und des gesamten Bauwesens*.

⁵ Vgl. VO v. 2.12.1817, GS, S. 304.

⁶ Vgl. KO v. 3.6.1814, GS, S. 42.

⁷ Vgl. KO v. 23.4.1825, GS, S. 40.

⁸ Vgl. KO v. 3.11.1817, GS, S. 289.

⁹ Vgl. KO v. 3.6.1814, GS, S. 42.

¹⁰ Die exakte zeitgenössische Bezeichnung lautet *Minister der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten*.

¹¹ Vgl. KO v. 3.11.1817, GS, S. 289.

¹² Die exakte zeitgenössische Bezeichnung lautet *Minister des Königlichen Hauses und der Königlichen Familie*.

¹³ Vgl. KO v. 11.1.1819, GS, S. 3.

¹⁴ Vgl. KO v. 11.1.1819, GS, S. 3.

Polizeiminister¹⁵: **Sayn-Wittgenstein, Wilhelm Fürst zu** (Mai 1814–Okt. 1819)

Schatzminister: **Hardenberg, Karl August, Fürst v.** (3.11.1817¹⁶–26.11.1822)¹⁷
 Lottum, Karl Friedrich Heinrich Graf v. (1822–1.6.1823¹⁸)

¹⁵ Von 1814 bis 1819 bestand ein besonderes Ministerium der Polizei (GS 1814, S. 41).

¹⁶ Vgl. KO v. 3.11.1817, GS, S. 289.

¹⁷ Die Leitung des Schatzministeriums (Chef) hatte seit dem 9.3.1819 Lottum inne; vgl. KO von diesem Datum in: Rep. 134, Tit. VI Sekt. 1 Gen. Nr. 3, Bl. 70–70v.

¹⁸ Das Schatzministerium wurde am 1.6.1823 aufgelöst. Vgl. GS, S. 109.

Verzeichnis der zitierten Archivalien

Die hier aufgeführten Aktentitel sind eigens für dieses Verzeichnis erstellte Kurzvarianten der oft langen und umständlich formulierten Aktentitel, welche sich anhand der Signaturen schnell im Findbuch ermitteln lassen.

Der Hauptbestand für diese Edition, Rep. 90/90a „Staatsministerium“, ist vorangestellt.

Geheimes Staatsarchiv Preuß. Kulturbesitz, Berlin-Dahlem

I. Hauptabteilung

Rep. 90: Staatsministerium (Ältere Registratur) (ehem. Merseburger Bestand)

Tit. II Nr. 6:

Normal-Jahr für die neu requirierten und wieder eroberten Provinzen zur Vorbeugung fiskalischer Ansprüche an Privatpersonen (1825)

Tit. VIII Nr. 31: Beratungen zur KO v. 11.1.1819; 9.8.1819; 21.10.1819 (1819)

Tit. IX Gen. Nr. 19:

Verfahren gegen verabschiedete und pensionierte Beamte, bei deren Weigerung den Behörden Auskunft über Gegenstände ihrer früheren Amtsverhältnisse zu geben (1825)

Tit. XI Litt. K Nr. 2: Untersuchung: Klüber (1823-24)

Tit. XI Litt. D Nr. 1: Untersuchung: Debert (1828)

Tit. XI Litt. P Nr. 1:

Veruntreuung des vormaligen Landrats Pape, Regreßansprüche des Fiskus an die Mitglieder der ehemaligen Regierung zu Berlin (1827)

Tit. XI Litt. S Nr. 6: Untersuchung: Sotzmann und Heckelberg zu Berlin (1825)

Tit. XI Litt. S Nr. 10: Untersuchung: Schladen (1828)

Tit. XIII Nr. 3: Lokal des Staatsrats und Staatsministeriums im Stadtschloß (1823–54)

Tit. XIV Nr. 2:

Kontrollierung und Bearbeitung der beim Staatsministerium eingegangenen Sachen (1818–24)

Tit. XV Nr. 9: Amtsvergehen, Zeitschrift „Hermann“ (1817–20)

Tit. XVII Gen. Nr. 5 Bd. 1:

Vorschlags- und Wahlrecht der Kreisvertretungen für Landräte u.a. (1826–47)

Tit. XVII Prov. Preußen Nr. 2:

Verschiedene Angelegenheiten der Stadt Danzig und deren Vorstädte (1820–45)

Tit. XVIII Nr. 11:

Befugnisse der Stadtgemeinden zur Erhebung der geringeren Geldstrafen (1828–29)

Tit. XX A Nr. 2:

Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, Reformen in der Landeskultur Gesetzgebung (1819–41)

Tit. XX A Nr. 3: Geldabgaben für Nichtleistung des Gesindezwangdienstes (1819)

Tit. XX A Nr. 7 Bd. 1:

Parzellierung, Verschuldung und Vererbung bäuerlicher Grundbesitzungen; Dismembration von Grundstücken, Anlegung neuer Etablissements (1825–40)

- Tit. XX A Nr. 9 Bd. 1: Befugnisse der Dominien zur Erhebung eines Schutzgeldes (1826–29)
- Tit. XX A Nr. 16 Bd. 1:
Gutsherrlich-bäuerliche Verhältnisse im vormaligen Kgr. Westphalen, Berg und den französisch-hanseatisch oder Lippe-Dept. (1819–40)
- Tit. XX A Nr. 100 (1) Bd. 1: Maßregel gegen die Viehseuchen (1802–29)
- Tit. XX C Nr. 4 Bd. 1:
Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Schlesien (1824–28)
- Tit. XX C Nr. 6:
Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Sachsen, Niedersachsen und Thüringen (1820–50)
- Tit. XX C Nr. 8 Bd. 1: Maßregel gegen Zerteilung der Bauernhöfe in Westfalen (1826–34)
- Tit. XXI A Nr. 14:
Vermögen der ehemaligen Zünfte des Kgr. Westphalen und Hzgtm. Berg (1825)
- Tit. XXI B Nr. 6: Brauberechtigte zu Erfurt und deren Entschädigung (1819–24)
- Tit. XXI B Nr. 13: Abnahme der Papierfabrik Müller zu Dombach (1825)
- Tit. XXIII Handelspolizei Nr. 13:
Handelsgericht zu Naumburg und das dort geltende Wechselrecht (1825, 1831)
- Tit. XXIV Nr. 2: Fährberechtigte zwischen Köln und Deutz (1822–24)
- Tit. XXIV Nr. 18: Schiffbarmachung der Lippe, Anleihe (1822–31)
- Tit. XXIV Nr. 21: Friedensverträge mit den nordafrikanischen Raubstaaten (1825)
- Tit. XXV Nr. 5: Eisenhüttenwerk, Pleißhammer (1827)
- Tit. XXVI B Pommern Nr. 2:
Dispensationsgelderfonds zur Unterstützung eximierter Witwen und Waisen (1829–30)
- Tit. XXVII B Nr. 1:
Entschädigung des deutschen Ordens-Güter-Fonds im Hzgtm. Sachsen (1822–24)
- Tit. XXVIII Nr. 1: Prozeß des Hofrats Dorow gegen den Fiskus (1824–42)
- Tit. XXIX Pers. Nr. 1:
Entschädigung der Post-Beamten in Ost- und Westpreußen für die, durch Einführung des neuen Münz-Gesetzes, erlittenen Verluste (1823)
- Tit. XXX A Nr. 9: Grenzregulierungen zwischen Staats- und Privatwaldungen (1825)
- Tit. XXX B Sachsen Nr. 4:
Ansprüche des Fiskus an die Familie von Ebersstein wegen Schloß und Amt Mohrungen (1824–29)
- Tit. XXX B Westfalen, Rheinprovinz Nr. 1 Bd. 1:
Jagdgerechtigkeiten in den Rheinprovinzen (1818–26)
- Tit. XXX B Westfalen Nr. 3:
Wiedereinsetzung der F. M. Baronin von Schlotheim geb. la Garde in den Besitz Wietersheim (1821–55)
- Tit. XXXI Nr. 7 Bd. 1:
Unterstützung der Rhein- und westfälischen Provinzen mit Getreide und Geld (1817)
- Tit. XXXI Nr. 8:
Staatsdiener, die den Artikel in der Bremer Zeitung F. L. Jahn betreffend unterschrieben haben (1819)
- Tit. XXXII Nr. 4: Ansprüche aus Erb-Präbenden aufgelöster Stifter, Familien-Stiftungen (1825)
- Tit. XXXIII A Nr. 1 Bde. 2–3: Justizorganisation in den Rheinprovinzen (1820–27; 1828–38)
- Tit. XXXIII A Nr. 2: Auslegung von Staatsverträgen (1822–43)
- Tit. XXXIII A Nr. 12:
Verfolgung und Bestrafung der Vagabunden und Bettler in den Rheinprovinzen (1819)
- Tit. XXXIII A Nr. 14: Einführung der preußischen Gesetze in Westfalen (1823–41)
- Tit. XXXIII A Nr. 22: Aufhebung des französischen Gesetzes v. 2.10.1795 (1824–52)

- Tit. XXXIII A Nr. 23:
Geschlechtsvormundschaften; Bestimmungen bei Bürgschaften für Frauen (1824–95)
- Tit. XXXIII A Nr. 24 Bd. 1: Justizverfassung in Neuvorpommern und Rügen (1823–32)
- Tit. XXXIII A Nr. 25 Bd. 1:
Beiträge der Städte und Kommunen zu den Kriminal- und Jurisdiktionskosten (1818–54)
- Tit. XXXIII A Nr. 28: Patrimonialgerichtsbarkeit über die Stadt Petershagen (1824/25)
- Tit. XXXIII A Nr. 29: Schulden der subalternen Offiziere (1825)
- Tit. XXXIII A Nr. 31:
Verfälschung der Kassenbeutel usw. in den Provinzen, wo noch das frz. Recht gilt (1824–26)
- Tit. XXXIII A Nr. 32 Bd. 1:
Kosten in fiskalischen Untersuchungs- und in Kriminaluntersuchungssachen (1825–41)
- Tit. XXXIII A Nr. 34 Bd. 1:
Patrimonialgerichtsbarkeit, Befugnisse der Patrimonialgerichte (1825–43)
- Tit. XXXIII A Nr. 39 Bd. 1:
Justizverfassung und Provinzialrechte in Ost- und Westpreußen sowie Litauen (1825–44)
- Tit. XXXIII A Nr. 40 Bd. 1: Aufhebung einiger Bestimmungen des Lübisches Rechts (1825–46)
- Tit. XXXIII A Nr. 45 Bd. 1: Justizverfassung in Schlesien (1826–43)
- Tit. XXXIII A Nr. 47:
Neumärkische Patrimonialgerichtsinhaber, Kriminaluntersuchungskosten (1827)
- Tit. XXXIII A Nr. 52: Einführung der preuß. Gesetze in Treffurt und Ober-Dorla (1828)
- Tit. XXXIII B Nr. 5:
Entschädigungsansprüche der Mitglieder vormaliger Spruchkollegien zu Wittenberg (1819–21)
- Tit. XXXIII B Nr. 7 Bde. 1–2:
Land- und Stadtgerichte links der Elbe. Patrimonialgerichtsbarkeit in den Mediatstädten (1818–26; 1827–30)
- Tit. XXXIII B Nr. 12:
Bildung einer Kommission zur Beratung einer modifizierten Einführung der preuß. Gesetze in der Rheinprovinz (1827)
- Tit. XXXIII C Nr. 5:
Beschwerde des Grafen v. Lynar zu Lübbenau über die untersagte Erhebung der sogenannten Quittungsgroschen (1823–24)
- Tit. XXXIII C Nr. 9:
Rechtsstreit zwischen den Intestat-Erben des Grafen v. Schlabrendorff über die Sukzession in dessen schlesischen Immobilien-Nachlaß (1828)
- Tit. XXXIV A Nr. 3: Präklusionen in Hinsicht der Forderungen an den Staat (1825–33)
- Tit. XXXV A Nr. 5: Dienstzeit der Soldaten, Beurlaubung der Truppen (1820, 1825)
- Tit. XXXV D Nr. 4:
Lieferungs-Forderungen der Kaufleute Breuer und Caspary zu Köln (1825)
- Tit. XXXV D Nr. 5:
Entschädigung der Einwohner Magdeburgs wegen ihrer in den Jahren 1806–1814 in den Umgebungen der Festung demolierten Gebäude und Anlagen (1824–27)
- Tit. XXXV E Nr. 36: Die Festung Düsseldorf (1825–26)
- Tit. XXXVI Nr. 7a Adhib.:
Kommissions-Akten, Vorschläge zu einer gesetzlichen Bestimmung über Preßfreiheit (1819)
- Tit. XXXVI Nr. 14: Zensur und Herausgabe militärischer Schriften, Karten und Pläne (1823–48)
- Tit. XXXVII Nr. 6:
V. von Herrmann, Forderungen an die bischöflich-posenschen Güter (1822/23)
- Tit. XL Nr. 35 Bd. 1: Paßgelder in den Häfen zu Swinemünde und Peenemünde (1824)
- Tit. XL A Nr. 7:
Entschädigungen der Städte und Kommunen für aufgehobene Zoll-Gerechtigkeiten (1820–42)

- Tit. XL A Nr. 18:
 Entrichtung der Abgaben gewerbetreibender Gutsuntertanen an ihre Gutsherrschaften (1825–32)
- Tit. XL Pommern Nr. 6: Regulierung der Steuerverhältnisse der Stadt Stralsund (1824)
- Tit. XL Preußen Nr. 1 Bd. 1: Abgabenverhältnisse, Pommern und Neuvorpommern (1821–36)
- Tit. XL Sachsen Nr. 2: Aufhebung der Quatembersteuern im Hzgtm. Sachsen (1821)
- Tit. XL Sachsen Nr. 4: Grundsteuer in den ehem. westfälischen Landesteilen (1826–49)
- Tit. XL Sachsen Nr. 5:
 Erhebung einer Kommunal-Fleisch-Steuer in den Städten Suhl und Schleusingen (1828–29)
- Tit. XL Westfalen, Niederrhein Nr. 4:
 Zoll-System in den Rheinprovinzen und dessen Wirkungen auf die Stimmung in Süddeutschland (1824)
- Tit. XLIII A Nr. 3 u. Adhib.: Regulativ über die Pensionen der Zivil- und Militärbeamten (1818–25)
- Tit. XLIII A Nr. 19 Bd. 1:
 Reklamationen wegen Zwangspensionierung durch die Neuorganisation der Provinzial-Verwaltungs-Behörden (Febr.–Aug. 1826)
- Tit. XLIII A Nr. 20: Pensions-Ansprüche der ehemals polnischen Offiziere (1827–41)
- Tit. XLIII A Nr. 22:
 Pensionen und Unterstützungen für Witwen und Waisen von Beamten in den neuen und wieder erworbenen Provinzen (1826–28)
- Tit. XLIII P Nr. 1:
 Pensions- und Entschädigungsansprüche des vormaligen Warschauer Präfekten von Poninski (1825–26)
- Tit. XLIV C Nr. 4: Abtretung der Stadt Volkmarsen an den Kurfürsten vom Hessen (1817)
- Tit. XLIV C Nr. 13:
 Ansprüche des Fürsten von der Leyen auf zwei Häuser zu Koblenz (1820–25)
- Tit. XLIV C Nr. 14: Hzgtm. Nassau, Katzenelnbogen (1824–25)
- Tit. XLVI Nr. 18:
 Verschiedene Reklamationen und Angelegenheiten des Grafen von Boos-Waldeck (1824)
- Tit. LIII Nr. 4:
 Regierungsrat von Coeverden zu Cleve, Beschwerde wegen des Stempelgesetzes (1819–20)
- Tit. LIV Nr. 4:
 Maßregel gegen die Verfälschung öffentlicher Papiere und deren Verbreitung, namentlich der Kassenanweisungen (1828–35)

Rep. 90: Staatsministerium (Jüngere Registratur) (Dahlemer Bestand)

- Nr. 35: Arenberg (1821–68)
- Nr. 39: Die fürstlich Wiedschen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden (1821–27)
- Nr. 43: Das Herzogliche Haus Croy (1826–1927)
- Nr. 48: Salm-Salm und Salm-Kyrburg (1821–27)
- Nr. 52: Wied (1820–39)
- Nr. 54: Bentheim-Tecklenburg (1824–27)
- Nr. 59: Allgemeine Regelung der Rechtsverhältnisse der vormals unmittelbaren Reichsstände, Bd. 1 /1806–20
- Nr. 71: Bentheim und Steinfurt (1826–68)
- Nr. 81: Regelung der Rechtsverhältnisse der vormals unmittelbaren Reichsstände, Bde. 1–2 (Okt. 1812–Dez. 1821; Jan. 1822–April 1825)
- Nr. 90: Solms-Braunfels (1821–44)

- Nr. 156: Hohenlohe-Ingelfingen (1825)
 Nr. 161: Rechtsstreit Liechtenstein/Kaunitz über das Erbfolgerecht in Rietberg (1827–39)
 Nr. 169: Bentheim-Tecklenburg (1823–24)
 Nr. 197: Stolberg-Stolberg und Stolberg-Roßla (1819–31)
 Nr. 207: Salm-Horstmar (1823–62)
 Nr. 210 u. 212: Hatzfeldt (1821–27; 1827–55)
 Nr. 239–240: Bentheim-Tecklenburg (1815–24; 1825–29)
 Nr. 250: Pückler (1821–40)
 Nr. 258: Stolberg-Wernigerode, Grafschaft Wernigerode (1714–1834)
 Nr. 310: Staatsbürgerliche Stellung der Mennoniten, Quäker, Philipponen (1765–1827)
 Nr. 393: Organisation und Befugnisse des Staatsministeriums (1808–89)
 Nr. 396: Organisation und Befugnisse des Präsidiums des Staatsministeriums (1809–1931)
 Nr. 498: Ausschließung von Juden im Staatsdienste (1812–59)
 Nr. 504: Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten (1824–61)
 Nr. 640: Bestimmungen über das Verfahren bei den gerichtlichen und Disziplinaruntersuchungen gegen Beamte, sowie bei der zwangsweisen Versetzung in den Ruhestand (1808–27)
 Nr. 657: Bestimmungen über die Amtssuspension von Beamten, einzubehaltender Gehaltsteil (1824)
 Nr. 820: Zivil-Beamten-Pensionsfonds (1824–35)
 Nr. 891: Ernennung und Rücktritt der Minister der ausw. Angelegenheiten (1818–1918)
 Nr. 1321: Allgemeine Jahresberichte der staatlichen Verwaltungsbehörde (1817–67)
 Nr. 1377: Verwaltungsberichte (1817–67)
 Nr. 1472: Salzmonopol (1816–67)
 Nr. 1541: Stempelsteuer für landesherrliche Standeserhöhungen und Gnadenerweise (1801–1909)
 Nr. 1573: Lehne in Pommern (1810–43)
 Nr. 1619: Regelung der Verhältnisse der Schäfer (1806–82)
 Nr. 1625: Erwerbung und Veräußerung der Domänen und Staatsforsten (1824–95)
 Nr. 1635: Hauberg-Ordnung für den Kreis Siegen (1823–78)
 Nr. 1891: Kronfideikommißfonds (1821–1918)
 Nr. 1949: Teilnahme des Thronfolgers an den Beratungen des Staatsministeriums (1818–1918)
 Nr. 2308: Geschäftsführung der Oberpräsidenten (1817–1932)
 Nr. 2314: Geschäftsführung und innere Einrichtung der Regierungen (1817–89)
 Nr. 2363: Bestimmungen über Familien-Fideikommisse (1807–55)
 Nr. 2496: v. Hatzfeldtsche Erbvereinigung (1821–25)
 Nr. 20226: Protokoll-Journal der Sitzungen des Staatsministeriums (1819–35)

Rep. 90a: Staatsministerium (Jüngere Registratur) (ehemaliger Merseburger Bestand)

- A XI 1 Nr. 7:
 Rechtsverhältnisse der vormals unmittelbaren deutschen Reichsstände in gerichtlichen Angelegenheiten (1820–1920)
 A XI 1 Nr. 9 Bd. 2:
 Heranziehung der vormals unmittelbaren deutschen Reichsstände zu den Kommunalabgaben (1828)
 B III 2b Nr. 6 Bde. 1–17: Protokolle der Sitzungen des Staatsministeriums (1817–29)
 B III 7a Nr. 1 Bd. 1: Geschäftsführung der Provinzial-Verwaltungs-Behörden (1808–25)
 B III 7a Nr. 1 Adhib. 1:
 Verhandlungen der Kommission über die Einrichtung der Provinzial-Verwaltungs-Behörden (1824–25)

- B III 7a Nr. 1 Adhib. 2:
Verhandlungen der Oberpräsidenten über die Einrichtung der Provinzial-Verwaltungs-
Behörden (1824–25)
- B III 7a Nr. 1 Adhib. 3:
Gemeinschaftliche Verhandlungen der Staatsminister und der Oberpräsidenten zur Einrichtung
der Provinzial-Verwaltungs-Behörden (1825)
- B III 7a Nr. 10:
Gegenseitige Amtsbefugnisse der Regierungen und Gerichte in der Rheinprovinz (1818–43)
- D II 2d Nr. 2 Bde. 2–3:
Der durch Mißernten in den Jahren 1821/24 herbeigeführte Notstand in den Provinzen Ost-
und Westpreußen von November 1823 (Jan.–Okt. 1823; Nov. 1823–25)
- E II 2 Nr. 3 Bd. 1: Ersparungen beim Staatshaushalt (1820–22)
- E IV 2 Nr. 1 Bd. 1: Ausgabe von Papiergeld (1824–50)
- E VI 1 Nr. 1 Bde. 1–2: Staatshaushalt (1819–20; 1820–21)
- F II Nr. 1 Bd. 1: Steuern und Abgaben (1818–67)
- F II Nr. 4 Bd. 1: Gemeindeabgaben (1820–52)
- F IV 2 Nr. 1 Bd. 1: Mahl- und Schlachtsteuer (1820–42)
- F IV 9 Nr. 1 Bd. 1: Erbschaftssteuer, preußische (1822–33)
- F V 1 Nr. 1 Bd. 1:
Der Anschluß anderer Staaten an das preußische Zollsystem insbes. die Errichtung des
deutschen Zoll- und Handelsvereins (1818–32)
- F V 2 Nr. 2 Bd. 1: Zolltarif (Erhebungsrolle) und dessen Ergänzungen (1818–25)
- H II 3b Nr. 6 Bd. 1:
Bestimmungen über die Lehen in den vormals sächsischen Landesteilen (1819–42)
- J I 1 Nr. 1 Bd. 1: Gewerbeordnung für den preußischen Staat (1824–31)
- J I 1 Nr. 1 Adhib. A 1:
Kommission zur Revision der gewerbepolizeilichen Gesetzgebung (1826–30)
- J I 1 Nr. 1 Adhib. A 4:
Antrag der sächs. Stände (24.11.1826) und der schles. Stände (20.12.1825) wegen Revision
der Gewerbefreiheit (1826)
- J I 1 Nr. 1 Adhib. A 8: Kommission zur Revision der Gewerbepolizeiordnung, Protokolle (1827)
- J I 1 Nr. 1 Adhib. A 9:
Protokolle der Kommission über die Beratung des Berichtentwurfs wegen eines neuen
Gewerbepolizeigesetzes (1828–29)
- J I 2 Nr. 1 Bde. 1–2:
Krugsverlagsrechte, Brau- und Brennereigerechtigkeiten in den alten Provinzen (1810–23;
1824–55)
- J I 2 Nr. 2:
Aufhebung der ausschließlichen Gewerbeberechtigungen in den alten Provinzen (1819–46)
- J I 2 Nr. 3 Bd. 1:
Aufhebung der ausschließlichen Gewerbeberechtigungen sowie der Zwang- und Bannrechte in
der Provinz Posen und in den Kulm- und Michelauschen Kreisen (1826–45)
- J I 2 Nr. 5: Mühlenangelegenheiten (1810–43)
- J I 2 Nr. 6 Bd. 1:
Mühlengerechtigkeiten und Entschädigungen in Ostpreußen, Litauen, Ermland und dem
Marienwerderschen landrätlichen Kreis (1819–26)
- S I Nr. 1 Bd. 1:
Schutz der Werke der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung (1815–40)
- X II 7 Nr. 1 Bd. 1: Konkurse (1825–53)
- X IV Nr. 1 Bd. 1: Strafgesetzbuch für die preußischen Staaten (1826–46)
- X V 2 Nr. 1 Bd. 1: Die preußische (Hypotheken-) Grundbuchordnung (1783–1832)

X VI 2 Nr. 1 Bd. 1: Verfahren in Strafsachen; preußische Kriminal-Strafprozeßordnung (1816–46)
 Y I Nr. 1 Bd. 1: Wehr- und Heeresverfassung (1813–52)
 Y I Nr. 6 Bd. 1: Heranziehung der Juden, Mennoniten, Philipponen zum Militärdienst (1803–68)
 Y V 2f Nr. 1 Bd. 1: Pensionierung der Offiziere (1824–67)

Rep. 74: Staatskanzleramt (ehemaliger Merseburger Bestand)

H II Gen. Nr. 14: Oberpräsidenten Denkschrift (1817)
 H II Gen. Nr. 21: Organisation sämtlicher Behörden und Verwaltungsformen (1820–23)
 H II Gen. zu Nr. 21:
 Protokolle der zur Vereinfachung der Verwaltungsformen eingesetzten Kommission (1821)
 H II Gen. Nr. 25: Papierformat bei den Behandlungen der Behörden (1821–22)
 H II Preußen Nr. 5: Aushilfe der Provinzen Ost- und Westpreußen (1818–22)
 H III Nr. 1: Ausmittlung des Geschäftslokals für die obersten Staatsbehörden in Berlin (1810–15)
 H III Nr. 7: Personal beim Staatsministerium (1816–20)
 H III Nr. 8: Kronprinz, Stimme im Staatsministerium (1819)
 H IV Nr. 1 Bd. 4: Veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden, Geschäftsgang (1817–22)
 H IX Stände Nr. 30 Bde. 1–4:
 Verhältnisse der Grafschaft Stolberg-Wernigerode (1814–17; 1817–19; 1820–21; 1822)
 J II Nr. 6: Regierungspräsidenten, Einberufung der Oberpräsidenten nach Berlin (1812–22)
 J III Nr. 46: Auflösung der Regierung zu Berlin (1821–22)
 J V Westpreußen Nr. 4: Elbing, Schuldenwesen (1811–22)
 K III Nr. 15: Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Schlesien (1811–22)
 K III Nr. 22:
 Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Neuvorpommern (1816–22)
 K VIII Nr. 25: Einrichtung der Wanderbücher (1818–19)
 K VIII Nr. 33: Prüfung der Bauhandwerker, sowie der Handwerker überhaupt (1819–21)
 K VIII Nr. 36:
 Vermögen der in den Provinzen diesseits des Rheins aufgehobenen Zünfte (1821–22)
 K IX Nr. 5 Sachsen Bd. 3:
 Gewerbeverhältnisse in Sachsen, Niedersachsen und Thüringen (1820–22)
 K IX Sachsen Nr. 11:
 Beschwerde der Schneiderinnungen über das Kleidermachen von Frauenspersonen (1822)
 K IX Sachsen Nr. 12:
 Brauerei und Mälzungsberechtigte zu Erfurt und deren Entschädigung (1819–22)
 K XI Nr. 11 Adhib. A:
 Untersuchung in Holland und am Rhein wegen der verzögerten Ankunft des Ostseeischen
 königlichen Unterstützungsroggens an seinen Bestimmungsort (1816–17)
 K XII Nr. 4: Handelstrakat mit Rußland (1810–22)
 K XV Nr. 46 Bde. 1–2: Rheinschiffahrten-Reglement (1819–21; Jan. 1822–März 1822)
 K XV Nr. 47: Schiffahrtsverein zu Magdeburg (1818–21)
 K XX Nr. 1: Kalenderwesen (1810–21)
 K XXI Nr. 1:
 Aufnahme und Unterstützung der vom Auslande kommenden Ansiedler, und das Kolonisten-
 Wesen überhaupt (1816–20)
 L V Westpreußen Nr. 1 Bde. 1–2: Schulwesen, Westpreußen (1811–21; 1822)
 M VIII Nr. 47 Bd. 1:
 Vorschläge Moltkes zur Verbesserung des Jagdwesens, inkl. die Errichtung eines
 Hofjagdamtes (1820–22)

M IX Niederrhein Nr. 2:

Domänen-Tausch-Angelegenheit mit dem Grafen von Pappenheim (1816–22)

M XXII Schlesien Nr. 41: Stift St. Matthias zu Breslau (1821–22)

M XXXVIII Nr. 83:

Entschädigung des Militärs in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Orten (1821)

M XLI Nr. 6:

Klassen- und Quatember-Steuer in Sachsen, Niedersachsen und Thüringen (1820/21–23)

M L Nr. 14 Bd. 1: Stempelwesen (1820–22)

N III Nr. 49 Bde. 3a u. 4:

Geldbedürfnisse, neue Steuerverfassung, Staatsschuldenwesen (Jan. 1819–Febr. 1820;
März–Juli 1820)

N III Nr. 67:

Einsendung der Etatsabschriften an die Ober-Rechnungs-Kammer und an die General-
Kontrolle (1819–22)

N XXXIV Nr. 28 Bd. 1: Reform des Münzwesens und des Münzfußes (1815–22)

O N Niederrhein Nr. 4 Bd. 1:

Garnisons-Einrichtungen und Militär-Gebäude in den rheinischen Provinzen (1818)

O X Nr. 2 Bd. 4: Landwehr, Organisation (1815–21)

Ou Nr. 14: Einrichtung von Luft-Pulver-Magazinen (1816–22)

R VIII Westfalen Nr. 1: Organisation des Justizwesens in Westfalen (1816–22)

R XXI M Nr. 5: Untersuchungen gegen den Obristen v. Massenbach (1817–22)

R XXIV (P) Nr. 6:

Prozeß-Angelegenheiten des Gf. v. Pappenheim mit dem Gutsbesitzer Wehrbecker (1819–20)

Rep. 76: Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten (ehemaliger Merseburger Bestand)

I Anhang II Nr. 84: Geschäftspflege beim Staatsministerium (1823)

I Sekt. 29 Nr. 2: Verhandlungen über den Geschäftsgang beim Staatsministerium (1819)

I Sekt. 29 Nr. 3 Bde. 1–14: Vorträge beim Staatsministerium (1818–25)

I Sekt. 29 Nr. 3a Bde. 1–5: Protokolle der Sitzungen des Staatsministeriums (1819–24)

I Sekt. 29 Nr. 4:

Streitsache, Kurfürst von Hessen und Großherzog von Mecklenburg-Strelitz (1821–22)

I Sekt. 29 Nr. 5: Ausführung der KO (31.8.1824) zum verbesserten Staatshaushalt (Sept. 1824)

II Sekt. 1 Gen. (a) Nr. 90 Bd. 1:

Ausführung der KO (12.4.1822) wegen Anstellung der Lehrer an den Universitäten und
Gymnasien sowie der Geistlichen und Schullehrer (1822–25)

IV Sekt. 1 Abt. II Nr. 5 Bd. 8: Katholische Kirchenverhältnisse (1823–25)

IV Sekt. 7 Abt. XXII Nr. 6 Bd. 1:

Meßfundationen und andere geistliche Stiftungen im RegBez. Oppeln (1816–77)

VIII A Nr. 657 Bd. 1:

Medizinalpersonen, chemische Fabrikanten, chirurgische Instrumentenmacher, Bandagisten,
Vieh-Kastrierer und Abdecker als Gewerbetreibende (1810–33)

Rep. 77: Ministerium des Innern (ehemaliger Merseburger Bestand)

Tit. 30 Judensachen Gen. Nr. 35, Bde. 2–3: Posen (1819–1822; 1822–41)

Tit. 31 Nr. 2 Bd. 1: Mennoniten (1780–1815)

Tit. 31 Nr. 13: Bildung einer neuen mennonitischen Sekte zu Pokraten bei Tilsit (1824–59)

- Tit. 31 Nr. 15:
Mennoniten, erbliche Verleihung der zu emphyteutischen Rechten befassenen Grundstücke (1824–48)
- Tit. 33a Nr. 7 Bd. 1: Neues allgemeines Paß-Edikt (1814–17)
- Tit. 34 Nr. 12 Bd. 1: Zivil-Pensions-Reglement v. 30.4.1825 (1809–25)
- Tit. 35 Nr. 8: Beurlaubung standesherrlicher Beamte (1823–25)
- Tit. 41 Nr. 5 Bd. 1: Stolberg-Wernigerode (1714–1826)
- Tit. 41 Nr. 31 Bd. 1:
Die von den preußischen Standesherrn ausgestellten Huldigungsurkunden (1820–97)
- Tit. 41 Nr. 38 Bd. 1: Beitrag der Standesherrschaften zu den Gemeindelasten (1821–38)
- Tit. 41 Nr. 57: Rechtsverhältnisse der Standesherrn bezüglich Personalexekution (1820–77)
- Tit. 66 Nr. 43:
Ausgleichung der einzelnen Korporationen des Launenburger, Schlauer und des Stolper Kreises wegen der 1806/08 an die feindlichen Truppen gelieferten Fourage (1820–35)
- Tit. 93 Nr. 42: Woll- und Tuchhandel, verbesserte Einrichtung der Schauanstalten (1818–48)
- Tit. 98 Nr. 20 Bd. 2: Homagial-Huldigungs-Eidesleistung (1827–35)
- Tit. 100 Nr. 6 Bd. 5: Feuer-Versicherungs-Anstalten (1824–28)
- Tit. 114 Nr. 61 Bd. 1: Patrimonial-Jurisdiktion (1810–38)
- Tit. 114 Nr. 69 Bd. 1: Dorfgerichte, Dorfgerichtsordnung (1812–38)
- Tit. 114 Nr. 162 Bd. 2:
Patrimonial-Jurisdiktion im Hzgtm. Sachsen, namentlich in den sächsischen Immediatstädten (1824–42)
- Tit. 123 Nr. 122 Bd. 1:
Beitrag der Patrone zu den Kirchen- und Schulbauten in den ehemals königlich sächsischen Landesteilen (1828–44)
- Tit. 127 Nr. 1: Anlegung eines Gymnasiums zu Hohenstein in Ostpreußen (1825–50)
- Tit. 136 Nr. 8 Bd. 2: Wahl und Anstellung der Landräte (1824–27)
- Tit. 171 Nr. 19 Bd. 1: Pommersche Jungfrauenstifte (1825–29)
- Tit. 182 Nr. 3 Bde. 3–4: Organisation der obersten Staatsbehörden (1812–20; 1821–48)
- Tit. 182 Nr. 24:
Führung der Geschäfte im Büro des Staatskanzlers; Überweisung an Voß (1813–32, 1861)
- Tit. 182 Nr. 35 Bd. 1: Geschäftsbetrieb der obersten Staatsbehörden (1808–40)
- Tit. 182 Nr. 37 Bd. 1: Protokolle des Staatsministeriums (1810–43)
- Tit. 190 Nr. 13 Bd. 1:
Vereinigung der Oberpräsidien von Ost- und Westpreußen, Verwaltung des Oberpräsidiums der Prov. Preußen (1824–50)
- Tit. 220 Nr. 7 Bd. 1: Namensveränderungen (1814–67)
- Tit. 223 Nr. 118 Bd. 1: Verpflichtung zur Armenpflege (1824–78)
- Tit. 226 Nr. 2 Gen. Bd. 3: Auswanderungen (1816–18)
- Tit. 226 Nr. 81 Gen. Bd. 1:
Kompetenz der Militärbehörden bei Erteilung der Auswanderungskonsense an landwehrpflichtige Untertanen und Bestrafung derselben (1819–48)
- Tit. 299a Nr. 28 Bd. 1 u. Beih. 1a: Organisation der Gendarmerie, Immediatkommission (1820)
- Tit. 299a Nr. 34 Bd. 1:
Reorganisation der Gendarmerie in Sachsen, in Gefolge des Gendarmerie-Edikts v. 30.12.1820 (1820–32)
- Tit. 299c Nr. 2 Bd. 1: Formation einer Land- und Grenzgendarmerie KO (20.12.1820) (1820–21)
- Tit. 299c Nr. 20 Bd. 1: Pensionierung und Versorgung der Gendarmen (1812–39)
- Tit. 303 Nr. 19: VO (16.3.1818) wegen des öffentlichen Aufgebots des Gesindes (1818–41)
- Tit. 304 Nr. 20 Bd. 1: Getreidemangel in den Rheinprovinzen und Hilfsmaßnahmen (1816–24)

- Tit. 332aa Nr. 10 Bd. 1:
 Einsetzung von Intendanturen bei jedem General-Kommando in den Provinzen (1820–22)
- Tit. 332cc Nr. 3: Quartier-Verhältnisse der Offiziere in den Garnisonsstädten (1821–72)
- Tit. 332cc Nr. 19 Bd. 1: Einquartierung in Kriegs- und Friedenszeiten (1812–71)
- Tit. 332t Nr. 5 Bd. 1: Militärpflicht der Mennoniten (1819–68)
- Tit. 334 Nr. 8:
 Einführung des Staatsrats und Bestimmung dessen Wirkungskreises, dsgl. des kgl. Staatsministeriums (1817–44)
- Tit. 349a Nr. 1 Bd. 3: Polizei-Kontraventions- und Strafsachen (1826–33)
- Tit. 349a Nr. 1 Adhib. 2:
 Kompetenzkonflikt mit Justizministerium über die Strafgewalt der Polizeibehörden (1828–53)
- Tit. 377 Nr. 3 Bd. 1:
 Ministerial-Konferenzen und die in dort beschlossenen allgemeinen Maßregeln (1814–17)
- Tit. 416a Nr. 4 Bd. 1: Herrnhuter Brüder Gemeinde (1824–61)
- Tit. 416a Nr. 7 Bd. 1: Philipponen (1825–42)
- Tit. 438 Nr. 28 Bd. 1:
 Gesuche pommerscher Gutsbesitzer um die landtagsfähige Rittergutsqualität; Einzelfälle der königlichen Verleihung der Rittergutsqualität (1826–29)
- Tit. 438 Nr. 59 Bd. 1: Die ständischen Verhältnisse der veräußerten Domänengüter (1812–27)
- Tit. 440 Nr. 22 Bd. 4: Bürgergarde, Bürgerbataillon Berlin (1820–23)
- Tit. 451 Schuldensachen Nr. 1 Bde. 1–2: Schuldenwesen der Stadt Elbing (1807–17; 1817–20)
- Tit. 457 Nr. 4 Bd. 9: Königsberg, Tilgung der Kriegskontribution (1823–25)
- Tit. 514 Nr. 162 Bd. 2:
 Patrimonial-Jurisdiktion im Hzgtm. Sachsen, auch in den Immediatstädten (1824–42)
- Tit. 522a Nr. 1 Bd. 1: Ständische Verfassung (1823–28)
- Tit. 522a Nr. 2: Ständische Angelegenheiten (1822–35)
- Tit. 522a Nr. 4: Verfahren bei Mitteilungen der Regierungen an die Provinzialstände (1824–73)
- Tit. 522a Nr. 19:
 Geschäftsverwaltung der Abt. für Stände-Angelegenheiten im Innenministerium, Immediatbericht (1827)
- Tit. 523a Nr. 1 Bd. 1: Anordnung der Provinzialstände, Prov. Preussen (1823–65)
- Tit. 523a Nr. 2:
 Die auf dem Landtag der preuß. Stände zur Sprache zu bringenden Gegenstände (1824–27)
- Tit. 523a Nr. 8 Bde. 1–2: 2. Provinziallandtag Prov. Preußen, Verhandlungen (1826–28)
- Tit. 523a Nr. 12: 3. Provinziallandtag Prov. Preußen, Verhandlungen (1829)
- Tit. 523b Nr. 1 Bd. 2: Anordnung der Provinzialstände, Brandenburg (1823–24)
- Tit. 523b Nr. 5 Bd. 1: 1. Provinziallandtag Brandenburg (1824–26)
- Tit. 523b Nr. 9 Bde. 1–2: 1. Provinziallandtag Brandenburg, Verhandlungen (1825)
- Tit. 523b Nr. 17 Bde. 1–2: 2. Provinziallandtag Brandenburg, Verhandlungen (1826–27)
- Tit. 523b Nr. 25: 3. Provinziallandtag Brandenburg, Propositionen (1828–33)
- Tit. 523b Nr. 26: 3. Provinziallandtag Brandenburg, Verhandlungen (1829–30)
- Tit. 523c Nr. 1 Bd. 1: Anordnung der Provinzialstände, Pommern (1822–24)
- Tit. 523c Nr. 2: 1. Provinziallandtag Pommern, Propositionen (1824–26)
- Tit. 523c Nr. 4 Bde. 1–2: 1. Provinziallandtag Pommern, Verhandlungen (1824–29)
- Tit. 523c Nr. 11 Bd. 2: 2. Provinziallandtag Pommern, Verhandlungen (1827)
- Tit. 523c Nr. 12: 3. Provinziallandtag Pommern (1827–31)
- Tit. 523c Nr. 13 Bd. 2: 3. Provinziallandtag Pommern, Propositionen (1827–30)
- Tit. 523c Nr. 17 Bde. 1–2: 3. Provinziallandtag Pommern, Verhandlungen (1829)
- Tit. 523d Nr. 3 Bd. 1: 1. Provinziallandtag Schlesien, Propositionen (1825–27)
- Tit. 523d Nr. 12: 2. Provinziallandtag Schlesien, Verhandlungen (1828)
- Tit. 523e Nr. 5: 1. Provinziallandtag Posen, Verhandlungen (1828)

- Tit. 523e Nr. 8 Bd. 1: 2. Provinziallandtag Posen, Propositionen (1830)
Tit. 523f Nr. 3 Bd. 1: 1. Provinziallandtag Sachsen, Propositionen (1825)
Tit. 523f Nr. 5 Bde. 1–2: 1. Provinziallandtag Sachsen, Verhandlungen (1825–27)
Tit. 523f Nr. 12: 2. Provinziallandtag Sachsen, Verhandlungen (1827–28)
Tit. 523g Nr. 2 Bd. 1: 1. Provinziallandtag Westfalen, Propositionen (1825)
Tit. 523g Nr. 4 Bde. 1–3: 1. Provinziallandtag Westfalen, Verhandlungen (1827)
Tit. 523g Nr. 10: 2. Provinziallandtag Westfalen, Verhandlungen (1829)
Tit. 523h Nr. 3 Bd. 1: 1. Provinziallandtag Rheinprovinz, Propositionen (1825)
Tit. 523h Nr. 5 Bd. 1: 1. Provinziallandtag Rheinprovinz, Verhandlungen (1827)
Tit. 523h Nr. 11: 2. Provinziallandtag Rheinprovinz, Verhandlungen (1828–29)
Tit. 806a Nr. 15: See-Bad in Swinemünde (1823–45)
Tit. 2787 Nr. 1 Bd. 1: Irren-Heil-Anstalt in der Rheinprovinz und Westfalen (Siegburg) (1817–43)
Tit. 2959 Nr. 8: Stralsund, Magistrat, Gerechtsame (1822–85)
Tit. 3321 Nr. 1a Bd. 7: Landwehr (1818–22)

Rep. 80: Staatsrat (ehemaliger Merseburger Bestand)

I Finanz Nr. 10:

Vermögen der in den wiedereroberten und neuen Provinzen diesseits des Rheins von den Zwischenregierungen von Westfalen, Berg und Frankreich aufgehobenen Zünfte (1821–22)

I Finanz Nr. 11: Stempelgesetz (1821–45)

I Finanz Nr. 22: Ablösung der mittleren und niederen Domänen-Jagden (1829)

I Handel Nr. 4:

Hausierhandel und Gewerbe, welche im Umherziehen getrieben werden (1822/23–36)

I Handel Nr. 5: Ausländische Seeschiffe (1822/23)

I Handel Nr. 6: Beschränkungen bei Anlegung neuer Mühlenanlagen (1822–23)

I Handel Nr. 7: Form und Größe der Mauersteine und Dachsteine, Westfalen (1828–30)

I Inneres Nr. 2: Auswanderungen (1817–18)

I Inneres Nr. 3:

Wiedereinführung der für Südpreußen gegebenen VO (1804) wider das Austreiben des Viehs ohne Begleitung eines Hirten und wegen des Pfandgeldes im Großherzogtum Posen (1817–18)

I Inneres Nr. 5: Teilnahme des Militärs an der Feuerpolizei (1817–18)

I Inneres Nr. 6: Bessere Beförderung der Posten in den neuen Provinzen (1817–21)

I Inneres Nr. 11: Einführung der Wanderbücher (1818–26)

I Inneres Nr. 12:

Aufhebung der in dem § 142 Tit. I Th. II des ALR enthaltenen Bestimmung wegen des öffentlichen Aufgebots des Gesindes (1817–21)

I Inneres Nr. 15: Die anderweite Organisation der Gendarmerie (1818–20)

I Inneres Nr. 18: Militärpflichtigkeit der Mennoniten und Wiedertäufer (1817–36)

I Inneres Nr. 21 Bde. 1–2:

Provinzial- und Kommunal-Schuldenwesen, Kur- und Neumark, Ostpreußen, Königsberg (1819–28)

I Inneres Nr. 25:

Kommunal-Schuldenwesen, in den ehemals zum französischen Reich gehörig gewesenen Provinzen am linken Rheinufer und in der Stadt Wesel (1821/22)

I Justiz Nr. 8:

§ 19 der Kriminal-Ordnung in denjenigen Provinzen, wo die Kriminalgerichtsbarkeit den Antragsrichter entzogen und den Inquisitoriaten beigelegt wurde (1817–18)

I Justiz Nr. 12 Bd. 1: Einführung der preußischen Gesetzgebung in Westfalen (1817–23)

- I Justiz Nr. 17:
Beitragspflicht der Städte in den Provinzen jenseits der Elbe, zur Unterhaltung der Land- und Stadtgerichte (1815, 1817–18)
- I Justiz Nr. 20: Wex-Stiftung, Merseburg (1818–21)
- I Justiz Nr. 37: Hypothekenwesen in den vormals sächsischen Provinzen (1819–20)
- I Justiz Nr. 48a:
VO über den Verkauf ausstehender Forderungen und Kurshabender Schuldpapiere im Wege der Exekution (1821, 1822)
- I Justiz Nr. 49 u. Adhib. 49b:
Jagd- und Fischereigerechtigkeiten in den Provinzen des linken Rheinufers (1822–26)
- I Justiz Nr. 52 u. 52a:
Bestrafung der Münzverbrechen und der Anfertigung falscher Geldpapiere (1822, 1823)
- I Justiz Nr. 54 u. 54a:
Beschränkung des § 14 des in den Rheinprovinzen geltenden Zivil-Gesetzbuches (1822–28; 1822–23)
- I Justiz Nr. 55 u. Adhib. 55a, 55b:
Entschädigung der ehemals bannberechtigt gewesenen Müller, in deren Bannbezirken neben dem Mahl- und Schrotzwängen auch der Getränkezwang stattgefunden hat (1822–25)
- I Justiz Nr. 57 u. 57a:
Gültigkeit der vor Einführung des frz. Rechts bestandenen Fideikommisse in Berg (1823–28)
- I Justiz Nr. 59 u. 59a: Einregistrierung in den Rheinprovinzen (1823, 1824)
- I Justiz Nr. 65 Bd. 1 u. Adhib.:
Einrichtung des ALR und der AGO in Neu-Vorpommern und Rügen (1824–25)
- I Justiz Nr. 67:
Sukzession fremder Untertanen in diesseitige Lehen und Fideikommisse (1824/25)
- I Justiz Nr. 70:
Aufgebot der zur Sukzession in pommerschen Lehen berechtigten Agnaten bei Veräußerung des Lehns innerhalb der Familie (1825/26)
- I Justiz Nr. 74: Untersuchung und Bestrafung des Holzdiebstahls (1826)
- I Justiz Nr. 76 Bd. 1: Mühlenwesen in Ostpreußen, Entschädigungsgesuch Kelch (1826–28)
- I Justiz Nr. 86 u. 86a Adhib.:
Bestrafung der wissentlichen Verausgabung falscher Kassenanweisungen (1828–30; 1829)

Rep. 84: Ministerium der Revision der Gesetzgebung (ehemaliger Merseburger Bestand)

- I Nr. 14: Beschaffung und Einrichtung von Dienstlokalen (1817–25)
- I Nr. 24: Formeller Geschäftsgang beim Staatsministerium (1817–25)
- I Nr. 36: Stolberg-Wernigerode, Schwarzza (1819–25)
- I Nr. 40:
VO wegen der von preußischen Untertanen im Ausland oder von Fremden im Inland begangene Verbrechen oder Vergehen in den Provinzen (1818–19)
- I Nr. 44: Jagd- und Fischereigerechtigkeiten in den Rheinprovinzen (1818–26)
- I Nr. 54: Handelsbücher, Vorlegung (1819)
- I Nr. 60: Die Konferenz-Protokolle des Staatsministeriums (1819–25)
- I Nr. 79: Hypothekenwesen in den vormals sächsischen Ländern (1819)
- I Nr. 143:
Gesuch des Fürsten von Bentheim-Rheda und des Freiherrn von der Reck zu Overdyck um Wiederherstellung ihrer ehemaligen Lehngerechtsame oder um angemessene Entschädigung für den Verlust derselben (1819)
- I Nr. 145: Revisionsgericht in den Rheinprovinzen (1819)

- I Nr. 150: Einführung der preußischen Gesetze in Neuvorpommern (1811–25, 1833, 1843)
II 2 P Nr. 1: Polizeigerichtsbarkeit (1826–47)
II 4 I Nr. 3: Verhandlungen des Staatsministeriums zum Entwurf des Strafgesetzbuches (1828)

Rep. 84a: Justiz-Ministerium (ehemaliger Merseburger Bestand)

- Nr. 40501: Einführung ALR und AGO in Neuvorpommern (1823–36)
Nr. 40940: Rheinische Notare, Anwendung der Notariatsordnung, Gebührtaxe (1822)
Nr. 43092:
 Zahlung der Gehalts- und Pensionsrückstände süd- und neuostpreußischen Beamten (1816–28)
Nr. 43761: Verhältnisse des Herzogs von Arenberg wegen Recklinghausen (1820–49)
Nr. 44666: Fideikommiß-Angelegenheiten Hatzfeldt (Juni 1821–Juni 1845)
Nr. 46565: Verwaltungsbehörden, Zwangsvollstreckung von Zahlungsforderungen (1827–33)
Nr. 46875: Einführung von Intendanturen bei jedem General-Kommando in den Provinzen (1820)
Nr. 47050: Säkularisierte geistliche Güter in Schlesien, St. Matthias-Stift, Breslau (1812–28)
Nr. 47144: Schul- und Erziehungswesen in der Rheinprovinz (1821–92)
Nr. 47203: See-Assekuranzgesellschaft in Stettin (1820–57)
Nr. 47301: Landesindult in Neuvorpommern (1816–21)
Nr. 47313–47317:
 Regulierung der Verwaltungsansprüche an den Fiskus aus der Zeit der Fremdherrschaft in den neuen und wiedereroberten Provinzen (1818–61)
Nr. 47585:
 Vermögen der in den neuen und wiedereroberten Provinzen aufgehobenen Zünfte (1820)
Nr. 47589: Fabrikgerichte in Westfalen auf Grund des Reglements v. 26.11.1829 (1827–44)
Nr. 47608: Mühlenwesen in Ostpreußen (1824–31)
Nr. 47763: Verbot des bäuerlichen Hordenschlags in der Magdeburger Polizeiordnung (1824–30)
Nr. 47893: Gemeinheitsteilungsedikt, Deklaration auf das Großherzogtum Posen (1817–22)
Nr. 47946: Ansprüche des Herzogs v. Rovigo an das Gut Sommerschenberg (1826–41)
Nr. 47976: Jagd- und Fischerei-Wesen in der Rheinprovinz (1817–29)
Nr. 48163:
 Exekution in die ausstehenden Forderungen des Schuldners und die Veräußerung von Staats- und anderen, auf jeden Inhaber lautenden Papieren im Wege der Exekution (1816–21)
Nr. 48241: Konkursverfahren (1814–25)
Nr. 48815: Revision der Hypothekenordnung (1819–24)
Nr. 48820: Revision der Hypothekenordnung (1825–26)
Nr. 49185: Legitimation unehelicher Kinder in der Rheinprovinz (1820–40)
Nr. 49866: Sukzession fremder Untertanen in Lehen und Fideikomnisse (1824–31)
Nr. 49890: Lehnsverfassung in der Niederlausitz (1824)
Nr. 49897: Lehnsverfassung in der Provinz Pommern (1787–1834)
Nr. 49911: Erhebung des Laudemiums von Deszendenten bei Erbfällen in Schlesien (1802–25)
Nr. 50146: Familien- und Studienstiftungen in der Rheinprovinz (1823–68)

Rep. 84a: Justiz-Ministerium (Dahlemer Bestand)

- Nr. 4384: Staatsministerium (1808–59)
Nr. 9962: Bäuerliche Erbfolge in Westfalen (1826–34)

Rep. 87: Ministerium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten (ehemaliger Merseburger Bestand)

B Nr. 11233–11234:

Errichtung eines landschaftlichen Kreditsystems in Posen (1825–27; 1827–31)

D Nr. 4954:

Ausübung der Jagd und Fischereien in den Landesteilen am linken Rheinufer (1816–42)

D Nr. 4959:

Plan des Oberjägermeisters Graf von Moltke zur Verbesserung des Jagd-Wesens (1820, 1821, 1825)

Rep. 89: Geheimes Zivilkabinett (ehemaliger Merseburger Bestand)

Nr. 3212: Königliche Baudepotplätze in Berlin und Potsdam und ihr Personal (1812–1906)

Nr. 3650: Staatsministerial-Verhandlungen in Beziehung auf die KO (11.1.1819) (1823–24)

Nr. 3651: Entlassung der Minister v. Boyen, v. Humboldt und v. Beyme (1819)

Nr. 3654–3664: Abschriften von Sitzungsprotokollen des Staatsministeriums (1819–29)

Nr. 3860: Besoldungen der Staatsbeamten (1825–45)

Nr. 3865: Rechtsweg der Beamten wegen der ihnen entzogenen Dienst-Einkünfte (1828–37)

Nr. 3920: Dienstwohnungen der preuß. Staatsbeamten, Unterhaltungskosten (1822–1918)

Nr. 4025: Beamtenwitwen, Witwenanstalt (1823–97)

Nr. 4043: Rheinprovinzen, Ostseegetreide (1817)

Nr. 12680: Armen- und Irrenanstalten in der Kurmark und der Neumark (1826–34)

Nr. 13436: Organisation der Provinzialbehörden Bde. 1–2 (1822–25; 1825–28)

Nr. 13443:

Organisation der Provinzialverwaltung, Oberpräsidien, u.a. Gutachten Motz' (1824–25)

Nr. 13444:

Geschäftsinstruktion für die Provinzialbehörden: Memorandum von Vincke, Motz, Ladenberg, Nagler u.s.w., sowie vertrauliche Äußerungen Bülow's über die Qualifikation der damaligen Ober- und Regierungspräsidenten (1824–25)

Nr. 13770: Landräte und ländliches Kreispersonal allgemein (1826–35)

Nr. 13907: Provinzialstände (Anordnung, Einberufung, Geschäftsgang, Diäten usw.) (1823–35)

Nr. 13920 u. 13921: Ständische Angelegenheiten (1822–24; 1825–39)

Nr. 14173: Städteverfassung und Einführung der Städteordnung (1825–31)

Nr. 14917: Polizeiverwaltung und Polizei-Strafrecht (1825–1917)

Nr. 14995: Kosten der Untersuchungen gegen Demagogen (1823)

Nr. 15169: Allgemeine preußische Staatszeitung (1823–33)

Nr. 15691:

Verhältnisse fremder Bürger hinsichtlich ihrer Grundbesitzungen im preußischen Staate, Ableistung des Homagialeides (1826–74)

Nr. 16841: Verwaltungsberichte des Justizministers (1823–34)

Nr. 16865: Konflikte zwischen den Justiz- und Verwaltungsbehörden (1826–46)

Nr. 16890: Justizwesen (1825–26)

Nr. 16917:

Revision der Gesetze, Allgemeines Landrecht, Gerichts- und Kriminalordnung. Deklaration und Abänderung einiger Bestimmungen (1823–31)

Nr. 16939:

Befugnis der Patrimonialgerichtsinhaber zur Erhebung eines Schutzgeldes von den in das Gut einziehenden Schutzverwandten (1826–48)

Nr. 17055: Neumärkische Patrimonialgerichtsinhaber, Kriminaluntersuchungskosten (1827–28)

- Nr. 17185: Justizverfassung in Neuvorpommern und Rügen (1824–39)
 Nr. 17188: Justizbehörden und das Justizpersonal in Neuvorpommern (1824–33)
 Nr. 17250: Justizverfassung in den rheinischen Provinzen (1825–32)
 Nr. 17406: Justizorganisation in Westfalen (1823–43)
 Nr. 17418: Hofgericht Arnberg (1826–39)
 Nr. 17644: Hacke (1823–48)
 Nr. 17646: Eheliche Güter-Gemeinschaft; Westfalen (1825–33)
 Nr. 17651: Legitimation unehelicher Kinder in den Rheinprovinzen (1827–32)
 Nr. 17652:
 Erbfolgegesetze für den Adel in Preußen, Aufhebung des Jus Terrestris nobilitatis Prussiae in den vormaligen Palatinaten Marienburg und Pommerellen (1827–44)
 Nr. 17654: Erbschaftsregulierung des Grafen v. Schlabrendorff (1828–60)
 Nr. 17721: Strafgesetzbuch und die Strafprozeßordnung (1826–43)
 Nr. 20536: Ankauf der Dorowschen Sammlung von Altertümern (1822–25)
 Nr. 22257: Westpreußischer Domainen-Schulfonds (1823–28)
 Nr. 23455: Einführung einer neuen Kirchenagende in Berlin (1822–30)
 Nr. 23717: Mennoniten: Grundbesitz, Aquisitionen, Militärpflicht, Eidesleistungen (1823–34)
 Nr. 24129: Galensche Erbpräbende (1823–32)
 Nr. 24713: Personal bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden (1823–31)
 Nr. 24758:
 Gutachten Schönbergs, Motz', Vinckes, Schöns über die Finanzverwaltung (Dez. 1824)
 Nr. 24765:
 Berichte Rothers über Finanzangelegenheiten des Staates; Steuergesetze; Schuldengesetze; Staatsschatz; Hauptfinanzetat; Anleihen (1822-1831)
 Nr. 24798–24800 u. 24802:
 Kommission zur Untersuchung des Staatshaushalts (1823; 1824; 1824; 1824)
 Nr. 24852: Hauptfinanzetat (1822–25, 1829, 1832)
 Nr. 24875: Etat 1825 nebst erläuternden Pro Memoria sowie die KO (31.8.1824)
 Nr. 25045: Verlorengegangene Staatspapiere und ihre Amortisation (1824–27)
 Nr. 25070: Landesschulden-Angelegenheiten in Neuvorpommern (1823–35)
 Nr. 25114: Schuldenwesen der Stadt Königsberg (1823–27)
 Nr. 25242:
 Forderungen des Kaufmanns Jastrzemki und des Landvogtei-Gerichtsrates Gartzke in Heilsberg an die Staatskasse (1822–28)
 Nr. 27555–27556: Stempelwesen, Bestimmungen (1823–27; 1828–32)
 Nr. 27582: Entschädigung der Spielkartenfabrikanten in den rheinischen Provinzen (1822–42)
 Nr. 27585: Stempel-Konventionen und deren Bestrafungen (1823–48)
 Nr. 27589: Sportel-Tax-Ordnung für die Provinzial-Behörden (1825–47)
 Nr. 27647: Personal, Handelsministerium (1819–24)
 Nr. 27708: Kaufmannschaft zu Stettin, besonders Beförderung des Oderhandels (1824–31)
 Nr. 27721:
 Handels- und Fabrikgerichte in Westfalen und den rheinischen Provinzen; Gewerbegerichte in den Rheinprovinzen (1827–42)
 Nr. 27772: Polizeiliche Verhältnisse des Gewerbes, Gewerbefreiheit (1823–36)
 Nr. 27883: Polizeiliche Verhältnisse des Leinengewerbes in Schlesien (1823–27)
 Nr. 28027: Brauberechtigte zu Erfurt (1811–24, 1842)
 Nr. 28765: Bau der Hauptstraßen durch Privatbauunternehmer (1823–29)
 Nr. 29987: Kaufmännischer Kassenverein, Berlin (1828–74)
 Nr. 30116:
 Taxation, Sequestration und Subhastation adliger und bepfandbriefter Güter (1827–47)

- Nr. 30118:
Differenzen zwischen Justiz- und Verwaltungsbehörden wegen der Ressortverhältnisse in gutsherrlich-bäuerlichen Regulierungsangelegenheiten (1828–44)
- Nr. 30394: Promemoria Schuckmanns zum Notstand in Ostpreußen (1822)
- Nr. 30397:
Unterstützung der Gutsbesitzer und Kreditsysteme in Ost- und Westpreußen (1823–24)
- Nr. 30599:
Graf Henckel von Donnersmarck über die Verhältnisse der Dreschgärtner in Schlesien (1824)
- Nr. 30631: Itzenplitz, Zwang-Verlags-Recht in Neutrebbin und Neubarnim (1820–25)
- Nr. 30713: Lehnsverhältnisse in Pommern (1824–45)
- Nr. 30770: Schulden auf den Lehn- und Fideikommißgütern (1823–34)
- Nr. 30773: Verschiedene Lehns-Allodifikations-Gesuche (1824–32)
- Nr. 30779: Allgemeine Bestimmungen, Lehne, Majorat und Fideikomnisse (1824–32)
- Nr. 31446: Verpachtung und Veräußerung der Domänen und Staatsgüter (1823–33)
- Nr. 31488:
Reklamation des Grafens de la Rivalliere Fraundorff wegen der Domäne Frauendorff, Versteigerung (1823–31)
- Nr. 31644:
Gesuch des Hauptmanns v. Boyen um Unterstützung und Ermäßigung des Kanons vom Erbpachtgute Hanswalde bei Heiligenbeil (Ostpreußen) (1821–25)
- Nr. 31835: Landschaftliche Kreditinstitute, die Zentrallandschaft (1828–1918)
- Nr. 37582: Entschädigung der Spielkarten-Fabrikanten in den rheinischen Provinzen (1822–23)

Rep. 92: Nachlässe (siehe jetzt VI. Hauptabteilung)

Rep. 100: Ministerium des kgl. Hauses und der kgl. Domänen (ehemaliger Merseburger Bestand)

- Nr. 3913: Erhebung der freien Herrschaft Pleß zu einem Mediatfürstentum (1825–29)
- Nr. 3946: Erhebung der Majoratsherrschaft Kynast zu einer „Freien Standesherrschaft“ (1825–26)
- Nr. 3961–3962: Delbrück, Wernigerode (1819–21; 1820–21)

Rep. 103: General-Post-Amt

- Nr. 449: Verpflichtung der Post-Beamten zum Kriegsdienst, Besoldung (1815–39)

Rep. 120: Ministerium für Handel und Gewerbe (ehemaliger Merseburger Bestand)

- A XII Fach 2 Nr. 3 Bd. 1: Preuß. See-Assekuranz-Kompagnie in Stettin (1716–27)
- A XIII Fach 1 Nr. 4 Bd. 1:
Gewerbeabgaben an Dominien und Kämmereien in Schlesien (1812–47)
- A IX Nr. 26 Bd. 1: Form und Größe der Mauer- und Ziegelsteine (1812–29)
- BB Fach 1 Nr. 1 Bd. 1: Gewerbetreiben im Umherziehen, Hausierhandel-Regulativ (1820–23)
- B I Fach I Nr. 1 Bd. 1: Revision der gewerbepolizeilichen Gesetzgebung (1821–31)
- C VII Fach 1 Nr. 2 Bd. 1: Maßregel zur Verhütung des Schleichhandels (1818–27)
- C VII Fach 1 Nr. 10 Bd. 1: Zolltarif, dessen Abänderung und Erläuterung (1818–27)
- C XIII Fach 1 Nr. 4 Bd. 1: Handelsverhältnisse Preußens mit dem Ausland, Handelssystem (1822)
- C XVIII Fach 2 Nr. 1 Bd. 3: Beförderung der Küsten-Heringsfischerei in Pommern (1818–22)

C XVIII Fach 2 Nr. 2 Bd. 3: Beförderung der Tiefsee-Heringsfischerei (1819–95)

C IX Fach 3a Nr. 1 Bd. 3: Beförderung des Oderhandels (1824–28)

Rep. 126: General-Kontrolle der Finanzen (ehemaliger Merseburger Bestand)

A I Nr. 2 Bd. 1: Pensionswesen u.a. (1799–1821)

A III 1 Nr. 1 Bd. 2: Geschäftsinstruktionen (1820–23)

I A Nr. 4: Beschwerde der Minister über die General-Kontrolle (1818)

Q Nr. 1: Geschäftsbetrieb im Büro des Staatsministeriums (1823)

Rep. 134: Schatzministerium (ehemaliger Merseburger Bestand)

Tit. VI Sekt. 1 Gen. Nr. 3: Errichtung und Personal (1817–23)

Tit. XXV Sekt. 1 Nr. 13:

Gesetz wegen Unzulässigkeit richterlicher Entscheidungen über die bei Prozessen gegen den Fiskus streitig gewordene Auslegung von Staatsverträgen (1822–23)

Rep. 151: Ministerium der Finanzen (ehemaliger Merseburger Bestand)

HB Nr. 274/2: Ressortabgrenzungen mit dem Ministerium des Schatzes (1817–23)

HB Nr. 643: Verminderung der Oberpräsidial- und Regierungsbezirke (1819–22)

HB Nr. 772: Remunerationen und Unterstützungen (1822–75)

HB Nr. 927:

Kompetenz der Gerichte zur Annahme oder Zurückweisung der Klagen gegen den Fiskus (1825–28)

I A Nr. 56: General-Kontrolle (1817–25)

I A Nr. 1124: Kostenregulativ v. 17. März 1828

I A Nr. 1381: Sogenannte fliegende Schulden der General-Staats-Kasse (1818)

I A Nr. 2931–2932:

Regulierung der Pfandschulden, Kur- und Neumark, Berlin (1811–17; Jan. 1818–Juni 1821))

I A Nr. 7119: Abrechnung mit den frz. Donatarien (1824–33)

I A Nr. 7125: Abrechnung mit den Donatarien 4. u. 5. Klasse (1826–30)

I B Nr. 140: Organisation der Provinzial-Kollegien (1825–27)

I B Nr. 2613 Bd. 1: Entlassung der Staatsbeamten (1814–29)

I C Nr. 540: Revision des ALR (1827–42)

II Nr. 1608: Klassensteuer (1820–22)

II Nr. 2877–2878: Gewerbesteuer bei den Handwerkern (1822–23; 1824–26)

II Nr. 3106: Gewerbesteuer der Schänker auf dem Lande (1821–26)

III Nr. 236: Verwaltung der indirekten Steuern, Steuereinsamler (1820–27)

III Nr. 2227: Konferenzprotokolle der königlichen Steuerprüfungskommission (1817–19)

III Nr. 2230: Neue Steuergesetze (1819–20)

III Nr. 2240:

Ausschließung abgesondert liegender und vorspringender Landesteile vom Zollverband.

Surrogatsteuer und Verkehr dieser Landesteile mit dem übrigen Inland (1817–36)

III Nr. 10256:

Unterdrückung des Schleichhandels mit Salz und zur Sicherung des Salzregals durch

Gleichstellung der Salzpreise und Einführung der Salzkonskription (1818–29)

III Nr. 10258: Ausübung der Salzkonskription in Westfalen und der Rheingegend (1819–25)

III Nr. 10805, 10810–10812: Stempelwesen, neues Gesetz (1817–18; 1818; 1819–20; 1821–1902)

III Nr. 11137: Stempelung der Gnadensachen (1822–96)

III Nr. 11225:

Erbschafts- und Gnadenstempelgefälle in der Nachlaßsache des Fürsten v. Sack (1814–41)

III Nr. 11259: Wechselstempel, Stempel bei kaufmännischen Anweisungen (1828–42)

V Nr. 34: Kabinettsordres Mai 1817

V Nr. 72: Kabinettsordres Januar 1820 – Juni 1820

III. Hauptabteilung, Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten (ehemaliger Merseburger Bestand; Tektonik 2.4.1.)

II Nr. 1526:

Verhandlungen und Protokolle des Staatsministeriums über den Staatshaushalt (1822–25)

II Nr. 4721–4723:

Die russische Seite im Handelsvertrag vom 19.12.1818 mit Polen und Rußland in Antrag
gebrachten Abänderungen und dessen gänzliche Aufhebung (Mai 1823)

VI. Hauptabteilung, Nachlässe (ehemaliger Merseburger Bestand)

NL Boyen V Nr. 1: Papiere betr. u.a. Staatsministerielle Protokolle (1817–19)

NL Hardenberg H 15a: Verordnungen bei den Veränderungen der Ministerial- und oberen
Behörden (1817)

BPH, Brandenburg-Preußisches Hausarchiv (ehemaliger Merseburger Bestand)

Rep. 50: Friedrich Wilhelm IV.

E 3 Nr. 1:

Teilnahme des Kronprinzen an Sitzungen des Staatsministeriums, Verzeichnisse (1816–39)

E 3 Nr. 3–7:

Verzeichnisse der angemeldeten Vorträge beim Staatsministerium. (1823–27)

BPH, Brandenburg-Preußisches-Hausarchiv (Dahlemer Bestand)

Rep. 192: NL W. Graf v. Redern

Nr. 1: Selbstbiographie

Verzeichnis der zitierten Literatur

Das Verzeichnis ist als praktisches Hilfsmittel bei der Benutzung der Regesten gedacht, nicht als (Auswahl-) Bibliographie mit repräsentativem Geltungsanspruch.

Die Drucke der Landtags-Verhandlungen werden allen anderen Titeln vorangestellt.

Landtags-Verhandlungen der Provinzialstände in der Preußischen Monarchie 1–12, hrsg. von Rumpf, J[ohann], D[aniel], F[riedrich], Folge 1–8, Berlin 1826–1832.

Allgemeine Deutsche Biographie, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 56 Bde., 1875–1912, ND Berlin 1971.

Amts-Blatt der königlichen Regierung zu Koblenz, Jg. 1819.

Annalen der Preußischen innern Staats-Verwaltung, hrsg. vom wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rat von Kamptz, Karl v., Bd. 1, 1817 – Bd. 23, 1839, ND Bad Feilnbach 1985.

Augur, Kurt, Das preußische Pensionsreglement für die Zivilstaatsdiener vom 30. April 1825, Diss., Königsberg 1925.

Baack, Lawrence J., Christian Bernstorff and Prussia. Diplomacy and Reform Conservatism, 1818–1832, Princeton 1980.

Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparlei, Bd. 1, Köln 1928, ND Aalen 1967.

Bahne, Siegfried, Die Freiherren Ludwig und Georg Vincke im Vormärz, Dortmund 1975.

Bailleu, Paul, Kronprinz Friedrich Wilhelm im Ständekampf 1820, in: *Historische Zeitschrift*, 87 (1901), S. 67–73.

Bär, Max, Die Behördenverfassung in Westpreußen seit der Ordenszeit, Danzig 1912.

Bass, Hans-Heinrich, Hungerkrisen in Preußen während der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts, St. Katharinen 1991.

Baumgart, Peter (Hrsg.), Expansion und Integration. Zur Eingliederung neu gewonnener Gebiete in den preußischen Staat, Köln/Wien 1984 (= Neue Forschungen zur brandenburg-preußischen Geschichte, Bd. 5).

Beck, Friedrich, Die brandenburgischen Provinzialstände 1823–1872/75, in: *Adamy, Kurt, Hübener, Kristina* (Hrsg.), *Geschichte der Brandenburgischen Landtage. Von den Anfängen bis in die Gegenwart.*, Potsdam 1998, S. 1–80.

Beckerath, Erwin, Die preußische Klassensteuer und die Geschichte ihrer Reformen bis 1851, München und Leipzig 1912.

Belke, Hans-Jürgen, Die preußische Regierung zu Königsberg 1808–1850, Köln 1976.

Berdahl, Robert M., The Politics of the Prussian Nobility. The Development of a Conservative Ideology 1770–1848, Princeton 1988.

Bergmann, Jürgen, Das Berliner Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung, Berlin 1973.

Bergmann, Jürgen, Das Zunftwesen nach der Einführung der Gewerbefreiheit, in: *Preussische Reformen 1807–1820*, hrsg. v. Barbara Vogel, Königstein 1980, S. 150–165.

Beusch, Carl Heiner, Westfälische Standesherrn. Die Fürsten von Bentheim-Tecklenburg, in: *Westfälische Zeitschrift*, 145 (1995), S. 257–329.

- Blasius, Dirk*, „Recht und Gerechtigkeit im Umbruch von Verfassungs- und Gesellschaftsordnung. Zur Situation der Strafrechtspflege in Preußen im 19. Jahrhundert, in: *Der Staat* (1982), S. 365–390.
- Blasius, Dirk*, Bürgerliche Gesellschaft und Kriminalität. Zur Sozialgeschichte Preußens im Vormärz, Göttingen 1976 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, hrsg. v. Helmut Berding, Jürgen Kocka u. a., Bd. 22).
- Bornhak, Conrad*, Die Mediatisierung der Grafschaften Stolberg-Stolberg und Stolberg-Roßla, in: *FBPG*, Bd. 19 (1906), S. 335–370.
- Brammer, Annegret*, Judenpolitik und Judengesetzgebung in Preußen 1812 bis 1847 mit einem Ausblick auf das Gleichberechtigungsgesetz des Norddeutschen Bundes von 1869, Berlin 1987.
- Brandt, Peter*, Die Hagerer Zeitschrift *Hermann* (1814–1819), in: Ders. u. Hobein, Beate (Hrsg.), 1746 – 1996: Beiträge zur Geschichte der Stadt Hagen, Essen 1996, S. 124–141.
- Branig, Hans*, Die oberste Staatsverwaltung in Preußen zur Zeit des Todes von Hardenberg, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, 13/14 (1965), S. 188–192.
- Branig, Hans*, Fürst Wittgenstein. Ein preußischer Staatsmann der Restaurationszeit, Köln/Wien 1981 (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, hrsg. v. Friedrich Benninghoven u. Cécile Lowenthal-Hensel, Bd. 17).
- Brose, Eric Dorn*, *The Politics of Technological Change in Prussia: Out of the Shadow of Antiquity, 1809–1848*, Princeton 1993.
- Clausewitz, Carl v.*, Politische Schriften und Briefe, hrsg. v. Hans Rothfels, München 1922.
- Conrad, Hermann*, Preußen und das französische Recht in den Rheinlanden, in: J. Wolfram und A. Klein (Hrsg.), *Recht und Rechtspflege in den Rheinlanden*, Köln 1969, S. 78–89.
- Croon, Gustav*, *Der Rheinische Provinzial-Landtag bis zum Jahre 1874*, Düsseldorf 1918, ND Bonn 1974.
- Das tausendjährige Nordhausen*, hrsg. v. Magistrat v. Nordhausen, Bd. 2, Nordhausen 1927.
- Dem Andenken der Universität Frankfurt/O.* Festschrift zur 400. Wiederkehr ihres Gründungstages, 1906.
- Dieterici, Carl*, *Zur Geschichte der Steuer-Reform in Preußen*, Berlin 1875, ND Glashütten 1972.
- Dietrich, Richard*, Die Eingliederung der ehemals sächsischen Gebiete in den preußischen Staat nach 1815, in: Peter Baumgart (Hrsg.), *Expansion und Integration. Zur Eingliederung neu gewonnener Gebiete in den preußischen Staat*, Köln/Wien 1984, S. 255–298.
- Dietrich, Richard*, *Verfassung und Verwaltung*, in: Hans Herzfeld (Hrsg.), *Berlin und die Provinz Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 1968, S. 181–308.
- Dorow, Wilhelm*, *Erlebtes aus den Jahren 1790–1827*, 4 Teile, Leipzig 1843–1845.
- Dressler, Max*, *Der Kampf Anhalt-Köthens gegen die preußische Handelspolitik in den Jahren 1819–1828*, Köthen 1908.
- Eichhorn, Anton*, Die Ausführung der Bulle „De salute animarum“ in den einzelnen Diözesen des Preußischen Staates durch den Fürstbischof von Ermland, Prinz Joseph von Hohenzollern, in: *Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands*, 5 (1870), S. 1–130.
- Ellwein, Thomas*, *Der Staat als Zufall und Notwendigkeit*, Bd. 1, Opladen 1993.
- Evans, Richard J.*, *Rituals of Retribution. Capital Punishment in Germany 1600–1987*, Oxford 1996.
- Faber, Karl-Georg*, *Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution*, Wiesbaden 1966.
- Fabricius, Carl Ferdinand*, *Die Stadt Stralsund. Verfassung und Verwaltung*, Stralsund 1831.
- Fann, Willerd R.*, *The Rise of the Prussian Ministry, 1806–1827*, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg*, Göttingen 1974, S. 119–129.

- Frauidienst, Werner*, Das preussische Staatsministerium in vorkonstitutioneller Zeit, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1960, H. 1, S. 104–177.
- Freund, Ismar*, Die Emanzipation der Juden in Preußen, Bd. 1, Berlin 1912.
- Fu, Arne*, Kompetenzkonflikte im preußischen Recht des 19. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1998.
- Gebhardt, Bruno*, Wilhelm von Humboldt als Staatsmann, 2 Bde., Stuttgart 1899.
- Gerschler, Walter*, Das preußische Oberpräsidium der Provinz Jülich–Kleve–Berg in Köln 1816–1822, Köln u. Berlin 1968.
- Gerß, M.*, Mitteilungen über die Philipponen im Kreise Sensburg, in: Neue Preußische Provinzialblätter, Königsberg 1849, S. 50–56.
- Gesetzsammlung für die Königlichen Preußischen Staaten*, Berlin, bes. Jahrgänge 1806–1829.
- Gillis, John R.*, The Prussian Bureaucracy in Crisis 1840–1860. Origins of an Administrative Ethos, Stanford 1971.
- Gollwitzer, Heinz*, Die Standesherrn. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte, Stuttgart 1957.
- Goldammer, Theodor*, Die Materialien zum Straf-Gesetzbuch für die Preußischen Staaten, Berlin 1851.
- Gothein, Eberhard*, Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Köln vom Untergang der Reichsfreiheit bis zur Errichtung des deutschen Reiches, Köln 1916.
- Grabo, R.*, Die ostpreußischen Straßen im 18. und 19. Jahrhundert, Diss., Königsberg 1910.
- Grabower, Rolf*, Preußens Steuer vor und nach den Befreiungskriegen, Berlin 1932.
- Handbuch über den Königlich Preussischen Hof und Staat*, bes. Jahrgänge 1818–1848.
- (Hansen) Die Rheinprovinz 1815–1915*. Hundert Jahre preußische Herrschaft am Rhein, bearb. und hrsg. von Joseph Hansen, 2 Bde., Bonn 1917.
- Harnisch, Hartmut*, Kapitalistische Agrarreform und industrielle Revolution, Agrarhistorische Untersuchungen über das ostelbische Preußen zwischen Spätfeudalismus und bürgerlich-demokratischer Revolution von 1848/49, Weimar 1984.
- Harnisch, Hartmut*, Probleme junkerlicher Agrarpolitik im 19. Jahrhundert in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 21 (1972), S. 99–117.
- Hartung, Fritz*, Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung, in: Ders. Staatsbildende Kräfte der Neuzeit. Gesammelte Aufsätze, Berlin 1961 (zuerst 1942–1948), S. 223–275.
- Heffter, Heinrich*, Die Deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1950.
- Helffritz, Hans*, Geschichte der preußischen Heeresverwaltung, Berlin 1938.
- Hintze, Otto*, Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert., in: Ders., Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3: Regierung und Verwaltung, 2. Aufl., Göttingen 1967 (zuerst 1908), S. 530–619.
- Hodenberg, Christina v.*, Die Partei der Unparteiischen. Der Liberalismus der preußischen Richterschaft 1815–1848/49, Göttingen 1996 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, hrsg. v. Helmut Berding, Jürgen Kocka u. a., Bd. 113).
- Hopp, Hans August*, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt Stettin, Diss., Jena 1929.
- Huber, Ernst Rudolf* (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, Stuttgart 1957.
- Humboldt, Wilhelm von*, Gesammelte Schriften, hrsg. v. Bruno Gebhardt, Bd. 12/2, Berlin 1904.
- Jamin, Rainer*, Aufbau, Tätigkeit und Verfahren der Auseinandersetzungsbehörden bei der Durchführung der preußischen Agrarreformen, Frankfurt/M./Bern/New York 1985.
- Kaehler, Siegfried A.*, Wilhelm v. Humboldt und der Staat. Ein Beitrag zur Geschichte deutscher Lebensgestaltung um 1800, München u. Berlin 1927.

- Klein, August*, Die Kölner Regierungspräsidenten 1816–1966 – Ihr Leben und Wirken, in: 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, Berlin 1966, S. 62–121.
- Klein, Ernst*, Funktion und Bedeutung des Preußischen Staatsministeriums, in: JbGMOD, Bd. 9/10 (1961), S. 195–260.
- Klein, Ernst*, Von der Reform zur Restauration. Finanzpolitik und Reformgesetzgebung des preußischen Staatskanzlers Karl August von Hardenberg, Berlin 1965 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. 16).
- Koselleck, Reinhart*, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, Stuttgart 1967 (3. Aufl. 1989) (= Industrielle Welt, Bd. 7).
- Krug, Leopold*, Geschichte der preußischen Staatsschulden, Breslau 1861, ND Vaduz 1977.
- Landsberg, Ernst*, Das rheinische Recht und die rheinische Gerichtsverfassung, in: Die Rheinprovinz 1815–1915, hrsg. von Joseph Hansen, Bd. 1, Bonn 1917.
- Landsberg, Ernst*, Die Gutachten der Rheinischen Immediat-Justiz-Kommission und der Kampf um die rheinische Rechts- und Gerichtsverfassung 1814–19, Bonn 1914.
- Lantzsch, Rudolf*, Zur Geschichte des Deutschen Reichsanzeigers und Preußischen Staatsanzeigers. Ein Rückblick zu seinem 120-jährigen Bestehen (= 1. Beilage zum Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger v. 2.1.1939).
- Laubert, Manfred*, Die Verwaltung der Provinz Posen, Breslau 1923.
- Lenz, Friedrich, Unholtz, Otto* (Hrsg.), Die Geschichte des Bankhauses Gebrüder Schickler. Festschrift zum 200-jährigen Bestehen, Berlin 1919.
- Loening, Edgar*, Gerichte und Verwaltungsbehörden in Brandenburg-Preußen, Halle 1914.
- Lüdtko, Alf*, „Gemeinwohl, Polizei und „Festungspraxis“. Staatliche Gewaltsamkeit und innere Verwaltung in Preußen, 1815–1850, Göttingen 1982 (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte).
- Martin, Paul C.*, Die Einbeziehung der Rheinlande in den preussischen Währungsraum, in: Rheinische Vierteljahresblätter, 32 (1968), S. 482–497.
- Meinecke, Friedrich*, Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann von Boyen, 2 Bde., Stuttgart 1896–1899.
- Meisner, Heinrich Otto*, Zur neueren Geschichte des preußischen Kabinetts in: FBPG, Bd. 36 (1924), Bl. 47–51.
- Neue Deutsche Biographie*, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 19 Bde., Berlin 1953–1999.
- Neugebauer, Wolfgang*, Politischer Wandel im Osten. Ost- und Westpreußen von den alten Ständen zum Konstitutionalismus, Stuttgart 1992 (= Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, Bd. 36).
- Neugebauer, Wolfgang*, Ständische Quellen zum preussischen Vormärz, in: JbGMOD, Bd. 43 (1995), S. 45–58.
- Nipperdey, Thomas*, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983 (6. Aufl., 1993).
- Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium Praecipue Marchicarum* (kurz: N.C.C.) Neue Sammlung Königl. Preuß. und Churfürstl. Brandenburgischer, sonderlich in der Chur- und Marck Brandenburg publicierten und ergangenen Ordnungen, Edicten, Mandaten, Rescripten..., 11. Bd. 1801–1805, Berlin 1806.
- Nowak, Kurt*, Judenpolitik in Preußen. Eine Verfügung Friedrich Wilhelms III. aus dem Jahre 1821, in: Sitzungsberichte der sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, 136/3, 1998.

- Obenaus, Herbert*, Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848, Düsseldorf 1984 (= Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus, hrsg. von Gerhard A. Ritter).
- Obenaus, Herbert*, Die Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten als Instrument der preußischen Reaktion im Vormärz, in: Festschrift für Hermann Heimpel zum 70. Geburtstag am 19. September 1971, hrsg. von den Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 1, Göttingen 1971, S. 410–446 (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 36).
- Obenaus, Herbert*, Finanzkrise und Verfassungsbewegung, in: Preußische Reformen 1807–1820, Barbara Vogel (Hrsg.), Königstein 1980.
- Ohnishi, Takeo*, Die Entstehung des ersten preußischen Staatshaushaltsetats im Jahre 1821, in: Wirtschaftskräfte und Wirtschaftswege. Festschrift für Hermann Kellenbenz, hrsg. v. Jürgen Schneider, Stuttgart 1978, S. 281–295.
- Ohnishi, Takeo*, Die Zolltarifpolitik Preußens bis zur Gründung des Deutschen Zollvereins, Göttingen 1973.
- Petersdorff, Herman v.*, Friedrich von Motz, 2 Bde., Berlin 1913.
- Protokolle der Deutschen Bundesversammlung* von den Jahren 1817, 1823, Frankfurt/M. o. J.
- Quellen zur preußischen Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts*, hrsg. v. Werner Schubert und Jürgen Regge. Gesetzrevision (1825–1848), 1. Abt., Bde. 1–2: Straf- und Strafprozeßrecht, hrsg. v. J. Regge, Vaduz 1981.
- Radtko, Wolfgang*, Die preußische Seehandlung zwischen Staat und Wirtschaft in der Frühphase der Industrialisierung, Berlin 1981.
- Radtko, Wolfgang*, Die sozialpolitischen Ansätze Christian von Rothers und der Königlichen Seehandlung im vormärzlichen Preußen, Berlin 1993.
- Reißland, Manfred*, Grundzüge der Ständepolitik in dem Gebiet von Vorpommern und Rügen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Diss., Greifswald 1962.
- Reißland, Manfred*, Stände und Staat in Vorpommern und Rügen nach 1815, in: Zobel, H.-J. (Hrsg.), Pommern. Geschichte, Kultur, Wissenschaft, Greifswald 1991, S. 162–167.
- Rejewski, Harro-Jürgen*, Die Pflicht zur politischen Treue im preußischen Beamtenrecht (1850–1918), Berlin 1973.
- Renger, Christian*, Die Gründung und Einrichtung der Universität Bonn und die Berufungspolitik des Kultusministers Altenstein, Bonn 1982.
- Richter, Eugen*, Das preussische Staatsschuldenwesen und die preussischen Staatspapiere, Breslau 1869.
- Roden, Günter v.*, Geschichte der Stadt Duisburg, Bd. 2, Duisburg 1979.
- Rönne, Ludwig v.* (Hrsg.), Das Unterrichtswesen des preußischen Staates, Bd. 1, Berlin 1855.
- Rönne, Ludwig v.*, Das Polizeiwesen des preußischen Staates, 2 Bde., Breslau 1840–41.
- Rüfner, Wolfgang*, Verwaltungsrechtsschutz in Preußen von 1749–1842, Bonn 1962.
- Rühl, Franz* (Hrsg.), Briefe und Aktenstücke zur Geschichte Preussens unter Friedrich Wilhelm III., vorzugsweise aus dem Nachlaß von F. A. von Stägemann, 3 Bde., Leipzig 1902.
- Rumpf, J.D.F.*
→ Landtags-Verhandlungen
- Scheel, Heinrich, Schmidt, Doris* (Hrsg.), Von Stein zu Hardenberg. Dokumente aus dem Interimsministerium Altenstein/Dohna, Berlin 1986.
- Schier, Rolf*, Standesherrn. Zur Auflösung der Adelsvorherrschaft in Deutschland (1815–1918), Karlsruhe 1978.

- Schiller, René*, Vom Domänenvorwerk zum Rittergut. Die Domänenveräußerungen in der Kurmark in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in: *Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte*, 47 (1996), S. 86–104.
- Schissler, Hanna*, Preußische Agrargesellschaft im Wandel, Wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse von 1783 bis 1847 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 33), Göttingen 1978.
- Schlumbohm, Jürgen*, Gesetze, die nicht durchgesetzt werden – ein Strukturmerkmal des frühneuzeitlichen Staates? in: *Geschichte und Gesellschaft*, 23 (1997), S. 647–663.
- Schneider, Franz*, Geschichte der formellen Staatswirtschaft von Brandenburg-Preußen, Berlin 1952.
- Schneider, Hans*, Der preussische Staatsrat 1817–1918. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Rechtsgeschichte Preussens, München/Berlin 1952.
- (*Schön*) Weitere Beiträge und Nachträge zu den Papieren des Ministers und Burggrafen von Marienburg Theodor von Schön, Berlin 1881.
- (*Schön*) Aus den Papieren des Ministers und Burggrafen von Marienburg Theodor von Schön, 6 Bde, Halle 1875–1883, Bd. 4, Berlin 1876, S. 369–394.
- Schubert, Werner*, Französisches Recht in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Zivilrecht. Gerichtsverfassungsrecht und Zivilprozeßrecht, Köln 1977.
- Schütz, Rüdiger*, Preußen und die Rheinlande. Studien zur preußischen Integrationspolitik im Vormärz, Wiesbaden 1979.
- Schütz, Wolfgang*, Einwirkungen des preußischen Justizministers auf die Rechtspflege, Diss., Marburg 1970.
- Schwenke, Elisabeth*, Der Elbinger Territorialstreit, in: *Elbinger Jahrbuch*, H. 11 (1933), S. 1–121.
- Segler, Gerhard*, Der erste Provinziallandtag der Provinz Sachsen im Jahre 1825 in: *Thüringisch-Sächsische Zeitschrift für Geschichte und Kunst*, 20 (1931), S. 1–61.
- Simms, Brendan* (Hrsg.), *The Struggle for Mastery in Germany, 1779–1850*, New York 1998.
- Sonnenschmidt, F. H.*, *Geschichte des Königlichen Geheimen Ober-Tribunals zu Berlin*, Berlin 1879.
- Stamm-Kuhlmann, Thomas* (Hrsg.), *Karl August von Hardenberg 1750–1822. Tagebücher und autobiographische Aufzeichnungen*, München 2000.
- Stamm-Kuhlmann, Thomas* (Hrsg.), *König in Preußens großer Zeit. Friedrich Wilhelm III. der Melancholiker auf dem Thron*, Berlin 1992.
- Steffens, W.*, E. M. Arndt und Vincke. Ihre Anschauungen über den Bauernstand in den Strömungen ihrer Zeit, in: *Westfälische Zeitschrift*, 91 (1935), S. 195–279.
- Stephan, Heinrich*, *Geschichte der Preußischen Post von ihrem Ursprunge bis auf die Gegenwart. Nach amtlichen Quellen*, Berlin 1859, ND Berlin 1987.
- Stollenwerk, A.*, Der Regierungsbezirk Koblenz während der großen Hungersnot 1816/17, in: *Jahrbuch für die Geschichte und Kunst des Mittelrheins*, 22/23 (1970/71), S. 109–149.
- Stölzel, Adolf*, *Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung dargestellt im Wirken seiner Landesfürsten und obersten Justizbeamten*, Berlin 1888, neu. hrsg. von Jürgen Regge, Bd. 2, Vaduz 1989.
- Struckmann, Johann Caspar*, *Staatsdiener als Zeitungsmacher. Die Geschichte der Allgemeinen Preußischen Staatszeitung*, Berlin 1981.
- Tesdorpf, Wilhelm*, *Gewinnung, Verarbeitung und Handel des Bernsteins in Preußen*, Jena 1887.
- Thierfelder, Hildegard*, Rother als Finanzpolitiker unter Hardenberg 1778–1822, in: *FBPG*, Bd. 46 (1934) S. 70–111.
- Treitschke, Heinrich v.*, Aus den Papieren des Staatsministers v. Motz, in: *Preußische Jahrbücher*, 39 (1877).
- Treitschke, Heinrich v.*, *Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert*, 5 Bde., Berlin 1879–1894, Neue Ausgabe Leipzig 1927.

- Wehler, Hans-Ulrich*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2: 1815–1845/49, München 1987.
- Wischermann, Clemens*, Hungerkrise im vormärzlichen Westfalen, in: Kurt Düwell u. Wolfgang Köllmann (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Wuppertal 1983, Bd. 1, S. 126–147.
- Zachariä, Heinrich Albert*, Rechtsgutachten, die staatsrechtlichen Verhältnisse des Gräflichen Hauses und der Grafschaft Stolberg-Wernigerode zur Preußischen Krone betreffend, Göttingen 1862.
- Zierkorsch, Johannes*, Hundert Jahre Schlesische Agrargeschichte, Breslau 1927, ND Aalen 1978.
- Zimmermann, Alfred*, Geschichte der preußisch-deutschen Handelspolitik, Oldenburg und Leipzig 1892.